

DIGITALE REPRINTS

Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam

[HTTP://ZEITGESCHICHTE-DIGITAL.DE/Doks](http://ZEITGESCHICHTE-DIGITAL.DE/Doks)

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG POTSDAM

Institut der Leibniz-Gemeinschaft



Patrice G. Poutrus

Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR (2002)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.100.v1>

Reprint von:

Patrice G. Poutrus. Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR, Böhlau Verlag Köln 2002, ISBN 978-3-412-14400-5 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 19)

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte Vorbehalten . Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Patrice G. Poutrus. Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR (2002), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.100.v1>

Ursprünglich erschienen als: Patrice G. Poutrus. Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR, Böhlau Verlag Köln 2002, ISBN 978-3-412-14400-5 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 19)

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 19

Patrice G. Poutrus

Die Erfindung des Goldbroilers

Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR



2002

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

ZZF 14254

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Poutrus, Patrice G.:

Die Erfindung des Goldbroilers: über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR/Patrice G. Poutrus. – Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 2002
(Zeithistorische Studien ; Bd. 19)
ISBN 3-412-14400-2

© 2002 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

Tel. (0221) 91 39 00, Fax (0221) 91 39 011

vertrieb@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Warenzeichen aus TGL 80-25262

Druck und Bindung: Strauss Offsetdruck GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-14400-2

Inhalt

Vorbemerkungen.....	7
Einleitung	11
Forschungsfeld und Problemstellung.....	11
Forschungsstand.....	15
Quellenlage	19
Untersuchungszeitraum und Gliederung.....	20

KAPITEL 1

Ausgangslage: Agrarproduktion und Lebensmittelversorgung	23
1. Parteidirektive und Expertenwissen	25
2. Kollektivierung erfolgreich abgeschlossen – Pläne gescheitert.....	32
3. Mit Sieben-Jahr-Plan-Stiefeln auf die Kundenliste der HO	42
4. Keine Ruhe hinter der Mauer	58
5. Neue Produktionsverhältnisse – alte Probleme in der Landwirtschaft	69
6. Nach der Krise kommt die Angst vor der Krise	74
7. Die Rückkehr der Geflügeexperten oder In der Not geht der Blick auch nach Westen	81

KAPITEL 2

Entwicklung: Von der ZAG zur VVB Industrielle Tierproduktion. Eine Erfolgsgeschichte mit Grenzen	91
1. Wenn die Decke zu kurz ist: Planen heißt sparen.....	92

2. Der Aufbau: Mit Sondervollmacht kontra Mangelwirtschaft.....	102
3. Neue Impulse: Vom Problemdruck zum Ministerratsbeschuß	108
4. Neue Fürsprecher durch alte Leiden.....	116
5. Aus der Not wird Erfolg: Die Goldbroilerrestaurants.....	125
6. Der Normalbetrieb als Problemfall: Die große Kontrolle.....	129
7. Unter Aufsicht: Die VVB Tierzucht Paretz	149
8. Integration durch Eingrenzung: Die VVB Tierproduktion.....	169

KAPITEL 3

Wirkungen: Modell Goldbroiler?	181
1. Die Ausweitung der Industriellen Tierproduktion: Fehlschläge und Konsequenzen....	182
2. Das Personal der VVB: Umworben und umsorgt.....	191
3. Das Restaurant: Goldbroiler satt bis zum Ende	201
 Zusammenfassung.....	215
 Tabellenverzeichnis	227
Literaturverzeichnis	229
Abkürzungsverzeichnis	239

Vorbemerkungen

Die Idee zu dieser Arbeit entstand bereits Ende 1993. Ich studierte damals Geschichts- und Sozialwissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität. Zu diesem Zeitpunkt war die Debatte um die DDR-Vergangenheit in den Medien wie in der neueren fachwissenschaftlichen Literatur emotional sehr aufgeladen.¹ Das Interesse richtete sich weitgehend auf den Fragenkomplex „Anpassung, Widerstand und Verfolgung“ während der 40jährigen SED-Herrschaft.² Mit meinen eigenen Erfahrungen und dem, was ich aus der DDR-Zeit für bewahrentwert hielt, hatte dies alles wenig zu tun. Doch dafür schien sich in den Debatten um die DDR-Geschichte niemand so recht zu interessieren.³ Als gelernter DDR-Bürger und angehender Historiker im vereinten Deutschland fühlte ich mich geradezu berufen, einen wesentlichen fehlenden Puzzlestein zum „richtigen Verständnis“ der DDR-Vergangenheit zu liefern. Konträr zu der Auseinandersetzung um die jüngste Vergangenheit Deutschlands und in der Haltung des trotzigen Romantikers wollte ich mein Thema entwickeln. Es sollte sich nicht vorrangig mit Parteiherrenschaft und Überwachungsstaat befassen. Und ich war der Meinung, daß der Goldbroiler – ein typisches Produkt der DDR – für meine Zwecke besonders geeignet war. In den vier Jahren seit dem Fall der Mauer hatte sich in persönlichen Gesprächen nämlich immer wieder dasselbe zugetragen: Nahm ich im Verlauf einer Unterhaltung das Wort Goldbroiler in den Mund, wußte ich augenblicklich, mit wem ich es zu tun hatte. Stieß ich auf Unverständnis, konnte es sich nur um einen sogenannten Wessi handeln. Fand ich ein verstehendes Lächeln, so war mein Gegenüber mit Sicherheit ein sogenannter

-
- 1 Als prominenter und kontroverser Beitrag in dieser Auseinandersetzung ist in diesem Zusammenhang das Buch von Armin Mitter und Stefan Wolle zu nennen: dies., *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993. Eine bemerkenswerte Entgegnung lieferte Mary Fulbrook, Methodische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 274–297.
 - 2 So auch der Titel eines Buches über die Entwicklung des Hochschulsystems in der DDR: Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, *Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961*, Köln 1994.
 - 3 Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995. Zum Verlauf der Debatte in der Historikerschaft: Alf Lüdtke, *Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B36/1998, S. 3–16.

Ossi. Diese Alltagserfahrung sollte der Ausgangspunkt meiner Geschichte der DDR werden, und ich wählte ganz bewußt die Binnensicht der DDR als Projektionsfläche.

Abgesehen von der Tatsache, daß eine so naive Herangehensweise in etwa dem entspricht, wie zu jener Zeit die PDS-Bundestagsgruppe in ihren Gegendarstellungen auf die Untersuchungen der Enquête-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur reagierte,⁴ schien mir mein bockiges „Bewahren wollen“ auf die Dauer doch wenig aufgeklärt und altmodisch. Und schließlich war es keinen Deut besser als die aus westlichen Federn fließenden Schurken- und Enthüllungsfortsetzungsgromane aus der „ehemaligen DDR“.⁵ Andererseits half mir die permanente und beidseitige Aufgeregtheit beim Thema DDR,⁶ den ursprünglichen Spaß an der Geschichte des Goldbroilers nicht zu verlieren. Aber schon während meiner Arbeit am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und besonders während meiner Vorstudien zur Beantragung des DFG-Projektes zum Thema „Goldbroiler“ zeigte sich, daß es mir nicht möglich sein würde, Geschichte nur aus der Perspektive eines ehemaligen DDR-Bürgers zu beschreiben. Auch wenn ich immer wieder feststellte, daß meine persönlichen Erfahrungen als DDR-Bürger mir beim ersten Blick in Akten und Dokumente aus der DDR in gewisser Weise zugute kamen, hatte ich es letztendlich doch mit einer mir unbekannten Materie zu tun. Und wollte ich nicht Gefahr laufen, einfach einen Beitrag zur „neuen ostdeutschen Heimatkunde“ zu liefern,⁷ mußte ich gerade auf die jüngsten Debatten zur DDR-Geschichte Bezug nehmen und mein Thema an diesen Fragestellungen prüfen. Anders als von mir erwartet, befand ich mich schließlich am Beginn der Arbeit für dieses Projekt im Jahre 1996 in der Situation eines ganz normalen Zeithistorikers; ich stand einem fremden Untersuchungsgegenstand gegenüber und mußte mich in mein Thema einarbeiten. Allein der Ausgangspunkt meiner Untersuchung war ein wenig unüblich. Und ich vollzog den Abschied von der DDR meiner Jugenderinnerungen. Die nun vorliegende Studie ist das Ergebnis meiner mehr als dreijährigen Forschung zur Geschichte der DDR. Die sehr intensive und anregende Zusammenarbeit innerhalb der durch die DFG geförderten Projektgruppe „Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR“ des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung hat mir und der Studie sehr gut getan; ebenso die abschließende Unterstützung, die mir durch den Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Prof. Helga Schultz, zuteil wurde. Besonderer Dank gilt der Leitung des ZZF, Prof. Christoph Kleßmann und Prof. Konrad H. Jarausch, die mir mit beson-

4 Vgl. u. a. Dietmar Keller u. a. (Hg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. I, Berlin 1993.

5 Exemplarisch für diesen Trend steht die Gesamtdarstellung zur DDR-Geschichte von Klaus Schroeder: ders. unter Mitarbeit von Steffen Alisch, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990*, München 1998.

6 In einer Rückschau auf die zeithistorische Forschung nach 1989 wurde dieser Trend in der gesamtdeutschen Geschichtswissenschaft im Zusammenhang mit der Entwicklung der institutionellen Forschungslandschaft von Christoph Kleßmann mit Gelassenheit nachgezeichnet: ders., *Zeitgeschichte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Essen 1998.

7 Diese zeichnet sich dadurch aus, daß die wesentliche Bedeutung der SED-Herrschaft für die Entwicklung der DDR-Gesellschaft zwar nicht offen geleugnet wird, jedoch die Staatspartei in diesen Publikationen nur am Rande Erwähnung findet. So z. B. in: Ina Merkel/Felix Mühlberg, *Eingaben und Öffentlichkeit*, in Ina Merkel (Hg.), „Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation“. Briefe an das DDR-Fernsehen. (Alltag & Kultur, Bd. 4), Köln 1998. Kritik an dieser Position kam von Thomas Lindenberger: ders., *Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung*, in: ders. (Hg.): *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln/ Weimar/ Wien 1999, S. 13–44.

erer Ausdauer bei der Beendigung dieser Arbeit Unterstützung zuteil werden ließen. Weiterer Dank geht an Thomas Lindenberger, Martina Langermann, Dennis Kuck, Jani Pietsch, Waltraud Peters und Robert Skwirblies, die mir geholfen haben, dieses Buch zu beenden.

Einleitung

Forschungsfeld und Problemstellung

Der Duden des Jahres 1991 bietet keine Erklärung für den Begriff Goldbroiler, teilt aber unter dem Stichwort Broiler mit, daß es sich dabei um eine regional verbreitete und aus dem Englischen stammende Bezeichnung für ein „Hähnchen zum Grillen“ handelt.¹ Das DDR-Nachschlagewerk „Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“ verweist unter dem Stichwort Goldbroiler ebenfalls auf Broiler. Dieser wird hier als ein junges, industrieläufig gemästetes, fettarmes Huhn bezeichnet.² Im Lexikon für das Gaststätten- und Hotelwesen der DDR aus dem Jahre 1983 findet sich schließlich unter dem Stichwort Goldbroiler lediglich ein Verweis auf Geflügel. Eine Zeile tiefer heißt es jedoch, bei der „Goldbroiler-Gaststätte“ handle es sich um einen besonderen Restauranttyp, „... der den Bedarf nach gegrillten Broilern und einem ergänzenden Speiseangebot auf Geflügelbasis deckt.“³ Die sprachlichen Besonderheiten in diesen Texten gehören zu den linguistischen Schöpfungen des „Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden“, die mit dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft und der Vereinigung Deutschlands ihr offizielles Ende fanden und wohl auch bald vollständig aus dem Alltag verschwunden sein werden.⁴ Daß ein Wort wie Goldbroiler so unmittelbar mit der DDR in Verbindung gebracht wird, scheint solchen Wortschöpfungen in Deutschland wieder eine Renaissance zu bescheren. In einer Mischung aus Nostalgie und Exotik häufen sich seit einigen Jahren Publikationen auf dem Markt, deren Titel Begriffe wie Goldbroiler oder Broiler schmücken.⁵ Offenkundig sollen solche Signalworte dem Käufer suggerieren, der Autor besitze besondere Kompetenz in Sachen DDR-

1 Der Duden: in 10 Bänden; hg. vom Wissenschaftlichen Rat der Dudenredaktion: Günter Drosdowski u. a., Mannheim/Wien/Zürich, 20., neu bearb. und erw. Aufl. 1991, Bd. 1, S. 172.

2 Vgl. Günter Kempke u. a. (Hg.), Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache in zwei Bänden, Berlin (O) 1984, S. 206.

3 Rolf Gabler u. a. (Hg.), Lexikon für das Hotel- und Gaststättenwesen der DDR, Berlin (O) 1984, S. 290f.

4 So meint zumindest der Westberliner Autor Rolf Schneider in: ders., Der Broiler fährt in die Grube. Grilletta, Plaste, Schlußfolgerungen: Was ist linguistisch von der DDR im vereinten Deutschland geblieben, in: „Berliner Morgenpost“ vom 29.6.1997.

5 So z. B. Ernst Röhl, Vom Broiler zum Spoiler. Sprachblüten aus vier Jahrzehnten DDR, Berlin 1995; Ausstellung und „Broiler“ – Premiere zum Bautzener Theaterjubiläum, ADN-Meldung vom 9.10.1996.

Vergangenheit. Höhepunkt dieser publizistischen Erscheinungen ist derzeit die bei Rowohlt verlegte „Spur der Broiler“.⁶ In diesem Roman steht der Broiler nicht nur kryptisch für grilltes Geflügel, sondern ist gleichsam zur Chiffre für den Zusammenhalt der Romanfiguren mutiert. In der widersinnigen Entourage des SED-Staates wird der kollektive Verzehr kostbarer Brathähnchen mit dem Ergebnis körperlicher Befriedigung zum Bindeglied zwischen den Protagonisten. Dem Autor dieses dünnen Bändchens ist es jedoch nicht gelungen, aus dieser Grundkonstellation etwas Substanzielles zu entwickeln. Es bleibt bei dem permanenten Bemühen, sich als ironischer und detailgenauer Kenner des DDR-Alltagslebens auszuweisen. Ohne Ende kopiert er den Jargon der SED-Propaganda und verteilt Produktnamen aus der Warenwelt der DDR-Staatsplanwirtschaft planlos und kursiv gesetzt über den gesamten Text. Ganz auf den Wiedererkennungseffekt beim ostdeutschen Publikum abzielend, reiht er die verschiedenen Stationen zwischen Kindheit und Erwachsenwerden eines DDR-Bürgers als groteske und zugleich vertraute Episoden aneinander. Das wirkt nur anfänglich originell und letztlich übermäßig bemüht. Gleichwohl entspricht dieser Versuch der Wiederbelebung des DDR-Alltags mit literarischen Mitteln dem derzeitigen Trend der Ostalgie, der sich vor allem aus der Präsentation von Waren und Geräten aus ehemaligen DDR-Haushalten speist.⁷

Demgegenüber mangelt es an ernstgemeinten Versuchen, die Waren- und Objektwelt aus 40 Jahren Staatssozialismus zur kritischen Musealisierung einer Alltagskultur der DDR zu nutzen. Die verdienstvolle Arbeit des Eisenhüttenstädter Dokumentationszentrums „Alltagskultur der DDR“ blieb bisher eine Ausnahme.⁸ Eben diese Zurückhaltung der zeithistorischen Forschung, die Zeugnisse aus dem DDR-Alltag zum Gegenstand oder Ausgangspunkt von Studien zu machen, schafft in der Öffentlichkeit aber erst den Raum für verschiedenste und bisweilen obskure Bemühungen, aus diesem scheinbar unpolitischen historischen Feld eine DDR- bzw. ostdeutsche Identität zu (re-)konstruieren.⁹ Der argumentative Freiraum für solche ins Apologetische weisende Interpretationen der DDR-Geschichte konnte auch unter Historikern nur deshalb entstehen, weil sich in Historikerkreisen eine permanente und normativ aufgeladene Debatte um die Einordnung der DDR in verschiedene historische Metatheorien entzündet hatte, ohne Bezug auf die sich ausweitende und zunehmend differenzierende Forschungslandschaft.¹⁰ In diesem akademischen Streit bemühten und bemühen sich die Beteiligten, die unterschiedlichen bis widersprüchlichen

6 Reinhard Ulbrich, *Spur der Broiler. Wir und unser goldener Osten*, Berlin 1998. Der Titel ist eine Anspielung auf den legendären Roman über den Aufbau der DDR-Gesellschaft aus der Zeit nach dem Mauerbau. Vgl. Erik Neutsch, *Spur der Steine*, Berlin (O) 1964.

7 Dazu zwei Beispiele: Tobias Stengel/Fabian Tweder, *Deutsche kulinarische Republik. Szenen, Berichte und Rezepte aus dem Osten*, Frankfurt/M. 1998; 15 Milliarden Stunden im Jahr „Ein Blick auf Hausarbeit und Haushaltstechnik in der DDR“, hg. von der Phönix-GmbH., Chemnitz 1997.

8 Vgl. *Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und PZ“*, hg. vom Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e. V., Eisenhüttenstadt 1996. Zur Diskussion dazu: Gerd Kuhn/Andreas Ludwig (Hg.), *Alltag und soziales Gedächtnis. Die DDR-Objektstruktur und ihre Musealisierung*, Hamburg 1997.

9 Die bisher weitreichendste Interpretation dazu lieferte Marc Alan Howard in: ders., *Die Ostdeutschen als ethnische Gruppe? Zum Verständnis der neuen Teilung im geeinten Deutschland*, in: *Berliner Debatte INITIAL 6* (1995), H. 4/5, S. 119–131.

10 Eine Zwischenbilanz über die Forschungslandschaft und vorhandene Kontroversen lieferte Hermann Weber in: ders., *Zum Stand der Forschung über die DDR-Geschichte*, in: *Deutschland Archiv*, H. 2/98, S. 249–257.

Befunde aus der empirischen Forschung auf einen schlüssigen, vor allem aber normativen Kurzbegriff zu bringen. Dies sagt jedoch mehr über die politische, d. h. vorwissenschaftliche Grundhaltung der Autoren als über den wissenschaftlichen Gegenstand selbst aus.¹¹ Teil dieses Konflikts um die Deutungshoheit in der Zeitgeschichte ist die in der Öffentlichkeit vorherrschende Dominanz politischer Urteile, die den SED-Staat mit der Gesellschaft der DDR gleichsetzen.¹² Auch wenn die großen Aufgeregtheiten der ersten Zeit nach der deutschen Vereinigung sich inzwischen ein wenig gelegt haben, so bleibt als greifbarstes Ergebnis dieser Debatte, daß sich in der neueren zeithistorischen Forschung die Frontstellungen aus der Geschichtswissenschaft der alten Bundesländer unverzüglich reproduziert haben.¹³ Kulturgeschichte versus Sozialgeschichte, Sozialgeschichte versus Politikgeschichte, so heißen die widerstreitenden Fraktionen; als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft in bezug auf den Untersuchungsgegenstand DDR beansprucht jede von ihnen Allgemeingültigkeit.¹⁴

Ungerührt von den geschichtswissenschaftlichen Debatten hält das allgemeine Interesse an der Warenwelt der Staatsplanwirtschaft als scheinbar authentischen Zeugnissen aus dem DDR-Alltag weiter an. In solcherart Präsentation wird der Eindruck erweckt, hinter der schlechten Fassade des SED-Staates liege die „wahre schöne DDR“ in Form ihrer Konsumgüter.¹⁵ Gegen eine solche Interpretation ließe sich vortrefflich polemisieren. Dennoch bleibt für die zeithistorische Forschung ein grundsätzliches Problem: Fragmente aus dem DDR-Alltag – wie zum Beispiel der Goldbroiler – machen nur Sinn, wenn sie in eine Gesamtsicht der DDR einbezogen werden. Bleibt es bei der bloßen Aufzählung, führt dies zu Erscheinungen wie besagter Ostalgie und korrespondiert durchaus mit der wehmütigen „Kunde von einem verlorenen Land“.¹⁶ Auf der anderen Seite führt die bloße Aufzählung paradox erscheinender Bruchstücke aus der DDR-Gesellschaft in eine ansonsten strikt auf den SED-Staat ausgerichtete Betrachtung der DDR zu Begriffskonstruktionen wie „(spät)totalitärer Versorgungs- und Überwachungsstaat“,¹⁷ die selbst zum Paradox werden, da sie die dialektische Deutung der Wirklichkeit der SED-Ideologen übernehmen. Hier wird

11 Als Beispiel sei hier die von Eckhard Jesse stammende Charakterisierung der DDR der Honecker-Ära als „autalitäre Diktatur“ genannt, in: ders., War die DDR totalitär? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/1994, S. 12–23.

12 Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bonn 1998.

13 Einen überzeugenden Überblick über den Methodenkonflikt in der westdeutschen Geschichtswissenschaft liefert Thomas Lindenberger in: ders., Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 298–325.

14 Ein Beispiel für diese alte und neue Kluft in der deutschen Historikerschaft lieferte das Geschichtsforum 1949–1989–1999 mit seiner Podiumsveranstaltung „Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte?“, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 15 (1999), S. 13–46.

15 Ein von der SED-Diktatur beinahe unberührtes Bild zeichnet Ina Merkel, Der aufhaltsame Aufbruch in die Konsumgesellschaft, in: *Wunderwirtschaft DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, hg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln 1996, S. 8–20. Diese Ausstellung wurde mehrfach verlängert, und der dazu veröffentlichte Katalogband hat bis 1998 immerhin vier Auflagen von je 3000 Exemplaren erreicht.

16 So lautet die programmatische Unterzeile in dem jüngsten Buch des Soziologen Wolfgang Engler, vgl. ders., *Die Ostdeutschen. Kunde von einem untergegangenen Land*, Berlin 1999.

17 Vgl. Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990*, München 1998, bes. S. XV.

nicht mehr erklärt, sondern nach Wesen und Erscheinung klassifiziert. Beiden Deutungen der DDR-Geschichte ist aber gemeinsam, daß zwischen historischer Analyse und politischem Argument kaum eine Distanz auszumachen ist.

Im Gegensatz zu den hier skizzierten Tendenzen in der Betrachtung der DDR-Geschichte will ich mit dem Goldbroiler exemplarisch den Zusammenhang zwischen dem Gesellschaftsentwurf der SED, seiner mehr oder weniger erfolgreichen Implementierung und den dadurch bedingten Konsumgewohnheiten der DDR-Bevölkerung auf dem Gebiet der Ernährung erklären. Es handelt sich somit bei dieser Studie nicht um eine ideologiekritische Analyse der Gesellschaftskonzeption der kommunistischen Staatspartei der DDR.¹⁸ Basis meines Denkansatzes ist vielmehr, daß auch in der DDR die Beziehungen zwischen Herrschaft und Gesellschaft permanent neu verhandelt werden mußten, denn auch im Staatssozialismus beruhte die Herrschaft – trotz asymmetrischer Verteilung der Machtressourcen – auf einer wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Herrschenden und Beherrschten.¹⁹ Der von Thomas Lindenberger unter der Formel „Herrschaft als soziale Praxis“ weiterentwickelte sozialgeschichtliche Ansatz für die DDR bildet die methodologische Grundlage meiner Studie: „Zu untersuchen sind nicht nur jene unangreifbaren Kontroll- und Repressionsmechanismen, die die ‚Diktatur des Proletariats‘ so sinnfällig vom liberalen Rechtsstaat unterscheiden, sondern auch die Vielfalt informeller und indirekter Formen der Herrschaft, ihre unterschiedliche Ausgestaltung an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten.“²⁰

Schon die erste Durchsicht der Veröffentlichungen aus der DDR zum Thema Goldbroiler, etwa bei Fragestellungen zum Zusammenhang zwischen Versorgungspolitik und Agrarproduktion, machte mir deutlich, daß es nicht ausreicht, den Goldbroiler als bloßes kulturgeschichtliches Phänomen zu betrachten.²¹ Es kann hier also nicht nur um die Erforschung des anderen Geschmacks oder des anderen Gebrauchs, also des Konsumverhaltens in der als fremd oder anders gedeuteten DDR-Kultur gehen.²² Vielmehr werde ich struktur-, wirtschafts- und sozialhistorische Sachverhalte in einer Studie zur Gesellschaftsgeschichte der DDR exemplarisch verknüpfen, und zwar an einem ausgewählten Untersuchungsgegenstand, dem Goldbroiler. Ob sich hinter dieser Geschichte eine bisher unberücksichtigte Sicht

- 18 Diesen Weg beschritt die Soziologin Sigrid Meuschel in ihrer beeindruckenden Studie über den Charakter der SED-Diktatur. Gestützt auf die westdeutsche DDR-Forschung aus der Periode vor der deutschen Vereinigung, kommt sie zu der These vom Absterben der Gesellschaft unter den Bedingungen der kommunistischen Parteidiktatur, in: dies., Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt/M. 1992, bes. S. 10. Diese Position wurde schon früh von Ralph Jessen als ausschließlich aus der SED-Ideologie abgeleitete Interpretation kritisiert, da so die historische Wirklichkeit der DDR-Gesellschaft nicht hinreichend erklärt werden könne, in: ders., Die Gesellschaft im Staatssozialismus, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), H. 1, S. 96–110.
- 19 Zum Konzept der Macht vgl.: Michel Foucault, *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit* Bd. 1, Frankfurt/M. 1983, S. 113–124.
- 20 Thomas Lindenberger, *Die Diktatur der Grenzen*, in: ders. (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn*, S. 1–28. Es handelt sich um eine produktive Erweiterung des Konzeptes von Alf Lüdtke in: ders., Einleitung: *Herrschaft als soziale Praxis*, in: ders. (Hg.): *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien*, Göttingen 1991, S. 9–63.
- 21 Vgl. Patrice Poutrus, *Kurzer Abriß der Geschichte des Goldbroilers*, in: *Wunderwirtschaft*, Köln 1996, S. 138–143.
- 22 So der Vorschlag von Ina Merkel, in: dies., *Konsumkultur in der DDR. Über das Scheitern der Gegenmoderne auf dem Schlachtfeld des Konsums*, in: *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung* Jg. 19/Heft 37 (1996), S. 314–331.

auf die DDR (oder: Perspektive der DDR) findet, eine Annahme, für die es in neueren kulturwissenschaftlichen Statements Anhaltspunkte gibt²³, wird sich zeigen.

Forschungsstand

Eine Studie mit dieser methodischen Anlage ist auf einen entwickelten Forschungsstand in den verschiedenen von ihr behandelten Untersuchungsfeldern – Gesellschaftspolitik der SED,²⁴ Agrargeschichte²⁵ und Konsumgeschichte der DDR²⁶ – angewiesen. Seit der Entwicklung der Projektidee zu diesem Thema im Frühjahr 1995 und mit dem Beginn meiner Recherchen im Frühjahr 1996 hat sich das Angebot in der Zeitgeschichtsschreibung zum Thema DDR sowohl thematisch als auch methodisch deutlich verbessert. Ich konnte auf eine Reihe von Monographien und Sammelbänden zurückgreifen, die sich speziell mit den historischen Entwicklungen in der DDR vor und nach dem Mauerbau beschäftigen. Die sozialgeschichtliche Studie zur Geschichte der Industriearbeiter in der DDR von Peter Hübner verdient es, als erste genannt zu werden. Mit beeindruckender Ausführlichkeit weist er nach, daß die SED-Führung es nicht vermochte, ihre Macht zu stabilisieren, ohne den Interessen der Industriearbeiterschaft – die soziale Kerngruppe ihres Herrschaftsanspruches – entgegenzukommen.²⁷ Dieser Aushandlungsmechanismus verschaffte der SED unterhalb der Schwelle der offenen Gegnerschaft eine gewisse Macht, legte ihr bei der Mobilisierung der Gesellschaft gleichzeitig aber deutliche Grenzen auf.²⁸ Meine Sicht auf die inneren Ver-

-
- 23 Dietrich Mühlberg, Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen, in: INITIAL 10 (1999) H. 2, S. 4–17.
- 24 Die Literaturlage zur DDR-Geschichte ist schon fast unübersichtlich zu nennen. Unübertroffen, was sachliche Argumentation und Perspektive auf die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR angeht, ist die Gesamtdarstellung von Dietrich Staritz in: ders., Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt/M. 1996; nach wie vor aktuell aufgrund der Parallelisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte: Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988.
- 25 Einen umfassenden Überblick über die ältere und neuere Literatur zu diesem Bereich lieferte Arnd Bauerkämper, Legitimation durch Abgrenzung. Interpretationen der Bodenreform und der Kollektivierung im Kontext der deutschen Teilung und Vereinigung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 38 (1996), H. 4, S. 36–38.
- 26 Auf diesem Feld ist die Literaturlage in der deutschen Zeitgeschichte weniger entwickelt als in anderen Bereichen. Unermüdlich mit immer interessantem Material arbeitend und zu Kontroversen herausfordernd ist hier die Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel tätig, z. B. in: dies., Arbeiter und Konsum im real existierenden Sozialismus, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999, S. 527–554.
- 27 Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995.
- 28 Vgl. Peter Hübner, „Sozialistischer Fordismus“? Oder: Unerwartete Ergebnisse eines Kopiervorganges. Zur Geschichte der Produktionsbrigaden in der DDR, in: Alf Lüdtke u. a. (Hg.), Amerikanisierung. Traum und Alpträum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 96–115. Weniger sachlich, sondern mit emphatischem Arbeiterbild: Jörg Roesler, Die Brigaden-Produktionseinheit und sozialistische Gemeinschaft, in Ludwig Elm u. a. (Hg.) Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VII, Bonn/Berlin, S. 185–224. Vom Argwohn der SED-Führung gegenüber der „eigenen Klasse“ berichtet Alf Lüdtke, „..... den Menschen vergessen“? – oder: Das Maß an Sicherheit. Arbeiterverhalten der 1950er Jahre im Blick von MfS, SED, FDGB und staatlichen Leitungen, in: ders. und Peter Becker,

hältnisse der DDR distanziert sich bewußt von der Vorstellung, daß das Konfliktverhältnis von Herrschenden und Beherrschten auf der einen Seite bloße Unterdrückung und auf der anderen Seite entweder Anpassung oder Widerstand war.²⁹ Selbst die neuere Forschung zum politischen Widerstand in der DDR weist darauf hin, daß in dieser Gesellschaft ein gegenseitiger Interessenausgleich existierte, der die Herrschaft der SED lange Zeit stabilisierte, auf Dauer aber auch paralysierte.³⁰ Erste empirisch fundierte Bestätigungen dieser Interpretation für die Bereiche außerhalb der Industrieschwerpunkte in der DDR bilden dabei leider noch die Ausnahme.³¹

Die Produktion und der Gebrauch von Konsumwaren wird in der bisherigen Forschung nur selten im Zusammenhang mit dem Herrschaftssystem der DDR betrachtet.³² „Konsum in der DDR“ findet sich als Thema irgendwo zwischen populärer Kulturgeschichte und Tagesfeuilleton. Ganz nach dem Motto: was es in der DDR so an exotischen Dingen gab.³³ Dies ist zumindest erstaunlich, denn neuere Veröffentlichungen von Eingaben der DDR-Bevölkerung an die Partei- und Staatsführung der DDR belegen die politische Brisanz von

Akten – Eingaben – Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 189–222.

- 29 Diese Linie wird auf breiter Front vom Forschungsverbund SED-Staat in seinen Publikationen verfolgt. Als Beispiel: Klaus Schröder (Hg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994.
- 30 Ohne direkten Bezug auf die Debatten in der Zunft der Zeithistoriker, aber in diesem Sinne sehr erhellend: Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin, S. 17–25.
- 31 Erstmals für die Landwirtschaft entwickelte Arnd Bauerkämper diese Problemsicht in: ders., Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme der kategorialen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: ders., u. a. (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte: deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 294–311. Stärker an der Alltags- und Erfahrungsgeschichte orientiert: Dagmar Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten.“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn, S. 119–138. Vgl. auch: Thomas Lindenberger, Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: ebd., S. 167–204.
- 32 Inspiriert von der amerikanischen Literatur zum Thema griff jüngst Philipp Heldmann diese Sicht der DDR-Verhältnisse wieder auf, in: ders., Konsumpolitik in der DDR. Jugendmode in den sechziger Jahren, in: Hartmut Berghoff (Hg.), Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999, S. 135–158. Mit ähnlichen Grundannahmen auch Burghard Ciesla, Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsument in der DDR, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn, S. 205–234. Erstmals aus wissenschaftlichem Interesse beschäftigte sich der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler bereits vor 1989 mit dem Problem des Konsums in der DDR-Volkswirtschaft, in: ders., Butter, Margarine und Wirtschaftspolitik. Zu den Bemühungen um die planmäßige Lenkung des Butter- und Margarineverbrauchs in der DDR zwischen 1950–1965, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 29, 1988, S. 33–48; Hans Mittelbach und Jörg Roesler, Entwicklung von Einkommen und Verbrauch der Bevölkerung der DDR in den vergangenen 40 Jahren, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Jg. 5/1989, S. 172–201. Nach 1989: Jörg Roesler, Privater Konsum in Ostdeutschland 1950–1960, in Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die wissenschaftliche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 290–303.
- 33 So auch Annette Kaminsky, „Adrett auf große Fahrt“. Die Erziehung des neuen Verbrauchers in der DDR, in: Deutschland Archiv, H. 2/97, S. 231–241; oder in: dies., Kaufrausch. Die Geschichte der ostdeutschen Versandhäuser, Berlin 1998.

Konsumwünschen in der DDR.³⁴ Im Gegensatz dazu kann sich meine Arbeit aber auf eine Reihe von kultur- und sozialhistorischen Studien stützen, die sich nicht direkt mit dem Gegenstand DDR beschäftigen, aber den Zusammenhang von politischer Herrschaft, gesellschaftlichem Wandel und Ernährungsfragen bzw. Lebensmittelkonsum behandeln.³⁵ Obwohl methodisch deutlich verschieden von dem hier dargestellten Ansatz, stellt die Monographie von Michael Wildt eine relevante Studie zur Entwicklung in der Bundesrepublik dar.³⁶

In aller Deutlichkeit bezieht sich der Wirtschaftshistoriker André Steiner (in seiner Arbeit über die Reformbestrebungen in der SED-Führung unter Walter Ulbricht während der Phase des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“) auf den Zusammenhang zwischen kommunistischer Ein-Parteien-Diktatur in der DDR und ökonomischer und sozialer Entwicklung der Gesellschaft. Trotz der dem Umfang geschuldeten Beschränkung auf die Reformen in der Industrie beschreibt er den Zielkonflikt zwischen ökonomischer Rationalität und politischem Machtanspruch plausibel und faktenreich.³⁷ Dies lässt sich auf die Volkswirtschaft der DDR insgesamt übertragen. Damit grenzt sich André Steiner von der Position ab, welche Monika Kaiser in ihrem jüngsten Buch über die Auseinandersetzungen um das Neue Ökonomische System innerhalb des SED-Apparates entwickelte.³⁸ Obwohl die Monographie von Monika Kaiser aufschlußreiche Einblicke in Entscheidungsprozesse und Kräftekonstellationen im Zentrum der SED-Diktatur für die Jahre nach dem Mauerbau lie-

- 34 Diesen Zusammenhang beim Thema Konsumentwicklung in der DDR führte erstmals in der deutschen Literatur der amerikanische Historiker Jonathan R. Zatlin aus in: ders., Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 10/1997, S. 902–917. Ungewollt stützt diese Überlegung der Beitrag von Ina Merkel, „.... in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleinen viereckigen Menschen“. Brief an das Fernsehen der DDR, in: Lüdtke/Becker (Hg.), Akten-Eingaben-Schaufenster, S. 279–310. Zum Thema Eingaben siehe auch: Jochen Staadt, Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin Nr. 24, Berlin 1996.
- 35 Grundsätzlich weiter von Bedeutung: Massimo Montanari, Der Hunger und der Überfluß. Kultgeschichte der Ernährung in Europa, München 1993; Hans Jürgen Teuteberg, Durchbruch zum modernen Massenkonsum, Münster 1987; ders. und Günter Wiegemann, Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung, Göttingen 1972. Sehr anregend die Spezialstudien: Christopher Nonn, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996 und Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990.
- 36 Michael Wildt, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“. Mängelerfahrungen, Lebenshaltung, Wohlstandhoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994. Ebenfalls sehr nützlich zum Vergleich: Sabine Haustein, Westeuropäische Annäherung durch Konsum seit 1945, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), Gesellschaften im Vergleich (Forschungen aus Sozial- und Geschichtswissenschaften, Komparatistische Bibliothek, Bd. 9), Frankfurt/M. 1998, S. 353–390.
- 37 André Steiner, Die DDR-Wirtschaft der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, bes. d. Abs. III u. IV. Schon früher dazu: ders., Zwischen Frustration und Verschwendug. Zu den wirtschaftlichen Determinanten der DDR-Konsumkultur, in: NGBK (Hg.), Wunderwirtschaft, S. 21–36.
- 38 Von der emphatischen Sicht auf Walter Ulbricht überlagert und deshalb zuweilen spekulativ: Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismus der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1998.

fert,³⁹ bleiben mir erhebliche Zweifel, ob es gerechtfertigt ist, diese Periode der DDR-Geschichte als letzte und ungenutzte Hoffnung für den Staatssozialismus darzustellen.⁴⁰

Der gegenüber der Forschung vor 1989 eindeutig verbesserte Stand des Wissens über die Herrschaftsstrukturen im SED-Staat,⁴¹ aber auch über die makro-ökonomischen und sozialen Entwicklungen in der DDR⁴² zwischen Mauerbau und Machtwechsel an der Spitze der SED-Führung von Ulbricht zu Honecker, kontrastiert scharf mit dem Forschungsstand zur agrar-ökonomischen und sozialen Entwicklung in den Phasen der verstärkten Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft und den sich anschließenden Jahren der schwierigen Konsolidierung der genossenschaftlich strukturierten Agrarproduktion in der DDR.⁴³ Jüngste Veröffentlichungen zu diesem letzten großen strukturverändernden Projekt der SED-Gesellschaftspolitik beziehen sich hauptsächlich auf die Richtlinien der Parteiführung und bemühen sich, die Veränderungen der DDR-Gesellschaft in direktem Bezug zu diesen Dokumenten nachzuzeichnen.⁴⁴ Demgegenüber stehen erste mikro-historische Studien zu den Folgen der Kollektivierung in der Landwirtschaft auf das dörfliche Milieu, die aber die Zählebigkeit der bäuerlichen Gesellschaft gegenüber den Veränderungen der SED-Politik unterschätzen.⁴⁵ Die Frage nach den Arrangements zwischen Tradition und Transformation der ländlichen Gesellschaft blieb in ihrer Bedeutung für die Stabilität der Diktatur lange

-
- 39 Hier liegt auch die Bedeutung des Buches von Michael Lemke über den Zeitraum der Berliner Krise im Zusammenhang mit der Entscheidung für den Mauerbau; ders., *Die Berliner Krise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995. Zu diesem Thema der aktuelle Forschungsstand in: Burghard Ciesla u. a. (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 1999.
- 40 So positiv sieht Jörg Roesler das NÖS unter Ulbricht in: ders., *Das NÖS als Wirtschaftskonzept. Sichten, Tatsachen, Interpretationen*, in: *Deutschland Archiv* 31 (1998), S. 383–398. Vgl. auch den Kommentar dazu von André Steiner, in: ders., *DDR-Wirtschaftsreform als „aufgeklärte Planwirtschaft“?* Anmerkungen zu Jörg Roesler, in: *Deutschland Archiv* 31 (1998), S. 796–800.
- 41 Dazu zählen auch die in den letzten Jahren veröffentlichten Nachschlagewerke: Bernd-Rainer Barth (Hg.), *Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch*, Frankfurt/M. 1995; Andreas Herbst u. a. (Hg.), *So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen*, Reinbek 1994; ders. u. a. (Hg.), *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997. Allerdings immer noch unverzichtbar in seiner Gründlichkeit: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), *DDR-Handbuch*, Köln 1985.
- 42 Für die Wirtschaftsordnung des Staatssozialismus vgl. János Kornai, *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus* (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln, Band 29), Baden-Baden 1995. Für die DDR im besonderen vgl. Theo Pirker u. a. (Hg.), *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, Opladen 1995. Ein Standardwerk der Zeitgeschichte aufgrund breiter Themenwahl und Methodenvielfalt: Hartmut Kaelble u. a. (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994.
- 43 Zu dieser Schlußfolgerung kommt auch Antonia Maria Humm in ihrer komparatistischen Studie zur Entwicklung der ländlichen Gesellschaft im geteilten Deutschland der fünfziger und sechziger Jahre, in: dies., *Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969*, Göttingen 1999, S. 34–42.
- 44 Vgl.: Adolf Weber, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: *Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/4, Baden-Baden 1995, S. 2811–2888. Weniger grundsätzlich angelegt, aber in der Methode vergleichbar: Diethelm Gabler, *Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR*, Gießen 1995.
- 45 Z. B. Barbara Schier, *Alltagsleben und Agrarpolitik im „sozialistischen Dorf“*. Eine Regionalstudie zum Wandel eines thüringischen Dorfes während der Jahre 1945–1990, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, Nr. 38/97, S. 38–47.

unterschätzt.⁴⁶ Alles in allem sind sowohl Landwirtschaft als auch ländliche Gesellschaft im „Arbeiter- und Bauernstaat“ DDR ein vergleichsweise gering erschlossenes Forschungsfeld. Ihm wendet sich diese Arbeit in starkem Maße zu, denn der Goldbroiler bzw. Broiler war in erster Linie ein Agrarprodukt,⁴⁷ das in der DDR-Landwirtschaft erst eine Besonderheit wurde. So darf es auch niemanden verwundern, daß die Veröffentlichungen ehemaliger Historiker aus dem Institut für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR trotz ihrer harmonisierenden Sichtweise für meine Recherche bei diesem Thema unverzichtbar waren.⁴⁸

Quellenlage

Diese Arbeit beruht auf der Untersuchung von Quellenbeständen folgender Archive:

- Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
- Bundesarchiv, Abteilung Berlin-Lichterfelde
- Bundesarchiv, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten
- Bundesarchiv, Außenstelle Coswig
- Archiv des Statistischen Bundesamtes, Außenstelle Berlin.
- Landesarchiv Berlin
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
- Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin
- Archiv des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung, Bergholz-Rehbrücke
- Pressearchiv des Berliner Verlags, Berlin

Die Quellenlage kann insgesamt als sehr umfangreich bezeichnet werden. Einschränkend mußte ich aber feststellen, daß im Unterschied zu den Akten aus dem Haus des ZK der SED

46 Erste Ansätze lieferte Jonathan Osmond in: ders., Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung 1945–1961, in: Richard Besel/Ralph Jessen (Hg.), *Die Grenzen*, S. 137–169. Neuere Ergebnisse in: Arnd Bauerländer, Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, in: Peter Hübner (Hg.), *Eliten im Sozialismus. Studien zur Sozialgeschichte des SED-Regimes*, Köln 1999, S. 37–65.

47 Steven Leeson/John C. Summers, Broiler – Breeder – Production, Ontario 2000; zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Broilerproduktion in Nordamerika, S. 3–6.

48 Joachim Piskol, Zur Sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 39 (1991); Siegfried Kuntsche, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller u. a. (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, S. 191–210. Dieter Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln“. Die Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der BRD 1956–1961, Berlin 1994; Christel Nehrig, Zur sozialen Entwicklung der Bauern in der DDR 1945–1960, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 41 (1993), S. 66–76. Inzwischen mit kritischer Distanz zum Thema: dies., Landwirtschaftspolitik, in: Andreas Herbst u. a. (Hg.), *Die SED. Ein Handbuch*, S. 294–304. Zugespitzter und den repressiven Charakter der Rechtsprechung in der Zeit der Kollektivierung betonend: Falco Werkentin, *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht*, Berlin 1995, S. 73–110.

die Überlieferungen aus den staatlichen Behörden der zentralen und bezirklichen Ebene wie auch aus den großen Wirtschaftseinheiten deutliche Mängel aufweisen. Im Gegensatz zu den Aktenbeständen des SAPMO-Archivs sind die Akten staatlicher Herkunft bislang weitgehend unbearbeitet bzw. es stehen in absehbarer Zeit keine hinreichenden Findhilfsmittel für den Historiker zur Verfügung. Dies gilt für das Bundesarchiv im gleichen Maße wie für seine Außenstellen und die Landesarchive Berlins und Brandenburgs. Hinzu kommt, daß es in der DDR durch die Art der Aktenablieferung an die internen Verwaltungsarchive in den staatlichen Stellen und Betrieben mit den Jahren zu deutlichen Veränderungen der Archivkultur gekommen sein muß. Ab dem Zeitraum unmittelbar nach dem Mauerbau sind kaum noch vollständige Vorgänge oder Korrespondenzen vorhanden. Andererseits nehmen gleichzeitig Mehrfachüberlieferungen von Beschußvorlagen und Beschußprotokollen zu, die allerdings wenig über Entscheidungswege und Entscheidungsträger aussagen. Das läßt manche Darstellung unpersönlich bzw. abstrakt erscheinen, will man nicht in die sogenannte Kremlastrologie der früheren DDR-Forschung zurückfallen. Und obwohl ich mit den von mir geführten Zeitzeugeninterviews hoffte, diese Lücke im Verständnis von Entwicklungszusammenhängen ein wenig ausgleichen zu können, bleibt das genannte Manko allerdings dennoch bestehen. Mit Zeitzeugen aus den ehemaligen KIM-Betrieben habe ich mehr als zwanzig Interviews geführt. Des weiteren wurden die zeitgenössischen Zeitschriften- und Literaturbestände auf Hinweise auf mein Thema ausgewertet. Gänzlich verzichten mußte ich auf die Aktenbestände der Generaldirektion der Handelsorganisation (HO) und ihrer Bezirksdirektionen, da diese Unterlagen von der Treuhand-Nachfolgerin TLG verwaltet werden und für die historische Forschung unzugänglich sind.

Untersuchungszeitraum und Gliederung

Voruntersuchungen zur Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms haben die oben beschriebene Vorgehensweise als plausibel und praktikabel bestätigt. Erste Vorstellungen zur intensiven Geflügelhaltung wurden bereits auf dem V. Parteitag der SED 1958 formuliert.⁴⁹ Die Kombinate für industrielle Mast (KIM), also die Hauptproduzenten der Goldbroiler, sind jedoch erst mit dem Beginn der siebziger Jahre in der überregionalen Presse zu finden.⁵⁰ Diese KIM-Betriebe waren sogenannte Volkseigene Betriebe (VEB), also Staatsbetriebe, während in den ursprünglichen Konzepten noch von einer Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) die Rede war.⁵¹ Auffällig ist auch, daß die Goldbroiler-Gaststätten bereits 1967 in der DDR-Tagespresse Schlagzeilen machten, ihre Zulieferer, die

49 Vgl. Patrice G. Poutrus, Lebensmittelversorgung, Versorgungskrise und die Entscheidung für den „Goldbroiler“. Problemlagen und Problemlösungen der Agrar- und Konsumpolitik in der DDR 1958–1965, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39. Band (1999), Bonn 1999, S. 391–421.

50 Vgl. Eier und Broiler am laufenden Band. Erste Erfahrungen industrieller Geflügelproduktion, „Neues Deutschland“ vom 18. 9.1971.

51 Patrice G. Poutrus, „... mit Politik kann ich keine Hühner aufziehn.“ Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn, S. 235–265.

neuen KIM-Betriebe, aber nur am Rande Erwähnung fanden.⁵² Erstaunlicherweise wird in all diesen Presseveröffentlichungen, wie auch in den wissenschaftlichen Publikationen der Zeit mit keinem Wort erwähnt, daß es sich beim Broiler um eine sowjetische Zuchtmethode handelte, wie die „Neue Berliner Illustrierte“ noch 1965 schrieb.⁵³ Zeitlicher Ausgangspunkt meiner Studie ist die gesellschaftspolitische Offensive der SED im Jahre 1958,⁵⁴ da zu diesem historischen Zeitpunkt erstmals von der SED-Führung die Forderung erhoben wurde, die Geflügelerzeugung in der DDR dramatisch zu erhöhen und moderne Methoden der Geflügelmast einzusetzen. Die Darstellung endet in den frühen siebziger Jahren, als die Kombinate industrieller Mast in der DDR-Landwirtschaft fest etabliert waren und die Goldbroiler-Gaststätten zum Alltagsbild der großen Städte in der DDR gehörten.⁵⁵

Als historische Darstellung folgt die vorliegende Studie dem Gliederungsschema: Ausgangssituation, Entwicklung und Wirkung.

1. War die Entscheidung der SED-Führung für das Projekt Goldbroiler mehr von ideologischen bzw. reformerischen Vorstellungen über eine „sozialistische Entwicklung“ der DDR-Landwirtschaft getragen oder folgte ihre Entscheidung eher pragmatischen Erwägungen zur inneren Herrschaftsabsicherung?
2. Welche Möglichkeiten und Grenzen ergaben sich aus der Staatsplanwirtschaft bei der Realisierung des Aufbauprojekts industriemäßige Geflügelproduktion in der DDR-Landwirtschaft?
3. Welche Wirkung hinterließ das Modell Goldbroiler in bezug auf die DDR-Gesellschaft, insbesondere auf Produktionsentwicklung und Arbeitswelt in der Landwirtschaft, und welchen Stellenwert hatte die „Goldbroiler-Gaststätte“ auf die Ernährungsgewohnheiten der DDR-Bürger?

Die eben skizzierten Problemfelder werde ich in einer dichten quellengestützten Darstellung der Entstehungsgeschichte des DDR-Agrarprodukts Goldbroiler untersuchen. Abschließend werde ich die Untersuchungsergebnisse in die aktuelle zeithistorische Forschung einordnen. Meine empirisch angelegte Studie steht damit nicht nur im Gegensatz zu allzu freihändigem Kulturalismus in der zeithistorischen Forschung zur DDR;⁵⁶ sie bildet gleichzeitig einen Gegenpol zu hermetischen Theoriegebäuden, die ihre Erklärungen zum Staatssozialismus weitgehend aus der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie entwickeln, um der Theorie des Totalitarismus neue Erklärungskraft zu verleihen.⁵⁷

52 Z. B. Es bräunen die Broiler, in: Der Morgen vom 10. November 1967; Goldbraun vom Spieß, „Neues Deutschland“ vom 11.11.1967; Goldbroiler mit Gästerekord, in: „Berliner Zeitung“ vom 18.11.1967.

53 Broiler kontra Blaue Reiter, „Neue Berliner Illustrierte“ (NBI), Nr. 20/1965, S. 20f.

54 Vgl. Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 308ff.

55 1972 titelte die „BZ am Abend“, Berlin ißt täglich 12.000 Broiler, BZA vom 21.11.1972.

56 Dazu muß wohl das jüngste Werk von Ina Merkel gezählt werden: dies., *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Köln u. a. 1999.

57 Vgl. Christoph Boyer, *Sozial- und Konsumpolitik der DDR in den sechziger Jahren in theoretischer Perspektive*, in: ders. und Peter Skiba (Hg.), *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und ČSSR*, Dresden 1999. Die aktuelle Wiederbelebungsarbeit für die Totalitarismustheorie wird überdeutlich durch den Politologen Eckhard Jesse dokumentiert, in: ders., *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn 1999.

KAPITEL 1

Ausgangslage: Agrarproduktion und Lebensmittelversorgung

Folgt man den DDR-Nachschlagewerken, so war der Goldbroiler nicht nur ein Agrarprodukt mit besonderem Namen, sondern diente der Bedarfsbefriedigung und Gesunderhaltung der DDR-Bevölkerung durch Geflügel aus moderner Großproduktion.¹ Dieser weitreichende Anspruch wurde von der SED-Führung keineswegs erst mit dem Aufkommen des Goldbroilers in der DDR am Ende der sechziger Jahre erhoben. Die Staatspartei bemühte diese Vorstellung von Modernisierung der Landwirtschaft bei gleichzeitig steigendem Angebot an Lebensmitteln bereits früher, um ihre Transformationspolitik in der Landwirtschaft zu begründen. Besonders deutlich wurde diese Perspektive im Zusammenhang mit der ab 1958 forcierter Durchsetzung des zentralen agrar-politischen Gestaltungsziels der SED bei der Kollektivierung in der DDR-Landwirtschaft.²

Obwohl die Ernährungslage in den fünfziger Jahren in der DDR sehr angespannt war, lassen sich programmatische Aussagen zum Zusammenhang von Bevölkerungsversorgung und Entwicklung der Agrarstruktur in den Dokumenten der SED vor 1958 eben nur vermittelt über die Frage der Produktionsentwicklung in der Landwirtschaft finden. In den betreffenden Parteibeschlüssen und in der daraus abgeleiteten Agrarpolitik hieß es immer, die anhaltenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung würden sich nach der Veränderung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande und der sich daran anschließenden Industrialisierung der Agrarerzeugung beinahe zwangsläufig erledigen.³ Die dieser Zukunftserwartung zugrundeliegenden Leitbilder einer allgemeinen Angleichung der Produktions- und Lebensverhältnisse von Stadt und Land waren ein fester Bestandteil der programmatischen

1 Rolf Gabler u. a. (Hg.), Lexikon für das Hotel- und Gaststättenwesen der DDR, Berlin (O) 1984, S. 290f. In einem anderen DDR-Nachschlagewerk wird von „Goldbroiler“ auf „Broiler“ verwiesen und Broiler wird dort als junges, industrieläßiges, gemästetes, fettarmes Huhn erklärt. Vgl. Günter Kempke u. a. (Hg.), Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache in zwei Bänden, Berlin (O) 1984, S. 206.

2 Dieter Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln“. Die Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der BRD, 1956–1961, Berlin 1994.

3 Vgl. dazu Burghard Ciesla/Patrice G. Poutrus, „Food Supply in a Planned Economy: SED Nutrition Policy between Crisis Response and Popular Needs“, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York/Oxford 1999, S. 143ff.

Tradition der kommunistischen Bewegung und somit handlungsweisend für die verantwortlichen Kader der SED.⁴ Jedoch entsprachen solche Planungphantasien auch dem damaligen internationalen Trend zur Großproduktion und Mechanisierung in der landwirtschaftlichen Produktionstechnik.⁵ Dies galt für die DDR aber nur mit einer entscheidenden Einschränkung: Begründet mit ideologischen Vorbehalten gegenüber einer Zusammenarbeit mit Anbietern aus dem „kapitalistischen Wirtschaftsgebiet“ sollte dieses utopische Ziel nicht durch internationale Arbeitsteilung, d. h. über den Weltmarkt, sondern auf dem Weg des „störfrei machen“ vom kapitalistischen Westen, also durch eine weitgehend autarke Produktion erreicht werden.⁶

Sieben Jahre nach den Ankündigungen des V. Parteitages wurde jedoch in einem internen Planungsdokument des Landwirtschaftsrates der DDR darauf hingewiesen,⁷ daß es in der DDR-Landwirtschaft, insbesondere in den LPG, nicht gelungen war, eine moderne und dem „Welthöchststand“ entsprechende Geflügelmast zu organisieren, die auch in der Lage war, der Verbrauchernachfrage zu genügen.⁸ Deshalb stellt sich hier die Frage, wie sich die „Sozialistische Landwirtschaft“ und damit die „Versorgung der Bevölkerung“ seit dem V. Parteitag entwickelt hatten, wenn diese Formel sieben Jahre später immer noch als Begründung für zentrale Investitionen in der Landwirtschaft dienen konnte. Da ich davon ausgehe, daß die Wechselwirkung zwischen Agrarproduktion und Lebensmittelangebot in der DDR die Entscheidung für den Aufbau des „Projekts Broilerproduktion“ ganz wesentlich beeinflußte und auch im weiteren Verlauf ihre Bedeutung für die Geflügelproduktion behielt, werde ich beides im folgenden Kapitel ausführlich darstellen.

- 4 Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin (O) 1985, S. 69. Walter Ulbricht, Bauernbefreiung in der DDR, Berlin (O) 1961. Gerhard Grüneberg u. a., Von der Bauernbefreiung zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (O) 1965. Ausführlich dazu Adolf Weber, Sozialistische Begründungen zur Neuorganisation der Landwirtschaft, Kap. 1 von: Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/4, Baden-Baden 1995, S. 2810–2824.
- 5 Arnd Bauerkämper, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 188–202.
- 6 Die eigentliche Ursache für dieses Vorgehen lag aber im anhaltenden Devisenmangel der DDR-Planwirtschaft. Vgl. Burghard Ciesla, Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 205–234.
- 7 Der Landwirtschaftsrat der DDR war die Nachfolgeorganisation des Landwirtschaftsministeriums der DDR in der Reformphase des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) in der DDR, 1963–1973. Vgl. Andreas Herbst u. a. (Hg.), So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen, Reinbek 1994, Bd. 1, S. 587f.
- 8 Zentrale Aufbaugruppe für den Aufbau von Beispielanlagen der Industriellen Tierproduktion (ZAG), Technisch-Ökonomische Zielstellung für die Broiler- und Eierkombinate Königs Wusterhausen und Meckern, Teil 1, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (im Folgenden: BArch), DK 107/A17, Nr. 23/1, o. Bl.

1. Parteidirektive und Expertenwissen

1958 schien für die SED-Führung der Zeitpunkt gekommen, einen erneuten Anlauf zur Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaftsutopie zu unternehmen. Nun sollten die angestrebten „sozialistischen Produktionsverhältnisse“ in kürzester Frist und ähnlich, wie bereits in der Industrie geschehen, im Handel und vor allen Dingen in der Landwirtschaft durchgesetzt werden. Parallel wurde ein über alle Maßen ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm beschlossen, das es ermöglichen sollte – gewissermaßen durch einen „Großen Sprung“ – die Bundesrepublik in der Arbeitsproduktivität und im Lebensstandard zu überrunden und damit die Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Deutschland endgültig zugunsten der DDR entscheiden zu können.⁹ Aus der zeitgenössischen Perspektive von Anhängern des Sozialismus in der DDR und speziell der SED-Führung hatten die Jahre 1957 und 1958 eine Reihe von Erfolgen erbracht, die sie zu derartiger Kühnheit zu ermutigen schienen. Aus der Sicht der Führung war es gelungen, die Krisen des Staatssozialismus 1956 in Polen und Ungarn erfolgreich zu überwinden, ohne daß dabei die eigene Machtposition Schaden genommen hätte. In der DDR hatten Walter Ulbricht und seine Gefolgsleute durch Parteisäuberungen und eine zaghafte Liberalisierung der eigenen Politik erreicht, daß sich die chronisch labile Lage zeitweise zu stabilisieren schien. Zugleich hatte die Führungsmacht des Ostblocks – die Sowjetunion – mit dem Raumflug des Sputniks vor der Weltöffentlichkeit eindrucksvoll ihre Fähigkeit zu technologischer Höchstleistung demonstriert und damit dem marxistisch-leninistischen Weltbild scheinbar eine praktische Bestätigung geliefert. Auch die ökonomischen Daten aus der zentral geleiteten Planwirtschaft schienen für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu sprechen. Das scheinbare Hauptproblem für die Stabilisierung der DDR in jenen Jahren, die sog. Republikflucht, erschien ebenfalls lösbar, denn zu dieser Zeit flohen merklich weniger Menschen aus der DDR. Diese Entwicklungen ermutigten die Führung der DDR, die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild als zentrales Ziel ihrer Politik wieder in Angriff zu nehmen.¹⁰

Für die Landwirtschaft in der DDR bedeutete dies nach dem V. Parteitag der SED eine Wiederaufnahme der radikalen Politik der allgemeinen Kollektivierung der bis zu diesem Zeitpunkt noch überwiegend privatwirtschaftlichen Betriebe,¹¹ bei gleichzeitig geforderter überproportionaler Produktionssteigerung. Beides sollte dem Ziel dienen, bei steigendem Verbrauch die DDR von Lebensmittelimporten unabhängig zu machen. Allein die Schlachт-geflügelproduktion sollte innerhalb des 7-Jahr-Plans um 700 % gesteigert werden.¹² Um die ehrgeizigen Ziele des V. Parteitages auf dem Gebiet der für diese Studie wichtigen Geflügelherzeugung erfüllen zu können, forderte die Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED,¹³ in „sozialistischen Großbetrieben der Landwirtschaft“ – also Landwirtschaftlichen Produk-

9 Vgl. Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, erweiterte Neuauflage, Frankfurt/M., 1996, S. 173ff.

10 Ebd., S. 169ff.

11 Vgl. Christel Nehring, „Landwirtschaftspolitik“, in: Andreas Herbst u. a. (Hg.), *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, S. 299f.

12 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, 10. bis 16. Juli 1958, Berlin (O) 1959, S. 120.

13 Die ZK-Abteilung Landwirtschaft unterstand als Fachabteilung im Apparat des Zentralkomitees der SED dem entsprechenden Sekretär des ZK und hatte erhebliche Macht durch seinen Einfluß auf Beschlüsse der eigentlichen Entscheidungsgremien der Staatspartei, dem Sekretariat und dem Politbüro. Vgl. Andreas Herbst u. a. (Hg.), *So funktionierte die DDR*, Bd. 2, S. 1219.

tionsgenossenschaften (LPG) – die Intensivhaltung von Legehennen sowohl auf Tiefstreu- als auch in Käfighaltung einzurichten. Die Planung ging davon aus, vorhandene Altbauten und andere ungenutzte Räume – wie z. B. stillgelegte Bergwerksstollen – für diesen Zweck umzunutzen.¹⁴

Zu diesem Zeitpunkt war von einer strikten Trennung von Legehennenhaltung und Geflügelfleischerzeugung noch nicht die Rede. Auch hatten Hühner gegenüber Enten und Gänsen – was die Mast betraf – noch keine privilegierte Stellung.¹⁵ Die Organisation der neuen Erzeugerbetriebe sollte in Verantwortung der Bezirksbehörden für Landwirtschaft erfolgen, die Standorte in der unmittelbaren Nähe größerer Städte wie Dresden, Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz), Leipzig, Gera, Suhl, Halle wählen sollten.¹⁶ In weitergehenden Ausarbeitungen zur Entwicklung der Geflügelhaltung und -mast war vorgesehen, in der Nähe von Ost-Berlin die Legehennenbestände in Käfigen zu halten, um so Raumersparnis zu ermöglichen. Weiterhin wurde empfohlen, die Möglichkeit der Geflügelhaltung und -mast unter Tage zu prüfen, um die Mittel für den Aufbau von separaten Hallen zu sparen. Der Anteil des Wassergeflügels am Geflügelfleischaufkommen sollte auf annähernd 25 % gesteigert, und zusätzlich eine enorme Steigerung in der Putenzucht und Putenhaltung realisiert werden.¹⁷

Dem Büro Gerhard Grünebergs¹⁸ lagen zu dieser Zeit weiterentwickelte Planungen zum kommenden 7-Jahr-Plan vor, in denen die ehrgeizigen Ziele des V. Parteitags noch überboten werden sollten. Entsprechend folgte man der Einsicht, daß – wollte man die Planvorgaben erfüllen – die Geflügelhaltung bzw. Geflügelmast nicht mehr als Nebenwirtschaftszweig der Landwirtschaft betrachtet werden könne. Bestimmte Volkseigene Güter und LPG sollten sich nun direkt auf die Geflügelhaltung spezialisieren. Die Pläne sahen den Aufbau eigener spezialisierter Zuchtbetriebe vor. Ein weiterer Schwerpunkt sollte die verstärkte Haltung von Wassergeflügel sein. Insbesondere ging es um Gänsehaltung. Allerdings zeigte sich an dieser Stelle bereits, daß es nicht möglich sein würde, sich vollständig von Importen aus dem westlichen Ausland unabhängig zu machen. Es wurde vorgeschlagen, für die Putenzucht Zuchttiere aus England zu importieren, weil die englische Landwirtschaft in dieser Sparte zu dieser Zeit führend war. Darüber hinaus sollte die Zucht von Enten intensiviert werden. Von 100.000 Tieren im Jahr 1959 sollte sie bis 1965 auf 230.000 Tiere gesteigert werden. In dem vorgelegten Dokument wird darauf hingewiesen, daß es weiterhin nötig sein

-
- 14 Entwurf des Planes der politischen und organisatorischen Maßnahmen zur Auswertung des V. Parteitages der SED – Teil 3c und 3d, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY 30 IV 2/7, Nr. 3, Bl. 84.
 - 15 Patrice G. Poutrus, Kurzer Abriß der Geschichte des Goldbroilers, in: NGBK (Hg.), Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, Köln 1996, S. 138–143.
 - 16 Programm für die Entwicklung der Geflügelzucht und -mast in der DDR zur Erreichung der auf dem V. Parteitag vorgeschlagenen Aufgaben. Vorlage vom 19. August 1958 für Kollegiumssitzung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, BArch, DK 1, Nr. 310, Bl. 20–32.
 - 17 Thesen über die Entwicklung der Geflügelhaltung und -mast, 23.2.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 461, Bl. 145–148.
 - 18 Gerhard Grüneberg (1921–1981) war ab dem Ende der fünfziger Jahre bis zu seinem Tod der entscheidende SED-Funktionär in allen die DDR-Landwirtschaft betreffenden Fragen. Von 1958 bis 1960 war er ZK-Sekretär für die Anleitung des Staatsapparats, von 1959 bis 1966 Kandidat des Politbüros, ab 1960 bis zu seinem Tod ZK-Sekretär für Landwirtschaft und ab 1966 Mitglied des Politbüros des ZK der SED. Vgl. Gabriele Baumgart/Dieter Hebig, Biografisches Handbuch der SBZ/DDR: 1945–1990, München/London/New Providence/Paris 1995, Bd. 1, S. 255.

würde, Apparate zu importieren, und zwar aus der Sowjetunion, da die im eigenen Land hergestellten Brutapparate nicht den Anforderungen der Tierhaltung entsprächen.¹⁹ Ergänzend wurde von der ZK-Abteilung Landwirtschaft gefordert, die veterinärmedizinische Betreuung der Geflügelbestände in der Intensivhaltung in einen eigenen „Geflügelgesundheitsdienst“ umzuwandeln. All diese Aufgaben, einschließlich der Qualifizierung der Fachkräfte, wurden dem damaligen Staatssekretär für Erfassung und Aufkauf übertragen.²⁰ Die Staatliche Plankommission (SPK),²¹ Sektor Lebensmittelindustrie, sollte die Aufgabe erhalten, das zu erwartende höhere Aufkommen an Geflügel sachgemäß dem Handel zu übergeben. In den Planungen des Jahres 1959 zum 7-Jahr-Plan der DDR ist deutlich zu erkennen, daß die Geflügelfleisch- und Eierproduktion als die eigentliche Reserve im Bereich der tierischen Eiweißerzeugung angesehen wurde.²²

In einer zuvor bereits erfolgten Stellungnahme der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL)²³ an den zuständigen Minister für Land- und Forstwirtschaft wurde von den Autoren jedoch festgestellt, daß die geplante massive Steigerung der Geflügelfleisch- und Eierproduktion in der Landwirtschaft mit den vorhandenen Methoden und Ressourcen in der Geflügelhaltung nicht zu bewältigen sein würde. Die Wissenschaftler der Akademie schlugen vor, Eierproduktion und Fleischmast grundsätzlich zu trennen. Für die Legerichtung sei es besser, sich auf die Käfighaltung zu konzentrieren, da diese Form der intensiven Geflügelhaltung die höchsten Rationalisierungsergebnisse versprächen. Zugleich wiesen sie darauf hin, daß der Futterproduktion allergrößte Bedeutung für den Gesamtertrag sowohl im Zweig Legehennen als auch bei der Geflügelmast zukomme. Entsprechend seien spezielle Futtermischungen für beide Produktionsrichtungen zu entwickeln und zu produzieren. Die Geflügelproduktion solle zunächst in zwei bis drei Bezirken der DDR entwickelt

19 Materialien zum Siebenjahrplan. Teil der Geflügelproduktion und Geflügelzucht, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 72, Bl. 23/24.

20 Das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf war das Steuerungsorgan im Landwirtschaftsministerium der DDR (ab 1958), um die gesamten Agrarerträge zu erfassen und in die planwirtschaftlich organisierte Nahrungsgüterwirtschaft zu schleusen und wurde von einem Staatssekretär geführt. In der Zeit nach der Kollektivierung wurde das Staatssekretariat mehrfach umgebildet und 1975 aufgelöst. Vgl. DDR-Handbuch, hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, unter wissenschaftlicher Leitung v. Hartmut Zimmermann, Köln 1985, Bd. 2, S. 906. Durch das Instrument des Abgabesolls nahm diese Institution im Kampf der SED gegen die Einzelbauern eine strategische Rolle ein, die aber noch weitgehend unerforscht ist.

21 Die Staatliche Plankommission war die dem Ministerrat der DDR direkt unterstellte, oberste Planungsbehörde der DDR-Volkswirtschaft. Diese Funktion gab ihr eine entscheidende Position als Steuerungsinstrument für die Wirtschaftspolitik der SED. Vgl. Theo Pirker u. a. (Hg.), Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.

22 Maßnahmenplan für die Entwicklung der Geflügelhaltung und -mast zur Erreichung der auf dem V. Parteitag der SED vorgeschlagenen Ziele bis zum Jahre 1965, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 461, Bl. 149–154.

23 Deutsche Akademie für Landwirtschaftswissenschaften (DAL): 1951 gegründete, ab 1972 unter dem Namen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL) weitergeführte und 1990 aufgelöste zentrale Forschungseinrichtung für die Landwirtschaftswissenschaften und die Forstwissenschaft in der DDR. Vgl. Andreas Herbst u. a. (Hg.), So funktionierte die DDR, Bd. 1, S. 28ff.

werden, um die dort gewonnenen Erfahrungen dann in der gesamten Landwirtschaft der DDR nutzen zu können.²⁴

Diese Vorschläge und die darin enthaltene Skepsis gegenüber der Steigerung der Geflügelränge in der DDR gemäß den Beschlüssen des V. Parteitags entsprachen dem Stand der in den östlichen Nachbarländern verbreiteten wissenschaftlichen Erkenntnisse über Geflügelproduktion.²⁵ Insbesondere mit der tschechischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften hatte die DAL seit 1958 eine stabile Zusammenarbeit entwickelt.²⁶ Um aber den vom V. Parteitag gestellten Aufgaben und ihren späteren Ausweitungen in den Planungen zum 7-Jahr-Plan trotz der von den Wissenschaftlern vorgetragenen Einschränkungen entsprechend zu können, wurde Ende April 1959 in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften die Arbeitsgemeinschaft „Intensivgeflügelhaltung“ gebildet. Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft war es, die bisher gesammelten wissenschaftlichen Erfahrungen im Bereich Tierhaltung und Stallwirtschaft so aufzubereiten, daß sie direkt in die praktische Arbeit in der Landwirtschaft einfließen konnten. Die Arbeitsgemeinschaft gab sich für ihre Arbeit sechs Schwerpunkte: Stallbau und Stallklima, Stalleinrichtungen, Rassefragen, Organisation des Produktionsablaufs, Futterzusammensetzung und Fütterungstechnik sowie Fragen der Qualitätsproduktion und -prüfung.²⁷

Bis zum Sommer 1960 arbeitete sie kontinuierlich an den selbst gesetzten Zielen. Nach eigenem Bekunden und anders als geplant war der Einfluß dieses Gremiums auf die unmittelbaren Verhältnisse in der Landwirtschaft aber äußerst gering. Einen Grund sah man in der Organisation der Akademie selbst, in der die administrative Zuordnung dieser Arbeitsgemeinschaft nicht eindeutig geregelt war, so daß es zu Überschneidungen mit anderen wissenschaftlichen Arbeitsgruppen kam.²⁸ Deshalb wandte sich der Präsident der DAL an den Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, um einen „grundlegenden Wandel speziell in der Geflügelfleischproduktion“ zu fordern. Die dieser Forderung zugrundeliegenden Erkenntnisse der Agrarwissenschaftler zum Thema „Intensivgeflügelhaltung“ wurden in einem Thesenpapier zur Produktion von Qualitätsmastgeflügel noch einmal angeführt. Trotz der Forderungen des V. Parteitages und des 7-Jahr-Plans befand sich die Geflügelproduktion der DDR-Landwirtschaft weiterhin nicht auf der Höhe des Weltniveaus, wie von den Wissenschaftlern betont wurde. Sie schlugen deshalb erneut eine systematische Trennung von Geflügelmast und Legehennenhaltung vor. Was Hühner, Enten, Gänse und Puten anbelangt, sei die Geflügelmast weiter auszudehnen, allerdings ausschließlich auf Tiefstreu, ohne Käfighaltung. Den zukünftigen Erzeugerbetrieben für Geflügelfleisch sollten nicht nur die reine Mast des Geflügels, sondern auch Verarbeitung und Absatz obliegen. Die Experten befanden eine spezielle Kühl Lagerung und den gesonderten Transport von Geflügel

-
- 24 Brief der DAL Sektion Tierzüchtung und Tierernährung vom 26.11.1958 – Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungen über die Intensivgeflügelhaltung und die sich daraus ergebenden Empfehlungen für die weitere Entwicklung, BArch, DK 107/182, Nr. 190, Bd. 1, o. Bl.
- 25 Von der Tschechischen Akademie an die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Dr. Engelhard – Vorschlag einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geflügelzucht und -haltung, 9.1.1959, BArch, DK 107/182, Nr. 190, Bd. 1, o. Bl.
- 26 Reisebericht über ein Symposium in Prag vom 16.12.1958, BArch, DK 107/182, Nr. 190, Bd. 1, o. Bl.
- 27 Kurzprotokoll der ersten (konstituierenden) Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Intensivgeflügelhaltung“ am 17.4.1959, 28.4.1959, BArch, DK 107/182, Nr. 190, Bd. 1, o. Bl.
- 28 Bericht über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft „Intensivgeflügelhaltung“ (am 14.7.1960 auf der 7. Sitzung der Sektion Tierzüchtung und Tierernährung in Berlin), BArch, DK 107/182, Nr. 190, Bd. 1, o. Bl.

für notwendig. Zusätzlich sollten neue Produktlinien wie Geflügelfleischkonserven entwickelt und Spezialläden zum Verkauf von Geflügel eingerichtet werden.²⁹

Damit waren all jene Überlegungen zur Entwicklung einer modernen Geflügelzucht angesprochen, die später dem Goldbroiler in der DDR zum Erfolg verhelfen sollten.³⁰ Daß diese Konzepte nicht zum Tragen kamen, lag nicht so sehr an den zuweilen selbstverliebten Ideen der Geflügelspezialisten der DDR³¹ und fehlender Zuordnung in der Akademie selbst, sondern ist der allgemeinen Situation der DDR-Landwirtschaft geschuldet. Zu diesem Zeitpunkt waren vor allen Dingen die unmittelbaren Folgen der Kollektivierung zu bewältigen. Die Neuentwicklung von „neuen Produktionsrichtungen“ stand nicht im Vordergrund des politischen und agrarökonomischen Handelns der politischen Akteure in der DDR.³² Es sollte sich zeigen, daß die seit 1958 angestrebte Gleichzeitigkeit der Veränderung der Eigentumsverhältnisse durch Kollektivierung der privaten bäuerlichen Betriebe und Produktivitätssteigerung auf dem Agrarsektor eine Illusion war und blieb. Das politische Ziel der Umwandlung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande stand für die SED-Führung klar im Vordergrund und ließ den Modernisierungsvorstellungen der Geflügelzüchter der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften bis zu dieser Zeit keinen Spielraum. Es sollte sich aber unter diesen Bedingungen zeigen, daß sie nicht die einzigen ungehörten wissenschaftlichen Mahner bleiben sollten.

Aus den Analysen zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR aus dem Jahre 1958, die für das Politbüro der SED erstellt wurden, läßt sich trotz der allgemeinen Erfolgsrhetorik herauslesen, daß die SED-Führung mit dem in den zurückliegenden Jahren erreichten Stand in der DDR-Landwirtschaft höchst unzufrieden sein mußte. Der Staatspartei war es bis hierhin nicht gelungen, eine nennenswerte Zahl von Bauern für die von ihr hofierten Produktionsgenossenschaften zu gewinnen.³³ Die Gründe dafür sind offensichtlich:

-
- 29 Brief an den Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft vom 18.8.1960. In der Anlage p, Empfehlung zur Produktion Qualitätsmastgeflügel, BArch, DK 107/182, Nr 190 Bd. 1, o. Bl.
 - 30 Vgl. Patrice G. Poutrus, *Lebensmittelversorgung, Versorgungskrise und die Entscheidung für den „Goldbroiler“*. Problemlagen und Problemlösungen der Agrar- und Konsumpolitik in der DDR 1958–1965, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39. Band (1999), Bonn 1999, S. 391–421.
 - 31 Jahresbericht über die Versuchsarbeiten „Geflügelproduktion unter Tage“ im VEB Kaliwerk Staßfurt vom 1.8.1960, Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, lfd. Bestand, Nr. 1700, Bl. 1–8.
 - 32 Vgl. Arnd Bauerkämper, *Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/1961*, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 556–588.
 - 33 Stellungnahme der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED zur Vorlage des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft an das Politbüro d. ZK d. SED – Analyse u. Entwicklung d. LPG im Jahre 1957, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 87, Bl. 199–208.

Tabelle 1: Hektarerträge der DDR-Landwirtschaft 1956 und 1957

	Ertrag in dt/ha	1956	1957
Getreide	LPG	23,5	23,3
	Einzelbauern	23,5	23,1
Ölfrüchte	LPG	12,7	12,1
	Einzelbauern	12,6	12,3
Kartoffeln	LPG	153,2	160,3
	Einzelbauern	173,7	185,1
Zuckerrüben	LPG	195,3	285,4
	Einzelbauern	215,3	299,5
Heu	LPG	40,8	39,3
	Einzelbauern	42,4	42,6
Feldfutterpflanzen	LPG	56,0	51,7
	Einzelbauern	57,8	56,2
Mais	LPG	237,9	388,7
	Einzelbauern	239,6	392,1
Futterhackfrüchte	LPG	340,3	440,4
	Einzelbauern	366,3	477,4

Quelle: Hektarerträge, 12. August 1958 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 33, Bl. 72

Allein die dem Politbüro vorgelegten Zahlen zu den durchschnittlichen Hektarerträgen der DDR-Landwirtschaft aus den Jahren 1956 und 1957 machen³⁴ trotz der hoch aggregierten Werte deutlich, daß – anders als propagiert – die privaten Bauern den genossenschaftlichen Betrieben in nichts nachstanden.

Auch im Verlauf des Jahres 1958 erwiesen sich die LPG mit ihrer geringen Produktivität und mangelhaften Rentabilität als nicht attraktiv genug, um die anhaltende Fluktuation unter den ehemaligen Land- und Industriearbeitern, deren Familienangehörigen sowie den Jugendlichen aus den Genossenschaften zu stoppen. In einer weiteren Vorlage an das Politbüro der SED wurden im Herbst des Jahres in diesem Zusammenhang „Tendenzen der Gleichmacherei“ in den neuen Genossenschaftsbetrieben kritisiert, die sich auf die Leistungsmotivation der Mitglieder „hemmend“ ausgewirkt hätten. Speziell die Entwicklung der Tierproduktion in den LPG, insbesondere die Entwicklung der Rinderhaltung, wurde als unbefriedigend beurteilt. Dies wiederum hatte zur Folge, daß die Einkünfte der LPG nicht den ursprünglichen Erwartungen ihrer Mitglieder entsprachen, was ihre Attraktivität kaum erhöhen konnte. In den Akten sind diese Schwierigkeiten jedoch lediglich als Probleme beschrieben, die auf mangelhafte politische und ideologische Arbeit zurückgehen.³⁵

Hierfür werden in den Argumentationen der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED vor allem die sogenannten wirtschaftsschwachen LPG verantwortlich gemacht. Deshalb schlug man schon im Frühjahr 1958 vor, diese LPG zusätzlich zu unterstützen, um sie später vom „Tropf der Staatskasse“ abhängen zu können. Dem entsprachen die Vorschläge zur allgemeinen Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die einen Erlaß von Verbindlichkeiten und eine kostenlose Überlassung freier landwirtschaftlicher

34 Hektarerträge, 12.8.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 33, Bl. 17.

35 Analyse der Entwicklung der LPG im bisherigen Verlauf des Jahres 1958, Vorlage an das Politbüro d. ZK d. SED vom 16.9.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 87, Bl. 251–265.

Flächen ermöglichten. Zusätzlich wurden Staatszuschüsse gewährt; sollten auch diese nicht ausreichen, um die laufenden Kosten zu decken, war vorgesehen, die fehlenden finanziellen Mittel wiederum aus dem Staatshaushalt zur Verfügung zu stellen. Besonders in der Tierproduktion sollte es in kürzester Zeit gelingen, die Produktionsergebnisse der „werk täglichen Einzelbauern“ zu erreichen bzw. zu überbieten. Dies sollte vor allen Dingen durch das „Offenstall-Programm“ erreicht werden. In dieser – als fortschrittlich angepriesenen – Bauweise wurden nun insgesamt 2.500 Viehställe, vorrangig in LPG, errichtet.³⁶ Gleichzeitig war vorgesehen, das auf sowjetische Anregung geplante Maisanbauprogramm auf den Flächen dieser LPG umzusetzen, um die Futterversorgung – ein Dauerproblem – besser in den Griff zu bekommen. Auch wenn auf die zweifelhafte Wirkung dieser Vorkehrungen noch einzugehen sein wird, verfolgten sie doch das Ziel, die LPG trotz ihrer ökonomischen Schwäche gegenüber den privatwirtschaftlichen Bauernhöfen eindeutig zu privilegieren.³⁷

Die offenkundige Schwäche der neuen Genossenschaften korrespondierte mit einer sich andeutenden Steuerungsschwäche der staatlichen Planungsinstanzen für die DDR-Landwirtschaft insgesamt. Im Sommer 1958 sah die Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED sich veranlaßt, die ihr unterstellten Bezirksleitungen nochmals auf die politische Bedeutung der Erntearbeit hinzuweisen. In einem äußerst detaillierten Brief gesteht die Abteilung Landwirtschaft indirekt ein, daß im unmittelbaren Vorfeld des V. Parteitags bereits die kurzfristigen Ziele der DDR-Landwirtschaft nicht erreicht werden konnten. Nach Ansicht der ZK-Kader waren die Vorbereitungen für die anlaufende Ernte in den Bezirken nachlässig organisiert worden. Die Auslastung der Maschinen sei unzureichend, und es gebe Anzeichen von Materialverschwendungen in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), so die zuständige Fachabteilung der Parteizentrale. Damit nicht genug, zeichnete es sich ab, daß die Wittringslage im Sommer 1958 ungünstiger als erwartet war und die Ernte, insbesondere im Bereich Pflanzenproduktion, nicht so gut ausfiel wie in der Planung.³⁸ In einer vorläufigen Bilanz des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf wurde am 30. Juli 1958 gegenüber der Parteizentrale zum Ernteverlauf festgestellt, daß allein bei Getreide nur knapp die Hälfte des Vorjahresergebnisses erreicht werden konnte. Die Hauptursache für diesen massiven Einbruch der Agrarerträge sah man im verspäteten Beginn der Feldarbeit im Jahr 1958. Teilweise war vierzehn Tage bis drei Wochen später als erforderlich mit der Feldbestellung begonnen worden.³⁹

Mit anhaltender Hartnäckigkeit und gegen den Rat und die Auffassung der eigenen Agrarwissenschaftler wurde aber auch das Projekt des verstärkten Maisanbaus zur Sicherung des Viehfutters fortgeführt. Die Fachleute vertraten die Position, Maisanbau auf dem Territorium der DDR sei nur im beschränkten Maße erfolgversprechend, da die Böden nur in wenigen Regionen dafür geeignet seien. Gegen derartige wissenschaftliche Kritik verlegten die SED-Führung und ihre Kader sich auf eine politische Argumentation, die den „Klas-

36 Vorschlag über die Neuregelung der Unterstützung von wirtschaftsschwachen Genossenschaften vom 5.3.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 33, Bl. 9–16.

37 Vorschlag für die Auszeichnung des besten Bezirkes der Wettbewerbsgruppe Landwirtschaftliche Bezirke, o. D. (Sommer 1958), SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 366, Bl. 19.

38 Rundschreiben von Erich Mückenberger, Sekretär des ZK der SED an die Sekretäre für Landwirtschaft der Bezirksleitungen der SED, vom 30.6.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 76, Bl. 106–111.

39 Schreiben der ZK-Abteilung für Landwirtschaft an Genosse Mückenberger vom 30.7.1958 zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplans per 31.6.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 430, Bl. 63/64.

sencharakter“ solcher Sachentscheidungen hervorheben sollten.⁴⁰ Mißerfolge konnten bei einer so arroganten Haltung gegenüber dem Expertenrat nicht ausbleiben. Wohl auch deshalb waren viele Einzelbauern nicht bereit, diesem Experiment zu folgen. In den Berichten des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind sie es dann auch, die für die Nichteinhaltung der Planvorgaben im Bereich der Maiserträge verantwortlich gemacht werden.⁴¹ Diese Misere in der Pflanzenproduktion korrespondierte wiederum mit erheblichen Problemen in der Tierproduktion.

Ende August 1958 wurde in einer Vorlage der Abteilung Landwirtschaft des ZK an das Sekretariat des ZK der SED mitgeteilt, in der Versorgung der Bevölkerung mit Frischfleisch herrsche seit Anfang August eine angespannte Situation; Ausgleich durch kurzfristige Importe sei ausgeschlossen. Neben der ständig steigenden Nachfrage werden als Ursachen für diese Entwicklung der starke Rückgang der eigenen Fleischproduktion sowie eine Reihe von nicht zustande gekommenen Rindfleischimporten ausgemacht. Allerdings wird auch eingestanden, daß die Umsetzung des „Rinder-Offenstallprogramms“ die Schwierigkeiten bei der Fleischbelieferung vergrößert hätten.⁴² Hier entstand ein Zyklus von sich abwechselnden Krisen in der pflanzlichen und tierischen Erzeugung in der DDR-Landwirtschaft, der sich nicht aus einem Mangel an Fachwissen, sondern nur aus den auch in den folgenden Jahren anhaltenden politischen Kampagnen begründen läßt. Dennoch sollte gerade dieser Politikstil erst die Voraussetzungen schaffen, unter denen die Experten in der DDR-Landwirtschaft wieder mit ihren Vorstellungen zur modernen Geflügelwirtschaft an Einfluß gewannen.

2. Kollektivierung erfolgreich abgeschlossen – Pläne gescheitert

In jüngeren Veröffentlichungen zur Politik der SED Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre wird betont, daß die auf dem V. Parteitag der SED verkündeten politischen Ziele von Beginn an utopischen Vorstellungen entsprangen und die von der SED verfolgte Politik einen hochgradig abenteuerlichen Charakter hatte. Der SED-Führung sei nämlich schon vor der Verabschiedung der programmatischen Ziele des V. Parteitages bewußt gewesen, daß die DDR weder über die materiellen noch über die finanziellen Ressourcen verfügte, um ein derartig ambitioniertes Programm durchführen zu können.⁴³ Dem ist ange-sichts der Aktenlage nicht zu widersprechen, allerdings sollte berücksichtigt werden, daß es zum Selbstverständnis eines kommunistischen Politikers wie Walter Ulbricht gehörte, sich mit den ihm vorliegenden Fakten nicht einfach abzufinden, sondern diese durch „revolutio-

-
- 40 Information der ZK-Abteilung Landwirtschaft vom 9.1.1958, über die gemeinsame Sitzung der Sektion Pflanzenbau, Pflanzenzucht und Versuchs- und Untersuchungswesen der DAL zu den Fragen des Maisanbaus – im Dezember 1957, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 468, Bl. 50–55.
 - 41 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Abt. Pflanzliche Produktion; Bericht über die Erfüllung des Maisprogramms 1958 vom 27.11.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 35, Bl. 125/126.
 - 42 Vorlage über Maßnahmen zur Sicherung der Schweineproduktion und des Schlachtviehaufkommens, 29.8.1958, 6 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 100, Bl. 131–136.
 - 43 So Michael Lemke, in: ders., Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 63ff.

näres Handeln“ zu überwinden.⁴⁴ Man könnte diese Art der Machtausübung auch als eine „Flucht nach vorn“ beschreiben. 1958 kam es der SED-Führung nicht allein darauf an, pragmatisch zu handeln, es war noch ihr Ziel, durch die angestrebte Durchsetzung der kommunistischen Gesellschaftsutopie die existierenden Schwierigkeiten der real-sozialistischen Gegenwart zu überwinden.⁴⁵

Von den bereits beschriebenen Schwierigkeiten und Hinweisen unberührt wurde deshalb auch die Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft mit einer Art „Augen-zu-und-durch-Politik“ nach dem Jahre 1958 fortgesetzt. Im Frühjahr 1959 verstärkten sich dann auch die zuvor schon angedeuteten Schwierigkeiten. Besonders hart traf es die Fleischzeugung. Lediglich die Bezirke Schwerin und Neubrandenburg hatten im zurückliegenden Quartal das Plansoll erfüllen können. Alle andere Bezirke der DDR lagen bei der Ablieferung von Schlachtvieh deutlich unter den Vorgaben, so daß sich für die DDR-Landwirtschaft insgesamt eine Erfüllung der Planvorgaben nach Produkten von 88,8 % bis 94 % ergab.⁴⁶ Diese Entwicklung setzte sich über das weitere Frühjahr bei langsam fortschreitender Kollektivierung fort,⁴⁷ wobei der von der SED gewünschte Eintritt von Bauern in die LPG selbst zum Problem wurde. Eine größere Anzahl von „beitrittswilligen“ Bauern verkaufte zuvor das Vieh des eigenen Hofes. Offenkundig hatten auch diese Bauern kein Vertrauen zu den Experimenten der LPG mit Rinder-Offenställen. Die Gründe dafür waren der Abteilung Landwirtschaft durchaus bekannt. Nach eigenen Aussagen fehlte es in den LPG an Futter, und das Vieh in den Anlagen der Rinder-Offenstallhaltung sah zerschunden und zerstoßen aus. Die eingebaute Melktechnik schien für das Bedienungspersonal zu kompliziert, und es kam häufig zu technischen Ausfällen, so daß die Ergebnisse letztendlich unbefriedigend blieben. Nichtsdestotrotz war man in der Parteizentrale der Meinung, durch die öffentliche Ausstrahlung von „positiven Beispielen“ dieser Kampagne, in der Lage zu sein, die Schwierigkeiten überwinden zu können.⁴⁸

Jedoch wurde im Sommer 1959 die DDR-Landwirtschaft durch eine besonders starke Trockenperiode in Mitleidenschaft gezogen, und in einer Information an das Politbüro der SED heißt es, aus diesem Umstand ergäben sich erhebliche Auswirkungen auf die weitere Entwicklung in der Landwirtschaft. Die anhaltende Trockenheit stellte besonders für die Versorgung des Viehs mit Futtermitteln ein ernstes Problem dar. Auch der sogenannte genossenschaftliche Sektor der DDR-Landwirtschaft war trotz Privilegierung gegenüber den

44 Vgl. dazu Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, bes. S. 29f. Zur Tradition des utopiegeleiteten Handelns von sozialistischen und kommunistischen Politikern, vgl. Dieter Langewiesche, Fortschritt als sozialistische Hoffnung, in: Schönhoven/Staritz (Hg.), *Sozialismus und Kommunismus im Wandel*, S. 39–55.

45 Vgl. Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 310. Zur Tradition des utopiegeleiteten Handelns von sozialistischen und kommunistischen Politikern, vgl. Dieter Langewiesche, Fortschritt als sozialistische Hoffnung, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hg.), *Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag*, Köln 1993, S. 39–55.

46 Stand der Planerfüllung in Schlachtvieh vom 31.3.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 460, Bl. 56–61.

47 Erfüllung des Volkswirtschaftsplans nach dem Stand vom 30.4.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 88, Bl. 20/21.

48 Protokoll vom 21.04.1959 über die Abteilungsversammlung am 14.4.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 75, o. Bl.

privaten bäuerlichen Betrieben nicht imstande, die hochgesteckten Ziele des V. Parteitags zu erfüllen. Das Wetter mit seinen „vier antisozialistischen Hauptübeln – Frühling, Sommer, Herbst und Winter“,⁴⁹ war wiederum in den Planungen nicht ausreichend berücksichtigt worden.⁵⁰

Trotz verstärkter Propaganda war die SED zu diesem Zeitpunkt nicht fähig, eine größere Anzahl von Einzelbauern – und sie waren immer noch die Mehrheit – zum Eintritt in die Genossenschaften zu bewegen. Unter der Bauernschaft waren die Zweifel über die Dauerhaftigkeit der Entwicklung in der DDR zu diesem Zeitpunkt äußerst stark, wie selbst die Abteilung Landwirtschaft des ZK feststellen mußte. Zugleich galt die anhaltende Schwäche zahlreicher LPG den Bauern als Argument für die Aufrechterhaltung der eigenen ökonomischen Selbständigkeit. Die Tradition der bäuerlichen Autonomie und die Skepsis gegenüber der Arbeit in landwirtschaftlichen Genossenschaften erwiesen ihre Zählebigkeit.⁵¹ Da das ökonomische Potential der DDR nicht ausreichte, um die wirtschaftsschwachen Genossenschaften auf schnellem Wege in ökonomisch erfolgreiche Betriebe umzuwandeln, die Führung der SED aber nicht bereit war, auf die Kollektivierung der Landwirtschaft zu verzichten, setzte man auf administrativen Druck gegenüber den bäuerlichen Privatwirtschaften. In der Folgezeit stieg die Anzahl der Genossenschaftsbetriebe bzw. die Mitgliederzahl in den LPG merklich an.⁵² Allerdings hatte sich unter den ökonomischen wie politischen Offensiven der Staatspartei das gesellschaftliche Klima auf dem Land wie auch in der übrigen DDR deutlich verschlechtert.⁵³

Die heftigen Schwierigkeiten in der Agrarproduktion führten bei SED-Kadern zu Zweifeln an der Richtigkeit der forcierten Kollektivierung. Einzelne Funktionäre meinten zu diesem Zeitpunkt sogar, es käme eher darauf an, die Reserven der nicht kollektivierten Landwirtschaft auszuschöpfen, um die Ertragslage in der DDR-Landwirtschaft zu verbessern.⁵⁴ Solche Stimmen blieben aber in der Minderheit bzw. konnten sich nicht durchsetzen. Im Frühjahr 1960 wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft in einem bisher nicht bekannten Ausmaß forciert; in der SED-Propaganda hieß das „Sozialistischer Frühling in der Landwirtschaft“.⁵⁵ Aber anders als in den Beschlüssen der SED vorgesehen,⁵⁶ entwickelten sich die Produktionszahlen in der Landwirtschaft nicht „vorwärts“, sondern abwärts. Aus einer Übersicht der Abteilung Landwirtschaft des ZK läßt sich schlußfolgern, daß innerhalb der ersten Monate des Jahres 1960 die Fleischproduktion in der gesamten DDR dramatisch zurückging. Während es einigen Bezirken zum 30. März 1960 noch gelungen war, den Lie-

49 Volksmund.

50 Information an das Politbüro des ZK der SED vom 11.7.1959 über die Auswirkungen der Trockenheit auf die Entwicklung der Viehbestände und die Marktproduktion im Jahre 1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 88, Bl. 70–77.

51 Argumente von starken Mittelbauern für ihr Zögern beim Eintritt in die LPG, 24.10.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 10, Bl. 49–53.

52 Dieter Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln“. Die Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der BRD 1956–1961 (Hefte zur Geschichte der DDR 16), Berlin 1994, S. 33.

53 Vgl. Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, S. 178ff.

54 Hausmitteilung vom Mitglied des ZK, Gen. W. Ulbricht, an Gen. Grüneberg, 23.1.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 3, Bl. 69.

55 Vgl. Siegfried Kuntsche, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller u. a. (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I, Berlin 1993, S. 191–210, hier S. 204.

56 Walter Ulbricht, 8. Tagung des ZK der SED, 30. März bis 2. April 1960, Berlin (O) 1960, S. 3 ff.

feranforderungen an Schlachtvieh nachzukommen, waren bereits zwei Wochen später ausnahmslos alle in die roten Zahlen geraten.⁵⁷

Tabelle 2: Planerfüllung bei Schlachtvieh per 18. April 1960 in der DDR

Bezirk	Plan in t	Ist in t
Rostock	20.920	20.227
Schwerin	21.552	19.562
Neubrandenburg	26.954	25.355
Potsdam	28.120	24.999
Frankfurt/Oder	15.794	14.122
Cottbus	18.582	17.968
Magdeburg	35.909	28.393
Halle	28.190	24.590
Erfurt	20.064	19.982
Gera	12.932	12.113
Suhl	5.900	5.910
Dresden	23.640	22.941
Leipzig	21.370	19.677
Karl-Marx-Stadt	19.810	19.615
Ost-Berlin	2.186	1.884
DDR	300.003	277.638

Quelle: *Planerfüllung per 18. April 1960 – Schlachtvieh insgesamt –, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 460, Bl. 192.*

Die forcierte Kollektivierung des Jahres 1960 zeigte auch in anderer Hinsicht tiefgreifende Wirkung. Im November des gleichen Jahres wurde in einer Analyse zur Republikflucht festgestellt, daß bis zum Ende des Monats September 1960 bereits 56 Tierärzte die DDR verlassen hatten, während 1959 lediglich 44 Tierärzte geflohen waren. Eine Reihe dieser Tierärzte hatte nach erfolgreicher Flucht ihre Gründe in Briefen an Kollegen und Vorgesetzte dargelegt. Zunehmende Arbeitsüberlastung, anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten, Wohnungsprobleme, aber auch die sich verschärfende Auseinandersetzung um die Erziehung der eigenen Kinder sowie familiäre Schwierigkeiten werden als Beweggründe genannt, den Arbeitsplatz zu verlassen und die Flucht nach Westdeutschland zu wagen. Insbesondere die mit der Kollektivierung der Landwirtschaft verbundene berufliche Unsicherheit wurde als Fluchtmotiv benannt. Die betroffenen Veterinärmediziner hatten schlicht Angst, in einer Phase zunehmender Tierverluste und Milchausfälle als Sündenböcke für eine verfehlte Agrarpolitik persönlich zur Verantwortung gezogen zu werden. In der genannten Analyse werden diese Gründe jedoch nur als „vorgeschoben“ bewertet. Die Republikflucht der Tierärzte läge nur an der mangelhaften politisch-ideologischen Aufklärungsarbeit in ihren Reihen. Es hätten diesen Spezialisten nur besser die notwendigen Zusammenhänge erklärt werden müssen, dann wären sie dem neuen Tempo der Veränderung in der DDR-

57 Planerfüllung per 18.4.1960 – Schlachtvieh insgesamt – per 18.4.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 460, Bl. 192/193.

Landwirtschaft auch besser gewachsen gewesen. Gleichzeitig wird natürlich auf die Bedeutung des „westzonalen“ Rundfunks und Fernsehens und einer Reihe von „konterrevolutionären Organisationen“ hingewiesen.⁵⁸

Parallel dazu häuften sich im Frühjahr 1960 die Eingaben von Bauern beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft.⁵⁹ Die zum Teil persönlich vorgetragenen Beschwerden richteten sich u. a. gegen die massive Propagandaarbeit der Brigaden, die auf dem Land für die Kollektivierung werben sollten. Die betroffenen Bauern betonten, daß die Art und Weise der Werbung sie in Unruhe und Erregung versetze. Polizeieinsätze erzeugten unter der betroffenen Bevölkerung der einzelnen Dörfer regelrechte Panik. Androhungen, Einzelbauern, die nicht bereit seien, in die LPG einzutreten, umgehend zu verhaften, lösten in den Familien solche verständlichen Reaktionen aus. Die Einwände der betroffenen Bauern richteten sich aber auch gegen die Pflichtabgaben für die Privatwirtschaften, die zum Teil auf das Doppelte bis Zehnfache erhöht worden waren, was die ökonomische Existenz der einzelbäuerlichen Betriebe insgesamt in Frage stellte. Gleichzeitig wandten sich die Bauern gegen die pausenlosen Propagandakampagnen für den Eintritt in die LPG. Die Art der Information und auch die Berichte aus Quellen der Staatssicherheit lassen darauf schließen, daß diese Methoden kein Einzelfall im „Sozialistischen Frühling“ der DDR-Landwirtschaft waren.⁶⁰ In den Berichten über Planrückstände aus dem Frühjahr 1960 ist von solchen Vorfällen allerdings keine Rede.⁶¹ Auch werden die verzweifelten Reaktionen von einzelnen Bauern, die weder bereit waren, das eigene Land zu verlassen noch in die LPG einzutreten und deshalb den Freitod wählten, nicht mit dem Handeln von Partei- und Staatsorganen in Verbindung gebracht, sondern lediglich als private Erscheinung gedeutet.⁶² Von diesen tragischen Schicksalen ging offenbar für die Staatspartei keine erwähnenswerte Gefahr aus.

Ganz anders wurde aber die sich im Umfeld der Kollektivierung abzeichnende Versorgungskrise gesehen: Um dieser zu entgehen, wurden im Mai 1960 Vorschriften erlassen, die den Versuch darstellten, die fehlenden Fleischerträge durch ein erhöhtes Aufkommen aus der Jagd von Wildbeständen auszugleichen.⁶³ Denn anders, als es die Erfolgsberichte aus der Presse der DDR über die Kollektivierung der Landwirtschaft erraten lassen, zeigt sich in Berichten an das ZK, daß die Bauernschaft durchaus nicht gewillt war, die Zwangskollektivierung einfach hinzunehmen. Hier wird über Austritte aus Genossenschaften berichtet, sowie über eine große Unlust, die Arbeit in den LPG selbst aufzunehmen. Viele Bauern nahmen den Eintritt in die LPG zwar schließlich hin, aber auf Grund ihrer anhaltenden

58 Information für Genosse Kiesler – „Republikflucht“ von Tierärzten –, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 80, Bl. 63–65.

59 Eingaben waren eine in der DDR besonders entwickelte Form der Beschwerde des Bürgers an Staat und Partei. Vgl. dazu Jonathan R. Zatlin, Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 10/1997, S. 902–917.

60 Information über die zunehmende Zahl der Beschwerden von Bauern im Zusammenhang mit der stürmisch voranschreitenden sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, o. D., SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 370, Bl. 99–106.

61 Brief vom 16.5.1960 an Genosse Grüneberg – Fleischsituation 1960 –, 16.5.1960, 3 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 430, Bl. 319–321.

62 Die historische Forschung hat aber belegt, daß diese Praxis Methode hatte, vgl. Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, bes. S. 73–110.

63 Aktennotiz – Maßnahmen zur Erhöhung des Abschusses von Wild und zur Gewährleistung einer schnellen Zuführung zur Versorgung in die Großstädte –, 28.5.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 4, Bl. 85–88.

Skepsis verhielten sie sich abwartend. Auch fehlte vielen das persönliche Leistungsinteresse an der Arbeit in der LPG.⁶⁴ Dies konnte nicht ohne Folgen für die Planerfüllung in der Landwirtschaft bleiben. Obwohl es auf einigen Gebieten, insbesondere in der Fleischerzeugung, nachweislich zu Steigerungen kam, wurde der Volkswirtschaftsplan weder in seinen einzelnen Teilen noch in allen Bezirken vollständig erfüllt. Hohe Fleischablieferungen zu Jahresbeginn führten zu einem erneuten erheblichen Rückgang des Tierbestandes, und das wiederum bedeutete eine Gefährdung der Fleischversorgung für das nächste Jahr.⁶⁵

Die merkwürdige, aber auch typische Mischung aus Anhäufung von alarmierenden Einzelfakten und ideologisch geformter Umdeutungen zugunsten der SED-Politik findet sich auch in den Einschätzungen zur Entwicklung der Landwirtschaft im zweiten Halbjahr des Jahres 1960.⁶⁶ Die schwierige Entwicklung speziell im Bereich der Viehwirtschaft wurde durchaus zur Kenntnis genommen, hatte aber keine Auswirkungen auf die grundsätzliche Politik in der Landwirtschaft. Die DDR-Landwirtschaft erfuhr ihre Bestätigung aus „positiven Beispielen“ und der Erwartung, daß aufgrund dessen eine allgemein verbesserte Entwicklung für die Zukunft erwartet werden könnte.⁶⁷

Der Widerspruch zwischen der im Sinne der SED erfolgreichen Kollektivierung der Landwirtschaft und den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Produktion wird besonders deutlich, wenn man sich die beiden umgebenden Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder ansieht. In einer internen Einschätzung der Abteilung Landwirtschaft des ZK wird davon ausgegangen, daß es ein politischer Erfolg war, daß im Bezirk Potsdam z. B. 602 LPG des Typ 3 gegründet wurden. Allerdings wird sofort einschränkend festgestellt, daß 282 dieser LPG ihre wirtschaftliche Selbständigkeit noch nicht erreicht haben. Im Bezirk Potsdam wurde der Plan der Marktproduktion in keinem Punkt erfüllt. Obwohl die Zahlen im Vergleich der Jahre 1959 zu 1960 eine Steigerung der Leistung aufweisen, blieb der Bezirk Potsdam bei der Planerfüllung der Tierproduktion hinter den gestellten Aufgaben zurück. Dabei wurden die Plananforderungen in den Positionen Rind- und Geflügelfleisch jeweils übererfüllt, aber durch die starken Einbrüche beim Hauptprodukt der Fleischerzeugung in der DDR-Landwirtschaft, dem Schwein, blieb das Gesamtergebnis – gemessen am Plan – unzureichend. Als Hauptursache dieser Rückschläge machen die Berichterstatter die anhaltend schlechte Zucht- und Pflegearbeit in den Ställen der LPG und die daraus resultierenden hohen Tierverluste aus. Dem mangelnden Eigentümerbewußtsein der Genossen-

64 Bericht über den Einsatz im Bezirk Cottbus vom 20.–23.7.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 376, Bl. 28–30. Vgl. dazu Arnd Bauerkämper, Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme der kategorialen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: ders./Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 294–311.

65 Erfüllung des Plans der Marktproduktion per 10.10.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 430, Bl. 384–386.

66 Vertiefend dazu Ralph Jessen, Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie“ und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Lüdtke/Becker (Hg.), Akten, S. 57–78.

67 Protokoll der Sitzung der Landwirtschaftskommission beim Politbüro des ZK, Mitschrift des Referats von Genossen Koch (o. D., vermutlich Mitte 1960), SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 41, Bl. 243–269.

schaftsbauern in den neu geschaffenen LPG, das hier seinen Ausdruck fand, war nach Ansicht der SED-Funktionäre mit verstärkter Erziehungsarbeit zu begegnen.⁶⁸

Im Bericht über den Bezirk Frankfurt/Oder zeigt sich ein noch dramatischeres Bild: In der Erfüllung der Kennziffern der Tierzucht als auch der Pflanzenproduktion war man in diesem Verwaltungsbereich nicht in der Lage, die Planaufgaben für das Jahr 1960 zu erfüllen.⁶⁹ Da für die Versorgung der „Hauptstadt der DDR“ hauptsächlich diese beiden Bezirke zuständig waren, erhielt diese Entwicklung in der Landwirtschaft zusätzliche politische Brisanz und führte zu anhaltenden Kontrollen seitens des zentralen Parteiapparates. Die Berichte über diese Einsätze zeigen lediglich, wie wenig die bisherige Agrarpolitik der SED geeignet war, die geplanten Steigerungen in der Agrarproduktion zu erreichen oder auch nur die anhaltenden Probleme der DDR-Landwirtschaft zu lösen.⁷⁰

Ende des Jahres 1960 wurde offenkundig, daß die tatsächliche Entwicklung des Fleisch- und Milchaufkommens in einer Reihe von Bezirken nicht dem Volkswirtschaftsplan von 1960 entsprach. Der insgesamt wieder gewachsene Viehbestand bildete noch keine ausreichende Gewähr für ein höheres Aufkommen an Schlachtvieh und erbrachte noch nicht die erwarteten Milchleistungen. Die erreichte Planübererfüllung bei Rind, Geflügel und Eiern konnte das Defizit bei Fleisch insgesamt nicht ausgleichen. Um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, mußte am Ende des Jahres 1960 Fleisch importiert werden, obwohl es das erklärte Ziel der Kollektivierung war, sich vom Ausland unabhängig zu machen. Die bereits zuvor reduzierten Bestände der Staatsreserve konnten nicht wie geplant wieder aufgefüllt werden.⁷¹ Aus den Einschätzungen des Jahres 1960 läßt sich ablesen, daß eine Vielzahl von Problemen in der Landwirtschaft der DDR auch darauf zurückzuführen war, daß die komplexe Organisation der Ernteabläufe die staatlichen Behörden in hohem Maße überlastet hatte und von Funktionären im Apparat des ZK nicht vorausgesehen worden war.⁷² Im Sommer 1960 war es zu einem permanenten Kompetenzgerangel zwischen staatlichen Behörden und den SED-Leitungen in der Landwirtschaft gekommen. Trotz der internen Kritik an diesen Zuständen forderte das Sekretariat des ZK von den eigenen Funktionären, die massenpolitische Arbeit auf den Dörfern zu verstärken, um „falschen“ bzw. „feindlichen“

-
- 68 Bezirk Potsdam: Einschätzung der Ergebnisse der Entwicklung der Landwirtschaft 1960 und Schlußfolgerungen für die Erfüllung der Planaufgaben 1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 441, Bl. 21–26. Grundsätzlich zum Problem des Eigentumsvakums im Staatssozialismus, vgl. József Böröcz, Dual Dependency and Property Vacuum. Social Change on the State Socialist Semiphery, in: Theory and Society 21 (1992), S. 77–104.
- 69 Bezirk Frankfurt/Oder: Einschätzung der Ergebnisse der Entwicklung der Landwirtschaft 1960 und Schlußfolgerungen für die Erfüllung der Planaufgaben 1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 441, Bl. 27–33.
- 70 Information über einige Probleme der Entwicklung der Landwirtschaft im Bezirk Frankfurt/Oder, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 403, Bl. 142–148.
- 71 Staatsreserven waren zentralisierte Bestände an Lebensmitteln, Roh- und Hilfsstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten als Reserven für den Kriegs-, Katastrophen- oder Krisenfall. Sie wurden von einer Staatlichen Verwaltung der Staatsreserve geführt, die von einem General geleitet wurde. Der Rückgriff auf diese Reserve markiert die von der SED-Führung als bedrohlich angesehene Situation in der DDR, da das Politbüro über die Verwendung der Staatsreserve selbst entschied. Eine systematische Untersuchung zur Bedeutung dieser Institution im Herrschaftsgefüge des SED-Staates liegt noch nicht vor.
- 72 Entwurf eines Beschlusses des Politbüros über die Bilanzierung der Fleischversorgung im Monat Dezember und die voraussichtliche Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1960, vom 12.11.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 13, Bl. 128–144.

Haltungen und Auffassungen entgegenzutreten, um zu verhindern, daß Gleichgültigkeit und Mutlosigkeit sich verbreiteten.⁷³

In der Unterweisung für das Jahr 1961 wurde den Kreisleitungen der SED durch die Parteiführung dann auch empfohlen, im Vorfeld auf die Frühjahrsbestellung Kreisparteiaktivtagungen durchzuführen, um die politische und organisatorische Vorbereitung der kommenden Feldarbeit in die Wege zu leiten. Offenkundig war es den Autoren der Sekretariatsvorlage nicht aufgefallen, daß sie paradoxerweise zuvor kritisierten, daß einige Kreisleitungen der SED sich im zurückliegenden Jahr zu stark in die staatlichen Angelegenheiten eingemischt hatten. Statt dessen forderten sie erneut, das Erntejahr 1961 doch wieder durch Anleitungen und Tagungen vorzubereiten. In der zu erwartenden „Ernteschlacht“ sollten auch Rundfunk, Fernsehen und Presse einbezogen werden, um die öffentliche Leitung der Vorbereitung und Durchführung zu gewährleisten, wie es dort hieß. Daran schlossen sich vielfältige, sehr detaillierte Weisungen an die Staatliche Plankommission des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft sowie die Räte der Gemeinden und Kreise an.⁷⁴

Unter den gegebenen Umständen war man allerdings bereit, von „heiligen Kühen“ wie dem Rinder-Offenstallprogramm, das offensichtlich zu einer massiven Verminderung von Fleisch- und Milcherträgen geführt hatte, Abschied zu nehmen.⁷⁵ Der Bau dieser besonderen Stallanlagen sollte nur noch bei bereits begonnenen Investitionen zu Ende geführt und ansonsten abgebrochen werden.⁷⁶ Diese Veränderungen in der Agrarpolitik bedeuteten insgesamt aber keine Kehrtwende der SED und wurden von der Landbevölkerung auch nicht als solche interpretiert. Statt dessen liefen in der SED-Zentrale Meldungen ein, in denen kurz nach Abschluß der Kollektivierungskampagne und der damit verbundenen propagandistischen Offensiven von „Tendenzen“ zügiger Wiederauflösungen der LPG im Berliner Umland die Rede war.⁷⁷

Wenn auch die parteitreuen Medien der DDR „Überspitzungen“ wie die Anwendung von Gewalt bei der Kollektivierung rügten, so wurden die damit einhergehenden Veränderungen in der Eigentumsstruktur der Landwirtschaft gleichwohl nicht zurückgenommen. Entsprechend wuchs 1961 auf dem Lande zusehends die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen und verschärfe sich die Kritik an den Praktiken der SED-Herrschaft:⁷⁸ Die Republikfluchten nahmen auch hier zu und weiteten sich zu einem grundlegenden ökonomischen und politi-

73 Brief an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED – Sicherung einer straffen politischen und organisatorischen Führung der Ernte durch die Partei und Staatsorgane – vom 15.8.1960, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 730, o. Bl.

74 Vorlage für das Sekretariat des ZK – Einschätzung der Hackfruchternte und Herbstbestellung sowie Schlußfolgerungen für die Vorbereitung und Durchführung der Frühjahrsbestellung, 3.2.1961, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 761, o. Bl.

75 Auszug aus dem Protokoll über die Beratung mit den Vorsitzenden der Räte der Bezirke vom 6.1.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 46, Bl. 10–21.

76 Von Gen. Grüneberg an Gen. Willi Stoph – Stellv. des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR – Beschuß über die weitere Durchführung des Rinder-Offenstall-Bauprogramms im Jahre 1961, 12.1.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 46, Bl. 22–24.

77 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Gen. Grüneberg vom 2.2.1961 – Information zu einigen Fragen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Bez. Potsdam, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 4, Bl. 246–248.

78 Bericht über die Tierverluste und Maßnahmen zu ihrer Einschränkung vom 8.4.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 460, Bl. 252–261.

schen Problem für die Herrschenden in der DDR aus. In einer Einschätzung für das Sekretariat des ZK werden für diese Entwicklung die nachlassende politische Arbeit auf dem Lande verantwortlich gemacht sowie eine aktive Abwerbepolitik von Rundfunk und Fernsehen aus dem Westen. Erst unter Punkt vier wird „herzloses“ und „bürokratisches“ Verhalten von mittleren Funktionären genannt und ein möglicher Zusammenhang zur Republikflucht hergestellt. Dem folgen Erklärungen, die darauf hinweisen, daß insbesondere für Jugendliche das Leben auf dem Lande – trotz erfolgreicher Kollektivierung – uninteressant geworden sei; weder das Freizeitangebot noch die Verdienstmöglichkeiten entsprächen ihren Ansprüchen.⁷⁹ Berichte zur Republikflucht im Bezirk Potsdam ergeben einen ähnlichen Befund. Sie beklagen zudem die aus der Fluchtwelle resultierende niedergeschlagene Stimmung. Die „Dagebliebenen“ befürchteten, bald zu den Letzten im Dorf zu zählen.⁸⁰ Die Lösung für solche erdrutschartigen Entwicklungen fand die SED dort, woher ihre eigentliche Macht rührte, in der Anwendung von Gewalt durch den Bau der Mauer.⁸¹

Im August 1961 zeigte sich, daß auch bei geschlossener Grenze die im Frühjahr getroffenen detaillierten Vorbereitungen nicht verhindern würden, daß die Ernteplanung für die Ernte selbst bedeutungslos blieb. Trotz eines erneuten Appells der SED-Führung, die politisch-ideologische Arbeit zu verstärken und trotz des Einsatzes von Staatsfunktionären bei der Ernte selbst, verbesserte sich die Lage nicht entscheidend. 1961 wurde das Jahr der großen Mißernte in der DDR.⁸² Dennoch glaubte man im Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, Anzeichen dafür erkennen zu können, daß sich die Arbeitsdisziplin und die Arbeitsmoral unter den Bauern der LPG verbessert hätten; auch die gewollte Auseinandersetzung mit den angeblich „feindlichen“ und „rückständigen Kräften“ in den Dörfern und LPG zeige endlich Erfolge. Es wurde berichtet, daß jetzt, da die Grenzen geschlossen waren, bislang eher schwankende Bauern nun in der LPG bleiben wollten und sich an der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Betriebs nun zunehmend interessiert zeigten.⁸³ Trotz solcher Erfolgsmeldungen kam man nicht umhin festzustellen, daß bei den Kommunalwahlen im September 1961 viele Wahlkandidaten kurz vor der Wahl ihre Bewerbung zurückzogen. Auch eine Reihe von Bauern war nach wie vor nicht bereit, ihre Austrittserklärungen aus der LPG zurückzunehmen. Andere, weniger konsequente Genossenschaftsmitglieder, trachteten nach wie vor danach, ihren Verbleib in der LPG lediglich zur Verfolgung individueller Interessen zu nutzen und gingen sogar dazu über, die LPG für

79 Information d. Abteilung Landwirtschaft beim ZK an das Sekretariat des ZK, Einschätzung der „Republikflucht“ auf dem Gebiet der Landwirtschaft – vom 1. 6.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 120, Bl. 19–28.

80 Untersuchung zu Fragen der „Republikflucht“ (3.5.–5.5.1961 – Bezirk Potsdam), 10.5.1961, 13 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 120, Bl. 75–87. Zur Entwicklung der Flucht aus der DDR vgl. Patrick Major, Torschlußpanik und Mauerbau. „Republikflucht“ als Symptom der zweiten Berlinkrise, in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 2000, S. 221–243.

81 Vgl. Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, S. 191.

82 An die 1. Bezirks- und 1. Kreissekretäre: Direktive des Sekretariats des ZK der SED über die Sicherung einer straffen Leitung der Ernte durch die Partei- und Staatsorgane vom 17.8.1961, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 805, o. Bl.

83 Siegfried Prokop, *Übergang zum Sozialismus in der DDR. Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und beim umfassenden sozialistischen Aufbau (1958–1963)*, Berlin (O) 1986. Ders., Unternehmen „Chinese Wall“. Die DDR im Zwielicht der Mauer, Frankfurt a. M. 1992.

ihre privaten Wirtschaften zu nutzen. Auch aus den sonst als vorbildlich bewerteten LPG des Typs 3 gab es an vielen Orten Unordnung, Schlamperi, hohe Tierverluste, Futtervergeudung, aber auch Betrügereien und eine unzureichende Entwicklung der Marktproduktion zu vermelden. Dies hatte zur Folge, daß diese hoch subventionierten Betriebe nach wie vor erhebliche Probleme mit der Rentabilität hatten. Folgt man diesem Bericht, so war nicht nur die ungünstige Witterung des Jahres 1961 ein Grund für die Ertragsrückgänge in der Landwirtschaft. Etwas mehr als ein Jahr nach der erzwungenen Kollektivierung der Landwirtschaft war es zu keiner entscheidenden Verbesserung der ökonomischen Leistungsfähigkeit der LPG gekommen.⁸⁴

Diesen Schwierigkeiten sollte nach den Vorstellungen der SED-Führung mit einem „Produktionsaufgebot“ entgegengewirkt werden. De facto handelte es sich um eine Übererfüllung der bisher noch nicht eingehaltenen Pläne durch Selbstverpflichtung.⁸⁵ Es zeigte sich aber auch hier, daß erhöhter politischer und administrativer Druck auf die landwirtschaftlichen Betriebe keine Hilfe bei den eigentlichen Schwierigkeiten war. Während es in der Viehwirtschaft relativ schnell gelang, die Planauflagen zu erreichen, zeichnete sich in der Pflanzenproduktion ein erheblicher Rückstand ab. Anfang November war die Situation insbesondere bei Kartoffeln aus Sicht der Behörden nach wie vor äußerst unbefriedigend. Die Planerfüllung bei Kartoffeln lag bei knapp über 70 %. Auch die anfänglichen Erfolge in der Ablieferung und Schlachtung von Vieh waren rückläufig. Bei Rindfleisch und Eiern wurde der Plan zwar übererfüllt, beim Schwein, dem Hauptlieferanten von Fleisch in der DDR, wurde das Plansoll zu diesem Zeitpunkt nur zu 98 % erreicht. Die Übererfüllung des Plans bei Schlachtgeflügel wurde dadurch erreicht, daß verstärkt Legehühner geschlachtet wurden, die für die Frischeierzeugung des darauffolgenden Jahres dann natürlich fehlten.⁸⁶ Trotz der Schwierigkeiten bei der Pflanzenproduktion hielt die SED weiterhin an Experimenten wie dem verstärkten Anbau von sogenanntem Silomais fest. Der schlechte Maisertrag wurde hauptsächlich auf fehlende politisch-ideologische Einsicht bei den Bauern zurückgeführt. Diese sollten wieder durch die Propagierung besonders erfolgreicher Beispiele überzeugt werden und damit indirekt zu einer Lösung der Ertragsprobleme beitragen.⁸⁷

Ende 1961 kam das ZK jedoch nicht umhin, die katastrophalen Ernteergebnisse des Jahres einzugehen. Für die negative Entwicklung bei der Pflanzen- und Getreideernte des Jahres 1961 führten die Spezialisten der Zentralverwaltung für Statistik drei Gründe an:

1. 1960 sei es zu keiner termingerechten Aussaat des Winter- und Sommergetreides gekommen, und die Böden seien nicht ausreichend vorbereitet worden.
2. 1961 habe es eine ungünstige Verschiebung zu ertragsärmeren Sommergetreidesorten gegeben, was dazu geführt habe, daß die Hektarerträge insgesamt sanken.

⁸⁴ Schreiben des Ministers für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft vom 17.9.1961, – Einschätzung der Entwicklung der Lage auf dem Lande in Vorbereitung der Wahlen zum 17. Sept. 1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 366, Bl. 109–121.

⁸⁵ Information über die Entwicklung des Produktionsaufgebotes in der Landwirtschaft vom 3.10.1961, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 818, o. Bl.

⁸⁶ Bericht über das Produktionsaufgebot in der Landwirtschaft, 8.11.1961, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 825, o. Bl.

⁸⁷ Programm des Kreises Wanzleben zur politisch-ideologischen und ökonomischen Vorbereitung und Durchführung des Maisanbaus im Jahre 1962 im Rahmen des Produktionsaufgebotes der Landwirtschaft, 10.11.1961, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 828, o. Bl.

3. 1961 sei neben der Strukturveränderung im Getreideanbau auch die landwirtschaftliche Anbaufläche insgesamt weiter zurückgegangen.⁸⁸

All dies schuf äußerst ungünstige Voraussetzungen für die Entwicklung des Jahres 1962. Am Ende des Jahres 1961 sah sich die Zentrale Plankommission veranlaßt, die Planung für 1962 massiv nach unten zu korrigieren und die Ausfälle aus der Landwirtschaft durch zusätzliche Importe auszugleichen, um eine Mindestversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.⁸⁹ Dies ließ sich jedoch nicht in vollem Umfang umsetzen, denn die gesamte Wirtschaft der DDR befand sich am Ende des Jahres 1961 in einer schweren Krise.⁹⁰ Der Kollaps des Gesamtsystems war nur dadurch verhindert worden, daß am 13. August 1961 die Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland und zu West-Berlin mit militärischen Mitteln geschlossen und den DDR-Bürgern der Fluchtweg nach Westen verwehrt worden war. Jetzt bot sich für die SED-Führung zwar die Chance, das durch die eigene unrealistische Politik verursachte wirtschaftliche Chaos neu zu ordnen, doch war die Situation zu diesem Zeitpunkt so kompliziert und waren die Probleme von derartig vielfältiger Natur, daß eine schnelle Lösung nicht in Aussicht stand. Insbesondere was die tägliche Lebensmittelversorgung anging, konnte keine der Erwartungen, die der V. Parteitag der SED bei der Bevölkerung der DDR geweckt hatte, durch die Politik der Staatspartei erfüllt werden.

3. Mit Sieben-Jahr-Plan-Stiefeln auf die Kundenliste der HO

Welche politische Brisanz sich aus den Ertragsrückgängen in der DDR-Landwirtschaft nach 1958 für die herrschende Staatspartei ergab, wird aber erst deutlich, wenn man dies mit der parallelen Entwicklung auf dem Feld der Lebensmittelversorgung in der DDR kontrastiert. Im Vorgriff auf die Ankündigungen des V. Parteitags der SED beschloß die Volkskammer der DDR am 28. Mai 1958 das „Gesetz zur Aufhebung der Reste der Rationierung von Lebensmitteln“. Damit endete auf dem Gebiet der DDR eine beinahe zwanzigjährige Periode der Lebensmittelrationierung für die Bevölkerung.⁹¹ Markant war daran aber auch, daß das Ende der im Zweiten Weltkrieg eingeführten Zuteilungswirtschaft für Lebensmittel die DDR-Bevölkerung beinahe zehn Jahre später erreichte als die westdeutsche Bevölkerung.⁹² In der Folgezeit entwickelte sich aus der steigenden Nachfrage nach dem freigegebenen Lebensmittelangebot und den beschriebenen Problemen in der Lebensmittelerzeugung eine negative Dynamik, welche das System der planwirtschaftlichen Bevölkerungsversorgung in eine tiefe Krise führen sollte.

88 Information an das Politbüro d. ZK d. SED und Ernteeinschätzung 1961, 5.12.1961, 9 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 91, Bl. 1–9.

89 Probleme, die sich aus der Ernte 1961 für die Entwicklung der Produktion der Landwirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern im Jahre 1962 ergeben, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 73, 27 Bl. 95–121.

90 Vgl. André Steiner, Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: Ciesla u. a. (Hg.), Sterben für Berlin?, S. 245–262.

91 Vgl. Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995, S. 155.

92 Michael Wildt, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“. Mangel erfahrungen, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994, S. 33f.

Mit der Verkündung der geplanten Erleichterung für die Bevölkerung durch das Ende der Rationierungswirtschaft in der Lebensmittelversorgung bescherte diese Veränderung den Planungsbehörden wie der Führung der SED augenblicklich erhebliche Probleme. Um diese „Maßnahme“ in den Regelablauf der DDR-Planwirtschaft einordnen zu können, mußten innerhalb der DDR-eigenen Planungssystematik 33 Gesetze und Verordnungen geändert werden.⁹³ Im Vorfeld der „Aufhebung der Reste der Rationierung von Lebensmitteln“ beschloß das ZK der SED, der Bevölkerung mehr industrielle Konsumgüter durch erhöhte Importe aus der Sowjetunion und den anderen „sozialistischen Bruderstaaten“ zur Verfügung zu stellen.⁹⁴ Bereits im Frühjahr hatten sich die Versuche, die Staatsbetriebe durch sogenannte Wirtschaftsverträge verbindlich zu einer Mehrproduktion von Konsumgütern zu verpflichten, als nicht ausreichend erwiesen, um das Warenangebot des Binnenhandels im erwünschten Maße verbessern zu können. Zwar war man in der SED-Zentrale imstande, Beispiele beachtlicher Zusatzproduktionen aufzuzählen, allerdings erfüllten diese weder in der Menge und schon gar nicht in der Produktqualität die angestrebten Planziele.⁹⁵

Die ersten zurückhaltenden Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf die Aufhebung der Lebensmittelrationierung weckten in der SPK die Erwartung, daß es nicht zu dem befürchteten massiven Aufkauf von Lebensmitteln kommen würde. So erschien es den Planern möglich, den ständig steigenden Lebensmittelverbrauch der Bevölkerung durch ein gemäßigtes Wachstum und ohne Zuteilung bedienen zu können. Selbst die bisher permanent wachsenden Spareinlagen der DDR-Bevölkerung stagnierten zu diesem Zeitpunkt. Für einen kurzen Zeitraum hegte man in der SPK überdies die Erwartung, die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem westlichen wie auch aus dem östlichen Ausland reduzieren und die frei werdenden Mittel zum Import von wichtigen Rohstoffen einsetzen zu können.⁹⁶ Damit schienen die mit der „Hauptaufgabe“ verbundenen Anforderungen des V. Parteitags für einen Moment mehr als nur utopische Zukunftshoffnung zu sein. Hinter diesen gewünschten Einsparungen verbarg sich aber der eigentliche Widerspruch dieser Politik. Die gesamten Zukunftsplanungen eines schnelleren Wachstums des Verbrauchs in der DDR waren schon in den Ankündigungen mit einer nachholenden Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden und somit schon im Ansatz unrealistisch.⁹⁷

Tatsächlich begegnete die DDR-Bevölkerung der Freigabe der Lebensmittel anfänglich mit Skepsis. In Meldungen der Abteilung Handel und Versorgung des ZK der SED wurde bereits im Mai 1958 festgestellt, daß in der Bevölkerung die Befürchtung bestehe, daß der Lebensstandard schlechter werde und der Staat sich auf diesem Weg nur bereichere, weil summa summarum die Preise steigen würden.⁹⁸ Doch schon ab Juli des gleichen Jahres

93 Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 18.3.1958, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2, Nr. A 628, o. Bl.

94 Beschuß des Politbüros vom 18.3.1958 – Briefentwürfe an das ZK der KPdSU und an das ZK der KPTsch, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2, Nr. A 618, o. Bl.

95 Staatliche Plankommission – Bericht über den Stand der Erfüllung der zusätzlichen Produktion von industriellen Konsumgütern im Jahre 1958 – I. Quartal 1958 –, behandelt am 23.4.1958, SAPMO-BArch, DY 30 J IV2/3, Nr. A 606, o. Bl.

96 Regierung der DDR. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik HA I, Abteilung Lebensstandard – Hinweise zum Kurzbericht über die Veränderung der Einnahmen von Arbeitern und Angestellten sowie Mindestrentnern –, 30.7.1958, BArch, DE 1 St, Nr. 870, Bl. 1–8.

97 Vgl. Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, S. 175f.

98 Hausmitteilung der Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftskomm. d. Politbüros Gen. Apel – Informationen, Diskussionen im Zusammenhang der Aufhebung der Rationie-

mußten die Statistiker der DDR-Regierung jedoch feststellen, daß die Bevölkerung ihre anfängliche Zurückhaltung aufgab. Insgesamt entwickelte sich der Konsum hochwertiger Lebensmittel in der DDR progressiv. Für eine gewisse Zeit war der Anteil der Lebensmittel an den Kosten der privaten Haushaltsbudgets angestiegen, während die Ausgaben für Industriewaren leicht zurückgingen. Das Angebot an technischen und anderen Konsumgütern war in der DDR zu diesem Zeitpunkt mangelhaft, und so konzentrierte sich die gesamte Kaufkraft im Bereich der Lebensmittel.⁹⁹ Für das IV. Quartal des Jahres 1958 befürchtete die Abteilung für Handel und Versorgung, daß die Bevölkerung 10.000 t Fleisch mehr als im vorangegangenen Quartal verbrauchen würde. Aus diesem Grunde wurden Importe aus dem westlichen Ausland, Westdeutschland und der Sowjetunion veranlaßt. Bei anderen Lebensmitteln wie Fett, Käse, Milch und Kartoffeln traten ebenfalls erhebliche Lücken im Angebot auf. Besonders bei Kartoffeln kam es zu einem ernsten Engpaß. Das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf gab gegenüber der Abteilung Handel und Versorgung des ZK an, es werde zu einem Ausfall von über 2 Mio. t Kartoffeln bis zum Ende des Jahres kommen.¹⁰⁰

Um den Druck auf das Lebensmittelsortiment zu mindern, wurden Preissenkungen in anderen Sortimenten vorgenommen, da zu diesem Zeitpunkt Preissteigerungen bei Lebensmitteln wie eine Bestätigung der negativen Bevölkerungserwartungen gewirkt hätten und auch den Grundsätzen der bisherigen Preispolitik widersprachen.¹⁰¹ Im Oktober stellte die Abteilung Handel und Versorgung des ZK der SED fest, daß die Preissenkungen für Schuhe bereits in den ersten Tagen zu einer fünffachen Absatzsteigerung bei Lederschuhen geführt hatten. Auch nach einer gewissen Zeit lag der Absatz immer noch um das Anderthalb- bis Zweifache höher als die Vorjahreszahlen für den Monat September. So gelang es, die erheblichen Lagerbestände an bisher nicht absetzbaren Schuhen zu beseitigen. Nach kurzer Zeit schlug das Überangebot an Schuhen jedoch in akuten Mangel um. Unvorhergesehene Produktionsausfälle bei Glattlederschuhen führten zu einem Minus von ca. 600.000 Paar Schuhen. Dieser Mangel sollte nun durch zusätzliche Produktion von Schuhen aus Ersatzleder aufgehoben werden. In anderen Sortimentsbereichen sah die Lage ähnlich problematisch aus. Infolge nicht ausreichender Lieferungen von Baumwolle kam es u. a. dazu, daß die Arbeitsbekleidung für den neu geschaffenen polytechnischen Unterricht für Schulkinder nicht vollständig zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Bereitstellung von Fahrrädern

rung an Lebensmitteln der DDR im Umlauf, 16.5.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

99 Regierung der DDR. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat – Bericht über die Auswirkungen der Abschaffung der Reste der Lebensmittelrationierung in Haushalten von Arbeitern und Angestellten der Industrie und Bauindustrie –, Redaktionsschluß: 23.12.1958, BArch, DE-1 St, Nr. 1401, Bl. 1–59. Der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer regelrechten „Freßwelle“. Jörg Roesler, „Privater Konsum in Ostdeutschland 1950–1960“, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 290–303.

100 Von Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel – Information an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros –, 12.11.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

101 Ausführlich dazu Ina Merkel, *Utopie und Bedürfnis: Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Köln u. a. 1999, S. 44ff. Die in diesem Buch wiederzufindende Auffassung, daß die Preispolitik der SED in erster Linie auf ideologisch bestimmte Fehlentscheidungen zurückzuführen sei, ignoriert den problematischen und langwierigen Aushandlungsprozeß zwischen Staatspartei und Bevölkerung, der diesem Politikfeld in der DDR-Geschichte zugrunde lag. Vgl. Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995.

für den Einzelhandel wurde durch einen massiven Produktionsausfall in dem einzigen Produktionsbetrieb für Fahrradketten behindert, so daß dem Handel fast $\frac{1}{2}$ Mio. Stück Fahrradketten fehlten und Fahrräder nur in unbrauchbarem Zustand geliefert wurden. Zur Deckung des Bedarfs an Unterwäsche fehlten nach Einschätzung des Einzelhandels ca. 2 Mio. Stück.¹⁰²

Unter diesen Umständen war keine dauerhafte Entspannung auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung zu erwarten. Die Situation verschlechterte sich im zweiten Halbjahr 1958 eher noch. Der Fleischkonsum stieg seit Aufhebung der Rationierung rapide an. Die zentralen Planungsbehörden schätzten, daß im IV. Quartal 1958 ca. 10.000 t Fleisch mehr verbraucht wurden als geplant. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Fleischproduktion der DDR-Landwirtschaft. Es entstand das, was in der Sprache der DDR-Behörden „eine angespannte Lage“ in der Fleischversorgung der Bevölkerung genannt wurde. Dem folgten zwangsläufig Probleme bei den tierischen Produkten Fett, Käse und Milch. Die rasant steigende Nachfrage nach Fleisch stand aber auch im Zusammenhang mit einem unerwarteten Minus von etwa 33.000 t Fisch im Lebensmittelangebot. Große Mengen an Fisch waren zu lange in den Lagerhallen verblieben, weil die Verarbeitungskapazitäten in der DDR-Lebensmittelindustrie nicht ausreichten. Am Ende des Jahres 1958 zeichnete sich ab, daß die Nachfrage nach Fleisch weiterhin extrem hoch blieb. Während der Plan für das IV. Quartal 1958 185.000 t vorsah, wurden für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung insgesamt 192.000 t benötigt. Insbesondere bei Schweinefleisch zeichnete sich ein deutlicher Mangel ab. Selbst die aus der Staatsreserve zur Verfügung gestellten Lagerbestände konnten den Mangel nicht ausgleichen. Alle Bemühungen, die fehlenden Fleischbestände durch Importe aufzufüllen, scheiterten. Es gelang lediglich, ein Drittel des zusätzlichen Bedarfs durch die Einfuhr von Fleisch aus der Sowjetunion zu decken. Auch der Bedarf an Geflügel, Butter und Eiern schien bis zum Ende des Jahres nicht gedeckt werden zu können. Besorgt stellte man fest, daß die Planungen für das I. Quartal des Jahres 1959 schon hinfällig geworden waren, da sie im Umfang erheblich unter der Nachfrage des IV. Quartals von 1958 lagen.¹⁰³

In einer Einschätzung über den Planablauf im Jahr 1958 heißt es, daß es nach der Aufhebung der Lebensmittelrationierung zu einer Erhöhung der Realeinkommen in der DDR-Bevölkerung gekommen sei, die aber in keiner Weise mit dem Angebot an Lebensmitteln und Konsumgütern korrespondierte.¹⁰⁴ Ende Januar 1959 stellte die Abteilung Handel und Versorgung des ZK fest, daß es nicht möglich sein werde, kurzfristig der erhöhten Nachfrage nach Fleisch aus eigener Produktion nachzukommen. Die Staatliche Plankommission beantragte, 76.000 t Fleisch aus dem westlichen Ausland zu importieren. Allerdings waren die Fleischimporte ohnehin schon um 39.000 t geringer als ursprünglich gefordert. Ähnlich stellte sich die Situation bei Butter und Magermilchprodukten dar. Um vor der steigenden Nachfrage nach Fleisch nicht gänzlich kapitulieren zu müssen, sollte deshalb das Preisgefü-

102 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Information an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros –, 21.10.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr 86, o. Bl.

103 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftskomm. d. PB Gen. Apel – Information über die Lage in der Versorgung mit einigen wichtigen Nahrungsgütern –, 13.12.1958, SAPMO-BArch, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

104 Einschätzung über den Planablauf 1958 auf dem Gebiet des Handels, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 108, o. Bl.; Vgl. Kurzbericht über die Veränderung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur in Arbeiter-, Angestellten- und Rentnerhaushalten, Berichtszeitraum April–Dezember 1958 –, BArch, DE-1 St, Nr. 1351, o. Bl.

ge zwischen Schweine-, Hammel- und Rindfleisch so gestaltet werden, daß durch Preissenkungen eine stärkere Nachfrage nach Hammel und Rind erreicht würde. Gleichzeitig wurden die Großverbraucher – die Kantinen der Industriebetriebe, staatliche Einrichtungen und Gaststättenbetriebe – angewiesen, ihr Speiseangebot stärker auf Rind- und Hammelfleisch auszurichten.¹⁰⁵ Hier deutet sich eine Tendenz der Substituierung an, die in den folgenden Jahren wiederholt als vermeintlicher Ausweg aus der Versorgungsmisere gewählt wurde.

Die im Frühjahr 1959 angestrebten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung¹⁰⁶ konnten den Verbrauch an Lebensmitteln in der DDR weder dauerhaft senken, noch waren sie in irgendeiner Weise dazu geeignet, den Konsum zu regulieren. Aufgrund der rückläufigen Produktivität in der Landwirtschaft sah sich die Lebensmittelindustrie genötigt, ihre eigenen Planauflagen nach unten zu korrigieren, d. h., das Angebot an verarbeiteten Lebensmitteln sank drastisch. Auch Importe konnten dieses Defizit nicht vollständig ausgleichen, und Mitte 1959 mußten weitreichende Plankorrekturen vorgenommen werden.¹⁰⁷

Die Minderproduktion von Milch veranlaßte Ende 1959 den Minister für Handel und Versorgung (auf Beschuß des Ministerrates) dazu, die Butterabgabe per Zuteilung zu regeln. Vorgesehen war, den freien Handel mit Butter so einzuschränken, daß vor allen Dingen die Arbeiter und die technische Intelligenz in den staatlichen Großbetrieben und auf den Großbaustellen sowie deren Familien bevorzugt versorgt würden. Bei Landgemeinden hingegen sei zu prüfen, ob der Verkauf von Butter nicht auf wenige Tage beschränkt werden könnte, da davon auszugehen sei, daß die Landbevölkerung ihr Fettaufkommen aus eigener Herstellung sichern könnte. Zusätzlich war geplant, in Gaststätten und sogenannten Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung – also Betriebskantinen – zum Kochen, Braten, Backen und Schmoren grundsätzlich nur noch Margarine, Öl oder Schmalz zu verwenden. Sei dies für bestimmte Gerichte nicht möglich, sollte eine Menge von jeweils 10 g Butter pro Portion nicht überschritten werden. In der Gastronomie und im Hotelwesen sollten die Butterrationen zum Frühstück nicht mehr als 20 g je Portion betragen. Zusätzlich sei dort aber immer auch Margarine anzubieten. Die Verwendung von Butter in Konditorwaren, Dauerbackwaren und Süßwaren wurde grundsätzlich untersagt. Auch die Werbung für Butter im Handel wurde untersagt. Hinweise wie z. B.: „Butter eingetroffen“ oder „Keine Butter“ durften an Lebensmittelgeschäften nicht mehr angebracht werden. Gleichzeitig wurde das Verkaufspersonal angewiesen, pro Kunde nicht mehr als ein Stück Butter à 250 g abzugeben. Um den gefährlichen „Abkauf von Butter“ zu verhindern, sei gleichzeitig ein zusätzliches Angebot an Margarine bereitzustellen, für deren Verwendung mit verschiedenen Rezepten geworben wurde. Der Milchverbrauch sollte reduziert werden, indem das Angebot an alkoholfreien Getränken wie Fruchtsäften, Gemüse- und Tomatensaften in allen Verkaufsstellen zu verbessern war. In Imbißstuben sollte deshalb sogar Fleischbrühe angeboten

105 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftskomm. d. PB Gen. Apel – zu einigen Fragen der Versorgung der Bevölkerung im II. und III. Quartal 1959 –, 28.1.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

106 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftskomm. d. PB Gen. Apel – Probleme in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern –, 12.2.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

107 Von Leicht-, Lebensmittel- und örtliche Industrie an Genosse Apel – Information über Volkswirtschaftsplan der Lebensmittelindustrie für 1959, 19.6.1959, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 664, o. Bl.

werden.¹⁰⁸ Im III. Quartal des Jahres 1959 war in erster Linie die geplante Verbrauchsmenge für Butter dennoch mit 1.400 t überzogen worden. Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage führte beispielsweise im September des Jahres im Bezirk Dresden zu Schlangen vor den Geschäften, da es in einigen Verkaufsstellen keine Butter mehr zu kaufen gab. Gleichzeitig war abzusehen, daß das niedrige Milchaufkommen aus der eigenen Landwirtschaft nicht in der Lage sein würde, den Bedarf an Butter zu decken.¹⁰⁹

Für die Staatspartei stellte die eklatante Steuerungsschwäche auf dem Feld der Bevölkerungsversorgung unter den gegebenen Versprechen nicht nur ein internes Problem der Administration dar. In diesem Zusammenhang meldete die SED-Bezirksleitung Erfurt, daß es in ihrem Verantwortungsbereich wesentlich mehr „Diskussionen über Versorgungsfragen“ als über die SED interessierende politische Fragen gebe. Die Bevölkerung beklagte die mangelnde Versorgung mit Frischfleisch, Milch, Obst und Frischgemüse sowie mit Industrie- und Konsumgütern und lastete ihre Misere der Staatspartei selbst an. Zusätzlich wurde die Sonderversorgung für die Leipziger Messe beanstandet, da dies in den Kreisen des Bezirkes Erfurt zu einem geringeren Angebot an Gefrierfleisch geführt hatte.¹¹⁰ Bis zum Herbst standen die Führung der SED bzw. die ihr unterstellten administrativen Bereiche dieser Entwicklung weiterhin relativ hilflos gegenüber. Wiederholte Sitzungen des Ministerrates der DDR und der Zentralen Plankommission konnten das Problem der Butterversorgung nicht lösen. Eine zusätzliche Härte war die anhaltende Trockenheit des Jahres 1959; es gab nicht genug Futter für das Milchvieh, was sich natürlich auf den Milchertrag auswirkte. Es wurde damit gerechnet, daß der Plan um 300.000 t verfehlt werden würde. Der erhöhte Bedarf an Trinkmilch beschränkte das Rohstoffaufkommen für die Butterproduktion zusätzlich. Trotz der Einsparungsmaßnahmen beim Butterverbrauch konnten die Versorgungslücken nicht geschlossen werden. Die Einschränkungen des Butterverbrauchs bei Backwaren, in Gaststätten und bei Großverbrauchern sowie die reduzierte Bereitstellung von Sahne trafen aber letztendlich die gleichen Verbraucher, die nach Butter fragten. Eine kurzfristige sowjetische Vorauslieferung über 10.000 t Butter war bereits Ende September verbraucht. Ähnlich dramatisch war die Situation bei Fleisch. Der für die ersten neun Monate des Jahres 1959 geplante Verbrauch von 480.000 t Fleisch war mit 532.000 t deutlich überschritten. Gleichzeitig war das Plansoll in Höhe von 28.000 t Schlachtvieh, d. h. 19.000 t Fleisch, nicht erfüllt worden. Die erhöhte Nachfrage sollte durch zusätzlichen Import von 63.000 t Fleisch gesichert werden. Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage bei Schweinefleisch sollten Rind und Geflügel schließen. Das gelang jedoch nur begrenzt. Angesichts dieser Situation erwartete das Ministerium für Handel und Versorgung für das I. Halbjahr 1960 weitere Schwierigkeiten in der Versorgung mit Lebensmitteln.¹¹¹

In einer Analyse über die Konsumgüterversorgung der DDR-Bevölkerung im Jahre 1959, die der Abteilung Handel und Versorgung des ZK vorlag, werden diese Befürchtungen

108 Ministerium für Handel und Versorgung der Minister – Direktive zur Sicherung der Versorgung mit den wichtigsten Nahrungsgütern – Durchführung des Ministerratsbeschlusses vom 29.10.1959, 31.10.1959, SAPMO-BArch, DY 42 25/455, Nr. 6379, o. Bl.

109 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftskomm. d. PB Gen. Apel – Versorgung der Bevölkerung mit Butter –, 10.9.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

110 Auszug aus dem Fernschreiben der BL Erfurt vom 4.9.1959 über Kritiken der Bevölkerung zur Versorgungslage u. a., SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 4, Bl. 27/28.

111 An Gen. Leuschner – Fragen der Versorgung im IV. Quartal 1959 –, 17.10.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 79, o. Bl.

bestätigt und ein Zusammenhang zwischen Versorgungsproblematik und volkswirtschaftlicher Gesamtlage hergestellt: Auch 1959 sei es der Planwirtschaft nicht gelungen, der dynamischen Entwicklung des individuellen Verbrauchs zu entsprechen. Die Löhne seien um insgesamt 1,9 Mrd. Mark mehr gestiegen als im Plan vorgesehen; die Bauernschaft trete nun als Konsument in den Geschäften auf, da die Hausschlachtungen und somit auch der Verbrauch aus eigener Erzeugung infolge der fortgeschrittenen Kollektivierung massiv zurückgingen. Im Anschluß daran wird festgestellt, daß diese ungeplante Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauchs darauf zurückzuführen sei, daß das Warenangebot weder qualitativ noch quantitativ den gestiegenen Einkünften der Bevölkerung entspreche. Die Anstrengungen der Planungsbehörden, das Textilien- und Bekleidungssortiment so zu steuern, daß es zu einer höheren Geldabschöpfung komme, seien erfolglos geblieben, da das Warenangebot zu knapp war. Die Spareinlagen seien im Jahr 1959 um weitere 300 Mio. Mark gestiegen, und die Geldzirkulation habe um 400 Mio. Mark zugenommen. Bezüglich der zukünftigen Entwicklung wird abschließend darauf hingewiesen, daß bei weiter steigendem Bedarf an Fleisch, Milch und Butter die Landwirtschaft nicht in der Lage sein werde, die ihr aus der zentralen Planung gestellten Aufgaben der weitgehenden Selbstversorgung zu erfüllen, um so die Volkswirtschaft zu entlasten.¹¹²

Anfang 1960 stellte das ZK der SED fest, daß trotz der schlechten Versorgungslage im vergangenen Jahr die Zahl der Abwanderungen in der Tendenz deutlich zurückgegangen sei. Und obwohl ca. 700.000 Menschen in den zurückliegenden drei Jahren die DDR in Richtung Westen verlassen hatten, interpretierte die SED-Führung diese Entwicklung weiterhin als eine Bestätigung des von ihr eingeschlagenen politischen Kurses der gesellschaftlichen Konfrontation.¹¹³

Tabelle 3: Migration aus der DDR 1957–1959

	1957	1958	1959
„Republikflucht“	304957	193714	120226
legale Verzüge	44601	15411	21935
Insgesamt	349558	209125	142161

Quelle: Informationsbericht über die Bevölkerungsbewegung der illegalen Verzüge nach Westdeutschland, vom 26. Januar 1960, SAPMO-BArch, DY 30 J IV2/3, Nr. A-695, o. Bl.

Unabhängig von solch einer zynischen Sicht auf die eigene Politik verschlechterte sich Anfang 1960 die Versorgungssituation derartig, daß der Ministerrat und das Ministerium für Handel und Versorgung beschlossen, einzelne als besonders bedeutsam für die Volkswirtschaft geltende Industriezentren bzw. Industriebetriebe in ein System der Sonderversorgung einzubinden. Diese Form der Privilegierung sollte das gesamte Sortiment der Nahrungs- und Genussmittel sowie Industriewaren und Einzeldienstleistungen beinhalten. Die Verteilung sollte über Betriebsverkaufsstellen sowie Verkaufsstellen in den Wohnzentren, über Werk-

112 Analyse über die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern im Jahre 1959, 1.2.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 108, o. Bl.

113 Informationsbericht über die Bevölkerungsbewegung der illegalen Verzüge nach Westdeutschland, 26.1.1960, SAPMO-BArch, DY 30 J IV2/3, Nr. A 695, o. Bl.

küchen, Werkrestaurants etc. erfolgen. Dazu sollten gesonderte Vereinbarungen des Direktbezuges von den Produzenten, insbesondere von LPG, GPG und VEG, für die Deckung des Warenfonds,¹¹⁴ vor allem für Lebensmittel, dienen. Die Betriebe selbst wurden dazu verpflichtet, jede Möglichkeit der Selbstversorgung mit Frischgemüse und Frischobst wahrzunehmen. Die Sonderversorgung sollte über die Räte der Kreise erfolgen. Dazu wurden die Räte der Bezirke verpflichtet, für die betreffenden Räte der Kreise zweckgebundene Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, um bevorzugt die betrieblichen Handelseinrichtungen auszustatten.¹¹⁵ Auch wenn diese Form der Lenkung von Waren in die Betriebe keine Besonderheit in der Geschichte der DDR darstellt,¹¹⁶ so offenbart sie doch die insgeheime Einsicht der SED-Führung, daß die eigenen Möglichkeiten nicht mehr ausreichten, um die Bevölkerung insgesamt der Nachfrage entsprechend zu versorgen, und daß es in dieser Situation darauf ankam, wenigstens an strategischen Punkten einen Kollaps zu verhindern.

Die Krise in der Lebensmittelversorgung war durch solche gezielten Lenkungen aber nicht zu beheben. Der Konsum von Lebensmitteln stieg in den ersten Monaten des Jahres 1960 zwar nicht so dramatisch wie bisher an, dafür aber ließ die Anlieferung von Fleisch aus der inzwischen voll kollektivierten DDR-Landwirtschaft erheblich nach. Zum 10. Mai 1960 betrugen die Rückstände bei Fleisch insgesamt 29.200 t und bei Rindfleisch 2.200 t.¹¹⁷ Die Lage wurde dadurch besonders problematisch, da es für die DDR-Regierung nach eigener Auffassung nicht möglich war, diese Defizite aus Importen zu decken. Die ohnehin geplanten Fleischimporte waren zum Teil weder vertraglich noch finanziell abgesichert. Ähnlich schwierig sah die Situation bei Kartoffeln aus. Hier war an einen Ausgleich der Fehlmengen durch Importe überhaupt nicht zu denken. Man verlegte sich auf Maßnahmen wie die Reduzierung der laufenden Stärkeproduktion, was wiederum zu einer Verknappung des Puddingpulver- und Stärkeangebots führte. Die verantwortliche Abteilung Handel und Versorgung des ZK der SED ging davon aus, daß diese Probleme anhalten würden. Um die vorhandenen Versorgungslücken überbrücken zu können, wurden kurzfristig Importe aus den RGW-Staaten arrangiert. Beispielsweise wurde der Versuch unternommen, die Lücken in der Versorgung mit Kartoffeln durch ein verstärktes Angebot aus importiertem Reis zu schließen. Dabei wurde bewußt in Kauf genommen, daß dies zu einer für die DDR ungünstigen Belastung der Außenhandelsbilanz führen würde.¹¹⁸

In einer Übersicht der ZK-Abteilung Handel und Versorgung aus dem Monat Mai 1960 stellt sich die Versorgungssituation für Lebensmittel folgendermaßen dar: Der Bedarf an Hülsenfrüchten war nur zu 60–70 % gedeckt. Die Versorgung mit Frischgemüse galt als ungenügend. Frischobst war gar nicht im Angebot. Südfrüchte konnten nur noch über Betriebsverkaufsstellen bezogen werden. Gemüsekonserven waren weitgehend aus dem Ange-

114 Warenfonds bezeichnete in der Planungsbürokratie der DDR die Summe der im Einzelhandel angebotenen Waren, deren Wert nach ihren festgelegten Preisen bestimmt wurde.

115 Vom Ministerium für Handel und Versorgung an den Zentralverband der Gewerkschaft Handel, Versorgung und Genuss, Gen. Götzelt – Entwurf der „Ordnung über die Versorgung in wichtigen Industriezentren und Großbetrieben“ – 4.2.1960, SAPMO-BArch, DY 42 25/449, Nr. 6375, o. Bl.

116 Vgl. Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995.

117 Hausmitteilung von Leit. Parteiorgane an Gen. Grüneberg – Mitteilung der BL Karl-Marx-Stadt v. 18.3.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 4, Bl. 77/78.

118 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftskomm. d. PB Gen. Apel – Information über die Lage in der Versorgung der Bevölkerung mit einigen Nahrungsgütern –, 17.5.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

bot verschwunden, und als Obstkonserven wurden lediglich noch Kürbis (!) und Pflaumen angeboten. Diese Liste des verstärkten Lebensmittelmangels ließe sich noch bis zu den Teig- und Dauerbackwaren fortsetzen. Es gab so gut wie keine Lebensmittelgruppe, in der die Nachfrage auch nur annähernd durch das Angebot gedeckt war. Der Mangel an Fleisch und Fleischwaren wird in diesem Bericht als besonders schwerwiegend herausgestellt. So wird aus Berlin berichtet, daß der Bedarf an Leberwurst nur zu 60 % gedeckt werden konnte. Die Produktion von Kalbsleberwurst, Kaßlerleberwurst und anderen Leberpasteten war vorübergehend eingestellt. Bei verschiedenen Produkten, wie beispielsweise Innereien oder Schinken, konnte der Bedarf lediglich zu 10 % gedeckt werden. Aber auch bei Bekleidung und Haushaltswaren war zu diesem Zeitpunkt keine Verbesserung zu erwarten. Die DDR-Bevölkerung bemängelte dies als deutliche Verschlechterung des Lebensniveaus im Vergleich zum Vorjahr.¹¹⁹

Dies sind keine Schilderungen einer Hungerkatastrophe, sondern die Beschreibungen von Lebensumständen, die vor dem Hintergrund der Wohlstandsentwicklung in der damaligen Bundesrepublik in der Bevölkerung zu Verbitterung führen mußten. In einer Information an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros heißt es in diesem Zusammenhang, in der Bevölkerung sei es aufgrund der Versorgungsmängel zu teilweise „negativen Stimmungen“ gekommen. Insbesondere die „ökonomische Hauptaufgabe“, Westdeutschland zu überholen und Westberlin mit Milch und Gemüse versorgen zu können, werde in Zweifel gezogen, da es nicht einmal gelungen sei, die eigene Bevölkerung vernünftig zu versorgen. Gleichzeitig würden die hohen Preise für Frischobst und -gemüse kritisiert, es komme auch zu Forderungen nach Wiedereinführung von Lebensmittelkarten. Die SED solle ihre bisherige Deutschlandpolitik ändern, denn nur mit Hilfe Westdeutschlands sei man in der Lage, die Versorgung besser zu gestalten.¹²⁰ Im Juli 1960 war die Situation unverändert schlecht, und im Haus des ZK trafen aus verschiedenen Bezirken der DDR erneut alarmierende Meldungen über schwerwiegende Versorgungslücken bei Lebensmitteln, insbesondere Fleisch, Obst und Gemüse, aber auch bei Textilien ein.¹²¹

Trotz der erheblichen Lücke zwischen Angebot und Nachfrage war das Sekretariat des ZK im August der Meinung, daß die Hauptprobleme bei der Versorgung der Bevölkerung nach wie vor im Bereich der Organisation und politischen Leitung zu suchen waren. Dies wurde vor allen Dingen damit begründet, daß die Bezirkshygienekommission dem Handel in verschiedenen Bezirken „übertriebene Schwierigkeiten“ bereitete, um Butter und Schweinefleisch durch Margarine bzw. Geflügelfleisch zu ersetzen. So forderte die Bezirkshygienekommission in Leipzig, mit Margarine zubereitete Speisen auf der Speisekarte zu kennzeichnen und aus „angeblich hygienischen Gründen“ den Verkauf von Geflügelfleisch in Fleischereien zu unterbinden. Dieser sollte nur noch in Spezialverkaufsstellen erfolgen. Zugleich stellte sich aber heraus, daß das geforderte zusätzliche Angebot von Geflügel in den Gaststätten als zu teuer und die sachgerechte Zubereitung dort als zu umständlich angesehen wurde. Die um die anhaltend schlechte Versorgungslage kreisenden „Diskussionen“

¹¹⁹ Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftsk. d. PB Gen. Apel – Information über die Lage in der Versorgung mit den verschiedenen Waren –, 12.5.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 29, Bl. 1–13.

¹²⁰ Information an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros vom 28.6.1960, Betr.: Versorgungslage, SAPMO-BArch, DY 30 J IV2/2, Nr. A 761, o. Bl.

¹²¹ Hausmitteilung von Abt. Agit/Prop. an Gen. Apel, 9.7.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 29, Bl. 21–23.

in der DDR-Bevölkerung wurden dennoch so interpretiert, daß der imaginäre „Klassengegner“ die Versorgungsmängel ausnutzte, um das angebliche oder auch tatsächliche „Zurückbleiben“ der Landwirtschaft und Industrieproduktion zu einer „Hetzkampagne“ gegen den SED-Staat zu entwickeln.¹²² Die Abteilung Handel und Versorgung machte das SED-Politbüro auf die innenpolitischen Auswirkungen der sich verschlechternden Versorgungslage aufmerksam: Den Berichterstattern wurden Meinungen aus der Bevölkerung zugetragen, die generelle Zweifel an der Richtigkeit der Politik der SED erkennen ließen.¹²³

Aber nicht nur von Ignoranz, sondern auch von gescheiterten Ersatzlösungen zeugen die Meldungen aus der Republik. Im September 1960 mußte die Abteilung Handel und Versorgung eingestehen, daß die Versuche, das fehlende Fleisch durch Geflügel zu ersetzen, kein befriedigendes Ergebnis erbracht hatten. Eine befristete Preissenkung für Enten und Brathähnchen hatte zwar zu einem verstärkten Kauf dieser Produkte geführt, es war jedoch nicht gelungen, mit dieser kurzfristigen Kompensation die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage bei Fleisch nachhaltig zu schließen. Neben den allgemeinen Appellen, das Marktaufkommen bei Fleisch zu erhöhen und zu versuchen, auch die Importe aufzustocken, machte die Abteilung Handel und Versorgung den etwas hilflos wirkenden Vorschlag, in der Bevölkerung verstärkt für den Verbrauch von Saisonwaren, wie einheimischem Obst und Gemüse, zu werben.¹²⁴

Anfang November 1960 berichtete die Abteilung Agitation und Propaganda zusammen mit der Abteilung Parteiorgane des ZK darüber, daß die Bevölkerung im Bezirk Magdeburg die anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten scharf kritisiere. In diesen „negativen Diskussionen“ werde ein direkter Zusammenhang zwischen den Zielstellungen der „ökonomischen Hauptaufgabe“ des V. Parteitages und den täglichen Problemen der Lebensmittelversorgung hergestellt. Aus dem Bezirk Cottbus wurde über „Stimmen“ berichtet, die sich zwar für prosozialistisch hielten, gleichzeitig aber an den Zielstellungen des V. Parteitages der SED ernste Zweifel hegten. Die Klagen aus der Bevölkerung bezogen sich aber nicht nur auf die Lebensmittelversorgung, sondern auch auf das mangelhafte Angebot an Schuhen, Textilien und besonders Kinderbekleidung.¹²⁵ In einem weiteren Bericht gesteht die Abteilung für Handel und Versorgung ein, daß die DDR-Wirtschaft auch 1960 nicht in der Lage sei, der wachsenden Kaufkraft der DDR-Bevölkerung mit einem ausreichenden Angebot an Nahrungs- und Konsumgütern zu entsprechen.¹²⁶

Unter dem Druck der Verhältnisse wurden auf Beschuß des Präsidiums des Ministerrates alle staatlichen Organe, insbesondere die Räte der Bezirke und Kreise, angewiesen, die Versorgung der Bevölkerung zum ständigen Tagesordnungspunkt ihrer wöchentlichen Be-

122 Information für das Sekretariat des ZK – Einschätzung der bisherigen Durchführung der Direktive des Politbüros über Maßnahmen zur reibungslosen Versorgung der Bevölkerung vom 8.7.1960, 5.8.1960, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 730, o. Bl.

123 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Information an die Mitglieder und Kandidaten des PB über die Versorgungslage –, 27.6.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

124 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Sekretär der Wirtschaftskomm. Gen. Dr. Mittag – Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fleischwaren, 23.9.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

125 Von Abt. Agitation und Propaganda Abt. Parteiorgane – Information (50) – über die Lage in der Versorgung und über die Diskussion in der Bevölkerung zu Versorgungsschwierigkeiten –, 3.11.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 93, o. Bl.

126 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Bericht über die gegenwärtige Versorgungslage –, 8.11.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 93, o. Bl.

ratungen zu machen. Um das Schlachtviehaukommen zu erhöhen, wurden die Aufkaufpreise angehoben. Das Ministerium für Handel und Versorgung richtete zur Organisation eines „ständigen Überblicks“ einen „Dispatcherdienst“ ein.¹²⁷ Hier sollten alle Informationen über die Versorgungslage in der DDR zentral zusammenlaufen. Den Gewerkschaften fiel die Aufgabe zu, die Bevölkerung zu mobilisieren, um die Produktionsrückstände von dringend benötigten Waren „zielstrebig“ abzubauen. Die Anweisung, die bekannten Mängel in der Lebensmittel- und Konsumgüterproduktion abzustellen, erfolgte in 35 Einzelpunkten – von der Verpackung bis zum Küstenfischfang. Allerdings sucht man in diesen Anweisungen vergeblich nach konkreten Zielstellungen, auch wurden den einzelnen Industriezweigen weder zusätzliche Investitionsmittel noch Arbeitskräfte in Aussicht gestellt.¹²⁸ Aus dieser so ergangenen Arbeitsanweisung läßt sich aber eins erkennen: Die Versorgungssituation zum Jahresende 1960 war auch in den Augen der SED-Führung nicht weiterhin auf „kritikwürdiges Fehlverhalten“ einzelner Leiter zurückzuführen, sondern die staatlich gelenkte DDR-Wirtschaft war zu diesem Zeitpunkt offenkundig nicht in der Lage, die von der SED-Führung gestellten ehrgeizigen Aufgaben zu erfüllen.

Eine Übersicht zur Entwicklung des Warenfonds von 1959–1960 macht deutlich, daß die ursprünglichen Planvorgaben des Jahres 1960 in allen Quartalen deutlich unter dem Warenfonds des Einzelhandels lagen. Wobei immer noch in Rechnung gestellt werden mußte, daß der Warenfonds nicht der eigentlichen Bevölkerungsnachfrage entsprach.¹²⁹ Für November 1960 findet sich eine ungewöhnlich große Anzahl von Berichten über die prekäre Versorgungslage. Eine gewisse Einheitlichkeit in den Berichten über „negative Diskussionen“ in der Bevölkerung ist nicht zu übersehen.¹³⁰ Es entsteht der Eindruck, daß die Berichterstatter nicht nur auf die politischen Gefahren hinweisen wollten, die sich aus der sich verschlechternden Stimmung in der Bevölkerung für die Stabilität der SED-Herrschaft ergaben. Vielmehr spricht aus diesen Meldungen auch die Hoffnung der jeweiligen regionalen und örtlichen Behörden und Parteiinstanzen, durch dramatische Schilderungen der eigenen Versorgungsprobleme Hilfeleistungen von der Zentrale zu erlangen.

In dieser ohnehin angespannten Lage lag zwar die Verantwortung für diese Entwicklung in der Zentrale der Staatspartei, aber Hilfeleistungen waren von hier kaum zu erwarten. Die DDR-Regierung sah sich im Gegenteil sogar mit der Situation konfrontiert, daß die Butterlieferungen aus dem Ausland ins Stocken geraten waren. Deshalb entschloß man sich in einigen Bezirken der DDR, Butter an die Kunden nur noch auszugeben, wenn diese sich in

127 Dispatcher war in der DDR-Behördensprache die Bezeichnung für leitende Mitarbeiter mit der Aufgabe, Probleme der Produktions- und Verkehrsprozesse unmittelbar zu lenken. Ihre Tätigkeit stellte ein Sonderregime gegenüber den Leitern der nachgeordneten regulären Organisationspyramide dar. Die Dispatcher hatten besonders in Krisen- und Katastrophensituationen unmittelbare Koordinierungs- und Weisungskompetenz gegenüber allen betroffenen und angrenzenden Leitungsebenen. Dafür standen ihnen besondere Nachrichten- und Meßtechniken zur Verfügung. Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), DDR-Handbuch, Bd. 1, Köln 1985, S. 311.

128 Beschuß des Präsidiums des Ministerrates über Maßnahmen zur Organisierung der Versorgung der Bevölkerung vom 10.11.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 93, o. Bl.

129 Erster Zwischenbericht der Brigade zu den Fragen des Handels und der Versorgung der Bevölkerung, 26.11.1960, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 751, o. Bl.

130 Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel, Bericht über die gegenwärtige Versorgungslage an das Sekretariat des ZK der SED, vom 8. November 1960, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3 Nr. A 748, o. Bl.

speziell angefertigte Kundenlisten eingetragen hatten.¹³¹ Damit sollte erreicht werden, daß das knappe Gut gerecht an die gesamte Kundschaft verteilt werden konnte. Zwei Jahre nach Aufhebung der Rationierung sah sich die Bevölkerung auf diesem Umweg nun mit einer neuen Form von dezentraler Rationierung konfrontiert, die in gewisser Weise ein Symbol für das Scheitern der ökonomischen Politik der SED auf dem Gebiet der Versorgung darstellte.¹³² Diese Entwicklung führte aber zu keiner Kurskorrektur der SED auf dem Gebiet der Landwirtschaft, sondern lediglich zu umfangreichen administrativen Veränderungen im Ministerium für Handel und Versorgung.¹³³

Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung ließen sich dadurch jedoch nicht beheben. Anfang 1961 blieb der im Plan zugewiesene Verbrauchszuwachs bei Fleisch erneut hinter der tatsächlichen Nachfragesteigerung zurück. Zudem erreichten die heimischen Fischfangerträge nicht die staatlichen Vorgaben und ließen so keine Entlastung für den vorhandenen Nachfrageüberhang zu. Gleichzeitig entwickelte sich die Fleischerzeugung keineswegs plangemäß. Im Schweinefleischangebot bestand im Januar bereits ein Rückstand von 9.000 t. Die Versorgungskommission beim Minister für Handel und Versorgung kam zugleich zu dem Schluß, daß besonders das Geflügelaufkommen für das gesamte I. Halbjahr unzulänglich bleiben würde.¹³⁴ An zentraler Stelle wurde in den Monaten Januar und Februar des Jahres 1961 absehbar, daß Butter weiterhin knapp bleiben würde, da die von der Sowjetunion zugesagten Sonderlieferungen im Umfang von 53.000 t Butter bis zum 1. März des Jahres nur etwa zur Hälfte eingetroffen waren. Der Rückstand im Milchaufkommen betrug zum 20. Februar des Jahres bereits 41.000 t. So war es weder möglich, die Auslagerungen aus der Staatsreserve wieder aufzufüllen, noch konnten die Lieferrückstände aus den Importen ausgeglichen werden. Zur Sicherung einer minimalen Versorgung der Bevölkerung mußten deshalb weitere Reservebestände zur Verfügung gestellt werden, was diese wiederum erheblich reduzierte.¹³⁵

Am Ende des I. Quartals des Jahres 1961 hatte sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr nicht verbessert. Gerade bei Lebensmitteln war die Situation davon geprägt, daß es in der Landwirtschaft nach wie vor nicht gelang, die gestellten Planauflagen zu erfüllen. Das Marktaufkommen¹³⁶ bei Schlachtvieh war insgesamt sogar rückläufig. Obwohl erreicht wurde, die Warenbereitstellung gegenüber dem Vorjahr durch zusätzliche Fleischimporte zu steigern, blieb das Angebot hinter der Nachfrage erneut zurück. Auch das systematische Strecken von Wurst in der Fleischverarbeitung – in den Berichten vornehm als „Rezeptur-

131 Von Abt. Parteiorgane – Zur Versorgung der Bevölkerung, 12.11.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 93, o. Bl. Vgl. Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis, S. 74ff.

132 Übersicht als Anlage zum Bericht a. d. PB d. ZK vom 14.11.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

133 Vorlage für das Sekretariat des ZK – Maßnahmen zur Verbesserung der Leitung, Planung und Organisation auf dem Gebiet der Versorgung und des Handels –, 3.2.1961, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 762, o. Bl.

134 Das als unzureichend ausgewiesene Fischaufkommen bezog sich in der Hauptsache auf Heringe aus dem Hochseefischfang. Information über einen Teil der Kollegiumssitzung im Ministerium für Handel und Versorgung am 27.1.1961, 9.2.1961, SAPMO-BArch, DY 42 25/451, Nr. 6376, o. Bl.

135 An den amtierenden Vorsitzenden des Ministerrates, Gen. Rau – Lieferverzögerungen bei Butter aus dem Import –, 02.03.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 79, o. Bl.

136 Mit Marktaufkommen oder staatliches Aufkommen wird der Teil der Agrarproduktion in der DDR-Landwirtschaft bezeichnet, der von den staatlichen Erfassungs- und Aufkaufsstellen oder an Betriebe der Lebensmittelindustrie oder des staatlichen Handels verkauft wurde.

änderung“ umschrieben – konnte den anhaltenden Mangel nicht beseitigen. Versuche, das Butterdefizit durch Margarine auszugleichen, führten zu keinem für die „Lenker“ der zentralen Plankommission befriedigenden Ergebnis. Offensichtlich waren die Kunden nicht bereit, ohne weiteres auf Margarine umzusteigen. Die Lieferrückstände der Industrie hatten sich bei technischen Konsumgütern, Textilien und Waren des täglichen Bedarfs erneut vergrößert, so daß das Einkommen der Bevölkerung weiterhin größer war als die angebotene Warenmenge. In dieser Situation wurden Verhaltensweisen der lokalen und regionalen Verwaltungen offenbar, die man mit „Lokalegoismus“ beschreiben kann. Die Staatliche Plankommission bemängelte, daß einige Bezirke ihren Lieferverpflichtungen gegenüber anderen Bezirken im eigenen Interesse bewußt nicht nachkämen.¹³⁷

Anfang März wurde das Butterangebot in der DDR erneut eingeschränkt, da die Sowjetunion ihre Lieferverträge nicht einhielt. Auch war die eigene Produktion zu Jahresbeginn rückläufig, so daß man die für den Krisenfall angelegten Staatsreserven an Kühlhausbutter bis auf geringfügige Reste der Bevölkerung zur Verfügung stellen mußte.¹³⁸ Skeptisch wurde die Entwicklung des Butterverbrauchs angesehen, da voraussichtlich die Reserven der DDR im II. Quartal des Jahres 1961 vollständig aufgebraucht sein würden. Während trotz erwähnter Fehlschläge bei Fleisch Kompensationen durch Fisch und Eier noch möglich schienen, war das bei Butter bereits unmöglich geworden. Deshalb gingen die zentralen staatlichen Behörden nun dazu über, das Milchangebot zu reduzieren, um mehr Milch für die Butterherstellung zur Verfügung zu haben. Der Bevölkerung bot man dafür größere Mengen von Magermilch an. Das ebenfalls unzureichende Eigenaufkommen an Kartoffeln sollte im ersten Halbjahr 1961 durch verstärkte Importe ausgeglichen werden, die aus dem Export der überschüssigen Margarine ermöglicht werden sollten. Darüber hinaus war vorgesehen, den Kartoffelmangel durch ein zusätzliches Teigwarenangebot auszugleichen.¹³⁹

Ähnlich stellte sich die Situation bei Gemüse dar. Hier war zwar das geplante Aufkommen mengenmäßig überboten worden. Allerdings stellten sich nun Probleme beim Transport ein, da die DDR nicht über ausreichend Leergutbehälter verfügte. Dies ist ein weiteres Zeichen dafür, daß die starre Planungssystematik in der Staatswirtschaft der DDR nicht in der Lage war, flexibel auf die Schwierigkeiten im eigenen Land zu reagieren. Nicht nur die Untererfüllung der Pläne bei der Lebensmittelerzeugung, sondern auch deren Übererfüllung erwies sich in diesem Fall als ernstes Problem und führte zu der paradoxen Erscheinung der Vernichtung von Lebensmitteln in einer Mangelgesellschaft.¹⁴⁰

Letzteres löste in der Bevölkerung deutliche Verärgerung und offene Kritik an der Politik der SED und der sie begleitenden Propaganda über die vorgeblichen Erfolge beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft aus. Zumindest im ZK der SED wurde aufmerksam registriert, daß die schlechte Versorgungslage – entgegen aller Klassenkampfpropaganda –

137 Staatliche Plankommission, Abt. Versorgung der Bevölkerung – Kurzanalyse I. Quartal 1961 – Versorgung der Bevölkerung –, 17.3.1961, BArch, DE-1 VS II, Nr. 10818, o. Bl.

138 An den amtierenden Vorsitzenden des Ministerrates, Gen. Rau – Lieferverzögerungen bei Butter aus dem Import –, 2.3.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 79, o. Bl.

139 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftsk. d. PB, Gen. Apel, 19.4.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 29, Bl. 137–140. Vgl. Jörg Roesler, Butter, Margarine und Wirtschaftspolitik. Zu den Bemühungen um die planmäßige Lenkung des Butter- und Margarineverbrauchs in der DDR zwischen 1950–1965, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 29, 1988, S. 33–48.

140 Information für die Wirtschaftskommission des Politbüros über den Stand der Vorbereitung der Gemüseversorgung für das Jahr 1961, 25.4.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 28, Bl. 31–38.

direkt mit der Politik der SED in Zusammenhang gebracht wurde. Der Unmut der Bevölkerung gipfelte in dem Vorwurf, in den 15 Jahren SED-Herrschaft sei die Situation im Osten Deutschlands immer schlechter geworden. Die Versuche, Butter über HO-Kundenlisten zu verteilen, wurden als Vorform der Rationierung und Rückkehr zu kriegsähnlichen Zuständen interpretiert. Ähnliche Mangelzustände machte die Bevölkerung im Angebot von Textilien und Schuhen aus. Man sähe nur Geschäfte mit leeren Regalen oder unbrauchbaren Waren. Die ohnehin knappe Freizeit müsse nun dazu verwendet werden, die gewünschten Artikel in verschiedenen Teilen der Stadt zu besorgen. Die DDR-Bürger hatten die Hoffnung auf baldige Veränderung dieser Situation aufgegeben. Besonderen Widerwillen erzeugte der ständige Einsatz von Funktionären in den Betrieben. Diese hielten große unverständliche Vorträge über die Parteipolitik, die kaum ein Zuhörer verstehen könne und wodurch sich auch nichts ändern würde.¹⁴¹ Damit war die Wirklichkeit wohl recht genau beschrieben.

Im Mai war die Situation in den Augen der SED-Führung unverändert „kompliziert“. Die als Lücke bezeichnete Fehlmenge zwischen Angebot und Nachfrage war inzwischen auf 21.500 t bei Fleisch angewachsen, und die erwogene Idee, diesen Mangel durch ein zusätzliches Fischangebot aus Importen auszugleichen, scheiterte an den fehlenden Finanzmitteln. Ebenso erfolglos blieb der wiederholte Versuch, die unbefriedigte Nachfrage von Butter durch ein stärkeres Margarineangebot aufzufangen. Einerseits waren die Verbraucher in der DDR nicht bereit, übergroße Mengen an Margarine als Butterersatz zu kaufen; andererseits wurde klar, daß der Import von Pflanzenölen – für die Produktion von Margarine – ebenfalls problematisch wurde, weil der Aufkauf im Ausland nicht einmal 50% des angestrebten Ersatzbedarfs decken konnte. Deshalb wurde wieder auf Substitution zurückgegriffen, und das mangelnde Fleischangebot sollte durch ein verstärktes Angebot an Eiern kompensiert werden. Auch war der Staat nun bereit, die Aufkaufpreise für Fleisch als Anreiz für die genossenschaftlichen Fleischerzeuger zu erhöhen. Dafür waren nach internen Veranschlagungen 15 Milliarden Mark aus dem Staatshaushalt erforderlich. Gleichzeitig sollte die Auffüllung der Kühlfleischbestände in der Staatsreserve auf das IV. Quartal verschoben werden.¹⁴²

Diese hektischen Versuche, die Versorgungslücken kurzfristig zu schließen, wurden aber immer wieder von neuen Einbrüchen unterlaufen. So kam es in Ost-Berlin aufgrund von fehlenden Transportmöglichkeiten zu dieser Zeit sogar zu Engpässen bei der Versorgung mit Brot,¹⁴³ und solche Alarmmeldungen finden sich für die gesamte DDR.¹⁴⁴ Es entsteht der Eindruck, daß es im Arbeiter-und-Bauern-Staat im ersten Halbjahr 1961 überall an irgend etwas mangelte.¹⁴⁵ In einem nach Bezirken aufgeschlüsselten Lagebericht zur Versorgung finden sich immer wieder Formulierungen wie „Angebot nicht ausreichend“, „ange-

¹⁴¹ Brief von Ernst Lange an den Minister für Handel und Versorgung vom 28.4.1961, Betr.: Butterversorgung, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 115, o. Bl.

¹⁴² Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel und Abt. Landwirtschaft – Information für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros über die Sicherung der Versorgung mit wichtigen Nahrungsgütern im III. Quartal 1961 –, 5.5.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 14, Bl. 19–31.

¹⁴³ DFD Bundesvorstand – Abteilung Frau und Staat an das ZK der SED Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel Gen. Lange, 16.5.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 72, o. Bl.

¹⁴⁴ Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel und Versorgung, 19.5.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

¹⁴⁵ Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel – Mitteilung der SED-Bezirksleitung Halle vom 10.5.1961, 15.5.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

spannte Versorgungslage“, „vorübergehende Komplikationen“. Deshalb führten immer mehr Bezirke Kundenlisten ein.¹⁴⁶ Mitte des Jahres trafen im ZK zusätzlich Meldungen ein, daß es wegen der konfliktgeladenen Konstellation um Berlin zu Unruhe in der Bevölkerung komme; sie schlage sich in einer ungewöhnlich großen Zahl von Schlachtungen des bäuerlichen Hausviehs nieder, und es seien sogenannte Hamsterkäufe, etwa bei Zucker und Mehl, zu erwarten.¹⁴⁷

Diese Verhältnisse entwickelten sich dann auch zu alltäglichem Unmut, denn die Beschäftigten im Handel reagierten darauf auch mit Unwillen, den sie aber an ihre Kunden weiterleiteten. Insbesondere die eingeführten Kundenlisten beim Verkauf von Butter führten durch die extreme Mangelsituation dazu, daß das Verkaufspersonal gegenüber den Käufern zunehmend herrisch und wohl auch unverschämt auftrat.¹⁴⁸ In einem Informationsbericht wies die Deutsche Volkspolizei darauf hin, daß die schwierige Versorgungslage die Stimmung in der Bevölkerung immer weiter verschlechtere. Der propagierte Grundsatz „Erst mehr arbeiten, dann besser leben“ werde von den DDR-Bürgern in Frage gestellt, da in der Presse der DDR ständig über wirtschaftliche Erfolge berichtet würde. Die Sonderversorgung zur „Ostseewoche“ in Rostock werde kritisiert, weil sich erfahrungsgemäß die Versorgung danach wieder erheblich verschlechterte. Gleichzeitig werde die Zielstellung des V. Parteitages, Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch zu überholen, in Frage gestellt. Wiederholt wurde betont, daß Bürger die schlechte Versorgungslage auf die Umgestaltung der Landwirtschaft zurückführen. Auch Angst vor einem Krieg werde angesichts der krisenhaften Entwicklung geäußert. Ausdruck solcher Verunsicherungen seien auch Forderungen, Butter- bzw. überhaupt Lebensmittelkarten wieder einzuführen, um eine gerechtere Verteilung der Waren zu erreichen. In diesem Zusammenhang seien Gerüchte aufgekommen, in einigen Bezirken seien solche Regelungen zur Rationierung bereits eingeführt worden. In genanntem Bericht werden auch Vermutungen über eine demnächst zu erwartende Geldentwertung wiedergegeben, die damit begründet wurden, daß nicht genügend Waren für das viele im Umlauf befindliche Geld vorhanden seien. Kolportiert wird sogar, daß es im Bezirk Karl-Marx-Stadt zu Anzeichen von Streiks und in den Bezirken Gera, Leipzig, Erfurt und Karl-Marx-Stadt verstärkt zu „Hamsterkäufen“ gekommen sei.¹⁴⁹

Diese Berichte deuten daraufhin, daß die Stimmung in der Bevölkerung der Kontrolle durch die SED vollständig entglitten war. Es häuften sich Nachrichten von schriftlichen Protesten gegen die schlechte Versorgungslage. Am 5. August traf im Haus des ZK bei der Abteilung Sicherheit eine Alarmmeldung ein, daß in einem Ferienheim in der Ortschaft Meuselbach/Neuhaus 150 Personen aus Verärgerung über die schlechte Versorgung „Wir haben Hunger“ gerufen haben sollen.¹⁵⁰ Solche Meldungen rechtfertigen m. E. jedoch nicht

146 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Leiter der Wirtschaftskomm. d. PB, Gen. Apel – Lage in der Versorgung –, 20.5.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 87, o. Bl.

147 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel und Versorgung, 16.6.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl. Vgl. Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis, S. 88ff.

148 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel – aus dem Informationsbericht der BL Neubrandenburg –, 4.7.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

149 Deutsche Volkspolizei – Operativstab – Information Nr. 12/61 zum Rapport Nr. 195 – Schwierigkeiten in der Versorgungslage –, 17.7.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 28, Bl. 104–109.

150 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel und Versorgung – Auszüge aus Bericht d. BL Karl-Marx-Stadt v. 27.7.1961 und Abt. Sicherheitsfragen beim ZK –, 5.8.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

die Einschätzung, daß die DDR zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Untergang stand.¹⁵¹ Aber sie zeigten doch die tiefe Beunruhigung in der Machtzentrale der DDR über die Entwicklung im eigenen Staat.¹⁵² Denn selbst in der Industriearbeiterschaft machten sich trotz Sonderzu- teilungen von Lebensmitteln Unmut und Ärger breit. In einem Bericht über die Lage im VEB Geräte- und Reglerwerke Teltow im Kreis Potsdam-Land schildert die Abteilung Parteiorgane, daß selbst in der Parteiorganisation die Unzufriedenheit und der Unmut über die Entwicklung in der DDR so groß waren, daß man nicht mehr bereit war, den Vorgaben der Parteiführung bedingungslos zu folgen. Erst nach massiver Intervention der übergeordneten Leitung scheint hier wieder Ruhe eingekehrt zu sein.¹⁵³

Das für solche Krisenfälle eingeführte Dispatchersystem sah sich aber auch geschönter Berichterstattung aus einigen Bezirken an die Partezentrale ausgesetzt. So meldete der Rat des Bezirkes Gera an das Ministerium für Handel und Versorgung, in seinem Verantwortungsbereich gebe es keine Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Genußmitteln. Demgegenüber berichtete aber die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei von Engpässen bei Fleisch und Butter in einigen Kreisen des Bezirkes Gera sowie über „Anzeichen von Ungeduld“ in der Bevölkerung. Unter anderem forderten die Bürger, daß sich nun nach so vielen Jahren die Versorgung bei Fleisch endlich deutlich verbessern müsse.¹⁵⁴

Obwohl es der Führung der SED möglich war, durch unterschiedlichste Informationssysteme einen schlaglichtartigen Einblick in die Auswirkungen der anhaltenden Versorgungsmängel in der DDR zu bekommen,¹⁵⁵ waren die Spitzen der Staatspartei offenkundig außerstande oder nicht willens, die Ursachen zu beseitigen. In einer Untersuchung zur Versorgungssituation im Bezirk Potsdam wird deutlich, wie sehr die Führung darauf fixiert war, die Versorgungsschwierigkeiten mit subjektivem Fehlverhalten einzelner Partei- und Staatsfunktionäre zu begründen und wie wenig sie bereit war, die Entwicklung in ihren strukturellen Zusammenhängen zu erfassen. So wurden die Versorgungsprobleme im Bezirk Potsdam nicht etwa als eine ökonomische Frage, sondern als Resultat ideologischen Fehlverhaltens von einzelnen Staatsfunktionären eingestuft. Die ungenügende Leistungstätigkeit sei auf eine „falsche ideologische Auffassung“, die unter dem Begriff „Verbraucherideologie“ zusammengefaßt wurde, zurückzuführen. Gemeint war damit, daß der Bezirk Potsdam auf der einen Seite wiederholt die Forderung nach zusätzlichen Warenzuteilungen an die zentralen Planungsorgane stellte, in der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen jedoch absehbar hinter dem Plan zurückblieb. Dabei wurde von der Untersuchungskommission des ZK besonders kritisiert, daß die Funktionäre des Bezirkes Potsdam die besondere Situation der offenen Grenze nach Westberlin überbetonten und sich gleichzeitig außerstande sahen, in der Versorgung des eigenen Bezirkes Schwerpunkte zu setzen, d. h. diesen in

151 So Armin Mitter und Stefan Wolle, in: dies., Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

152 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel und Versorgung – von der Bezirksleitung Leipzig folgende Mitteilung –, 1.8.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

153 Von Abt. Parteiorgane – Bericht über die Lage im VEB Geräte- und Reglerwerke Teltow, Krs. Potsdam/Land –, 11.8.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 4, Bl. 548–551.

154 Brief von Ernst Lange an den Minister für Handel und Versorgung vom 15.5.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 115, o. Bl.

155 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Für die Beratung im Politbüro über Probleme der Versorgung übergeben wir anbei eine zusammengefaßte zahlenmäßige Übersicht über die Versorgungslage –, 3.6.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 14, Bl. 37–59.

privilegierte und nichtprivilegierte Bereiche der Bevölkerungsversorgung einzuteilen. Die „Überauslastung“ der zugeteilten Warenfonds wurde deswegen nicht als Konsequenz der Bevölkerungsnachfrage gewertet, sondern als Verstoß gegen die Plan- und Staatsdisziplin. Da das Fehlen ökonomischer Leistungsanreize in der Agrarwirtschaft nicht erwähnt werden durfte – ihre Thematisierung hätte die Grundlagen des Staatsplansystems in Frage gestellt – blieb nur der Verweis auf die ungenügende Mobilisierung der Werktätigen.¹⁵⁶

Rekapituliert man die Entwicklung bei der Versorgung der Bevölkerung sowohl mit Nahrungs- als auch mit Konsumgütern, so läßt sich feststellen, daß die hochgesteckten Ziele des V. Parteitages zu diesem Zeitpunkt in weite Ferne gerückt waren.¹⁵⁷ Angesichts der offenen Grenze zur Bundesrepublik wurde deutlich, daß von einer Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem kapitalistischen System keine Rede sein konnte. Aufgrund der anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten und der insgesamt mangelnden Lebensqualität in der DDR ging die ohnehin schwache Loyalität der DDR-Bevölkerung gegenüber der SED-Herrschaft zunehmend verloren.¹⁵⁸ Ganz im Gegensatz zu den prognostizierten Erwartungen waren Mangelversorgung und erhebliche Erschwerisse in der Arbeit an der Tagesordnung. Fünfzehn Jahre nach Kriegsende mußte die Mehrheit der DDR-Bürger bei einer 6-Tage-Arbeitswoche und noch nicht wieder eingeführtem 8-Stunden-Tag¹⁵⁹ einen großen Teil ihrer knappen Freizeit damit verbringen, die „Reproduktion der Arbeitskraft“ durch Besorgen von Lebensmitteln zu gewährleisten. Wenn man sich die Probleme der Lebensmittelversorgung vergegenwärtigt, wird m. E. deutlich, daß es nicht allein die Magnetwirkung der Bundesrepublik war und auch nicht nur die zunehmende ideologische Verhärtung in der DDR seit dem V. Parteitag, die die Menschen aus dem Land getrieben haben; das nach wie vor beschwerliche Leben in der DDR selbst war für viele Menschen ein ausreichender Beweggrund, diesen Staat zu verlassen.¹⁶⁰

4. Keine Ruhe hinter der Mauer

Auch jenseits nachträglicher Rechtfertigung des Berliner Mauerbaues¹⁶¹ kann dieser Akt militärischer Gewaltanwendung zur Absicherung der politischen Herrschaft als Zäsur in der

156 Entwurf Vorlage für das Sekretariat des Zentralkomitees – Verbesserung der Versorgungslage im Bezirk Potsdam, 5 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 401, Bl. 75–79.

157 André Steiner, Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: Ciesla u. a. (Hg.), *Sterben für Berlin?*, S. 245–262.

158 Patrick Major, Torschlußpanik und Mauerbau. „Republikflucht“ als Symptom der zweiten Berlinkrise, in: Ciesla u. a. (Hg.), *Sterben für Berlin?*, S. 221–243.

159 Vgl. Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, S. 154ff.

160 Zu den Fluchtmotiven vgl. Volker Ackermann, Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR. 1945–1961, Osnabrück 1995.

161 So der Verdacht von Patrick Major gegenüber Wilfriede Otto, in: Ders., Vor und nach dem 13. August 1961. Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39. Band (1999), Bonn 1999, S. 325–354, hier S. 328. Vgl. Wilfriede Otto, 13. August 1961. Eine Zäsur in der Europäischen Nachkriegsgeschichte, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 39, 1997, S. 40–47.

Entwicklung des SED-Staates gewertet werden.¹⁶² Dadurch verschaffte sich die SED-Führung jenen Handlungsspielraum gegenüber der DDR-Bevölkerung, der nötig war, um die katastrophalen Folgen der Politik des „Großen Sprunges“ der zurückliegenden Jahre in Wirtschaft und Gesellschaft auszugleichen.¹⁶³ Diese Politik der inneren Schadensbegrenzung ging aber einher mit einer seit dem 17. Juni 1953 ungekannten Repressionswelle gegen jede angenommene oppositionelle Regung.¹⁶⁴ Letztlich war dieses Vorgehen nicht geeignet, um das längst aus dem Gleichgewicht geratene Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Feld der Lebensmittelversorgung kurzfristig bzw. halbwegs wieder ins Gleichgewicht zu bringen und die Stimmung in der Bevölkerung zugunsten der Staatspartei zu verbessern.¹⁶⁵

Anders als in der Presse proklamiert und auch anders als von den führenden Funktionären der SED erwartet, änderte sich die Versorgungssituation nach dem Bau der Berliner Mauer und der Schließung der Grenze nach Westen nicht wesentlich.¹⁶⁶ Die auf puren Machterhalt ausgerichteten öffentlichen Interpretationen der Zustände seitens der SED konnten die beklagten „Hamsterkäufe“, wie die Tendenz zum Horten von Waren in der Funktionärssprache genannt wurde, auch nach dem Bau der Mauer nicht verhindern.¹⁶⁷ Aufgrund der beunruhigenden politischen Lage kam es zu verstärkten „Angsteinkäufen“.¹⁶⁸ An einem Montag, es war der 14. August, der Tag nach dem Mauerbau, begannen die Bürger Grundnahrungsmit tel, hauptsächlich Zucker, Mehl, Teigwaren, Fleisch- und Fischkonserven zu horten. Dies verstärkte sich in den nächsten Tagen. Etwas später begannen die Panikkäufe auch in den Geschäften für Industriewaren. In dem genannten Bericht heißt es: „Wahlloser Kauf von Sachwerten“. Nach Aussagen des Ministeriums für Handel und Versorgung konzentrierte sich dieses Kaufverhalten auf die städtischen Ballungszentren, griff aber alsbald auf die Bevölkerung ländlicher Gebiete über. Öffentlich deklarierte das Ministerium für Handel und Versorgung diese „Hamsterkäufe“ kurzerhand als „Störmaßnahmen des Gegners“.¹⁶⁹

Die Handelsbehörden der DDR bemühten sich, dieser Entwicklung entgegenzusteuern, indem sie den Warenbezug pro Person begrenzten. Gleichzeitig brachten sie alte Lagerbe-

162 Vgl. Arnold Sywottek, Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: Axel Schildt/ Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Darstellungen, 37), Hamburg 2000, S. 54–76.

163 André Steiner, Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: Ciesla u. a. (Hg.), Sterben für Berlin?, S. 245–262.

164 Vgl. zusammengefaßt Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, S. 231f.

165 Vgl. Merkel, Utopie, S. 80ff.

166 Vgl. Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 319–324.

167 Fernschreiben des Ministers an alle Stellvertretenden Vorsitzenden für Handel und Versorgung der Räte der Bezirke, einschl. Magistrat von Groß-Berlin, vom 14.8.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 115, o. Bl.

168 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel – Angsteinkäufe –, 16.8.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl. Zur Stimmung in der DDR-Bevölkerung vgl. Patrick Major, „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein“. Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, S. 208–223.

169 Von Curt-Heinz Merkel an das ZK der SED z. Hd. Gen. Lange – Übersicht über die Entwicklung im Handel nach dem 13.8.1961, 31.8.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 115.

stände, die teilweise aus der Zeit vor 1958 stammten, wieder ins Angebot. Zu diesem Zweck sollten geschlossene bzw. zeitweise geschlossene Verkaufsstellen und Gaststätten wieder eröffnet werden. Die Arbeitskräfte sollten aus der Gruppe der nun beschäftigungslos gewordenen Pendler nach Westberlin gewonnen werden. Weiterhin war vorgesehen, dem Volk mehr kulturelle Veranstaltungen, insbesondere Jugendtanzveranstaltungen und Kabarettprogramme sowie sportliche Ereignisse, anzubieten.¹⁷⁰ Hoffte man im Ministerium für Handel und Versorgung Ende August noch, daß sich diese angespannte Situation mit der Zeit beruhigen würde, so hielt das panikartige Kaufverhalten der DDR-Bevölkerung im Herbst immer noch unverändert an. Bereits im September wurden die Versuche, die Entwicklung des Verbrauchs durch eine strengere Leitungsorganisation besser lenken zu können, von der Wirklichkeit eingeholt.¹⁷¹ Die „Hamsterkäufe“ bewirkten eine permanente und progressiv steigende Überschreitung der Umsatzpläne, und die Lagerbestände vieler Waren sortimente waren innerhalb kürzester Zeit aufgebraucht. Nach Aussagen der Abteilung Handel und Versorgung des ZK der SED war der massive Aufkauf von Lebensmitteln sogar nur die erste Stufe der Entwicklung; in der zweiten Septemberhälfte verstärkten sich die „Hamsterkäufe“ auch bei Industrie- und Schmuckwaren. Der Versuch, die Situation nach dem Mauerbau durch ein besonderes Produktionsaufgebot wieder zu bereinigen, hatte keine entscheidende Wirkung gezeigt. Vielmehr kamen die Konsumgüter produzierenden Betriebe ihren Lieferverpflichtungen gegenüber dem staatlichen Handel in immer geringerem Maße nach. Bereits am 31. August gab es einen Lieferrückstand im Wert von ca. 1,5 Milliarden Mark. Dies war die achtfache Erhöhung der Lieferrückstände im Vergleich zum Vormonat.¹⁷²

In welchem Ausmaß die ideologischen Umdeutungen der Wirklichkeit an verantwortlichen Stellen Wirkung zeigten und man deshalb nicht bereit war anzuerkennen, daß die Versorgungsprobleme hausgemacht waren, belegt der Inhalt einer Arbeitsberatung beim Minister für Handel und Versorgung vom 5. Oktober. Intern wurde dort eingestanden, daß es zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sei, die Versorgung der DDR-Bevölkerung gleichmäßig, kontinuierlich, bedarfsgerecht und vor allem in voller Menge zu gewährleisten. Deshalb forderten die verantwortlichen Funktionäre, unter diesen Bedingungen „klassenmäßig zu versorgen“. Das bedeutete einerseits, die für die Verwirklichung der SED-Politik wichtigen Schwerpunktbereiche bevorzugt zu beliefern, und andererseits die Spezialisierungen im Handel, z. B. für Kaffeegeschäfte, aufzuheben, da das momentane Warenangebot letzteres nicht mehr zuließe. Gleichzeitig sollte eine „richtige Werbung“ in Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten stattfinden. So sollten jene Waren beworben werden, die sich bisher schwer absetzen ließen. Das Personal wurde angehalten, die gewünschte Ware exakt auszuwiegen, Bemerkungen wie: „Darf es für zwanzig Pfennig mehr sein?“ sollten grundsätzlich unterbleiben. Unter der Parole „Störfreimachung“ galt die Einsparung von Fleisch im Handel als politischer Kampf, denn 1961 wurden nach Angaben des Ministers 18.000 t Butter und 10.000 t Fleisch aus „NATO-Ländern“ importiert. „Klassenmäßiges Herangehen an Versorgungsfragen“ bedeutete nach SED-Auffassung vor allem aber, das Angebot speziell für die Arbeiterklasse zu verbessern; dies sei politisch wichtiger, als den Bedürfnissen der Bauern zu entsprechen. Zur Vereinheitlichung der gesamten Versorgungs-

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ André Steiner, Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR, in: Schildt u. a. (Hg.), *Dynamische Zeiten*, S. 218–247, hier S. 224f.

¹⁷² Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an die Kandidatin. PB Genn. Baumann – Information über Hamsterkäufe – 14.10.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV2/2029, Nr. 87, o. Bl.

planung wurde für 1962 erstmals ein komplexer Versorgungsplan entwickelt; er faßte sowohl die zentrale als auch die regionale Planung zusammen. Dies sollte die immer wieder auftretenden Warenverluste mindern und den Verbrauch landesweit so steuern, daß es zu sichtlichen Einsparungen speziell bei Butter und Fleisch komme. Die Schwerpunktsetzung bei der Versorgung der Bevölkerung richtete sich nach folgender Hierarchie:

- An erster Stelle stand die Versorgung der Hauptstadt der DDR, Berlin,
- an zweiter Stelle standen Bezirke mit sogenannten „Zentren der Arbeiterklasse“, wie Karl-Marx-Stadt, Dresden und Gera,
- an dritter Stelle sogenannte durchschnittliche Bezirke, wie Magdeburg, Halle und Cottbus
- und an vierter Stelle sogenannte Landbezirke, wie z. B. Rostock oder Schwerin.

In dem komplexen Versorgungsplan sollten erfaßt werden:

- Die Geldeinnahmen und Geldausgaben der Bevölkerung,
- der Warenumsatz und der zugeteilte Warenfonds,
- die staatlichen Auflagen für die Landwirtschaft,
- die Produktionsplanung wichtiger Konsumgüter der Industrie,
- Aufkommen und Verteilung von Lebensmitteln,
- Aufkommen und Verteilung von Industriewaren sowie die Bereitstellung von Dienstleistungen.

Gemessen an seinem Anspruch war dies ein sehr complexes und deshalb wenig wirkungsvolles Steuerungsinstrument für die Versorgungsplanung in der DDR.¹⁷³ In einer Übersicht der ZK-Abteilung Parteiorgane mußte dann auch eingeräumt werden, daß die Umsatzentwicklung im Handel weiterhin deutlich über den Planvorgaben lag. Die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage vergrößerte sich durch steigende Lieferrückstände der Produktionsbetriebe, was zu weiteren Schwierigkeiten im Bereich der Warenbereitstellung führte. Bezug nehmend auf bekanntgewordene Diskussionen in der Bevölkerung, wird in dem Bericht erklärt, die DDR-Bürger kauften in Erwartung weiterer Preissteigerungen jetzt Waren.¹⁷⁴ Meldungen aus den Bezirken der DDR, in denen berichtet wurde, daß die dezentralen Rationierungsmaßnahmen, d. h. die Einführung von Kundenlisten und der beschränkte Verkauf von Butter nun auch auf Fleischwaren ausgeweitet wurden, schienen solche Ängste zu bestätigen.¹⁷⁵

In einer Vorlage für das Politbüro stellte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der DDR fest, daß die Pläne weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie, noch im Außenhandel in wichtigen Positionen erfüllt wurden. Die erhöhten Warenumsätze in der zurückliegenden Zeit seien im wesentlichen auf den Abbau von Lagerbeständen zurückzu-

¹⁷³ Information über die Arbeitstagung beim Ministerium für Handel und Versorgung vom 5.10.1961, 10.10.1961, SAPMO-BArch, DY 42 25/452, Nr. 6376, o. Bl.

¹⁷⁴ An Genn. Baumann – Information über Hamsterkäufe –, 14.10.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 28, Bl. 158/159.

¹⁷⁵ Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel und Versorgung – von der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, Bericht vom 25.10.1961–, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.; Hausmitteilung von Genn. Baumann an Gen. Lange – Mitteilung des Sonderdienstes vom 31.10.1961 über die Versorgungsschwierigkeiten in Meuselwitz, Kreis Altenburg, 2.11.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 33, o. Bl.; Mitteilung des Kollegen Rolf Schwalbe, Berlin Treptow, ebd.

führen. Wieder wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bevölkerung über das Jahr 1961 solche Waren aufkauft, von denen sie annahm, daß sie in Zukunft zu knappen Gütern würden; dies führte gleichzeitig dazu, daß diese Annahme sich auch bestätigte. Der Versuch, die Wirtschaft der DDR von Importen aus dem westlichen Ausland unabhängig zu machen, wurde in der Bevölkerung so interpretiert, daß Genußmittel wie Kaffee, Schokolade und Gewürze in Zukunft nicht mehr importiert werden sollten. Das wiederum führte zu verstärkter Nachfrage von Waren aus Übersee. Zur gleichen Zeit bewirkten die Maßnahmen zur „Störfreimachung“ aber auch, daß eine Reihe von Gütern, bei deren Herstellung man auf Rohstoffe angewiesen war – etwa Edelmetall- und optische Erzeugnisse – in noch geringerer Menge bereitgestellt wurden.¹⁷⁶

In einem Brief an die 1. Sekretäre der SED Bezirks- und Kreisleitungen bemühte sich die SED-Führung, die Aufmerksamkeit der Parteidader auf die dramatischer werdende Situation zu lenken. Die Rückstände in der industriellen wie in der landwirtschaftlichen Produktion und die anhaltenden „Hamsterkäufe“ werden für die Versorgungsmisere verantwortlich gemacht. Zugleich lastete die SED-Führung die Situation aber auch der Politik der sogenannten „Bonner Ultras“ an: sie hätten den Außenhandel der DDR im kapitalistischen Ausland empfindlich gestört. Doch auch Exportrückstände von DDR-Betrieben hätten den termingerechten Import von Konsumgütern unmöglich gemacht. Alles in allem wurde eingestanden, daß die Nachfrage der DDR-Bevölkerung weit höher war als im Plan vorgesehen. Das Dilemma wurde als ein Mißverhältnis zwischen Kauffonds und Warenfonds klassifiziert. Dieses Dauerproblem der DDR-Wirtschaft wurde auf ideologische und organisatorische Ursachen zurückgeführt. Offensichtlich versuchte man deshalb, sich mit dem Argument aus der Falle herauszumanövrieren, hinter den „Hamsterkäufen“ stünde nicht eine verunsicherte bzw. verängstigte Bevölkerung, sondern der imaginäre Gegner, und deshalb müsse der massenhafte Aufkauf von Waren als eine feindliche politische Aktion angesehen werden. Die SED-Führung war zu diesem Zeitpunkt auch intern nicht bereit, die Verantwortung für die entstandene Situation zu übernehmen, vielmehr war eine weitere Verschärfung der „politisch-ideologischen Arbeit“, d. h. eine Auseinandersetzung mit all denjenigen, welche die Entwicklung der DDR auch nach dem Bau der Mauer weiterhin kritisch sahen, zu erwarten.¹⁷⁷

Von solchen Argumenten unbeeindruckt, scheint sich aber die Stimmung in der Bevölkerung weiter verschlechtert zu haben. Die Abteilung Parteiorgane meldete, daß es in einer Vielzahl von Kreisen der DDR zu „Diskussionen über Versorgungsfragen“ und verstärkten Aufkäufen verschiedener Nahrungs- und Genußmittel gekommen sei. Die Bevölkerung setzte die schwierige Situation in der Lebensmittelversorgung mit dem Sozialismus in der DDR gleich. Zweifel wurden laut, ob der propagierte Weg hin zum Kommunismus eine wirkliche Besserung bringen könnte. In den ersten Monaten des Jahres 1962 häuften sich Meldungen über erhebliche Versorgungsmängel: So konnte z. B. in den Bezirken Magdeburg und Karl-Marx-Stadt nicht einmal mehr die Versorgung von Kindern und Kranken mit

176 Vom Stellv. des Vorsitzenden des Ministerrates für Handel und Versorgung und Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft – Vorlage für das Politbüro des ZK der SED Information und Maßnahmen über die Versorgungssituation im IV. Quartal 1961 –, 4.11.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 14, Bl. 94–119.

177 Entwurf des ZK der SED an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen – Direktive des Politbüros zur Lage und zu Aufgaben auf dem Gebiet der Versorgung –, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 14, Bl. 130–146.

Vollmilch gewährleistet werden, und in einigen Kreisen wurde die Wochenration Butter von 250 auf 200g reduziert.¹⁷⁸ In einer Information der Abteilung Handel und Versorgung des ZK wird die Entwicklung im Jahr 1962 als schwierig prognostiziert. Schon in den Planungen wurde deutlich, daß der Warenumsatz als Planungsgröße zu niedrig angesetzt worden war, um den zu erwartenden Kauffonds, d. h. die Geldeinnahmen der DDR-Bevölkerung, abdecken zu können. Durch höhere Preise, z. B. für neue Brotsorten, Einschränkungen der Teilzahlungen sowie durch Leistungssteigerungen in der Landwirtschaft und den erhofften Anstieg des Lebensmittelangebotes könnte es jedoch gelingen, die vorhandene Kaufkraft der Bevölkerung besser abzuschöpfen. Es wurde von der Möglichkeit ausgegangen, daß sich die Diskrepanz zwischen Kauf- und Warenfonds im Laufe des Jahres zunehmend reduzieren werde. Die Struktur des Warenfonds, d. h. das Angebot des Einzelhandels, entsprach jedoch weiterhin nicht der Nachfrage.¹⁷⁹

Die optimistische Einschätzung aus dem Februar des Jahres 1962 bestätigte sich nicht. Es traf zwar zu, daß die DDR-Bevölkerung im I. Quartal 1962 mehr Geld für Nahrungsmittel ausgab und für die Tilgung von Teilzahlungskrediten ebenfalls höhere Beträge aufnahm, was letztendlich zu einer Verminderung des Zuwachs des Spareinlagen um 350 Mio. Mark führte; allerdings hatte dies nichts mit einer wirklichen Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung zu tun. Die Umsatzpläne bei Lebensmitteln wurden in dieser Zeit übererfüllt, denn es wurden verstärkt Waren – wie Teigwaren, Feinfrostwaren und Konserven – gekauft, die teurer als die sonst nachgefragten Lebensmittel waren. Die Einführung neuer Sorten führte ebenfalls zu einer höheren Geldausgabe.¹⁸⁰ Gleichzeitig blieb der Kaufdruck auf Nahrungsmittel bestehen, da sich das Defizit in der Warenbereitstellung von Industriegütern eher noch vergrößerte.¹⁸¹ Dies führte dazu, daß die dezentrale Rationierung – im Sprachgebrauch der Funktionäre als „Lenkungsmaßnahme“ bezeichnet – auch 1962 aufrechterhalten wurde.¹⁸² Planungsüberlegungen in der Abteilung Landwirtschaft des ZK und im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, den Fleischverbrauch 1962 eventuell senken zu können, erwiesen sich aber als illusorisch.¹⁸³ In den Bezirken konnte die Nachfrage nach Fleisch nach wie vor nicht gedeckt werden,¹⁸⁴ und es erwies sich weiterhin als notwendig, Kundenkarten für Butter auszugeben.¹⁸⁵ Die Landwirtschaft der DDR schien bei Fleisch nach wie vor nicht in der Lage zu sein, die staatlichen Planvorgaben zu erfüllen.¹⁸⁶ Die Abteilung Handel und Versorgung des ZK mußte im Mai 1962 erneut feststellen, daß im I. Quartal der

¹⁷⁸ Hausmitteilung von Abt. Sicherheit an Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel 27.2.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 39, o. Bl.

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Genn. Baumann, Sekr. d. ZK – Information über einige Fragen des Planes 1962 –, 28.3.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 33, o. Bl.

¹⁸¹ Bericht über die Arbeit mit den komplexen Versorgungsplänen und Schlußfolgerungen für die weitere Verbesserung der Arbeit, 2.4.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 79, o. Bl.

¹⁸² Schlußfolgerungen aus dem Planablauf des I. Quartals 1962 –, 18.4.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 33, o. Bl.

¹⁸³ Übersicht über die Versorgungssituation bei Fleisch und Butter im II. und III. Quartal 1962, 4 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 431, Bl. 131–134.

¹⁸⁴ Brief an Genosse Apel – Überprüfung der Versorgung, insbesondere bei Fleisch und Butter im Bezirk Erfurt in der Zeit vom 2.4.–6.4.1962, 11.4.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 304, o. Bl.

¹⁸⁵ Hausmitteilung von Genn. Baumann an Gen. Lange – Neuauflage von Kundenkarten für Butter im Bezirk Suhl –, 26.4.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 33, o. Bl.

¹⁸⁶ Übersicht über die Versorgungssituation bei Fleisch im II. und III./62, 3 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 631, 194–196.

Warenumsatzplan für Nahrungs- und Genußmittel erheblich übererfüllt worden war, während er für Industriewaren nicht erfüllt werden konnte. In dieser Einschätzung spiegelt sich der gewünschte Anstieg der Lebenshaltungskosten wider, der aber größtenteils daher resultierte, daß verschiedene Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Frischgemüse und Obst nicht ausreichend vorhanden waren. Das Angebot an Grundnahrungsmitteln hatte sich in den meisten Fällen im Vergleich zum I. Quartal des Vorjahres verringert. Die Folge: „härtere Diskussionen“ in der Bevölkerung. Von sinkenden Spareinlagen war in diesem Zusammenhang auch keine Rede mehr.¹⁸⁷

Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage blieb ein beständiger Klagepunkt in Berichten aus dieser Zeit. Statt kritischer Analyse finden sich nach wie vor die „Aktivitäten des Gegners“ als Erklärungsformel der Mißstände.¹⁸⁸ Im Juni 1962 wurde aus dem Bezirk Gera gemeldet, die Stimmung der Bevölkerung sei aufgrund der sich weiterhin verschlechternden Versorgungslage sehr problematisch. Auf der einen Seite wurde in verschiedenen Betrieben mit Arbeitsniederlegung gedroht, auf der anderen Seite wurden Kundenkarten für Fleisch und Fleischwaren gefordert.¹⁸⁹ Insgesamt fehlten in der DDR im III. Quartal 1962 50.000 t Fleisch; das entsprach 20%–25% des Verbrauchs. Deshalb entschloß sich der Volkswirtschaftsrat zu radikal „Fleischverbrauch senkenden Maßnahmen“. Die Lebensmittelindustrie hatte dafür zu sorgen, daß die Rezepturen geändert, d. h. der Fleischanteil in den Produkten massiv gesenkt wurde. Nicht durchsetzen konnten sich Überlegungen, die Preise für Fleisch und Butter zu erhöhen, um so ihren massiven Abkauf einzuschränken.¹⁹⁰

Gegenüber den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen stellte das ZK der SED deshalb fest, daß sich die Situation im ersten Halbjahr – anders als erwartet – weiter zugespitzt habe. Die Abnahme der Viehbestände habe zu einem Marktaufkommen bei Fleisch und Eiern unter den Planvorgaben geführt, und die Milchrückstände seien weiter anwachsend. Die DDR sei nicht mehr in der Lage, eigene Reserven zum Ausgleich der Versorgungslücken zu mobilisieren. Ersatzschlachtungen bei Geflügel hätten so zugenommen, daß für das II. Halbjahr ein deutlicher Rückgang der Versorgung mit Geflügelfleisch drohte. Besonders bei Fleisch- und Wurstwaren sowie tierischen Fetten, Eiern und Molkereiprodukten würde die Versorgungslage im II. Halbjahr besonders angespannt bleiben. Deshalb sei die Versorgung der Arbeiterklasse unter allen Umständen vorrangig zu gewährleisten. Angesichts der ungünstigen Situation bei Industriewaren wurde die Versorgung als ein Problem mit mehr und mehr politischem Charakter bezeichnet, da die Möglichkeit bestünde, daß der „Gegner“ diese Situation zur Vorbereitung von „Provokationen“ ausnutzen könnte.¹⁹¹ Der „Klassenfeind“ hatte die Situation also nicht nur in gemeiner Absicht geschaffen,

187 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Information für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros – Versorgung im I. Quartal 1962 und Schlußfolgerungen –, 3.5.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 17, Bl. 45–50.

188 Von K. Lemke an das ZK der SED Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Lenkungsmaßnahmen für Butter im Bezirk Suhl –, 21.5.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 33, o. Bl.

189 Hausmitteilung von Abt. Parteiorbane an Abt. Handel und Versorgung – Diskussionen und Forderungen zur Einführung von Kundenkarten bei Fleisch und Fleischwaren im Bezirk Gera –, 16.6.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

190 Hausmitteilung von Abt. Planung und Finanzen an Genosse Apel – Information über Probleme der Versorgung der Bevölkerung –, 21.6.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 720, Bl. 160–161.

191 Vom ZK der SED an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen – Direktive zu den Aufgaben auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung im 2. Halbjahr 1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 33, o. Bl.

sondern wollte die entstandene „Lage“ auch noch ausnutzen. Aber trotz des Aufrufes des ZK an die eigene Partei, „höhere Wachsamkeit an den Tag zu legen“, wurden die Meldungen über „provokatives Auftreten, gerade aus den Industrieschwerpunkten“, immer drastischer.¹⁹²

Der permanente Vergleich mit Westdeutschland und die Kritik an der Entwicklung der Versorgungslage in der DDR erschien den ZK-Berichterstattern besonders bedrohlich.¹⁹³ Selbst innerhalb der Partei gebe es weiterhin erhebliche Schwierigkeiten, diesem Problem „offensiv“ gegenüberzutreten.¹⁹⁴ Die Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED mahnte, im Bezirk Potsdam würden Forderungen nach umfassenden Veränderungen der Verhältnisse bereits immer heftiger: In Babelsberg sei mit der Wiederholung der Ereignisse des 17. Juni 1953 gedroht worden. Die Bürger von Kleinmachnow würden die Versprechungen des Bürgermeisters über eine baldige Verbesserung der Versorgungssituation nicht mehr ernst nehmen. Um die Versorgung ihrer Familien zu sichern, kündigten die Falkenseer Frauen an, sie würden nicht mehr zur Arbeit gehen, wenn sich das Fleischangebot nicht verbessere. Neben solchen verständlichen Aufregungen schossen aber auch Spekulationen ins Kraut: In Hennigsdorf wurde die schlechte Versorgungssituation mit der Berlin-Politik der SED in Zusammenhang gebracht. Es hieß, das Fleisch werde zurückgehalten, um später bei der Übernahme von Westberlin die Westberliner besser versorgen zu können. In Mahlow wurden Fleischkarten gefordert und die Knappheit als Vorbereitung auf einen zukünftigen Krieg interpretiert.¹⁹⁵

Solche „Zuspitzungen“ konzentrierten sich aber nicht nur auf die Umgebung von Berlin. In Magdeburg wurde der Ruf nach Rationierung aller Lebensmittel laut. Aus Gera wurde berichtet, daß ein Gießereiarbeiter den Vergleich mit der NS-Zeit gewählt habe: Er sei der Meinung, es habe damals mehr Fleisch gegeben als jetzt in der DDR. In Erfurt gab es Gerüchte über Fleischverteuerungen. In Leipzig wurden die Geflügelpreise beklagt. In Cottbus kam es zu massiver Kritik an den gestiegenen Lebenshaltungskosten. Alle diese Meldungen, die bei der Abteilung Agitation des ZK eingingen, deuten darauf hin, daß es sich hier nicht nur um vereinzelte Stimmen handelte.¹⁹⁶ Die Menschen, die nun vor der schwierigen Lebenssituation in der DDR nicht mehr in den Westen fliehen konnten, waren jetzt anscheinend bereit, ihren Unmut immer offener zu äußern. Im Bezirk Halle kursierten Mitte August Gerüchte über Unruhen in der Sowjetunion. Erwartungen wurden laut, daß sich bei weiterer negativer Entwicklung in der DDR solche Ereignisse wiederholen würden. In Halle diskutierten Arbeiter an verschiedenen Stellen über Arbeitsniederlegungen, wenn sich nicht in kürzester Zeit das Essensangebot verbessern würde. „Kommunisten, gebt uns mehr zu fress-

¹⁹² Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel – Bericht der Gebietsleitung Wismut –, 11.7.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

¹⁹³ Die Entwicklung der Kaufkraft und der Versorgung der Bevölkerung im 1. Halbjahr 1962, 23.7.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 108, o. Bl.

¹⁹⁴ Von Abt. Parteiorgane – Kurzinformation über die Durchführung der Lenkungsmaßnahmen für Fleisch- und Wurstwaren in den Bezirken Berlin, Karl-Marx-Stadt, Halle, Magdeburg, Erfurt und Rostock –, 28.7.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 5, Bl. 85–89.

¹⁹⁵ Hausmitteilung von Abt. Sicherheitsfr. an Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Bericht über Stimmungen unter der Bevölkerung in den Grenzkreisen des Bezirkes Potsdam –, 4.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 39, Bl. 32–36.

¹⁹⁶ Abteilung Agitation – Stimmung der Bevölkerung zur Versorgung, 9.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 79, Bl. 1–5.

sen, oder habt ihr den 17. Juni (1953, d. A.) schon vergessen?“¹⁹⁷, lauteten die Parolen in verschiedenen Betrieben des Bezirks. Auch die Berichte an das Politbüro über die Versorgungssituation im Lande machen deutlich, daß es sich bei den Versorgungsproblemen kaum um Einzelerscheinungen gehandelt haben kann. Vielmehr zeigen sie, daß es der Bevölkerung 1962 noch schlechter als 1961 ging und daß die Bevölkerung ihren Unmut zunehmend deutlicher artikulierte.¹⁹⁸

Der Vergleich des „antifaschistischen Arbeiter-und-Bauern-Staates“ mit dem nationalsozialistischen Regime und die Drohung mit einem Volksaufstand wie am 17. Juni 1953 müssen die Führung der SED in ihrem Selbstverständnis und Sicherheitsgefühl tief erschüttert haben. Als Reaktion schlug die Abteilung Handel und Versorgung des ZK vor, Fleisch aus Lateinamerika und Österreich sowie Fisch und Käse aus Finnland, Schweden, Norwegen sowie Österreich, also vom „Klassenfeind“, zu importieren. Von „Störfreimachung“ war in dieser Situation keine Rede mehr, denn dies alles ließ sich nur mit einer höheren Kreditaufnahme im Ausland bewerkstelligen.¹⁹⁹ Weiterhin sollte erneut die Staatsreserve belastet und der Schweinefleischexport in die BRD gestoppt werden. Statt dessen wurde vorgeschlagen, zusätzlich Rindfleisch, Fisch und Käse aus der Bundesrepublik zu importieren; dies sollte durch zusätzliche Getreidelieferungen an die Bundesrepublik finanziert werden.²⁰⁰ Diese und andere Vorschläge finden sich in einer Vorlage des Politbüros vom 18. August 1962. Zusätzlich war die Auflösung verschiedener Staatsreserven weltmarktfähiger Grundstoffe und der Verkauf von Konsumgütern aus der DDR-Industrie beschlossen worden. In diesem Papier wurde allerdings angemerkt, auch 1963 sei die Fleischversorgung nur über zusätzliche Importe aus dem westlichen Ausland zu bewerkstelligen.²⁰¹

Dennoch gab es zu diesem Zeitpunkt über die in der DDR-Landwirtschaft erzeugten Fleischmengen und auch über die zu erwartende Fleischnachfrage an zentraler Stelle nur Spekulationen. Am 20. August 1962 räumte die Abteilung Handel und Versorgung ein, daß es in den Kreisen und Bezirken der DDR keinen exakten Überblick über das Marktaufkommen der kommenden Wochen gebe, was dazu führe, daß Verkaufsstellen nicht wüßten, welche Fleisch- und Wurstmengen ihnen zur Belieferung an die Kundschaft zur Verfügung stehen würden. Ferner beklagte die verantwortliche ZK-Abteilung, daß in den Genossenschaften und Ablieferungsbetrieben kein Vertragssystem existiere, das eine kontinuierliche Entwicklung des Marktaufkommens sichern würde. Deshalb könnten weder das Ministerium für Handel und Versorgung noch der Volkswirtschaftsrat der DDR exakte Angaben machen, die erst eine genaue Zuteilung der Fleisch- und Wurstmengen in der Republik ermöglichten. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung

197 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel – Diskussion zur Versorgungslage und Feindarbeit im Bezirk Halle –, 14.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 28, Bl. 266/267.

198 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Information über die Lage in der Versorgung bei den wichtigen Nahrungsgütern –, 14.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 17, Bl. 200–210; Auch unter SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2029, Nr. 86, o. Bl.

199 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Gen. Dr. Mittag, Sekretär des ZK – Vorschläge zur Veränderung der Versorgungssituation bei Fleisch –, 16.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 22, Bl. 158–162.

200 Brief von Erich Honecker an Walter Ulbricht vom 18.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 INL 2, Nr. 29, o. Bl.

201 Vom Stellv. des Vorsitzenden des Ministerrates für Handel, Versorgung und Konsumgüterproduktion – Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 18.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 17, Bl. 211–232.

forderte, endlich genaue Angaben über die zur Verfügung stehende Menge von Fleisch zu erhalten.²⁰² Aus dieser Hausmitteilung geht hervor, daß im August (1962) das System der Kundenlisten auf die gesamte Republik und auch auf den Bereich Fleisch- und Wurstwaren erweitert wurde. Obwohl es wohl gelungen war, Berlin weitgehend aus allen Schwierigkeiten herauszuhalten, hatte sich die Situation gegenüber dem Vorjahr auch hier deutlich verschlechtert. Der Berliner Bevölkerung mißfiel die Rationierung von Fleisch- und Wurstwaren. Insbesondere die Streckung der Wurst wurde „negativ angesprochen“. Gleichzeitig gingen Beschwerden ein, daß mit der Einführung der sogenannten „Lenkungsmaßnahmen“ das Angebot an Schweinefleisch zurückgegangen war. Der genannte Bericht stellt fest, in Teilen der Bevölkerung gebe es Zweifel an der Perspektive des Sozialismus, und die Schwierigkeiten in der Versorgung würden mit der Landwirtschaftspolitik der SED in Zusammenhang gebracht.²⁰³

In der folgenden Zeit entspannte sich dann die Situation, da es den Außenhandelsbetrieben der DDR offensichtlich gelang, zusätzliche Lebensmittelimporte zu realisieren.²⁰⁴ Diese Notkäufe beim „Klassengegner“ wirkten zwar einer weiteren Verschärfung entgegen, konnten aber nicht verhindern, daß Mangel, Schlangestehen und begrenzte Verfügbarkeit von Waren bei gleichzeitig ansteigendem Geldaufkommen der DDR-Bevölkerung 1962 zum Alltag gehörten und die Politik der SED in der Bevölkerung permanent in ein problematisches Licht rückten. Während in den Führungsgremien und den ihnen unterstellten Behörden fieberhaft daran gearbeitet wurde, die Lage zu verbessern, blieben die Diskussionen in der DDR-Bevölkerung davon unbeeindruckt. Die Landwirtschaftspolitik der SED wurde weiterhin für die Versorgungsmisere verantwortlich gemacht, und weite Teile der Bevölkerung betrachteten die Bundesrepublik als das erfolgreichere und „gesündere Modell“.²⁰⁵ Bis zum Ende des Jahres kam es zu keiner Beruhigung. Die Fleischproduktion in der Landwirtschaft blieb weit hinter den Plananforderungen zurück; es mußte erneut zu Zusatzimporten kommen, um eine halbwegs gesicherte Versorgung zu den Feiertagen 1962 zu ermöglichen.²⁰⁶ Den Bürgern der DDR konnte 1962 nur soviel Butter zur Verfügung gestellt werden wie 1958, unter den Bedingungen der Rationierung. Dies bedeutete eine massive Kürzung gegenüber den Vorjahren und konnte von der Bevölkerung nur als Einschränkung der Lebensqualität begriffen werden.²⁰⁷

202 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Genosse Mittag – Ergänzung unserer Information an das Sekretariat vom 14.8. über die Lage in der Versorgung bei den wichtigsten Nahrungsgütern –, 20.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 720, Bl. 142–143.

203 An die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros – Einschätzung der Berliner Versorgungslage in den wichtigsten Nahrungsgütern und zu Diskussionen, die in diesem Zusammenhang auftreten, 7.9.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 17, Bl. 233–240.

204 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Information über den Stand der Erfüllung des Beschlusses des Politbüros zur Sicherung der Versorgung mit Fleisch, Fisch und Eiern vom 21.8.1962 –, 11.9.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 22, Bl. 226/227; auch in: SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 720, Bl. 223/224.

205 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel und Versorgung – Bericht des Sekretariats des Zentralvorstandes der LDPD –, 27.9.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

206 Von G. Wittkowski an Genn. E. Baumann, Kandidatin des PB und Sekr. des ZK der SED – ungenügende Erfüllung der Pläne des staatlichen Abkommens bei Schlachtvieh –, 16.11.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 33, o. Bl.

207 Von W. Jarowinsky an E. Baumann – Versorgung mit den wichtigsten Waren bis zum Jahresende, 16.11.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 33, o. Bl.

Die Lage bei Fleisch war weiterhin so desolat, daß selbst die zusätzlichen Importe von Lebensmitteln nicht verhindern konnten, daß sich das Angebot zum Ende des Jahres erneut verschlechterte.²⁰⁸ Die Abteilung Handel und Versorgung des ZK gab deshalb zu bedenken, daß die Konzentration der Versorgung auf Industrieschwerpunkte zu ernst zu nehmenden Spannungen zwischen der dort lebenden Bevölkerung und dem Umland führen werde; dieser Weg der Sonderversorgung sei aus politischen Gründen nicht weiter zu verantworten.²⁰⁹ In verschiedenen Bezirken sei es zu Arbeitsniederlegungen gekommen; namentlich genannt werden die Bezirke Cottbus, Erfurt und Suhl. Betont wird, daß in diesen Regionen ein großer Teil der Arbeiterschaft in ländlichen Gebieten wohne. Gleichzeitig heißt es, daß in einigen Teilen der Republik inzwischen auch Geflügel in die Lenkungsmaßnahmen für Fleisch einbezogen wurde, und daß die Zuteilungsmengen für Fleisch- und Wurstwaren zwischen 200 und 400 g pro Woche in den verschiedenen Regionen der DDR schwankten. Besonders bemerkenswert erscheint, daß aufgrund der angespannten Versorgungslage nun mehr Menschen in Werksküchen aben. Dadurch habe sich das Kantinenessen zusätzlich verschlechtert. Es bestünde die Gefahr, daß selbst hier der Mangel einkehrte. Diese Verschärfung wurde darauf zurückgeführt, daß der Rückstand in der Fleischerzeugung sich seit Oktober noch vergrößert hatte.²¹⁰

Erstmals wurde in den Berichten jedoch auf Schuldzuweisungen an den „Gegner“ verzichtet; die Ursachen für diese Lage werden ausschließlich in der Entwicklung des Marktaufkommens der eigenen Landwirtschaft gesehen. Deshalb sollten Importe, die erst für das Jahr 1963 geplant waren, vorgezogen werden, die Rücklieferung in die reduzierte Staatsreserve nicht erfolgen, sondern sofort an den Verbraucher geliefert werden. Trotz dieser Versuche zur Eindämmung der Versorgungskrise wurde aus dem Bezirk Schwerin gemeldet, daß es in den besser versorgten Großstädten der DDR zu einem verstärkten Abkauf durch Anwohner aus dem unmittelbaren Umland gekommen sei. Das habe wiederum dazu geführt, daß die Versorgung in den Großstädten gefährdet sei und die Stimmung sich auch hier verschlechterte. Während die Berichterstatter einerseits die geringe Leistungsbereitschaft der Bevölkerung als eine weitere Ursache des mangelhaften Konsumangebots herausstellten, wiesen sie auch auf den Unmut über die privilegierte Versorgung von Wohnbereichen der Partei- und Staatsfunktionäre hin.²¹¹ Am Ende des Jahres 1962 hatte sich die Situation gegenüber 1961 eher noch verschlechtert als verbessert. Durch die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung konnte von einer wirklichen Beruhigung der gesellschaftlichen Situation nach dem Mauerbau keine Rede sein.

208 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Vorlage für das Politbüro – Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung bis Jahresende –, 19.11.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 17.

209 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Abt. Handel und Versorgung – Bezirksleitung Schwerin, 27.11.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/610, Nr. 37, o. Bl.

210 Information über die Entwicklung der Produktion und die Versorgung der Bevölkerung mit industriellen Konsumgütern, vor allem Textilien und Bekleidung, im Jahre 1962 und die sich daraus ergebenden Probleme für 1963, SAPMO-BArch, DY 30 IVA2/610, Nr. 186, o. Bl.

211 Ebd.

5. Neue Produktionsverhältnisse – alte Probleme in der Landwirtschaft

Die eigentliche Ursache für die Versorgungskrise der Jahre 1961/1962 lag in der vollständig kollektivierten Landwirtschaft der DDR. Auch hier trat keine unmittelbare Stabilisierung der Verhältnisse nach dem Mauerbau ein. Die Versorgungskrise verschärfte sich in der DDR, gerade weil die politisch erzwungenen Strukturveränderungen in der Landwirtschaft der SED zwar den politischen Zugriff auf diesen Sektor der Volkswirtschaft endgültig sicherte,²¹² die Staatspartei aber dennoch nicht imstande war, diese ausgebauten Machtstellung in eine kurzfristige Verbesserung der Agrarerzeugung umzusetzen. So war die Entwicklung der Agrarerträge der DDR-Landwirtschaft im Herbst 1961 nicht geeignet, das politisch gewollte Ziel der Ablösung von Lebensmittelimporten sicherzustellen. Die schon 1961 notwendigen Lebensmittelimporte stellten den Haushalt der DDR-Regierung vor erhebliche Probleme. In einer Gegenüberstellung von tatsächlich importierten Lebensmitteln und dafür möglichen Importen von technischen und anderen Konsumgütern wird deutlich, daß der kollektivierungsbedingte Produktionsrückgang in der Landwirtschaft dem Ziel des V. Parteitages entgegenstand, die Versorgung der Bevölkerung aus eigener Kraft zu bewerkstelligen, und eine Annäherung des Lebensstandards der DDR an den in Westdeutschland in weite Ferne rücken ließ.²¹³

Tabelle 4: 1961 in die DDR importierte Lebensmittel

Importierte Lebensmittel	in t
Butter (davon 20 % aus kapitalistischem Ausland)	51.200
Rindfleisch (davon 30 % aus kapitalistischem Ausland)	41.320
Schweinefleisch (davon 20 % aus kapitalistischem Ausland)	39.300
Gemüse	29.933

Quelle: DIA-Nahrung Abt. Märkte und Preise – Gegenüberstellung von Im- und Exportpreisen vom 30. Januar 1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 366, Bl. 221/222.

Nach Einschätzung der Abteilung Planung und Finanzen des ZK stand die Zunahme der staatlichen Zuschüsse für die Landwirtschaft ökonomisch in keinem vertretbaren Verhältnis zu den Produktionssteigerungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Während sich die staatlichen Zuschüsse in der Zeit von 1950–1960 auf das 18fache erhöhten, stieg die Produktion von Getreide im gleichen Zeitraum lediglich auf 151 %. Die Pflanzenproduktion blieb insgesamt sogar noch weiter zurück und lag 1960 nur bei 140 %.

212 Vgl. Olaf Zinke, Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungspolitisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik, Berlin 1999.

213 DIA-Nahrung Abt. Märkte und Preise – Gegenüberstellung von Im- und Exportpreisen vom 30.1.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 366, Bl. 221/222.

Tabelle 5: Staatliche Förderung für die LPG 1956–1961

	1956	1961
Fördermaßnahmen für LPG	91,3 Mio. DM	765,4 Mio. DM
Preisstützungen	2115,8 Mio. DM	4928,6 Mio. DM
Zuschüsse zur Sozialversicherung	79,8 Mio. DM	324,4 Mio. DM
Kreditzuschüsse	664,0 Mio. DM	1132,0 Mio. DM

Quelle: Hausmitteilung der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED an das Büro Dr. Mittag, vom 8. September 1962. SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2.2021, Nr. 713, Bl. 178.

Aus diesen Zahlen zog die Planungsabteilung den Schluß, daß die eingesetzten Mittel nicht mit dem größten ökonomischen Nutzen für die erreichte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verwendet worden waren und daß deshalb eine grundsätzliche Überprüfung der Agrarpolitik notwendig sei.²¹⁴ Zu einem solchen Offenbarungseid waren aber weder die verantwortlichen Funktionäre im DDR-Staatsapparat noch die Führung der SED bereit.

Und so deutete sich auch für 1962 keine Entspannung der Versorgungslage in der DDR an, im Gegenteil. Nicht allein die widrigen Witterungsbedingungen des zurückliegenden Jahres belasteten weiterhin die landwirtschaftlichen Erträge. Der Versuch, durch eine stärker leistungsorientierte Bezahlung die Einkommen der Genossenschaftsmitglieder an die ökonomische Effizienz in der Agrarproduktion zu binden, führte dazu, daß die bisher durch die DDR-Gesetzgebung begünstigten und aus dem Staatshaushalt alimentierten leistungsschwachen LPG nun Probleme mit ihren Mitgliedern bekamen. Viele traten aus, weil sie sich seit den neuen Regelungen nicht mehr in der Lage sahen, ein stabiles und ausreichendes Einkommen erwirtschaften zu können.²¹⁵ Aufgrund des ungewöhnlich harten Winters 1961/62 konnte auch die Winterbestellung erst mit zwei- bzw. dreiwöchiger Verspätung begonnen werden, und damit geriet die Futterversorgung der eigenen Viehbestände erneut in Gefahr. Eine Reihe von Genossenschaften hatte aus dieser Situation ihre eigenen Schlußfolgerungen gezogen: Sie vermieden es, ihre Tierbestände weiter zu vergrößern. Das mußte auf die Dauer zu erheblichen Einbußen bei Schlachtvieh führen.²¹⁶

Angesichts der anhaltenden Schwäche vieler LPG und der weiterhin vorherrschenden Unsicherheit unter den LPG-Bauern kam es in dieser Situation zu erheblichen Geldbewegungen auf den Konten von LPG-Mitgliedern, wie die Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED im April 1962 feststellen mußte. Offensichtlich waren die Bauern von der Befürchtung getrieben, ihre Sparguthaben bei den bäuerlichen Sparkassen seien dort vor dem Zugriff des Staates nicht mehr wirklich sicher und würden nun dazu benutzt, den finanzschwachen LPG aus ihren ökonomischen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Die Interpretation der Abteilung Landwirtschaft des ZK kann nur so gewertet werden, daß die Bauern mit ihren Befürchtungen nicht völlig unrecht hatten. In Reaktion auf diese bäuerlichen Vorsichtsmaßnahmen war

214 Hausmitteilung von Abt. Planung und Finanzen an Genosse Mittag – Übersicht über die Aufwendungen für die Landwirtschaft in den letzten Jahren im Vergleich zur Produktionsentwicklung – vom 8.9.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 713, Bl. 178–183.

215 Information über neue Austrittsercheinungen und Austrittserklärungen aus LPG vom 13.2.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 359, Bl. 287–289.

216 Brief von B. Leuschner an W. Ulbricht vom 21.3.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 46, Bl. 438/439.

nicht etwa vorgesehen, solche Panikreaktionen als unbegründet zu zerstreuen, sondern es sollte den LPG-Mitgliedern erklärt werden, warum es so wichtig für die Entwicklung der Genossenschaften sei, wenn auch das private Finanzvermögen ihrer Mitglieder als Investitionsmittel in die Gemeinschaftsbetriebe eingebracht würde.²¹⁷

Erneute Ausfälle in der Futtermittelerzeugung und die mangelnde Motivation der in der Viehwirtschaft beschäftigten LPG-Mitglieder führten dazu, daß die Milcherträge und damit das Butteraufkommen im Frühjahr 1962 nochmals stark zurückgingen. Ein Ausgleich durch Import von Butter war im notwendigen Umfang nicht zu sichern. Das führte zu der beschriebenen Verschlechterung bei der Versorgung der Bevölkerung mit Butter.²¹⁸ Ähnlich schwierig war die Situation bei Kartoffeln. Deshalb beschloß das Präsidium des Ministerrates, Bezugsberechtigungsscheine für Speisekartoffeln auszugeben.²¹⁹ Insgesamt war in der Pflanzenproduktion der DDR-Landwirtschaft der Rückstand gegenüber der Planung noch größer als in der Tierproduktion; aufgrund der Abhängigkeit von heimischen Futtermitteln mußte dies letztendlich erhebliche Einbußen auch in der Tierproduktion verursachen. Zurückzuführen waren die Rückstände in der Pflanzenproduktion auf den stark sanierungsbedürftigen Zustand der Lagergebäude in den Erfassungs- und Aufkaufbetrieben, die mangelhafte Ausstattung der neuen Genossenschaften mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und auf einen Mangel an Qualitätssaatgut, insbesondere aus dem Ausland. Auch die besonders hohen Verluste bei der Heuernte und bei Hackfrüchten wirkten sich negativ auf die Tierproduktion aus. Gleichzeitig war die landwirtschaftliche Nutzfläche zwischen 1955 und 1961 um rund 65.000 ha zurückgegangen. Das entsprach bei einem Durchschnittsertrag von 30 dt Getreideeinheiten pro Hektar einem rechnerischen Verlust von rund 200.000 t Getreideeinheiten. Aufgrund der beschriebenen Zustände war eine kurzfristige Veränderung, etwa die Selbstversorgung mit ausreichend Futtermitteln für die Tierproduktion, nicht zu erwarten.²²⁰

In Anbetracht dieser angespannten Situation in der Fleischerzeugung bedeutete jede auch nur geringfügige Verschlechterung der Futtermittellage eine ernste Gefährdung der Versorgungssituation der gesamten DDR. Und als ob dies nicht ausgereicht hätte, trat im Sommer 1962 in sieben Bezirken und 28 Kreisen der DDR die Maul- und Klauenseuche auf. Insgesamt waren davon 113 Gemeinden mit insgesamt 154 Tierbeständen betroffen. Das wiederum hatte zur Folge, daß das vorhandene Schlachtvieh, vor allem Schweine, nicht in vollem Umfang der Schlachtung zugeführt werden konnte.²²¹

Angesichts der anhaltenden Krise in der Landwirtschaft häuften sich im Sommer erneut die Austritte aus den LPG. Allein aus dem Bezirk Dresden wurden im Juli 1962 300–350 Austritte aus LPG des Typs 3 gemeldet. Dies beschränkte sich aber nicht nur auf Skeptiker

²¹⁷ Information an das Sekretariat des ZK über einige Probleme der Geldbewegung auf den Konten der bürgerlichen Bevölkerung, 6.4.1962, 2 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 359, Bl. 307/308.

²¹⁸ Information für die Koordinierungsgruppe über das voraussichtliche Milchaufkommen im Monat Mai im Zusammenhang mit Fragen der Butterversorgung, 27.4.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 630, Bl. 364–366.

²¹⁹ Vom Präsidium des Ministerrates – Beschuß zur Ausgabe von Bezugsberechtigungen für Speisefrühkartoffeln vom 21.6.1962 – vertrauliche Dienstsache –, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 46, Bl. 332/333.

²²⁰ Stellungnahme zum Vorschlag der Staatlichen Plankommission über die Entwicklung der Landwirtschaft bis 1965 vom 21.5.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/7, Nr. 6, Bl. 570–575.

²²¹ Information über die Lage bei Maul- und Klauenseuche am 26.6.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 80, Bl. 130–133.

oder gegenüber der SED zurückhaltend eingestellte Bauern; es kam auch vor, daß Mitglieder der SED die LPG in ihrem Ort verließen.²²² Solche Turbulenzen in der Mitgliedschaft konnten sicherlich nicht dazu beitragen, die angespannte Lage in der Tierproduktion auf kurze Sicht zu verbessern. Aufgrund dieser Entwicklung sah sich die SED nicht nur „negativer“ und „feindlicher Auffassung“ in der Bevölkerung gegenüber, welche die erheblichen Versorgungsschwierigkeiten immer noch in direkten Zusammenhang mit der Bildung der LPG brachte. In verschiedenen LPG wurde verstärkt die Landwirtschaftspolitik der SED kritisiert: die Schwierigkeiten in der DDR-Landwirtschaft würden erst aufhören, wenn man den Bauern die Möglichkeit gäbe, wieder in selbständigen Betrieben zu arbeiten. Dabei wurde auf die Rücknahme der Kollektivierung in der polnischen Landwirtschaft verwiesen und gefordert, den Druck auf die landwirtschaftlichen Erzeuger rückgängig zu machen, dann werde die Produktion sich auch wieder in geregelten Bahnen bewegen.²²³

Wie bereits 1960, schienen solche Stimmen für die SED sehr wohl beachtenswerte Warnsignale zu sein, jedoch auch im Jahr 1962 kein Grund für eine grundlegende Kurskorrektur. Statt dessen veranlaßte das Politbüro der SED im August 1962, die anhaltenden Ausfälle im Aufkommen von Schlachtvieh durch massive Einkäufe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Ausland auszugleichen und die für Krisenfälle angelegte Staatsreserve aus den zentralen Kühlhäusern erneut ausliefern zu lassen.²²⁴ Das Jahr 1962 erbrachte in der DDR-Landwirtschaft – was Fleisch anbelangte – die schlechtesten Erträge seit 1958. Obwohl selbst die Planvorgabe für 1962 noch unter dem erreichten Stand des Jahres 1958 lag, konnte selbst dieser nicht erreicht werden. Die Steigerung bei Schlachtrindern und Schlachtgeflügel konnten die weiterhin überproportionalen Verluste aus der Schweinefleischerzeugung bei weitem nicht ausgleichen. Mehr und mehr landwirtschaftliche Betriebe boten ihr Vieh zum Verkauf an, da sie es nicht weiter unterhalten konnten. Dies erbrachte zwar kurzfristig eine Verbesserung des Fleischangebotes für die Bevölkerung, sollte sich aber langfristig nachhaltig negativ auf die Entwicklung der Viehbestände in der gesamten DDR-Landwirtschaft auswirken. Der Futtermangel sollte vorerst durch Transaktionen des Außenhandels behoben werden, und auf lange Sicht sollte die Landwirtschaft sich stärker auf den Anbau von Futtermitteln in intensiven Fruchtfolgen konzentrieren.²²⁵

Da die Tierproduktion aber zu den Haupteinnahmequellen der LPG gehörte, hielt der Trend der Austritte aus den LPG auch über das Ende des Jahres 1962 weiter an.²²⁶ Anfang Januar 1963 erhielt das ZK eine Reihe von Meldungen über Austrittserklärungen in den Bezirken Frankfurt/Oder, Neubrandenburg, Potsdam und Magdeburg. Die aus den LPG ausgetretenen Bauern sahen aufgrund der schlechten Entwicklung des Jahres 1962 für sich

222 Von Abt. Parteiorgane an Gen. Grüneberg – Austritte aus der LPG –, 18.7.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 5, Bl. 83.

223 Information von Abteilung Parteiorgane an Landwirtschaft vom 16.8.1962 – negative Auffassungen –, 2 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 359, Bl. 187/188.

224 Vorlage für das Politbüro des ZK der SED – außerordentliche Maßnahmen zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung, 18.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 46, Bl. 271–291.

225 Zur Entwicklung der tierischen Produktion, 20.10.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 3, Bl. 319–326.

226 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Gen. Grüneberg – LPG Austritte in Potsdam –, 17.11.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 5, Bl. 132. Einschätzung der Ursachen und Austrittserscheinungen aus LPG Typ III, 30.11.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 359, Bl. 223–241. Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane an Gen. Grüneberg – LPG-Austritte –, vom 27.12.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2023, Nr. 5, Bl. 157.

nach wie vor keine ökonomische Perspektive in diesen Betrieben. Obwohl es 1962 zu einer leichten Verbesserung der Ertragslage der LPG gekommen war, wirkten die Einbrüche des Jahres 1961 noch nach, so daß es keine deutliche Verbesserung der Einkommen der LPG-Mitglieder gab. Da sich durch eine Reduzierung der Hauswirtschaft die wirtschaftliche Lage besonders von kinderreichen Familien zuspitzte und die LPG ihnen kein Auskommen sichern konnten, waren eine Reihe von ehemaligen Land- und Industriearbeitern nicht bereit, weiterhin in den LPG mitzuarbeiten. Auch sahen sie in der Industrie für sich bessere Verdienstmöglichkeiten, günstigere und besonders geregeltere Arbeitszeiten und eine bessere soziale Betreuung.²²⁷

Den Grund für den Leistungsrückgang der DDR-Viehwirtschaft im Jahr 1962 sah die Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED in der vielfach anzutreffenden „Unordnung und Schlamperei“ in den Viehställen. Die daraus resultierenden hohen Tierverluste waren der Hauptgrund für die schlechten Ergebnisse bei Milch, Schweinefleisch und Eiern. Das Milchaufkommen von 1961 war gleichzeitig das höchste in der DDR seit dem Ende des Krieges. Während 1961 noch 4.952 t Milch erzeugt wurden, fiel das Ergebnis 1962 auf 4.630 t zurück. Bei Schweinefleisch lag das höchste Aufkommen mit 693.000 t im Jahr 1958, während 1962 lediglich 548.000 t erbracht wurden. Das Futtermittelproblem – die Erzeugung stagnierte seit 1957 – und die vermehrte Schlachtung der Viehbestände waren der Grund, daß um die Zukunft der Tierbestände gefürchtet werden mußte.²²⁸

Unter diesen Umständen war die SED-Führung im Jahre 1962 nicht nur an ihren Planzielen in der Agrarproduktion gescheitert, sondern sie hatte auch erhebliche Schwierigkeiten, ihren politischen Einfluß über einen Ausbau der Parteimitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Produktion selbst zu vergrößern. Im März 1963 wurde in einer internen Analyse für das Sekretariat des ZK festgestellt, daß unter den über 140.000 Mitgliedern und Kandidaten der SED im Bereich der Landwirtschaft nur ca. 100.000 Mitglieder der LPG waren. Die anderen 41.000 SED-Genossen auf dem Lande waren Lehrer, Bürgermeister und Rentner, die alle nicht zu den LPG gehörten. Auch verteilte sich die Mitgliedschaft in der SED auf die verschiedenartigen Typen von LPG sehr unterschiedlich. So betrug der Anteil der Parteimitglieder und Kandidaten an den Mitgliedern der LPG beim Typ 3 14,6 % und bei den LPG Typ 1 und 2 nur 3,1 %. Noch deutlicher war der Unterschied gegenüber den volkseigenen Gütern. Dort waren 19,8 % der Beschäftigten SED-Mitglieder und in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) sogar 23,4 %. Die gärtnerischen Produktionsgenossenschaften (GPG) hatten 6,8 % SED-Mitglieder in der Belegschaft. Gravierender war für die SED-Funktionäre aber, daß in 7.493 LPG des Typs 1 keine eigene Parteiorganisation bzw. Kandidatengruppe vorhanden war und mehr als 4.000 LPG des Typs 1 überhaupt noch ohne sogenannten direkten Parteieinfluß waren. Gemeint war damit, daß in ihnen kein einziger LPG-Bauer Mitglied oder Kandidat der SED war. Darüber hinaus erwies sich das Werben um neue Parteimitglieder unter den Genossenschaftsbauern als eine sehr schwierige Arbeit; die Zahl der Neuaufnahmen von Kandidaten der SED im Bereich der LPG war leicht rückläufig. Während es 1961 noch gelungen war, 8.125 Kandidaten für die Staatspartei zu gewinnen, waren es 1962 nur noch 6.060. Der hieraus abgeleitete geringe politische Einfluß der SED in einer größeren Anzahl von LPG des Typ 1 galt den Berichterstattern auch als

²²⁷ Information über Austrittserklärungen in LPG Typ III, 3.1.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 6, Bl. 70–75.

²²⁸ Konzeption über die Hauptfragen der Entwicklung der Viehwirtschaft, die sich aus den Aufgaben ergeben, die der VI. Parteitag gestellt hat, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 201, o. Bl.

Grund für die dort ausgemachte Abneigung, die Produktion noch weiter zu konzentrieren und sich mit anderen Genossenschaften zu einer LPG des als fortschrittlicher angesehenen Typ 3 zusammenzuschließen. Als Hauptargument führten die Bauern an, daß bereits der Zusammenschluß zum Typ 1 in den letzten Jahren zu Produktionsverlusten geführt hätte; deshalb befürchteten sie nun, der Übergang zu Typ 3 würde ebenfalls einen rapiden Produktionsrückgang zur Folge haben.²²⁹ Von politischer wie wirtschaftlicher Stabilität in der DDR nach dem Mauerbau konnte unter diesen Umständen kaum die Rede sein. Was den SED-Staat vor weiteren Erschütterungen wie 1960/61 bewahrte, war dann letztlich wieder die Mauer selbst, die die DDR-Bevölkerung zum Arrangement mit den Verhältnissen zwang.

6. Nach der Krise kommt die Angst vor der Krise

Nach Jahren wilder politischer Kampagnen in der Landwirtschaft wie in der übrigen Gesellschaft, sich anschließenden galoppierenden Versorgungskrisen und dem daraus folgenden Katastrophenmanagement sah sich die SED-Führung 1963 vor die Aufgabe gestellt, ihre Ziele in der weiteren Gesellschaftspolitik erneut zu überprüfen und Wege einzuschlagen, die es ihr ermöglichen, einerseits die steigenden Ansprüche der eigenen Bevölkerung zu befriedigen und andererseits ihren politischen Herrschaftsanspruch in der DDR abzusichern.²³⁰ Als einen solchen Neuansatz kann ohne Zweifel der VI. Parteitag der SED (Januar 1963) mit der von ihm ausgehenden Revision der Vorstellungen vom großen Sprung in den Kommunismus, wie sie auf dem V. Parteitag noch vertreten worden waren, angesehen werden. Auf programmatischer Ebene wurden die hochgesteckten Ziele des V. Parteitages relativiert; es war keine Rede mehr davon, daß in kürzester Zeit der Kommunismus erreicht werden sollte, andererseits leitete der VI. Parteitag innerhalb des Systems Reformen ein, die in ihrer Gesamtheit von wirtschaftlichen Maßnahmen als „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL oder auch NÖS) bezeichnet wurden.²³¹ Bezuglich der Landwirtschaft wurde auf diesem Parteitag angewiesen, die technischen Schwierigkeiten in den entstandenen Großbetrieben durch den Übergang zur industriellen Produktion zu überwinden und somit die Voraussetzungen zu schaffen, die DDR-Bevölkerung wieder ausreichend aus eigener Produktion mit Lebensmitteln zu versorgen.²³² Vor dem bisher geschilderten Hintergrund wird deutlich, daß die im Januar 1963 auf dem VI. Parteitag der SED beschlossene Orientierung auf industrielle Produktionsmethoden in der DDR-Landwirtschaft nicht ausschließlich eine utopische Gesellschaftsvorstellung verkörperte. Die Direktive war ebenso sehr eine pragmatische Reaktion auf die von der Staatspartei verursachte Versorgungskrise der zurückliegenden Jahre.

229 Analyse über den Stand der Entwicklung der Parteiorganisationen in den LPG, VEG, MTS/RTS und agrarwissenschaftlichen Einrichtungen – mit Schlußfolgerungen, 28.3.1963, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. 873, Bl. 19–35.

230 Andre Steiner, Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR, in: Schildt u. a. (Hg.), Dynamische Zeiten, S. 218–247.

231 Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan, Von der Mauer 1961 bis zur Wende 1989, in: Andreas Herbst u. a. (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 59f.

232 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, Bd. IV, Berlin (O) 1963, S. 349f.

Die neuen Orientierungen hatten anfangs jedoch kaum Auswirkungen auf die Versorgungslage in der DDR selbst. Es wurden Veränderungen in den administrativen Strukturen vorgenommen. Eine der bemerkenswertesten Änderungen war die Tatsache, daß im Frühjahr 1963 eine sogenannte Versorgungskommission gegründet wurde. Ihre Mitglieder bestanden aus Mitarbeitern der verschiedenen Fachministerien, und sie beschäftigten sich mit Fragen der Konsumgüter- und Lebensmittelproduktion sowie des Handels. Der Versorgungskommission stand Grete Wittkowski²³³ vor, stellvertretende Vorsitzende des DDR-Ministerrates, verantwortlich für Handel und Versorgung.²³⁴

Auch im ZK wurde nun anerkannt, daß die aus dem Jahre 1962 stammenden Probleme nicht allein mit mangelndem politischen Bewußtsein der Leitungskader zu tun hatten. Die Abteilung Handel und Versorgung und die Abteilung Planung und Finanzen stellten gemeinsam fest, daß im Handel die schwierigen Verhältnisse von 1962 in den ersten Monaten des Jahres 1963 fortbestanden. Damit war gemeint, daß bei Industriewaren der Umsatz weiter rückläufig blieb, während es gleichzeitig bei Warengruppen des sogenannten täglichen Bedarfs – Lebensmittel und Massenverbrauchsgüter – zu einem permanenten Qualitätsmangel und erheblichen Lücken im Sortiment kam. Dies bedeutet aber nicht, daß zu wenig Industriewaren produziert wurden, sondern daß die Bevölkerung nicht bereit war, das Angebot an Industriewaren, wie es zur Verfügung stand, einfach abzukaufen. Auf diese Weise wurden große Lagerflächen blockiert, 1962 waren bereits 15–20 % der gesamten Lagerflächen allein durch unverkäufliche Überplanbestände und andere nicht absetzbare Waren blockiert. Offiziell wurde als Ursache für diese Entwicklung der kurzzeitige Rückgang der Geldeinnahmen vor allem der Bezieher von kleinen Einkommen und von Sozialleistungen sowie die in verschiedenen Bereichen eingetretenen Preiserhöhungen und Preisregulierungen angeführt. Zusätzlich hieß es, es sei 1962 und im I. Quartal 1963 nicht gelungen, durch Veränderungen in der Planung und Leitung der Konsumgüterproduktion und des Handels die veränderten Marktbedingungen zu berücksichtigen. De facto wurde weiterhin an der Nachfrage vorbei produziert; dies führte zu einem weiteren Anstieg der nicht absetzbaren Güter und zu erheblichen Lücken im Angebot fast aller Warengruppen. Zudem wurde mit einer gewissen Verärgerung festgestellt, daß die Werbung für neue Produkte aus der eigenen Produktion dazu führte, daß die Nachfrage nach den Produktvorgängern nachließ. Gleichzeitig entstand in der Bevölkerung weiterer Unmut darüber, daß die umworbenen Produkte nicht in ausreichender Anzahl im Handel erhältlich waren.²³⁵

233 Grete Wittkowski (1910–1974) hatte vor 1933 Nationalökonomie in Berlin studiert und 1934 in der Schweiz promoviert. Sie ging 1933 in die Emigration und in den kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime. Nach Kriegsende kehrte sie 1945 aus Großbritannien nach Deutschland zurück und wurde 1946 Mitglied der SED, in dessen ZK sie 1954 aufstieg. Sie galt als energisch und sachverständig in Wirtschaftsfragen, was sie von vielen hohen Partefunktionären unterschied und ihr 1958 den in der SED gefährlichen Vorwurf des Managertums einbrachte. Sie bekleidete höchste staatliche Funktionen in der DDR, im Ministerrat und der SPK und war von 1967 bis zu ihrem Tod Präsidentin der Staatsbank der DDR.

234 Protokoll Nr. 1/63 über die Beratung der Kommission für Fragen der Versorgung der Bevölkerung am 8.4.1963, SAPMO-BArch, DY 42, 25/690, Nr. 7106, o. Bl.

235 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel und Abt. Planung und Finanzen – Information für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros zu einigen grundsätzlichen ökonomischen Problemen der Versorgung –, 26.4.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IVA2/610, Nr. 186, o. Bl.; Auch in: SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 720, Bl. 51–58.

Während es im I. Quartal des Jahres 1963 gelang, die Lebensmittelversorgung durch weitere Zusatzimporte zu stabilisieren, sah sich die Abteilung Handel und Versorgung bereits im Mai 1963 gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die Fleischversorgung wie auch die Versorgung mit anderen Lebensmitteln sich im II. Quartal erneut verschlechtere.²³⁶ Aus der in Sachen Versorgung privilegierten Hauptstadt der DDR trafen Meldungen ein, daß sich in der Zeit um die Osterfeiertage und den nachfolgenden Wochen Schlangen vor den Fleischereien bildeten. In der Bevölkerung führe dies wiederholt zu „ernsten Diskussionen“ über die ungenügende Versorgung.²³⁷ Aufgrund der günstigen Witterungsbedingungen des Jahres 1963 hoffte man in den Führungsetagen der DDR-Ministerien, daß sich die Versorgungslage im zweiten Halbjahr 1963 wieder entspannen würde. Aufwendige Außenhandelstransaktionen, wie sie zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung in der zurückliegenden Zeit vorgenommen worden waren, wären aufgrund der mangelnden Devisenrentabilität der DDR-Exporte auch kaum wiederholbar gewesen.²³⁸

Mit dem verstärkten Bemühen der DDR-Führung, die Lebensmittelversorgung zu zentralisieren, wurden aber die vorhandenen infrastrukturellen Defizite des Versorgungssystems in der DDR um so deutlicher. So stellte man in der Abteilung Leicht- und Lebensmittelindustrie des ZK der SED fest, daß die großen Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nicht allein in dem zu geringen Aufkommen von Schlachtvieh aus der DDR-Landwirtschaft lagen. Die Kühl- und Lagerwirtschaft der DDR bewältigte nur unter größten Schwierigkeiten die zentralisierte Ablieferung von Vieh, immer wieder kam es dabei zu bedeutenden Verlusten.²³⁹ Der zunehmende Druck auf die Erzeuger in der DDR-Landwirtschaft hatte zwar zu höheren Ablieferungen von Schlachtvieh geführt; die Kühlhäuser waren jedoch überfordert.²⁴⁰ Dies führte dazu, daß 1963 per Ministerratsbeschuß die Kühl- und Lagerordnung für diesen Bereich außer Kraft gesetzt wurde. Man war nun dazu übergegangen, die Aufbewahrung von Fleisch und Butter zum Teil in Leichtkühlflächen und Konserven, Käse und Schmalz in ungekühlten Räumen zu verlagern. Zusätzlich wurden auch die Gänge in den Kühlräumen mit Waren belegt. Dies führte zu bedeutenden Verlusten bei Fleisch, Butter, Eiern und Käse. Die Abteilung Leicht- und Lebensmittelindustrie beiferte diese Einbußen auf mehrere 100.000 Mark, also Ausfälle von mehr als 100 t Fleisch. Gleichermaßen gilt für Butter, wo die Verluste ca. 20 % des eingelagerten Bestandes an Markenbutter betrugen. In einer Vorausschau auf das zweite Halbjahr 1963 ging man sogar davon aus, daß sich durch die Zusatzimporte von Fleisch aus der Sowjetunion und das verstärkte Eigenaufkommen an Schlachtvieh die „Kühlflächenbilanz“ weiter verschlechtern würde. Die bisher getroffenen Maßnahmen zur Erweiterung der Kühl- und Lagerflächen reichten

236 Information zur Fleischversorgung, 28.5.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 720, Bl. 156/157.

237 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Genosse Mittag – Diskussion über Mängel in der Versorgung mit Nahrungsmitteln und einigen Konsumgütern –, 1.6.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 720, Bl. 158–162.

238 Aktennotiz über die Sitzung der Versorgungskommission beim Ministerrat vom 20.6.1963, 27.6.1963, SAPMO-BArch, DY 42, 25/690, Nr. 7106, o. Bl.

239 Hausmitteilung von Abt. Leicht- u. Lebensmittelindustrie an Genosse Pöschel – Information über die gegenwärtige Situation in der Kühl- und Lagerwirtschaft, 13.8.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 712, Bl. 64–67.

240 Schreiben vom Büro für Industrie und Bauwesen an Genosse Apel – Information über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen gegenwärtig fehlender Kühl- und Lagerkapazitäten –, 22.8.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 712, Bl. 68.

nicht aus, um die Entwicklung aufzuhalten. Eine volkswirtschaftlich spürbare Veränderung dieser Situation sei vielmehr erst für die Jahre 1965 und 1966 zu erwarten.²⁴¹ Dennoch waren dies Anzeichen einer Entspannung, denn nicht mehr die stagnierende oder rückläufige Erzeugung in der Landwirtschaft erschien jetzt als das Kardinalproblem der Versorgungspolitik, sondern die Dislozierung der Produktion in der zentralisierten Planwirtschaft.

Auch die Futterversorgung der anwachsenden Viehbestände blieb weiterhin ein Engpaß. Diese Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es zu dieser Zeit noch schwerwiegende Probleme mit der Arbeitseinstellung und Leistungsmotivation der Genossenschaftsbauern, insbesondere in der Tierzucht und Tierproduktion, gab. Die günstigen Voraussetzungen, d. h. das zunehmende Schlachtviehaufkommen, wurden durch die erheblichen Tierverluste aufgrund schlechter Pflege relativiert. 1963 wurde darüber hinaus auch ein erhebliches Defizit an Bauinvestitionen auf dem Lande erkennbar. Große Schwierigkeiten bereitete eine ordnungsgemäße Unterbringung des wachsenden Viehbestandes.²⁴²

Was die Fleischerzeugung in der DDR-Landwirtschaft betraf, so war es nach Einschätzung der ZK-Abteilung Landwirtschaft 1963 gelungen, die Bestände an schlachtreifem Vieh erheblich zu erhöhen, so daß die Möglichkeit einer stabilen Versorgung der Bevölkerung aus eigener Produktion zum mindesten theoretisch bestand.²⁴³ Um das durch die Kollektivierung verlorengegangene Eigentümerinteresse der Bauern zu ersetzen, bemühte man sich, ein System von Leistungsanreizen in der jetzt sozialistischen Landwirtschaft zu entwickeln. Für die LPG wurden Ziel- und Qualitätsprämien für die einzelnen Etappen der Bodenbearbeitung eingeführt. Ähnliche Formen der Leistungsbezahlung gab es auch in der Tierproduktion. Innerhalb dieses Systems kam es jedoch zu sogenannten leistungshemmenden Faktoren. Prämienzahlungen erhielten nämlich alle LPG-Mitglieder, unabhängig davon, ob sie auf dem Feld oder in den Ställen beschäftigt waren oder im Büro Verwaltungsaufgaben erledigten. Auch wurden durch das Prämien system vor allen Dingen die LPG bevorzugt, die in den Jahren zuvor als wirtschaftsschwach gegolten hatten. Da die Pläne für das laufende Jahr immer auf den Ergebnissen der Vorjahre beruhten, war es den wirtschaftsschwachen LPG auf diesem Weg ziemlich einfach möglich, die Planauflagen zu überbieten und für ihre Mitglieder zusätzliche Prämien zu akquirieren.²⁴⁴

Die gewählten Formen der „materiellen Interessiertheit“ fanden in der Landbevölkerung allerdings kein durchgängig positives Echo. Zum Beispiel wurde kritisiert, daß die Mittel aus der Planübererfüllung nicht wieder direkt in die Kollektivwirtschaften investiert wurden, um deren Leistungsfähigkeit zu verbessern. Bauern äußerten Zweifel an der Nachhaltigkeit dieser Prämienzahlungen, keiner von ihnen wisse, wo das Geld eigentlich herkäme und ob die Regelungen im nächsten Jahr nicht wieder zurückgenommen würden. In diesem Zusammenhang wurde das Prämien system von einigen Bauern auch „staatliches Antreibersystem“ genannt. In einem Bericht heißt es, daß Prämien und Wettbewerb letztendlich nur

241 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Genosse Mittag – Schwierigkeiten bei der Einlagerung von Fleisch in die Kühlhäuser –, 28.9.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 720.

242 Probleme zum Plan 1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 3, o. Bl.

243 Vermerk über Fragen der Fleischproduktion und der Fleischversorgung 1963/64, 21.12.1963, 4 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/7, Nr. 174, o. Bl.

244 Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED – Einige Probleme der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in der Landwirtschaft im Verhältnis zu den ökonomischen Ergebnissen in der Frühjahrsbestellung und der Erfüllung des Planes tierischer Erzeugnisse zur Versorgung der Bevölkerung, 7.5.1963, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3, Nr. A 956, o. Bl.

Konkurrenz in den Genossenschaften erzeugten und deshalb „böses Blut und Unruhe“ unter den LPG-Bauern hervorriefen. In einer Vielzahl von LPG seien, insbesondere was die Futterbereitstellung anginge, die Voraussetzungen noch gar nicht gegeben, um hohe Fleischüberschüsse zu erzeugen.²⁴⁵ Solche Kritiken waren jedoch auch ein Zeichen dafür, daß sich die Landbevölkerung in der DDR begann, sich in den Verhältnissen einzurichten, indem sie nicht mehr abwartend auf grundsätzliche Veränderung hoffte, sondern das alltägliche Leben verbessern wollte.²⁴⁶

Trotz der erwähnten praktischen Einwände gelang es den Fleischproduzenten der DDR 1963, ihre Lieferungen an Schlachtvieh gegenüber dem Katastrophenjahr 1962 deutlich zu steigern und Ergebnisse zu erreichen, die annähernd wieder dem Durchschnitt der vorhergehenden Jahre entsprachen. Durch die starke Konzentration der Abnahmebetriebe und die Orientierung auf Planerfüllungstermine kam es 1963 bei steigenden Produktionszahlen zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Abnahme von landwirtschaftlichen Produkten.²⁴⁷ Die Erfassungs- und Aufkaufbetriebe waren jedoch weiterhin nicht in der Lage, die gesamte Erzeugung innerhalb eines kurzen Zeitraumes abzunehmen und dem Handel zur Verfügung zu stellen, was wiederum zu erheblichen Verlusten führte.²⁴⁸ Insgesamt stellte aber gerade das Jahr 1963 für die DDR-Landwirtschaft einen bedeutenden Fortschritt dar. Auch wenn es vereinzelt zu Schwierigkeiten in der Erzeugung kam, wurden – über das Jahr gesehen – die Pläne erfüllt. Die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung verlagerten sich jetzt von der Erzeugung²⁴⁹ in die Lagerung sowie Verarbeitung der Produkte.

In einer Situation, in der sich die Landwirtschaft langsam zu stabilisieren schien und die SED-Führung dazu überging, sich den strukturellen Problemen der Staatsplanwirtschaft mittels Reformen anzunehmen bzw. sich bemühte, diese zu bewältigen, kamen immer neue Schwierigkeiten auf die DDR-Wirtschaft bzw. auf die Führung der DDR in Fragen des Handels und der Versorgung der Bevölkerung zu. Ende 1963 traten Fragen der Lebensmittelversorgung trotz der genannten Probleme in den Hintergrund, und wieder bekamen Fragen der Konsumgüterproduktion einen höheren Stellenwert. Das unzureichende Sortiment an Textilien und technischen Konsumgütern beschäftigte die Leitung des Ministeriums für Handel und Versorgung und die zuständige Kommission für Fragen der Versorgung nun mehr und mehr.²⁵⁰ Als Hauptproblem scheint sich herausgestellt zu haben, daß innerhalb der Struktur des staatssozialistischen Planungssystems besonders Textil- und Haushaltsgeräte-

245 Vorlage für das Büro für Landwirtschaft der Bezirksleitung Potsdam – Differenzierte Einschätzung über die politisch-ideologische Situation unter der Landbevölkerung vom 10.8.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 402, Bl. 327–346.

246 Antonia Maria Humm, *Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR von 1952 bis 1969 mit vergleichenden Aspekten zur Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 1999.

247 Information über Schwierigkeiten bei der Abnahme landwirtschaftlicher Produkte, 12.7.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 51, o. Bl.

248 Brief vom Staatssekretär Koch an Vorsitzenden des SPK Gen. Dr. Apel, 3.9.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 20, o. Bl.

249 Vom Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates beim Ministerrat der DDR, vom Leiter des Büros für Landwirtschaft beim Politbüro des ZK der SED und vom Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf ein Brief an Genosse W. Ulbricht, – Erfüllung des Staatsplanes in der Landwirtschaft im Jahre 1963 –, 31.12.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 51, o. Bl.

250 Beratung der Kommission für Fragen der Versorgung beim Präsidium des Ministerrates am Dienstag, dem 12.11.1963, 12.11.1963, SAPMO-BArch, DY 42, 25/690, Nr. 7106, o. Bl.

hersteller Waren produzierten, die in keinem Zusammenhang zum Bedarf der Endverbraucher standen und deshalb als nicht absetzbare Lagerbestände endeten.²⁵¹ Dies konnte durch Kontrollen zwar gerügt werden und ließ sich auf das Fehlverhalten einzelner Leiter zurückführen. Das Problem selbst wurde jedoch nicht gelöst.²⁵²

Die eigentliche Gefährdung für die Versorgungspolitik in der DDR kam jedoch von ganz unerwarteter Seite. Trotz der zurückliegenden Problemlagen wurde die Zielstellung, die eigene Bevölkerung weitgehend aus eigener Agrarproduktion versorgen zu können, auch im Jahr 1964 nicht von der SED-Führung aufgegeben, obwohl nach wie vor ein nicht unerheblicher Anteil des Nahrungsgüterangebotes in der DDR durch Importe aus dem westlichen wie östlichen Ausland kam. Insbesondere die Importe aus der Sowjetunion stellten für die DDR eine permanente Notreserve dar. In der Führung der KPdSU war man jedoch Anfang 1964 zu dem Schluß gekommen, daß es angesichts der schwierigen Versorgungssituation im eigenen Land an der Zeit sei, die massive Unterstützung der DDR, wenn nicht vollständig, so doch teilweise rückgängig zu machen.²⁵³

Tabelle 6: Von der KPdSU angekündigte Veränderungen bei der Lieferung von Lebensmitteln aus der Sowjetunion in die DDR

	Geliefert 1963 in kt	Alter Plan 1964 in kt	Neuer Plan 1964 in kt	Alter Plan 1965 in kt	Neuer Plan 1965 in kt
Getreide	1577	1600	1200	1600	1200
Fleisch	70	70	42	70	20
Butter	42	42	20	42	20
Wolle	16,5	19,4	17,2	19,4	17,2

Quelle: SPK-Material zur Veränderung der Lieferung aus der SU, o. D., BArch, DE 1, VA Nr. 56298, Bl. 21.

Angesichts der Versorgungsschwierigkeiten der zurückliegenden Jahre stand die Führung der SED diesem sowjetischen Ansinnen besonders sensibilisiert gegenüber. Die Forderung der KPdSU-Führung löste im SED-Politbüro und in den ihm unterstellten Behörden erhebliche Unruhe aus. Erste Berechnungen ergaben, daß die fraglichen Warenlieferungen einen Wert von 650 Mio. „Valutamark“ darstellten. Hinzu kamen Ausfälle von Lieferungen aus den anderen sozialistischen Staaten in einem Umfang von 60 Mio. „Valutamark“. Deshalb schlug das Büro für Wirtschaftsfragen beim Politbüro der SED einen Katalog von Maßnahmen vor, um die Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung der DDR mit landwirtschaftlichen Gütern in den Jahren 1964 und 1965 stabil zu halten. Im einzelnen wurden zusätzliche Importe von Düngemitteln, hochwertigen Futtermitteln und Ausrüstungen aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet vorgeschlagen. Die Ausfälle an Brot, Getreide, Butter und Textilrohstoffen sollten ebenfalls durch Importe aus dem kapitalistischen

251 Beschuß über die Bildung von Kommissionen beim Ministerrat bzw. seinem Präsidium vom 15.11.1963, SAPMO-BArch, DY 42, 25/828, Nr. 7360, o. Bl.

252 Vom Komitee der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion – Zusammengefaßtes Ergebnis zur Kontrollaufgabe „Verhinderung der Produktion von Waren, für die kein Bedarf besteht“ –, 2.12.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2032, Nr. 44, o. Bl.

253 Brief an das ZK der SED, 6. Exemplar, 12.2.1964, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/202, Nr. 41, o. Bl.

254 Brief von E. Apel an W. Ulbricht vom 19.2.1964, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/202, Nr. 41, o. Bl.

Wirtschaftsgebiet kompensiert werden. Zusätzliche Investitionen in der Landwirtschaft, in der chemischen Industrie und in anderen Zweigen sollten es auf lange Sicht ermöglichen, die Lebensmittelimporte durch Eigenproduktion abzulösen. Dies entsprach nach internen Berechnungen für die Jahre 1964 und 1965 einem Finanzbedarf von rund 800 Mio. „Volutamark“.²⁵⁵

Die Führung der SED und, in ihrem Auftrag, die Regierung der DDR bemühten sich 1964 darum, die Folgen der von der Sowjetunion angekündigten Reduzierung der Lebensmittellieferungen für die eigene Volkswirtschaft und die DDR-Bevölkerung möglichst gering zu halten. Obwohl die Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung mit dem Ziel geführt wurden, doch noch eine höhere Belieferung mit Lebensmitteln aus der Sowjetunion zu erreichen, wurden gleichzeitig Maßnahmen ergriffen, die verhindern sollten, daß es bei einem Scheitern der Verhandlungen erneut zu einer Versorgungskrise kommen würde. Insbesondere bei Fleisch wurde erstens gefordert, die Planziele für Schlachtvieh für die Jahre 1964 und 1965 jeweils nach oben zu korrigieren. Zweitens sollten die Fleischimporte vorübergehend stärker als bisher Importe aus dem „nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ sein. Darüber hinaus sollten Maßnahmen ergriffen werden, die die DDR auf längere Sicht wieder von Fleischimporten unabhängig machen sollten. Dazu gehörte der geplante Import von Produktionsanlagen und Technologie für eine industrielle Fleischproduktion.²⁵⁶

Bei der Fleischproduktion selbst sollte der Aufbau eigener Mastviehkapazitäten auf drei Ebenen erfolgen:

- Aufbau von beispielgebenden Typenanlagen zur industrieläßigen Fleischerzeugung in „fortgeschrittenen volkseigenen Gütern und LPG“,
- Entwurf von Muster- und Experimentalbauten zur Schaffung neuer Technologien, Kapazitäten, Bauten und technischer Lösungen, die später dann als Typenprojekte in den spezialisierten LPG eingeführt werden sollten,
- Errichtung von Großanlagen für die industrielle Produktion zur Versorgung der Bevölkerung mit Frischprodukten in der Nähe von Großstädten, Industriezentren und Erholungsgebieten.²⁵⁷

Diese Entscheidung stellte somit die eigentliche Grundlage für den Aufbau der Broilerproduktion in der DDR dar.²⁵⁸

255 Auswirkungen der Verringerung der sowjetischen Lieferungen von Getreide, Fleisch, Butter und Wolle und andere Probleme des Handels mit den sozialistischen Ländern, o. D., SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/202, Nr. 41, o. Bl.

256 Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27.5.1964, BArch, DE 1, Nr. VS II, Nr. 11945, o. Bl.

257 Ebd.

258 Vgl. Patrice G. Poutrus, Lebensmittelversorgung, Versorgungskrise und die Entscheidung für den „Goldbroiler“. Problemlagen und Problemlösungen der Agrar- und Konsumpolitik in der DDR 1958–1965, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39. Band (1999), Bonn 1999, S. 391–421.

7. Die Rückkehr der Geflügelexperten oder In der Not geht der Blick auch nach Westen

Die befürchtete schwierige Situation und die daraus abgeleiteten Vorkehrungen schufen im Bereich der Geflügelerzeugung die Voraussetzungen dafür, daß hier nicht mehr nur nach Lösungen aus der Produktion der DDR gesucht wurde; ohne Zeitverzug sollten jetzt komplette technische Anlagen importiert werden. Die Angst vor einer erneuten Versorgungskrise ebnete den Spezialisten der intensiven Geflügelmast den Weg; in der DAL hatten sie schon seit Jahren darum gerungen, ihrer Arbeit einen größeren Stellenwert in der DDR-Landwirtschaft zu verschaffen.²⁵⁹ Insbesondere der anhaltende Futtermangel war der Grund dafür, daß sich die Forschung in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR seit 1962 in stärkerem Maße auf die Fragen der sogenannten Geflügelökonomie konzentrierte. Gemeint war damit, den wissenschaftlichen Nachweis zu liefern, welche Geflügelart oder Geflügelrasse in der intensiven Geflügelmast den geringsten Futtereinsatz benötigte. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollten die Basis der Entscheidungen für neue Entwicklungen in der DDR-Geflügelwirtschaft werden.²⁶⁰ Unter dieser Prämisse kam es zu einer Abkehr von Rassezüchtungen und statt dessen zu verstärkten Hybridkreuzungen von Hühnergeflügel für die Fleischproduktion.²⁶¹

Der Impuls ging von der Tschechoslowakischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften aus, die den allgemeinen Trend – weg von der Rasse- und hin zur Eigenschaftszüchtung – aufgenommen hatte und sich darum bemühte, im Rahmen internationaler Zusammenarbeit des RGW zu weiteren Erfolgen zu kommen.²⁶² In der Arbeitsgemeinschaft Geflügelzucht der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR wurden diese Probleme bereits seit 1962 – allerdings mit einer gewissen Behäbigkeit und über mehrere Jahre hin – behandelt. Staatlichem Druck, schnelle Ergebnisse zu liefern, begegneten die Wissenschaftler mit dem Argument, ihren Forschungsgegenstand erst gründlich untersuchen zu müssen. Gleichzeitig zeigte sich aber, daß die Ressourcen des Ausrüstungs- und Bauwesens, die den Wissenschaftlern zur Verfügung standen, um erfolgreich größere Versuche auf dem Gebiet der Geflügelproduktion durchführen zu können, nicht ausreichten. Zudem hatte der Komplex der Eierproduktion Vorrang vor der Geflügelfleischerzeugung; in den Augen der Wissenschaftler der DAL war letztere zu dieser Zeit noch von nachgeordnetem Rang.²⁶³ Das ist um so erstaunlicher, da die angesprochenen Vorschläge von tschechischer Seite gerade darauf hinausliefen, sich der Frage der Fleischproduktion durch eine Trennung der Bereiche Legehennen und Geflügelmast stärker zuzuwenden.

Wohl nicht zuletzt auch deshalb betrieb die Binnenfischerei zur Erhöhung der Geflügelfleischproduktion im Jahr 1963 das Projekt einer kombinierten Entenmast. Der mit den

259 Vgl. Aufbau der Broilerproduktion, Teil 1 (Probleme der intensiven Geflügelwirtschaft, H. 1), hg. v. Institut für Geflügelwirtschaft Merbitz, Berlin (O) 1963.

260 Beschußprotokoll der 3. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Geflügelzucht“ am 11.5.1962 in Berlin, 14.5.1962, BArch, DK 107/A1, Nr 21, Bd. 1, o. Bl.

261 Vgl. Bärbel Bauermann u. a., Geflügelhaltung, Geflügelzucht, Berlin (O) 1962.

262 Anschreiben vom 21.5.1962 sowie die Resolution der I. Internationalen Konferenz über die Probleme der Broilerproduktion, 8.10.1961, BArch, DK 107/A1, Nr. 21, Bd. 2, o. Bl.

263 Beschußprotokoll der 4. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Geflügelzucht“ am 17.10.1962 in Berlin, 17.10.1962, BArch, DK 107/A1, Nr. 21, Bd. 1, o. Bl.

Planungen zur intensiven Geflügelhaltung verbundene Glaube an die technische Beherrschbarkeit der Natur hatte in diesem Bereich der DDR-Landwirtschaft zu obskur anmutenden Experimenten geführt. In dem „Kombinat für Binnenfischerei und Entenmast Wriezen“ sollte es gelingen, den Mangel an Fleisch gleich auf zwei „Produktionsstrecken“ – Fisch und Geflügel – zu beseitigen. Obwohl hier von den staatlichen Behörden berichtet werden konnte, daß die gestellten Planziele des Jahres 1963 erfüllt wurden, zeichnete sich ab, daß diese Produktionsart zunehmend problematisch wurde. Insbesondere in kleineren Gewässern führte die intensive Haltung von Wassergeflügel zu erhöhter Seuchengefahr und gefährdete das ökologische Gleichgewicht der Gewässer. Die Auffassung, daß es innerhalb der Binnenfischerei durch eine Konzentration der Entenmast in sogenannten Entenmastkombinaten möglich sein würde, die Erträge erheblich zu steigern, blieb davon unberührt. Auf diesem Wege sollte von 2 Mio. Stück geschlachteten Enten im Jahr 1963 das inländische Angebot auf insgesamt 4 Mio. Stück Enten bis zum Jahr 1966 erweitert werden. Als Hauptargument für die Freiwasserhaltung galt den verantwortlichen staatlichen Leitungen nach wie vor, daß es auf diesem Wege möglich sein sollte, die Investition für die Geflügelintensivhaltung zu vermeiden. Nach Berechnungen, die der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED vorlagen, hätte ein Mastplatz in der Intensivhaltung rund 14 Mark pro Tier gekostet, während der Aufwand für einen Mastplatz in der Freiwasserhaltung lediglich zwischen zwei und fünf Mark läge. Es bestand deshalb die Hoffnung, daß die Produktion auf Wasserteichen eine Amortisation der erforderlichen Investition innerhalb von 2½–3 Jahren ermöglichen würde.²⁶⁴

Unter erheblichem politischen Druck bemühte man sich, in diesem Betrieb die Zuchtdichte von Flugenten auf Zuchtgewässern der Binnenfischerei möglichst hoch zu halten. Das Ergebnis war eine ökologische Katastrophe, denn die Seen gerieten aus ihrem natürlichen Gleichgewicht. Zunächst ging im verunreinigten Wasser der Fischbestand zugrunde, und anschließend verendete das Geflügel an infektiösen Krankheiten.²⁶⁵ Nach diesem Fiasko wurden die Experimente mit Entenmast in der Binnenfischerei und mit Geflügelintensivhaltung in Bergwerksanlagen²⁶⁶ 1963 zugunsten der industriellen Hühnermast reduziert bzw. ganz aufgegeben. Gutachter des staatlichen Büros für die Begutachtung von Investitionsvorhaben kamen zu dieser Zeit zu dem Schluß, daß das Entenzucht- und Mastkombinat Wriezen ein Geflügelfleisch liefere, das ökonomisch nicht vertretbar sei.²⁶⁷ Vergleichende Untersuchungen über Futtermittel-, Arbeits- und Investitionsaufwand sowie über Selbstkosten und erforderliche Mastzeit bis zur Schlachtreife ließen die Intensivhaltung von Hähnchen statt Enten erfolgversprechender erscheinen. Auch der Grundmittelaufwand und das Futter für die Mast von Schweinen und Rindern schienen besser geeignet, den Fleischmangel zu beheben. Für die Deckung des Geflügelfleischbedarfs wurde in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, die Entenproduktion einzustellen. Nach Auffassung der Wissenschaft-

264 Bericht über die Erweiterung der Entenmast in dem VEB Binnenfischerei, SAPMO-BArch, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/7, Nr. 466, Bl. 204–206.

265 Staatliches Büro für die Begutachtung von Investitionsvorhaben, Abteilung Nichtindustrie, Gutachten zur Aufgabenstellung „Entenzucht- und Mastkombinat Wriezen“ vom 2.7.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2.023, Nr. 35, Bl. 2–25.

266 Institut für Geflügel- und Pelztierzucht der Humboldt-Universität Berlin, Geflügelproduktion unter Tage, Forschungsbericht für 1960, Archiv der Humboldt-Universität, Nr. 1700, o. Bl.

267 Schreiben vom Staatlichen Büro für die Begutachtung von Investitionsvorhaben – Abt. Nichtindustrie – an Genossen Müncberg, 1.8.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 35, Bl. 2–25.

ler und Gutachter war es wesentlich günstiger, sich auf die industrielle Produktion von Broilern zu konzentrieren. Ein zusätzliches Argument für die Broilerproduktion war die Tatsache, daß Hähnchenfleisch erheblich magerer war als das von Enten.²⁶⁸

Die DDR bot für dieses Vorhaben bessere Voraussetzungen, als aus den bisherigen Ergebnissen in der intensiven Geflügelmast erkennbar war. Die seit 1958 und ab 1960 intensivierten Forschungen zur Intensivhaltung von Geflügel in Großstallungen in den Instituten der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR²⁶⁹ und die Kooperation mit Forschungseinrichtungen des RGW ab 1962 hatten bemerkenswerte wissenschaftliche Erkenntnisse auf dem Gebiet der Geflügelhaltung erbracht.²⁷⁰ Unabhängig von der politischen Förderung solcher Experimente in der Praxis wurde in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften bzw. in deren Instituten weiter zur Eignung von Masthybriden des Hühnergeflügels mit dem Namen „Broiler“ für die Intensivmast von Geflügel geforscht. In einem arbeitsteiligen Prozeß betreute die Forschungsstelle für Tierzucht in Rottenau die Zuchtfragen im Veredlungsprozeß des Broilers. Das Institut für Tierernährung der Universität Halle untersuchte Ernährungsprobleme bei der Mast von Broilern, und das Institut für Geflügel- und Pelztierzucht der Universität Berlin erarbeitete eine einheitliche Methodik der Mastleistungsprüfung. Diese Untersuchungen führten zu einer Reihe von Vorschlägen, die 1963 erneut sowohl in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften diskutiert wurden als auch der Abteilung Landwirtschaft des ZK vorlagen. Die Aufforderung des VI. Parteitags der SED, in der Landwirtschaft zur industriellen Produktion überzugehen, tat ein übriges, um diese Entwicklung endlich zu praktischen Ergebnissen zu führen.²⁷¹

Die verantwortlichen Agrarwissenschaftler der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften sahen in der Umstellung der Geflügelmast auf mechanisierte Großstallungen den möglichen Königsweg, um die latenten Versorgungsprobleme bei Fleisch dauerhaft zu lösen.²⁷² Aus einem Bericht über den Stand des Hybridzuchtprogramms wird allerdings auch deutlich, daß die Wissenschaftler in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften bzw. deren Instituten die Ergebnisse des Gutachtens über das Entenmastkombinat Wriezen zwar bestätigen konnten, in ihrem Engagement für den Aufbau einer Broilerproduktion aber äußerst zurückhaltend blieben.²⁷³ Ihre vornehme wissenschaftliche Zurückhaltung basierte sicher auf ihren Erfahrungen im Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Landwirtschaft der letzten Jahre.

268 Staatliches Büro für die Begutachtung von Investitionsvorhaben, Einschätzung der Produktion verschiedener Fleischarten hinsichtlich ihrer Ökonomie, vom 10.9.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 35, Bl. 35–44.

269 Jahresbericht 1963 des Institutes für Geflügelzucht Rottenau der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, BArch, DK 107/236, Nr. 32, o. Bl.

270 Reisebericht zur Konferenz über die wissenschaftlichen Grundlagen der Broilerproduktion am Institut für Geflügel Ivanka (ČSSR), Anlage 2, Liste der Themen auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft der sozialistischen Länder (Stand Dezember 1962), BArch, DK 107/A177, Nr. 65, o. Bl.

271 Anschreiben des Institutes für Kleintierzucht der Karl-Marx-Universität Leipzig vom 12.7.1963 mit Anlage zur Entwicklung der Geflügelzucht und -haltung in der DDR und die Aufgaben der FDJ, BArch, DK 107/A1, Nr. 21, Bd. 2, o. Bl.

272 Vgl. Autorenkollektiv: Geflügelzucht, Geflügelhaltung, Berlin (O) 1962, S. 15 ff.

273 Einladung der 5. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Geflügelzucht“ der DAL am 18.9.1963 mit Anlage Stand des Hybridzuchtprogrammes, Berichterstatter Dr. H. Brandsch, BArch, DK 107/A1, Nr. 21, Bd. 2, o. Bl.

Die Hähnchenmast sollte dennoch von nun an ausschließlich mit der speziellen Züchtung aus verschiedenen Hühnerrassen – dem Broiler – begonnen werden.²⁷⁴ In weiteren Studien, die im Laufe des Jahres 1963 erstellt wurden, kam das Institut für Geflügelwirtschaft in Merbitz zu dem Schluß, daß die Broilerproduktion für die DDR erheblich an Bedeutung gewinnen könnte, da der Broiler in bezug auf seine Qualitätseigenschaften den anderen Geflügelsorten überlegen schien. Dies betraf insbesondere die Fleischqualität. Der Broiler lieferte nach Ansicht der Wissenschaftler ein Fleisch, das sich durch hohen Eiweiß- und geringen Fettanteil auszeichnete. Weiterhin schienen die hohe Rohstoffverwertung, d. h. die geringen Fleischverluste beim Schlachten, und die Möglichkeit industrieller Produktionsmethoden Vorteile zu sein, die für die Broilmast sprachen.²⁷⁵ Besonders die kurze Mastzeit von ca. 50 Tagen und die Aufzucht in großen Stallanlagen boten die Voraussetzung dafür, in Zukunft unabhängig von der Saison schlachten zu können.²⁷⁶ Der Name Broiler verweist auf das nordamerikanische Vorbild dieser Spezialzüchtung und auf die positive Verbrauchseigenschaft des Broilerfleischs: kurze Garzeit auf dem Grill. Aus der DDR-Fachliteratur zur Geflügelmast wird ersichtlich, daß die mit Geflügelzucht und Geflügelmast beschäftigten Agrarwissenschaftler im Verbrauchsvergleich wie in der Zuchtforschung immer wieder auf westeuropäische und westdeutsche Tendenzen Bezug nahmen.²⁷⁷

Angesichts der angespannten Versorgungssituation in der DDR wurde an verantwortlicher Stelle im ZK der SED und im Landwirtschaftsrat der DDR nach technologischen Lösungen gesucht, um die vorhandene „Fleischlücke“ aus eigenem Geflügelaufkommen zu schließen.²⁷⁸ Auf der Grundlage der bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen der verschiedenen Akademie-Institute stellte das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf Mitte 1964 eine erste Konzeption für eine Broilmastanlage in der DDR vor. Dabei handelte es sich allerdings noch um einen Mischbetrieb, d. h. für Schweinemast, Eierproduktion wie auch für Geflügelmast von Broilern und Puten. Auftrag dieses Schweine- und Geflügelkombinates war es, die Hauptstadt der DDR, Ost-Berlin, kontinuierlich über das gesamte Jahr mit Fleisch zu versorgen. Die Besonderheit in dieser Planung waren die Stallanlagen, nicht wie bisher sanierte überalterte Mastanlagen. Durch die Konzentration auf moderne Neubauten sollte die bei mehreren verschiedenen alten Produktionskomplexen zwangsläufige Zersplitterung vermieden werden. Die Projekte und Anlagen für dieses Objekt sollten importiert werden. Für den Bereich Geflügel wurde vorgeschlagen, Verhandlungen mit einem englischen Importeur aufzunehmen. Der Bau des gesamten Unternehmens sollte in der Zeit von 1966–1968 abgeschlossen werden. Gleichzeitig gab es Überlegungen, ob die DDR mit einem solchen Großbetrieb nicht in der Lage wäre, Westberlin zu versorgen, was

274 Institut für Geflügelwirtschaft Merbitz (Hg.), Aufbau der Broilerproduktion, Teil 1, in: Probleme der intensiven Geflügelwirtschaft, Heft 1, Berlin (O) 1963.

275 Einladung zur 7. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der „Geflügelzucht“ am 19.11.1963, mit der Anlage mit Kalkulation der Produktionskosten auf dem Gebiet der Geflügelwirtschaft der DDR, Durchschnittsnormen des Institutes für Geflügelwirtschaft, BArch, DK 107/A1, Nr. 21, Bd. 2, o. Bl.

276 Zum Aufbau und zur Organisation der industriemäßigen Anlagen: Autorenkollektiv, Industriemäßige Geflügelproduktion – Lehrbuch für die berufliche Spezialisierung, Berlin (O) 1975.

277 Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsgeflügel, Zucht, Haltung und Fütterung, Berlin (O) 1967.

278 Schreiben des Büros Grüneberg an das Staatliche Büro für die Begutachtung von Investitionen, Abteilung Nichtindustrie, vom 1. August 1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2.023, Nr. 35, Bl. 26/27.

wiederum Devisen bringen könnte.²⁷⁹ Hilfreich für das Etablieren dieser Vorstellungen in den Entscheidungsgremien des SED-Staates war sicherlich, daß es in der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt Bestrebungen gab, die Geflügelfleisch- und Eierproduktion auf industrieller Basis massiv voranzutreiben.²⁸⁰ Anders als in der DDR-Presse später behauptet wurde,²⁸¹ spielte sowjetisches Know-how bei der Umsetzung des Projekts Broilerproduktion in der DDR jedoch keine Rolle. Trotz des wissenschaftlichen Forschungsstandes war in der DDR und im gesamten RGW zu diesem Zeitpunkt kein Anlagenbaubetrieb in der Lage, kurzfristig eine produktionsreife Technologie zur intensiven Geflügelmast herzustellen und zu liefern.²⁸²

Auch die angestrebte Gleichzeitigkeit von Modernisierung der Agrarproduktion im allgemeinen, zielstrebiger technologischer Weiterentwicklung sowie stabiler Versorgung von Schwerpunktgebieten in der DDR ließ sich nicht verwirklichen. In den weiteren Planungen wurde eine Entwicklung der Fleischproduzenten in der DDR für realistisch gehalten, die lediglich die Errichtung von Beispielanlagen vorsah; deren Erfahrungen sollten in sogenannten fortgeschrittenen bzw. erfolgreichen volkseigenen Gütern und LPG umgesetzt werden. Für die Errichtung dieser staatlichen Großbetriebe war ursprünglich der Import sowjetischer und tschechoslowakischer Technologie bzw. bei der Putenmast der Import englischer Technologie geplant. Allerdings wirkten sich die schwierigen Export- und Importverhandlungen mit der Sowjetunion auch auf dieses Gebiet negativ aus. Deshalb wurden Wege gesucht, den Bau von Anlagen für Mastschweine, Broiler, Legehennen und die Intensivhaltung von Puten statt dessen in Kooperation mit Jugoslawien zu verwirklichen. Ursprünglich war geplant, in Jugoslawien lediglich Projektierungsunterlagen, eventuell auch komplette Anlagen zu erwerben. Für letzteres sprach vor allen Dingen, daß es in der DDR zu diesem Zeitpunkt offensichtlich keinen Landmaschinenbaubetrieb gab, der in der Lage war, Innen-einrichtungen, d. h. lufttechnische Anlagen, Fütterungs- und Entsorgungsanlagen für Groß-stallobjekte serienmäßig zu produzieren.²⁸³

In dem Maße, in dem sich aus Sicht der SED-Führung die Beziehungen zur KPdSU relativ verschlechterten, d. h. die sowjetische Seite nicht mehr bereit war, alle akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR auf Kosten des Lebensniveaus der Bevölkerung in der Sowjetunion auszugleichen,²⁸⁴ bemühte man sich auf Seiten der DDR, die Beziehungen

279 Erste Konzeption zum Bau einer Schweine- und Geflügelfabrik nach neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen im Raum der Hauptstadt der DDR, 6.7.1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2023, Nr. 35, Bl. 54–56.

280 Information über den Beschuß des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR über die Organisation der Geflügelfleisch- und Eierproduktion auf industrieller Basis, 3.10.1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/7, Nr. 175, o. Bl.

281 Oberweite entscheidet. Broiler kontra Blaue Ritter, in: NBI 20/1965, S. 20f.

282 Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, am 6. Juli 1964, Erste Konzeption zum Bau einer Schweine- und Geflügelfabrik nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen im Raum der Hauptstadt der DDR, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2.023, Nr. 35, Bl. 54–56.

283 Vorlage für das Büro für Landwirtschaft beim Politbüro – Bericht über Stand und Vorbereitung des Aufbaues von Anlagen für die schrittweise Einführung industr. Produktionsmethoden in der Landwirtschaft vom 2.12.1964, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 277, o. Bl.

284 André Steiner geht sogar davon aus, daß der letzte Anstoß für die Wirtschaftsreformen in der DDR von parallelen Entscheidungen der KPdSU-Führung im Jahr 1962 ausging. Vgl. ders., Die DDR-Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 44–60.

zu anderen kommunistischen Parteien, die unter der Herrschaft Stalins noch als Renegaten gegolten hatten, zu verbessern. Dies traf insbesondere auf die Beziehung zum Bund der Kommunisten Jugoslawiens zu. Für das Jahr 1965 hatte man im Sekretariat des Zentralkomitees der SED einen intensiven Delegationsaustausch geplant.²⁸⁵ Vor allem das Büro für Landwirtschaft beim Politbüro der SED sollte eine zentrale Delegation nach Jugoslawien entsenden, um die modernen staatlichen Betriebe in der Landwirtschaft zu studieren. In erster Linie interessierte man sich für Technologien der Viehhaltung in großen Beständen und die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten.²⁸⁶ Bereits im Mai 1964 waren Voraussetzungen dafür geschaffen, die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen der DDR und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien weiterzuentwickeln. Hauptschwerpunkt war die Entwicklung gegenseitiger Wirtschaftsbeziehungen, zu diesem Zweck wurde im gleichen Monat ein deutsch-jugoslawisches Wirtschaftskomitee gebildet.²⁸⁷

Die deutsch-jugoslawische Kommission für Industriekooperation und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, wie dieses bilaterale Gremium auch genannt wurde, beschäftigte sich mit einer Vielzahl von Einzelfragen, die – vom Bereich Schwermetallurgie über die erdölverarbeitende Industrie, den Fahrzeugbau und Investitionen in der Landwirtschaft – in den jeweiligen Arbeitsgruppen behandelt wurden. Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft traf sich im November 1964 und im Januar 1965 in Jugoslawien; Leiter der Delegation der DDR war der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf, Hans Koch, der zugleich mit dem Aufbau moderner Broilermastanlagen beauftragt war. In Jugoslawien wurden verschiedene landwirtschaftliche Güter besichtigt, man ließ sich in die Organisation von landwirtschaftlichen Produktions- und Verarbeitungskombinaten einführen, insbesondere in die Einrichtungen der Rinder- und Geflügelhaltung. Direktes Ergebnis dieses Jugoslawienbesuchs war der Import von hochwertigem Nutzvieh von dort. Diese ersten Kontakte mit jugoslawischen Unternehmen führten in der Folge zu dauerhaften Vertragsbeziehungen zwischen dem Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf und dem jugoslawischen Agrokombinat Imona. Auf Grundlage dieser Arbeitsbeziehung waren jugoslawische Fachleute im Auftrag der DDR in den USA, Italien und Westdeutschland unterwegs. Sie führten ein Projekt zur Broilerproduktion in die DDR ein, das schließlich im Jahr 1966 in Königs Wusterhausen, wiederum von jugoslawischen Fachkräften, aufgebaut wurde. Dieser Projektvertrag beinhaltete auch Garantien für die Qualität der Fleisch- und Eierproduktion sowie bezüglich der Zusammensetzung von Futtermitteln. Darüber hinaus waren auch Vereinbarungen zum Aufbau industrieller Kälbermast und zur Errichtung einer Zuchtanlage für die Schweinemast mit dem jugoslawischen Kombinat getroffen worden.²⁸⁸

285 Konzeption für den Delegations- und Erfahrungsaustausch der SED und der gesellschaftlichen Organisationen in den sozialistischen Ländern – Teil BdKJ – S. 32–34, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3, Nr. A-1124, o. Bl. Leider liegt zu dieser interessanten Episode der DDR-Außenbeziehungen noch keine jüngere Veröffentlichung vor.

286 Hausmitteilung der ZK-Abteilung Parteiorgane an das Büro für Landwirtschaft beim Politbüro des ZK der SED vom 7.8.1964, sowie Hausmitteilung der ZK-Abteilung Landwirtschaft an Gerhard Grüneberg vom 14.8.1964, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2023, Nr. 95, o. Bl.

287 Information über die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Beziehungen zwischen der DDR und der SFRJ, sowie die Beziehungen zwischen Jugoslawien zu Westdeutschland, vom 9.4.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/20, Nr. 236, o. Bl.

288 Bericht über die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgruppen seit der 2. Tagung der gemischten deutsch-jugoslawischen Kommission für Industriekooperation und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, o. D., BArch, DE 1 VA, Nr. 47424, o. Bl.

Zusätzlich wurden über den DDR-Außenhandel sogenannte Dienstleistungen, in diesem Fall Bauleistungen, aus Jugoslawien angekauft. Dies war zu dieser Zeit kein Sonderfall, denn jugoslawische Baufirmen errichteten im Zeitraum 1966 bis 1970 ein Zementwerk und ein Kraftfuttermischwerk in der DDR, und sie beteiligten sich an der Sanierung des elektro-chemischen Kombinats Bitterfeld, errichteten ein Heizkraftwerk sowie weitere zentrale Investitionsvorhaben innerhalb der DDR-Landwirtschaft.²⁸⁹ Zu diesen zentralen Objekten gehörte dann schließlich auch der Aufbau der Geflügelkombinate in Königs Wusterhausen und Möckern. Darüber hinaus war vorgesehen, zwei moderne Produktionsanlagen für die Schweinemast und Schweinezucht in Zusammenarbeit mit Jugoslawien zu bauen.²⁹⁰

Es wäre jedoch falsch, den Aufbau industrieller Anlagen zur Intensivhaltung von Nutzieren einzig und allein auf das Ausbleiben der Lebensmittellieferungen aus der Sowjetunion zurückzuführen. Obwohl es letztendlich doch nicht zu Lieferausfällen aus der Sowjetunion in dem zunächst befürchteten Ausmaß kam, bestand bei den zuständigen Behörden der DDR weiterhin großes Interesse, die angestrebten Investitionen in vollem Umfang für die Bereiche Schlachthauswirtschaft, Lagerwirtschaft und Handel umzusetzen.²⁹¹ Im Verlauf des Jahres 1964 gab es große Schwankungen in der Versorgung mit Fleisch. In den Sommermonaten war es zu einem Überangebot von nicht absetzbarem Kühlhausfleisch gekommen.²⁹² Im Winter 1964 wiederum entsprach das Angebot an Fleisch insgesamt weder den Erwartungen der staatssozialistischen Planer noch denen der realsozialistischen Verbraucher.²⁹³ Einerseits war es mengenmäßig völlig unzureichend, andererseits entwickelte sich auch unter den DDR-Verbrauchern ein stärkeres Qualitätsbewußtsein. Die Abteilung Handel und Versorgung wußte mitzuteilen, daß minderwertige Lebensmittel wie Schweinsköpfe und gestreckte Wurst nicht mehr im gleichen Umfang abgesetzt wurden, statt dessen aber Lebensmittel höherer Qualität verstärkt nachgefragt wurden.²⁹⁴

Auch blieben die Lieferungen aus der Sowjetunion für die DDR weiterhin von hoher Bedeutung, weil die eigene Fleischerzeugung nach wie vor nicht ausreichte, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken, ohne das Gleichgewicht der Tierbestände zu gefährden. Dies traf insbesondere auf den schwierigen Komplex Schweinezucht und Schweinemast zu, das eigentliche Sorgenkind der Schlachtvieherzeugung in der DDR-Landwirtschaft. Nach wie vor war es den Produzenten von Schlachtvieh in der DDR nicht möglich, den Spagat zwischen

289 Direktion der LIMEX GmbH an die Staatliche Plankommission, Leiter der Abt. Außenhandel, Gen. Prof. Brauer – betr. Aufnahme von Bauleistungen in das langfristige Handelsabkommen 1966–1970 mit Jugoslawien – Position Dienstleistungen, 19.11.1965, BArch, DE 1, Nr. VA 47424, o. Bl.

290 Vorlage an das Politbüro – Erste Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der SFRJ in Auswertung der Reise des Erstens Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates Genosse W. Ulbricht und Anlage 1 (Beispiele über die Zusammenarbeit mit den jugoslawischen Agrokombinat IMONA zum Nutzen der DDR), SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2021, Nr. 103, Bl. 141/142.

291 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Kandidaten des Politbüros Gen. Jarowinsky, – Plan zur Durchführung erster außerordentlicher Maßnahmen zur Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung der DDR mit landwirtschaftlichen Produkten –, 9.6.1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/610, Nr. 188, o. Bl.

292 Vom Ministerium für Handel und Versorgung, Bereich Lebensmittel – Ergänzende Hinweise zur Information für das Politbüro –, 15.6.1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2032, Nr. 45, o. Bl.

293 Hausmitteilung von Abt. Leicht- u. Lebensmittelindustrie an Genosse Mittag – Fleischversorgung – 21.11.1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021, Nr. 712, Bl. 153–155.

294 Schreiben von Frau Wittkowski an den Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der SED Gen. Jarowinsky, – Situation bei Fleisch –, 24.11.1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2032, Nr. 45, o. Bl.

permanent zu steigerndem Fleischaufkommen bei gleichzeitiger Sicherung eines stabilen Tierbestandes zu überwinden. Dies drückte sich 1965 darin aus, daß 20.000 t Schlachtfleisch mehr bei einem um rund 500.000 Stück Vieh niedrigeren Tierbestand erbracht werden sollten. Gleichzeitig war das Futterproblem, d. h. die nicht über das Jahr kontinuierliche Belieferung der Tiermast mit Futtermitteln, ein erhebliches Problem für eine kontinuierliche Aufzucht von leistungsfähigem Vieh. Aufgrund dieser nach wie vor ungünstigen Entwicklung wurde das Programm zur Einführung von industriellen Mastanlagen für Schlachtvieh weiter forciert.²⁹⁵

Die konkreten Planungen für dieses Programm sahen vor, im Zeitraum von 1966–1970 drei Rindermastbetriebe, fünf Broilermastkombinate sowie drei kombinierte Broilermast- und Legehennenkombinate zu errichten. Später sollten diese Anlagen durch drei Schweinemastkombinate ergänzt werden. Die Anlagen sollten nach der Fertigstellung eine Jahresproduktionskapazität von 42.000 t Rindfleisch, 18.000 t Geflügelfleisch, 78 Mio. Stück Eier und 33.000 t Schweinefleisch haben. Für die Rindermast waren Standorte in Rostock, Neubrandenburg und Magdeburg geplant. Broilerkombinate sollten in den Bezirken Magdeburg, Rostock, Potsdam, Halle und Karl-Marx-Stadt entstehen. Außerdem sah der Plan ein kombiniertes Broilermast- und Legehennenkombinat in Königs Wusterhausen, Bezirk Potsdam, sowie in den Bezirken Frankfurt/Oder und Leipzig, sowie je ein Schweinemastkombinat in den Bezirken Potsdam, Neubrandenburg und Leipzig vor. Die Verteilung auf die Regionen folgte den ihnen zugewiesenen Aufgaben. Mit ihrer Spezialisierung und Konzentration sollten die Betriebe und Kombinate die Bevölkerung mit Fleischerzeugnissen vorzüglicher Qualität versorgen. Dies vor allen Dingen, um einen Ausgleich für die Schwankungen im Aufkommen von Schlachtvieh, Geflügel und Eiern aus der allgemeinen Landwirtschaft zu sichern. Geplant war, die Produktion von der Aufzucht des Jungviehs bis zur Verarbeitung und Bereitstellung für den Handel in einer Hand, d. h. innerhalb eines Betriebes zu belassen. Durch die Investitionen sollten diese neuen Fleischerzeuger auf Basis des aus dem Westen importierten „wissenschaftlich-technischen Höchststandes“, also durch die Anwendung industrieller Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, zu sozialistischen Musterbetrieben entwickelt werden. Das Ziel war letztendlich eine Produktion, die es mit dem Welthöchststand aufnehmen konnte.²⁹⁶

Im Büro für Landwirtschaft des SED-Politbüros²⁹⁷ wurde deshalb Ende 1964 beschlossen, unter Leitung des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf ab 1965 einen Auf-

295 Vorlage für das Büro Landwirtschaft beim Politbüro des ZK der SED – Schlußfolgerungen zur Sicherung der Tierbestandsentwicklung und des staatlichen Aufkommens tierischer Erzeugnisse im Jahre 1965 vom 10.12.1964, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 277, o. Bl.

296 Vorlage für das Büro für Landwirtschaft beim Politbüro – Entwurf eines Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates über den Aufbau moderner Großanlagen für die industrielle Produktion von Schlachtvieh, Schlachtgeflügel und Eiern in der DDR vom 7.4.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 283, o. Bl.

297 Das Büro für Landwirtschaft des SED-Politbüros gehörte zu jenen Institutionen im SED-Parteiapparat, die in der Phase der Wirtschaftsreformen gebildet und danach wieder aufgelöst wurden, um Entscheidungen der Staatspartei stärker mit Expertenwissen zu verknüpfen. Dem Büro stand der Sekretär für Landwirtschaft des ZK vor, Mitglieder waren sowohl die Vertreter des Parteiapparates als auch der Leiter der ZK-Abteilung für Landwirtschaft, wie auch der Vorsitzende des Landwirtschaftsrates und der Präsident der AdL. Vgl. Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stepan/Jürgen Winkler (Hg.), *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, hier S. 123.

baustab aus Landwirtschaftsexperten und erfahrenen Organisatoren zu bilden.²⁹⁸ Diese „Zentrale Aufbaugruppe“ erhielt die Aufgabe, auf schnellstem Wege dafür zu sorgen, durch den Aufbau von Pilotanlagen für industrielle Tierproduktion die DDR in die Lage zu versetzen, wieder Anschluß an den internationalen Stand in der Fleischerzeugung zu finden. Das Ziel war, die DDR von kostspieligen Fleischimporten unabhängig zu machen. Den Schwerpunkt der Planungen bildeten neben Zucht- und Mastprojekten für Schweine und Rinder die industriellen Anlagen für eine Geflügelproduktion in einer bis dahin in der DDR unbekannten Dimension, die als Modell für die gesamte Landwirtschaft dienen sollte.²⁹⁹

298 Landwirtschaftsrat der DDR, Bericht über Stand und Vorbereitungen des Aufbaus von Anlagen für die schrittweise Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Vorlage zur Sitzung des Büro für Landwirtschaft beim Politbüro vom 2. Dezember 1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2023, Nr. 277, o. Bl.

299 Entwurf eines Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates über den Aufbau moderner Großanlagen für die industrielle Produktion von Schlachtvieh, Schlachtgeflügel und Eiern in der DDR. Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Ministerrats vom 20. Mai 1965, BArch, DC 20 I/4, Nr. 1132, Bl. 87–132.

KAPITEL 2

Entwicklung: Von der ZAG zur VVB Industrielle Tierproduktion. Eine Erfolgsgeschichte mit Grenzen

Mit dem Aufbau der ersten staatlichen Produktionsbetriebe zur industriellen Hähnchenmast in Königs Wusterhausen¹ und Möckern² nahm 1965 eine für die DDR-Landwirtschaft einmalige Entwicklung ihren Anfang. Aus einer Anfangsinvestition von 51,3 Mio. Mark, davon ca. 55 % sogenannte Valutamittel, ergaben sich im Zeitraum von 1967 bis 1972 Folgeinvestitionen von ca. 1,7 Mrd. Mark. Insgesamt wurden für elf Kombinate Industrielle Mast (KIM) sowie für weitere Staatsgüter und ausgewählte Produktionsgenossenschaften über 2.000 Stall- und Verarbeitungsanlagen zur Broilermast und Eierproduktion gebaut.³ Ab den siebziger Jahren war die DDR in der Lage, auf den Import von Schlachtgeflügel zu verzichten, sie konnte gelegentlich sogar als Exporteur auftreten.⁴ Gemessen am Investitionsvolumen und den Produktionsergebnissen spielte die Entwicklung dieses Sektors der Landwirtschaft – Geflügelwirtschaft – im Vergleich zu anderen Bereichen der DDR-Wirtschaft in den sechziger Jahren eine Sonderrolle.⁵ Deshalb untersucht die nun folgende und weitgehend chronologische Schilderung der Entstehungs- und Etablierungsphase der „industriellen“ Geflügelerzeugung in der DDR-Landwirtschaft gleichzeitig die Frage nach der Durchsetzungskraft zentraler Sachpolitik unter den Bedingungen der Staatsplanwirtschaft in der kommunistischen Ein-Parteien-Diktatur anhand einer offenkundigen Erfolgsgeschichte. Auf spezifische Weise ist dies eine empirische Auseinandersetzung mit Vorstellungen vom staatssozialistischen Herrschaftssystem, die den Eindruck von nicht nur gewaltiger, totaler Machtkonzentration, sondern von gleichermaßen unumschränkter Durchsetzungskraft der diktatorischen Herrschaft in der Gesellschaft vermittelt⁶ und damit im deutlichen Kontrast

1 Königs Wusterhausen liegt südlich von Berlin.

2 Möckern liegt in der Nähe von Magdeburg.

3 Geflügelwirtschaftsverband der DDR, Landesarchiv Berlin (im Folgenden LAB), Rep. 635, Nr. 130, o. Bl.

4 Andreas Kurjo, Organisation und Bedeutung der Geflügelhaltung in der Landwirtschaft der DDR, in: FS-Analysen, Heft 4/1989, S. 3–56.

5 André Steiner, Beständigkeit oder Wandel? Zur Entwicklung der Industriestruktur der DDR in den sechziger Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2, S. 101ff.

6 Vgl. Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski, Merkmale der totalitären Diktaturen, in: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1999, S. 225–236.

zur offenbar gewordenen Steuerungsschwäche der Planwirtschaft im Staatssozialismus stehen.⁷

1. Wenn die Decke zu kurz ist: Planen heißt sparen

Nach der grundsätzlichen Entscheidung für das Aufbauprojekt „Beispielanlagen für die industrielle Tierproduktion“ begann für die Zentrale Aufbaugruppe (ZAG) eine umfangreiche und auch aufreibende Planungsphase. Bei der Standortauswahl wurden einerseits die Nähe zu den zu versorgenden administrativen und wirtschaftlichen Zentren der DDR und andererseits der Zugang zu stabilen Futterquellen berücksichtigt. Zugleich spricht aus den Planungsunterlagen die Vorstellung, daß diese modernen Betriebe durch ihre „Fortschrittlichkeit“ für den gesellschaftlichen Wandel auf dem Lande werben sollten, um so „die politisch-ökonomische und geistig-kulturelle Situation“ in den jeweils betroffenen Orten im Sinne der SED-Politik zu verändern. In der ersten Etappe wollte man sich vorrangig auf den Aufbau der Rindfleisch- und Broilerproduktion stützen. Die Versorgung der Bevölkerung sollte durch sogenannte Direktbelieferungen von Verkaufsstellen und Großverbrauchern in der Hand der Erzeuger verbleiben. Diesem Gesamtprojekt wurden international erprobte Technologien zugrunde gelegt, die über Jugoslawien importiert werden sollten. Für die Gesamtinvestition war im Zeitraum zwischen 1966 und 1970 ein Gesamtvolumen von 670 Mio. Mark der Deutschen Notenbank vorgesehen.⁸

Die mit notwendigen Devisen zu finanziierenden Importe sollten aus sogenannten Sondergeschäften für das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf realisiert werden. Diese Teilfinanzierung der Importe belief sich auf 25 Mio. Mark und sollte den notwendigen Bedarf an Investitionen aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ innerhalb des Zeitraums von 1965 bis 1967 sichern. Für die Jahre 1968–1970 waren Importe im Umfang von 74 Mio. Mark geplant, die über den Perspektivplan der Staatlichen Plankommission abgesichert werden sollten. Zusätzlich sollte das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf außerhalb des Planes weiterhin Valutamittel erwirtschaften. Für die noch zu gewinnenden Arbeitskräfte sollten insgesamt 1.420 Wohnungen zur Verfügung stehen. Ähnlich allgemein waren zu diesem Zeitpunkt die Vorstellungen über die Gewinnung des Leitungspersonals und der Arbeitskräfte insgesamt. Die praktische Durchführung dieses Investitionsvorhabens erforderte schon in der Planung vielfältige Abstimmungen mit unterschiedlichsten Institutionen der DDR. Diese reichten von der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR zur wissenschaftlichen Begutachtung der einzelnen Typenprojekte über das staatliche Büro für Begutachtung von Investitionen bis zum Ministerium für Bauwesen, dem Volkswirtschaftsrat der DDR und dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Insbesondere die Aufnahme der zu erwartenden Bauleistungen in die Planung des regionalen und überregionalen Bauwesens stellte sich schon zu diesem Zeitpunkt als äußerst

⁷ Vgl. die Interviews in: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle (Hg.), Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.

⁸ Vorlage für das Büro für Landwirtschaft beim Politbüro – Entwurf eines Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates über den Aufbau moderner Großanlagen für die industrielle Produktion von Schlachtvieh, Schlachtgeflügel und Eiern in der DDR vom 7.4.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 283, o. Bl.

problematisch dar und sollte per Beschuß des Ministerrates geregelt werden. All diese Aufgaben sollten von einer Zentralen Aufbaugruppe (ZAG) beim Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf übernommen werden, die in der weiteren Entwicklungsphase dieses Investitionsobjektes den personellen Kern für die in Zukunft zu bildende Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) für Industrielle Produktion und Verarbeitung von Schlachtvieh, Geflügel und Eiern stellte.⁹

Schon in der ersten Planungsphase zeigte sich, daß die Abstimmung mit den vielfältigen staatlichen Verwaltungen aufgrund gegensätzlicher innerinstitutioneller Interessen zu erheblichen Reibungen führte. Daher wies das Büro für Landwirtschaft beim Politbüro der SED per Beschuß an, einen erneuten Anlauf zu einer klarenden Vorabstimmung für einen angestrebten Ministerratsbeschuß zu nehmen.¹⁰ Besonders deutlich werden die Schwierigkeiten an der Haltung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR. Sie erklärte sich außerstande, dieses ehrgeizige Projekt wissenschaftlich zu begleiten. Der Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Betriebs- und Arbeitsökonomie erklärte, es sei seinem Haus nicht möglich, kurzfristig die von ihm geforderte wissenschaftliche Begutachtung des Gesamtprojektes und der Einzelprojekte durchzuführen. Man zeigte sich hier nicht bereit, eine nicht an solider wissenschaftlicher Analyse, sondern lediglich am Erfolg der geplanten Investition gemessene Zuarbeit zu leisten. Vielmehr forderte er in Absprache mit den anderen wissenschaftlichen Instituten der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften für sich das Recht, die Gutachten nur nach eingehender Prüfung zu erstellen.¹¹

Trotzdem wurden die Vorbereitungen für die Durchführung der Investitionen weiter forciert; im Mai 1965 lag der Entwurf über den Aufbau moderner Großanlagen für die industrielle Produktion von Schlachtvieh, Schlachtgeflügel und Eiern schließlich dem Präsidium des Ministerrates zum Beschuß vor. Die Vorlage selbst war bereits eine Präzisierung der ursprünglichen Vorschläge. Ihr Inhalt: Während der ersten Ausbaustufe 1966 sollten je ein Kombinat für Broiler und Frischeier mit einer Produktionskapazität von 400.000 Broilmastplätzen und 120.000 Legehennenplätzen sowie je eine Abteilung eines Rinder-Kombinates im Bezirk Rostock und im Bezirk Neubrandenburg errichtet werden.¹²

Bei der Abstimmung kam es jedoch zu erheblichen Differenzen über die vom Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf vorgesehene Planung. So war der Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen nicht bereit, eben jene Begutachtungsfunktion, welche die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften nicht übernehmen wollte, der Landwirtschaftswissenschaftlichen und Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu übertragen. Insbesondere das Ministerium für Bauwesen erhob erhebliche Einwände gegen die vorgesehenen Bauvorhaben im Bereich Landwirtschaft. Angesichts der kurzfristigen Planung sehe man sich außerstande, zu diesem Zeitpunkt bereits eine Einwilligung für einen Baubeginn zum 1. Januar 1966 zu geben. In Verbindung damit lehnte das Ministerium die Erarbeitung von Bauunterlagen und Arbeitsaufträgen grundsätzlich ab, weil es Verluste befürchtete, die volkswirtschaftlich nicht zu vertreten seien. Das Ministerium für die Anleitung und Kon-

⁹ Ebd.

¹⁰ Protokoll 6/65 der Sitzung des Büros für Landwirtschaft beim Politbüro am Montag, dem 12.4.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 283, o. Bl.

¹¹ Brief der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin an das Komitee für Erfassung und Aufkauf vom 12.4.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 189, o. Bl.

¹² Beschuß über den Aufbau moderner Großanlagen für die industrielle Produktion von Schlachtvieh, Schlachtgeflügel und Eiern in der DDR, BArch, DC 20 I/4, Nr. 1132, Bl. 87–132.

trolle der Bezirks- und Kreisräte wandte gegen das Projekt ein, daß der Aufbau von zusätzlichen Fleischerzeugern nicht den „tatsächlichen Notwendigkeiten“ des Verbrauchs in den verschiedenen Bezirken entsprach. Einzelne Investitionen – besonders im Süden der DDR – könnten zu Überkapazitäten führen, während es auf der anderen Seite bisher zu keiner Abstimmung mit den regionalen und örtlichen Leitungsorganen gekommen sei, die wegen der erforderlichen Bereitstellung von Arbeitskräften, Baubetrieben und den noch zu schaffenden Nachfolgeeinrichtungen für das Projekt in ihren regionalen und örtlichen Planungen stark betroffen wären. Die geplante Umwandlung der Zentralen Aufbaugruppe in eine VVB zum 1. Januar 1966 sei verfrüht, da die Baumaßnahmen für die verschiedenen Standorte zu diesem Zeitpunkt gerade erst begonnen würden. Die Kommission für Fragen der Versorgung der Bevölkerung beim Ministerrat der DDR wandte ein, daß die Konzentration der Produktionsbetriebe für die industrielle Mast von Schlachtvieh in den nördlichen Bezirken weder den volkswirtschaftlichen Erfordernissen noch der Versorgungssituation der DDR zu diesem Zeitpunkt entspreche und die Planungen deswegen noch einmal grundsätzlich überprüft werden sollten.¹³

Die Staatliche Plankommission, Bereich Landwirtschaft, legte ihr Veto ein, weil in der Vorlage für den Ministerrat erneut von einer Bereitstellung von Valutamitteln in Höhe von 100 Mio. Mark ausgegangen wurde, während erste Absprachen darauf hinausgelaufen waren, daß die Gesamtkosten für den Import von Anlagen über das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf durch zusätzliche Exporte in den Westen erbracht werden sollten. Deshalb wurde vorgeslagen, eine Formulierung in den Beschuß aufzunehmen, die dem Inhalt dieser Vorabsprache gleichkam. Der Landwirtschaftsrat der DDR, dem das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufbau unterstand, sah sich nicht in der Lage, die geforderten 1.540 Wohnungseinheiten zur Verfügung zu stellen; zusichern könne er lediglich 780 Wohnungseinheiten für den Aufbau einer stabilen Belegschaft für die Produktionsanlagen. Da es darüber hinaus zu erheblichen Abweichungen von der Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft bis 1970 (vom 4. September 1964) gekommen war, wurde diese Vorlage im Präsidium des Ministerrates insgesamt abgelehnt. Die ökonomischen Zielstellungen seien auf Basis der „besten in- und ausländischen Erfahrungen“ erneut zu überarbeiten, heißt es im Sitzungsprotokoll. Dies sollte innerhalb von zwei Monaten geschehen.¹⁴

Unabhängig von dem für die Initiatoren ungünstigen Verlauf der Ministerratssitzung vom 20. Mai 1965 liefen die Arbeiten zur Durchführung dieses Investitionsprojektes weiter. Den Außenhandelsbetrieben der DDR war es in diesem Zusammenhang gelungen, mit Abnehmern aus Westberlin einen Liefervertrag über den Export von über 36 Mio. Stück Eiern pro Jahr nach Westberlin abzuschließen. Damit war der erste Schritt zur Finanzierung der Importanlagen getan. Grundlage für dieses Exportgeschäft war die Tatsache, daß sich im ersten Halbjahr des Jahres 1965 die Produktion von Frischeiern massiv verbessert hatte; nach Aussagen des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf war es zum 31. Mai sogar zu einer Planüberfüllung von 130 Mio. Stück Eiern gekommen.¹⁵

Auch wenn es gelungen war, die Devisenfinanzierung für das Projekt zu sichern, führte die vom Präsidium des Ministerrates geforderte Abstimmung mit den Planungsbehörden zu erheblichen Korrekturen an der ursprünglichen Vorlage. Das beständig steigende Mast-

13 Ebd.

14 Ebd.

15 Schreiben von Staatssekretär Koch an den Vorsitzenden des Ministerrates Genosse Stoph, betr. Eierexport nach Westdeutschland, vom 10.6.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 175, o. Bl.

fleischaufkommen in der DDR-Landwirtschaft ließ die verantwortlichen Vertreter der Staatlichen Plankommission an der Notwendigkeit eines verstärkten Aufbaus von Schweinemast- und Rindermastanlagen zweifeln; ursprünglich waren zwei Schweinemastanlagen mit einer Kapazität von zusammen 80.000 Mastplätzen vorgesehen. Die Mastkapazität wurde um die Hälfte reduziert. Von Seiten der Staatlichen Plankommission wurde aber auch die Frage aufgeworfen, ob angesichts der Entwicklung des einheimischen Fleischaufkommens überhaupt die Notwendigkeit einer solchen Anlage bestand. Die Argumentation der Zentralen Aufbaugruppe zielte in diesem Punkt der Planung nicht mehr auf Überwindung eines vorhandenen Mangels, sondern auf Kompensation von Ausfällen in der Schweinefleischerzeugung, die durch eine Reihe veralteter und stillzulegender staatlicher Mastanlagen zu erwarten waren.¹⁶

Die andauernden Veränderungen in der Planung für das Vorhaben der ZAG rührten aber nicht allein daher, daß sich die auslösenden Befürchtungen eines baldigen Importrückganges bei Fleisch nicht erfüllt hatten. Genauso bedeutend war wohl auch, daß Walter Ulbricht selbst mit der ihm eigenen „Sachkenntnis“ der intensiven Geflügelmast skeptisch gegenüberstand. Auf der Arbeitsberatung des SED-Politbüros am 8. und 9. Juli 1965 auf der Insel Vilm konnte Gerhard Grüneberg diese Zweifel nur aus dem Weg räumen, indem er seine persönliche Stellung im Herrschaftssystem mit dem Erfolg des Projektes verknüpfte und vom Argument der drohenden Fleischknappheit abrückte. Jetzt ging es ihm mit der erwarteten Modernisierung der Fleischerzeugung wieder um die Ablösung von Fleischimporten aus dem Westen und die weitere dynamische Entwicklung der Fleischerzeugung in der DDR-Landwirtschaft überhaupt.¹⁷

Damit hatte Grüneberg offenkundig Erfolg. Dennoch blieb auch die Planung für eine moderne Mastrindererzeugung von einer Reduzierung der Investitionsmittel nicht verschont. Die ursprünglich geplanten 90.000 Mastplätze wurden auf 40.000 reduziert, was einer Investitionssumme von 100 Mio. Mark entsprach und eine Einsparung in Höhe von 125 Mio. Mark bedeutete. Lediglich bei Broilern kam es zu keiner Reduzierung. Festgelegt wurden hier 3,2 Mio. Mastplätze. Alle Investitionen in der sogenannten allgemeinen Landwirtschaft, das hieß volkseigene Güter und auf Geflügelmast spezialisierte LPG, sollten bis zum Jahre 1970 ausgesetzt und ausschließlich für den Aufbau industrieller Mastanlagen verwendet werden. In ähnlicher Weise sollten 960.000 Legehennenplätze geschaffen werden, um eine Konzentration der Eierproduktion in der DDR-Landwirtschaft zu ermöglichen. So argumentierte man von Seiten der ZAG, daß die bisherige, weit verstreute Eierproduktion unrentabel sei und die nicht kontinuierliche Belieferung erhebliche Schwierigkeiten bei Lagerung und Weiterverarbeitung verursacht habe; dies hoffte man durch Konzentration auf einen Produktionsstandort vermeiden zu können. Über die Höhe dieser Investition konnte man sich an dieser Stelle mit der Staatlichen Plankommission ebenfalls nicht einigen; Übereinstimmung wurde dahingehend erzielt, daß angesichts der geplanten Investitionen keine

16 Stellungnahme zur Vorlage für die Produktionsleitung am 21.7.1965 „Probleme auf dem Gebiet der Investition der Landwirtschaft in Auswertung des Politbürobeschlusses über die weitere Arbeit zur Lösung der Grundprobleme des Perspektivplanes für die Vorbereitung und Durchführung der Planverteilung“, LAB Rep. 635, Nr. 61, o. Bl.

17 Niederschrift der Beratung am 8. und 9.7.1965 auf der Insel Vilm, Barch, DE 1, VA Nr. 56298, Bl. 629.

größeren Finanzmittel für industrielle Eierproduktion in der allgemeinen Landwirtschaft mehr zur Verfügung gestellt werden sollten.¹⁸

Aus einer internen Analyse der volkswirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft wird deutlich, daß es nicht nur dem ehrgeizigen Verhandeln von Mitarbeitern des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf zu verdanken ist, daß die Investitionen zum Aufbau industrieller Mastviehanlagen fortgesetzt wurden. Vielmehr ging man in der Plankommission davon aus, daß die landwirtschaftlichen Leistungen zur Versorgung der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt, also fünf Jahre nach der vollständigen Kollektivierung, nicht den Möglichkeiten westlicher hochentwickelter Agrarproduktion entsprachen,¹⁹ was die Position von Grüneberg und die Planungen der ZAG nur erneut bestätigte. Es wurde empfohlen, weniger landwirtschaftliche Erzeugnisse für den Endverbraucher zu importieren als vielmehr pflanzliche Produkte zur Steigerung der Eigenerzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere von Fleisch. Der anhaltende Rückgang der landwirtschaftlichen Anbaufläche habe es in den zurückliegenden Jahren erschwert, die Futtersituation zu verbessern und damit die Möglichkeiten zur effektiven Nutzviehhaltung in der DDR eingeschränkt. Nach Ansicht der Planer entsprachen die bisherigen Investitionsleistungen in der Landwirtschaft zwar deren Leistungsanteil am Nationaleinkommen, doch aufgrund der Umgestaltung der Landwirtschaft habe das eingesetzte Anlagevermögen nur zu einem kleinen Teil wirksam zu einem Produktivitätsanstieg beigetragen. Die Umstrukturierung in der Landwirtschaft hatte zwar die Eigentumsverhältnisse gründlich verändert, die Reproduktion der Landwirtschaft aber nur auf bisherigem Niveau ermöglicht, ohne irgendeine Tendenz zur Modernisierung. Man erwartete, daß der größte Anteil der Investitionen auch in den kommenden Jahren für den Ersatz der in einzelbäuerlichen Betrieben genutzten Kapazitäten eingesetzt werden mußte, da diese dezentralen Produktionsvermögen in den zentralisierten sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben gar nicht oder nur als Notbehelf genutzt werden konnten.²⁰

Zusätzlich hatte sich gezeigt, daß die in den landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzte Technik und Technologie zwar zu einer erheblichen Steigerung der individuellen Leistung geführt hatten, aber nicht ausreichten, um den massiven Verlust an Arbeitskräften aufzufangen. Ausgehend von der Produktivität und Leistungsfähigkeit innerhalb des vorhandenen Preissystems, mußte die Landwirtschaft der DDR in den Augen der Zentralplaner zu diesem Zeitpunkt ein unrentabler Volkswirtschaftszweig sein. Die Plankommission wies darauf hin, daß es der Landwirtschaft auf dem derzeitigen Stand nicht möglich sein würde, bis 1970 und ohne Hilfe den geforderten Höchststand des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu erreichen. Dies sollte insbesondere dadurch gelingen, daß in der Landwirtschaft nur noch Technologien und Verfahren eingeführt werden sollten, die beim Pflanzenanbau und durch die Zusammensetzung der Viehbestände die höchstmögliche Steigerung der Produktivität sowie durch Spezialisierung und Kooperation die schnellere Steigerung der Arbeitsproduktivität ermöglichen würden. Flankierend sollte die Qualifikation der Beschäftigten in diesem Volkswirtschaftszweig durch die obligatorische Einführung von Facharbeiterberufen in der

18 Zentrale Aufbaugruppe – Angaben für den Aufbau von industriellen Großanlagen für die Produktion von Schlachtvieh, Schlachtgeflügel und Eiern im Perspektivplanzeitraum von 1969–1970 als Unterlage für die Unterarbeitsgruppe Landwirtschaftlicher Anlagenbau –, 9.8.1965, LAB Rep. 635, Nr. 61, o. Bl.

19 Staatliche Plankommission, Bereich Land- und Forstwirtschaft, Sektor Ökonomie – Zu einigen Problemen der Entwicklung der Landwirtschaft der DDR und ihrer Stellung in der Volkswirtschaft –, 16.9.1965, BArch, DE 1, VS II, Nr. 12781, o. Bl.

20 Ebd.

Landwirtschaft entscheidend verbessert werden.²¹ Diese Einsichten aus dem Haus der SPK hatten zwar nicht zur Folge, daß bereits ergangene Kürzungen in den Planungen zurückgenommen wurden. Wohl halfen sie aber, das Projekt vor dem vollständigen Scheitern zu bewahren.

So wurden weiterhin in der Phase der Planungsvorbereitung Studienreisen zum Stand der industriellen Geflügelproduktion innerhalb des RGW veranstaltet, an denen die ZAG auch Vertreter der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften beteiligte. Die Delegationsmitglieder reisten in die Sowjetunion, nach Ungarn und in die ČSSR. Als Fazit ihrer Reisen hielten die Fachleute fest, daß die intensive Geflügelhaltung in den besuchten Ländern mit unterschiedlichen Technologien und auf der Basis unterschiedlicher Zucht- und Mastmethoden ausgebaut wurde. Obwohl in fast allen RGW-Ländern solche Projekte anliefen, kamen die Delegationsmitglieder zu dem Schluß, daß es nicht möglich sein würde, sich beim Aufbau einer eigenen Geflügelproduktion auf Erfahrungen mit derartigen Projekten zu stützen. Besonders in der sowjetischen Landwirtschaft wurde zu dieser Zeit der Aufbau von industrieähnlichen Geflügelfabriken stark forciert. Aus diesem Grund sah sich die Sowjetunion nicht in der Lage, solche Anlagen in die DDR zu exportieren. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit sollte zwar weiterhin fortgesetzt werden, ein Austausch technologischer Unterlagen wurde auf Grundlage dieses Delegationsaustausches jedoch nicht vereinbart.²²

Das Ziel der Zentralen Aufbaugruppe, ihre ehrgeizigen Vorhaben zur Modernisierung der Fleischerzeugung in der DDR-Landwirtschaft in dem ursprünglich geplanten Umfang zu verwirklichen, wurde trotz ihres Widerstandes von den zentralen Planungsbehörden vereitelt. Bereits für das Jahr 1966 mußte die Zentrale Aufbaugruppe eine weitere Kürzung der ihr zur Verfügung stehenden Investitionsmittel um 8,8 Mio. Mark hinnehmen.²³ Die Auswahl der Standorte für die Broilermastproduktion begründete die ZAG gegenüber der Staatlichen Plankommission so: In erster Linie ginge es darum, die Zentren der „materiellen Produktion“ sowie Urlauber-, Wohn- und Kulturzentren in der DDR mit Geflügelfleisch hoher Qualität zu beliefern. Deshalb planten sie den Aufbau von Broiler-Kombinaten in den Bezirken Magdeburg, Leipzig, Rostock, Frankfurt/Oder, Potsdam, Halle und Karl-Marx-Stadt mit jeweils 480.000 Broilermastplätzen. Spezielle Mischfutterwerke sollten diese Kombinate beliefern. Bis 1970 war die Planung so, daß lediglich das Kombinat Königs Wusterhausen auch einen Legehennenbetrieb bekommen sollte.²⁴

Besonderer Wert wurde auf die Mastanlagen im Umfeld der Hauptstadt der DDR gelegt: Insgesamt sollten es drei Mastanlagen werden, je eine reine Geflügelmastanlage im Bezirk Frankfurt/Oder und im Bezirk Potsdam und eine gemischte Broiler-Legehennenmastanlage in Königs Wusterhausen, ebenfalls im Bezirk Potsdam. Insgesamt sollten nach diesen Planungen bis zum Jahre 1970 jährlich 9.000 t fettarmes – wie es hieß, „diäisches“ [sic] – Geflügel-Frischfleisch für die Berliner Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Die

21 Ebd.

22 Bericht der DDR-Delegation über die Reise zum Studium der industriemäßigen Geflügelproduktion in der UdSSR, UVR und ČSSR vom 2.8. bis 27.8.1965, LAB Rep. 635, Bündel 13, o. Bl.

23 Vermerk über die Absprache mit Koll. Fritz und Koll. Wittke in der Abt. Ökonomie am 10.11.1965 zum Perspektivplan bis 1970 für unsere Großanlagen, 11.11.1965, LAB Rep. 635, Nr. 61, o. Bl.

24 Zentrale Aufbaugruppe – Vorschlag für Stellenpläne und Mittelberechnung für die Leitungen in den neu zu bildenden Kombinaten und die Zentrale Aufbaugruppe beim Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1966 –, 13.12.1965, LAB Rep. 635, Nr. 27, o. Bl.

Standorte Halle, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Leipzig wurden aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für eine stabile Versorgung der anderen Industrieschwerpunkte der DDR festgelegt. Der Standort Rostock wurde wegen seiner besonderen Bedeutung für die Versorgung der Urlaubszentren und der Ostseebäder im Norden der DDR ausgewählt. Nach den Plankorrekturen war vorgesehen, 1966 lediglich ein Rindermast-Kombinat in Ferdinandshof, ein Broiler-Legehennen-Kombinat in Königs Wusterhausen und ein Broiler-Kombinat in Möckern bei Magdeburg aufzubauen. Darüber hinaus sollten die Vorbereitungen für den Aufbau von Broiler-Kombinaten in den Bezirken Leipzig und Rostock für das Jahr 1967 und Frankfurt/Oder 1968 sowie für das noch 1967 zu errichtende Rindermast-Kombinat in Frankfurt/Oder getroffen werden. Besonderen Stellenwert sollte dabei das Kombinat in Königs Wusterhausen haben, das seine Produktion in der ersten Produktionsstufe, der Vermehrungsaufzucht, bereits 1967 beginnen sollte. Zur Vorbereitung der Aufbauarbeiten wurden für das Jahr 1966 insgesamt 77 Arbeitskräfte eingeplant, davon 48 für den Aufbau der verschiedenen Kombinate und 29, die in der Zentralen Arbeitsgruppe selbst beschäftigt werden sollten.²⁵

Nach einer weiteren Studienreise, diesmal zur Besichtigung ungarischer Broilmastbetriebe, plädierte die Zentrale Aufbaugruppe dafür, die geplanten Anlagen zur Mast von Geflügelfleisch nach ungarischem Vorbild von der Firma Lohmann aus der Bundesrepublik zu importieren; auf diese Weise sei eine stabile und funktionierende Produktion ohne jegliche experimentelle Zwischenstufen und auf dem schnellsten Wege möglich. In dem Bericht der Delegation finden sich Bemerkungen, die darauf schließen lassen, daß das Zusammentreffen besonders mit den ungarischen Partnern dadurch getrübt war, daß diese nicht bereit waren, in vollem Umfang Auskunft darüber zu geben, wie ihre Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Lizenzgeber zu bewerten sei. Offensichtlich wollten die ungarischen Geflügelspezialisten ihre Beziehungen in die Bundesrepublik nicht dadurch gefährden, daß sie den DDR-Vertretern allzu freigiebig ihre Kontakte preisgaben.²⁶

Da es zu keinem offiziellen Beschuß des Ministerrates über dieses Investitionsobjekt gekommen, die praktische Arbeit aber durch die Position von Politbüromitglied Grüneberg abgesichert war, hatte die ZAG theoretisch einen beachtlichen Freiraum, den sie aber nur begrenzt für das Projekt zu nutzen wußte: Ihre Arbeit litt schon bald unter mangelnder Effizienz. Innerhalb der Aufbaugruppe offenbarte sich eine ungewöhnliche Großzügigkeit im Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen. So sah sich der Leiter der Zentralen Aufbaugruppe bereits im Februar 1966 gezwungen, die Verwendung der Fahrzeuge restriktiv zu regeln, da sie für private Zwecke genutzt worden waren. Zur gleichen Zeit ergaben sich ernste Schwierigkeiten für die Zentrale Aufbaugruppe, ihre Planungen in den einzelnen Bezirksverwaltungen durchzusetzen bzw. die erforderliche Planungsabstimmung auf regionaler oder örtlicher Ebene zu erreichen. Dies betraf besonders die Bereiche, in denen der Aufbau der Anlagen davon abhing, ob sie über das vorhandene lokale oder regionale Straßenverkehrs- und Energieversorgungssystem mitversorgt werden könnten. Offenkundig hatten die regionalen Planungs- und Verwaltungsbehörden, insbesondere die der Bezirke Rostock und Neubrandenburg, andere Prämissen als die Aufbaugruppe. Eine Einigung schien nur möglich, indem zusätzliche Ressourcen bei der Durchführung der Investitionsvorhaben so eingesetzt wurden, daß auch diese Bereiche profitieren konnten. Trotz dieser

25 Ebd.

26 Bericht über den Aufenthalt einer Praktikumsgruppe in der Volksrepublik Ungarn vom 25.10.1965 – 18.12.1965, 14.1.1966, LAB Rep. 635, Bündel 13, o. Bl.

erheblichen Schwierigkeiten ging die Zentrale Aufbaugruppe in prognostischen Planungen davon aus, im Zeitraum von 1971–1980 eine erhebliche Ausweitung des Baus von Anlagen für die industrielle Produktion von Schlachtvieh in der DDR-Landwirtschaft zu erreichen. Bis 1980 hoffte sie, 25 Broiler-Kombinate, fünf Kombinate für die Schweinemast, 10 Kombinate für die Rindermast sowie fünf Kaninchen- und 10 Putenmast-Kombinate als zentrale Schlachtviehlieferanten in der gesamten DDR aufbauen zu können.²⁷

Da es die Hauptaufgabe der zukünftigen Kombinate für industrielle Mast (KIM) war, die stabile Versorgung der für die DDR wichtigen Industrie- und Wohngebiete zu sichern, wurde der Vermeidung von Tierseuchen größter Wert beigemessen. Die verschiedenen Phasen der Aufzucht und Mast der Tiere, genannt wurden sie Produktionsstufen, sollten weiträumig voneinander getrennt werden, um eine eventuelle Ausbreitung von Krankheitserregern zu verhindern. Der veterinärmedizinische Gutachter Dr. Heider forderte, die unterschiedlichen Mastbereiche, die zugleich zukünftig Meisterbereiche sein sollten, innerhalb von Broiler-Kombinaten in einem Abstand von mindestens 200 m zu errichten. Die Produktionsstufen Brutaufzucht und Mast sollten jeweils mindestens zwei bis drei Kilometer voneinander entfernt liegen. Heider erklärte in einer Beratung beim Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf, daß unter dem Gesichtspunkt der Seuchenverhinderung diese Sicherheitsabstände nicht unterschritten werden dürften. Einwänden, in der ČSSR würden derartig aufwendige und viel Bauland verbrauchende Sicherheitsvorkehrungen nicht getroffen, begegnete er mit dem Argument, es handle sich in diesem Fall um Versuchsanlagen, und außerdem sei man aufgrund negativer Erfahrungen dort inzwischen auch zu solchen Sicherheitsvorkehrungen übergegangen. Des weiteren wies er darauf hin, daß sich die Seuchengefahr bei immer stärkerer Konzentration der Produktion und zunehmender Größe der Tierbestände potenziere und es deswegen darauf ankäme, rigorose Vorkehrungen zu treffen. Die weiträumige Dislokation der verschiedenen Verarbeitungsstufen bei Broilmast, Vermehrungszucht, Brut, Mast und Schlachtung erhöhte allerdings die Kosten des Anlagenbaus um 2,3 Mio. Mark. Da weniger das kurzfristige betriebswirtschaftliche Ergebnis als eine stabile Produktion für die Versorgung der Großstädte im Vordergrund stand, spielten dergleichen Kostenfragen in der weiteren Bauplanung nicht die entscheidende Rolle.²⁸

Ein anderes Problem für die ZAG stellte der geplante Import von Anlagen dar. Immer wieder war sie mit der Forderung konfrontiert, den Aufbau des Komplexes weitgehend unabhängig von Importen durchzuführen. Am Beispiel der Brutanlagen wurde jedoch deutlich, daß der landwirtschaftliche Anlagenbau in der DDR Mitte der sechziger Jahre dazu nicht in der Lage war. Die ZAG stellte fest, daß Brüter aus DDR-Produktion ungünstige technische Parameter besaßen, zu großen Raum beanspruchten und sehr störanfällig waren. Um einen schnellen Produktionsbeginn zu ermöglichen, könne man zu diesem Zeitpunkt nicht darauf verzichten, Anlagen mit dem Nachweis einer günstigen und stabilen Leistungsfähigkeit zu importieren. Gleichzeitig erhielt der in Frage stehende inländische Produzent den Auftrag, sein eigenes Produkt weiterzuentwickeln. In der Phase des weiteren Aufbaus

27 Zentrale Aufbaugruppe, 23.2.1966, Protokoll über die Arbeitsbesprechung am 21.2.1966 –, LAB, Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

28 Staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse – Protokoll vom 11.5.1966 zur Beratung am 3.5.1966, über Lokalisation beim Aufbau von Groß-Geflügel-Anlagen, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

der Großproduktion für Mastvieh war geplant, solche inländischen Produkte auf der Basis stabiler Produktionswerte in die Praxis einzuführen.²⁹

Aus der Technisch-Ökonomischen Zielstellung (TÖZ) für das Broiler-Legehennen-Kombinat Königs Wusterhausen und für das Broiler-Kombinat Möckern wird noch einmal ersichtlich, in welch großem Ausmaß es trotz der zentralisierten Planung der DDR nötig war, Abstimmungen für ein umfangreiches Investitionsvorhaben durchzuführen. Die TÖZ führt allein 12 Behörden und Firmen an, die mit dazu beigetragen haben, daß das Planungsdokument fertiggestellt werden konnte:³⁰

Tabelle 7: Liste der für die ZAG zuständigen Genehmigungsbehörden

An der Ausarbeitung der TÖZ beteiligte wissenschaftliche Institute und zentrale Einrichtungen
VEB Landbauprojekt Potsdam
Landwirtschaftlich-gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin
Veterinärmedizinische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Geflügelzucht Rottenau der DAL
Institut für Geflügelzucht Merbitz der VVB Tierzucht
Institut für Fleischwirtschaft der DDR, Magdeburg
Institut für wirtschaftliche Energieanwendung, Bezirksstelle Potsdam
Rat des Bezirkes Potsdam, Bezirksplankommission
Büro für Territorialplanung
Rat des Kreises Königs Wusterhausen, Abt. Planung und Bilanzierung
Rat des Bezirkes Magdeburg, Bezirksplankommission
Büros für Territorialplanung in Potsdam und Magdeburg

Quelle: Technisch-Ökonomische Zielstellung für das Broiler-Legehennen-Kombinat Königs Wusterhausen, Bez. Potsdam, das Broiler-Kombinat Möckern, Bez. Magdeburg, BArch, DK107/A 17, Nr. 23, o. Bl.

In diesem Dokument werden die Broiler-Legehennen-Kombinate nochmals ausdrücklich als Betriebe gekennzeichnet, die unmittelbar für die Versorgung großer Verbraucherzentren geschaffen werden sollten. Als Besonderheit dieser Anlagen gegenüber der bisherigen landwirtschaftlichen Produktion wird hervorgehoben, daß jede einzelne Produktionsstufe, vom Linienkücken über die Vermehrungszucht bis zum schlachtreifen Broiler, sowie vom Linienkücken über die Vermehrungszucht bis zur Legehenne, in einer Hand liegt. Die Produktivität dieser neuen staatlichen Agrarbetriebe sollte durch weitgehende Arbeitsteilung, teilweise mechanisierte Arbeitsgänge und hohe Tierkonzentration dem internationalen Leistungs niveau angepaßt sein. Besondere Aufmerksamkeit wurde darauf gerichtet, die Planungen für diese Betriebe so zu gestalten, daß vor allem ein kontinuierlicher Produktionsfluß sichergestellt wurde. Die Betriebe erhielten eigene Schlachthöfe bzw. Eiersortieranlagen sowie Versandabteilungen. Durch Direktbeziehungen zu Verkaufsstellen und Groß-

29 Ebd.

30 Technisch-Ökonomische Zielstellung für das Broiler-Legehennen-Kombinat Königs Wusterhausen, Bez. Potsdam, das Broiler-Kombinat Möckern, Bez. Magdeburg, BArch, DK 107/A 17, Nr. 23B1, o. Bl.

verbrauchern sollten die Zirkulationsphase verkürzt und die Betriebsverluste auf ein Minimum begrenzt werden. Deshalb erhielten die Kombinate eigene Gebäude für Auslieferung, Reparaturbasis, Wäscherei und Küche. Sowohl für die Versorgung der Abnehmer als auch für die Wartung der eingesetzten Anlagen sollten ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen, zugleich wollte man die eigenen Mitarbeiter ausreichend versorgen und alles in einer Hand zusammenführen.³¹

Die revidierten Planungen sahen bis zum Jahr 1970 insgesamt acht Kombinate im Sektor Geflügel vor. Dem Broiler-Legehennen-Kombinat in Königs Wusterhausen und dem Broiler-Kombinat in Möckern war weiterhin die Rolle von Modellanlagen zugeschrieben; die weiteren Anlagen sollten nach den dort gewonnenen Erfahrungen aufgebaut werden. Die Verhandlungen mit den verschiedensten staatlichen Instanzen hatten die ZAG in ihrem zentralen Planungsdokument mehrere Begründungslinien für diese Investitionen entwickeln lassen: Sie argumentierte ganz ideologisch, mit diesem Projekt den Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit in der Landwirtschaft der DDR beispielhaft überwinden zu können. Das Argument, daß der erwartete Bedarf an ernährungsphysiologisch hochwertigem Geflügelfleisch sowie an Eiern weiter steigen werde, findet sich ebenfalls in diesem Dokument wieder. Deshalb gehe man davon aus, daß in Zukunft der Bedarf an und der Verbrauch von fettreichem Fleisch zurückgehen und der Pro-Kopf-Verbrauch von 4,2 kg Geflügelfleisch im Jahr 1964 weiter steigen würde. Zu dieser Zeit lag der Verbrauch von Geflügelfleisch in Westdeutschland bei 5,2 kg pro Kopf, in den USA sogar bei 22 kg und in Israel bei 30 kg. Das Angebot an Geflügelfleisch sollte sich nicht nur in der Menge verändern, auch die Struktur des Verbrauches sollte sich wandeln. Fettarmes Broilerfleisch sollte Gänse- und Entenfleisch ablösen. In gleicher Weise wurde die Steigerung der Eierproduktion begründet.³²

Die Großinvestitionen für die industrielle Broiler- wie auch die Eiererzeugung wurden von der ZAG mit einem weiteren Argument versehen: Die intensivierte Produktion von Geflügelfleisch und Eiern sollte es ermöglichen, die Selbstkosten dieses Sektors der DDR-Landwirtschaft deutlich zu reduzieren. Dies werde auch durch den Standort der Produktionsanlagen erreicht. Die räumliche Nähe zu den Verbraucherzentren könnte die Umlage- und Frachtkosten reduzieren, denn die Wege bis in die Lager würden kürzer, und die bisherigen Transporte von den örtlichen Eiererfassungsstellen zu den volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben entfielen. Auch der Wegfall von Bahnfrachttransporten ergebe eine Einsparung aufgrund geringerer Transportverluste. Ein besonderer Vorteil der Kombinate für Broilermast liege darin, daß es durch einen Mastzyklus mit wöchentlichem Einstallen der Masttiere und ebenfalls wöchentlichem Ausstallen und Schlachten der „reifen Masttiere“ möglich sei, die bisherigen Schwankungen in der Ablieferung von Schlachtgeflügel zu überwinden.³³

31 Ebd.

32 Ebd.

33 Ebd.

Tabelle 8: Schwankungen bei der Ablieferung von Schlachtgeflügel in den Jahren 1963 und 1964

Quartal	Schlachtgeflügel 1963 in %	Schlachtgeflügel 1964 in %	Hähnchen 1963 in %	Hähnchen 1964 in %
I	4,0	6,7	7,6	12,6
II	12,8	17,7	16,4	20,0
III	49,8	46,5	42,5	37,4
IV	33,4	29,1	33,5	30,0

Quelle: Technisch-Ökonomische Zielstellung für das Broiler-Legehennen-Kombinat Königs Wusterhausen, Bez. Potsdam, das Broiler-Kombinat Möckern, Bez. Magdeburg, BArch, DK 107/A 17, Nr. 23, o. Bl.

Bei Geflügel wie bei Eiern würde es zu einer Reduzierung der bisher notwendigen Kühlkapazitäten kommen, und der Bevölkerung könnten frischere Produkte zur Verfügung gestellt werden. Ein weiteres Kostenargument sei, daß aufgrund der konzentrierten Aufzucht und Mast der Futtereinsatz pro Tier und Legeplatz deutlich reduziert werden könne; nach eigenen Berechnungen handele es sich um eine Einsparung von 4.446 t Futter. Bei Legehennen sollte die Einsparung insgesamt 3.107 t Futter betragen. Die gesamte Produktionssteigerung könne aber keine Entlastung der Landwirtschaft von der bisherigen Geflügelmast- und Eierproduktion bedeuten; vielmehr sei sie eine wesentliche Ergänzung, die es ermöglichen sollte – nachdem der Bedarf der Bevölkerung vollständig gedeckt sei –, die qualitativ hochwertigen Produkte der Kombinate zu exportieren.³⁴

2. Der Aufbau: Mit Sondervollmacht kontra Mangelwirtschaft

Während der intensiven und umfangreichen Planungsarbeit kam es kurz vor der Bauphase zu Differenzen mit der Abteilung Landwirtschaft des ZK. Hier deutete sich ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber dem sehr eigenständigen und vor allem an westlichen Standards orientierten Vorgehen der ZAG an.³⁵ Von den SED-Apparatschiks wurde besonders getadelt, daß die weiträumige Lokalisation der unterschiedlichen Produktionsstufen von Broilermast und Legehennenrichtung letzten Endes zu kostspielig sei und viele zusätzliche Investitionen, insbesondere zur Wasserversorgung und Reinigung, erforderne. Auf der anderen Seite wurde aber eingefordert, gesonderte Mischfutterwerke für diese Kombinate zu bauen; ihr Zweck lag einzig und allein darin, für die KIM-Betriebe spezielles Futter herzustellen. Besonders schwer wog jedoch der Vorwurf, die ZAG habe die sowjetischen Investitionserfahrungen in der Geflügelproduktion nicht berücksichtigt.³⁶ Ganz offensichtlich wollte man hier nicht zur Kenntnis nehmen, daß die sowjetischen Produzenten nicht bereit gewesen waren, der ZAG Anlagen und Technologien für Geflügelmast und Legehennenrichtung zur

34 Ebd.

35 Hausmitteilung von ZK-Abt. Landwirtschaft an Genosse Grüneberg, 5.4.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 175, o. Bl.

36 Probleme zu TÖZ für Broiler-Legehennen-Kombinate Königs Wusterhausen und Möckern, 5.4.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 175, o. Bl.

Verfügung zu stellen, was dem Büro für Landwirtschaft beim Politbüro der SED jedoch bereits Anfang 1965 bekannt war.

Im Zusammenhang mit dieser Kritik wurde die Zentrale Aufbaugruppe nochmals aufgefordert, die Grundlagen für den Aufbau dieser Anlagen, d. h. Beschlusslage und Stand zum Zeitpunkt April 1966, detailliert darzulegen. Interessanterweise beriefen sich die Autoren der Zentralen Aufbaugruppe in ihrer Rechtfertigung nicht darauf, daß die Abstimmung mit den Planungsorganen seinerzeit aufgrund des negativen Ministerratsbeschlusses vom Mai 1965 erfolgt war, sondern sie sammelten eine Reihe von Details aus verschiedenen internen sowie veröffentlichten Dokumenten der SED aus den zurückliegenden zwei Jahren, um ihre eigene Aufgabenstellung quasi rechtlich abzusichern.³⁷ Im einzelnen zitierten sie aus dem gemeinsamen Beschuß des Politbüros des ZK der SED und des Präsidiums des Ministerrates vom 4. September 1964, in dem erstmals die Errichtung industrieller Großanlagen für die Geflügel-, Eier- und Schweineproduktion erwähnt worden war. Zweitens stützten sie sich auf den Kandidaten des Politbüros und Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates, Georg Ewald. Auf der 7. Tagung des ZK der SED hatte er in seinem Referat detailliert dargelegt, daß in den Jahren 1965–1966 die Projektierung und der planmäßige Aufbau einiger moderner Großanlagen für Rinder-, Schweine- und Geflügelmast sowie für die Eierproduktion erfolgen sollten. Drittens beriefen sie sich auf den Ministerratsbeschuß vom 6. Februar 1965, in dem in allgemeiner Form der Auftrag zum Aufbau dieser Anlagen gegeben wurde. Viertens verwiesen sie auf die wissenschaftlich-technische Konzeption für die Entwicklung des Produktionszweiges Geflügel, und fünftens zitierten sie eine Passage aus dem 11. Plenum des ZK der SED, auf dem Walter Ulbricht in sehr allgemeiner Form formuliert hatte, daß es darum ginge, in den Außenhandelsbeziehungen ein Stück technische Revolution zu importieren und für den Sozialismus dienstbar zu machen. Einer solchen Aufgabenstellung sahen sich die Verantwortlichen der Zentralen Aufbaugruppe offenbar verpflichtet, und letztendlich praktizierten sie diese Verfahrensweise ja auch. Unabhängig davon berief die ZAG sich auf eine zentrale Baukonferenz, auf der die Landbaukombinate die Zuständigkeit für den Aufbau der industriellen Großanlagen zugesprochen bekommen hatten. Schließlich führten sie unter Punkt sieben an, daß Walter Ulbricht am 10. September 1964 auf der Sitzung der Perspektivplankommission die Direktive ausgeben hatte, in der Nähe von Großstädten, Industriegebieten und Erholungszentren spezialisierte volkseigene Großbetriebe zu schaffen, für die neue Komplexanlagen zu entwickeln wären.³⁸

Trotz dieser etwas unübersichtlichen Beschlusslage reichte es offensichtlich, sich mehrfach auf öffentliche Verlautbarungen von Walter Ulbricht zu berufen, um im Aufbau dieses großen Investitionsprojektes fortfahren zu können, auch wenn die rein formale Zustimmung des Präsidiums des Ministerrates bis zu diesem Zeitpunkt nicht eingeholt werden konnte. Immerhin hatte sich das Präsidium des Ministerrates nicht grundsätzlich gegen dieses Vorhaben ausgesprochen, sondern letztlich nur gefordert, die Investitionsvorhaben besser in die Planung der zentralen staatlichen Planungsbehörden einzuordnen bzw. sich mit diesen eingehend abzustimmen, und die wohl wichtigere Unterstützung durch das verantwortliche Politbüromitglied lag ja vor. Das Eigengutachten der ZAG und deren Berichterstattung über den Stand der geplanten Investitionsvorhaben erzeugen beim Leser den wohl nicht unge-

37 Zentrale Aufbaugruppe – Information über die Grundlagen und den Stand der Vorbereitung des Aufbaus der industriellen Großanlagen für die Produktion von Schlachtvieh, Geflügel und Eiern für den Perspektivplanzeitraum 1966–1970 vom 16.4.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 174, o. Bl.

38 Ebd.

wollten Eindruck, daß trotz fragiler Rechtsgrundlage eine Einstellung der Arbeiten an diesem Projekt zu diesem Zeitpunkt mehr Schaden für die Volkswirtschaft der DDR als politischen Nutzen zur Folge gehabt hätte. In einer Auflistung verschiedenster damit in Zusammenhang stehender Projekte argumentierte die ZAG schließlich, daß die Arbeiten für das Broiler- und Legehennen-Kombinat Königs Wusterhausen und für das Broilermast-Kombinat Möckern schon zu weit gediehen seien. Eine Zurücknahme würde zu erheblichen Schwierigkeiten mit vertraglich gebundenen Auslandspartnern führen und eine Reihe von bereits begonnenen Bauvorhaben dadurch sinnlos werden lassen.³⁹

Aus dem Protokoll der Dienstberatung der Zentralen Aufbaugruppe vom 11. Mai 1966 ergibt sich jedoch ein gänzlich anderes Bild. Von den insgesamt 13 angestrebten Bauverträgen waren zu diesem Zeitpunkt lediglich zwei unterschrieben. Für eine Reihe von Bauvorhaben waren Vorabsprachen getätigt, die in Wochenfrist zu Vertragsabschlüssen führen sollten. Trotzdem waren Bauverträge im Werte von ca. 2 Mio. Mark zu diesem Zeitpunkt noch offen, und es bestand die Gefahr ernster Verzögerungen im Aufbau des Broiler-Legehennen-Kombinates Königs Wusterhausen. Es gab große Schwierigkeiten, ausreichend und entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte und Bauleiter für den Aufbau des Projektes zu gewinnen. Deshalb erwog die ZAG, einen Teil der Bauarbeiten für die Hallenfundamente von Strafgefangenen ausführen zu lassen. Zusätzlich wollte sie Bauingenieurstudenten und Architekturstudenten der Technischen Universität Dresden gewinnen. Sie sollten während ihres Praktikums am Bau in Königs Wusterhausen arbeiten. Gleichzeitig gestaltete sich der Import von Technik und Hallen aus dem „nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) schwieriger als erwartet: Offensichtlich war der westdeutsche Vertragspartner bemüht, auf Kosten des DDR-Importeurs minderwertige Ware zur Verfügung zu stellen und dadurch einen Extragewinn zu erwirtschaften.⁴⁰

Zusätzlich verzögerten sich die Vorbereitungsarbeiten für das Objekt in Möckern. Zum Zeitpunkt der Beratung fehlten nach Ansicht des Leiters der Zentralen Aufbaugruppe alle Voraussetzungen, um Absprachen mit den Baubetrieben zu treffen. Das Projektierungsbüro VEB Lapro Potsdam war nicht in der Lage, die terminlichen Vorgaben der Zentralen Aufbaugruppe zu erfüllen und galt in dessen Augen als der eigentliche Verzögerungsfaktor. Dies war deshalb so problematisch, weil das Projekt Möckern bereits eine Ablösung der Importe ermöglichen sollte und somit für die ZAG von besonderer Bedeutung war. Wäre es zu diesem Zeitpunkt gelungen, sich von Importen unabhängig zu machen, hätte die ZAG den Nachweis erbringen können, daß all ihre ehrgeizigen Anfangsziele auch im Rahmen der Produktion der DDR – ohne zusätzliche Importbelastung – hätten durchgesetzt werden können.⁴¹

Überhaupt schien der staatliche Landbau die eigentliche Achillesferse des gesamten Investitionsprojektes zu sein. Der Bau der geplanten Rindermastanlage des VEB Kombinat Industrielle Mast Ferdinandshof stand vor außerordentlichen Schwierigkeiten. Offenkundig genügte es nicht, ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, um Betriebe für

39 Ebd.

40 Zentrale Aufbaugruppe, Protokoll über die Dienstbesprechung am 11.5.1966, LAB Rep. 635, Nr. 88, o. Bl.

41 Staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Vorlage für die Dienstbesprechung am 3.6.1966 – Bericht über den Stand der Durchführung der Investitionen für industrielle Anlagen, über die Vorbereitung der Produktion und die Vorbereitung der Vorhaben für das Jahr 1967 –, vom 1.6.1966, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

die Bauleistung vertraglich an das Projekt zu binden. Zu einem Hauptproblem wurde, daß die beauftragten Betriebe – unabhängig vom Geld – keine ausreichenden Kapazitäten für den Bau zur Verfügung stellen konnten. Mit Kapazitäten waren sowohl Arbeitskräfte als auch Baumaterial und Maschinen gemeint. All dies war im Bezirk Neubrandenburg zu diesem Zeitpunkt knapp. Gleichzeitig trat das Problem auf, daß es durch die Lizenznahme über englische Vertragspartner zu erheblichen technischen Abstimmungsschwierigkeiten kam: Eine Reihe der vorgesehenen Bauvorhaben entsprach nicht den geltenden Normen der DDR (TGL⁴²), was eine Vielzahl von Überarbeitungen und Nacharbeiten schon in der Phase der Bauplanung erforderte. Auch hier wurde das Problem der Arbeitskräfte so gelöst, daß für größere Bauarbeiten zum Teil Strafgefangene eingesetzt wurden. Um die Bauarbeiten im Bezirk Neubrandenburg ins Laufen zu bringen, sah sich die Zentrale Aufbaugruppe gezwungen, „sogenannte Maßnahmen für außerordentliche Unterstützungen des Baubetriebes“ zu leisten. Gemeint war damit schlicht und einfach, daß man nicht nur die finanziellen Mittel bereitstellte, um die vertraglich vereinbarten Leistungen zu bezahlen, sondern daß man auch dafür sorgen mußte, daß der Baubetrieb zu Maschinen und Material kam, um seinen Vertrag überhaupt erfüllen zu können. Dazu gehörte eben auch, daß man über das Ministerium des Innern, Hauptabteilung Strafvollzug, insgesamt 150 Arbeitskräfte zum Bau der Rindermastanlage zur Verfügung stellte.⁴³

Ähnlich schwierig stellte sich die Situation beim Aufbau des Broiler-Legehennen-Kombinats in Königs Wusterhausen dar. Hier war der projektierende und ausführende Baubetrieb, Lapro Potsdam, durch eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben, die ihm vom Ministerium für Bauwesen zugeteilt worden waren, sowie durch starke Personalfluktuation in Verzug geraten. Das Ministerium für Bauwesen hatte im Bezirk Potsdam andere Prioritäten. Das führte wiederum zu Schwierigkeiten mit den jugoslawischen Vertragspartnern. Zwar war es gelungen, das Landbaukombinat Potsdam als bauausführenden Betrieb vertraglich zu binden, aber auch hier trat die Situation ein, daß die ZAG und die ihr unterstellte Aufbaugruppe Königs Wusterhausen für die Koordinierung der Bautätigkeit, die Beschaffung von Nachfolgeaufträgen und die Sicherung von Material und Arbeitskräften zuständig war, um eine reibungslose Bauausführung zu sichern. Den Hauptgrund für diese und eine Reihe von anderen Verzögerungen beim Bauprojekt Königs Wusterhausen sah die Zentrale Aufbaugruppe in der mangelnden Unterstützung durch die Behörden des Bezirkes Potsdam. Trotz anderslautender öffentlicher Erklärungen war das Interesse dieser Staatsfunktionäre am Zustandekommen bzw. Aufbau des Kombinates nicht sonderlich groß. Dies ließe sich sicherlich dadurch erklären, daß die eigentliche Aufgabe des Kombinats Königs Wusterhausen nicht etwa in der Erhöhung und Verbesserung des Fleischangebotes im Bezirk Potsdam selbst lag; es ging vielmehr darum, die Hauptstadt der DDR zu versorgen, während der Bezirk Potsdam hierfür lediglich Zubringerdienste leisten sollte.⁴⁴

Nach Aussagen der Zentralen Aufbaugruppe sah die Situation im Kreis Königs Wusterhausen selbst allerdings anders aus. Der Kreis unterstützte den Aufbau dieses Investitionsprojektes erheblich stärker als der Bezirk Potsdam. Offenkundig war das Interesse an der

42 TGL = Technische Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen.

43 Staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Vorlage für die Dienstbesprechung am 3.6.1966 – Bericht über den Stand der Durchführung der Investitionen für industrielle Anlagen, über die Vorbereitung der Produktion und die Vorbereitung der Vorhaben für das Jahr 1967 –, vom 1.6.1966, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

44 Ebd.

Entwicklung eines Großbetriebes innerhalb des Kreises stärker als das Desinteresse, das die übergeordnete Leitung an den Tag legte. Die Schwierigkeiten in Potsdam lagen aber sicher nicht allein im regionalen Egoismus der bezirklichen Verwaltungsorgane begründet. Unabhängig davon war der Arbeitskräftemangel auf den Baustellen so groß, daß am Investitionsobjekt Möckern für einige Zeit ausschließlich außerhalb der regulären Arbeitszeit gearbeitet wurde, um die bauvorbereitenden Leistungen überhaupt noch durchführen zu können. Dies verursachte allerdings zusätzliche Kosten. Ebenso erwies es sich als sehr schwierig, die DDR-Landmaschinenbaufirmen dafür zu gewinnen, Teile der importierten Ausrüstung für die verschiedenen Mastanlagen nachzubauen, um von Auslandsimporten unabhängig zu werden. Diese Aggregate für die Mast- und Legehennenanlagen hatten für die Maschinenbaubetriebe keinen Vorrang, da sie nicht auf der entscheidenden Liste der volkswirtschaftlich wichtigen Vorhaben standen und so für die Planerfüllung der Landmaschinenbaubetriebe nur ein zusätzlicher Produktionsposten ohne besondere Priorität waren. Aus diesem Grund zeigte sich speziell der Landmaschinenbaubetrieb Fortschritt Neustadt gegenüber der ZAG äußerst zurückhaltend und passiv bei der Erfüllung der geforderten und vertraglich gebundenen Ausrüstungsbereitstellung. Hier offenbarte sich, daß es doch zu einem erheblichen Nachteil für die ZAG geworden war, keinen zweiten Anlauf für einen Ministerratsbeschuß zum Aufbauprojekt „Industrielle Tierproduktion“ genommen zu haben. Offensichtlich reichten weder das Wohlwollen von höchster Stelle und die Abstimmung der Details noch die Vertragsbindung innerhalb des Systems der Planung und Leitung der DDR aus, um diesem Investitionsobjekt den nötigen Stellenwert zu verschaffen.⁴⁵

Da es in der Folgezeit nicht gelang, die Beziehungen zu den regionalen Baubetrieben des Bezirkes Potsdam so zu gestalten, daß eine zügige Ausführung des Objekts Königs Wusterhausen zu erwarten war, entschloß sich die Zentrale Aufbaugruppe, eine Reihe von Bauleistungen, die keine speziellen technischen Anforderungen stellten, selbst zu übernehmen. Damit wurde die regionale Aufbaugruppe Königs Wusterhausen selbst Baubetrieb. Insgesamt sieben technische und ingenieurtechnische Fachkräfte sowie 30 Bauarbeiter und Handwerker wurden eingestellt. Erstaunlicherweise konnte die Zentrale Aufbaugruppe auf diesem Wege sogar die Kosten für den Aufbau des Objekts Königs Wusterhausen senken. Dies zog allerdings weitere Probleme nach sich. Da die örtliche Aufbaugruppe keinen eigenen Fuhrpark besaß, mußte das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf Fahrzeuge bereitstellen. Der damit beauftragte Betrieb VVEAB Neustrelitz zeigte jedoch wenig Neigung, diese Leistungen der Zentralen Aufbaugruppe freiwillig zur Verfügung zu stellen, und verzögerte damit die Bauarbeiten. Aufgrund der anhaltenden Abstimmungsprobleme mit den zentralen Planungsorganen fühlten sich bezirkliche Planungsbehörden und Baubetriebe, speziell im Bezirk Magdeburg, ermutigt, sich vom Aufbau des Objekts Möckern zu verabschieden. Obwohl es der Zentralen Aufbaugruppe gelungen war, mit der Staatlichen Plankommission eine Übereinkunft zugunsten des Aufbaus in Möckern zu erreichen, erforderte dessen zwischenzeitliche Streichung aus der Bezirksplanung, daß die Zentrale Aufbaugruppe bereits getroffene Vertragsvereinbarungen und Abstimmungen hinsichtlich der Materialbereitstellung erneut mit dem Baubetrieb des Bezirks Magdeburg verhandeln mußte.⁴⁶

All diese Verzögerungen führten in der Zentralen Aufbaugruppe zu dem Entschluß, dem Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Die

45 Ebd.

46 Leiter der Zentralen Aufbaugruppe – Arbeiten, die während meiner Abwesenheit in der Zeit vom 11.7.1966 bis 29.7.1966 zu erledigen sind –, 9.7.1966, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

eingesparten Valutamittel sollten dafür verwendet werden, nicht nur technische Anlagen und Ausrüstungen, sondern auch Bauelemente und Bauleistungen zu importieren, um die Verzögerungen im Bauablauf wieder aufzuholen. Unabhängig davon verfolgte die ZAG aber auch weiterhin ihr Ziel, möglichst wenig Devisenmittel für Importe auszugeben, um den Auflagen der Staatlichen Plankommission zu entsprechen. Dieser Widerspruch zwischen dem angestrebten Import von Bauleistungen und der erwünschten Reduzierung des Imports von Ausrüstung und Technologie läßt sich nur aus den widerstreitenden Ansprüchen an die DDR-Volkswirtschaft erklären. Auf der einen Seite war die Zentrale Aufbaugruppe natürlich zum Erfolg ihres Investitionsobjektes verurteilt und setzte alles daran, dies auch zu erreichen. Auf der anderen Seite kam sie nicht umhin, die Situation der DDR-Volkswirtschaft zu berücksichtigen und war aufgrund der Devisenknappeit gezwungen, sich den Anforderungen der Staatlichen Plankommission (SPK) zu beugen.⁴⁷

Zur Aufrechterhaltung ihres Vorhabens sah sich die Zentrale Aufbaugruppe veranlaßt, schon in der Bau- und Anlaufphase den Import von Ausrüstungen und Materialien deutlich zu reduzieren. Unter Planwirtschaftsbedingungen ließ sich ein solches Vorhaben aber nur unvollständig durchsetzen und scheiterte immer wieder an Detailfragen. Zu diesem Zeitpunkt fand sich in der gesamten DDR kein Maschinen- und Anlagenbaubetrieb, der in der Lage gewesen wäre, die nötigen Elektro- und Klimaanlagen sowie Versorgungs- und Entsorgungsanlagen für die Tierställe ad hoc bereitzustellen, so daß auf den Import westlicher Agrartechnologie nicht verzichtet werden konnte. Leider zeigte sich auch, daß sich selbst für weniger wichtige Bereiche auf dem „Markt der DDR“ kein Anbieter fand. Zum Beispiel war es der ZAG nicht möglich, innerhalb der DDR einen Betrieb zu finden, der zu diesem Zeitpunkt Fallrohre und Dachrinnen in der geforderten Qualität, d. h. verzinkt, geliefert hätte. Selbst diese Bauergänzungsteile mußten importiert werden. Auf der anderen Seite bemühte sich die ZAG, Sicherungsanlagen, Elektrozubehör, Farben sowie wesentliche Bauteile der Futtersilos aus DDR-Produktion zu beziehen. Für diese Positionen fanden sich zwar Partner im Inland, die ZAG mußte aber immer wieder die Erfahrung machen, daß sie trotz abgeschlossener Verträge mit diesen Firmen – in der Hauptsache volkseigene Betriebe – und gesicherter Bezahlung zusätzlich immer noch die Materialbereitstellung organisieren mußte, um termingerechte Lieferungen zu gewährleisten.⁴⁸ Die Bemühungen der Zentralen Aufbaugruppe, das Importvolumen auftragsgemäß möglichst gering zu halten, wurde durch die Leistungsschwäche der inländischen Vertragspartner konterkariert. Häufig mußte die ZAG schließlich doch auf Importe als Ersatz für nicht erfüllte Lieferverträge zurückgreifen oder den inländischen Vertragspartnern sogar Investitionshilfen gewähren. Als die Produktionsanlagen für Silofutter wie auch die Steuer- und Regelungstechnik für die Heizungsanlage der Stallanlagen gefährdet waren, entschloß man sich in der ZAG, die notwendigen Anlagen bzw. Anlagenteile kurzfristig zu importieren, um den termingerechten Produktionsbeginn in den KIM-Betrieben zu sichern.⁴⁹

⁴⁷ Zentrale Aufbaugruppe – Protokoll der Beratung über den Initiativplan zur Senkung des Importvolumens –, vom 9.8.1966, LAB Rep. 635, Nr. 88, o. Bl.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Leiter der Zentralen Aufbaugruppe – Arbeiten, die während meiner Abwesenheit in der Zeit vom 15.8.1966 bis 31.8.1966 zu erledigen sind –, vom 12.8.1966, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

3. Neue Impulse: Vom Problemdruck zum Ministerratsbeschuß

Die nicht enden wollenden Probleme bei der Einordnung des Investitionsvorhabens in die verschiedensten Abläufe des planwirtschaftlichen Systems der DDR-Wirtschaft kosteten nicht nur Zeit und Geld; sie bargen auch die Gefahr in sich, daß der erhoffte Innovationsprung für die DDR-Landwirtschaft angesichts der voranschreitenden Entwicklung in der internationalen Agrartechnik verlorenging. Im Sommer 1966 fanden in Kiew der 13. Weltgeflügelkongreß und die Internationale Ausstellung für Geflügelzucht statt. Die DDR entsandte zu diesem Kongreß eine große Delegation, deren Leiter der Berliner Veterinärmediziner Dr. Heider war. Mitglieder der Delegation waren auch der Leiter der Zentralen Aufbaugruppe, Neubert, und der Leiter der Aufbaugruppe Königs Wusterhausen, Krenz. Die Konferenzbeiträge und die in der Ausstellung präsentierten Exponate bestätigten die Grundlinie der Geflügelproduktion in der DDR, im besonderen aber auch den Trend zur Trennung von Lege- und Masthuhnzüchtung sowie zur Züchtung von hochleistungsfähigen Zuchthybriden zur Erzeugung sogenannter Gebrauchshybridnen. Die Züchtungen erfolgten allgemein in sogenannten Basiszuchtbetrieben, in denen bei der Haltung umfangreicher geschlossener Populationen populationsgenetisch begründete Selektionsverfahren durchgeführt wurden. Ein verstärktes Aufkommen der Putenzucht als leistungsfähiger Geflügelfleischlieferant war ebenfalls festzustellen und wurde deshalb für die DDR als innovativer Zweig der Geflügelproduktion vorgeschlagen. Andere Exponate wurden von den Fachbesuchern aus der DDR als Bestätigung der eigenen Entwicklung in der Geflügelintensivhaltung angesehen. Insbesondere die vorgestellte Hühnerhaltung in großen Ställen in Leichtbauweise, welche einen besseren Einsatz von Technik und Klimatisierung ermöglichte sowie eine ausgewogene Hygiene und Prophylaxe bei gleichzeitig geringen Investitionen garantierte, hatte sich unter dem Namen Pavillonbauweise allgemein durchgesetzt. Die Ställe waren ohne Fenster und wurden vollautomatisch klimatisiert. Fütterung, Tränke und Eiereinsammlung erfolgten mechanisiert. Nach Auskunft der Berichterstatter hatten diese Leichtbauhallen in der Regel eine Grundfläche von ca. 1.000 m² für 10.000 Broiler oder 4.800–5.000 Legehennen in Bodenhaltung. Dies entsprach den Planungsvorgaben für die zukünftigen KIM-Betriebe in der DDR.⁵⁰

Auf der Ausstellung wurde der Trend zur Käfighaltung von Legehennen von verschiedenen Ausstellern demonstriert. Ebenfalls bestätigt fanden sich die Berichterstatter in der Tendenz zur vertikalen Integration von Betriebsstrukturen. Es wurde festgestellt, daß sich in den Ländern mit ausgeprägter Intensivhaltung von Geflügel mehr und mehr eine „quasi Geflügelindustrie“ herausbildete, mit allen Produktionsstufen – von der Zucht bis zum Absatz. Darunter seien Betriebe mit starker Konzentration und Spezialisierung der Produktion, welche sich nach Meinung der Berichterstatter durch eine hohe Arbeitsproduktivität und Rentabilität auszeichneten. Speziell bei der Broilerhaltung hatten solche Betriebe in der Regel eine Kapazität von bis zu 400.000 Mastplätzen, d. h. bei fünfmaligem Durchgang eine Jahresproduktion von 2 Mio. Stück. Zusätzlich wurde in dem Bericht betont, daß diese Großanlagen außen und innen streng voneinander zu trennen bzw. zu isolieren wären. In den

50 Kurzinformation über den XIII. Weltgeflügelkongreß und die internationale Ausstellung der Geflügelzucht vom 15. bis 21.8.1966 in Kiew, sowie die anschließende Exkursion der offiziellen Delegation der DDR, 2.9.1966, 16 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 175, o. Bl.

sozialistischen Ländern zeichnete sich die Tendenz zur Bildung einheitlicher Leitungsorgane für die Geflügelwirtschaft ab.⁵¹

Diesen Bericht nahm der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf zum Anlaß, den Aufbau des Broiler-Legehennen-Kombinats Königs Wusterhausen deutlich zu beschleunigen. Die bereits bestehenden Kontakte mit den jugoslawischen Vertragspartnern sollten dazu vor allem genutzt werden. Vorabsprachen mit der Staatlichen Plankommission und mit dem Außenhandel waren bereits erfolgt. Im einzelnen war vorgesehen, den Aufbau in Königs Wusterhausen um ein Jahr zu verkürzen, d. h. der Betrieb sollte Ende 1967 voll produktionsfähig sein. Der Einsatz von 300 Arbeitern mit eigenen Baumaschinen und Ausrüstungen aus Jugoslawien sollte dies möglich machen. Parallel zu den bereits im Aufbau befindlichen Anlagen zur Broilermast sollten sie den Betriebsteil Legehennenhaltung vollständig in eigener Verantwortung errichten. Als Vorteil galt nicht nur der Zeitgewinn, sondern auch die Möglichkeit, für diese Arbeiten zu einem großen Teil Baumaterial aus der DDR zu verwenden, was natürlich in DDR-Währung finanziert wurde. Es verblieb lediglich ein Restbetrag von 5 Mio. Mark für Löhne, die zur Hälfte in DDR-Währung und zur Hälfte in Devisen an die Bauarbeiter ausgezahlt werden sollten. Zur Finanzierung sollten 1967 1.500 t Schweine aus der Lebendviehreserve der DDR exportiert werden.⁵² Das für Landwirtschaft verantwortliche Politbüromitglied, Grüneberg, genehmigte in Abstimmung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Rauchfuß, den Vorschlag für den beschleunigten Aufbau des Broiler-Legehennen-Kombinats Königs Wusterhausen.⁵³ Zum 1. Januar 1967 erhielt das Broiler-Legehennen-Kombinat Königs Wusterhausen den Status eines volkseigenen Betriebes unter der Leitung des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf und hieß nun Kombinat Industrielle Mast, kurz KIM.⁵⁴

Unter diesen Bedingungen erfolgte eine deutliche Konzentration der Investitionsmaßnahmen auf den Aufbau industrieller Anlagen zur Geflügelproduktion. Die Begründungen für die angestrebte Dynamisierung waren denen aus der ersten Planungsrounde erstaunlich ähnlich. Neben dem Argument, daß das magere Geflügelfleisch bei steigendem Fleischverbrauch einen Beitrag zur Gesunderhaltung der DDR-Bevölkerung liefern könnte, waren wohl die volkswirtschaftlich zu erwartenden Effekte, die einen Beitrag zur Lösung der angeführten Probleme leisten sollten, entscheidend. Für eine Konzentration auf Entwicklung und Aufbau spezieller Geflügelanlagen sprach in den Augen der verantwortlichen Funktionäre im Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf vor allen Dingen der wissenschaftliche und technologische Entwicklungsstand in der Geflügelwirtschaft. Ein entscheidender Grund sei, daß die industrielle Geflügelproduktion ganzjährig und witterungsunabhängig erfolge und somit für eine hohe Kontinuität und Qualität in der Versorgung der Bevölkerung bürge. Die hohe Arbeitsproduktivität, insbesondere der Geflügelmastanlagen, die geringen Selbstkosten und die zu erwartende schnelle Amortisation der Investitionen ließen den Aufbau solcher Anlagen geradezu als notwendig erscheinen. Der Investitionsaufwand für die Pro-

51 Ebd.

52 Vorschlag über die Beschleunigung des Aufbaus des Broiler-Legehennen-Kombinates in Königs Wusterhausen, 14.9.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 175, o. Bl.

53 Brief an Genosse Rauchfuß – Maßnahmen zum forcierten Aufbau eines modernen Broiler-Legehennen-Kombinates, 25.10.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 35, Bl. 173/173; auch SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 175, o. Bl.

54 Verfügung über die Bildung des VEB Kombinates Industrielle Mast Königs Wusterhausen vom 30.12.1966, BArch, DK I VA neu, Nr. 851, o. Bl.

duktion von einer Tonne Rindfleisch betrüge etwa 7.000 Mark, für eine Tonne Schweinefleisch etwa 5.000 Mark, hingegen der Investitionsaufwand für eine Tonne Broilerfleisch nur etwa 4.000 Mark. Als einen weiteren entscheidenden Vorteil betrachtete man im ZK die im Vergleich erheblich höhere Futtereffektivität bei Geflügel. Zur Produktion von 1 kg Broiler würden ca. 2–2,5 kg Futter benötigt gegenüber 3–3,5 kg bei Schweinefleisch und mehr als 4 kg Futtermittel zur Erzeugung von 1 kg Rindfleisch. In den Augen der verantwortlichen Funktionäre in der Abteilung Landwirtschaft des ZK und aus der Sicht der Praktiker in der ZAG rechtfertigte all dies eine Konzentration auf die Geflügelproduktion, um so die vorhandenen Defizite in der Fleischproduktion der DDR auszugleichen. Natürlich sollten die Investitionen Modellfunktion für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der volkseigenen Güter haben. Dies galt sowohl für die Broilermast als auch für die Eierproduktion.⁵⁵

Daß es sich bei den geschilderten erneuten Einsparungen nicht nur um eine Form der Rationalisierung, sondern um notwendige Kompromisse im Kampf um knappe Ressourcen innerhalb der Planwirtschaft handelte, zeigt die Entwicklung im Fall des geplanten KIM für den Raum Leipzig. Dieses Bauvorhaben stand mit seinen Material-, Maschinen- und Arbeitskräfteanforderungen in direkter Konkurrenz zu einem Kraftwerksprojekt, dem Ausbauvorhaben für die Leipziger Innenstadt und weiteren Infrastrukturinvestitionen im Raum „Leipzig Nordost“. Die Planer der SPK sahen für das landwirtschaftliche Investitionsvorhaben des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf nur dann eine Chance zur Ausführung, wenn deutliche Abstriche an den ursprünglichen Vorhaben vorgenommen würden.⁵⁶ Wie sehr die Leitung der Zentralen Aufbaugruppe in diesem Zusammenhang bemüht war, gegenüber den Entscheidungsträgern im Partei- und Staatsapparat das Projekt Königs Wusterhausen als Beweis für die Richtigkeit weiterer Investitionsbauten in der DDR-Landwirtschaft herauszustellen, läßt sich aus persönlichen Weisungen und Anordnungen des Leiters der ZAG zum Aufbau von KIM in Königs Wusterhausen erkennen. Es beginnt mit solch scheinbaren Nebensächlichkeiten, wie Leitungen und Zäune des Geländes in kürzester Frist zu streichen und Rasen anzusäen, diesen dann aber auch regelmäßig mähen und wässern zu lassen, sowie die dafür notwendige Technik anzuschaffen. Darüber hinaus plante die ZAG, auf dem Kombinatsgelände einen Pavillon als sogenannten Konsultationspunkt für Delegationsempfänge zu errichten, der aber auch für die Berufsbildung verwendet werden sollte. Dieser Pavillon war für 150–200 Personen geplant und sollte mit einer Gaststätte ausgerüstet werden, die Geflügelspezialitäten aus eigener Produktion anbietet. Geplant waren Filmvorführungen, ja man überlegte sogar, ob es nicht möglich wäre, „industrielles Fernsehen“ dort einzuführen. Ziel war, den gesamten Produktionsbereich des Kombinats von diesem Konsultationspunkt aus zu betrachten, ohne ihn betreten zu müssen. Solche technischen Phantasien zeugen vom zeitgenössischen Fortschrittsglauben in den Reihen der ZAG. Doch sicherlich sollte diese Betonung technischer Fortschrittlichkeit auch den Ursprung von KIM – die chronischen Versorgungsmängel – vergessen machen, sowie die sich verbessernde Ertragslage in der DDR-Landwirtschaft als Erfolg der SED-Agrarpolitik und deren Modernität dokumentieren. Das Kombinat in Königs Wusterhausen sollte ein Geflügelzentrum werden, in dem sich Fachleute der DDR-Landwirtschaft über den neuesten

55 Grundgedanken zur prognostischen Entwicklung der Geflügelwirtschaft in der DDR bis 1980 vom 10.3.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 36, Bl. 2–47.

56 Information für den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission ... über den Investitionskomplex Leipzig Nordost vom 10.5.1967, BArch, DE 1, VA Nr. 56083, o. Bl.

Stand der Produktionstechnik informieren und schulen könnten. Zu letzterem gehörte auch ein Gästehaus mit einem Bootsanlegeteg, die „Appartements“ (!) sollten mit Einbaumöbeln ausgestattet werden.⁵⁷ Letztlich konnten so keine Kürzungen in der Projektplanung verhindert werden, aber das Investitionsvorhaben als Ganzes konnte so vor dem Einsparungsdruck der SPK bewahrt werden.

Gleichzeitig bemühte man sich im KIM Königs Wusterhausen, von der Improvisation in der Aufbau- und Anlaufphase zu einem regulären Produktionsablauf zu kommen. Für einen Betrieb im Staatssozialismus bedeutete dies, daß einerseits der „sozialistische Wettbewerb“, also Produktionsorganisation unter den Bedingungen der Planwirtschaft, und andererseits Fragen der Sicherheit und Ordnung zunehmend an Bedeutung gewannen. Die Organisation des Wettbewerbs beinhaltete vor allen Dingen, daß in dem noch tätigen Baubereich wie auch in der anlaufenden „Produktion“ die verschiedenen Arbeitsbrigaden diskutieren sollten, wie sie die gestellten Planziele überbieten könnten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Reaktion des Leiters der Zentralen Aufbaugruppe als direkter Vorgesetzter der Kombinatsleitung: Er bemängelte, daß ein Teil der Belegschaft noch keinen regulären Arbeitsvertrag habe und forderte, dies sei in kürzester Frist zu verändern. Das traf insbesondere auf die in der Bauabteilung beschäftigten Arbeiter zu und läßt erahnen, in welch hohem Maße die Arbeit beim Aufbau dieses Pilotbetriebes noch zu diesem Zeitpunkt von Improvisation und Unregelmäßigkeit geprägt war. Trotz dieser Situation forderte Neubert vom Kombinat die Verabschiedung eines Wettbewerbsdokuments auf einer Vertrauensleutevollversammlung (VVV) durch die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) und die Kombinatsleitungen. In diesem Dokument sollten die Vorschläge aus den zu organisierenden Gewerkschafts- und Brigadeversammlungen zusammengefaßt und die Aufgaben des Wettbewerbs bis zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution im Zusammenhang mit den Beschlüssen von „Partei und Regierung“ erläutert werden. Und als ob dies damit im Zusammenhang stünde, wurde auch noch angewiesen, in diesem Stadium des hektischen Aufbaus alle Betriebsmitarbeiter kurzfristig zu den Fragen von Arbeits-, Brand- und Seuchenschutz zu belehren, verschiedene Veränderungen in den Absperrbereichen und bei der Zufuhr von Strom, Wasser und technischen Gasen mit dem Ziel vorzunehmen, verschiedene Produktionsstufen zwischen Vermehrungsbetrieb, Aufzucht und Mast noch deutlicher voneinander zu trennen.⁵⁸

Trotz der bereits erwähnten Schwierigkeiten mit den Planungsbehörden des Bezirkes Potsdam in der zurückliegenden Zeit bemühte man sich in der Zentralen Aufbaugruppe parallel dazu, besonders das Vorhaben KIM Königs Wusterhausen in die Landwirtschaftsstruktur des Bezirkes zu integrieren. Durch die Zusammenarbeit von KIM mit der Arbeitsgruppe Geflügel des Bezirkslandwirtschaftsrates Potsdam und durch den Zugang zur Importtechnik des KIM sollte auch der Bezirk Potsdam zum „Beispielbezirk“ für moderne Tierhaltung werden. Von der Zusammenarbeit besonders in der Aus- und Weiterbildung erhofften sich beide Seiten eine positive Auswirkung auf die Qualität der Geflügelproduktion. Das Kombinat in Königs Wusterhausen sollte deshalb auch Ausbildungszentrum für die Geflügelwirtschaft des Bezirkes werden. Zu diesem Zweck stellten die regionalen Behörden dem Kombinat Wohnraum für die Internatsunterbringung zur Verfügung. Dennoch hielten

57 Zentrale Aufbaugruppe – Protokoll der Dienstbesprechung am 14.7.1967, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

58 Vom Komitee der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI) – Information über die Situation auf dem Gebiete des Fleisch-Ex- und Imports, 26.5.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 175, o. Bl.

die Schwierigkeiten in der Absicherung der nötigen Bauleistung für die Gesamtinvestition in Königs Wusterhausen wie auch an den anderen Standorten an und führten in der ZAG zur Bildung einer eigenen Baubrigade mit bis zu 150 Beschäftigten. Dies sollte es der Zentralen Aufbaugruppe ermöglichen, in kürzester Frist die geforderten Bauleistungen unabhängig von fremden und unzuverlässigen Bauträgern durchzuführen. Die Baubrigade des KIM Königs Wusterhausen errichtete als erstes eigenständiges Objekt den Vermehrungsbetrieb Spreenhagen, der dem Kombinat Königs Wusterhausen zugeordnet wurde.⁵⁹

Zur Einordnung der Investitionsvorhaben in das Plangeschehen und die Verwaltungsabläufe des Bezirkes Frankfurt/Oder wurden regelmäßige Konsultationen festgelegt, und zwar zwischen der in der Bezirkshauptstadt ansässigen Volkseigenen Vereinigung der Erfassungs- und Aufkaufbetriebe des Bezirkes (VVEAB) und der Zentralen Aufbaugruppe, über alle weiteren Fragen des Aufbaus der Investitionsvorhaben im Bezirk. Dies betraf die Investitionsstandorte Herzfelde, Storkow, Spreenhagen, Mehrow und Eberswalde. In Herzfelde sollte eine Versuchsabteilung für die Produktion von Weißfleisch (Kalbfleisch) errichtet werden, in Storkow das Projekt der industriellen Mast von Broilerkaninchen, in Spreenhagen ein Versuchszentrum zur Zucht von Legehennenhybriden, in Mehrow ein Frischeierbetrieb und in Eberswalde die erwähnte Schweinemastanlage, die weiter ausgebaut werden sollte. Mit der Abstimmung zwischen der Zentralen Aufbaugruppe und dem VVEAB Frankfurt/Oder ging nicht nur eine Einordnung der Investitionen in die staatlichen Erfassungs- und Aufkaufabläufe des Bezirkes einher, sondern auch eine Eingruppierung der politischen Organisation innerhalb der Zentralen Aufbaugruppe in die Partei- und Gewerkschaftsarbeit des Bezirkes. Die SED-Mitglieder der Aufbaugruppen Storkow, Spreenhagen und Herzfelde wurden zu einer Parteigruppe zusammengeschlossen und als eigene Parteiorganisation der Kreisleitung Fürstenwalde unterstellt. Die SED-Mitglieder der Aufbaugruppe Mehrow und Eberswalde wurden ebenfalls in einer Parteiorganisation zusammengefaßt und der Kreisleitung Bernau unterstellt. Die zu bildenden Gewerkschaftsgruppen und Organisationen im Rahmen der sich vergrößernden Belegschaften der einzelnen Investitionsobjekte sollten von der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) des VVEAB Frankfurt/Oder angeleitet werden.⁶⁰

Die Bemühungen um Abstimmungen mit den für die Landwirtschaft zuständigen zentralen und regionalen Planungsinstanzen führten am 21. September 1967 im Präsidium des Ministerrates zum „Beschluß über die einheitliche Leitung des Aufbaus der Musteranlagen für industrieläßige Produktion in der Landwirtschaft, und die Bildung von Ingenieurbüros zur Unterstützung der fortgeschrittenen Kooperationsgemeinschaften bei der Entwicklung der industrieläßigen Produktion“. Um dieses Ziel zu ermöglichen, sollten eine Reihe von Pilotprojekten weiter ausgebaut bzw. begonnen werden. An erster Stelle rangierte das Kombinat Industrielle Mast Königs Wusterhausen sowie der Vermehrungsbetrieb in Spreenhagen. Im Investitionsrahmen der Zentralen Aufbaugruppe folgten das KIM Ferdinandshof für Milchvieh, das KIM Eberswalde für die Schweinemast, die Versuchsanlage für Kalbweißfleisch in Herzfelde, die Versuchsabteilung Broilerkaninchen in Storkow und, als Neuerungen, die Versuchsabteilung für Fasane in Spreenhagen und die Versuchsanlage für Puten in Neuglienicke. Darüber hinaus sollten aber auch in Verantwortung der Bezirkslandwirtschaftsräte der VVB innerhalb des Landwirtschaftsrates und der Deutschen Akademie der

59 Zentrale Aufbaugruppe – Protokoll der Dienstbesprechung am 14.7.1967, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

60 VVEAB Frankfurt/Oder – Protokoll der am 20.7.1967 durchgeföhrten Beratung mit den Leitern der Aufbaugruppe für KIM –, Frankfurt/Oder 28.7.1967, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

Landwirtschaftswissenschaften industrielle Produktionsanlagen aufgebaut werden. Diese als Kooperationsobjekte bezeichneten Gemeinschaftsunternehmungen mehrerer LPG, die gemeinsam eine Großanlage in Spezialisierungsbereichen, wie z. B. Milchproduktion, Schweinemast, Rindermast, Schafzucht oder Eierproduktion betreiben sollten, teilten sich nochmals in zwei Gruppen. Die eine Gruppe sollte mit neuen Technologien, Baumaterialien, Ausrüstungen und modernen Stallformen zu neuen und hochspezialisierten Erzeugerbetrieben werden. Die zweite Gruppe sollte durch die Verknüpfung von vorhandenen Spezialisierungsrichtungen in der Fleischerzeugung und teilweise neuen Produktionsmethoden lediglich eine Erhöhung der Effektivität der Produktion erreichen.⁶¹

Der frisch erworbene „Welthöchststand“ in der Tierproduktion sollte in drei Ingenieurbüros, die jeweils dem Hauptinvestitionsobjekt für Geflügel-, Schweine- und Rinderproduktion zugeordnet wurden, so aufbereitet werden, daß er an die o. g. Entwicklungsobjekte weitergegeben werden konnte. Diesen Ingenieurbüros oblag auch die dauerhafte technologische Betreuung der jeweiligen Anlagen nach der Fertigstellung. Auf diesem Wege sollte erreicht werden, daß sich die Importneuheiten der Pilotprojekte des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf für die gesamte Landwirtschaft der DDR auszahlen. Um aber in den staatlichen Investitionsobjekten den zuvor schon geplanten Ausbau weiterhin verwirklichen zu können, wurde festgelegt, daß der für 1968–1970 veranschlagte Import von Anlagen und Bauleistungen durch einen zusätzlichen Export von Ölsaaten abgesichert werde. Das staatliche Komitee für Landtechnik und materiell-technische Versorgung der Landwirtschaft wurde angewiesen, ein Kombinat zur Produktion von Ausrüstung für Geflügelanlagen zu schaffen. Durch Nachbau der importierten Anlagentechnik zur Geflügelproduktion sollte in diesem Betrieb der weitere Investitionsmittelbedarf an Produktionsanlagen für eine moderne Geflügelwirtschaft in der DDR-Landwirtschaft abgesichert werden.⁶² Mit diesem Beschuß erfuhr die ZAG zwar nachträglich auch eine offizielle Bestätigung ihrer bisher geleisteten Arbeit, zugleich wurden damit jedoch die Bewertungsmaßstäbe nicht mehr nur an eine schnelle Produktionsaufnahme in den KIM-Anlagen gebunden. Der Erfolg des beispielgebenden Investitionsprojektes sollte nun an der Entwicklung der gesamten DDR-Landwirtschaft gemessen werden. Das kann zwar als mögliche Aufwertung der ZAG betrachtet werden, angesichts der bisherigen Schwierigkeiten in der DDR-Landwirtschaft allgemein und den ständigen Neuverhandlungen zur Einordnung der einzelnen Investitionen in die staatlichen Planungsmechanismen erhöhte sich damit aber auch ihr Risiko, für die Mängel des gesamten Systems verantwortlich gemacht zu werden.

Als ein weiteres Risiko nach der Aufwertung des Gesamtprojekts durch den Ministerrat stellte sich für die Verantwortlichen im VEB KIM Königs Wusterhausen heraus, daß die Intensivhaltung und -mast von Geflügel nicht nur ein erfolgversprechendes Vorhaben war, sondern zugleich auch ein äußerst sensibles System, das bei unvorhergesehenen Geschehnissen zu erheblichen Verlusten führen konnte. Zum Beispiel kam es in der Nacht vom 17. auf den 18. September 1967 zu einem Ausfall der Ventilatoren für die Be- und Entlüftung der Broilaraufzucht in einem Meisterbereich in Königs Wusterhausen. 14.000 sechs Wochen alte Broiler verendeten. Nach Aussagen des Kombinats belief sich der Verlust auf 75.000

61 Beschuß über die einheitliche Leitung des Aufbaus der Beispielanlagen für industrieläßige Produktion in der Landwirtschaft und Bildung von Ingenieurbüros zur Unterstützung der fortgeschrittenen Kooperationsgemeinschaft bei der Entwicklung der industrieläßigen Produktion, BArch, DC 20 I/4, Nr. 1626, Bl. 3–65.

62 Ebd.

Mark. Nach Untersuchungen der ZAG kann der Ausfall der Ventilatoren nicht länger als 3½ Stunden gedauert haben, die Zeitspanne zwischen dem letzten Kontrollgang der Nachtwache und der Schadensfeststellung bei der morgendlichen Arbeitsaufnahme. Zu diesem Zeitpunkt, morgens um 7.30 Uhr, waren aber alle Tiere in der betroffenen Halle bereits tot. Das macht deutlich, welches künstliche Ökosystem aufrechterhalten werden mußte, um die Existenz der eingestallten Masttiere zu sichern. Auslöser war der Ausfall einer Elektrosicherung, die in dem betreffenden Zeitraum nicht nochmals kontrolliert worden war.⁶³ Dieses „Vorkommnis“ hatte eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen in den KIM-Betrieben und eine vollständige Überprüfung des gesamten Signal- und Sicherungssystems für die im Bau befindlichen und geplanten Investitionsobjekte zur Folge. Gleichzeitig wurde veranlaßt, das Gelände der KIM-Betriebe grundsätzlich so zu sichern, daß es für betriebsfremde Personen nicht mehr möglich war, ungenehmigt und unbeaufsichtigt den Anlagenbereich zu betreten. Zudem sollte für die im Aufbau befindlichen Projekte ein stationäres Notstromaggregat angeschafft werden.⁶⁴ Wieder einmal wurden im Interesse von „Ordnung und Sicherheit“ die Kosten für Neuanschaffungen nicht gescheut.

Trotz des Trends zur Reduzierung von Investitionskosten und des gleichzeitigen Ausbaus von Sicherungsvorkehrungen blieb die exotische Idee zum Aufbau einer Fasanerie in Spreenhagen mit einer vorgesehenen Kapazität von 100.000 Fasanen pro Jahr davon unbeschadet. An diesem Plan ist nochmals deutlich das Vorgehen in der Aufbauphase der ZAG nachzuvollziehen. In einer Anweisung werden die Handlungsschritte wie folgt beschrieben: Als erstes komme es darauf an, die nötigen „Kader“ zu beschaffen, denen Wohnungen zur Verfügung gestellt werden müßten. Anschließend sollte die Einschaltung von Fachleuten des Instituts für Geflügelproduktion in Merbitz in die Projektplanung erfolgen. Der nächste Schritt sei der Aufbau der Hallen und Produktionsanlagen. Anschließend müsse die volle Auslastung der Produktionshallen gesichert werden, um dann die Technologie der Mast überprüfen zu können; die Abstimmung mit dem Handel über den Verkaufspreis sei das nächste. Für das geplante Testprogramm sollten zwei Hallen zur Verfügung gestellt werden, eine für die Zucht und eine für die Mast; das Personal solle in einer Doppelhaushälfte untergebracht werden. In Auswertung der Versuchsanlagen sollten dann im Laufe eines Jahres Vorbereitungen getroffen werden, um eine komplexe Produktionsanlage entwickeln zu können. Zusätzlich sollte zum Studium von Zuchterfahrungen eine Studienreise in die ČSSR organisiert werden.⁶⁵

Doch bei der angestrebten Finanzierung der Importe des Gesamtvorhabens aus sogenannten Sondergeschäften entstanden unerwartete Schwierigkeiten. Angesichts des nach wie vor bestehenden und sich im Jahr 1966 fortsetzenden Fleischmangels erscheint der Plan, zur Finanzierung der Investitionen für die industrielle Mastviehproduktion Schlachtvieh in das kapitalistische Währungsgebiet zu exportieren, ausgesprochen überraschend. Nach Vorstellungen der DDR-Außenhandelsfirmen sollte der Export durch Importe von minderwertigem Schlachtvieh aus der Volksrepublik China sowie die Steigerung der Eigenerträge ausgeglichen werden. Das aus China importierte Fleisch – etwa 2,5 % des gesamten Fleischaufkommens der DDR – sollten die Konservenindustrie und sogenannte Großverbraucher,

63 Erste Information über die Ermittlung des eingetretenen Schadens im VEB Kombinat Industrielle Mast in Königs Wusterhausen am 18.9.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 36, Bl. 90–93.

64 Ebd.

65 Zentrale Aufbaugruppe, Protokoll vom 3.11.1967 über die Dienstbesprechung vom 30.10.1967, LAB Rep. 635, Nr. 88, o. Bl.

wie Großküchen von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, verwenden. Aus einer Übersicht über den Export und Import von Lebend- bzw. Schlachtvieh wird deutlich, daß die DDR einen Großteil ihres devisenträchtigen Viehexports dadurch sicherte, daß sie im nahezu gleichen Umfang Schlachtvieh aus Nicht-Devisen-Ländern importierte.⁶⁶

Tabelle 9: Probleme des Fleischexports aus der DDR

	nach Plan für 1967	nach Vertragsabschlüssen
Export von Lebendvieh	61.176 t	52.050 t
Import von Schlachtvieh	60.800 t	48.800 t

Quelle: Vom Komitee der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI) – Information über die Situation aus dem Gebiete des Fleisch-Ex- und Imports, 26. Mai 1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 175, o. Bl.

Zusätzlich sollte in Werkküchen und Gaststätten Schlachtgeflügel verwendet werden, um in den Sommermonaten des Jahres den Verbrauch von Rind- und Schweinefleisch, das für den Export in Frage kam, zu reduzieren. Trotz dieser zu Lasten der Versorgung der eigenen Bevölkerung gehenden Exportpolitik ergaben sich beim Export von Schlachtrindern in das westliche Ausland erhebliche Probleme, da der Weltmarkt nicht unbegrenzt Schlachtrinder aufnehmen konnte, ohne daß ein Preisverfall eintreten würde. Dies gefährdete aber auf Dauer die geplante Devisenfinanzierung für die Investition industrieller Mastviehanlagen in der DDR-Landwirtschaft. An der Forderung, verstärkt Geflügel einzusetzen, um den Ausfall von Rindfleisch zu ersetzen, zeigt sich aber zugleich, daß die Geflügelerzeugung offensichtlich als die größte Fleischreserve angesehen wurde: Die kürzeren Mastzeiten bis zur Schlachtreife machten es möglich, kurzfristig immer wieder frisches Schlachtvieh zur Verfügung zu haben.⁶⁷

Wie vom staatlichen Außenhandel befürchtet, zeigten sich 1967 die Grenzen der Devisenerwirtschaftung beim Schlachtviehexport. Zu diesem Zeitpunkt lieferte die DDR-Landwirtschaft ca. 20 % des gesamten Exportaufkommens der DDR in das „kapitalistische Ausland“. Allerdings war dieser Export, besonders der von Schlachtvieh, mit erheblichen Folgeproblemen behaftet. Zum einen stieg – wie erwähnt – der Fleischkonsum in der DDR selbst kontinuierlich an, so daß erneut die Gefahr bestand, die Nachfrage nicht in ausreichendem Maße bedienen zu können; zum anderen führte jedwede Steigerung des Exports von selbst erzeugtem Fleisch wie auch des inländischen Verbrauchs von Fleisch zu einem erhöhten Bedarf an hochwertigen Futtermitteln, insbesondere von Getreide. Zu diesem Zeitpunkt konnte dies keinesfalls aus eigener Produktion gedeckt werden, so daß die Ausweitung des Fleischexports wie auch jeder Konsumanstieg zusätzliche Getreideimporte notwendig machte. Da solche Getreideimporte seit 1964 in höherem Maße aus dem „kapitalistischen Ausland“ notwendig wurden, zog jeder Export von Schlachtvieh einen gesteigerten Import von Getreide aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ nach sich; aufgrund der gesunkenen Weltmarktpreise für Fleisch bedeutete dies so eine Minde-

66 Vom Komitee der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI) – Information über die Situation auf dem Gebiete des Fleisch-Ex- und Imports, 26.5.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 175, o. Bl.

67 Schreiben von Staatssekretär Koch an den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Genosse Rauchfuß, betr.: Fragen der Fleischversorgung im Jahre 1966 und im Zeitraum des Perspektivplanes, 6.6.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 174, o. Bl.

rung des eigentlich angestrebten Devisenerlöses für den Staatshaushalt der DDR.⁶⁸ Damit entfiel für die kommende Zeit das für die ZAG so wichtige Argument des möglichen Fleischexports zur Finanzierung des Anlagenimports aus dem Westen; die internen Ursachen für die geplante Investition blieben nach wie vor bestehen.

4. Neue Fürsprecher durch alte Leiden

Die Arbeiten in Königs Wusterhausen verliefen 1967 so erfolgreich, daß verschiedene Mitglieder des Politbüros der SED zu einer Besichtigung kamen. Diese Führung hatte den verantwortlichen Sekretär für Handel und Versorgung im ZK der SED, Werner Jarowinsky, offensichtlich so beeindruckt, daß er auf einer Arbeitsberatung zur Auswertung des VII. Parteitages der SED das KIM Königs Wusterhausen besonders lobend hervorhob. Aufgrund der zu erwartenden hohen Ergebnisse der Landwirtschaft müßten neue Wege im Handel, speziell in der Gastronomie, beschritten werden, um den Absatz zu entwickeln. Er verwies auf den Erfolg der „Wienerwald“-Ketten in Westdeutschland und Österreich und schlug vor, mit Aufnahme der kontinuierlichen Produktion im KIM Königs Wusterhausen den Versuch zu starten, Grillrestaurants in Berlin zu errichten, die direkt durch das KIM beliefert werden sollten.⁶⁹

Diese Idee war nicht neu. Die Zentrale Aufbaugruppe hatte bereits in Abstimmung mit dem Ministerium für Handel und Versorgung den Absatz der aus Königs Wusterhausen zu erwartenden Geflügelproduktion in der für die DDR unüblichen Form der Direktbelieferung konzipiert. Auch plante man in der ZAG, mit den Produkten aus Königs Wusterhausen eigene Verkaufsstellen zu betreiben, und bemühte sich um Partner für die Produktion von Fertiggerichten.⁷⁰ Insbesondere die Pläne für Geflügelrestaurants gehörten zu einem Katalog von Maßnahmen, die die Versorgungssituation in der Hauptstadt der DDR verbessern sollten. Um die privilegierte Versorgung Ostberlins abzusichern, sollte in Eberswalde eine Mast-, Schlacht- und Verarbeitungsanlage für Fleisch mit einer Jahresproduktion von insgesamt 200.000 t Fleisch stufenweise aufgebaut werden; der Berliner Milchhof sollte mit importierter Verpackungstechnologie ausgerüstet werden.⁷¹

Mit dem für Handel und Versorgung zuständigen ZK-Sekretär erhielten die Macher der ZAG einen neuen Verbündeten, was die politische Legitimation ihres Projekts anging. Seit der Versorgungskrise nach dem Mauerbau und der für 1964 befürchteten Wiederholung dieser Zustände hatten sich in Jarowinskys Verantwortungsbereich reichlich Probleme angehäuft, die einen vorzeigbaren Erfolg als notwendig erscheinen ließen. Im Januar 1965 war die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, Konserven und Wurstwaren äußerst proble-

68 Material zum Getreideproblem vom 28.10.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2021, Nr. 55, o. Bl.

69 Diskussionsbeitrag d. Gen. Jarowinsky auf der Arbeitsberatung zwecks Auswertung des VII. Parteitages der SED im soz. Binnenhandel am 12.5.1967 in Schmöckwitz/Werder, SAPMO-BArch, DY 30, vorl. Nr. 35446/1, o. Bl.

70 Staatssekretär für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Genosse Koch – Vermerk vom 20.7.1967 über eine Sitzung beim Minister für Handel und Versorgung, Genosse Sieber, 14.7.1967, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

71 Zentrale Aufbaugruppe – Protokoll der Dienstbesprechung am 14.7.1967, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

matisch. Wie bereits in den vorhergehenden Jahren war nicht allein der Mangel an Schlachtvieh ein Grund für diese Engpässe und die teilweise Zuteilung von Fleisch an die Bevölkerung. Zum einen zeigte sich, daß die Berechnung der Versorgungsmengen nach Schlachtviehwicht nicht mit dem realen Konsum korrespondierte. Besonders bei Schweinskopf und Spitzbein war es nicht möglich, kontinuierlich größere Mengen abzusetzen. Dies hatte weitreichende Folgen.⁷² Da das nicht absetzbare Fleisch die Lager und Kühlhäuser des Handels blockierte, verhinderte dies auf der anderen Seite, daß größere Mengen von möglicherweise absetzbarem Fleisch über die Lager an den Handel ausgeliefert werden konnten. Die starre Preispolitik in der DDR verhinderte zugleich, daß man die „Ladenhüter“ durch massive Preissenkungen doch noch absetzte. Dies hätte nicht nur eine Veränderung des Preissystems zur Folge gehabt, es wäre zugleich auch nötig gewesen, die Plankennziffern der DDR-Landwirtschaft wie auch die des Handels nicht mehr nach Tonnen Schlachtvieh abzurechnen, sondern nach verschiedenen Kategorien von Fleischsorten mit unterschiedlichen Handels- und Endverbraucherpreisen. Vorschläge, das Dilemma zu umgehen, indem größere Mengen von Lagerfleisch zu haltbarem Rauchfleisch verarbeitet würden, scheiterten letztendlich an den geringen „Räucherkapazitäten“, d. h. dem Mangel an Räucheranlagen. Deshalb kam man letztlich doch nicht umhin, eine Preissenkung für Spitzbein und Schweinskopf zu beschließen und sich auch dafür zu entscheiden, die anfallenden und nicht absetzbaren Mengen dieser Fleischsorten der Industrie zur Verarbeitung zu übergeben bzw. sie zu vernichten.⁷³

Darüber hinaus zeigte sich 1965 erneut der schon Ende der fünfziger Jahre aufgetretene Widerspruch zwischen Geldeinkommen der Bevölkerung und Warenangebot. Dies lag zum einen daran, daß die Kaufkraft der Bevölkerung wiederum der Warenproduktion enteilte, da es bei der vertragsgerechten Belieferung des Handels durch die Produktionsbetriebe immer wieder zu Schwierigkeiten kam. Nach wie vor betraf dies in besonderem Maße Textilien. Die Sonderversorgung der DDR-Hauptstadt war unter solchen Bedingungen kaum zu sichern. Zu einem ernsten politischen Problem wurde es für die führenden Funktionäre in Ostberlin, als selbst dort die „Schaufenster des Deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates“ teilweise leer blieben.⁷⁴

Im Juni 1965 drohten große Mengen überplanmäßig geschlachteter Schweine und Rinder die Kühl- und Lagerkapazitäten der DDR erneut zu überlasten. Im Gegensatz dazu zeichnete sich ab, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, bedingt durch eine Hochwasserkatastrophe in der ČSSR und in Ungarn, ernsthaft gefährdet war. Angesichts der sich hier andeutenden Versorgungsprobleme erwog die Versorgungskommission des Ministerrates, bei Fleisch, insbesondere bei „Fleisch niederer Qualität“, zu inzwischen möglich gewordenen Preissenkungen zu greifen. Paradoxe Weise bedeutete die Überbelieferung von Schlachtvieh eine ungenügende Erfüllung der Exportpläne für Fleisch ins „nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet“, weil das Fleisch nicht den Qualitätsanforderungen der westeuropäischen Abnehmer entsprach. Um den Export nicht zu gefährden, wurde aus der

72 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Aktenvermerk über die Beratung zu Fragen der Fleischversorgung beim Genossen Dr. Jarowinsky am 21.1.1965, 25.1.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 190, o. Bl.

73 Ebd.

74 Schreiben von Abt. Wirtschaftspolitik Sektor Handel/Lebensmittelindustrie an Gen. Paul Verner – Wichtige Versorgungsprobleme in Berlin – vom 24.5.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 46, o. Bl.

DDR zeitweise nur noch qualitativ höherwertiges Fleisch wie Schinken, Kamm und Kotelett exportiert; der Binnenhandel der DDR war dagegen mit dem beklagten minderwertigen Fleisch überschwemmt.⁷⁵

In diesem Zusammenhang zeigte sich auch, daß die für Ende Juni 1965 erwartete verstärkte Belieferung der Schlachthöfe mit Geflügelfleisch für den Handel zu einem erheblichen Problem werden sollte. Das leicht verderbliche Geflügelfleisch war nur dann lagerfähig, wenn es sofort gefrosten wurde. Dies war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, da, wie erwähnt, größere Mengen an Rindfleisch und Schweinefleisch in den Kühlhäusern lagerten, und es gleichzeitig den zentralen Organen des Ministerrates an einer Übersicht über das zu erwartende Geflügelfleischaufkommen fehlte. Deshalb wurde den Bezirken die Möglichkeit eingeräumt, für den besseren Absatz von Geflügel, besonders von Entenfleisch, die festgelegten Preise zeitlich befristet nach unten zu korrigieren. Diese Preiskorrektur sollte einen Wertumfang von ca. 10 Mio. Mark umfassen und entsprach der Regelung für den Verkauf von Eiern an Großverbraucher und Gaststätten, wo eine Preissenkung unter den üblichen Einzelhandelsverkaufspreis bereits wirksam geworden war.⁷⁶ Die Maßnahme erschien auch deshalb notwendig, weil die Versorgung in den „Sortimenten Nahrungs- und Genußmittel sowie Haushaltschemie“ insgesamt sehr mangelhaft war.⁷⁷ Die privilegierte Versorgung Ostberlins wurde jedoch weiterhin aufrechterhalten. So wurde ein großer Teil des 1965 in Berlin anfallenden Schlachtfleischs – Schweinskopf und Schweinebauch – von dort den übrigen Bezirken zugeteilt, so daß es den Planungsbehörden der Stadt möglich war, ihr Angebot innerhalb der vorgegebenen Planungszahlen qualitativ zu erhöhen.⁷⁸ Ende November 1965 schätzte das Leipziger Institut für Bedarforschung die Situation im Binnenhandel für das zurückliegende und das nächste Jahr wie folgt ein: Bei Nahrungs- und Genußmitteln sei auch 1966 keine kontinuierliche und bedarfsgerechte Versorgung zu erreichen.⁷⁹

-
- 75 Protokoll Nr. 14/65 (128) der Beratung der Versorgungskommission für Nahrungsgüter am 22.6.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 190, o. Bl.
- 76 Ebd.
- 77 Sortiment und Artikel auf dem Gebiet Nahrung- und Genußmittel und Erzeugnisse der Haushaltschemie, die nur annähernd, mangelhaft oder völlig unzureichend zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stehen, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 190, o. Bl.
- 78 Schreiben des Ministers für Handel und Versorgung an den Sekretär des ZK der SED, Gen. Dr. Jarowinsky, o. D., SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2023, Nr. 46, o. Bl.
- 79 Vom Institut für Bedarforschung – Einschätzung zu einigen Problemen des Planvorschages Binnenhandel 1966 - Teil Warenfonds –, 29.11.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 190, o. Bl.

Tabelle 10: Angebot und zu erwartende Nachfrage bei Lebensmitteln (1966)

andauernder Mangel	zeitweiser Mangel
Südfrüchte	kochfertige Suppen
Schalenobst	Brot
Dauerbackwaren	Zuckerwaren
Knäckebrot	Kakaoerzeugnisse
Hülsenfrüchte	Fisch und Fischwaren
Fleisch- und Wurstwaren	Spirituosen
Molkereiprodukte	Wein und Sekt
Fette	Tabakwaren
Reis	
Bienenhonig	
Mohn	
tischfertige Konserven	
Körnermischfutter	
Kindernahrung	
Frischgemüse	
Frischobst	
Gemüse- und Obstkonserven	

Quelle: Vom Institut für Bedarfsforschung – Einschätzung zu einigen Problemen des Planvorschlages Binnenhandel 1966 – Teil Warenfonds –, 29. November 1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 190, o. Bl.

Im Vergleich dazu schien sich die Situation bei Textilien und Bekleidung sowie Schuh- und Lederwaren kurzzeitig zu entspannen. Der mengenmäßige Bedarf an Textilartikeln schien gesichert, nicht aber die Qualität der Waren und die Angebotsstruktur. Speziell bei Herrenoberbekleidung herrschte Mangel an synthetischen Materialien, deren hoher Verkaufspreis zudem Absatzschwierigkeiten erzeugte, denn die Bevölkerung schien auf die nicht im Plan enthaltene Alternative „illegaler Importe aus dem Westen“ auszuweichen. Gemeint waren damit Geschenksendungen aus Westdeutschland, denen die Bedarfsforscher eine relativ hohe Bedeutung in der Ausstattung der Haushalte mit solchen Produkten zubilligten. Neben der ungünstigen Preisgestaltung der „hochmodischen Bekleidungsstücke“ vermerkten die Bedarfsforscher, daß der gestiegerte Absatz solcher Waren von verbesserter farblicher Gestaltung, Farbgebung und Farbbrillanz abhing, um den gegenwärtigen Geschmack der Bevölkerung zu treffen. Würde dem von der Textilindustrie nicht entsprochen werden, sahen die Bedarfsforscher die Gefahr heraufziehen, daß ein gleichbleibendes Angebot von der Bevölkerung als Sortimentsverschlechterung angesehen und der Absatz einheimischer Bekleidung ins Stocken geraten würde. Trotz dieses angekündigten Szenarios wurde eine unzureichende Bestands- und Reservenbildung im Sortiment modischer Textilartikel getadelt, weil ohne solche Vorkehrungen Schwankungen im Kaufverhalten nicht sofort aufgefangen werden könnten. Darüber hinaus stellte das Institut für Bedarfsforschung fest, daß der Plan 1966 keine ausreichende Gewähr für eine Deckung des anhand der Kaufkraft der Bevölkerung zu erwartenden Bedarfs im Bereich industrieller Waren lieferte, vielmehr daß die bereits bestehende angespannte Situation in dieser Warenguppe bestehen bleibe. Dies traf besonders auf technische Konsumgüter zu, sowie auf Ersatzteil- und Massenartikel aus der

industriellen Produktion. Das Institut vertrat die Position, daß eine erhöhte Bereitstellung dieser Waren einen direkten politischen Effekt zugunsten der Politik der SED haben würde.⁸⁰

Um dieses Ziel zu verfolgen, nahm der Ministerrat Ende 1965 einen Beschuß zur Verbesserung der Warenstruktur des Binnenhandels für das Jahr 1966 an. Der Beschuß beinhaltete zwei Punkte. Zum einen sollten zum wiederholten Mal die inneren Reserven der Produktion und des Handels besser genutzt werden; zum anderen sollten gezielt Importe mit möglichst mittleren und langfristigen Zahlungszielen getätigt werden. Diese Importe sollten einen Umfang von ca. 92 Mio. „Valutamark“ haben, davon allein ca. 47,3 Mio. im „kapitalistischen Ausland“. Im Inland sollten diese Waren einen Wert (nach Einzelhandelsverkaufspreis) von ca. 856 Mio. Mark erbringen.⁸¹ Welche Bedeutung Versorgungsfragen für die SED und die Bevölkerung der DDR hatten, zeigte sich bereits wieder zum Jahreswechsel 1965/1966. In den Berichten der 1. Sekretäre der Bezirksleitung der SED Dresden und Cottbus wird darauf hingewiesen, daß die wieder erforderlich gewordene Butterzuteilung für den Monat Januar die Akzeptanz der SED-Politik in der DDR-Bevölkerung deutlich zu beeinträchtigen drohe. Zu diesem Zeitpunkt wollte die SED eigentlich Zustimmung zu den Beschlüssen des 11. ZK-Plenums des Jahres 1965 erreichen. Statt dessen sah sie sich in den genannten Bezirken mit massiver Kritik aus der Bevölkerung an der Versorgungslage konfrontiert.⁸²

Allerdings verlagerte sich das Problem der Mangelversorgung nun allmählich von den Grundnahrungsmitteln, wie Fleisch, Brot und Butter, hin zu den Genußmitteln, insbesondere Alkohol. In den zurückliegenden Jahren hatte der Alkoholkonsum erheblich zugenommen, so daß sich die Lebensmittelindustrie der DDR außerstande sah, dem rasanten Anstieg kurzfristig nachzukommen; sie konnte auch auf diesem Gebiet nicht auf Importe verzichten, wobei diese in der Hauptsache aus den sozialistischen Partnerländern und einigen wenigen Dritte-Welt-Ländern kamen. Diese hatten allerdings selbst mit Lieferschwierigkeiten zu kämpfen, so daß das Alkoholangebot in der DDR massiven Schwankungen unterlag, wiederum ein Grund für Unzufriedenheit in der Bevölkerung.⁸³

Angesichts der Tatsache, daß die Kaufkraft der DDR-Bevölkerung weiterhin schneller wuchs als das Warenangebot, insbesondere das Angebot an industriellen Konsumgütern, machte das Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse den Vorschlag, aufgrund der steigenden Agrarerträge auch das Angebot an inländischen Nahrungsgütern zu verbessern, um dadurch in einem höheren Maße Kaufkraft abzuschöpfen. Vorgesehen war, die Produktion von Kaffeesahne und Schlagsahne zu erhöhen sowie das Angebot an frischer Leber zu verbessern, letztere konnte auf dem Weltmarkt zu niedrigeren Preisen als Schweinefleisch erworben werden. Weiterhin wurde vorgeschlagen, sogenannte vollfrische, d. h. nicht mehr als 36 Stunden alte Eier, in den Verkauf zu bringen, um einen höheren Preis gegenüber den üblichen Kühlhauseiern zu erzielen. Auch war vorgesehen, in stärkerem Maße Geflügelfleischsalate, Konserven und andere Spezialitäten aus Geflügelfleisch

80 Ebd.

81 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel – Information zu Problemen der Versorgung im Jahre 1966, 14.12.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2021, Nr. 720, Bl. 93–97.

82 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Gen. Jarowinsky, – Diskussionen um die Butterzuteilung für Januar –, 7.1.1965, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 190, o. Bl.

83 Brief an Genosse Jarowinsky – Versorgung mit Spirituosen, Weinen und Sekt – 25.3.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2021, Nr. 304, o. Bl.

herzustellen, um die in den Kühlhäusern lagernden Geflügelbestände besser zum Verkauf bringen zu können. Auch Kalbfleischspezialitäten sollten angeboten werden; geplant war, Verfahren zur Schnellmast von Kälbern in der DDR einzuführen, um im Bereich Fleischversorgung ein neues Angebot zu schaffen. Darüber hinaus sollte die Verarbeitung von Fleisch zu Wurstwaren qualitativ verbessert werden, um z. B. keine ungarische Salami mehr importieren zu müssen und um in der Lage zu sein, Qualitätslebensmittel anzubieten, die einen höheren Verkaufspreis erzielen könnten. Zugleich sollte die Verbesserung der Warenqualität im Lebensmittelsortiment dazu genutzt werden, den Erlös aus dem Export von Lebendvieh, Schlachtvieh sowie Lebensmitteln zu vergrößern. In diesem Zusammenhang regte der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf erneut an, die Großanlagen für die Broiler- und Eierproduktion sowie für die Rinder- und Schweiinemast so auszugestalten, daß sie für die Verarbeitung des dort gemästeten Fleisches weitgehend selbst verantwortlich sein könnten. Die Kombinate sollten ihre Erzeugnisse, vor allem Eier und Geflügel, ohne Zwischenhandel direkt in die Einzelhandelsgeschäfte liefern. Ein Vorschlag ging sogar so weit, Filialen mit diesem Spezialitätenangebot diesen Kombinaten direkt anzuschließen. Außerdem sollten sie auch – entsprechend den Vorstellungen von einem höheren Exporterlös – in gewissem Umfang für den Export produzieren. Insbesondere das Kombinat in der Nähe von Berlin sollte den Export von Frischeierzeugnissen und Geflügelerzeugnissen nach Westberlin übernehmen. Außerdem sollten Fertiggerichte und Nahrungsmittelkonzentrate in das Angebot aufgenommen werden; dies wäre einerseits eine Qualitätsverbesserung, andererseits eine Arbeitserleichterung für die Bevölkerung.⁸⁴ Weitere Vorschläge zur Verarbeitung von Obst und Getreide machen deutlich, daß es dem Staatlichen Komitee für Verarbeitung und Aufkauf darum ging, durch die Stärkung von eigenen Verarbeitungskapazitäten die bisherigen Probleme der Lebensmittelindustrie mit Überschußerzeugung in den Griff zu bekommen.

Aus der Reaktion der Abteilung Leicht- und Lebensmittelindustrie des ZK der SED wird deutlich, daß die Qualitätsverbesserung bei der Lebensmittelverarbeitung in erster Linie am Mangel an Investitionen für die dazu nötigen Ausrüstungen scheiterte. Darüber hinaus dienten die Agrarexporte auch schlichtweg zur Deckung der prekären Außenhandelsbilanz. Indes war der Effekt aufgrund der zwangsläufigen Futtermittelimporte begrenzt, so daß solche Vorschläge im Verantwortungsbereich von Günter Mittag eher skeptisch gesehen wurden.⁸⁵ Hier offenbart sich ungewollt der Konflikt zwischen dem politisch gewünschten Ziel der Unabhängigkeit von westlichen Kreditgebern und der politisch nicht weniger wichtigen Vorstellung einer ausreichenden Lebensmittelversorgung für die eigene Bevölkerung.

Obwohl dieser Vorstoß wohl vor allem der Profilierung von Staatssekretär Koch⁸⁶ bei SED-Wirtschaftslenker Mittag dienen sollte, macht er doch auch die andauernde politische Bedeutung einer stabilen Lebensmittelversorgung der DDR-Bevölkerung deutlich, wenn man sich zugleich veranschaulicht, daß die Entwicklung bei industriellen Konsumgütern zu diesem Zeitpunkt von den verantwortlichen Funktionären nach wie vor für äußerst proble-

⁸⁴ Vorschläge zur Verbesserung der Versorgung und einer höheren Kaufkraftabschöpfung vom 25.1.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2021, Nr. 317, o. Bl.

⁸⁵ Stellungnahme zu den Vorschlägen des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Verbesserung der Versorgung und einer höheren Kaufkraftabschöpfung, vom 12.2.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2021, Nr. 317, o. Bl.

⁸⁶ Koch war Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf und direkter Vorgesetzter der ZAG.

matisch gehalten wurde. Zum einen wurde im Ministerium für Handel und Versorgung festgestellt, daß die Zunahme der Geldeinkommen der Bevölkerung das Angebot an industriellen Konsumgütern mehr und mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Deutlich war, daß die Industrie insgesamt, insbesondere aber die Konsumgüterindustrie, nicht in der Lage war, der steigenden Nachfrage zu entsprechen. Nach Auskunft des Ministeriums für Handel und Versorgung zeichnete sich besonders für die Konsumgüterindustrie ab, daß die Materialversorgung für die Produzenten keineswegs stabil war, was zu einer großen Differenz zwischen produzierten Waren und Planauflagen führte. Während im ersten Halbjahr 1966 die Geldeinkommen der Bevölkerung um 3,7 % (= 231 Mio. Mark) stiegen, konnte der Einzelhandelsumsatz nur um 2,6 % (= 89 Mio. Mark) gesteigert werden, wovon allein 53 Mio. Mark auf Nahrungs- und Genußmittel entfielen, was deren besondere Bedeutung in dieser Situation deutlich macht. Im gleichen Zeitraum stiegen deshalb die privaten Spareinlagen in der DDR um 9,7 % (= 77 Mio. Mark). Gleichzeitig nahm der Warenbestand des Großhandels rapide ab.⁸⁷ In dieser Situation stellte das anwachsende Aufkommen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, besonders von Fleisch und Butter, eine Form der Stabilisierung der Versorgungssituation dar, auf die keinesfalls verzichtet werden konnte. Dies galt allerdings nicht für Obst und Gemüse, die in der DDR nach wie vor Mangelware blieben. Einerseits ließ sich diese Saisonware nur bedingt lagern, und Importe wurden weiterhin für nötig erachtet. Andererseits reichten auch hier die Verarbeitungskapazitäten der Lebensmittelindustrie nicht aus, um die Angebotsschwankungen bei Obst und Gemüse auch nur ansatzweise kompensieren zu können.⁸⁸

Anfang 1966 zeigte sich dann, daß die Entwicklung nicht nur bei technischen Konsumgütern, sondern auch bei Nahrungsmitteln für die Führung der SED weiterhin problematisch blieb. Die Planungen zum Wirtschaftsjahr 1966 ignorierten das scherenartige Auseinanderfallen von Warenangebot und Netto geldeinkommen der Bevölkerung erneut. In der Abteilung Handel und Versorgung des ZK führte dies hingegen schon frühzeitig zu Besorgnis. Dort wurde festgestellt, daß die Geldeinkünfte der Bevölkerung planmäßig zwar erneut um ca. 2 Mrd. Mark ansteigen sollten, der Warenfonds für Fleisch aber beispielsweise noch nicht einmal die Hälfte des Zuwachses aus dem Jahre 1965 erreichen würde. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre gingen die Planer davon aus, daß dies beinahe zwangsläufig zu einer erneuten Verknappung der Ware Fleisch führen müsse.⁸⁹

Wie von der Abteilung Handel und Versorgung des ZK befürchtet, trat dann auch im April 1966 eine entsprechende Entwicklung ein. Auf der einen Seite war das Schlachtviehaufkommen im Monat April nicht ausreichend, um die Planvorgaben zu erfüllen, auf der anderen Seite zeigte sich bereits im I. Quartal des Jahres, daß die Bezirke den ihnen jeweils zugeteilten Warenfonds bei Fleisch stark überschritten. Deutlich traten im Frühjahr 1966 die zwei Hauptprobleme der Versorgung im Lebensmittelsortiment auf: zum einen die durch Planerfüllungs- und nicht planbare Aufzuchtermine wiederkehrende diskontinuierliche, wellenartige Ablieferung von Fleisch; zum andern war es der durch die DDR-Planungsbehörden nach wie vor nicht zu kontrollierende und permanent steigende Konsum

87 Vom Ministerium für Handel und Versorgung – Staatssekretär für Versorgung – Gen. Sieber – Information zu Schwerpunkten der Versorgung der Bevölkerung im 1. Halbjahr 1966, 2.3.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 47, o. Bl.

88 Ebd.

89 Von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Gen. Jarowinsky – Fleischversorgung 1966 –, 25.2.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 191, o. Bl.

der Bevölkerung, der dazu führte, daß jegliche Planung auf dem Gebiet der Versorgung letztendlich für die tatsächlichen Verhältnisse irrelevant wurde.⁹⁰

Deutlich zeigte sich dies im Sommer 1966, als es nicht auf dem Gebiet der Fleischversorgung, sondern gerade bei Obst und Gemüse zu unplanmäßigen Übererfüllungen kam. Dies traf besonders auf den Verwaltungsbezirk Potsdam im westlichen Umland von Berlin zu. Um die Obst- und Gemüsemengen tatsächlich absetzen zu können, waren zahlreiche Sondermaßnahmen erforderlich. In den Verarbeitungsbetrieben wurde in zwei bis drei Schichten gearbeitet. Gleichzeitig wurden Sonderverkaufsstände für Frischobst und Gemüse eingerichtet und die Preise massiv gesenkt. Um einen besseren Umsatz zu erreichen, wurden sogar Prämien angeboten. Trotz solcher administrativer Vorkehrungen soll es in den Erfassungsstellen zu „erregten Diskussionen“ und zu politisch abfälligen Bemerkungen gekommen sein. So hieß es, man solle endlich wieder die freie Marktwirtschaft einführen und die Zwangswirtschaft abschaffen, sonst würde man das viele Obst und Gemüse niemals vernünftig loswerden. Tatsächlich führte die Unflexibilität der Erfassungsbehörden dazu, daß es im Bezirk Potsdam zu „Zweckentfremdung von Gemüse“ kam. In Glindow wurden 4 t Blumenkohl an Masttiere verfüttert, in Neufahrland wurden größere Mengen grüner Bohnen, Gurken, Blumenkohl, Rotkohl und Äpfel auf den Müll geworfen. Angesichts der ansonsten schwierigen Situation in der Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Frischobst und Frischgemüse können solche Entwicklungen nur erstaunen. Andererseits geben sie Auskunft darüber, in welch geringem Maße das vorhandene Planungssystem in der Lage war, entsprechend seiner eigenen Aufgabenstellung die Verteilung „planvoll“ zu regeln.⁹¹

Aufgrund des anhaltenden Überschusses an Nettogeldeinkommen veränderte sich offenkundig die Bedeutung des Lebensmittelangebots in der Versorgungspolitik der DDR. Während in den vergangenen Jahren das unzureichende Angebot das zentrale Problem der Versorgungspolitik war, stabilisierte sich nun die Versorgung mit Lebensmitteln, doch die Breite des angebotenen Sortiments entsprach nicht in vollem Umfang der Nachfrage. So bestand ab jetzt das Ziel der Nahrungsmittelproduktion darüber hinaus darin, das mangelhafte Angebot an Industriewaren und technischen Konsumgütern zu kompensieren.⁹² Diese Diskrepanz zwischen ausreichender Versorgung der DDR-Bevölkerung im Nahrungsmittel-sektor und größer werdenden Lücken zwischen Plan und Produktion im Sektor industrielle Haushaltswaren und technische Konsumgüter hielt auch im Vorfeld des VII. Parteitages der SED an.⁹³ Allerdings zeigte das Mißverhältnis zwischen der massiven Steigerung der Agrarproduktion und mangelnden Investitionen in der Lebensmittelindustrie, daß dies nicht ohne Einfluß auf die Bereitstellung landwirtschaftlicher Produkte war. Nicht nur die Konsumgüterproduktion selbst entsprach nicht der Nachfrage der Konsumenten, es fehlte auch an sogenannten Zwischenerzeugnissen wie Getränkeflaschen und Konservengläsern für die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, so daß es periodisch bzw. saisonbedingt

90 Ebd.

91 Hausmitteilung von Abt. Parteiorgane des ZK an Abt. Handel und Versorgung – Schwierigkeiten bei der Abnahme in einzelnen Erfassungsstellen –, 24.8.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 191, o. Bl.

92 Information über Schwerpunkte der Versorgung der Bevölkerung bis zum Jahresende, 30.9.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 191, o. Bl.

93 Hausmitteilung der ZK-Abteilung Leicht-, Lebensmittel- und bezirksgeleitete Industrie an Genossen Dr. Mittag, Information zu Problemen der Versorgung in Berlin in Vorbereitung und Durchführung des VII. Parteitages der SED, vom 10.4.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IVA 2/2021, Nr. 712, o. Bl.

nun doch wieder zu ernsten Versorgungsproblemen kam: Im Winter gab es zu wenig Lebensmittelkonserven und im Sommer zu wenig Getränke, insbesondere nichtalkoholische Getränke. Die Leicht- und Lebensmittelindustrie sah sich auch zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, saisongemäß zu arbeiten, weil die Verpackungs- und Glasindustrie der DDR völlig unabhängig von der Nachfrage produzierte.⁹⁴

Wie von verantwortlicher Seite befürchtet wurde, trat 1967 die Situation ein, daß die geplanten Steigerungen des Fleischangebotes tatsächlich zu gering waren, um den Erwartungen bzw. der Nachfrage in der Bevölkerung zu entsprechen. Zusätzlich komplizierte sich die Lage dadurch, daß es aufgrund schlechter Fangergebnisse einen erheblichen Ausfall von Fisch- und Fischwaren gab. Trotz der beträchtlichen Steigerung in der Eigenerzeugung der DDR-Landwirtschaft zeigte sich, daß voraussichtlich rund 21.000 t Fleisch zur Versorgung der Bevölkerung fehlen würden. Das hatte unter anderem seinen Grund darin, daß der Fleischexport 1967 um 20,9 % anstieg, während der Fleischimport zur gleichen Zeit um 13,5 % zurückging. Aufgrund der wieder verbesserten Außenhandelsbeziehungen zur Sowjetunion in dieser Zeit war diese bereit, die Lücke mit 20.000 t Fleisch aus dem eigenen Binnenhandelskontingent zu schließen. Das heißt, die Sowjetunion hat – wie zuvor die Volksrepublik China – mit der Lieferung von Schlachtvieh dafür gesorgt, daß die DDR ihre hohen Fleischexporte beibehalten konnte, ohne die Versorgung der eigenen Bevölkerung mengenmäßig zu beeinträchtigen. Allerdings handelte es sich bei dem Importfleisch um älteres Kühlhausfleisch, während die DDR Lebendvieh und frisch geschlachtetes Fleisch exportierte. Erneut zeigte sich jedoch, daß die Sowjetunion nicht bereit war, solche Lieferungen ohne entsprechende Gegenleistung für den eigenen Konsumgütermarkt zu tätigen, so daß sich das Angebot an Konsumgütern und Industriewaren in der DDR durch diese Lieferungen wiederum verminderte. Trotz dieser Schwierigkeiten sah die Situation für die Abteilung Handel und Versorgung nach einer Kontrolle wie folgt aus: Bei Grundnahrungsmitteln galt die Versorgung als stabil. Als besonderer Erfolg wurde gefeiert, daß sich das Fleisch- und Wurstwarenangebot verbessert hatte und der Rindfleischanteil auf bis zu 35 % gestiegen war. Butter konnte endlich aus der Zwangsbewirtschaftung entlassen werden. Besonderen Anklang bei der Bevölkerung fand das stabile Sortiment an Säuglings- und Kindernahrung. Ein ebenso positives Ergebnis erzielten die Kontrolleure des ZK der SED bei ihrer Untersuchung immer dann, wenn sie Artikel für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen untersuchten. Schwieriger sah es bei Artikeln aus dem „Sortiment Haushaltschemie“ aus: Waschmittel, Spülmittel, Badezusätze, Zahnpasta, Kinderöle und Babycreme waren nur sporadisch im Angebot. Bei Fisch gab es besonders drastische Versorgungslücken. Nach Aussagen der Verkäuferinnen gab es z. B. grünen Hering und Kochfisch seit Wochen bzw. Monaten nicht mehr. In den Regalen lagen zu dieser Zeit nicht mehr als zwei Sorten Fischkonserven. Anders als bei Frischware zeichnete sich zu dieser Zeit ab, daß das Angebot an verarbeiteten Lebensmitteln, wie Tütensuppen und Fertiggerichten, in keiner Weise der Nachfrage der Bevölkerung genügte. Der Bedarf an Tütensuppen konnte lediglich zu 10 % und an Fertiggerichten lediglich zu 20–25 % gedeckt werden.⁹⁵

94 Hausmitteilung der ZK-Abteilung Leicht-, Lebensmittel- und bezirksgeleitete Industrie an Genossen Mittag – Information über die Versorgung der Bevölkerung mit Erzeugnissen der Leicht- und Lebensmittelindustrie - vom 20.6.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2021, Nr. 712, o. Bl.

95 Vom Ministerium für Handel und Versorgung, Gen. Sieber, an den Kandidaten des Politbüros des ZK der SED Gen. Jarowinsky – Information über die Lage in der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Wurst 1. Halbjahr 1967, 20.3.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 48, o. Bl.

Ähnlich problematisch sah es bei Elektrowaren und Elektroersatzteilen aus. Von 452 aufgelisteten Artikeln der untersuchten Handelseinrichtungen waren 73 nicht vorhanden. Als Hauptursache für solche Angebotslücken nennen die Kontrolleure, daß die Lieferrückstände der Industrie hier ständig stiegen und es dem Einzelhandel in einer Vielzahl von Positionen nicht möglich sei, über die zentralen Warenkontore Einfluß auf die Produktion zu nehmen.⁹⁶ Es zeigte sich aber auch anhand der Entwicklung der Geldeinkommen der DDR-Bevölkerung und des weiterhin ansteigenden Fleischverbrauchs, daß eine einfachere Stabilisierung der Schlachtvieherträge aus der eigenen Landwirtschaft auf dem vorhandenen Niveau nicht ausreichen würde, um die steigende Nachfrage der Bevölkerung nach Fleisch und auch Butter zu befriedigen.

Tabelle 11:
Entwicklung der Net togeldeinnahmen und des Fleischverbrauchs in der DDR 1963–1967

Angaben im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr	Zuwachs der Netto-Geldeinnahmen in der DDR in %	Zuwachs der Fleisch-Erzeugung in der DDR in %
1963	1,0	4,5
1964	5,6	3,0
1965	4,7	4,3
1966	4,0	3,6
1967 (Plan)	4,7	0,7

Quelle: Vom Minister für Handel und Versorgung – Information für das Politbüro über die Lage in der Versorgung mit Fleisch und Butter 1967, 8. Dezember 1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 177, o. Bl.

Deshalb wurden die Staatliche Plankommission, der Landwirtschaftsrat der DDR, das Komitee für Erfassung und Aufkauf sowie das Außenhandelsministerium in allgemeiner Form aufgefordert, Maßnahmen für eine Erhöhung des Fleischangebotes im Jahre 1967 zu treffen.⁹⁷ Ganz offenkundig führte die Entwicklung des Fleischangebotes dazu, daß die Widerstände bei der Einordnung des Projekts industrielle Mastviehanlagen in die zentrale staatliche Planung durch die Leitung der damit beauftragten Zentralen Aufbaugruppe (ZAG) überwunden werden konnten. Das von der ZAG betriebene Projekt erhielt eine erneute politische Aufwertung, da es erneut eine Chance zur Überwindung der Versorgungslücken bot.

5. Aus der Not wird Erfolg: Die Goldbroilerrestaurants

Unter den geschilderten Umständen kam ein zusätzliches Angebot an Geflügel der Versorgungspolitik der SED-Führung sehr gelegen. Zu den Plänen der Zentralen Aufbaugruppe gehörte ja von Beginn an nicht nur die Produktion von Broilerfleisch, sondern auch die

96 Information über Probleme der Versorgung der Bevölkerung, 22.2.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/610, Nr. 192, o. Bl.

97 Vom Minister für Handel und Versorgung – Information für das Politbüro über die Lage in der Versorgung mit Fleisch und Butter 1967, 8.12.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 177, o. Bl.

Organisation des Absatzes. Wie sehr die „Macher“ der ZAG vom Ehrgeiz durchdrungen waren, nicht einfach nur einen Produktionsbetrieb für Broiler aufzubauen, sondern auch ein besonderes Produkt abzuliefern, wird am Namen „Goldbroiler“ deutlich. Goldbroiler wurde das eingetragene Markenzeichen für ein Produkt mit besonderer Qualität, dessen Leistungsanforderungen deshalb in einer eigenen Industrienorm festgehalten wurden.⁹⁸ Die damit verbundene Vorstellung, eigene Läden zu betreiben, konnte aber in der folgenden Zeit – bis auf wenige Ausnahmen – nicht umgesetzt werden. Es blieb der Name für das Produkt und die zukünftigen Restaurants.

Entscheidender für den Erfolg der Broilerproduktion war, daß im Ministerium für Handel und Versorgung und in der zuständigen ZK-Abteilung großes Interesse daran bestand, sich am Aufbau „einer modernen Absatzkette für Geflügel in Berlin“ zu beteiligen und dies auch als eigenen Erfolg präsentieren zu können. Zunächst war vorgesehen, drei Grillbars in Berlin aus Anlaß des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution zu organisieren. Da es in der Ostberliner Gastronomie offenbar kein größeres Interesse an dieser Sonderaktion gab, sah sich die Abteilung Handel und Versorgung des ZK gezwungen, die Einrichtung der drei Grillbars direkt unter Parteikontrolle zu nehmen und den stellvertretenden Minister für Handel und Versorgung, Merkel, zu verpflichten, von seiten des Handels alles zu unternehmen, damit Anfang November „drei Objekte zur Eröffnung von Grillbars“ zur Verfügung stünden.⁹⁹

Mitte Oktober zeigte der Druck aus dem Haus des ZK in Berlin Wirkung. Der Stadtkrug am Strausberger Platz im Erdgeschoß des „Haus Berlin“, das Bräustübel im Haus der Presse am Bahnhof Friedrichstraße und das Mila-Eck in der Schönhauser Allee 131 sollten zu Grillbars umfunktioniert werden. Zusätzlich sollte die Selbstbedienungsgaststätte Frankfurter Tor zur Grillbar umgebaut werden, allerdings erst zum I. Quartal 1968. In den ersten drei Objekten kam es kurzfristig zu Umbaumaßnahmen, wobei das Mila-Eck das einzige Restaurant war, in dem die Inneneinrichtung stark verändert werden mußte. Insgesamt kostete der Umbau dieser drei Restaurants zu Grillbars 566.000 Mark, wobei 219.000 Mark für Importe aus Westdeutschland verwendet werden mußten. Dies betraf wohl im wesentlichen die Grillgeräte, wie Werner Jarowinsky schon Monate zuvor angekündigt hatte. Ausrüstung und Material wurden vom Ministerium für Handel und Versorgung direkt bereitgestellt. Finanziert wurde dieser Umbau aus den Mitteln des Magistrats von Berlin.¹⁰⁰

Der Preis für eine 400-Gramm-Portion Geflügel sollte bei 3,45 Mark liegen. Er war damit bewußt unter dem Einzelhandelsverkaufspreis angesetzt, um ein entsprechend positives Echo in der Bevölkerung hervorzurufen. Einschließlich des Außer-Haus-Verkaufs sollten ca. 1.200 Hähnchen in kürzester Zeit verkauft werden. Die drei Grillbars sollten einheitlich den Namen Goldbroiler tragen. Darüber hinaus wurden zehn innerstädtische Kaufhallen ausgewählt, die ab dem 7. November 1967 mit einem verstärkten Sortiment an Geflügelprodukten beliefert werden sollten. Die termingerechte Fertigstellung der drei Restaurants konnte nur durch kurzfristige Zurückstellung anderer Bauaufträge im Bereich des Ministeriums für Handel und Versorgung realisiert werden. Allerdings war es auf diesem Wege nicht

98 Verbands- und Warenzeichen TGL 80–25262, LAB Rep. 635, Nr. 75, o. Bl.

99 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Kandidaten des Politbüros Gen. Dr. Jarowinsky – Schaffung einer modernen Absatzkette für Geflügel in Berlin –, 26.9.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 41, o. Bl.

100 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Kandidaten des Politbüros Gen. Dr. Jarowinsky – Einrichtung von 3 Grillbars in Berlin –, 13.10.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 41, o. Bl.

möglich, ausreichend gastronomisches Personal für diese Einrichtungen einzustellen. Die ZK-Abteilung Handel und Versorgung konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, es sei zwar gelungen, im Ministerium für Handel und Versorgung „initiativreiches Handeln“ zu entwickeln, die Bezirksdirektion der HO Berlin zeige jedoch weiterhin eher Desinteresse für dieses Vorhaben.¹⁰¹

Die Preisverhandlungen im Ministerium für Handel und Versorgung stellten sich schließlich doch als schwieriger heraus als ursprünglich angenommen. Denn die geplante Preiseingruppierung hätte nach Berechnung des Ministeriums für Finanzen einen Preisnachlaß von 152.000 Mark erfordert und konnte deshalb nur im begrenzten Maße geltend gemacht werden. Aus diesem Grund wurde mit dem KIM Königs Wusterhausen eine Vereinbarung getroffen, den Produktionspreis bis zum 1. Juli 1968 so zu reduzieren, daß Broiler auch weiterhin zu dem anfänglich eingeführten Preis abgesetzt werden könnten. Für das Kombinat Königs Wusterhausen bedeutete die dauerhafte Preisfestlegung auf den Einzelhandelsverkaufspreis (EVP) von 3,50 Mark, die geplanten Eigeneinnahmen für das Jahr 1968 im Wertumfang deutlich reduzieren zu müssen; dies machte eine weitere „Planabstimmung“ mit dem Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf notwendig,¹⁰² die aber in der kommenden Zeit weder die Produktion im KIM Königs Wusterhausen noch den Verkauf von Goldbroilern in der DDR-Hauptstadt beeinträchtigte.

Die drei Restaurants „Zum Goldbroiler“ wurden am 7. November 1967 eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahmen die Mitglieder bzw. Kandidaten des SED-Politbüros Gerhard Grüneberg, Sekretär für Landwirtschaft, Gerhard Ewald, Minister für Landwirtschaft, Werner Halbritter, Leiter des Amtes für Preise, und Günter Kleiber, Minister für Handel und Versorgung, teil. Auf der Liste der Ehrengäste zur Restauranteröffnung waren auch noch der Leiter der ZK-Abteilung Landwirtschaft, Kiesler, sowie der stellvertretende Leiter der ZK-Abteilung Handel und Versorgung, Murgott, und der Minister für Handel und Versorgung, Siebert, sowie dessen Stellvertreter, Merkel, und der Leiter der Zentralen Aufbaugruppe, Neubert, zu finden. Die anwesenden Partei- und Staatsfunktionäre hatte bei der ersten Kostprobe im ehemaligen Bräustübel besonders gefreut, daß die freundliche Serviererin in einem netten Pepitadirndl bediente. In den Augen der Beteiligten erschien die Einrichtung der Restaurants als behagliche, internationale Ansprüchen entsprechende Gastronomie, deren Qualität sie als hochwertig und deren Sortiment sie als rationell und stabil einschätzten. Offensichtlich war es gelungen, das Personal für die drei Restaurants in kurzer Zeit so auszuwählen und auszubilden, daß ihnen von den hohen Besuchern schon jetzt das Prädikat eines geschulten Kollektivs erteilt wurde.¹⁰³

Der Umsatz zeigte einen starken Zuspruch der Ostberliner. Die Tagesumsätze der ersten Woche lagen doppelt so hoch wie vor dem Umbau. Besonders der Außer-Haus-Verkauf

¹⁰¹ Schreiben vom Ministerium für Handel und Versorgung Bernhardt an das ZK der SED Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel Gen. Murgott – Preisgestaltung für Grillhähnchen –, 20.10.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 41, o. Bl.

¹⁰² Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an den Kandidaten d. Politbüros Gen. Dr. Jarowinsky – Einrichtung von 3 Grillbars in Berlin –, 1.11.1967. SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 41, o. Bl.

¹⁰³ Schreiben von der Hauptdirektion des Volkseigenen Einzelhandels HO an den Sekretär des ZK der SED und Kandidat des Politbüros Gen. Dr. Jarowinsky –, 14.11.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 41, o. Bl.

übertraf alle Erwartungen. In den ersten fünf Tagen wurden in den drei Restaurants durchschnittlich ca. 2.000 Broilerportionen verkauft:

Tabelle 12: Umsatzentwicklung unmittelbar nach der Eröffnung der ersten Restaurants

„Zum Goldbroiler“	Schönhauser Allee	Friedrichstraße	Strausberger Platz	Gesamt
Stuhlkapazität	60	61	117	238
Alter Tagesumsatz	1300 Mark	1900 Mark	3000 Mark	6200 Mark
Umsatz am 8.11.67 Broiler-Portionen	3560 Mark 400 St.	2800 Mark 640 St.	5235 Mark 800 St.	11595 Mark 1840 St.
Umsatz am 9.11.67 Broiler-Portionen	4210 Mark 760 St.	2680 Mark 380 St.	5600 Mark 860 St.	12490 Mark 2000 St.
Umsatz am 10.11.67 Broiler-Portionen	4320 Mark 900 St.	2200 Mark 360 St.	5800 Mark 800 St.	12320 Mark 2060 St.
Umsatz am 11.11.67 Broiler-Portionen	4780 Mark 1000 St.	3200 Mark 340 St.	7500 Mark 1060 St.	15480 Mark 2400 St.
Umsatz am 12.11.67 Broiler-Portionen	3500 Mark 800 St.	2700 Mark 340 St.	6600 Mark 1000 St.	12800 Mark 2140 St.

Quelle: Schreiben von der Hauptdirektion des Volkseigenen Einzelhandels HO an den Sekretär des ZK der SED und Kandidat des Politbüros Gen. Dr. Jarowinsky –, 14. November 1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 41, o. Bl.

Aufgrund dieser unerwarteten Umsatzzahlen schlug der verantwortliche Hauptdirektor der HO vor, die Gaststätten als Filialen zu führen, da es aller Wahrscheinlichkeit nach zu weiteren Eröffnungen von Goldbroilerrestaurants in der Hauptstadt der DDR kommen werde.¹⁰⁴ In den ersten Tagen nach der Eröffnung stieg der Umsatz in allen drei Restaurants weiter an. In den Spitzenzeiten zwischen 11.30 Uhr und 15.30 Uhr sowie zwischen 17.00 Uhr und 20.00 Uhr waren die Grills so ausgelastet und die drei Restaurants so stark besucht, daß für die Gäste eine Wartezeit von ca. 20 Minuten für die Hauptmahlzeit zur Regel wurde. Deshalb entschloß man sich, die Gaststätten mit weiteren Grillgeräten für den Außer-Haus-Verkauf auszurüsten und in den ersten Monaten des Jahres 1968 am Frankfurter Tor ein weiteres Restaurant für Goldbroiler zu eröffnen. Diese Kapazitätserweiterung stellte natürlich hohe Ansprüche an die qualitätsgerechte Belieferung der Gaststätten durch das Kombinat KIM. Wiederholt wurden Forderungen nach einheitlicher Mastgröße der „geliieferten Broilerrümpfe“ laut, nach qualitätsgerechter und sauberer Vorbereitung und kontinuierlicher Anlieferung.¹⁰⁵ Parallel dazu liefen Verhandlungen zur Vereinheitlichung der Preise in den Goldbroilergaststätten.¹⁰⁶

Entsprechend der „politischen Bedeutung“ wurden die ersten drei Restaurants in Ostberlin in verschiedenen hauptstädtischen Zeitungen ausführlich besprochen. Dabei wurde ein

104 Ebd.

105 Von der Bezirksdirektion des volkseigenen Einzelhandels Berlin HO – Filialgruppe Broiler –, an Gen. Karl-Heinz Wille, ZK der SED – Broiler-Gaststätte –, 17.11.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 41, o. Bl.

106 Hausmitteilung von Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel an Gen. Dr. Jarowinsky – 24.11.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2032, Nr. 41, o. Bl.

Zusammenhang zwischen der Produktion in dem als modern bezeichneten Kombinat Industrielle Mast in Königs Wusterhausen und dem neuen Angebot in den Geflügelrestaurants hergestellt und Fleisch aus „industriemäßiger“ Zucht als besonders edles Produkt präsentiert. Das Restaurant „Zum Goldbroiler“ wird im Bericht als geschmackvoll, mit rustikalen Möbeln eingerichtet, beschrieben. Im ersten Bericht heißt es, daß neben dem normalen Grillhähnchen sogar noch Backpaprika- und Curryhuhn, Brühreis mit Geflügelfleisch, Geflügelsalat, gebratene Geflügelleber mit Apfelringen und Zwiebeln sowie Geflügelcremesuppe angeboten wurden. Der Service galt als vorbildlich, da zusätzlich zu dem Essen kleine Snacks wie Salzmandeln, Brezeln und Erdnüsse an den Tischen angeboten wurden.¹⁰⁷

Im „Neuen Deutschland“ vom 11. November 1967 ist ein Bild zu sehen, auf dem junge Leute, im Gespräch vertieft, an einem Bartresen im Restaurant „Zum Goldbroiler“, dem ehemaligen Mila-Eck, in der Schönhauser Allee 131 sitzen; ihnen gegenüber – auf der anderen Seite des Tresens – bereiten zwei Köche die Speisen zu. Dies entspricht ganz der in den sechziger Jahren als modern empfundenen „Bargastronomie“, wie sie damals seit einigen Jahren in den Fachzeitschriften der DDR vorgestellt wurde. Darüber hinaus wurden die goldbraun und knusprig gebrillten jungen Hähnchen und Hühnchen als appetitliches Hauptgericht angepriesen. Man konnte die Goldbroiler auch außerhalb des Restaurants kaufen und, in Aluminiumfolie verpackt, mit nach Hause nehmen. Die neuen Restaurants wurden in diesem Zeitungsbeitrag als eine spürbare Verbesserung des gastronomischen Angebots in der DDR-Hauptstadt geschildert.¹⁰⁸ Wie wichtig das Projekt Goldbroilerrestaurant sowohl für Handel und Versorgung als auch für die verantwortlichen Leitungsgremien des Landwirtschaftsrates war, zeigt sich auch an folgendem: Die Zentrale Aufbaugruppe lieferte der Abteilung Landwirtschaft des ZK in der letzten Novemberwoche täglich eine Meldung über den Anlauf der Produktion im Kombinat Industrielle Mast Königs Wusterhausen und über Fragen der Belieferung der Goldbroilerrestaurants; zum Ende des Monats zeichnete sich eine Stabilisierung sowohl der Produktion als auch der Lieferbeziehungen zum Handel ab.¹⁰⁹ Die ZAG hatte unter den andauernden Schwierigkeiten ein vorzeigbares Ergebnis geliefert, das geeignet sein sollte, ihre besondere Stellung im System der Planwirtschaft zu konsolidieren. Gerade diese Sonderstellung aber hatte ja schon frühzeitig Bedenken im Parteiapparat hervorgerufen, die durch einen Erfolg kaum zerstreut werden konnten. So sollte das kommende Jahr 1968 auch zum Wendepunkt für das Projekt KIM werden.

6. Der Normalbetrieb als Problemfall: Die große Kontrolle

Mit Beginn des Jahres 1968 erweiterten sich die Betriebsstrukturen der ZAG um zwei weitere Kombinate, die neben Königs Wusterhausen und Möckern ihre juristische Selbständigkeit erhielten: Dies war zum einen das Kombinat für Zucht und Vermehrung von KIM-Hybriden, kurz VEB KIM-Hybrid genannt, in Spreenhagen. Hier wurden Großelterntiere als

107 Es bräunen die Broiler. Drei Gaststätten wurden Hähnchenbratereien / In 60 Tagen gemästet, in: „Der Morgen“ vom 10.11.1967.

108 Goldbraun vom Spieß, Drei Gaststätten als Hähnchenbratereien neu eröffnet, in: „Neues Deutschland“ vom 11.11.1967.

109 Information über Fragen der Technik, Produktion und des Absatzes im VEB Kombinat Industrielle Mast, Königs Wusterhausen, 20.11.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 36, Bl. 132–143.

Basismaterial sowohl für die Legehennen- als auch für die Broilerrichtung gezüchtet. Zudem galt es noch, einen Vermehrungsbetrieb und einen Linienzuchtbetrieb für Legehennenhybriden zu errichten. Zum KIM-Hybrid gehörte auch die Modellanlage für Fasanenintensivmast. Zum andern wurde der VEB Broika Storkow – Broika ist die Abkürzung für Broilerkaninchen – gebildet, der als selbständige Einrichtung Mast und Verarbeitung von Broilerkaninchen entwickeln sollte. Die Erweiterung des Arbeitsfeldes der Zentralen Aufbaugruppe erstreckte sich aber nicht nur auf die Versuche zur industriellen Fasanen- und Kaninchenzucht, sondern auch auf den Aufbau eines Modellbetriebes für Putenzucht und -mast, der etwa 1.500 t Putenfleisch im Jahr liefern sollte. Kontakte mit englischen Produzenten waren vorgesehen, und im Laufe des Jahres 1968 sollten die erforderlichen Papiere erstellt werden. Nach dem Erfolg der Goldbroilergaststätten in Ostberlin wollte die Zentrale Aufbaugruppe ihren Stellenwert im Rahmen der Investitionsobjekte der DDR-Volkswirtschaft zusätzlich festigen, indem sie sich um eine Besichtigung des VEB KIM Königs Wusterhausen durch Walter Ulbricht bemühte. Königs Wusterhausen sollte das entscheidende Modell für eine stabile Versorgung der Bevölkerung der DDR-Hauptstadt sowie aller Ballungszentren in der DDR werden, das zusätzliche Bedeutung für die Versorgung der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder sowie für die Entwicklung der Landwirtschaft in diesem Bereich hatte.¹¹⁰

Gleichzeitig wurde der Plan wieder aufgegriffen, alle KIM-Produkte in einem eigenen Spezialitätengeschäft, zunächst in Berlin und dann auch in anderen Orten der DDR, zu verkaufen. Solche Pläne zur Ausweitung des eigenen wirtschaftlichen Handlungsfeldes der ZAG gingen einher mit Bemühungen, die bereits gebildeten Kombinate zu betriebswirtschaftlich selbständigen Einheiten zu entwickeln; über stabile Vertragsbeziehungen und Preisabsprachen sollten sie in der Lage sein, ihre eigenen Mittel selbständig zu erwirtschaften. Ungeachtet solcher Pläne litt aber das KIM Königs Wusterhausen unter fortdauernd hoher Personalfluktuation. Die Leitung der ZAG sah sich deshalb dazu veranlaßt, sich verstärkt um die Beschaffung von Wohnraum – in der DDR ein knappes Gut – für die KIM-Beschäftigten zu bemühen, um so die Belegschaft zu halten.¹¹¹ Diese Probleme sind aus heutiger Sicht ein Hinweis darauf, daß sich die Geflügelproduktion in den verschiedenen KIM-Standorten kontinuierlich entwickelte. Ganz im Gegensatz dazu war es im Standort Ferdinandshof (industrielle Rinder- bzw. Kälbermast) aufgrund von Seuchen zu Tierverlusten von bis zu 50 % des Bestandes gekommen. Offenkundig war es hier bedeutend schwieriger, zu einer stabilen Großproduktion zu kommen. Dies war sicher auch der Grund dafür, daß die ZAG Überlegungen anstellte, ob es nicht sinnvoll sei, sich hauptsächlich auf den Bereich Geflügel zu konzentrieren und diesen auszubauen, während man bei Schwein und Rind mehr und mehr die Linie verfolgte, nur Modellprojekte anzubieten.¹¹²

Am 21. Februar 1968 beschloß das Sekretariat des ZK der SED eine Liste von Anlagen und Objekten, die für die industrielle Produktion in der Landwirtschaft bis zum 20. Jahrestag der DDR geschaffen werden sollten. In dieser Liste sind lediglich die Namen und Orte der einzelnen Objekte und ihr jeweiliger Status festgehalten. Aufgrund der zentralen Stellung des Sekretariats der SED im Machtgefüge der DDR besaß die Liste verbindlichen Cha-

110 Protokoll der Dienstbesprechung der ZAG vom 15.1.1968, LAB Rep. 635, Nr. 88, o. Bl.

111 Ebd.

112 Zentrale Aufbaugruppe – Vermerk für Gen. Dr. Koch, Beratung über den Übergang der Belieferung der Broilergaststätten mit 1.000-Gramm-Rümpfen –, 4.6.1968, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

rakter. Für die Zentrale Aufbaugruppe sollte sie im Verlaufe des Jahres 1968 noch schwerwiegende Folgen nach sich ziehen.¹¹³

Zu den aufgelisteten Objekten gehörte auch das KIM Königs Wusterhausen. Deshalb war es für die ZAG kurzfristig erforderlich, Verhandlungen mit dem Rat des Bezirkes Potsdam über die Kapazitätserweiterung für die Frischeierproduktion und Broilermast aufzunehmen und außerdem Verträge über zusätzliche Projektierungen, Baukapazitäten und Zulieferungen abzuschließen. Im weiteren Verlauf wäre dies ohnehin nötig gewesen, aber mit dem durch das Sekretariat des ZK der SED fixierten Fertigstellungstermin konnten eventuelle zeitliche Verschiebungen nur noch auf höchster Ebene geregelt werden, und diese hätten den angestrebten Erfolg der Zentralen Aufbaugruppe, die gesamten Investitionsmaßnahmen durchzuführen, generell in Frage gestellt.¹¹⁴ Um solchen Anforderungen entsprechen zu können, wurde der Mitarbeiterstab der Zentralen Aufbaugruppe 1968 um 16 Planstellen aufgestockt. Darunter waren ein Referent für Kader, ein Sicherheitsinspektor und weitere Mitarbeiter für wissenschaftliche Zusammenarbeit, Ökonomie, Technik und Investition sowie Spezialisten für die Produktion von Geflügelfleisch, Eiern und Schweinefleisch.¹¹⁵

Parallel zur beschleunigten Arbeit der Zentralen Aufbaugruppe im Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf wurden im Komitee der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI)¹¹⁶, Inspektionsbereich Landwirtschaft und Erfassung, Überlegungen angestellt, den Aufbau von Modellanlagen für die industrielle Produktion in der Landwirtschaft einer breiten Kontrolle zu unterziehen. Diese Kontrolle resultierte aus dem Ministerratsbeschuß vom 21. September 1967 und der o. g. Liste aus dem Sekretariat des ZK. Die ABI verstand ihre Kontrolltätigkeit als Unterstützung der termingerechten Fertigstellung und Inbetriebnahme der geplanten Anlagen bei optimaler Konzentration der Großproduktion bzw. Leistungsüberprüfung der staatlichen Leitung. Die Kontrolle selbst erstreckte sich von den Leitungsorganen der Landwirtschaft über die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, die Bauakademie, die Ministerien für Bauwesen, für Maschinenbau, Schwermaschinen- und Anlagenbau, für Elektrotechnik und Elektronik bis hin zu den Räten der Bezirke und den Räten für landwirtschaftliche Produktion in den Bezirken.¹¹⁷ Damit begann für die ZAG eine Periode, in der ihre Arbeit vom Druck der erhöhten Planauflagen sowie außerordentlicher Überwachung durch die ABI geprägt war.

¹¹³ Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 14 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED vom 21.2.1968 – Anlagen und Objekte für industriemäßige Produktion, die in der Landwirtschaft bis zum 20. Jahrestag der DDR geschaffen werden, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3, Nr. 1375, Bl. 19.

¹¹⁴ Protokoll der Dienstbesprechung der ZAG vom 12.2.1968, LAB Rep. 635, Nr. 88, o. Bl.

¹¹⁵ Zentrale Aufbaugruppe, Vermerk für Gen. Dr. Koch, – Begründung zum Stellenplan der Zentralen Aufbaugruppe für die industrielle Produktion und Verarbeitung von Schlachtvieh, Schlachtgeflügel und Eiern für das Jahr 1968 –, 21.2.1968, LAB Rep. 635, Nr. 27, o. Bl.

¹¹⁶ Die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion war eine Institution mit problematischem Doppelcharakter. Sie war zugleich dem Ministerrat der DDR und dem ZK der SED unterstellt und fungierte sowohl als staatliche Behörde mit einem Vorsitzenden im Ministerrang wie auch als gesellschaftliches Komitee mit gewählten und ehrenamtlichen Kommissionen und Gruppen auf der untersten Ebene. Die Hauptfunktion der ABI bestand in der Überwachung von volkswirtschaftlichen Vorgaben aus dem Planungssystem sowie der Einhaltung von entsprechenden Beschlüssen und Gesetzen. Eine ausführliche historische Studie zur ABI steht noch aus.

¹¹⁷ Komitee der ABI Inspektionsbereich Landwirtschaft/Erfassung – Konzeption zur Kontrolle des Aufbaus der Beispielanlagen für industriemäßige Produktion in der Landwirtschaft gemäß dem Beschuß des Präsidiums des Ministerrates vom 21.9.1967 –, 10.6.1968, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

Das erste Ergebnis der ABI-Kontrolle im Bereich Landwirtschaft bzw. des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf bestand darin, daß gegen die Zentrale Aufbaugruppe bereits am 21. Juni vor dem Staatlichen Vertragsgericht beim Ministerrat ein Verfahren eröffnet wurde.¹¹⁸ Die ABI Inspektion Landwirtschaft Berlin hatte am 19. und 20. Juni 1968 festgestellt, daß das VEB Ausrüstungskombinat Perleberg nicht in der Lage war, die technischen Ausrüstungen für den Aufbau von Pilotanlagen termingerecht zur Verfügung zu stellen. Dieser neue Betrieb hatte bisher lediglich die Produktionshallen gebaut. Die Plananforderung, Ausrüstungen für 13 Anlagen zu liefern, konnte nach Aussagen des Betriebsdirektors nicht in Angriff genommen werden, da es bisher zu keiner Lieferung der nötigen Maschinenausrüstungen gekommen war. Die hierfür erforderlichen Importmittel waren von der Zentralen Aufbaugruppe bisher nicht freigegeben worden. Die Verantwortung für diese Situation lag bei den Mitarbeitern der Zentralen Aufbaugruppe.¹¹⁹

In dem Bericht der ABI wird der Mitarbeiter der Zentralen Aufbaugruppe, Dietl, persönlich für die schwierige Situation des Kombinats Perleberg verantwortlich gemacht. Dieser habe dem Kombinat anfänglich jegliche Unterstützung zugesagt, dies sei aber letztendlich in keiner Weise erfolgt. Das Kombinat war eigens gebildet worden, um den Ausbau der industriellen landwirtschaftlichen Anlagen unabhängig von Importen weiter fortführen zu können. Es gab sogar Vorstellungen, die nachgebauten bzw. weiterentwickelten Anlagen in der Folgezeit zu exportieren. Durch den fehlenden Import der dazu nötigen Maschinenbauausrüstungen war diese Aufgabe in der gestellten Zeit, das heißt bis zum 7. Oktober 1968, nach Ansicht der ABI jedoch gefährdet. Zur Abhilfe sollte die Zentrale Aufbaugruppe nun direkt vom Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf geführt werden,¹²⁰ obwohl sie diesem bereits unterstand.

Eine weitere Kontrolle im Kombinat für Ausrüstungen von Geflügelanlagen in Perleberg ergab, daß das bisher für die Erneuerung und Instandsetzung von Landmaschinen zuständige Kombinat auf seine Aufgabe, Anlagen für die Geflügelwirtschaft zu bauen, in keiner Weise vorbereitet war. Das leitende wie das technische Personal des Betriebes war zu diesem Zeitpunkt weder mit den Anforderungen auf dem Gebiet des Geflügelanlagenbaus vertraut, noch existierten Arbeitskontakte zum Ingenieurbüro für Geflügelwirtschaft. Es drängte sich der Eindruck auf, bisher sei nicht viel mehr als der Name des Betriebes geändert worden. Dem entsprach auch die Tatsache, daß zum Zeitpunkt der Kontrolle immer noch nicht geklärt war, was nach Einstellung der Instandsetzungsarbeiten für die Landtechnik aus den 181 Lehrlingen im Betrieb werden sollte bzw. wie deren Berufsausbildung fortzuführen war.¹²¹

¹¹⁸ Das Staatliche Vertragsgericht war eine Behörde des Ministerrats, das die Vertragsbeziehungen zwischen juristisch selbständigen Betrieben im Streitfall oder bei Regelverstoß in der Form eines Schiedsverfahrens regeln sollte, mit einer Sanktionshöhe von bis zu 500.000 Mark. Der Forschungsstand dazu entspricht dem zur ABI.

¹¹⁹ Vom Staatlichen Vertragsgericht beim Ministerrat Zentrales Vertragsgericht Abt. Landwirtschaft – Verfahren ohne Antrag Az.: 33-A-17-21/68 – Gegen VEB Ausrüstungskombinat für Geflügel- und Kleintieranlagen Perleberg, Zentral-Kommerz. GmbH, Staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse – Zentrale Aufbaugruppe –, einbezogen –, 21.6.1968, BArch, DC 14, Nr. 220, o. Bl.

¹²⁰ Bericht über die durchgeführte Kontrolle am 19. und 20.6.1968 im Ausrüstungskombinat für Geflügel- und Kleintieranlagen Perleberg, Sitz Düpov, BArch, DC 14, Nr. 220, o. Bl.

¹²¹ Von Inspektion Landwirtschaft/Erfassung – Bericht über die Kontrolle im Kombinat „Ausrüstungen für Geflügelanlagen“ in Perleberg, Sitz Düpov, 26.6.1968, BArch, DC 14, Nr. 220, o. Bl.

In der Zentralen Aufbaugruppe war man über die Kontrolle in Perleberg offenkundig nicht sonderlich beunruhigt, denn man arbeitete unbeirrt weiter am Ausbau der eigenen Strukturen. Im Juli wurde die Planung des Jahres 1969 vorbereitet: In allen Kombinaten, die zu diesem Zeitpunkt der ZAG unterstellt waren, sollten sogenannte fondsbezogene Preise eingeführt werden. Dies bedeutete eine deutliche Veränderung des innerbetrieblichen Planungssystems, da die Betriebe ihre Kosten auf diese Weise weitgehend selbst kontrollieren könnten. Zudem stand eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Aussicht. Die Zentrale Aufbaugruppe sollte den neuen Partnern in der Sowjetunion Projekte und Projektierungsleistungen als Exportgeschäft anbieten. Über diesen Weg wäre die Sowjetunion in der Lage gewesen, aus dem NSW-Import¹²² der DDR für die eigene Geflügelwirtschaft erheblichen Nutzen zu ziehen, ohne selbst auf dem Weltmarkt auftreten und Devisen aufwenden zu müssen. Wohl deshalb ist auch in den Protokollen vermerkt, daß die Beratung über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion unter strengster Geheimhaltung zu erfolgen hatte.¹²³

Weitere Veränderungen für die ZAG ergaben sich aus der Umbildung des Landwirtschaftsrates der DDR zum Rat für landwirtschaftliche Produktions- und Nahrungsgüterwirtschaft (dem Vorläufer des Landwirtschaftsministeriums der DDR). Das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf wurde in diesem Zusammenhang zum Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung. Dessen Hauptaufgabe sollte nun – ausgehend vom geforderten Welthöchststand – die Schaffung des „wissenschaftlich-technischen Vorlaufs“ für die gesamte Landwirtschaft sein. Hierzu sollten auch Musterbetriebe für die Verarbeitungsindustrie geschaffen werden. Mit der Umstrukturierung der Leitungsorgane in der DDR-Landwirtschaft sollte auch die Struktur des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung verändert werden. Die KIM-Betriebe Ferdinandshof, Königs Wusterhausen, Eberswalde und andere staatliche Großanlagen sollten der VVB Tierzucht zugeordnet und die Zentrale Aufbaugruppe zu einem bloßen Leitungsorgan dieser VVB werden.¹²⁴ Hier deutete sich erstmals an, daß es in den übergeordneten Leitungen der ZAG Pläne gab, dieses Sonderregime zu beenden.

Zeitgleich geriet die Zentrale Aufbaugruppe durch die anhaltenden Probleme mit der DDR-Bauwirtschaft und den Zulieferfirmen aus dem Zeitplan. Per 30. Juni 1968 waren erst 25 % der bis zum 7. Oktober 1969 fertigzustellenden Investitionsvorhaben verwirklicht worden. Davon entfielen 31 % auf Bauinvestitionen, 19 % auf Ausrüstungen und 9 % auf sonstige Investitionen, also Zusatz- und Sozialleistungen. Auch wenn die Leitung der ZAG sich zuversichtlich zeigte, bis zum Ende des III. Quartals des Jahres 1968 ca. 51 % des Investitionsumfangs verwirklichen zu können, bestand die Gefahr, daß die Vorhaben nicht rechtzeitig fertig würden. Aus Sicht der Zentralen Aufbaugruppe stellte sich als Hauptproblem heraus, daß die beiden inländischen Hersteller von Hallenkörpern für die Geflügelmast nicht in der Lage waren, die vertraglich vereinbarten Lieferfristen einzuhalten. Dies galt besonders für das Leichtmetallbaukombinat Halle; man litt dort unter unregelmäßiger Materialzufuhr von weiteren inländischen Zulieferbetrieben; diese wiederum hingen im Zeichen

122 NSW = nicht-sozialistisches Währungsgebiet meint alle Staaten, die mit frei konvertierbarer Währung (Devisen), meist auf Dollarbasis, Außenhandel trieben bzw. nicht dem sowjetischen Einflußbereich angehörten.

123 Protokoll der Dienstbesprechung der ZAG vom 8.7.1968–10.7.1968, LAB Rep. 635, Nr. 87, o. Bl., Vgl. LAB Rep. 635, Bü. 2, o. Bl.

124 Protokoll des Seminars mit den Direktoren der Kombinate und Leitern der Aufbaugruppen am 16. und 17.7.1968 in Leipzig, LAB Rep. 635, Nr. 66, o. Bl.

allgemeinen Devisenmangels von unsicheren Importen ausländischer Rohstoffe ab. Deshalb war geplant, die ursprünglich an das Leichtmetallbaukombinat Halle vergebenen Aufträge 1969 an das Staatliche Komitee für Landtechnik weiterzugeben, um innerhalb der Möglichkeiten des Rates für Landwirtschaft eine kontinuierliche Lieferung für das gesamte Jahr zu ermöglichen. In der Beratung mit den Kombinatsdirektoren und Leitern der Aufbaugruppen der Bezirke hieß es, für die Ausrüstungen der Geflügelmast- und Frischeieranlagen sei nun das Kombinat für Geflügelausrüstung Perleberg zuständig. Trotz der Probleme mit den Zulieferern sollte auf diesem Weg der Import von Anlagen durch Eigenproduktion überflüssig werden. Mit keinem Wort wurde in dieser Beratung erwähnt, daß es in Perleberg zu der erwähnten Kontrolle gekommen war, die diese Planung ernstlich in Zweifel zog. Trotzdem wurde auf der Beratung ein Importstopp für 1969 bekanntgegeben. Eine Ausnahme sollten lediglich spezielle Anlagen und Geräte machen, die noch nicht selbst hergestellt werden konnten.¹²⁵

Mit dem Beginn der Produktion im Sommer 1968 veränderte sich dann auch die Aufgabenstellung der Zentralen Aufbaugruppe und der Ingenieurbüros innerhalb des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung. War ihr Hauptziel bisher, die Investitionstätigkeit innerhalb des Komitees zu sichern und die importierten Anlagen als Modelle produktionswirksam in die Landwirtschaft der DDR einzuführen, sollten die Erfahrungen aus diesen Investitionen nun dazu dienen, die DDR zum Exporteur von moderner Landwirtschaftstechnik innerhalb des RGW zu machen. Dies galt insbesondere für die Sowjetunion, der man vielfältige Vorschläge für Produktionsanlagen zur industriellen Viehhaltung unterbreiten wollte. Die Angebote reichten von Rinder- und Kälbermastanlagen über Milchvieh-, Rinderaufzucht- und Schweineaufzuchtanlagen bis hin zu Frischeierbetrieben und eben Broilermastanlagen, bei denen von der Aufzucht bis zur Schlachtung und Verpackung der gesamte Weg der Fleischerzeugung in einem Betrieb konzentriert sein sollte.¹²⁶

Aufgrund der politischen Ereignisse in der ČSSR forderte die Zentrale Arbeitsgruppe im Juli 1968 in allen Bereichen der DDR – in Produktion wie Investition – unverzüglich eine straffere Leitung beim Aufbau der Pilot- und Großanlagen. Das bedeutete, daß die Investitionsvorhaben in noch stärkerem Maße forciert werden und auf der anderen Seite, daß die Sicherheitsvorkehrungen bei den auf Importe angewiesenen Objekten verstärkt werden sollten.¹²⁷ Im einzelnen sollte der Import von Anlagenteilen aus sozialistischen Ländern überprüft werden, Vertreter oder Monteure von Firmen des kapitalistischen Auslands sollten Baustellen und Betriebe nur noch dann betreten dürfen, wenn sie im Besitz einer Genehmigung des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees waren. Allgemein sollte die Bewegungsfreiheit der Importeure eingeschränkt und ihre „Handlungen“ mittels starker Kontrollen registriert werden. In diesem Zusammenhang wurde eine allgemeine Überprüfung der Kader

125 Ebd.

126 Protokoll der Beratung am 17.7.1968 in Leipzig mit den Leitern der Ingenieurbüros beim Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung, 25.7.1968, LAB Rep. 635, Bündel 2.

127 Zur Politik der SED in dieser Situation vgl. Lutz Prieß/Vaclav Kural/Manfred Wilke, Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, Berlin 1996. Zur inneren Verfassung der Gesellschaft in der DDR vgl. Stefan Wolle, Die versäumte Revolution: Die DDR und das Jahr 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22–23/2001, S. 37–46.

angeordnet, um, wie es hieß, die „Wachsamkeit und Sicherheit innerhalb des Leistungsbestandes“ zu erhöhen.¹²⁸

Gleichzeitig sollte die anstehende Kontrolle der ABI auf die gesamte Arbeit der Zentralen Aufbaugruppe ausgeweitet werden. Nicht nur die technischen und ökonomischen Parameter sollten kontrolliert werden, sondern die Situation in der Gewinnung und Ausbildung von Kadern, die Gründung gesellschaftlicher Organisationen und die Kooperationsbeziehungen zu anderen volkswirtschaftlichen Bereichen. Die Tierbeschaffung, die Güller- und Kotbeseitigung, der Stand des Baus und die Einführung der sozialistischen Betriebswirtschaft gehörten zum erweiterten Kontrollauftrag. Darüber hinaus sollten der zielgerichtete und zweckgebundene Einsatz der Investitionsmittel sowie die Sicherheit, d. h. die Einzäunung, Bewachung und Verschließbarkeit der Lager für die Bau- und Installationsmaterialien überprüft werden. Alles deutete darauf hin, daß die Zentrale Aufbaugruppe im Zusammenhang mit den nun schon über Jahre währenden Kontakten zu nicht-sozialistischen Ländern als Gefährdung angesehen wurde. Von den Mitarbeitern der Zentralen Aufbaugruppe wurde gefordert, die Leitung ihrer Projekte straffer zu organisieren und sogenannte ideologische Schwierigkeiten und Unklarheiten zu beseitigen. Eine allgemeine Überprüfung des gesamten Personalstandes wurde angeordnet. Das Ziel hieß: „Wachsamkeit und Sicherheit zu einem Allgemeingut der Leitungarbeit“ innerhalb der Zentralen Aufbaugruppe zu machen. Die ZAG selbst wurde einer Koordinierungsgruppe zur Sicherung des Aufbaus und der Inbetriebnahme der Modellanlagen unterstellt. Diese Gruppe sollte alle Probleme aufgreifen, um die termingerechte Fertigstellung sowie den Betrieb der Anlagen zu sichern. Dabei sollte sich diese im Rat für landwirtschaftliche Produktion gebildete Koordinierungsgruppe vor allen Dingen auf die Untersuchungsergebnisse der ABI stützen.¹²⁹

Dies kam einer Entmachtung des Vorgesetzten der ZAG – des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees – gleich. Aufgabe der ABI war es, dafür nachträglich die Argumente zu liefern. Offenbar war es angesichts der Reformbestrebungen in der ČSSR und der öffentlichen Sympathiekundungen der jugoslawischen Führung für diese Politik nicht mehr opportun, so freihändig mit den bisherigen ausländischen Handelspartnern zu verhandeln, wie dies bisher von der ZAG gehandhabt worden war. Deutliches Zeichen der veränderten Konstellation im Sommer 1968 war, daß sämtliche sogenannten Valutaimporte nochmals überprüft und dem Landwirtschaftsminister direkt vorgelegt werden mußten. Zugleich wurde erstmals der Versuch unternommen, zu importierende Anlagenteile, wie Legehennenküfige und Belüftungsanlagen für Stallbauten, aus der Sowjetunion bzw. aus Polen zu importieren. Im Juli wurden alle Reisen in das nicht-sozialistische Währungsgebiet untersagt. Gleichzeitig wurde dem Bemühen der Zentralen Aufbaugruppe, sich durch Institutionalisierung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen als das eigentliche Wissenschaftszentrum der Geflügelwirtschaft zu etablieren, ein Riegel vorgeschnitten: Keine der dafür erforderlichen Bauinvestitionen wurde genehmigt. Diese Aufgabe sollte in Zukunft das Ingenieurbüro für Geflügelwirtschaft selbstständig bzw. in Kooperation mit dem Institut für Geflügelwirtschaft in Merbitz übernehmen.¹³⁰

¹²⁸ Protokoll der Beratung am 17.7.1968 in Leipzig mit den Leitern der Ingenieurbüros beim Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung, 25.7.1968, LAB Rep. 635, Bündel 2.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Zentrale Aufbaugruppe – Protokoll der Dienstbesprechung vom 26.7.1968–30.7.1968, LAB Rep. 635, Nr. 87, o. Bl., Vgl. LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

Die Kontrolle der ABI in den Objekten der Zentralen Aufbaugruppe im Bezirk Frankfurt/Oder brachte als Ergebnis hervor, daß der Stil der Aufbauarbeiten durch eine hohes Maß an Improvisation gekennzeichnet war. Die im Bezirk Frankfurt/Oder liegenden Objekte hatten ihre Arbeit nur termingerecht aufnehmen können, weil die Aufbaugruppen der Objekte Spreenhagen und Eberswalde den Aufbau sowie technischen Ausbau der Anlagen in sogenannter gleitender Projektierung vollzogen hatten; d. h. aufgrund der Kurzfristigkeit von Beschlüssen und Terminstellungen war es häufig nicht möglich, vollständige Bau- und Investitionsunterlagen, die mit den regionalen sowie örtlichen Planungsbehörden und den Baufirmen und Ausrütern abgestimmt waren, vorzuweisen. Also war in verschiedenen Fällen mit den Bauarbeiten und der Einstellung von Personal schon begonnen worden, ohne daß die dafür nötigen Genehmigungen oder die Ausstattung mit Baumaterial und Maschinen etwa schon vorhanden gewesen wären. Mit diesen Hauruckmethoden konnte man zwar Fakten schaffen, die ihre Bestätigung durch übergeordnete Leitungen im nachhinein auch fanden, aber es war nicht möglich, eine Abstimmung bei der Materialbereitstellung zu erreichen. So kam es immer wieder zu Verzögerungen im Aufbau, weil sogenannte Bau- und Ausrüstungskapazitäten nicht in den Planungsablauf eingestellt waren und deshalb nur durch sogenannte „operative Leitungsmethoden“ (das Selbstorganisieren bzw. -beschaffen) das Baugeschehen fortgesetzt werden konnte. Hier lag auch der Grund für das ständige Bemühen der ZAG, die verschiedensten Vertragspartner auf Dauer in die eigenen Strukturen zu integrieren.¹³¹

Trotz der systembedingten Mängel, die das „Partisanentum“ in der ZAG hervorbrachte, lastete die ABI ihr solche Abweichungen von der planwirtschaftlichen Norm schwer an. Auf lange Sicht stellte die ABI heraus, daß ein solches Vorgehen nicht dazu geeignet war, die immer umfangreicheren Bauaktivitäten auf korrekte Art und Weise durchzuführen. Nach Einschätzung der ABI-Kontrolleure fehlte es hier an der nötigen Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen Planungs- und Ausrüstungsbetrieben. So wurde die Ursache für die Rückstände im Baugeschehen und für die „Reibungsverluste“ in der nichtplangerechten Investitionsdurchführung gesehen. Das Drängen auf Einhaltung der bürokratischen Antragswege im Planungssystem der DDR führte aber nun dazu, daß z. B. die Bauarbeiterwohnlanlagen für die jugoslawischen Arbeitskräfte, die über den Auftragnehmer IMONA eingestellt wurden, nicht genutzt werden konnten, weil es zwischen der ZAG und dem Bau- und Ausrüstungsbetrieb noch keinen Vertrag gab. Die Häuser konnten zwar errichtet werden, aber die Heizungsanlage fehlte. Die Folge waren weitere Bauverzögerungen beim Schweinezucht- und Mastkombinat Eberswalde mit Einbruch des Winters 1968.¹³²

An dieser Stelle offenbarte sich durch die ABI-Kontrolle aber auch, daß die ZAG tatsächlich am Rande des Scheiterns arbeitete. Die Arbeit an diesem Bauvorhaben war auch deshalb gefährdet, weil das Ingenieurbüro für Schweinezucht zu diesem Zeitpunkt nicht die für den Vertragsabschluß mit dem Landbaukombinat Frankfurt/Oder nötigen Planungsunterlagen beibringen konnte, da die Abstimmungen mit dem jugoslawischen Vertragspartner IMONA noch zu keinem befriedigenden Abschluß gekommen waren. In Eberswalde fehlte es an gültigen Planablaufplänen, und die Kostenpläne waren unvollständig. Dadurch war es

131 ABI der DDR, Bezirksinspektion Frankfurt/O – Bericht über die Testkontrollen des Aufbaues der Beispielanlagen für die industriemäßige Produktion in der Landwirtschaft gemäß des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 21.9.1967–31.7.1968, BArch, DC 14, Nr. 221, o. Bl.

132 Ebd.

unmöglich, die Bautermeine, die Bauausführung und die Rechnungslegung exakt zu kontrollieren. Damit war auch der Prüfung von Vertragsinhalten die Grundlage entzogen. Aus diesem Grund sollte die ZAG verpflichtet werden, die Rückstände im Baugeschehen durch die Bereitstellung eigener Kontingente von Baumaterialien und Maschinenkapazitäten auszugleichen.¹³³

Mangelnde Kontrolle schien aber zu diesem Zeitpunkt schwerwiegender zu sein als die Nichteinhaltung von Terminen, wie auch die Einschätzung des Vorhabens im VEB Vermehrungsbetrieb Legehybriden Spreenhagen zeigt. Hier kam es zu einer Gleichzeitigkeit von Aufbau und Produktion; das heißt konkret, in bereits fertigen Teilen der Stallanlagen begann schon die Produktion, während an verschiedenen Stellen noch gebaut wurde. Das widersprach eklatant den veterinarmedizinischen Hygienevorschriften. Der Betrieb arbeitete bereits, ohne daß Buchhaltung, Technik und Materialbereitstellung schon vollständig besetzt waren. Auch hier war die Zentrale Aufbaugruppe bzw. der beim KIM Königs Wusterhausen angesiedelte Baubetrieb eingesprungen, weil es nicht gelungen war, mit dem lokalen Bauwesen einen Vertrag abzuschließen. Laut Aussage des Bauleiters von Spreenhagen lief die Arbeit nur, wenn man sich selbst das Material organisierte (indem man z. B. Überplanbestände aufspürte) oder wenn man gute Beziehungen zu anderen Baubetrieben hatte. Obwohl solches Agieren auf dem grauen Markt der Planwirtschaft im Sozialismus eine Notwendigkeit für das bedingte Funktionieren der Planwirtschaft war, sah sich die ABI aufgrund ihrer Kontrollergebnisse dazu veranlaßt, festzustellen, daß nicht nur die Termine im Bezirk Frankfurt/Oder nicht eingehalten werden konnten; vielmehr entspreche die Führungsarbeit des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung nicht den Ansprüchen des sich entwickelnden Investitionsgeschehens und müsse deshalb unbedingt überprüft, sprich: verändert werden.¹³⁴

Nicht zuletzt aufgrund solcher Unsicherheiten wurde im Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung daran gearbeitet, die Zentrale Aufbaugruppe in die bereits vorhandenen Leitungsstrukturen innerhalb des Komitees zu integrieren. Geplant war, daß die Zentrale Aufbaugruppe einschließlich ihrer produzierenden sowie im Aufbau befindlichen Betriebe gemeinsam mit der bereits existierenden VVB Tierzucht die neue VVB Industrielle Tierproduktion bilden sollten. Ziel dieser Strukturveränderung sollte die einheitliche und zentrale Planung und Leitung der industriellen Produktion sein. Diese Fusion von ZAG und VVB Tierzucht war vor allen Dingen jedoch eine deutliche Zurückstufung der Zentralen Aufbaugruppe, obwohl geplant war, innerhalb der Struktur der neuen VVB Industrielle Tierproduktion den Produktionsbetrieben der industriellen Tiermast eine Sonderrolle zu übertragen.¹³⁵

Woher ein derartiges Mißtrauen gegen die selbständige Arbeitsweise der Zentralen Aufbaugruppe stammte, zeigt eine Mitteilung der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED an den verantwortlichen Sekretär, Gerhard Grüneberg. Aufgrund der Probleme beim Aufbau von Großanlagen habe der Abteilungsleiter der Abteilung Landwirtschaft des ZK in der Aufbaugruppe eine Parteiaktivtagung durchgeführt, heißt es da. In dieser Beratung wurden den Mitarbeitern und SED-Mitgliedern der ZAG Unregelmäßigkeiten vorgehalten. Daß

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Entwurf des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung vom 25.7.1968, Leitungsmodelle der VVB Industrielle Tierproduktion, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (im Folgenden BLHA) Rep. 514, Nr. 1874, o. Bl.

mehrere leitende Mitarbeiter der Zentralen Aufbaugruppe nicht bereit waren, die Verantwortung für die Schwierigkeiten in der termingerechten Erfüllung der Investitionsvorhaben auf sich zu nehmen und darauf verwiesen hatten, ihr zuweilen unkonventionelles Vorgehen zur Verwirklichung der Investitionen sei vom Leiter des bisherigen Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf sanktioniert worden, wurde kritisiert. Nach Einschätzung der Berichterstatter zeigten sich die betreffenden Genossen aber im Verlauf der Aktivtagung einsichtig, und man sah den „Prozeß der parteilichen Klärung“ auch in der Zentralen Aufbaugruppe als in Gang gesetzt an. Das Mißtrauen gegen die Leitung der ZAG fand man jedoch darin bestätigt, daß jene acht Einfamilienhäuser („stabile Datschen“) für die jugoslawischen Arbeitskräfte durch die Aufbaugruppe errichtet worden seien, vier in Eberswalde und vier in Berlin-Mahlsdorf. Ihr Bau hätte ca. 60.000–70.000 Mark gekostet und sei aus sogenannten Valutamitteln bezahlt worden. Der dargelegten Notwendigkeit schenkte man in der ZK-Abteilung für Landwirtschaft keinen Glauben; vielmehr verdächtigte man einige Mitarbeiter, speziell den stellvertretenden Leiter der Aufbaugruppe, Dietl, diese Häuser errichtet zu haben, um später selbst dort zu wohnen. Die Vorwürfe sollten weiter untersucht werden.¹³⁶

Daß man in der Zentralen Aufbaugruppe auch weiterhin nicht bereit war, die Verzögerungen beim Aufbau der verschiedenen Investitionsobjekte einfach auf sich zu nehmen, zeigt sich an einem Bericht über den Stand des Aufbaus und der Produktionsaufnahme in den Musteranlagen für industrielle Produktion. Der Bericht gesteht ein, daß der Investitionsplan bis zum 30. September 1968 voraussichtlich nur zu 54 % erfüllt werden könne. Für diesen Rückstand in der Planerfüllung wird vor allem die mangelnde Vertragstreue der Zulieferer verantwortlich gemacht. Dies betrifft das Ausbleiben der vertragsgemäßen Anlieferung von Hallenkörpern für die Intensivhaltung von Geflügel durch den VEB Leichtmetallbaukombinat Halle, vor allen Dingen aber das Staatliche Komitee für Landtechnik, dem von der ZAG die unzureichende Lieferung von Produktionsanlagen und Klimaausrüstungen innerhalb der DDR angelastet wird. Deshalb fordert die ZAG in diesem Bericht, die Kompetenzen zwischen den Zulieferbetrieben, Baubetrieben, Ausrütern und den Planungsbehörden erneut festzulegen. Damit wären die Schwierigkeiten beseitigt, die die in dem Sekretariatsbeschuß geforderte Fertigstellung zum 20. Jahrestag der DDR gefährdet hatten.¹³⁷

Aus einem Vermerk der Inspektion für Landwirtschaft des Komitees der ABI vom 8. August 1968 wird deutlich, worin die eigentlichen Vorwürfe des Leiters der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED gegenüber der Leitung der ZAG lagen. Ausgehend von den Ereignissen in der ČSSR des Jahres 1968, die als Unterwanderung der sozialistischen Staaten dargestellt werden, wird in diesem Zusammenhang der Kontakt mit Vertretern aus kapitalistischen Staaten, aus denen Maschinen und Anlagen importiert werden, kritisiert. Das Interesse des „Klassengegners“ am Aufbau der Kombinate für Industrielle Mast zeige, welcher Gefahr man sich in der Zusammenarbeit mit westlichen Partnern ausgesetzt habe. „Der Gegner“ könnte „Maßnahmen ergreifen“, um den Aufbau solcher Anlagen, die angeblich in Westdeutschland nicht möglich waren, zu hintertreiben, weil sich damit die „ökonomische Niederlage des Kapitalismus“ auf diesem Gebiet zeigen ließe. Auf der Parteiaktivtagung wird die sich „abzeichnende Importideologie“ als eine ausgesprochene Westorientierung der Mitarbeiter angeprangert. Die anwesenden Vertreter der Abteilung Landwirtschaft des ZK mahnten an, im gesamten Investitionsvorhaben KIM mehr die Erfahrungen der RGW-

136 Brief der Abt. Landwirtschaft an Genosse Grüneberg vom 5.8.1968, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 7, o. Bl.

137 Ebd.

Staaten, besonders der Sowjetunion, zu berücksichtigen, was angesichts der Pläne bezüglich einer „Nachnutzung der Westtechnik“ für die Sowjetunion natürlich absurd erscheinen muß. Als besonders verwerflich wird auf dieser Aktivtagung angeprangert, daß es sich bei den getätigten Importen nicht nur um Produktionsanlagen von Weltrang gehandelt habe, sondern auch um Aggregate ganz allgemeiner Art. Der ZAG wird von den Kadern des ZK vorgeworfen, sie hätten den Ministerratsbeschuß nicht richtig verstanden. Sie werden beschuldigt, ohne Rücksicht auf die damalige wirtschaftliche Lage, statt eine Weiterentwicklung der Tierproduktion aus eigenen Kapazitäten zu betreiben, nach den ersten Importen für Königs Wusterhausen und Ferdinandshof die Position eingenommen zu haben, die gesamten Anlagen mit Valutamitteln bzw. aus Westimport aufzubauen.¹³⁸

Besonders interessant an diesem Vermerk ist, daß es sich um die Mitschrift einer Beratung der Leiter der Aufbaugruppen der einzelnen Objekte sowie der Direktoren der KIM-Betriebe mit der Führung der Zentralen Aufbaugruppe handelte, und daß die konkreten Kritikpunkte nicht etwa von einem Mitarbeiter der Abteilung Landwirtschaft des ZK selbst vorgebracht wurden, sondern vom stellvertretenden Leiter der Zentralen Aufbaugruppe, Dietl. Er hatte sich die Kritik aus dem ZK offenkundig erst kurz zuvor angeeignet, war er doch für den Import dieser Anlagen im wesentlichen mitverantwortlich, wie auch die erste ABI-Kontrolle in Perleberg gezeigt hatte. Das hinderte ihn aber nicht daran festzustellen, daß es zu kritikwürdigen Formen der „Verbrüderung“ mit den Auslandsvertretern in der Zentralen Aufbaugruppe gekommen war; dies sei ein Anbändeln mit dem „Klassenfeind“. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, im Objekt Königs Wusterhausen habe sich eine „regelrechte Big-Dutchman-Ideologie“ entwickelt. Big Dutchman hieß der holländische Lieferant der Geflügelanlagen. Offensichtlich sah der Stellvertreter der ZAG hier eine Chance, sich vor aller Augen zu profilieren, seine Position gegenüber dem dominanten Leiter der Zentralen Aufbaugruppe, Neubert, zu verbessern und persönliche Konsequenzen von sich selbst abzuwenden. Infolge seiner Vorwürfe wurde nun festgelegt, daß die Einreise von Ausländern zur Montage der importierten Anlagen künftig eingeschränkt werden sollte. Ausländer sollten die Montagearbeiten nur noch anleiten, die übrigen Arbeiten sollten mit inländischen Kräften bestritten werden. Dies gelte auch für zukünftige Garantieleistungen an den Importanlagen. Darüber hinaus sei das selbständige Verhandeln mit ausländischen Handelsvertretern einzuschränken; es hatte sich nämlich herausgestellt, daß es durch die Delegierung von Handelsabsprachen mit den zuständigen Spezialisten zu „nicht kontrollierbaren“ Kontakten gekommen war. Besuche in den Kombinaten sollten nur nach Genehmigung durch Staatssekretär Koch erfolgen, Importe nur noch mit exakter, vorher eingereichter Konzeption möglich werden.¹³⁹

Wie zur Bestätigung der „Klassengegnerphobie“ wurde auf dieser Beratung von einem Vertreter der ZAG ein sogenanntes Vorkommnis mit einem holländischen Handelsvertreter in den Stallanlagen von Königs Wusterhausen geschildert. Dieser hatte bei den Verhandlungen eine Akte liegenlassen, und ein ungenannter Mitarbeiter der ZAG entnahm dieser Akte nun, daß die Vertreter aus Holland genaue Nachweise über ihre Gespräche mit Mitarbeitern der KIM-Anlagen führten. Aus dem Inhalt ging hervor, daß der Direktor von KIM Königs Wusterhausen den Vertreter dieser holländischen Firma unfreundlich empfangen hatte und es ihm trotz mehrfacher Versuche nicht gelungen war, vom KIM-Direktor nähere Informationen über die Anlage in Königs Wusterhausen zu erhalten. Der gleiche Kollege wies aber

138 Ebd.

139 Ebd.

darauf hin, daß auf der „Grünen Woche“ Informationen über die KIM-Objekte auftauchten, weil in der Monatszeitschrift „Kooperation“ und in einem Fernsehfilm, der aber vom Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft bestätigt worden war, über diese Dinge berichtet worden war. Darüber hinaus wies er darauf hin, daß es aufgrund der großen Ausdehnung der KIM-Objekte kaum möglich sei, diese wirklich lückenlos zu bewachen. Allein für Möckern, nahm er an, wäre ein Drahtzaun von 80 km Länge erforderlich, was nicht zu bezahlen sei. Im übrigen könne man über Sicherheit erst dann reden, wenn nicht mehr Rentner als Wachpersonal in den Objekten der KIM-Betriebe eingestellt würden.¹⁴⁰

Im Anschluß an diese Beratung kritisierten die KIM-Direktoren aus Königs Wusterhausen, Möckern und Ferdinandshof, dies sei keine vernünftige Beratung gewesen und spreche insgesamt für den Stil der Arbeitsweise der ZAG. Nach ihren Aussagen gehörte es zum Leitungsstil der ZAG, in einer Weise zu beraten, daß die betrieblichen Probleme benannt würden, ohne daß die Betriebe selbst ausreichend zu Wort kämen. Darüber hinaus wurde das Verhältnis der ZAG-Leiter untereinander und insbesondere die Arbeitsweise des ZAG-Leiters, Neubert, kritisiert. Dieser leite immer nur die Hälfte der Informationen an die KIM-Betriebe weiter, um selbst in der schwierigsten Situation die Kontrolle zu behalten.¹⁴¹ Im Staatlichen Komitee für Erfassung und Verarbeitung, der übergeordneten Leitungsebene, war es als Konsequenz aus den ABI-Kontrollen zu einer „grundsätzlichen Überprüfung“ der eigenen Arbeit gekommen, jedoch bisher ohne personelle Konsequenzen. Kaderunterlagen, Planungsunterlagen, Investitionsunterlagen und Devisenpläne sollten neu erarbeitet werden, und besonders das Baugeschehen von KIM wurde dahingehend überprüft, ob es in den Plan der Jahre 1970–1975 aufgenommen werden sollte und ob die damit im Zusammenhang stehenden Fragen rechtzeitig gelöst werden könnten. Für diese Aufgabe wurde aber weiterhin der abwesende Leiter der ZAG, Neubert, als Verantwortlicher bestimmt.¹⁴²

Von den im Bereich des Staatlichen Komitees für Erfassung und Verarbeitung anlaufenden Kontrollen der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion waren aber nicht nur die ZAG und die Planungs- bzw. Investitionsbetriebe betroffen, sondern auch die VVB Tierzucht, in der die ZAG aufgehen sollte, um die KIM-Betriebe in den normalen Planbetrieb der Landwirtschaft zu integrieren. Hier wurde deutlich, daß auch in den einzelnen Bereichen der VVB jene Verhaltensweisen an der Tagesordnung waren, die der ZAG so schwer angelastet wurden, das heißt, daß in erster Linie im Interesse des eigenen Betriebs gearbeitet wurde. In einzelnen Betrieben und LPG, die vertraglich an die VVB Tierzucht angebunden werden sollten, umgingen örtliche Funktionäre diese Verträge, indem sie sich vor Belieferung der VVB-Objekte eigene Anteile an dem Zuchtmaterial der Zuchttstellen sicherten, ohne sich dabei an die von den Zuchttstellen mit der VVB eingegangenen Verträge gebunden zu fühlen. Aus Sicht der Kontrolleure waren sie mitverantwortlich dafür, daß das Projekt industrielle Großanlagen in der Landwirtschaft der DDR gefährdet schien.¹⁴³

140 Komitee der ABI, Inspektion Landwirtschaft. Vermerk vom 8.8.1968 über die Teilnahme an der Beratung der Zentralen Aufbaugruppe – Beispelanlagen am 8.8.1968, BArch, DC 14, Nr. 220, o. Bl.

141 Ebd.

142 Protokoll der Dienstbesprechung des Staatlichen Komitees vom 9.8.1968, LAB Rep. 635, Bündel 11, o. Bl.

143 Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, Zweiginspektion VVB Tierzucht – Information über auftretende Probleme bei der Belegung der Beispelanlagen mit hochwertigem Tiermaterial durch die VVB Tierzucht –, 12.8.1968, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

In folgenden Kontrollen der ABI weitete sich ihre Kritik an dem „Investitionsobjekt Beispielanlagen für die industrielle Produktion von Geflügel“ immer weiter aus. Die ABI machte sich die von der Zentralen Aufbaugruppe des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung getroffene Kritik an der ungenügenden Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Komitee für materiell-technische Versorgung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft zu eigen und kritisierte, daß es diesem Komitee nicht gelungen war, die Forderungen des Ministerrates umzusetzen, nach dem Import von Anlagen diese auf dem schnellsten Weg durch weitere Investitionen aus der DDR-Produktion zu ersetzen. Dies hätte dazu geführt, daß einzelne Stallausstattungssteile 1968 für ca. 1,2 Mio. „Valutamark“ in Westberlin verzinkt und andere Bauprojekte gestreckt werden mußten, weil es im laufenden Jahr 1968 nicht möglich war, Heizungsanlagen selbst herzustellen oder aus dem sozialistischen Ausland zu importieren. Dabei kritisierte die ABI die mangelnde Einsicht und Selbtkritik in der Führung des Staatlichen Komitees für materiell-technische Versorgung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. Selbst zum Zeitpunkt der Kontrolle hätte die Komiteeführung die eigene Verantwortung für das fehlende Umsetzen des Beschlusses im Ministerratspräsidium vom 21. September 1967 nicht zugegeben, vielmehr auf die Unmöglichkeit dieses Unterfangens verwiesen.¹⁴⁴

Aber auch das Staatliche Komitee für Aufkauf und Verarbeitung blieb nicht verschont von weiterer Kritik, und zwar wegen sogenannter mangelnder Importqualität. Dabei stützten sich die Kontrolleure auf den Bericht des Kombinatsdirektors für Geflügelausrüstung in Perleberg, der bereits zu Jahresanfang der Meinung war, daß die Mehrzahl der importierten Ställe und Anlagen nicht dem modernsten Stand der Mechanisierung entsprachen. Eine Vielzahl von Hilfsprozessen bei der Mast von Broilern müsse weiterhin per Hand geleistet werden. Insbesondere betraf dies das Einbringen der Jungtiere, das Ausbringen der Schlachttiere, das Ausbringen erkrankter und verendeter Tiere, die Stallreinigung und die Desinfektion. Weiterhin bemängelten die Kontrolleure, daß – ungeachtet der Forderungen der Veterinärmediziner – die Anlagen in Königs Wusterhausen und Storkow eine Flächenausdehnung hätten, die in keiner Weise gerechtfertigt sei, sie verbrauche übermäßig viel landwirtschaftliche Nutzfläche. Abschließend wurde als besonders gefährlich angesehen, daß die beschriebenen Defizite im Aufbau moderner Geflügel- und Kleintieranlagen in der DDR zu einer Gewöhnung an Importe führe und westliche Firmen sich darauf einstellten, die DDR weiterhin mit – als „wissenschaftlicher Höchststand“ deklarierten – Mechanisierungsanlagen zu beliefern. Ein solcher „Valutasog aus der DDR“ ins westliche Ausland könne nicht hingenommen werden.¹⁴⁵

Ungeachtet der politischen Brisanz des Vorwurfs an die ZAG, durch Leichtfertigkeit und Verbrüderung mit dem „Klassenfeind“ während der Importverhandlungen den Erfolg der Investitionen durch ideologische Unklarheiten zu gefährden, wurde den Ingenieurbüros für Geflügelwirtschaft sowie für Schweine- und Rindermast vorgeworfen, es sei ihnen nicht gelungen, auf Basis der eingeführten Technik die damit importierten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen so umzusetzen, daß sie zur Entwicklung eines eigenen Höchststandes auf den Spezialgebieten der DDR beigetragen hätten. Die Frage, ob davon

144 Vom Komitee der ABI-Inspektion Landwirtschaft – Information – erste Kontrollergebnisse über die Sicherung des Bedarfs an Aufrüstungen für die Beispielanlagen – Geflügel durch das Staatliche Komitee für mat.-techn. Versorgung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, 12.8.1968, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

145 Ebd.

eventuell auch die Urheberrechte der Importeure berührt werden könnten, wurde in diesem Zusammenhang interessanterweise nicht diskutiert. Trotz des konstatierten Wissensrückstands sollten die Importe möglichst schnell auf ein Minimum reduziert und sollte dabei gleichzeitig ein möglichst großer Wissensvorsprung gegenüber den übrigen sozialistischen Ländern auf diesem Gebiet erlangt werden.¹⁴⁶

Unbeeindruckt von diesem Trommelfeuer an Kritik, das der Zentralen Aufbaugruppe und ihrem Leiter, Neubert, Verletzungen von Parteibeschlüssen und Planvorgaben zur Last legte, verfolgte dieser weiterhin die abweichende Auffassung, daß es günstiger wäre, die zu bildenden Leitungsorgane für die verschiedenen KIM-Betriebe nach jeweiligen Tier- und Aufzuchttarten zu trennen, da diese aufgrund ihrer natürlichen Unterschiede auch unterschiedliche Methoden der Arbeit und Ausrüstung erforderten. Zudem favorisierte er weiterhin eine Konzentration auf die Geflügelhaltung, da dies das zu diesem Zeitpunkt den meisten Erfolg versprechende Unternehmen wäre. Deshalb verfolgte Neubert auch die Idee, eine VVB ausschließlich für Geflügelwirtschaft zu bilden. Diese Vorstellung stand aber im deutlichen Gegensatz zu den bereits verkündeten Planungen zur Bildung einer VVB für Tierproduktion, in der jedwede Intensivhaltung von Geflügel-, Schweine- und Rindermast konzentriert werden sollte. Neuberts Pläne wurden von der ZK-Abteilung in einen Kausalzusammenhang mit den Schwierigkeiten beim Aufbau industrieller Großanlagen für die Tiermast gebracht, um ihm schließlich vorwerfen zu können, er wende sich auch hier gegen die Politik der Partei- und Staatsführung.¹⁴⁷

Bezeichnend an der Auseinandersetzung mit Neubert ist, daß alle weiteren Entscheidungen in seiner Abwesenheit, und zwar während seines Jahresurlaubs 1968, stattfanden. In gewisser Weise wurde aber seine Auffassung, daß man Rinder-, Schweine- und Geflügelproduktion getrennt behandeln sollte, in die neue Leitungsstruktur der VVB Tierzucht und Tierproduktion integriert, indem die Produktionsbereiche nach verschiedenen Tierarten getrennt geführt wurden. Entscheidend war jedoch, daß es nicht zur Bildung eines neuen Leitungsorgans kam. Die KIM-Betriebe wurden insgesamt der VVB Tierzucht in Paretz unterstellt. Lediglich Teile der aus der ZAG hervorgegangenen Leitungsorgane blieben als Bestandteil und Außenstelle dieser VVB in Berlin. Darüber hinaus wurden die Sicherheitsbestimmungen für die KIM-Betriebe, die sich zum Teil noch im Aufbau befanden, nochmals verschärft, das heißt, die dort vorhandenen Kontakte zu ausländischen Firmen und deren Mitarbeitern bedurften einer erneuten Genehmigung durch den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung, und es sollte ein zusätzliches Kontrollsysteem festgelegt werden. Dennoch ließ es sich nicht verhindern, daß immer noch Ingenieure und Monteure aus kapitalistischen Ländern tätig werden mußten, um vertraglich vereinbarte Leistungen durchzuführen.¹⁴⁸

Darüber hinaus wurden in allen KIM-Betrieben Sicherheitsbeauftragte eingesetzt, die alle grundsätzlichen Fragen von Ordnung und Sicherheit in den Betrieben klären sollten. Noch ausstehende Verhandlungen mit Firmen aus dem kapitalistischen Ausland wurden bereits Mitte August dem Generaldirektor der VVB Tierzucht übertragen, da es sich nicht vermei-

¹⁴⁶ Zentrale Aufbaugruppe – Protokoll der Beratung mit den Direktoren der Ingenieurbüros am 1.8.1968 in Berlin-Karlshorst, vom 14.8.1968, LAB Rep. 635, Nr. 87, o. Bl.

¹⁴⁷ Brief von Dr. Helmut Koch an Genosse Grüneberg – Vermerk im Ergebnis einer kritischen Auseinandersetzung über ernste Mängel und Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Aufbau von KIM-Betrieben, 14.8.1968, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 36, Bl. 229–237.

¹⁴⁸ Ebd.

den ließ, auch verantwortliche Mitarbeiter in Detailfragen dieser Verhandlung mit einzubeziehen. Die dafür vorgesehenen Personen unterlagen einer nochmaligen Sicherheitsprüfung. Alle Fragen, die direkt den kommerziellen Bereich betrafen, d. h. Preisabsprachen, Geldbeziehungen und Vertragsabschlüsse, sollten nicht mehr in den ausführenden Betrieben, sondern nur noch über das Außenhandelsunternehmen des Ministeriums für Außenhandel geregelt werden. Weiterhin wurde festgelegt, daß für den Aufbau der KIM-Betriebe keine Valutamittel mehr zur Verfügung gestellt würden und die verbleibenden, für die Investition nötigen Anlagen ausschließlich aus der nachgebauten Eigenproduktion geliefert werden sollten. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft sollte von nun an nicht mehr auf Primärerzeugung liegen, sondern auf der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.¹⁴⁹

Im Zusammenhang mit der bisherigen Verwendung der Auslandsdevisen sollte nochmals überprüft werden, ob im Rahmen der ZAG Mittel, die ursprünglich für die Ausrüstung der Produktionsbetriebe gedacht waren, für den Bau von Verwaltungs- und Wohngebäuden zweckentfremdet wurden und ob es im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit westlichen Firmen zu solchen Informationsweitergaben gekommen sei, die in den Augen der SED-Funktionäre in der ZK-Abteilung für Landwirtschaft nicht zu rechtfertigen seien. Zusätzlich wurde der Repräsentationsfonds des Leiters der ZAG abgeschafft; alle bisher getätigten Ausgaben sollten nochmals einer Überprüfung unterzogen werden. Insbesondere ging es um die Frage, wie das neue Verwaltungsgebäude für die neue VVB in Berlin-Grünau errichtet wurde. Gleichzeitig wurden alle außerhalb des regulären Planungsverfahrens getätigten Bauaktivitäten überprüft. In Zukunft gäbe es keinerlei Ausnahmeregelungen mehr. In Anbetracht der Kritik am Leiter der Zentralen Aufbaugruppe veranlaßte der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung, daß in Abstimmung mit der Abteilung Landwirtschaft des ZK alle Mitarbeiter der Aufbaugruppe überprüft und deren Leiter nach seiner Rückkehr aus dem Sommerurlaub von seiner Funktion entbunden werden sollte. Darüber hinaus sollten alle Mitarbeiter, die nachweisbare Verbindungen mit Vertretern kapitalistischer Firmen hatten, gemeint waren sicher private Kontakte, aus ihren Funktionen entfernt werden. Zusätzlich sollten mit dem Übergang der ZAG in die VVB Tierzucht alle Mitarbeiter, die als politisch unzuverlässig galten, entlassen werden.¹⁵⁰

Offensichtlich war es das Ziel des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung, Koch, die Schwierigkeiten bei der termingerechten Fertigstellung der KIM-Betriebe allein dem Leiter der ZAG, Neubert, anzulasten. Das staatliche Vertragsgericht beim Ministerrat stellte im Gegensatz dazu aber fest, daß die Hauptursache für die Verzögerungen beim Aufbau, beim Import und der Ablösung von Importen für die KIM-Betriebe in der deutlichen Vernachlässigung der Kontrollpflichten seitens des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees zu sehen war. Zwar wurde dem Leiter Neubert eine zentrale Verantwortung für die Verzögerungen im Produktionsablauf zugewiesen; dem Vorsitzenden wurde jedoch die Verantwortung für die Auswahl des ZAG-Personals angelastet, deren Arbeit er insgesamt nur sporadisch kontrolliert und dem Selbstlauf überlassen habe.¹⁵¹ Persönliche Konsequenzen für Koch wurden aber nicht eingefordert.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Vom Staatlichen Vertragsgericht beim Ministerrat – Überprüfung der Zentralen Aufbaugruppe beim Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung bezüglich der eingeleiteten Maßnahmen zur Realisierung des Ministerratsbeschlusses vom 21.9.1967 – Aufbau von Beispielanlagen in der sozialistischen

Angesichts der Ablösung von ZAG-Leiter Neubert bemühte man sich in der Leitung des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, den Eindruck zu vermeiden, daß weiterhin an Konzeptionen gearbeitet wurde, die dem Staatlichen Komitee eine gewisse Sonderrolle innerhalb des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Forstwirtschaft einräumen würden. Deshalb entwickelte man innerhalb des Komitees Modelle, die KIM-Betriebe als Ganzes in die anderen Formen der Geflügelproduktion in der DDR-Landwirtschaft zu integrieren. Dies sollte über die Bildung von Kombinaten für Geflügelwirtschaft geschehen, die aus den KIM-Betrieben, verschiedenen Aufkaufbetrieben für Eier und Geflügel sowie selbständigen Geflügelschlachtbetrieben gebildet werden sollten. Dadurch sollte es möglich werden, die verschiedenen Formen von Geflügelproduktion, d. h. die Produktion in KIM-Betrieben, in LPG und in Kooperationsgemeinschaften einheitlich zu strukturieren und in das territoriale Leitungssystem der Landwirtschaft einzubauen. Alle diese Kombinate sollten der VVB Tierzucht Paretz unterstehen, und der Hauptdirektor dieser Vereinigung sollte zusätzlich den Vorsitzenden der Räte für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft in den Bezirken rechenschafts- und informatorischpflichtig sein.¹⁵² Anlage und Struktur dieses Modells der Kombinatsbildung in der Geflügelwirtschaft weisen darauf hin, daß es in den zurückliegenden ABI-Kontrollen vor allen Dingen darum ging, die Sonderstellung des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung innerhalb des Landwirtschaftsrates und späteren Rates für landwirtschaftliche Produktion und Forstwirtschaft aufzuheben, indem nachgewiesen wurde, daß über diese Form der Sonderwirtschaft die geplanten Aufgaben nicht erfüllt werden konnten. Auf spektakuläre Art und Weise wurde so das Sonderregime der ZAG beendet, und das Staatliche Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte verlor seine privilegierte Stellung in der Landwirtschaft der DDR.

Wie sehr sich die Kontrolle der ABI – einer Einrichtung, die zugleich dem ZK der SED und dem Ministerrat unterstellt war – gegen die undogmatischen und improvisierenden Arbeitsmethoden der ZAG richtete, läßt ein vorläufiger Abschlußbericht vom September 1968 erkennen. Hier wird, neben einer Reihe von strukturellen Problemen, vor allen Dingen die Leistungstätigkeit der Zentralen Aufbaugruppe bemängelt. Nach Aussagen der Kontrolleure sind vor allen Dingen der sporadische Arbeitsstil der ZAG und das Fehlen der Prinzipien der „marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft“ in der Führung der Zentralen Aufbaugruppe dafür verantwortlich, daß es zu erheblichen Rückständen im Aufbau der Produktionsanlagen für die industrielle Tieraufzucht und Frischeierproduktion gekommen war. Dem Leiter der Zentralen Aufbaugruppe wird vorgeworfen, er vernachlässige die politisch-ideologische Arbeit mit seinen Mitarbeitern; dies drückt sich in der Empfehlung einer politischen Führungskonzeption aus. Gleichzeitig wird bemängelt, es seien keine Arbeitspläne für die verschiedenen Fachbereiche der größer werdenden Zentralen Aufbaugruppe entwickelt worden, und für die leitenden Mitarbeiter gebe es keine persönlichen Arbeitspläne. Dies hätte laut Aussage von Dietl zur Folge gehabt, daß immer wieder zwischen Tür und Angel über Millionen entschieden worden wäre. Es würden keine Kadergespräche des SED-Politbüros mit den Mitarbeitern geführt, deshalb werde der Kaderbeschuß des SED-Politbüros vom 15. Februar 1965 auch nur oberflächlich verwirklicht. Es sei keine planmäßige langfristige und kurzfristige Qualifizierung der Mitarbeiter eingeleitet worden. Deshalb

Landwirtschaft – sowie des Sekretariatsbeschlusses vom 21.2.1968 durch die ABI in der Zeit vom 13.–15.8.1968, vom 16.8.1968, BArch, DC 14, Nr. 220 o. Bl.

¹⁵² Ebd.

seien auch keine ausreichenden personellen Voraussetzungen – sowohl nach Anzahl als auch nach Qualifikation der Arbeitskräfte – zur Lösung der gestellten Aufgaben vorhanden.¹⁵³ Wo die entsprechenden Kader herkommen sollten, blieb aber ungeklärt.

Eine weitere Kontrolle der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion durch die Bezirksinspektion Potsdam im KIM Königs Wusterhausen brachte hervor, daß dort Baumaschinen mit Devisenmitteln erworben worden waren, obwohl dies im Investitionsantrag nicht vorgesehen war und es nach Aussagen der Kontrolleure gleichwertige Maschinen auch in der DDR und im sozialistischen Ausland gegeben hätte. Auch wurde festgestellt, daß man in Königs Wusterhausen mit westdeutschen Baupartnern Bauprojekte für Betriebsteile des Kombinates begonnen hätte, die zuvor in der Bauplanung gestrichen worden waren. Mit keinem Wort erwähnt die ABI, daß es gerade dem KIM Königs Wusterhausen in der ersten Zeit nicht möglich gewesen war, die nötigen Baukapazitäten: sprich Baumaschinen und Baumaterialien, aus den territorialen Planungen zu erhalten, und man deshalb wohl zu solchen Mitteln hatte greifen müssen. Wie schwer es war, ausreichende Bauleistungen für das KIM Königs Wusterhausen zu erwirken, zeigt sich an der Abwasserbeseitigungsanlage, die nicht termingerecht fertiggestellt worden war. Mit dem Ergebnis, daß das Abwasser des Schlachthofes in Niederlehme direkt in ein ehemaliges Kalksandsteinwerk abfloss und zu Verseuchungen und Geruchsbelästigungen führte. Die Fertigstellung des Abwasserleitungssystems scheiterte letztendlich daran, daß die Zulieferbetriebe nicht rechtzeitig das nötige Material zur Verfügung stellen konnten, weil das Projekt KIM nicht zu ihren vorrangigen, d. h. bauwirtschaftlich wichtigen, Vorhaben zählte.¹⁵⁴

Infolge der massiven Vorwürfe gegenüber der Arbeit der Zentralen Aufbaugruppe bemühte sich der ehemals stellvertretende Leiter und nun kommissarische Leiter der ZAG, Dietl, darum, alle Vorkehrungen zu treffen, um es zu keiner weiteren Sicherheitspanne kommen zu lassen. Für alle Bereiche wurden Beratungen über Ordnung und Sicherheit angeordnet, deren Ergebnisse schriftlich festgehalten werden sollten, die Teilnehmer an diesen Belehrungen hatten ihre Anwesenheit schriftlich zu quittieren. Zusätzlich sollte in den Kombinaten und Aufbaugruppen zur Leitung der Zentralen Aufbaugruppe und zur VVB bzw. zum Staatlichen Komitee ein Informationssystem erarbeitet werden, das sichern sollte, daß alle Fragen des Baugeschehens, des Produktionsanlaufs und der Sicherheit umgehend den übergeordneten Leitungen mitgeteilt würden. Die Planungsunterlagen der verschiedenen Bereiche der Zentralen Aufbaugruppe wurden einer nochmaligen Kontrolle unterzogen. Dies ging einher mit einer allgemeinen Einschätzung des Personalbestandes, um dessen Verwendung nach dem Übergang zur VVB Tierproduktion vorbereiten zu können.¹⁵⁵

In den weiteren Kontrollen der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion stellte sich dann doch heraus, daß es nicht nur am Leitungsstil der Zentralen Aufbaugruppe gelegen haben kann, daß die Investitionsvorhaben nicht rechtzeitig fertig wurden. Bei einer Kontrolle in den zuständigen Räten der Bezirke bzw. in den Räten für landwirtschaftliche Produktion und

¹⁵³ Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, Zweiginspektion VVB Tierzucht – Information über auftretende Probleme bei der Belegung der Beispielanlagen mit hochwertigem Tiermaterial durch die VVB Tierzucht –, 12.8.1968, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

¹⁵⁴ Vom Komitee der ABI, Inspektion Landwirtschaft – Information – Sicherung des Bedarfs an Ausrüstungen für die Beispielanlagen – Geflügel durch das Staatliche Komitee für mat.-technische Versorgung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft vom 22.8.1968, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

¹⁵⁵ Zentrale Aufbaugruppe – Protokoll der Dienstbesprechung vom 9.9.1968–13.9.1968, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

Nahrungsgüterwirtschaft der Bezirke zeigte sich, daß die Mehrheit dieser Leitungsorgane – wie schon zwei Jahre zuvor von der ZAG selbst festgestellt – lediglich unter massivem Druck übergeordneter Stellen bereit waren, das Vorhaben zu unterstützen; auch dann handelte es sich eher um eine Form von Verschleppung der geforderten Leistungen, da diese Investitionen in verschiedenen Bezirken keine Priorität erhielten. Aufgrund der schwierigen Abstimmung zwischen den Organen des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Forstwirtschaft wurde im Oktober eine Abstimmung zwischen dem Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und dem Staatlichen Komitee für Landtechnik erzielt. Sie beinhaltete die Zuständigkeit des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung bei der Erarbeitung von Produktionstechnologien im Bereich Geflügel. Das Ingenieurbüro für Geflügelwirtschaft sollte Projekte mit modernster Technologie für die gesamte Landwirtschaft erarbeiten. Das Staatliche Komitee sollte ebenfalls die Koordinierung und Optimierung der Standorte von staatlichen und kooperativen Großanlagen durchführen und dabei gleichzeitig die in der eigenen Volkswirtschaft vorhandenen Möglichkeiten nutzen. Darüber hinaus war das Staatliche Komitee dafür verantwortlich, daß Zusatzausrüstungen wie komplette Schlachtanlagen und Nebeneinrichtungen, Eiersortier- und Eiversandanlagen sowie Brutapparate in eigener Verantwortung produziert wurden. Das Staatliche Komitee für Landtechnik hatte demgegenüber von nun an die Aufgabe, Maschinensysteme zu entwickeln, die das Ingenieurbüro für Geflügelwirtschaft in Auftrag gab, sowie selbständig die Produktionslieferung und Montage von Grundausstattungen, einschließlich der Heizung, für die Geflügelwirtschaft zu sichern. Dies galt auch für die Produktion von Stallanlagen. Ziel war, den Bereich Forschung und Entwicklung weiter auszubauen, insbesondere mit der Sowjetunion und den Ländern des RGW. Ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm sollte erarbeitet werden, um insbesondere dem Ausrüstungskombinat für Geflügel- und Kleintierhaltung Perleberg die Möglichkeit zu geben, Ausrüstungen auf höchstem Niveau zu produzieren.¹⁵⁶

Trotz der längst erfolgten Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den verschiedenen zentralen Behörden in der Landwirtschaft zeigte sich, daß die Volkswirtschaft der DDR nicht imstande war, kurzfristig in ausreichender Menge Baukapazitäten, Baumaterialien und technische Anlagen für den Ausbau der intensiven Geflügelmast zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 1968 war es immer noch nötig, Ausrüstungsteile und Materialien für den Aufbau der Geflügelwirtschaft zu importieren. Beispielsweise führte der Ausfall einer PVC-Produktionsanlage im Petrol-Chemischen Kombinat Bitterfeld dazu, daß größere Teile der Ausrüstung für die Geflügelproduktionsanlagen, die aus Plaste waren, nicht fertiggestellt werden konnten und deshalb Plastematerialien per Import beschafft werden mußten.¹⁵⁷ Die Vorgehensweise der Zentralen Aufbaugruppe, Mängel der DDR-Volkswirtschaft im Interesse einer termingerechten Objektübergabe durch Import zu kompensieren, muß unter diesen

156 Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, Bezirksinspektion, Inspektions-Gruppe Land- und Nahrungsgüterwirtschaft – Information gemäß Informationsbedarf des Komitees der ABI – Wie werden die Vorsitzenden der Räte der Bezirke sowie die Vorsitzenden der Räte für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft ihrer Verantwortung zum Aufbau und zur planmäßigen Inbetriebnahme der Beispielanlagen auf der Grundlage des Beschlusses vom 21.9.1967 gerecht –, 25.9.1968, BArch, DC 14, Nr. 221, o. Bl.

157 ABI der DDR, Bezirksinspektion Frankfurt/O – Kontrollbericht über die Kontrollen des Aufbaues der Beispielanlagen für industrieläßige Produktion in der Landwirtschaft gemäß des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 21.2.1968 und des Präsidiums des Ministerrates vom 21.9.1967– 2.10.1968, BArch, DC 14, Nr. 221, o. Bl.

Bedingungen keinesfalls als volkswirtschaftlich unverantwortlich angesehen werden; die komplizierte Zuliefersituation innerhalb der DDR machte aus ihrer Sicht ein solches Vorgehen immer wieder erforderlich. Aus den Gesamtaufwendungen für den Import von Einzel- und Ausrüstungsteilen zum Aufbau der industriellen Tierproduktion ergab sich ein weiterer Devisenbedarf von 27,5 Mio. „Valutamark“ für 1968 und für 1969 von 30,1 Mio. „Valutamark“. Diese Kosten verteilten sich auf eine Vielzahl von Einzelpositionen, die in der DDR und im RGW-Raum zu erhalten waren und die Versorgung der Produktion mit vollständigen Anlagen ermöglichen.¹⁵⁸ Dies führte aber keineswegs zu einer Rehabilitierung des inzwischen von seiner Funktion entbundenen Leiters der Zentralen Aufbaugruppe.¹⁵⁹

Ungeachtet dieser Situation kritisierte die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion weiterhin die Arbeitsweise beim Aufbau der „Beispielanlagen für industrieläßige Produktion in der Landwirtschaft“ als unverantwortlich; die ABI ging eben nicht von den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern von den geltenden Bestimmungen des Planungsrechts der DDR aus, die tatsächlich in verschiedenen Fällen im Interesse einer termingerechten Fertigstellung der Produktionsanlagen übertreten worden waren. Wiederum monierte die ABI, daß die getätigten Importe nicht der modernsten Technik auf dem Gebiet der Geflügelproduktion entsprächen, der Importeur der Geflügelmastanlagen habe ein Produkt angeboten, das schon seit 1966 auf dem Markt sei.¹⁶⁰ Wie wenig die durch die ABI-Kontrollen aufgedeckten Defizite im Aufbau der industriellen Produktionsanlagen von der Leistungstätigkeit einzelner abhing, zeigt sich darin, daß das Staatliche Komitee für Aufkauf und Verarbeitung in seinen Schlußfolgerungen zu den genannten Problemen nichts anderes vorschlagen konnte, als daß die Zentrale Aufbaugruppe und die Leitungseinrichtungen des Komitees zusätzliche Konzeptionen für die Bereiche Bausicherung, Anlagenlieferung und Produktionsaufnahme erarbeiten und mit den zuständigen Zulieferern neue Vereinbarungen über die erforderlichen Lieferungen schließen sollten.¹⁶¹

Ende November 1968 mußte das Staatliche Komitee für Landtechnik gegenüber dem Sekretär für Landwirtschaft des ZK berichten, daß es trotz der Veränderung der Leistungsstruktur nicht gelungen war, die Ausrüstung verschiedener Anlagen der Geflügelproduktion für 1969 zu sichern. Einerseits war es in der Materialbereitstellung aus der Volkswirtschaft der DDR zu erheblichen Ausfällen gekommen, die eine fristgerechte Produktion von Käfiganlagen unmöglich machen; um die Geflügelanlagen plangemäß fertigzustellen, sei eine weitere Investition in Höhe von 2,5 Mio. „Valutamark“ erforderlich. Außerdem wurde eingestanden, daß der Belüftungsanlagenbaubetrieb der DDR nicht in der Lage war, die notwendigen Anlagen in ausreichender Stückzahl für das kommende Jahr zur Verfügung zu

¹⁵⁸ Bericht über Probleme der materiell-technischen Sicherung des Aufbaus von industrieläßigen Anlagen für die Eier- und Geflügelfleischproduktion, 2.10.1968, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 36, Bl. 244–274.

¹⁵⁹ Protokoll über die Übergabe der Geschäfte der Zentralen Aufbaugruppe beim Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung durch den bisherigen Leiter, Genosse Neubert, an den neu berufenen Leiter, Genosse Dietl, 30.9.1968, LAB Rep. 635, Bündel 11, o. Bl.

¹⁶⁰ Von der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, Bezirksinspektion Potsdam, Insp.-Gruppe Land- und Nahrungsgüterwirtschaft – Bericht über die Kontrolle des Aufbaus der Beispielanlagen für industrieläßige Produktion in der Landwirtschaft gemäß Beschuß des Präsidiums des Ministerrates vom 21.9.1967 vom 3.10.1968, BArch, DC 14, Nr. 221.

¹⁶¹ Staatliches Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse – Vorlage für die Dienstbesprechung am 9.10.1968 – Schlußfolgerungen zu Problemen des Aufbaues der industrieartigen Großanlagen –, 8.10.1968, BArch, DK 1, Nr. VA neu 846, o. Bl.

stellen, so daß sich auch in diesem Fall und ganz ohne Verschulden der ZAG Zusatzimporte im Interesse der Terminsicherung als notwendig erwiesen.¹⁶²

Trotz solcher Eingeständnisse werden in einem abschließenden ABI-Bericht die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen aus den bisherigen Überprüfungen viel prinzipieller formuliert, als es die Schulduweisungen an den Leiter der Zentralen Arbeitsgruppe vermuten ließen. Erneut wird die „Importideologie“ der verantwortlichen staatlichen Leiter der ZAG und des Staatlichen Komitees der Landwirtschaft kritisiert. Als besonders negativ wird herausgestellt, daß die angeblich vorhandenen Erfahrungen aus der Sowjetunion nicht berücksichtigt wurden. Des weiteren wird festgestellt, daß das Vorhaben vor allen Dingen dadurch behindert wurde, daß es – anders als in einer zentralisierten Wirtschaft zu erwarten – keine zentrale Leitung dieses Projektes gebe, die in der Lage sei, die beteiligten Ministerien und Institutionen einheitlich anzuleiten und „im Prozeß einer kontinuierlichen Planung“ zu führen. Allein im Bereich Forschung und Technologie für die Landwirtschaft, der den wissenschaftlichen Vorlauf für solche Investitionsobjekte schaffen sollte, waren 68 Institutionen mit Fragen der industriellen Großproduktion in der Landwirtschaft beschäftigt. Weit schwerer als dieses Kompetenzwirrwarr in Wissenschaft und Forschung wog die Tatsache, daß es nicht gelungen war, das Investitionsvorhaben in die allgemeine Planung der Industrie der DDR einzubeziehen. Ohne eine solche Voraussetzung aber blieb die schrittweise Ablösung der Importe fraglich. Insbesondere die VVB Luft- und Kältetechnik, so der Bericht, war nicht in der Lage, den Erfordernissen dieses Investitionsprojekts auf Dauer zu entsprechen. Die Luft- und Kältetechnik der DDR umfaßte zum Zeitpunkt des Berichts eine Jahresproduktion von 100 Mio. Mark. Dem stand ein voraussichtlicher Bedarf an Anlagen allein in der Landwirtschaft von bis zu 250 Mio. Mark pro Jahr gegenüber. Die ABI schätzte daher ein, daß sich ohne Veränderung dieser „Disproportionen“ im Industriezweig Kältetechnik der DDR die für den Prognosezeitraum von 1980 erwarteten Kapazitätssteigerungen der Landwirtschaft im Übergang zur industriellen Produktion nicht würden verwirklichen lassen.¹⁶³

Trotz dieser grundsätzlichen Problemlage wurde der Zentralen Aufbaugruppe weiterhin vorgehalten, daß sie gegenüber den Importeuren aus dem nicht-sozialistischen Währungsgebiet zu einseitige Bindungen eingegangen war, ein Handeln, das von den Berichterstattern auf Prinzipienlosigkeit zurückgeführt wurde. Bemerkenswert ist dabei, daß nun auch den jugoslawischen Partnern, die den Westimport der Anlagen letztendlich erst ermöglicht hatten, das Gefahrenpotential der westlichen Firmen zugeschrieben wurde. Die ABI ließ den Ursprung der Importkontakte bewußt außer acht und hob, ähnlich wie die Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED, auf eine politisch-ideologische Betrachtungsebene ab: Eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit ausländischen, insbesondere westlichen oder jugoslawischen Partnern, sei ein grundsätzliches Vergehen. Begründet wurde der Vorwurf mit der Störanfälligkeit der aus dem kapitalistischen Ausland importierten Anlagen, obwohl sich im

162 Brief von Dr. Hans-Joachim Seemann an Genosse Grüneberg, 24.11.1968, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 36, Bl. 320–323.

163 Komitee der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion – Erkenntnisse und Schlußfolgerungen aus den bisherigen Überprüfungen zur Durchsetzung der Beschlüsse des ZK und des Ministerrates hinsichtlich des Aufbaus der Beispielanlagen für industriemäßige Produktion in der Landwirtschaft –, 26.11.1968, BArch, DC 14, Nr. 164, o. Bl.

Verlauf der Kontrolle zeigte, daß die Hauptstörfaktoren beim Aufbau aus der eigenen Volkswirtschaft resultierten.¹⁶⁴

Ungeachtet der anhaltenden Leistungsquerelen war es im KIM Königs Wusterhausen 1968 gelungen, die projektierten Leistungsparameter bei der Frischeierproduktion, in der Broilermast und in der Schlachtung zu überbieten und damit unter den geplanten Kosten zu bleiben. Die Erwartungen der VVB wie auch der Parteizentrale wurden mehr als befriedigt.

Tabelle 13: Produktionsergebnisse des KIM Königs Wusterhausen 1968

Parameter der verschiedenen Betriebsteile des KIM Königs Wusterhausen	lt. MR-Beschluß vom 21.9.1967	1968 erreicht
Legeleistung je Henne im Jahr	220 St.	241 St.
Futteraufwand je Ei (Ø 58 g je Ei)	192 g	185
Verluste während der Legehennenauflage	12 %	6,4 %
Verluste während der Legeperiode	14 %	8,6 %
Jahresproduktion von Broilern	3.000 t	3.570 t
Futteraufwand je kg Gewichtszuwachs	2,5 kg	2,44 kg
Schlachtleistung je Schicht	12.000 St.	15.000 St.
Schlachtausbeute	72 %	74,9 %

Quelle: Bericht über die Überprüfung des VEB KIM Königs Wusterhausen, entsprechend dem Auftrag des Vorsitzenden des RLN¹⁶⁵ der DDR, Genosse Minister Ewald, 5. März 1969, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

Lediglich Futter war nach wie vor ein ernstes Problem, da die Qualität direkten Einfluß auf die Tages- bzw. Mastleistungen hatte. Hier kam es noch immer zu Schwankungen, die das Leistungsergebnis des KIM-Betriebs einschränkten.¹⁶⁶ Solche praktischen Probleme fanden zu dieser Zeit aber nur am Rande Beachtung.

7. Unter Aufsicht: Die VVB Tierzucht Paretz

Per Verordnung des Ministers und Vorsitzenden des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR vom 11. Dezember 1968 wurden die KIM-Betriebe und die Ingenieurbüros der ZAG der VVB Tierzucht unterstellt. Das Konglomerat trug fortan den Namen VVB Industrielle Tierproduktion und Tierzucht. Mit Wirkung vom 15. Dezember 1968 endete damit die unmittelbare Aufbauphase.¹⁶⁷ Mit der Eingliederung

¹⁶⁴ Über einige Probleme beim Aufbau der Beispielanlagen für industriemäßige Produktion in der Landwirtschaft, 2.12.1968, BArch, DC 14, Nr. 163, o. Bl.

¹⁶⁵ RLN = Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft: In der Reformphase der DDR, Mitte bis Ende der sechziger Jahre, zeitweilige Bezeichnung für das Landwirtschaftsministerium.

¹⁶⁶ Bericht über die Überprüfung des VEB KIM Königs Wusterhausen, entsprechend dem Auftrag des Vorsitzenden des RLN der DDR, Genosse Minister Ewald, 5.3.1969, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

¹⁶⁷ Verfügung Nr. 5 über die Zuordnung der Betriebe, Institutionen und Einrichtungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft vom 11.12.1968, BLHA Rep. 514, Nr. 3045, o. Bl.; Dok. auch in: BArch, DC 14, Nr. 163, o. Bl.

der Zentralen Aufbaugruppe in die VVB Tierzucht endete nicht einfach nur das bisher bestehende Sonderregime im bisherigen Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf, sondern die gesamte Struktur der ZAG und der bereits bestehenden KIM-Betriebe wurde in die VVB Tierzucht integriert. Grundsätzlich galt ab dem 1. Januar 1969, daß alle weiteren Vorhaben zum Aufbau der industriellen Produktion in der Mast von Geflügel, Schweinen und Rindern eine Vorlaufzeit von zwei Jahren zur Vorbereitung der Bauvorhaben haben mußten. Daher wurden 1969 im Produktionsbereich Geflügel acht und im Produktionsbereich Schwein vier Aufbaugruppen gebildet. Diese Aufbaugruppen erhielten sechs bis acht Planstellen, um den Beginn der Bauarbeiten für das Jahr 1970 und 1971 durch Verträge und Bauplanungen bzw. vertragliche Sicherung der notwendigen Ausrüstung vorzubereiten. Des weiteren war es die Aufgabe dieser neu zu bildenden Aufbaugruppen, die Abstimmung mit den in den betroffenen Verwaltungsbezirken der DDR vorhandenen Planungs- und Leitungsbehörden durchzuführen. Diesen zu bildenden Aufbaugruppen wurde allerdings der Status einer „juristischen Person“ verwehrt, sie wurden den in den jeweiligen Bezirken vorhandenen Einrichtungen der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion zugeordnet; in denjenigen Bezirken, in denen es bereits KIM-Betriebe gab, wurden sie diesen Kombinaten unterstellt. Wo dies nicht der Fall war, wurden sie den bezirklichen Tierinspektionen der VVB zugeordnet. Dadurch wurden sie jedoch nicht Bestandteil dieser Ordnung, sondern hatten für ihre Aufgaben die vorhandenen Strukturen zu nutzen. Das betraf ganz besonders die Buchhaltung für die verschiedenen Projektarbeiten. Zu diesem Zweck wurden die Aufbaugruppen direkt dem Generaldirektor der Kombinate bzw. der Tierinspektion unterstellt. Dieses Verfahren der Zuordnung erfolgte auch für bereits bestehende Aufbaugruppen, die noch nicht – wie es beim Kombinat Königs Wusterhausen der Fall war – den Status eines selbständigen Betriebes erreicht hatten. Zur Betreuung dieser Aufbaugruppen wurde in der VVB eine zusätzliche Gruppe eingerichtet, die als Sektor Investitionsvorbereitung ausschließlich die Aufgabe hatte, die Arbeit der verschiedenen Aufbaugruppen in den Bezirken anzuleiten und zu koordinieren. Die für diesen neuen Sektor nötigen Finanzen innerhalb der VVB-Struktur wurden dem Haushalt des Schweinezucht- und Mastkombinats Eberswalde entnommen, das der VVB direkt unterstellt worden war.¹⁶⁸

Aus der Planung der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion ist allerdings auch zu ersehen, daß die Arbeit der aufgelösten Zentralen Aufbaugruppe trotz der massiven Kritik seitens der ABI im Sinne der Erfüllung der Investitionspläne keineswegs erfolglos war. Mit Ausnahme der Position „sonstige Investitionsleistungen“ war es der Zentralen Aufbaugruppe 1968 gelungen, die geplanten Investitionen im vorgesehenen Umfang durchzuführen.

168 VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion – Vorlage für die Dienstbesprechung am 3.2.1969 – Die Absicherung der Investitionsvorhaben 1969 – Probleme der Durchführung der Investitionen und Sicherung der technischen Ausrüstung beim Aufbau der Großanlagen – ausgearbeitet durch Bereich Investition Aufbau von Großanlagen –, 30.1.1969, LAB Rep. 635, Bündel 10, o. Bl.

Tabelle 14: Investitionsplan 1968 für industrielle Großanlagen

	Gesamt	Bau	Ausrüstungen	Sonstige
Plan in Mio. Mark	319,2	204,3	73,0	41,9
Ist in Mio. Mark	321,8	206,9	77,9	37,0

Quelle: VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion – Vorlage für die Dienstbesprechung am 3. Februar 1969: Probleme der Durchführung der Investitionen und Sicherung der technischen Ausrüstung beim Aufbau der Großanlagen vom 30. Januar 1969, LAB Rep. 635, Bündel 10, o. Bl.

Bereits im Januar 1969 sah sich die Leitung der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion genötigt, darauf hinzuweisen, daß man auch weiterhin nicht auf Importe aus dem nicht-sozialistischen Währungsgebiet verzichten können bzw. daß weiterhin Improvisationen und Aushilfsarbeiten nötig seien, um die geplante Investitionssumme von 485 Mio. Mark im laufenden Jahr tatsächlich verwirklichen zu können, da die Lieferrückstände der DDR-Zulieferindustrie auch unter dieser plangerechten Regie weiter anhielten. Und wie zuvor die ZAG, konnte auch die VVB zu Beginn des Jahres bei verschiedenen Positionen der Bauausführung noch keine vollständige vertragliche Absicherung vorweisen. Erste Abstimmungen mit Betrieben innerhalb der Regionen, in denen weitere Bauvorhaben erfolgen sollten, ergaben Erhöhungen des Investitionsvolumens um ca. 100 Mio. Mark auf 595 Mio. Mark. Insbesondere beim Bau, der 370 Mio. Mark erforderte, wurde offenbar, daß die geplanten Investitionen durch fehlende Bauleistungen an vier Stellen gefährdet waren. Auch wenn es sich dabei lediglich um einen Anteil von 2,1 % am gesamten Bauvolumen für das Jahr 1969 handelte, zeigt der Rückblick auf die Arbeit der Zentralen Aufbaugruppe, daß es sich bei den in den Jahren 1966–68 aufgetretenen Improvisationen auf dem Gebiet des Bauwesens nicht um bloße Leistungsmängel gehandelt hatte, sondern daß die strukturellen Defizite in der Bauwirtschaft der DDR durch Improvisation ausgeglichen werden mußten, um den Investitionsverlauf letztlich zu sichern.¹⁶⁹

Im Gegensatz zu den Schwierigkeiten, die 1969 bei der Durchführung der Investitionsvorhaben der industriellen Produktion in der Landwirtschaft aufgetreten waren, hatte sich die Mangelsituation in der Bereitstellung von Hallenkörpern inzwischen so deutlich verändert, daß es mittlerweile zu einem unerwarteten Überangebot an Hallenkörpern gekommen war. Betriebe aus dem Bereich des Staatlichen Komitees für Landtechnik wie auch der Zentralen Ausrüstungswirtschaft waren jetzt in der Lage, Hallen zu produzieren, die den Anforderungen der intensiven Tierhaltung entsprachen. Zudem konnte eine Reihe von regionalen Baustoff-Firmen ebenfalls Hallen liefern. Dies war aber nur möglich geworden, weil die VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion weiterhin als sogenannter Bilanzträger bzw. sogenanntes Bilanzorgan gegenüber den Herstellerbetrieben auftrat. Das heißt, die Produzenten von Hallenkörpern waren zwar in der Lage, eine größere Anzahl von Produktionshallen herzustellen, die VVB Paretz war jedoch selbst für Materialbereitstellung und Anlieferung zuständig. Dabei ergaben sich für die VVB selbst beträchtliche Schwierigkeiten, denn es war im Rahmen der zentralen Planung für Baumaterialien nicht möglich, innerhalb der DDR die nötige Baustoffmenge für die Herstellung von Produktionshallen zur Verfügung zu stellen. Dies erforderte erneutes Improvisieren auch innerhalb der VVB. Sie trat nun gegenüber den Hallenproduzenten als Baustofflieferant auf und war darauf angewiesen,

¹⁶⁹ Ebd.

daß es zu einer ministeriellen Anordnung zur Materialbereitstellung kam. Der Erfolg solcher Bemühungen hing zudem davon ab, ob den Anlagen der VVB ein gewisser Vorrang in der DDR-Landwirtschaft eingeräumt wurde, während andere Investitionsobjekte bei der Materialbereitstellung warten mußten.¹⁷⁰

Zugleich deutete sich an, daß die technische Ausrüstung dieser Stallanlagen ein weitaus schwerwiegenderes Problem für die VVB auch im Jahre 1969 blieb. Speziell bei Brut- und Schlachtanlagen, Eiersortieranlagen und Gasreglerstationen für die Klimatisierung der Ställe gab es erhebliche Lieferprobleme. Der für die Produktion von Brutanlagen zuständige Betrieb war erst Ende 1970 imstande, die geforderte Anlage serienmäßig herzustellen. Die Geflügelschlachtanlagen sollten zu diesem Zeitpunkt, anders als in den Planungen von 1966, aus Ungarn importiert werden. Allerdings zeigte sich bei der Überprüfung dieser Anlagen, daß sie nicht dem Weltmarktniveau entsprachen. Aus diesem Grund wurde vorgeschlagen, Schlachtanlagen nach Möglichkeit aus dem nicht-sozialistischen Währungsgebiet zu importieren. Alle Sortieranlagen sollten im Sinne der Ablösung westlicher Importe aus der ČSSR eingeführt werden. Die dortigen Skoda-Werke konnten aber keine 40 Stück dieses Anlagetyps kurzfristig liefern, so daß es zu einer Revision der Gesamtplanung im Bereich der Eiersortierung kommen mußte. Die Heizgeräte für die Aufzucht in den Broilerhallen sollte ein inländischer Betrieb bereitstellen. Auch hier zeigte sich leider, daß die zur Verfügung stehenden Inlandsgeräte sowohl von ihren Leistungsparametern als auch von ihrer Regelungsfähigkeit her nicht den erforderlichen Projektierungsunterlagen entsprachen. Bis zur späteren Produktionsreife der tschechoslowakischen Anlagen sollte dann doch auf „Importlösungen“ zurückgegriffen werden. Gleches galt auch für die Entlüftungsanlagen der Ställe, die bis zu einer Ablösung durch ausgereifte technische Anlagen aus dem Inland weiterhin importiert werden mußten. Darüber hinaus wurde von der Leitung der VVB festgestellt, daß zusätzlich auch noch verzinkte Bleche für die Eigenproduktion von Etagenkäfigbatterien eingeführt werden mußten, da das Ausrüstungskombinat Perleberg sich zu diesem Zeitpunkt außerstande sah, den Bedarf vollständig zu decken.¹⁷¹

Ungeachtet dieser strukturellen Probleme, die sich aus der Funktionsweise der Planwirtschaft ergaben und in der DDR nicht anders als mit der Abstrafung einzelner Funktionäre enden konnten, blieben Sicherheitsfragen für ein derartig anfälliges System von zentraler Bedeutung. Interessanterweise legte die VVB-Leitung als erstes fest, daß die Bereichsleiter in den Großanlagen mit Hilfe der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen (FDGB, FDJ, DSF, DFD usw.) die politisch-ideologische Arbeit und Erziehung der Beschäftigten zur sogenannten „Klassenwachsamkeit“ forcieren sollten. Darüber hinaus erfolgte eine Überprüfung des allgemeinen Wachpersonals und eine Neuregelung dessen Bezahlung sowie eine Kontrolle der Funktionssicherheit der Signalanlagen. Für einzelne sogenannte Schwerpunktobjekte leitete die Polizei den Betriebsschutz an. Die Produktions- und Planungsunterlagen für den Aufbau der Anlagen wurden als vertraulich eingestuft, und es wurde festgelegt, daß für alle weiteren Baumaßnahmen von nun an das Baugelände vor Baubeginn eingezäunt werden müsse und Sicherheitskontrollen und -maßnahmen bereits mit Baubeginn auszuüben seien. Das hieß unter anderem, daß auch die Bauarbeiter und Monteure diese Objekte nur dann betreten durften, wenn sie einen gültigen Betriebsausweis für das

170 Ebd.

171 Ebd.

Baugelände besaßen. Zusätzlich sollte für alle Objekte der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion ein einheitliches Signal- und Sicherheitssystem entwickelt werden.¹⁷²

Auch 1969 kam es zu einer weiteren Kontrolle durch die ABI-Inspektion Landwirtschaft. Sie brachte zutage, daß der Nachfolger des abgelösten Leiters der Zentralen Aufbaugruppe, Günter Dietl, selbst für Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Valutamitteln verantwortlich gemacht werden konnte. Konkret ging es um den bereits erwähnten Bau von acht Einfamilienhäusern, die nach Aussagen von Mitarbeitern der Zentralen Aufbaugruppe für die Unterbringung von jugoslawischen Bauarbeitern und Spezialisten für den Aufbau des Schweinezucht- und Mastkombinats Eberswalde bestimmt waren. Dietl, der innerhalb seines Arbeitsbereiches für die Verwendung der Investitionsmittel zuständig war, wurde vorgeworfen, daß die Wohnhäuser in den Planungen für den Aufbau dieses Objektes nicht vorgesehen waren, zum andern, daß lediglich vier dieser Häuser am Standort Eberswalde, vier aber in Berlin-Mahlsdorf gebaut worden waren. Zusätzlich wurde ihm zur Last gelegt, daß die Baumaterialien aus Jugoslawien importiert worden waren und der Bau selbst mit ausländischer Währung bezahlt wurde, obwohl dies auch über inländische Firmen hätte abgewickelt werden können, wie man in der ABI glaubte. Gleichzeitig wurde der Verdacht formuliert, daß diese Häuser letztendlich zur persönlichen Nutzung einzelner Mitarbeiter der Zentralen Aufbaugruppe vorgesehen waren. Belegen konnte die ABI dies aber genauso wenig, wie die Anschuldigungen auch nicht neu waren. Dieser Bericht über die ZAG bestätigt einerseits das Mißtrauen der Abteilung Landwirtschaft des ZK gegenüber deren ehemaliger Leitung und führte zur Abberufung Dietls aus seiner Funktion innerhalb der VVB Paretz. Auf der anderen Seite fand die ABI in diesem „besonderen Vorkommnis“ ihr Mißtrauen gegenüber jeglicher Lizenztätigkeit von ausländischen Firmen bestätigt und ließ die Sicherheitsmaßnahmen beim Aufbau der Industrieanlagen weiter ausbauen.¹⁷³

Ungeachtet der andauernden Kontrollen durch die ABI und der Einordnung der ehemaligen ZAG in die Struktur der VVB Paretz blieb die Abstimmung mit den Bezirksbehörden des Berliner Umlandes beim Aufbau der Mastanlagen weiter ein Konfliktpunkt. Aus einer Vorlage der Produktionsleitung des Bezirkslandwirtschaftsrates Frankfurt/Oder wird ersichtlich, unter welchen administrativen Schwierigkeiten der Aufbau der Anlagen in den zurückliegenden Jahren erfolgt war. In diesem Dokument wird durch den 1. Stellvertreter des Bezirkslandwirtschaftsrates Frankfurt/Oder, Dahlmann, eingeschätzt, daß die im zurückliegenden Jahr aufgetretenen Verzögerungen unter anderem darauf zurückzuführen seien, daß die bezirklichen Behörden, das Bezirksbauamt, das Bezirkskomitee für Landtechnik und verschiedene Kreisbehörden die grundlegende, das heißt volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Aufbauvorhaben für die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft nicht erkannten und deren Unterstützung nicht als vorrangig ansahen. Deshalb wurde in Frankfurt/Oder im Anschluß an die ABI-Kontrolle eine Arbeitsgruppe der Bezirksleitung der SED gebildet. Ihre Aufgabe war, die als „Kirchturmpolitik“ und als „politisch-ideologische Unklarheiten in Grundfragen beim Aufbau der Großanlagen“ bezeichnete Haltung der zuständigen Bezirksbehörden gegenüber den Investitionsprojekten der ZAG bzw. VVB Paretz durch erhöhten politischen Druck zu überwinden. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung des zuständigen Sekretärs der SED-Bezirksleitung tagte monatlich und schätzte nun regelmäßig die

172 Ebd.

173 Vom Komitee ABI Inspektion Landwirtschaft – Information – über Verstöße gegen das Prinzip der strengsten Sparsamkeit durch den ehem. Ltr. d. Zentralen Aufbaugruppe beim Staatl. Komitee der A. u. V., Günter Dietl, 5.2.1969, BArch, DC 14, Nr. 163, o. Bl.

Arbeit beim Aufbau der Großanlagen ein. Darauf hingewiesen wurde aber, daß politischer Druck allein offenkundig nicht zur Lösung der Kooperationsaufgaben beim Aufbau der Produktionsanlagen ausreichte. Vielmehr wurde gefordert, daß besonders die Kreisbehörden im Bezirk Frankfurt/Oder dafür zu sorgen hätten, daß alle Bedingungen für den Aufbau dieser Modellanlagen im Territorium gegeben seien.¹⁷⁴

Das bedeutete für die betroffenen Kreisverwaltungen, daß sie für die Mitarbeiter der Anlagen Wohnraum zur Verfügung stellen, bei der Einstellung und Ausbildung der Arbeits- und Führungskräfte Hilfestellung geben und das Umfeld dieser Anlagen für die Beschäftigten günstig gestalten sollten. Dieser Forderungskatalog an die „örtlichen Organe“ beinhaltete Einkaufsmöglichkeiten, Gesundheitsbetreuung und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Natürlich wurde auch hier darauf hingewiesen, daß im Umkreis der Anlagen für Ordnung und Sicherheit zu sorgen sei. Offenkundig waren die kommunalen Behörden, die nicht unmittelbar vom Aufbau der Anlagen profitieren konnten, eher unwillig, die von ihnen erwarteten Dienstleistungen zu erbringen, da sie keine Gegenleistung erhielten. Die Forderungen des Bezirks erzeugten in den betroffenen Kreisen und Gemeinden kaum mehr als Zurückhaltung, wenn nicht gar demonstratives Desinteresse. Dies traf besonders auf jene Ortschaften zu, auf die das Problem der Abwasserverwertung der Großanlagen zukam. Um diesen „negativen Haltungen“ der unteren Funktionäre zu begegnen, empfahlen die Landwirtschaftsfunktionäre des Bezirks das Mittel der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit, da im Kern nur „Unklarheiten“ über die Bedeutung des Investitionsobjekts für die Region und auch für die gesamte DDR zu beseitigen seien.¹⁷⁵ Diese gebetsmühlenartige Wiederholung der Leerformel von der „politisch-ideologischen Erziehungsarbeit“ gegenüber denen, die nicht die Beschlüsse der Staatspartei fassen, sondern verwirklichen mußten, kann wohl als Arroganz der Macht, aber auch als Hilflosigkeit gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen in der DDR gewertet werden.

Wie zur Bestätigung dieses Eindrucks feiern die Verfasser dieses Aktenstücks als besonderen Erfolg, daß es gelungen war, in den neu errichteten Betrieben einen hohen Anteil an Mitarbeitern für die SED zu gewinnen. Nach Auffassung der Berichterstatter war für die Zusammenarbeit mit den jugoslawischen Vertragspartnern ein besonders hohes Niveau der politisch-ideologischen Arbeit erforderlich. In diesem Zusammenhang erscheint es schon erstaunlich, daß nach der allgemeinen Lageeinschätzung und Schilderung der Bemühungen um die schnelle Errichtung ein langer Erklärungsteil über die im Bezirk Frankfurt/Oder errichteten KIM-Betriebe bzw. noch zu errichtenden Anlagen folgt. So wird der Eindruck erweckt, daß sowohl die Mitglieder der Produktionsleitung des Landwirtschaftsrates als auch die Mitglieder des Rates für landwirtschaftliche Produktions- und Nahrungsgüterwirtschaft noch nicht über den gesamten Umfang der in ihrem Bezirk erfolgten Investitionen im Bilde waren. Der Landwirtschaftsrat und der Rat des Bezirkes hatten die Aufgabe, im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen agrarischen Großbetriebe die Gewinnung von Arbeitskräften, deren Qualifizierung und Berufsausbildung sicherzustellen, die materiell-technische Sicherung des Aufbaus und der Inbetriebnahme der Anlagen aus den bezirkli-

174 Bezirkslandwirtschaftsrat Frankfurt/Oder – Vorlage für die Produktionsleitungssitzung am 24.2.1969
Abrechnung des bisherigen Standes des Aufbaus der KIM-Objekte und Darlegung der Maßnahmen zur Gewährleistung der festgelegten Termine zu deren Inbetriebnahme, Sicherung für die kadermäßige Besetzung dieser Objekte bei ihrer Inbetriebnahme und Fragen der Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den KIM-Objekten –, 24.2.1969, LAB Rep. 635, Bündel 9, o. Bl.

175 Ebd.

chen Ressourcen abzusichern, das entstehende Produktionsergebnis in die Planungs- und Verteilungsabläufe der Region zu integrieren und das für die Produktion notwendige Mischfutter und dessen kontinuierliche Anlieferung zu sichern. Aufgrund dieser Leistungsanforderung entwickelten die Bezirksgremien die Gegenforderung, daß aus dem entstehenden jährlichen Marktaufkommen die Versorgung des Bezirkes ebenfalls sicherzustellen sei. Aus dem Aufbau solcher Produktionsanlagen ergaben sich aber für die Region schwerwiegende Folgeprobleme, etwa durch die Abwässer dieser Anlagen. Auf der anderen Seite bemühte man sich gleichzeitig, den hier etablierten technologischen Stand für die gesamte Agrarproduktion des Bezirks als Entwicklungsbasis zu nutzen.¹⁷⁶

Zu diesem Zeitpunkt sorgte die Auslieferung der gemästeten und geschlachteten Broiler für neue Schwierigkeiten, für deren Lösung weitere NSW-Importe unausweichlich erschienen. Königs Wusterhausen lieferte sein geschlachtetes Geflügel in frischer bzw. tiefgekühlter Form an die nunmehr fünf Broilergaststätten in Berlin, an Berliner Kaufhallen sowie Spezialverkaufsstellen. Da insbesondere die Kaufhallen durchgängig mit dem Selbstbedienungssystem arbeiteten, war es erforderlich, die Ware beim Verpacken sofort auszupreisen. Diese Auspreisung erforderte ein Maschinensystem, das es im Inland nicht gab, auch im Rahmen des RGW fand sich kein Anbieter, so daß es zu einer zusätzlichen Deviseninvestition für das Wiegen und Auspreisen der Ware kommen mußte, mit einem Umfang von 100.000 „Valutamark“ und nur unter größten Problemen zu beschaffen. Im Gegensatz dazu spielten Kostenfragen für Alarm- und Sicherheitsanlagen keine Rolle. 1969 erhielt das KIM Königs Wusterhausen ein eigenes geschlossenes FernmeldeSystem sowie zusätzliche Kontroll- und Sicherheitsanlagen.¹⁷⁷

Trotz des Bernühens der VVB, die Bauinvestitionen und andere Investitionsleistungen für die Anlagen in den Planungen regional zu koordinieren, beliefen sich nach Ablauf des I. Quartals 1969 die Rückstände in der Baudurchführung der Investitionsvorhaben auf insgesamt 14,5 Mio. Mark. Noch hoffte die VVB-Leitung, diese Rückstände mit zusätzlich beschafftem Material und durch Sondereinsätze wieder aufholen zu können. Bei der Ausstattung der noch auszubauenden Projekte zeigte sich, daß man auch unter der Leitung der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion weitgehend auf Improvisation angewiesen war. Als Übergangslösung für fehlende Heizungsanlagen wurde z. B. der Schlachthof im KIM Storkow über eine ausrangierte Lokomotive beheizt; es gab Überlegungen, ehemalige Gasheizkessel so umzubauen, daß es möglich würde, sie für Ölfeuerung zu nutzen. Allerdings zeigten sich die Grenzen dieses Vorgehens bei der Beschaffung von für den Tiertransport geeigneten Fahrzeugen. Es war der VVB nicht möglich, über die Produktionsbetriebe für Nutzfahrzeuge in der DDR wie auch im übrigen RGW geeignete Fahrzeuge für den Transport von Jungtieren und die Belieferung der Fleischabnehmer in den Stadtzentren zu erhalten; so blieb der VVB nichts weiter übrig, als ihre eigenen Ingenieurbüros mit der technischen Lösung dieses Spezialproblems zu beauftragen. Gleichermaßen gilt auch für Desinfektions- und Reinigungsgeräte in den Rinder-, Schweine-, und Geflügelmastställen.¹⁷⁸

Um die gestellten Produktionsaufgaben des Volkswirtschaftsplans 1969 trotz der genannten Schwierigkeiten zu erfüllen, wurde den Kombinaten eine Summe von 200.000 Mark

176 Ebd.

177 Ebd.

178 Maßnahmeplan zur termingerechten Fertigstellung und Inbetriebnahme der Großanlagen industrieartiger Tierproduktion auf der Grundlage des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 21.2.1968, 7.4.1969, LAB Rep. 635, Nr. 94, o. Bl.

sogenannter Wettbewerbsmittel zur Verfügung gestellt, die bei Erreichen der Planziele als Prämien an die Mitarbeiter ausgeschüttet werden sollten. In diesem Zusammenhang sollten die Betriebe ein eher im unklaren gehaltenes „System der sozialistischen Betriebswirtschaft“, das auf dem Modell Königs Wusterhausen basieren sollte, in den Großanlagen umsetzen. Hauptschwerpunkt war die Einführung eines leistungsabhängigen Vergütungssystems. Darüber hinaus sollten sogenannte „fondsbezogene Preise“ gebildet werden, die die erforderlichen betrieblichen Aufwendungen vollständig in die Preisbildung aufnehmen sollten. Bereits im Jahr 1967 hatten die verantwortlichen staatlichen Behörden die Konsequenzen solcher Kostenrechnung, d. h. das politische Wagnis einer Preiserhöhung beim Endverbraucher, gescheut und die betriebliche Abrechnung staatlich subventioniert.¹⁷⁹

Was die Preisbildung speziell für Geflügelfleisch in den Kombinaten für industrielle Mast betraf, so legte die VVB im April 1969 ein Papier vor, in dem drei Schwerpunkte für die Preisbildung innerhalb der KIM-Betriebe festgelegt wurden:

- Die Selbstkosten der Produktion unter Einbeziehung aller Produktionsstufen,
- die Verarbeitungs- und Absatzkosten auf der Grundlage von vertraglich gesicherten Direktbeziehungen, und
- die Gewinnspanne sollte auf die Produktionsfonds in jeder Stufe bezogen werden und so eine Form der Selbstfinanzierung ermöglichen.

Es wurde erwartet, daß diese Form der innerbetrieblichen Preisbildung die Selbstkosten regulieren bzw. senken und dadurch zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Fondsrentabilität führen würde, um so einen kostendeckenden Preis für das Hauptprodukt Broiler zu erzielen. Im Bereich Broilerproduktion sollten pro Jahr 12.384.200 Mark staatlicher Subvention in Anspruch genommen werden. Als Vergleichsgrundlage galten die üblichen Aufwendungen in der Fleischerzeugung der übrigen DDR-Landwirtschaft. Dennoch wurde darauf hingewiesen, daß dieser fondsbezogene Preis keine Auswirkungen auf den Endverbraucherpreis und die Handelsspanne des Einzelhandels sowie der Gaststätten haben würde, man erhoffte sich davon, zu einer Kontrollfähigkeit der Preisbildung in allen Produktionsstufen zu kommen. Anteilige Kosten für Forschung und Entwicklung sollten ebenfalls in die Preiskalkulation mit aufgenommen werden. Alle anderen anfallenden Kosten sollten über Vertragsbeziehungen geregelt werden, die wiederum eine Preisstützung erforderlich machten. Das Ergebnis sollte ein einheitlicher Preis sein, der unabhängig von den Sommer- und Winterpreisregelungen für Broiler galt. Diese Preisregelung sollte wiederum durch eine differenzierte Subvention ausgeglichen werden. Die wiederholte Einschränkung, daß in verschiedenen Bereichen letztendlich doch auf Preisstützung zurückgegriffen werden müsse und die Tatsache, daß sowohl die Endverbraucherpreise als auch die Saisonpreise von dieser Preisreform unberührt blieben, machen deutlich, daß es hier lediglich darum ging, ein übersichtliches System der innerbetrieblichen Kostenabrechnung zu entwickeln.¹⁸⁰ Wie wenig sich die Produktion der KIM-Betriebe beim Absatz ihrer eigenen Produkte letztendlich an der Ware-Geld-Beziehung orientierte, zeigt auch die Entwicklung einer speziellen Lohnform für die Beschäftigten in der Geflügelproduktion. In einem sehr komplizierten System, unter Berücksichtigung des Arbeitskräfteaufwands, der Produktionskapazitäten bzw. deren Auslastung sowie des Produktionsergebnisses, sollte eine individuelle Le-

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion – Grundsätze und Erläuterungen für die Preisbildung bei Geflügelfleisch in den Kombinaten für Industrielle Mast (KIM) –, 15.4.1969, LAB Rep. 635, Band 10, o. Bl.

stungsvergütung erreicht werden. Darüber hinaus sollte es eine Zusatzentlohnung für sparsamen Futtermitteleinsatz geben, um die Selbstkosten des Betriebs zu senken.¹⁸¹

Trotz dieser Ambitionen ließen die Probleme vor Ort die VVB nicht los: Ende Mai 1969 wurde in der VVB eine Beratung mit den Direktoren der KIM-Betriebe über die Unzulänglichkeit verschiedener inländischer Vertragspartner abgehalten. Ohne ständige Intervention aus dem Landwirtschaftsrat neigten die Zulieferbetriebe, Baubetriebe und auch die Abnahmefabriken dazu, ihre Vertragsverpflichtungen nicht einzuhalten. Marktwirtschaftliche oder rechtsstaatliche Regeln, wie Konventionalstrafen bei Vertragsverletzungen oder Schadensersatzklagen, um die Folgen für den eigenen Betrieb zu reduzieren, standen der VVB nicht zur Verfügung. Geld wäre in diesem System kein hinreichendes Sanktionsmedium gewesen, wie sich an der Frage der Materialbeschaffung zeigte. So blieb der VVB angesichts der Indifferenz ihrer Vertragspartner nichts anderes übrig, als der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses Projektes mit politischem Druck von übergeordneten Stellen Anerkennung zu verschaffen. Qualitätsmängel in der Anlieferung von Ausrüstungen und Rückstände in der Planerfüllung konnten intern nur durch die Bereitstellung von „zusätzlichen Wettbewerbsmitteln“, also Prämien für die Belegschaft, ausgeglichen werden. Das Improvisieren und Besorgen gehörte weiterhin zum Tagesgeschäft der Leiter der KIM-Betriebe.¹⁸²

Mit der Zuordnung zur VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion erhielten die KIM-Betriebe und Aufbaugruppen auch weiterhin kontinuierliche Informationen über die Entwicklung in der Geflügelproduktion des Auslandes. Die Struktur der VVB ermöglichte es sogar, Mitarbeiter abzustellen, die sich ausschließlich mit dem Vergleich der Entwicklung in der internationalen Geflügelwirtschaft beschäftigten. Dies geschah über das „wissenschaftlich-ökonomische Zentrum“ im KIM Königs Wusterhausen.¹⁸³ Dieses praktische Beispiel belegt nicht nur den hohen Stellenwert von Forschung und Entwicklung innerhalb der VVB, sondern auch die Bedeutung von internationalem Wissenschaftsaustausch für den immer geforderten „wissenschaftlichen Höchststand“, der trotz des „ideologischen Risikos“ auch weiterhin im Vergleich mit Entwicklungen im westlichen Ausland zu suchen war. Ungeachtet dieser permanenten Spannung zwischen fachlichem Anspruch an die Investitionsfähigkeit beim Aufbau der Anlagen und dem damit verbundenen politischen Mißtrauen gegenüber dieser Arbeit, meldete das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf dem Rat für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, daß die 13 weiteren geplanten Vorhaben zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR fertiggestellt sein würden.¹⁸⁴ Gegenüber dem Präsidium des Ministerrates bemühte sich dann auch der Vorsitzende und Minister des Rates für Land- und Forstwirtschaft, Entwicklung und Aufbau der Anlagen als durchgängigen Erfolg darzustellen. Es zeigte sich jedoch, daß diese Darstellung weiterhin auf erhebliche Skepsis bei den Begutachtungsinstitutionen des Ministerrates stieß. Insbesondere das Erreichen des wissenschaftlich-technischen Weltniveaus wurde wiederholt in Zweifel gezogen.

181 VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion, 29.4.1969, Rahmenrichtlinie Entlohnung der Beschäftigten der VEB Kombinate Industrielle Mast, BLHA Rep. 514, Nr 1710, o. Bl.

182 VVB Tierzucht und industrielle Tierproduktion – Protokoll über die Beratung der Direktoren der VEB KIM am 21.5.1969 in Paretz –, 30.5.1969, LAB Rep. 635, Bündel 10, o. Bl.

183 Wissenschaftlich-Ökonomisches Zentrum für Geflügelwirtschaft beim VEB Kombinat Industrielle Mast Königs Wusterhausen – Kurzinformation für industrielle Großanlagen der Geflügelwirtschaft Nr. 4/1969 –, Königs Wusterhausen April 1969, LAB Rep. 635, Bündel 10, o. Bl.

184 Vorlage für die Produktionsleitung – Information über Beispielanlagen für industrielle Produktion der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, die bis zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR fertiggestellt werden –, 9.7.1969, BArch, DK 1, Nr. VA neu 811, o. Bl.

Auch wenn die Gutachter nicht umhinkamen, den mit den Mastanlagen erfolgten Kapazitätsgewinn der DDR-Landwirtschaft als positiv für die angestrebte Selbstversorgung auf dem Gebiet landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu würdigen.¹⁸⁵ Ein Weg, wie der genannte Anspruch umzusetzen sei, wurde von den Gutachtern genauso wenig aufgezeigt, wie auch die alten Vorwürfe der ideologischen Aufweichung in den KIM-Betrieben in diesem Zusammenhang keine Erwähnung fanden.

Wie sehr die Arbeit der VVB bei der Umsetzung des übernommenen Investitionsvorhabens von einem planwirtschaftlichen Auf und Ab geprägt war, zeigte sich im September 1969. Die Übergabe der Bilanzfunktionen der VVB an das Bauministerium hatte der VVB nur zum Nachteil gereicht: Das Ministerium verweigerte Lieferzusagen für die vertraglich zugesicherten Hallenkonstruktionen bzw. für den Aufbau der Hallen. Das Leichtmetallbaukombinat forderte vom Rat für Land- und Forstwirtschaft, die Planauflagen von 750.000 m² Hallenfläche für das Jahr 1970 um 80.000 m² zu reduzieren. Das vom Rat vorgetragene Argument, es handle sich bei diesem Bauvorhaben um ein „in den zentralen Plan eingegliedertes strukturbestimmendes Schwerpunktvorhaben“, beeindruckte das Kombinat für Leichtmetallbau und das Ministerium für Bauwesen offenbar nicht. Darüber hinaus waren die Betriebe dieses Kombinats auch in Einzelfällen nicht bereit, vertraglich zugesagte Komplettlieferungen der Baukonstruktionen vorzunehmen. Selbst ein Exportvorhaben in die Sowjetunion schien zu diesem Zeitpunkt durch das Verhalten der Bauzulieferer gefährdet. Gründe für diese Entwicklung werden in dem Bericht nicht genannt. Mit der Übergabe der Bilanzfunktion, d. h. der Bereitstellung der Produktionsmaterialien von der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion an das Leichtmetallbaukombinat, wird nochmals klar, welch geringen Stellenwert vertragliche Vereinbarungen in den Beziehungen von Staatsunternehmen hatten, wenn diese nicht durch massiven politischen und administrativen Druck tatsächlich umgesetzt werden konnten.¹⁸⁶

Unabhängig von dieser Entwicklung offenbart eine Beratung mit den Direktoren der KIM-Betriebe in der VVB Tierzucht und Industrielle Produktion, worauf man bei Aufbau und Produktionsaufnahme den Schwerpunkt legte. Im Vordergrund stand die Durchsetzung der sogenannten „Störfreimachung“ von Importen, Forderungen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit kamen als nächstes. Erst dann kam die Einhaltung des „Produktionszyklogrammes“, d. h. das Befolgen der projektierten Produktionstechnologie und die damit im Zusammenhang stehende kontinuierliche Planerfüllung. Darüber hinaus wurde von den Leitern die Verbesserung der politischen und ideologischen Arbeit mit den Menschen, die Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs mit den Mitarbeitern und Betriebskollektiven und die Gewährleistung der materiell-technischen Absicherung in den KIM-Betrieben für 1970 gefordert. Letzteres hieß, daß die Kombinatsdirektoren offiziell aufgefordert waren, aufgrund des sich abzeichnenden Baustoffmangels nach Möglichkeiten zu suchen, sich besonders mit dem wertvollen Rohstoff Zement für die Zeit des Winterhalbjahres 1969/1970 zu „bevorraten“, während dasselbe Tun im privaten Bereich als „Hamsterkäufe“ gegeißelt wurde. Die sich abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von

¹⁸⁵ Bericht zur Verwirklichung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 21.2.1968 und des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 21.9.1967 über die bis zum 20. Jahrestag der DDR zu schaffenden Objekte bzw. Beispielanlagen der sozialistischen Landwirtschaft, 21.8.1969, BArch, DC 20 I/4, Nr. 2077, Bl. 1–46.

¹⁸⁶ Von Inspektion Landwirtschaft – Information über die Vorbereitung des Volkswirtschaftsplans bei der Planung von Stahlleichtkonstruktionen –, 16.9.1969, BArch, DC 14, Nr. 164, o. Bl.

Hallen durch das Leichtmetallbaukombinat führten nach Aussagen der Abteilung Investition der VVB dazu, daß insgesamt 48 Hallen für das Jahr 1970 nicht vertragsgerecht bereitstehen würden. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung bemühte man sich innerhalb der VVB, Ersatzlösungen aus anderen Betrieben zu finden, ohne damit den erwarteten Verzögerungen vollständig entgegenarbeiten zu können.¹⁸⁷

Ende des Jahres 1969 mußte man sich im Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung mit einem weiteren Problem beschäftigen: Die expandierende Geflügelproduktion in der gesamten DDR-Landwirtschaft kollidierte mit nicht mehr ausreichenden Geflügelschlacht- und Verarbeitungsbetrieben. Schlachtkapazitäten und Produktionsvolumen der Betriebe waren zwischen 1960 und 1969 lediglich um 25 % gestiegen, während sich das staatliche Aufkommen bei Geflügel um 180 % erhöht hatte. Die Folge war, daß im Bereich der Geflügelschlachtung zur Zwei-Schicht-Arbeit übergegangen wurde und häufig Sonder-schichten an Wochenenden eingelegt werden mußten, um das Geflügel auch verarbeiten zu können. Zudem galt die materiell-technische Ausstattung der meisten Geflügelschlachtbetriebe als unzureichend und veraltet. Etwa ein Viertel der Schlachtbetriebe besaß nur sehr geringe Verarbeitungskapazitäten, und darüber hinaus befand sich ein Teil der Geflügelschlachtbetriebe in Räumen, in denen nicht rationell gearbeitet werden konnte und die nicht den Hygienebestimmungen entsprachen. In den Betrieben kamen außerdem unterschiedliche Schlachtsysteme zur Anwendung, die auch noch aus verschiedenen Herstellerländern stammten. Die Mehrheit dieser Betriebe verfügte nicht über die Technik, das geschlachtete Fleisch sofort zu frosten. Die vorhandenen Lager- und Kühlkapazitäten in der Geflügelschlachtung konnten den anfallenden Produktionsausstoß allein nicht bewältigen.¹⁸⁸

Neben diesem grundsätzlichen Problem erschien dies dem Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung auch deshalb als problematisch, weil man den Zuwachs an Geflügelfleisch dazu nutzen wollte, das Angebot an weiterverarbeiteten Geflügelfleischprodukten zu erweitern. Bisher betrug der Anteil von Geflügelfleischprodukten am Umsatz des Geflügelfleischverbrauchs insgesamt nur 4 %, und die Produktion beschränkte sich auf zwei private Gesellschaften und zwei Genossenschaften des Handwerks. Man hatte aber im Staatlichen Komitee für Aufkauf und Verarbeitung die Vorstellung, die Angebotspalette weiter ausbauen zu können, denn nach Auffassung der verantwortlichen Funktionäre für Geflügelfleischerzeugnisse war in der Bevölkerung eine starke Nachfrage vorhanden und der Bedarf zu diesem Zeitpunkt noch nicht gedeckt. Im Verlauf des nächsten 5-Jahr-Plans, also bis zum Jahr 1975, war darüber hinaus geplant, das Aufkommen an Geflügelfleisch auf 100 kt zu erhöhen. Nach Angaben des Staatlichen Komitees stellte dies eine Steigerung gegenüber dem Aufkommen von 1961 um 24 kt (32 %) dar. Hier ist anzumerken, daß die Zahlenangaben für den Anteil von Geflügelfleischprodukten am gesamten Geflügelfleischaufkommen und für die Steigerung des Geflügelfleischaufkommens widersprüchlich sind. Entscheidend ist aber, daß mit der Steigerung der Mastkapazitäten in industriellen Anlagen die Frage der Schlachtkapazität und der Verarbeitung neue Bedeutung erhielt und sich aus der Kapazi-

¹⁸⁷ Bereich Investitionen und Aufbau von Großanlagen – Protokoll über die Beratung mit den Direktoren der VEB KIM am 18.9.1969 in Paretz –, 29.9.1969, LAB Rep. 635, Bündel 11, o. Bl.

¹⁸⁸ Staatliches Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landw. Erzeugnisse – Vorlage für die Dienstbesprechung am 30.9.1969 – Konzeption über den weiteren Aufbau von Be- und Verarbeitungskapazitäten von Geflügel –, 23.9.1969, BArch, DK 1, Nr. VA neu 815, o. Bl.

tätserweiterung durch die KIM-Betriebe die Notwendigkeit für weitere Investitionen auf dem Gebiet der Geflügelschlachtung ergab.¹⁸⁹

Dies sollte über eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Ungarn gelöst werden, um keine weiteren Schlachtilinen, wie es hieß, aus dem nicht-sozialistischen Währungsgebiet importieren zu müssen, wie beim KIM Königs Wusterhausen. Jedoch besaß die von Ungarn angebotene Schlachttechnologie nur einen geringen Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad und erforderte deshalb einen hohen Arbeitskräfteaufwand, was für die DDR ein ernstes Problem war. Weiterhin wurde angemerkt, daß die Anforderungen an die Wasser-, Energie- und Dampfleistung in diesen Schlachtanlagen so hoch waren, daß diese unbedingt umgerüstet werden müßten, um den Bedingungen der KIM-Betriebe zu entsprechen. Auch waren in diese Schlachtanlagen keine Verpackungslinien integriert, da nach wie vor im sozialistischen Lager kein Produzent für derartige Verpackungsanlagen existierte. Die Berechnungen der VVB Paretz weisen einen Importbedarf von 17 Schlachtanlagen aus, um das erhöhte Aufkommen an Schlachtgeflügel verarbeiten zu können. Darüber hinaus waren die bereits vorhandenen Anlagen der Geflügelschlachtung in einem derartigen Zustand, daß auch hier eine technische Modernisierung unausweichlich erschien. Ferner sollte im Raum Königs Wusterhausen ein Verarbeitungsbetrieb für Geflügelprodukte errichtet werden, in dem – einschließlich der Herstellung von Konserven – der gesamte Bedarf der DDR-Hauptstadt für Geflügelfleischprodukte abgedeckt würde. Dies kam über die Planungsphase nicht hinaus, während die Verhandlungen für den Ausbau der Schlachtkapazitäten mit den ungarischen Herstellern aber in die Wege geleitet wurden.¹⁹⁰

Aber nicht nur die Schlachtung und Verarbeitung von Geflügelfleisch gehörte zu den schwierigen Folgeproblemen des Aufbaus der Produktionskapazitäten für Geflügel. Bei steigendem Ausstoß von Eiern aus der Intensivhaltung stand auch hier die Verpackungsfrage auf der Tagesordnung. Der VVB war zum 1. Januar 1969 der VEB Eierverpackungsmittel Beeskow zugeordnet worden. Dieser Betrieb sollte in drei Linien, je eine zu 12-Eier-, 6-Eier- sowie Massenverpackungen den DDR-Gesamtbedarf von Eierverpackungen sichern. Der als äußerst kompliziert bewertete Probelauf, der die ersten Monate des Jahres 1969 andauerte, deckte auf, daß in der DDR wie auch im sozialistischen Ausland auf keinerlei Erfahrung mit der Herstellung von Eierverpackungen zurückgegriffen werden konnte. Die in der Anlaufphase eingetretenen Schwierigkeiten führten dazu, daß dieser Verpackungsbetrieb die Auflagen aus dem Staatsplan im Verlauf des III. Quartals 1969 nur zur Hälfte erfüllen konnte.¹⁹¹

Dies war aber kein Sonderfall. Die VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion Paretz mußte feststellen, daß selbst die traditionellen Bezieher von vergleichbarem Verpackungsmaterial, wie etwa die Fleisch- und Fischwirtschaft, die Obst- und Gemüseindustrie und die Schuhindustrie vergleichbare Probleme mit der Verpackung hatten; es fiel ihr schwer, als neuer „Bedarfsträger“ auf dem inländischen Markt aufzutreten. So war man in der VVB der Ansicht, die wichtigsten Materialien für die Eier- und Geflügelwirtschaft, z. B. Rohrkartons für Geflügeltransporte, Wellpappekartons für den Eiertransport, Holzkisten für Geflügel- und Eiertransporte, PE-Folie für einzufrierendes Geflügel und Eierkleinverpackung, würden

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Von VEB Eierverpackungsmittel Beeskow an die Leitung der VVB Tierzucht und industrielle Tierproduktion – Vorlage für die Leitungssitzung der VVB am 20.10.1969 – Bericht über den Anlauf der Produktion im VEB Eierverpackungsmittel Beeskow –, 8.10.1969, LAB Rep. 635, Bündel 10, o. Bl.

1969 und voraussichtlich auch 1970 nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. In der zuständigen VVB Verpackung bestand zum Oktober 1969 keine Übersicht darüber, welche Firmen in ihrem Verantwortungsbereich Partner der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion für die Belieferung mit Verpackungsmaterial seien. Deshalb war es für die VVB erforderlich, Verpackungen aus Dänemark zu importieren und darüber hinaus eine Intervention auf Ministerebene zu erreichen, um Verpackungsbetriebe aus der DDR zu veranlassen, die VVB als Vertrags- und Bezugspartner im System der Verteilung von Verpackungen einzuplanen. Allein der Import von Eierverpackungen kostete die DDR im Jahr 1970 1,5 Mio. „Valutamark“.¹⁹²

Dies waren aber nicht die letzten Importanforderungen, die infolge des Aufbaus der KIM-Anlagen nötig wurden. Die Eigenproduktion von Eierverpackungen scheiterte weiterhin daran, daß die für den VEB Beeskow importierten Anlagen nicht betriebsfertig waren. Die aus den USA importierten Eierverpackungsanlagen waren nicht nur technisch mangelhaft, sondern es war in Beeskow auch versäumt worden, für die Produktion und Verarbeitung dieser Anlagen eine Wasseraufbereitungsanlage herzustellen. Neben dieser Nachrüstung wurde auch die Beschaffung von Ersatzteilen aus den USA erforderlich. Aus der Schweiz wurde eine Anlage für Kleinverpackungen importiert, die im Laufe des Septembers 1969 im KIM Halle installiert wurde. Diese Anlage hätte es ermöglicht, in kurzer Zeit das Verpackungsproblem für Eier teilweise zu lösen. Doch es ergaben sich schwierige Verhandlungen mit den Außenhandelsfirmen, da diese Ausrüstung von den Außenhändlern nicht als vorrangiger und volkswirtschaftlich bedeutender Import angesehen wurde. Das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf wies deshalb darauf hin, daß es bei steigender Produktion unmöglich wäre, den Bedarf an Verpackungsmaterialien nur durch weitere kurzfristige Importe und durch Improvisationen der betroffenen Produktionsbetriebe zu decken. Es sei nötig, generell eine Lösung des Problems Geflügel- und Eierverpackung zu finden und damit eine Entscheidung für den Import von Verpackungsanlagen auf diesem speziellen Gebiet zu treffen.¹⁹³

Dennoch war es zum Ende des Jahres 1969 in den meisten KIM-Betrieben gelungen, eine stabile Produktion zu etablieren, auch wenn die Betriebe sehr unterschiedliche betriebswirtschaftliche Ergebnisse erbrachten. So stellte der Generaldirektor der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion fest, daß der Wert der Bruttoproduktion je Henne im KIM Radeburg 222,40 Mark betrug, während er im KIM Neuenkirchen lediglich bei 80,72 Mark lag. Die Kosten je Henne differierten zwischen dem KIM Radeburg mit 212,20 Mark je Henne und dem KIM Königs Wusterhausen mit 55,20 Mark sowie in Neuenkirchen mit 62,50 Mark. Dies führte dazu, daß im KIM-Betrieb Radeburg der Gewinn je Henne lediglich 10,10 Mark betrug, während er in Neuenkirchen 36,90 Mark erreichte. Ähnlich stellte sich das je 1.000 Eier dar. In Königs Wusterhausen wurde ein Gewinn von 147,80 Mark erzielt, während dieser Gewinn in Neuenkirchen nur 48,60 Mark und in Radeburg nur 64,40 Mark betrug. Obwohl weiterhin davon ausgegangen wurde, daß der Bedarf an Broilern aus eigener Produktion für die DDR zu diesem Zeitpunkt nicht gedeckt werden konnte, wurde ein Sondergeschäft über 50 t Broiler ins „kapitalistische Ausland“ avisiert. Dieses Geschäft kam letztendlich nicht zustande, weil die KIM-Betriebe die Qualitätsanforderun-

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Direktion Außenwirtschaft und Absatz – Vorlage für die Dienstbesprechung beim Generaldirektor am 20.10.1969 – Probleme der Verpackungswirtschaft und Schlußfolgerungen für die künftige Arbeit auf diesem Gebiet –, 15.10.1969, LAB Rep. 635, Bündel 10, o. Bl.

gen der ausländischen Partner nicht erfüllten. Forderungen aus der Führung des Magdeburger KIM-Betriebes, zusätzliche Anlagen zu importieren, um solche Exportgeschäfte möglich zu machen, wurden erneut, aber diesmal von der VVB-Leitung, als Importideologie kritisiert. Darüber hinaus wurde den Spezialisten der KIM-Betriebe von der VVB der Vorwurf gemacht, ihre mangelnde Bereitschaft, sowjetische Technik wie Vier-Etagen-Käfige für die Broilermast einzusetzen, beruhe auf „ideologischen Unklarheiten und Überheblichkeit gegenüber den Erfahrungen der Sowjetunion“.¹⁹⁴

Diese Sicht der VVB-Leitung auf die KIM-Betriebe macht deutlich, daß das Jahr 1969 eine generelle Wende in der Investitionspolitik der DDR-Landwirtschaft mit sich brachte. Die Investitionen standen nun unter massivem Einsparungsdruck. Der Erfolg wurde nicht mehr daran gemessen, welche Produktionsleistungen sich bei der Durchführung des Vorhabens ergeben würden, sondern danach, wieviel Investitionsmittel sich einsparen ließen. Aus der Planung für die Investitionsvorhaben des Jahres 1970 wird ersichtlich, daß es der VVB-Leitung gelungen war, den Anteil an NSW-Importen weitgehend gering zu halten:

Tabelle 15: Übersicht zum Importbedarf der VVB für das Jahr 1970

gesamt	9,9 Mio. „VM“
davon SW ¹⁹⁵	9,3 Mio. „VM“
NSW	0,6 Mio. „VM“

Quelle: Planentwurf 1970 der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion – Teil Investitionen, 3.4. Materielle Sicherung der Ausrüstung und Importbedarf VEB KIM, BLHA Rep. 514, Nr. 1044, o. Bl.

Doch blieb das Problem der nicht termingerechten Belieferung sowohl von Importeuren aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet als auch von inländischen Importeuren in der Planungsperiode des Jahres 1969 für 1970 bestehen. Insbesondere Zusatzanforderungen wie die Bereitstellung von PKW, Büromaschinen und Büromöbeln war für 1970 bei PKW nur zu 50 %, bei Büromaschinen zu 8 % und bei Büromöbeln zu 30 % in Aussicht gestellt worden. Aufgrund dieser Perspektive maß man in der VVB der Fähigkeit einzelner staatlicher Leiter, Mängel durch Organisieren und Beschaffen auszugleichen, wieder große Bedeutung bei.¹⁹⁶ Dabei war das Prinzip Sparsamkeit durchaus nicht an die Frage der Zweckmäßigkeit der Bauleistungen und Ausrüstungsausstattungen gebunden. Insbesondere das Prinzip der Sparsamkeit bei Bauleistungen entsprach nicht der eigentlichen Situation im Landbauwesen. Tatsächlich waren die einzelnen Investitionsstandorte darauf angewiesen, zur termingerechten Durchführung der Bauvorhaben knappe Baustoffe und sogar Baumaschinen als Reserven verfügbar zu halten, was einer wirklich sparsamen Arbeit in diesem Bereich diametral entgegenstand. Offenkundig ging es zu diesem Zeitpunkt in Fragen der Kostensparnis und Produktivität in erster Linie um kurzfristige Effekte, während bisher darauf gedrungen wurde, auf jeden Fall eine stabile Produktion zu sichern.¹⁹⁷

194 Referat des Generaldirektors der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion zur Tagung der Direktion der KIM am 21.11.1969 in Spreenhagen, BLHA Rep. 514, Nr. 3062, o. Bl.

195 SW = Sozialistisches Wirtschaftsgebiet. Im Gegensatz zum NSW war das SW identisch mit den im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen sozialistischen Staaten.

196 Planentwurf 1970 der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion – Teil Investitionen, 3.4. Materielle Sicherung der Ausrüstung und Importbedarf VEB KIM, BLHA Rep. 514, Nr. 1044, o. Bl.

197 Ebd.

Aus den einander widersprechenden Anforderungen an die Leiter der KIM-Betriebe ergab sich eine paradoxe Situation: Zum einen wurde von ihnen erwartet, die Anforderungen der Planerfüllung und Kostenersparnis zu erfüllen, was unter den gegebenen Bedingungen ein hohes Maß an Improvisation und letztlich Kompetenzüberschreitung erforderte, da ihnen nicht die Mittel in die Hand gegeben waren, eigene Verträge zu schließen. Bei Planerfüllung wurde dies auch hingenommen; auf der anderen Seite führte diese Arbeitsweise aber zu einer ständigen Gefährdung, da die notwendige Kompetenzüberschreitung bei Differenzen mit der übergeordneten Leitung auch immer dazu führen konnte, gemaßregelt zu werden, wie es Ende 1969 offensichtlich mit der Leitung des VEB KIM Möckern der Fall war. Je nach Persönlichkeit des einzelnen Leiters neigte dieser entweder zu Tollkühnheit und zu Formen des „Partisanentums“, oder aber er agierte eher vorsichtig, was aber auch nicht unbedingt Sicherheit für die eigene Position bedeutete. Die Führungskräfte, die sich nicht bemühten, die Grauzone zwischen Plananforderungen und politischen Anforderungen und den dafür eher ungünstigen Verhältnissen der Planwirtschaft durch vielfältiges unkonventionelles Handeln als Spielraum zu nutzen, liefen zwar nicht Gefahr, sich mit der Zentrale wegen Unbotmäßigkeit zu überwerfen, waren gleichzeitig aber auch kaum in der Lage, die Planauflagen zu erfüllen, was wiederum zu massiver Kritik durch die übergeordnete Leitung führen konnte.¹⁹⁸

Nach einer Einschätzung der Abteilung Landwirtschaft des ZK hatte sich aufgrund der neuen Anlagen die höhere Produktivität bis zum 30. September 1969 bei Schlachtvieh (Schwein, Rind und Geflügel) trotz der formulierten Kritik positiv entwickelt, und die Pläne wurden übererfüllt. Die KIM-Betriebe traten innerhalb der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion Paretz insbesondere bei Geflügel kontinuierlich durch Übererfüllung hervor, während zwei der 37 volkseigenen Güter für Tierzucht „Planschulden“ bei Schlachtschweinen, drei dieser VEG Planschulden bei Schlachtrindern, sechs bei Milch, zwei bei Eiern und dreizehn bei Schlachtgeflügel „erwirtschaftet“ hatten. Die Führung der VVB mußte also allein schon die Leistungsfähigkeit der sonst als „unsichere Kantonisten“ betrachteten KIM-Betriebe anerkennen.¹⁹⁹ In dem ZK-Bericht wird aber darauf hingewiesen, daß die VVB damit den Beschuß des Sekretariats vom 21. Februar 1968 über den Aufbau von Großanlagen der tierischen Produktion noch keineswegs vollständig erfüllt habe. Der Beschuß hatte die Fertigstellung von 20 Anlagen bis zum 7. Oktober 1969 vorgesehen, während es tatsächlich nur zwölf Objekte waren:

- So hatte im VEB KIM Bernau die verspätete Anlieferung von Baustoffen eine Neuplanung des Bauvorhabens erzwungen. Der verantwortliche Baubetrieb konnte die Hallenanlagen nicht früher aufstellen, da die entsprechende Baufreiheit auf dem Gelände nicht gegeben war. Die erwartete Kapazitätserweiterung bei Legehennenplätzen mußte deshalb von 248.000 auf 154.000 im Jahr 1969 reduziert und der Rest auf das kommende Jahr verschoben werden.
- Im KIM Königs Wusterhausen hatte das Fehlen von Zement dazu geführt, daß ein Meisterbereich für die Elterntierhaltung fehlte; somit waren 1.300 Aufzuchtplätze weniger als im Plan vorgesehen vorhanden.
- Im KIM Ferdinandshof, das sich mit der Aufzucht von Kälbern befaßte, wurden wegen Zementmangel Teile der notwendigen Zubringerstraßen nicht fertiggestellt. Daher

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Fakten und Probleme zur Arbeit der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion Paretz vom 14.11.1969, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/7, Nr. 172, o. Bl.

konnte es zu keinem kontinuierlichen und den Hygienebestimmungen entsprechenden Produktionsbeginn im Jahr 1969 kommen. Die für die Klimatisierung der Stallanlagen zuständigen DDR-Zulieferbetriebe und der für die Gülleentsorgung aus den Kälberställen zuständige Pumpenbaubetrieb hielten die vertraglich festgelegten Liefertermine nicht ein, so daß der geplante Beginn der Tierzucht verzögert wurde.

- Im KIM Erfurt war man dazu übergegangen, Teile der Anlage, soweit es möglich war, zur Produktionsaufnahme fertigzustellen und Restbauleistungen und Ausrüstungsarbeiten während des laufenden Betriebs je nach Möglichkeit zu vollenden. Diese Vorkehrungen unter dem Begriff „Änderung des Bauzyklogramms“ ließen eine Einhaltung der veterinärmedizinischen Hygienebestimmungen nicht zu, wollte man die Produktion in diesen Bereichen schnellstmöglich aufnehmen.
- Im KIM Halle scheiterte die Aufnahme der Produktion, weil der dafür verantwortliche Baubetrieb erst über einen längeren Zeitraum zu wenig Zement für die Herstellung der Zubringerwege zur Verfügung gestellt hatte und dann kurzfristig zum Aufbau des Neubaugebietes Halle/Neustadt abgezogen wurde.
- Im KIM Hermsdorfer Kreuz, im DDR-Verwaltungsbezirk Gera, waren die Bauleistungen bis zum fertigen Rohbau gediehen. Doch konnte der Betrieb nicht übergeben werden. Die weiteren Arbeiten kamen zum Erliegen, da der verantwortliche BaustoffverSORGER des Bezirkes Gera nicht in der Lage war, den Rohbau kurzfristig mit Fenstern und Türen auszurüsten und Heizungen einzubauen. Der vertraglich gebundene Betrieb wurde von der Bezirksbaubehörde zu anderen, für den Bezirk wichtigeren Bauvorhaben abgezogen.
- Im KIM Cottbus scheiterte der termingerechte Produktionsbeginn ebenfalls an der Fertigstellung der Zubringerstraßen, allerdings fehlte es hier nicht an Baumaterialien, sondern an Arbeitskräften, so daß der Bau nur langsam vorwärts kam, und die Ausrüstungen nicht rechtzeitig zum Termin in den rohbaufertigen Hallen installiert werden konnten. Hier fehlten dem Baubetrieb zur Fertigstellung der Anlagen insgesamt 20 Arbeitskräfte, die die Planungsbehörden des Bezirkes kurzfristig nicht zur Verfügung stellen konnten. Der eingetretene Rückstand sollte mit den vorhandenen Arbeitskräften im „sozialistischen Wettbewerb“ nach Feierabend und an den Wochenenden aufgeholt werden, was notwendigerweise einen höheren Anteil an Lohnkosten nach sich zog.²⁰⁰

Diese Auflistung von immer wiederkehrenden Problemen läßt erkennen, daß die VVB Paretz mit den Investitionsvorhaben deutlich überlastet war, denn ähnlich stellte sich die Situation in den ebenfalls durch die VVB geführten volkseigenen Gütern dar. Allerdings waren diese nicht in gleichem Maße von der gesteigerten Aufmerksamkeit aus dem Haus des ZK der SED betroffen. Neben dem bautechnischen und dem Materialproblem wurde für die VVB Paretz auch die Bereitstellung von Arbeitskräften für die KIM-Betriebe zusehends schwieriger. Die gesamte Landwirtschaft und damit auch die KIM-Betriebe erwiesen sich in den Bezirken als zunehmend unattraktiver Arbeitsplatz. Der Hauptanreiz für neue Arbeitskräfte bestand weiterhin in der Bereitstellung von ansonsten knappem Wohnraum in der ländlichen Umgebung dieser Betriebe.

Unabhängig von den andauernden Schwierigkeiten beim weiteren Aufbau der Anlagen zur industriellen Produktion, speziell von Geflügel, aber auch von Rindern und Schweinen, zeigten diese Investitionen doch solche Fortschritte, daß die Außenhändler der VVB Paretz

200 Ebd.

die Möglichkeit prüften, Zuchttiere in die Nachbarstaaten Polen und ČSSR zu exportieren. Diese Länder hatten aber aus ganz unterschiedlichen Gründen kein wirkliches Interesse an solchen Lieferungen. In Polens Agrarwirtschaft bot die Vielzahl von Kleinbetrieben keinen ausreichenden Absatz von Zuchtmaterial für die Geflügelproduktion, obwohl die staatlichen Behörden durchaus Interesse zeigten.²⁰¹ In der ČSSR bestand im Gegensatz dazu schon seit längerem eine industrieähnliche Produktion von Geflügel. Immerhin war der Impuls zur Broilerproduktion im RGW von der ČSSR-Akademie der Landwirtschaftswissenschaften ausgegangen, aber zur Belieferung seiner Betriebe mit Zuchttieren unterhielt dieser südostliche Nachbar der DDR bereits stabile Handelsbeziehungen mit ungarischen Produzenten, so daß es der DDR schwerfiel, sich hier einen Absatzmarkt aufzubauen, zumal die Lieferoferten der DDR-Zuchtbetriebe im Vergleich zu ungarischen Anbietern weit ungünstiger waren.²⁰²

Die andauernden Verzögerungen bei der Kapazitätserweiterung im Baugeschehen der VVB führten erstmals dazu, daß die KIM-Betriebe ihre Planauflagen im Sektor Geflügelfleisch 1970 nicht erfüllten. Allerdings war die Planerfüllung im Sektor Schweinefleisch noch erheblich hinter dem Geflügelfleischergebnis zurückgeblieben. Dies betrug 94,6 % im I. Quartal, während es bei Schweinefleisch lediglich 66 % war. Zugleich weist alles darauf hin, daß es in der Stabilisierungsphase der Betriebe zu erstaunlichen Differenzen in der Planerfüllung kam. So hatten einige KIM-Betriebe im I. Quartal ihre Pläne schon zu über einem Drittel erfüllt, während andere nicht in der Lage waren, den Quartalsanteil von ca. 25 % zu sichern. In dieser Situation blieb dem Generaldirektor der VVB nichts weiter übrig, als wiederholt an die Betriebsleitung zu appellieren, ihre Planung auf eine „realistische Grundlage“ zu stellen und gleichzeitig immer wieder das Prinzip der sparsamen Haushaltsführung einzufordern. Offensichtlich hatte er aber keine Sanktionen zur Verfügung, solange es in den Betrieben zu keiner persönlichen Bereicherung kam.²⁰³ Sein Mißtrauen wurde aber genährt, als sich im Verlauf des Jahres 1970 herausstellte, daß die sogenannte Improvisation, wie sie in der Phase der Zentralen Aufbaugruppe geübt worden war, für die VVB immer noch Nachwirkungen hatte. So mußte sich die VVB 1970 noch immer mit Fragen der Rechnungslegung und Abrechnung von Bauleistungen für den VEB KIM Frischeier Bernau aus dem Jahr 1968 beschäftigen und nachträglich den Vorwurf unsachgerechter Abrechnung von Finanzmitteln ausräumen.²⁰⁴

1970 war für die KIM-Betriebe der Geflügelrichtung das erste Jahr, in dem es ihnen nicht gelang, die Planauflagen des Volkswirtschaftsplans zu erfüllen.²⁰⁵

201 Bericht über die Dienstreise in die VR Polen vom 16.12.–19.12.1969, BLHA Rep. 514, Nr. 2625, o. Bl.

202 Reisebericht über die Dienstreise vom 19.–22.11.1968 in die ČSSR, BLHA Rep. 514, Nr. 2625, o. Bl.

203 Referat des Generaldirektors der VVB Paretz auf der KIM-Direktion-Tagung am 13.5.1970, BLHA Rep. 514, Nr. 3064, o. Bl.

204 Schreiben des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 17.3.1970 an die VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion, betr.: VEB KIM Frischeier Bernau, BLHA Rep. 514, Nr. 1900, o. Bl.

205 Tierische Produktion/Stand 31.12.1970 VEB KIM-Betriebe, BLHA Rep. 514, Nr. 1953, o. Bl.

Tabelle 16: Planerfüllung der VVB 1970

	Jahresplan 1970	Ist per 31.12.1970	Erfüllung in %
Schlachtrind	75.240 dt	75.293 dt	100,1
Schlachtschwein	25.430 dt	25.436 dt	100,0
Schlachtgeflügel	108.331 dt	96.232 dt	88,8
Eier	581.911 TSt.	573.568 TSt.	98,6
Broika	796 dt	679 dt	85,3

Quelle: Tierische Produktion/Stand 31. Dezember 1970 VEB KIM-Betriebe, LHAB Rep. 514, Nr. 1953, o. Bl.

Als Konsequenz der vielfältigen Probleme mit der stabilen Belieferung der Mast- und Legerichtung in den KIM-Betrieben und Seuchen in der Elterntierhaltung wurde 1970 ein eigener Produktionsbereich, ein sogenannter Basiszuchtbetrieb für Legehennen, innerhalb der VVB eingerichtet. Ziel sollte sein, die DDR von Tierimporten unabhängig zu machen, die Zersplitterung der bisherigen Zuchtbetriebe auf kleinen Gütern zu überwinden und dadurch die Lieferung von Zuchttieren zu ermöglichen, die die geforderten Leistungseigenschaften besaßen und garantiert den Gesundheitsanforderungen der industriellen Produktion, besonders bei Frischeiern, entsprachen. Darüber hinaus wurde damit das züchterische Ziel verfolgt, Zuchtformen speziell für die industrielle Haltung zu entwickeln, um gleichzeitig für diese Linien auch eine „stabile Genreserve“ zur Verfügung zu haben, sowie Neuzüchtungen von Linien mit besonderen Leistungseigenschaften zu ermöglichen. Diese Arbeit sollte das Institut für Geflügelwirtschaft Merbitz übernehmen, das von der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften speziell für Fragen der Geflügelproduktion eingerichtet worden war. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß die Planung für die Entwicklung eines solchen Zuchtzentrums nicht erst mit dem Jahr 1970 begann, es war bereits Teil der Gesamtinvestitionen für den Aufbau industrieller Großanlagen in der Geflügelproduktion gewesen. Seuchen mit anschließenden Lieferproblemen im Jahr 1970 waren es, die diese Investitionsmaßnahme erneut ins Augenmerk der VVB-Leitung brachten.²⁰⁶

In den Planungen für die kommenden Jahre hatte sich bereits eine deutliche Akzentverschiebung gezeigt. Während bisher insbesondere bei Geflügelfleisch und Eiern der Produktionszuwachs durch den Aufbau und Ausbau von neuen bzw. neu eingerichteten Anlagen entstanden war, sollte dies in den kommenden Jahren in erster Linie durch weitere Konzentration der Tierbestände und Reduzierung der Verluste geschehen, in der Legerichtung vor allen Dingen durch die Einführung von Mehr-Etagen-Käfighaltung. Dagegen hielt man bei der Geflügelmast weiterhin an Bodenhaltung fest, bemühte sich aber, die Ergebnisse durch Verbesserungen in der Futterausnutzung, Verkürzung der Mastzeiten und stärkere Konzentration der Tierbestände zu erreichen. Dabei war es weiterhin Aufgabe der KIM-Betriebe, eine Vorreiterrolle zu spielen, was sich zugleich auch darin ausdrückte, daß hier nicht nur Technik und neue Methoden angewandt wurden, sondern der Anteil an der Gesamtproduktion

206 An die VVB Tierzucht und Ind. Tierproduktion z. Hd. d. Generaldirektors Gen. Dr. Baum – Bericht über den Stand der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen –, 6.7.1970, LAB Rep. 635, Nr. 111, o. Bl.

tion von Eiern und Schlachtgeflügel auf rund ein Viertel der Gesamtproduktion im Jahre 1975 steigen sollte.²⁰⁷

Die geplante Kapazitätserweiterung für die Jahre 1971–1975 erforderte entsprechend eine Erweiterung der Gefrier- und Kühlanlagen. Nach den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre wurde deshalb 1970 der Versuch unternommen, dieses Problem schon im Vorfeld zu bewältigen. Dabei zeigte sich erneut, daß eine rein mengenmäßige Planung von Produktionszuwachsen nicht ausreichte, um tatsächlich einen positiven Effekt für das Geflügel-fleischangebot zu erzielen. Nach wie vor war die Situation in der Kühl- und Lagerwirtschaft der DDR so, daß die Mehrzahl von kleineren Gefrier- und Kühlanlagen veraltet und gleichzeitig überlastet war. Hinzu kam das Problem, daß nicht allein auf dem Gebiet der Geflügelproduktion für die kommenden Jahre mit einer mengenmäßigen Steigerung zu rechnen war, sondern auch bei Fleisch und bei Butter, so daß die Lagerung und Frostung von Fleisch allgemein zum Engpaß wurde. Deshalb schlug das Ingenieurbüro für Geflügelwirtschaft der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion zwei Wege vor. Als erstes sollten die vorhandenen kleineren Kapazitäten ausgebaut bzw. modernisiert werden. Die für die KIM-Betriebe nicht ausreichenden Kapazitäten sollten zweitens kurzfristig durch den Übergang zum Mehrschichtsystem erweitert werden. Die dadurch anfallenden Mengen von tiefgefrorenem Geflügelfleisch sollten kurzfristig in Tiefkühlcontainern aufbewahrt werden. Da es in der DDR keinen Hersteller für solche Anlagen gab, sollten diese importiert werden, aber frühestens erst in zwei bis maximal fünf Jahren.²⁰⁸

Waren die staatlichen KIM-Betriebe bisher die Pioniere der intensiven Geflügelhaltung in der DDR, so sollten nun die genossenschaftlichen Betriebe (LPG) und sogar die individuellen Tierhalter Rationalisierungsschritte nachvollziehen, indem auch sie ihre Tierbestände konzentrierten. Die breite Umsetzung zielte vor allem auf eine allgemeine Kostensenkung sowie die Kontrolle der Geflügelhaltung durch den Landwirtschaftsrat der DDR. An diesem Punkt entwickelten sich die KIM-Betriebe mehr und mehr zum Kristallisierungspunkt der DDR-Geflügelwirtschaft. Mit der Bildung einer VVB Industrielle Tierproduktion hoffte das Staatliche Komitee für Aufkauf und Verarbeitung, ein Leitungsorgan der staatlichen Eier- und Fleischproduzenten mit einem Profil zu schaffen, das die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rationalisierung auf dem Gebiet der gesamten Geflügelwirtschaft sicherte.²⁰⁹

207 Staatliches Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Vorlage für die Dienstbesprechung am 4.8.1970 – Konzeption zur Produktionsentwicklung bei Hühner- und Geflügelfleisch in den VEB KIM bis zum Jahre 1975, BLHA Rep. 514, Nr. 1270, o. Bl.; vgl. BArch, DK 1 VA neu, Nr. 818, o. Bl.

208 Von VEB Ingenieurbüro für Geflügelwirtschaft Berlin-Kaulsdorf an VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion Generaldirektor Dr. Baum – Konzeption zur Entwicklung der Gefrierkapazitäten in Geflügelschlachtbetrieben bis 1975 –, 31.8.1970, LAB Rep. 635, Nr. 111, o. Bl.

209 Staatliches Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landw. Erzeugnisse beim Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR – Vorlage für die Dienstbesprechung am 29.9.1970 – Probleme der Perspektivplanentwicklung im Zweig Geflügelwirtschaft –, 23.9.1970, BArch, DK 1 VA neu 819, o. Bl.

Tabelle 17: Plan der Produktionsentwicklung in der VVB bis 1975

	Ist 1969 in t	Plan 1971 in t	Plan 1975 in t
Broiler/Hähnchen	39.100	51.000	56.500
davon Broiler	29.700	35.000	56.500
Gänse	500	1.000	4.500
Puten	2.700	3.600	6.000
Enten	23.900	24.000	21.000
Hühner	9.800	11.400	12.000
insgesamt Geflügel	76.000	91.000	100.000
Kaninchen	7.400	9.000	10.000
Geflügel+Kaninchen	83.400	100.000	110.000

Quelle: Staatliches Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landw. Erzeugnisse beim Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR – Vorlage für die Dienstbesprechung am 29. September 1970 – Probleme der Perspektivplan entwicklung im Zweig Geflügelwirtschaft –, 23. September 1970, BArch, DK I VA neu 819, o. Bl.

Die Planungen ließen erkennen, daß es trotz der vorausschauenden Planungen im Ingenieurbüro für Geflügelwirtschaft in den nächsten fünf Jahren nicht gelingen würde, für die vorgesehene Produktionssteigerung eine hundertprozentige Gefrier- und Lagerkapazität zu erreichen. Die geplanten Kapazitätserweiterungen hätten die Tiefkühlkapazität lediglich von 76 % auf 84 % steigern können. Gleiches galt für die Lagerkapazitäten in Tiefkühllagern. Für sogenannte Saisonspitzen bei geschlachtetem Geflügel war ein Lagerbedarf von schätzungsweise mindestens 7–10 Tagen notwendig, bis zum Jahr 1975 ließ er sich aber lediglich auf 4,7 Tage senken. Auch deshalb war vorgesehen, den Anteil von sofort verarbeiteten Geflügelfleischprodukten zu erhöhen. So wünschenswert dies in den Augen der Geflügelproduzenten war, zu diesem Zeitpunkt waren weder die technologischen Voraussetzungen für einen Ausbau entsprechender Produktionskapazitäten vorhanden, noch konnte auf diesem Gebiet kostendeckend gearbeitet werden.²¹⁰

Dies lag vor allen Dingen daran, daß die Preise für Geflügelfleischerzeugnisse bisher auf der Basis von Geflügel der Klasse drei ermittelt wurden: Insbesondere das Geflügel der KIM-Betriebe war jedoch in erster Linie Geflügel der Klassen eins und zwei. Entgegen der ursprünglichen Absicht, durch Veredlung höhere Gewinne zu erwirtschaften, wurden nun die hochwertigen Fleischprodukte unter Wert abgegeben, weil man sich im Staatlichen Komitee nicht in der Lage sah, eine deutliche und kostengerechte Preiskorrektur durchzusetzen. Auch der Vertrieb von Eiern blieb hinter der Produktion zurück, denn es konnten immer noch nicht genügend kleine Eierkartons beschafft werden. Ein bedeutender Verlust von auslieferbaren Eiern war abzusehen. Aus dieser Misere sowie den Problemen beim Aufbau bzw. Abschluß der Investitionen und der Planerfüllung bei Geflügel zog das Staatliche Komitee für Aufkauf und Verarbeitung die Schlußfolgerung, all dies würde sich durch die Bildung der VVB Industrielle Tierproduktion (für die KIM-Betriebe) und eines Geflügelwirtschaftsverbandes (für alle bedeutenden Geflügelproduzenten in der DDR-Landwirt-

210 Ebd.

schaft) ändern.²¹¹ Bemerkenswert ist daran, daß damit jene Vorstellungen über die Entwicklung der Geflügelwirtschaft in der DDR verwirklicht wurden, die noch 1968 dem damaligen Leiter der ZAG als Verstoß gegen Parteibeschlüsse angelastet worden waren und als Grund für seine Ablösung galten.

8. Integration durch Eingrenzung: Die VVB Tierproduktion

Mit dem Ende des Jahres 1970 entstanden aus der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion zwei selbständige VVB. Die neue VVB Industrielle Tierproduktion hatte nach der Trennung von Paretz ihren Verwaltungssitz mit 84 Planstellen in Berlin-Grünau.²¹² Von Beginn ihrer Tätigkeit (1. Januar 1971) hatte sie mit all jenen Problemen zu tun, die auch in den beiden zurückliegenden Jahren die Arbeit der KIM-Betriebe belastet hatten.²¹³

Entgegen der ursprünglichen Planung, innerhalb der VVB Industrielle Tierproduktion sowohl Geflügel- als auch Schweine- und Rindermastbetriebe gleich stark zu entwickeln, legte die Leitung dieser VVB ihren Schwerpunkt zunehmend auf die Produktion von Eiern und Geflügel, da die anderen Massentierhaltungsbetriebe mit anhaltenden Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Denn anders als bei der Produktion von Rind-, Schweine- und Kalbfleisch war es bei der Legehennenrichtung und der Broilermast gelungen, nicht nur eine Schlüsselstellung in dieser Art der Produktion zu erreichen, sondern auch zu einem Hauptproduzenten für Eier und Geflügel in der DDR zu werden. Dies entsprach dem ursprünglichen politischen Auftrag und stellte sich im einzelnen so dar, daß der KIM-Betrieb Rogginsen 348 Verkaufsstellen und 132 Großabnehmer, darunter Cottbus und Hoyerswerda, zu 100 % mit Frischeiern belieferte. Der KIM-Betrieb in Radeburg belieferte 85 Verkaufsstellen und Dresden zu 100 % mit Frischeiern, und die beiden KIM-Betriebe in der Umgebung von Ostberlin, Königs Wusterhausen und Bernau, belieferten insgesamt 264 Verkaufsstellen in der DDR-Hauptstadt, was 65 % der Frischeierversorgung dieser Stadt ausmachte. Der KIM Gutenberg belieferte Halle/Neustadt sowie alle Spezialverkaufsstellen, Kaufhäuser, Warenhäuser und Feinkostläden des Versorgungsgebietes Halle-Stadt, Bitterfeld, Merseburg, Dessau und Wittenberg. Ähnlich erfolgreich waren die Lieferergebnisse bei Mastbroilern. Insbesondere in Berlin war durch die Produktion des KIM Königs Wusterhausen der Verbrauch von Geflügelfleisch in Gaststätten – von 300 t vor der Eröffnung der ersten drei Gaststätten „Zum Goldbroiler“ 1967 – auf 13.105,5 t Broiler im Jahr 1979 in den neuen Berliner Gaststätten angestiegen. Darüber hinaus konnten die Goldbroilergaststätten den vierfachen Umsatz pro Tag und Stuhl gegenüber den anderen Gaststätten des HO-Gaststättenbereichs Zentrum für sich verbuchen. Die VVB Industrielle Tierproduktion bemühte sich, ihre neuen Produkte Kaßlerbroiler bzw. gepökelte und geräucherte Geflügelteile, in das Sortimentsangebot aufzunehmen und in den in Königs Wusterhausen und in Berlin vorhan-

211 Ebd.

212 Bildung der VVB Tierzucht und der VVB Industrielle Tierproduktion, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/7, Nr. 172, o. Bl.

213 Staatliches Veterinärmedizinisches Prüfungsinstitut an VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion, industriemäßige Zuchtorientation und Produktion z. Hd. Gen. Anders, – Prophylaxeprogramm für die industriemäßige Geflügelzucht und -produktion, 5.1.1971, LAB Rep. 635, Nr. 124, o. Bl.

denen Spezialverkaufsläden und einigen ausgewählten Verkaufseinrichtungen Ostberlin anzubieten.²¹⁴

Dem lag das Bemühen zugrunde, das Defizit an Gefrier- und Schlachtkapazitäten durch eine schnelle Weiterverarbeitung von Geflügel zu Geflügelfleischprodukten auszugleichen und zeigt in gewisser Weise, welchen Beschränkungen die Lebensmittelproduktion in der DDR unter den Bedingungen des Planungssystems unterlag. Obwohl das Projekt „Geflügelfleischprodukte“ für die DDR von volkswirtschaftlicher Bedeutung hätte sein können, da es neue Angebote für die Versorgung der Bevölkerung beinhaltete, mangelte es von Beginn an an entsprechender Technik. Auch der Maschinenbau für die lebensmittelverarbeitende Industrie war nicht in der Lage, in absehbarer Zeit für Abhilfe zu sorgen. Schließlich ging man dazu über, Geflügelfleisch als Ersatz für andere Fleischsorten zu nehmen: Man erhöhte beispielsweise den Anteil von Geflügelfleisch in Bratwurst oder Schweinskopfsülze oder führte Geflügelbratwurst als Ersatzprodukt ein. Auch Broilerbierschinken, Geflügelfleischwurst und Entenfleischpastete und die neu eingeführten Kaßlerhähnchen stellten in gewisser Weise einen Ersatz für herkömmliche Fleischprodukte dar. Anders als die gegrillten Goldbroiler wurden sie jedoch von der Kundschaft nicht wirklich als Bereicherung wahrgenommen.²¹⁵ Im Bezirk Magdeburg kam es dann im Februar zu einer deutlichen Überbelieferung der Kühlbetriebe mit geschlachtetem Geflügel, so daß sich dort ein Lagerbestand von 122 t Geflügel aufbaute, der sich täglich zu vergrößern drohte, da man im KIM Möckern versuchte, die Planrückstände von 1970 zu reduzieren, ohne daß der Absatz in der Lagerwirtschaft bzw. im Handel des Bezirkes und der DDR gesichert war. Es bestand wieder einmal die Gefahr größerer Verluste durch unsachgerechte Einlagerung von Geflügel.²¹⁶

So wurde ungeachtet der vorhandenen schwierigen Situation beim Import von Maschinensystemen für die Verarbeitung von Geflügelfleisch zu Geflügelfleischprodukten weiter an der Erhöhung der Produktion von Geflügelfleischspezialitäten gearbeitet. Allerdings hatte man sich 1971 in der VVB Industrielle Tierproduktion dazu entschlossen, sich auf nur ein Produkt zu konzentrieren, und zwar auf die Produktion von sogenannten Kaßlerbroilern bzw. geräucherten Geflügelteilen. Dies sollte im KIM Broika Storkow, der Versuchsanlage für die Produktion von Broilerkaninchen, erfolgen. Allerdings sollten diese Versuche zugunsten der Broilemast reduziert werden, die Broiler sollten im eigenen Schlachthof bis zum Räuchern weiterverarbeitet werden. Mit diesem Produkt sollten die Kaufhallen und Selbstbedienungsverkaufsstellen der Hauptstadt beliefert werden sowie das Centrum-Warenhaus und die Spezialverkaufsstelle des KIM Königs Wusterhausen in der Frankfurter Allee. Zur Herstellung weiterer Produkte wie o. g. Geflügelwurstsorten kam es nicht, weil dies zusätzliche Fleischereien und Fleischverarbeitungsgeräte erfordert hätte, die es zu diesem Zeitpunkt nicht gab.²¹⁷ Im März hatte sich die Situation beim Absatz von Geflügelfleisch kaum verändert. Inzwischen waren in den Schlachthöfen der jeweiligen KIM-

214 Einschätzung der Erfahrungen der industriellen Tierproduktion und die Einflußnahme auf die Verbesserung der Versorgung unserer Bevölkerung, LAB Rep. 635, Nr. 1, o. Bl.

215 Staatliches Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse beim Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR – Vorlage für die Dienstbesprechung am 1.12.1970 – Bericht über den Stand der Produktion Geflügelfleischspezialitäten in Geflügelschlachtbetrieben –, 26.11.1970, BArch, DK 1, Nr. VA neu 820, o. Bl.

216 Z. Hd. Genosse Dr. Koch, Information über Absatz Geflügelfleisch im 1. Quartal 1971 des VE KIM Möckern, 12.2.1971, LAB Rep. 635, Nr. 80, o. Bl.

217 Informationsbericht für die Leitungssitzung am 8.3.1971 – Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Erhöhung der Produktion von Geflügelspezialitäten“ –, 26.2.1971, LAB Rep. 635, Nr. 5, o. Bl.

Betriebe, Storkow und Möckern, erhebliche Lagerbestände aufgelaufen; um ein weiteres Anwachsen zu verhindern, drosselten die Schlachthöfe ihre Produktion bzw. stellten sie ganz ein. Paradoxerweise lag dies nicht an fehlender Nachfrage. Die verantwortlichen Planungsbehörden hatten wegen der rechnerischen Übererfüllung der kurzfristigen Pläne den weiteren Verkauf untersagt, obwohl in einer Reihe von Geschäften gar kein Geflügel im Angebot war.²¹⁸

Für die VVB wie für KIM Königs Wusterhausen waren die schwankenden Verkaufszahlen in den Berliner Goldbroilergaststätten und den Verkaufsstellen ein erhebliches Problem, so daß man sich teilweise auf die Belieferung der Urlauberzentren an der Ostsee verlegte. Dies wiederum erzeugte dort aber eine so große Nachfrage, daß sich das KIM Königs Wusterhausen Mitte 1971 außerstande sah, der steigenden Nachfrage der HO-Bezirksdirektion Rostock nachzukommen, ohne gleichzeitig die Versorgung der Hauptstadt zu vernachlässigen. An diesem Beispiel wird noch einmal deutlich, wie sehr die zielgerichtete mengenmäßige Planung der DDR-Wirtschaft verhinderte, daß die Marktbeziehungen innerhalb der DDR sich nach dem tatsächlichen Bedarf richteten. Denn offensichtlich war es dem KIM Königs Wusterhausen nach der Überwindung des Überangebots nicht möglich, seine Produktion so zu erhöhen, daß es dauerhaft Ostberlin und Rostock beliefern konnte.²¹⁹ Die Hilflosigkeit der staatlichen Behörden bei der Absatzlenkung zeigt auch eine für begrenzte Zeit gestartete Initiative im Bezirk Magdeburg: Dem Küchen- und Bedienungspersonal wurden Sonderzuschläge für den gesteigerten Absatz von Geflügelfleisch angeboten. Allerdings waren Gänse, Puten, Goldbroiler und Kaninchen von diesen Prämien ausgenommen, was dazu führte, daß sich das Gastronomiepersonal darauf konzentrierte, das zusätzlich subventionierte Geflügel abzusetzen; dies ließ gleichzeitig den Absatz des zuschlaglosen Goldbroilers innerhalb von einer Woche um sieben Tonnen zurückgehen. Offensichtlich war dies kein geeignetes Mittel, den Konsum an sich anzureizen; die Prämienzahlung verlagerte den Konsum lediglich – vom Hühnergeflügel zur Ente.²²⁰

Letztlich waren aber die KIM-Betriebe nicht instande, die Monopolstellung in der Broilerproduktion bei anderen Produkten zu wiederholen. Der Versuch, mit den Kaßlerbroilern aus dem KIM Broika in Storkow ein weiteres Produkt zu kreieren, führte zwar zu keiner signifikanten Absatzsteigerung, das Projekt wurde jedoch nicht aufgegeben, obwohl einiges dafür sprach. Einerseits war das neue Produkt nur mit einem zusätzlichen Aufwand an Räucher- und Pökelanlagen zu produzieren. Die zur Verfügung stehenden Anlagen konnten aber weder ein umfangreiches Angebot an Kaßlerbroilern gewährleisten, noch konnten die qualitätsmindernden Schwankungen in der Räucherung überwunden werden. Die geräucherten Broiler verloren bei längerer Lagerung ihre ursprüngliche Qualität. Andererseits war es nicht möglich, Kaßlerbroiler in den Geschäften zu einem so niedrigen Preis anzubieten, daß sich dieses Produkt bei den Verbrauchern hätte dauerhaft etablieren können. Angesichts des chronischen Mangels an Investitionsmitteln in der Landwirtschaft waren weitere Produkti-

218 An Staatliches Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landw. Erzeugnisse Genosse Koch, Informationsbericht Absatz von Geflügelfleisch I/71, 9.3.1971, LAB Rep. 635, Nr. 80, o. Bl.

219 Von VE Kombinat Industrielle Mast an VVB Industrielle Tierproduktion z. Hd. d. Generaldirektors Gen. Faust, – Bildung einer Kooperationsgemeinschaft Goldbroiler im Bezirk Rostock –, 24.5.1971, LAB Rep. 635, Nr. 80, o. Bl.

220 VVB Industrielle Tierproduktion Berlin – Grünau z. Hd. d. Generaldirektors Gen. Faust, – Mengenprämien für den Verkauf von Geflügelfleisch für die Zeit vom 17.5.–30.6.1971 –, 26.5.1971, LAB Rep. 635, Nr. 80, o. Bl.

onssteigerungen oder Kostensenkungen illusorisch. So blieb dieses neue Geflügelprodukt im Teufelskreis von Unrentabilität und Absatzschwäche stecken. Es aber einfach aufzugeben, dazu konnte sich die VVB dennoch nicht entschließen,²²¹ denn auf eine zukünftig vielleicht doch mögliche Erweiterung des Produktangebots zu verzichten, hätte ja den Verzicht auf weiteren Bedeutungsgewinn in der virulenten Versorgungsproblematik für die VVB bedeuten können.

Allerdings wurde eine solche Handlungsperspektive von einer parallelen Entwicklung in der VVB deutlich eingeschränkt. Mit der Einordnung der VVB Industrielle Tierproduktion in die allgemeine Planung des Rates für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft kam es nicht nur zu einer Fortsetzung der unendlichen Arbeit an den systemischen Schwächen der Planwirtschaft, darüber hinaus wurden die Investitionen innerhalb der VVB abgeschlossen. Im einzelnen bedeutete dies: Die laufenden Investitionen sollten fertiggestellt werden, in den Objekten Grimmen, Neuglienick, Eberswalde, Bernau, Gosen, Gera, Mokrena und Radeburg sollte 1971 die volle Produktionskapazität erreicht werden. 1972 sollten lediglich noch geringe Rest- und Komplettierungsarbeiten erfolgen. Darüber hinaus notwendige Investitionen wie die Entwicklung eines Kottrocknungssystems erfolgten nun lediglich durch den Ankauf von älteren Maschinen, die umgerüstet werden sollten. Im KIM Hermsdorfer Kreuz sollte der Aufbau eines Schlachthofes dadurch verbilligt werden, daß er in der Altbausubstanz einer Molkerei eingerichtet wurde. Darüber hinaus war geplant, aus sogenannten betrieblichen Reserven Investitionen durchzuführen, die nicht direkt der Kapazitätserhöhung der Produktion dienten, wie den Bau von Schulungsheimen oder den Erwerb und Bau bzw. Ausbau von Wohnungen.²²² Insgesamt entsteht aber der Eindruck, daß das Planungsverfahren für die Investitionstätigkeit 1971 höchst unregelmäßig verlief und die Leitung der VVB Industrielle Tierproduktion stark belastete, ihr aber zugleich die Möglichkeit bot, notwendige Leistungen, die von zentraler Stelle nicht eingeplant waren, zu verwirklichen. Zu solchen Maßnahmen gehörten u. a. die Sanierung des Basiszuchtbetriebes Rottenau und des Großelternbetriebes Möckern. Beide Betriebe bildeten mit ihren Zuchtverfahren die Grundlage der kontinuierlichen Produktion in den KIM-Betrieben und erforderten deshalb besondere Vorkehrungen bezüglich Vorbeugung und Vermeidung von Tierseuchen, die über diese Betriebe ansonsten auch auf die gesamte Produktionssphäre hätten übertragen werden können. Erhebliche Umbauten zur weiteren Trennung der verschiedenen Zuchtbereiche wurden nötig, was eben durch jenen „grauen Bereich“ aus Planungsreserven möglich wurde.²²³

Aufgrund des permanenten Devisenmangels in der DDR-Volkswirtschaft waren auch die KIM-Betriebe gehalten, notwendige Ersatzteile für die importierten Produktionsanlagen möglichst unter Vermeidung von Zusatzimporten zu beschaffen. In der VVB organisierte man deshalb einen „Erfahrungsaustausch“ über Formen der importfreien Ersatzteilbeschaffung unter den KIM-Betrieben, die über Westanlagen und -ausrüstungen verfügten. Durch

221 Absatz und Beschaffung – Konzeption zur Vorstellung eines neuen Produktes von Kaßlergeflügel durch den VEB KIM Broika Storkow, 7.6.1971, LAB Rep. 635, Nr. 95, o. Bl.

222 Abt. Investitionen, Vorlage für die Dienstberatung beim Generaldirektor, am 3.5.1971, Bericht über den Stand der Störfreimachung der plan- und außerplanmäßigen Versorgung mit Import-Ersatzteilen, Vorlage für die Dienstberatung beim Generaldirektor der VVB am 3.5.1971, LAB Rep. 635, Nr. 6, o. Bl.

223 Rat für landwirtschaftl. Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft Bezirk Magdeburg, Bezirkstierarzt – Sanierungskonzeption für den Basiszuchtbetrieb Rottenau und den Großelternbetrieb KIM-Möckern –, 18.3.1971, LAB Rep. 635, Nr. 125, o. Bl.

diese Formen des Tauschhandels und des Nachbaus war es den Betrieben der VVB gelungen, ihren Bedarf an Investitionsmitteln für die Ersatz- und Verschleißteilbeschaffung deutlich zu reduzieren.

Tabelle 18: Anfangsbedarf und reduzierter Bedarf an Ersatz- und Verschleißteilen der VVB ITP

	ursprünglich geplanter Anfangsbedarf	nach „Störfreimachung“ reduzierter Bedarf
Brutmaschinen	165 TVM	23 TVM
Geflügelschlachtanlagen	210 TVM	76 TVM
zentrale Heizkessel	250 TVM	150 TVM
Eiersortier- und Verpackungsanlagen	16 TVM	10 TVM
Verpackungsmittelanlage	44 TVM	44 TVM
mobile Technik	108 TVM	25 TVM
dezentrale Heiz- und Lüftungsanlagen	80 TVM	45 TVM
insgesamt	873 TVM	373 TVM

Quelle: Vorlage für die Dienstbesprechung am 3. Mai 1971, – Bericht über den Stand der Störfreimachung und der außerplanmäßigen Absicherung der Versorgung mit Import-Ersatzteilen, 27. April 1971, LAB Rep. 635, Nr. 6, o. Bl.

Insgesamt konnte man so den Anfangsbedarf an Ersatz- und Verschleißteilen von 873.000 „Valutamark“ auf ca. 373.000 „Valutamark“ reduzieren. Dies wurde in der VVB selbst als großer Erfolg angesehen. Allerdings verwies man auch auf die Grenzen der Eigenherstellung von Ersatzteilen. Wenn es darum ging, Eisen- und mechanische Teile innerhalb der Anlagen zu ersetzen, ließ sich das in der Regel machen. Größere Probleme bereiteten jedoch Steuerungstechnik und Elektrotechnik, weil diese oftmals keine entsprechenden Ergänzungen aus der DDR-Produktion ermöglichten. Die Ersatzteile aus der DDR paßten zudem häufig nicht in die vorgegebenen Räumlichkeiten und Schalttafeln bzw. -schränke, weil sie erheblich größer und energieintensiver waren als die westlichen Anlagenteile. Gleiches galt für Heizungskessel und Kältemaschinen. Allerdings wurden die Erfolge bei der Einsparung von Valutamitteln durch den außerplanmäßigen Import von Ersatz- und Verschleißteilen wieder zunichte gemacht; 1971 waren das ca. 249.000 „Valutamark“ zusätzlich. Deshalb ging man davon aus, es müsse das Hauptziel der weiteren Rationalisierungsarbeit sein, jegliche Neuanschaffung aus dem Westen zu unterlassen, weil nach Auffassung der VVB-Leitung die Eigenproduktion und Sonderanfertigung von Ersatzteilen um vieles vorteilhafter sei als der schwierige Weg der Devisenbeantragung für Importe.²²⁴

Aus Planungsunterlagen des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung für den 5-Jahr-Plan-Zeitraum 1971–1975 läßt sich deutlich ablesen, daß mit der Bildung der VVB Industrielle Tierproduktion die Phase des forcierten Aufbaus und des gleichzeitigen Experimentierens mit der Produktion für die KIM-Betriebe beendet war. Innerhalb des kommenden 5-Jahr-Plans sollte die VVB Industrielle Tierproduktion ihr Schlachtviehaufkommen

224 Vorlage für die Dienstbesprechung am 3.5.1971, – Bericht über den Stand der Störfreimachung und der plan- sowie außerplanmäßigen Absicherung der Versorgung mit Import-Ersatzteilen, 27.4.1971, LAB Rep. 635, Nr. 6, o. Bl.

fast verdreifachen. Dabei verlagerte sich der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit eindeutig auf die bisher weniger erfolgreichen Schweine- und Rindermastbetriebe, während die Geflügelproduzenten vor die Aufgabe gestellt wurden, die geplanten Steigerungen vor allen Dingen durch Rationalisierungsmaßnahmen, d. h. höhere Auslastung der vorhandenen Technik, Verringerung der Verluste und Verkürzung der Mastzeiten, zu erreichen. Die Investitionen im Bereich Rinder- und Schweiinemast sollten allerdings vorrangig durch den inländischen Anlagenbau erfolgen. Dabei wollte man sich insbesondere auf die Erfahrungen beim Aufbau der Objekte Eberswalde und Ferdinandshof stützen, die innerhalb der VVB Industrielle Tierproduktion hauptsächlich Schweine- und Rindermast betrieben. Darüber hinaus wurde erneut gefordert, sich technologisch stark an den Vorgaben der sowjetischen Landwirtschaft zu orientieren. Nach wie vor zielte die Produktionskapazitätserweiterung in den KIM-Betrieben auf eine Reservebildung in der Fleischproduktion und höhere Stabilität in der Versorgung der Bevölkerung. Erstaunlicherweise spielte die Frage des kontinuierlichen Absatzes in solchen Planungen keine Rolle.²²⁵

Neben der Produktion von Schlachtvieh hatten die KIM-Betriebe auch die Aufgabe, eine stabile Zuchtbasis für die gesamte Tierproduktion in der DDR-Landwirtschaft zu schaffen. Es ging nicht nur um die Reproduktion der Tierbestände; durch Qualitätszüchtungen sollte die Landwirtschaft insgesamt einen Entwicklungsschub erhalten.²²⁶ Die VVB Industrielle Tierproduktion sollte für den Zeitraum des 5-Jahr-Plans lediglich die bereits begonnenen Investitionsvorhaben fortführen bzw. fertigstellen und zur innerbetrieblichen Rationalisierung übergehen. In den Betrieben, in denen die Investitionen abgeschlossen und die Produktion aufgenommen werden konnte, wurden hauptsächlich nur noch Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Betriebsmitarbeiter, der Ordnung, Sicherheit und Hygiene veranschlagt. Allerdings zeigte sich in diesen Planungen, daß auf weitere Importe, trotz anderslautender Absichtserklärungen, nicht verzichtet werden konnte. Die Probleme mit der Geflügelschlachtung sollten durch den Import eines weiteren Schlachthofes – nun allerdings aus Ungarn – gelöst werden. Darüber hinaus erwies es sich als notwendig, für die Verpackungsabteilung der Geflügelschlachthöfe vier Preisauszeichnungsmaschinen im Gesamtwert von 120.000 „Valutamark“ zu beantragen, um den Forderungen des Handels wie des Außenhandels zu entsprechen. Auch zeigte sich, daß Ersatzteile nach wie vor nicht vollständig aus eigener Produktion beschafft werden konnten und ein Bedarf von 325.000 „Valutamark“ fortbestand.²²⁷

Abgesehen von solchen Problemlagen geriet die Geflügelwirtschaft im Verlauf des Sommers 1971 in weit allgemeinere Turbulenzen, die verdeutlichen, wie wenig die unmittelbare Verbindung von politischer Herrschaft durch die kommunistische Staatspartei und Organisation des Staatsplans geeignet war, ökonomische Rationalität hervorzubringen. Im Zusammenhang mit dem VIII. Parteitag der SED und im Interesse einer allgemeinen Produktivitätssteigerung war den landwirtschaftlichen Betrieben der DDR die Verpflichtung zur Übererfüllung der bisherigen Planaufgaben abverlangt worden. Angesichts der ohnehin nicht

225 Vom Staatlichen Komitee für Aufkauf und Vorbereitung landwirtsch. Erzeugnisse – der Vorsitzende – Konzeption zur Entwicklung der Fleisch- und Eierproduktion im Bereich des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung, insbesondere der VVB Industrielle Tierproduktion im Zeitraum 1971 bis 1975, 27.7.1971, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 182, o. Bl.

226 Ebd.

227 VVB Industrielle Tierproduktion, Berlin-Grünau, Planentwurf 1972 – Teil Investitionen –, 24.8.1971, LAB Rep. 635, Nr. 7, o. Bl.

ausreichenden Schlachtkapazitäten für Geflügel drohte dieses Problem nun zu eskalieren, da sich die wenigen Geflügelschlachthöfe zum eigentlichen Flaschenhals für eine gesteigerte Geflügelerzeugung entwickelt hatten. Angesichts dieser Situation und der gesteigerten Plananforderungen ging die VVB Industrielle Tierproduktion dazu über, die eigenen Masttiere in den betriebseigenen und modernen Schlachtanlagen der KIM-Betriebe verarbeiten zu lassen. Demgegenüber wurde die vertraglich zugesicherte Annahme von Geflügel aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und volkseigenen Gütern des Bezirks Frankfurt/Oder bewußt verzögert bzw. abgewiesen.²²⁸ Hier praktizierte die Leitung der VVB genau jene Methode, die ihr selbst in der Aufbauphase erhebliche Schwierigkeiten bereitet hatte: Dem Primat der eigenen Planerfüllung folgend, wurden die vertraglich zugesicherten Verpflichtungen, die letztendlich den eigenen Produktionsplan nur unwesentlich berührten, nachrangig bzw. gar nicht eingelöst. Die Parteidisziplin der SED-Wirtschaftskader in- und außerhalb der VVB vermochte zwar den Imperativ der Planerfüllung durchzusetzen, aber nicht im gleichen Maße die dadurch erzeugten Betriebsegoismen zu verhindern.

Auf den ersten Blick weisen die Planunterlagen der VVB Industrielle Tierproduktion ein sehr positives Bild auf, insbesondere die Berichterstattungen gegenüber dem Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf. Für 1972 hatte die Leitung der VVB eine Produktionssteigerung in allen Bereichen geplant.

Tabelle 19: Geplantes staatliches Aufkommen der VVB ITP für 1972

Staatliches Aufkommen	Plan 1971	Plan 1972	Steigerung in %
Hühnereier in Mio. St.	823,6	922,1	112,0
Schlachtschwein in kt	8,5	9,0	105,9
Schlachtrind in kt	7,2	8,1	112,5
Schlachtgeflügel in kt	15,3	20,5	135,9
davon Broiler in kt	9,6	14,1	146,9

Quelle: *VVB Industrielle Tierproduktion, Vorlage für die Dienstbesprechung am 13. September 1971, Planentwurf 1972, LAB Rep. 635, Nr. 7, o. Bl.*

Trotz solcher Zahlen blieb für die VVB die umfassende Sicherung einer kontinuierlichen Produktion von größerer Wichtigkeit als die betriebswirtschaftliche Rentabilität. Um auf dem Gebiet der Broilermast eine von Fremdeinflüssen freie Produktion zu sichern, wurde 1971 deutlich weniger Zuchtmaterial importiert. Um den Import von Elterntierbeständen zu reduzieren bzw. grundsätzlich zu beenden, entschloß man sich ab sofort für die eigene Zucht von Großelterntieren für Mastbroiler. Der VEB KIM Möckern sollte dies neben der laufenden Broilermast übernehmen; das gesamte aus der bulgarischen Zucht stammende Großelterntiermaterial sollte dort konzentriert werden. Dazu waren umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in diesem Betrieb nötig: Teile der Produktionsanlagen mußten vollständig geräumt werden. Zusätzliche Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen waren erforderlich. Obwohl dadurch das gesamte Betriebsergebnis belastet wurde, da der Aufbau einer eigenen Elterntierzucht zu Lasten der eigentlichen Broilerproduktion ging, galt dies als notwendig, um die Gesamtproduktion von Mastbroilern innerhalb der VVB Industrielle Tierproduktion, wie

228 Von VEB Kombinat Geflügelwirtschaft Frankfurt/Oder, Sitz Strausberg, an VVB Industrielle Tierproduktion – Generaldirektor Gen. Faust, 8.6.1971, LAB Rep. 635, Nr. 80, o. Bl.

auch in der gesamten Geflügelwirtschaft der DDR-Agrarproduktion, stabil zu halten. Das Projekt genoß deswegen besondere Aufmerksamkeit.²²⁹

Im weiteren Verlauf des Jahres 1971 wurde aber klar, daß das betriebliche Ergebnis der VVB gerade durch diese „Vorsichtsmaßnahmen“ erheblich schmäler ausfallen würde. Zum einen hatte der Versuch, die Lücke, die durch die verseuchten importierten Tierbestände entstanden war, durch eigenes Tiermaterial aufzufüllen, dazu geführt, daß die Qualität insbesondere in der Legehennenrichtung deutlich nachließ. Zum anderen führte die Bemühung, sich von Tierimporten insgesamt unabhängig zu machen, zu zusätzlichen Neuinvestitionen, die keine direkte Ertragssteigerung erwirkten, aber die Kosten des Betriebes, etwa für die Futterbereitstellung, erhöhten. Die weiterhin in der Planungsbürokratie der DDR vorhandenen Boykottängste waren im Detail also ökonomisch höchst fragwürdig. Um dies auszugleichen, sollten innerhalb des nächsten 5-Jahr-Plans die Leistungsfähigkeit der beiden Hauptproduktionslinien, also Legehennenrichtung und Broilermast, erhöht werden. Das Ziel war, die jährliche Legeleistung pro Legehenne von 230 auf 260 Eier zu erhöhen und gleichzeitig den Futteraufwand je 100 g Eimasse von 330 g auf 100 g zu senken. In der Broilerproduktion sollte trotz einer Verkürzung der Mast von 56 auf 49 Tage das Mastgewicht von 1.300 g auf 1.400 bis 1.450 g erhöht werden, bei gleichzeitiger Reduzierung des Futterverbrauchs von bisher 2,3–2,4 kg auf 2,2 kg je Masstier.²³⁰ Dies konnte alles nur durch die Senkung von Tierverlusten und durch bessere und möglichst verlustfreie Fütterung funktionieren.

Auch ohne diese geplanten Einsparungen galten die Geflügelbetriebe innerhalb der VVB als rentabel. Die anderen Produktionsbereiche der VVB, Schweinezucht und -mast sowie Rinder- und Kälberzucht und -mast, waren weiterhin Zuschußbetriebe: Sie wurden durch eine Senkung der Zinssätze für die erforderlichen Investitionskredite subventioniert. Der KIM Ferdinandshof erhielt zusätzlich eine Industriepreisstützung aus dem Staatshaushalt, und auch die Berufsausbildung im Bildungszentrum der VVB insgesamt wurde mit 0,5 Mio. Mark aus Vertragsmitteln und dem Staatshaushalt subventioniert. Wie weit die Planungen von der Vorstellung einer Gewinnerwirtschaftung entfernt waren, wird erst bei den Planungen für die KIM-Beschäftigten deutlich. Anders als bei den genannten Aufwandsreduzierungen in der Geflügelproduktion, war von Kostensenkungen im Personalbereich keine Rede. Die VVB plante für 1972, den Lohnfonds insgesamt um 14,6 % und die Zahl der Beschäftigten um 13,9 % von 6.412 auf 7.306 sogenannte Vollbeschäftigte-Einheiten (VBE) – die Planstellen innerhalb des Betriebes gleichkamen – zu steigern. Durch diese Erhöhung der Beschäftigtenzahlen innerhalb des Betriebes stieg der Lohn aber insgesamt nur um 0,7 % je Planstelle, was einen jährlichen Durchschnittslohn von 8.021 Mark für 1972 ausmachen sollte. Allerdings war dies nicht das Jahreseinkommen der innerhalb der VVB beschäftigten Arbeitskräfte; je VBE wurden ihnen 1972 darüber hinaus noch 815 Mark Prämienmittel und weitere 478 Mark aus dem Fonds für Kultur- und Sozialleistungen gezahlt. Während die Steigerung beim Kultur- und Sozialfonds lediglich sieben Mark pro Beschäftigte betrug, stieg die Summe – auf den gesamten Betrieb gerechnet – von 3.137.000 Mark im Jahr 1971 auf rechnerische 3.594.000 Mark für das Jahr 1972. Durch die Steigerung der Beschäftigtenzahl und des damit verbundenen Lohnfonds, des Prämienfonds

229 VVB Industrielle Tierproduktion, Vorlage für die Dienstbesprechung beim Generaldirektor am 20.9.1971, Stand und weitere Entwicklung der Broilerzüchtung, Reproduktion und Produktion vom 15.9.1971, LAB Rep. 635, Nr. 7.

230 VVB Industrielle Tierproduktion, Vorlage für die Dienstbesprechung am 13.9.1971, Planentwurf 1972, LAB Rep. 635, Nr. 7, o. Bl.

und des Kultur- und Sozialfonds ließen die Personalkosten der von den Planern berechneten Erhöhung der Arbeitsproduktivität des Gesamtbetriebes, die lediglich mit 4,4 % angegeben wurde.²³¹

Demgegenüber war das fortgesetzte Bemühen um neue Produkte, d. h. Geflügelfleischerzeugnisse, nur von marginaler Bedeutung. In einer Aufzählung der Produzenten von Geflügelfleischprodukten findet lediglich der KIM-Betrieb Storkow mit seinen geplanten 70 t Kaßlerbroilern Erwähnung, im Vergleich zur Gesamterzeugung von 4.600 t Geflügelfleischerzeugnissen in der DDR im Jahre 1971 war dies nachrangig. Zwar visierte die VVB für 1972 eine Produktion von 150 t Kaßlerbroilern an, doch hing dies von der eher unwahrscheinlichen Schaffung neuer Anlagen ab. Die einzige Möglichkeit, die man in der VVB Industrielle Tierproduktion sah, für die Volkswirtschaft ein weiteres Angebot an Geflügelfleischprodukten zu schaffen, waren die Schlachtabfälle, von denen bis zu 1.000 t im Jahr anfielen: Sie sollten zur Wurstverarbeitung an fleischverarbeitende Betriebe gehen. Darüber hinaus sah man durchaus die Möglichkeit, in Mukrena, Königs Wusterhausen und Möckern die Kaßlerbroilerproduktion zu steigern, allerdings immer unter dem Vorbehalt, daß die dafür nötigen Räucher- und Konservierungsanlagen tatsächlich zur Verfügung stünden. Auch blieb die Frage offen, wer die jeweils auftretenden Kosten von 300.000 Mark pro Betrieb tragen würde.²³²

Zusammengenommen entsteht so ein widersprüchliches Bild des ersten Jahres der Arbeit unter eigener Regie. 1971 hatte die VVB dann auch den Plan für die Eierproduktion nicht ganz erfüllen können, was auf die Tierseuchen im zurückliegenden Zeitraum zurückzuführen war; den Plan der Geflügelfleischproduktion hatte sie quasi im Ausgleich aber mit 109 % erfüllt. Bemerkenswerterweise gaben die auf Rind-, Kalb- und Schweinefleisch spezialisierten KIM-Betriebe ihr Verhältnis zu den Planaufgaben lediglich mit „erfüllt“ an, ohne dies in der Abrechnung mengenmäßig auszuweisen, während die Aufgabenstellungen für das folgende Jahr sowohl bei Eiern, Schlachtgeflügel, Schweinefleisch und Rindfleisch getrennt nach Mengen ausgewiesen worden waren.²³³

1972 zeigte sich dann auch, daß die anfänglich so erfolgreichen Beziehungen zwischen den Broilerproduzenten innerhalb der VVB, insbesondere des KIM Königs Wusterhausen mit den örtlichen Handelsorganen, keineswegs ohne Probleme waren. Beispielsweise konnte die Qualität der Geflügelprodukte in den Verkaufseinrichtungen der HO nicht gehalten werden. Dies ging vor allen Dingen auf unzureichende Kühlgeräte bzw. Lagerflächen und auf unsachgemäße Behandlung von Eiern und Geflügel beim Transport in die Verkaufsstäle zurück. Im Sommer 1972 zeigte sich, daß die Vorstellung einer vom Wetter unabhängigen Produktion von Geflügelfleisch nur bedingt zutraf. Die hohen Außentemperaturen führten im Juli 1972 zu großen Aufzuchtverlusten. Allerdings lagen die Verluste bei Broilern mit 3,3 % noch relativ niedrig gegenüber Aufzuchtverlusten von 10 % bei Puten. Überhaupt zeigte sich in der Putenmast, daß die stabilen Broilererträge, die trotz der ungünstigeren Witterungsbedingungen im Sommer 1972 erzielt wurden, hier nicht erreicht werden konnten. Die züchterischen Erfahrungen mit dieser Geflügelart reichten offenbar noch nicht

231 Ebd.

232 Vorlage für die Leitungssitzung am 20.9.1971 – Stand der Produktion von Geflügelfleischerzeugnissen und die Möglichkeit einer weiteren Steigerung in den Schlachtbetrieben der Kombinate der Industriellen Mast sowie Verallgemeinerungen der Erfahrungen für die übrigen Geflügelschlacht- und Verarbeitungsbetriebe, vom 14.9.1971, LAB Rep. 635, Nr. 7, o. Bl.

233 Protokoll über die Dienstbesprechung vom 11.1.1972 im Direktionsbereich, LAB Rep. 635, Nr. 82.

aus, um bei Aufzucht wie Mast ähnlich erfolgreich zu sein, und so kam es nicht nur zu unvorhergesehenen Verlusten; auch die Lieferverpflichtungen gegenüber dem Handel konnten nicht eingehalten werden. Ähnliche Schwierigkeiten traten auch bei der Rindermast auf. Während sich in Ferdinandshof, dem Spezialbetrieb der VVB für Rindermast, die Erwartungen der VVB-Leitung weitgehend erfüllten, führte die kompliziertere Kälbermast in Herzfelde erneut zu Verlusten. In der Berichterstattung wird dies vor allen Dingen auf die unqualifizierte Arbeit der Beschäftigten in der Kälbermast zurückgeführt.²³⁴

Paradoxerweise stellte sich im 2. Halbjahr des Jahres 1972 heraus, daß schon die unterplanmäßigen Mengen an Schlachtbroilern für die Schlacht- und Handelsbetriebe ein ernstes Problem darstellten. Für ein zusätzliches Geflügelangebot standen den Verarbeitungsbetrieben der Geflügelwirtschaft, insbesondere im Bezirk Potsdam, keine Verarbeitungskapazitäten zur Verfügung; so kam es zu einem Stau von schlachtfähigen Tieren in der Masthaltung, das wiederum führte dazu, daß keine Jungtiere mehr aufgezogen werden konnten und die „überreifen Tiere“ zusätzlich Futter verbrauchten. Das erschien den Leitern der Putenproduktion ökonomisch nicht vertretbar. Da Puten aus DDR-Produktion zu diesem Zeitpunkt nicht exportfähig waren, standen die Produzenten der VVB Industrielle Tierproduktion vor der Situation, ihr Schlachtviehsoll nicht einhalten zu können, da die Abnahme der Tiere durch die Schlachthöfe nicht gesichert und gleichzeitig die Erfüllung der Planaufgaben für die nachfolgende Zeit nicht absehbar war, da aufgrund der eingetretenen Absatzschwierigkeiten das Aufzuchtykrogramm für die neue Mastperiode auch nicht eingehalten werden konnte.²³⁵ Ungeachtet der Verarbeitungsprobleme bei Putenfleisch zeigte sich jedoch, daß Pute als Ausgangsprodukt für sogenanntes Putensaftfleisch und Putensaftschinken sowie Frühstücksfleisch von den Konsumenten weit mehr angenommen wurde als die angedachten Produkte Geflügelspieß und Kaßlerbroiler. Für diese Produkte ergab sich eine Kooperationsmöglichkeit mit einem Verarbeitungsbetrieb des Kombinats für Fleischwirtschaft in Neubrandenburg.²³⁶ Hier eröffnete sich endlich ein neues Feld für die Geflügelproduktion innerhalb der KIM-Betriebe.

Solchen praktischen Aufgaben und der Forderung nach ständiger Ablösung von Westimporten bei erwünschter Wahrung des internationalen Forschungstandes entsprach auch die Organisation der Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Geflügelwirtschaft. Sie wurde durch die „Forschungskooperationsgemeinschaft Produktion und Verarbeitung von Eiern, Geflügel- und Kaninchenfleisch“ durchgeführt. Diese unterteilte sich wiederum in fünf Arbeitsgruppen mit jeweiliger Spezialisierung auf Technologie, Zucht und Reproduktion, Fütterung, Tiergesundheit und Ökonomie. Der Forschungsgemeinschaft kam die Funktion der Koordinierung der Forschungsarbeiten auf dem Feld der Geflügelwirtschaft zu. Ziel war die Konzentration der Forschung auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte, das bedeutete, die Effektivität der Geflügelproduktion durch technologische Verbesserungen zu erhöhen, um die Forschungsergebnisse anschließend auf den gesamten Bereich der Geflügelproduktion der DDR anwenden zu können. Gleichzeitig sollte eine weitgehende Doppelforschung aus-

234 Zuarbeit – Bericht über den Stand der Planerfüllung des VW-Planes Stand 31.7.1972, LAB Rep. 635, Nr. 2, o. Bl.

235 VE Kombinat Industrielle Mast, Basiszuchtbetrieb für Puten – Neuglienick an die VVB Industrielle Tierproduktion, 31.10.1972, LAB Rep. 635, Nr. 78, o. Bl.

236 VE Kombinat Industrielle Mast, Basiszuchtbetrieb für Puten – Neuglienick – Entscheidung des Generaldirektors vom 4.12.1972 über das Rahmensortiment des Verarbeitungsbetriebes Neustrelitz, LAB Rep. 635, Nr. 78, o. Bl.

geschlossen werden und der zügige Übergang von der Grundlagen- zur angewandten Forschung durch die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern in diesen Arbeitsgemeinschaften gewährleistet werden.²³⁷

Als wesentlicher Faktor der Stabilisierung der Fleischproduktion innerhalb der VVB Industrielle Tierproduktion galt die komplexe Erforschung der wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten der Geflügelproduktion. Eine Vielzahl von Einrichtungen war an diesen Forschungsaufgaben beteiligt, die in der bereits genannten Forschungskooperationsgemeinschaft „Produktion und Verarbeitung von Eiern, Geflügel und Kaninchenfleisch“ zusammengefaßt waren. Die Aufgaben wurden folgendermaßen zugeteilt: Das Forschungsinstitut für Geflügelwirtschaft Merbitz, das der VVB unterstellt war, hatte die Aufgabe der Züchtungsforschung bei Broilern, deren Ergebnisse sie direkt in die Produktion weiterleiten sollte. Die Karl-Marx-Universität Leipzig war für den Bereich künstliche Besamung und Fütterung zuständig, das Ingenieurbüro für Geflügelwirtschaft für die Technologie, Mechanisierung und Ökonomie der Geflügelproduktion, und bei der Berliner Humboldt-Universität lag die Grundlagenforschung zur Geflügelzucht. Im einzelnen beinhalteten die Aufgaben des Ingenieurbüros für Geflügelwirtschaft die Entwicklung neuer Broilertechnologien, die dazu führen sollte, die Besatzdichte und gleichzeitig die Arbeitsproduktivität in den Mastanlagen zu erhöhen sowie stabile Technologien für die Haltung und Züchtung von Puten zu entwickeln, um in diesem Produktionsbetrieb (VEB KIM Neuglienicke) ebenfalls zu einem Rationalisierungseffekt zu kommen. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollten dem VEB Ausrüstungskombinat Perleberg übergeben werden, damit dieser Betrieb die Anlagen für die Mechanisierung solcher Produktionsbereiche fertigen konnte. Darüber hinaus beschäftigte sich das Ingenieurbüro mit dem Problem der Reinigung und Desinfektion der Geflügelställe, der Rationalisierung der Schlacht- und Verarbeitungstechnologien und der angestrebten Legehennenkäfighaltung, Elterntieren und Broilerelterntieren sowie der Untersuchung der Legehennenhaltung in Drei-Etagen-Käfigen. Auch Fragen wie das Ein- und Ausstellen der Tiere und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Stallanlagen sollte das Büro in Angriff nehmen. Besonderes Augenmerk galt dem möglichen Einsatz von EDV-Technik in den KIM-Betrieben. Damit hatte das Ingenieurbüro eine gewisse Schlüsselrolle, wobei ihm die Aufgabe zufiel, all jene Fragen wissenschaftlich zu untersuchen, die sich in der Produktion der KIM Betriebe als Hemmnis bzw. Erschwernis für den Produktionsablauf erwiesen hatten. Mit der intensiven Bearbeitung dieser Themenbereiche hoffte man, den immer wieder eingeforderten wissenschaftlich-technischen Höchststand in der Broilerproduktion bzw. Legehennenrichtung zu erreichen, um dem Anspruch der industriellen Produktion vollständig gerecht zu werden. Die anderen Forschungseinrichtungen hatten demgegenüber eher klassische Züchter- und veterinärmedizinische Aufgaben – wie Leistungszucht und Krankheitsbekämpfung.²³⁸

Obwohl aus der Rückschau auf die geschilderte Entwicklung nicht angenommen werden kann, daß der hier ausführlich beschriebene und sich wiederholende Kreislauf vom Investitionsbedarf zur Produktionserhöhung, vom resultierenden Investitionsbedarf zur Verarbeitung der erhöhten Produktion und vom erneuten Investitionsbedarf zur weiteren Produk-

237 Protokoll über die Jahreshauptversammlung der Forschungskooperationsgemeinschaft „Produktion und Verarbeitung von Eiern, Geflügel- und Kaninchenfleisch“ in der Zeit vom 12.–13. April 1972 in Kühlungsborn, 21.6.1972, BArch, DK 107, A221, Nr. 15, o. Bl.

238 Bericht zur Durchführung der F/E (Forschung und Entwicklung) – Aufgaben 1972, LAB Rep. 635, Nr. 2, o. Bl.

onserhöhung zu diesem Zeitpunkt für die VVB Industrielle Tierproduktion beendet wurde, so schließt sich damit doch ein Kreis in dieser Geschichte. Mit dem Anspruch, alle weiteren Investitionen aus eigener Produktion zu schaffen und sogar alle wissenschaftlichen Neuentwicklungen nur aus eigener Forschung zu ermöglichen, war die DDR-Geflügelwirtschaft wieder an eben die Grenze gestoßen, die in den frühen sechziger Jahren eine rasche Umsetzung der Vorstellungen von moderner Geflügelproduktion behindert hatte und erst durch die außerordentlichen Ereignisse des Jahres 1964 durchbrochen worden war.²³⁹ Die Planer und Spezialisten der Broilerproduktion hatten viel erreicht.

239 Mit den außerordentlichen Ereignissen ist die von KPdSU-Generalsekretär Chruschtschow angekündigte Kürzung von Lebensmittellieferungen aus der UdSSR in die DDR gemeint.

KAPITEL 3

Wirkungen: Modell Goldbroiler?

„Goldbroiler am Fließband“ lautet der Aufmacher eines doppelseitigen Beitrages über das Kombinat Industrielle Mast in Königs Wusterhausen im „Bauern-Echo“ vom 8. Januar 1972. Für die Reporter der DDR-Bauernzeitung hat mit diesem modernen Fleischerzeuger die sozialistische Zukunft auf dem Lande bereits begonnen. Endlose Fließbänder zum Absammeln der Eier, riesige Brutautomaten mit vielen Lampen und Anzeigen, helle und weiträumige Stallbauten mit mechanischer Fütterung und junge Mitarbeiterinnen in weißen Kitteln zeigen die Fotos zu diesem Erfolgsbericht. Moderne Maschinen und Jugend auf dem Lande vermitteln das Bild, daß hier die Vision der kommunistischen Klassiker Marx und Engels von der allgemeinen Angleichung der Produktions- und Lebensverhältnisse von Stadt und Land ihre Verwirklichung findet.¹ Schnell steigende Produktion, höhere Arbeitsproduktivität, sinkende Kosten und bessere Qualität der Produkte werden aus der „Geflügelfabrik“ gemeldet. Es fehlt auch nicht der Hinweis auf die so beliebten „Goldbroilergaststätten“, die ihren Erfolg den tüchtigen Mitarbeiterinnen vom KIM zu verdanken hätten.² Dieser Artikel ist nur ein Beispiel für die öffentliche Darstellung der KIM-Betriebe in den gelenkten Medien der DDR, die dem Selbstbild einer erfolgreichen Agrarpolitik der SED entsprach und zur nachträglichen Rechtfertigung der Kollektivierung und ihrer Folgen beitrug.³ Deshalb will ich abschließend darstellen, welche Wirkung das Aufbauprojekt Industrielle Tierproduktion auf die Landwirtschaft, die dort Beschäftigten und die Gastronomie in der DDR hatte.

1 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, Berlin (O) 1985, S. 69.

2 Manfred Kirchhof, *Goldbroiler vom Fließband. Eine Million Hühner am Rande der Hauptstadt*, „Bauern-Echo“ vom 8.1.1972.

3 Vgl. Hans Bichler und Clemens Szamatolski, *Landwirtschaft in einem sozialistischen Industriestaat*, Berlin (O) 1973.

1. Die Ausweitung der Industriellen Tierproduktion: Fehlschläge und Konsequenzen

Aufgrund des sich 1967 anbahnenden Erfolges in der Geflügelproduktion liebäugelte man in der ZAG mit einer Reihe von schon eher abwegigen Plänen, etwa Fasane industriell zu züchten oder Wachteleier aus eigener Produktion zu vertreiben. Darüber hinaus gab es auch Überlegungen für eine Pilzzucht auf dem Gelände des KIM Königs Wusterhausen. Am intensivsten aber wurde das Projekt industrielles Kaninchenmast verfolgt.⁴ Die Experimente mit der Aufzucht und Mast von Broiler-Kaninchen und Fasanen wurden allerdings nicht von Erfolg gekrönt. Bei Kaninchen wurde die Planvorgabe von 655 dt Kaninchenfleisch nur zu 38,5 % erfüllt, sprich: 251 dt Kaninchenfleisch. Noch schwieriger war die Situation für die KIM-Produktion auf dem Gebiet der Versuchsanlage für die Fasanenaufzucht und Fasanenmast. Hier lag die Vorgabe bei 519 dt, die Lieferung aber lediglich bei 11 dt. Das entsprach einem Anteil von 2,1 %.⁵ Offenbar waren die Hoffnungen auf den Erfolg solcher Projekte so groß, daß sie ungeachtet der Kosten über Jahre betrieben wurden.

Im Frühjahr 1969 war die VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion zu der Erkenntnis gekommen, daß die technischen Voraussetzungen für diese Experimente in der DDR nicht gegeben waren, vor allem aber die physiologischen Eigenschaften der Tiere es nicht rechtfertigten, sie in intensiver Stallhaltung zu mästen. Aus einer Überprüfung der ABI ergab sich, daß die geplanten Vorgaben in keinem Punkt eingehalten werden konnten und es in dieser Versuchsanlage zu extremen Tierverlusten gekommen, d. h. 70–80 % des Tierbestandes eingegangen war. Zu diesem Zeitpunkt wäre es angesichts der katastrophalen Ergebnisse sicherlich geboten gewesen, den Versuch abzubrechen. Doch getragen von der Vorstellung, die Natur sei mit technischen Lösungen beherrschbar, wurden die Versuche zur industriellen Kaninchenzucht trotz des absehbaren Fehlschlages fortgesetzt.⁶ Über das Jahr 1969 hatten sich die fortgesetzten Seuchen und in deren Folge die Verluste im Broiler-Kaninchenbereich nicht geändert, und bei Probeschlachtungen konnte kein einziges der geforderten Planziele erreicht werden, da der Betrieb gleichzeitig auch Geflügelschlachtungen übernommen hatte. Eine Reihe von Spezialausrüstungen waren verspätet angeliefert worden, holländischen Monteuren mußten Überstunden bezahlt werden, um einen rechtzeitigen Probebetrieb überhaupt zu ermöglichen. Darüber hinaus war es zur Verschleppung des Probebetriebes des Schlachthauskomplexes gekommen, da im Umfeld des Schlachthauses noch gebaut wurde, so daß eine fristgerechte und vor allen Dingen den Bedingungen der Seuchenhigiene entsprechende Arbeit im Probelauf nicht möglich war.⁷ Offensichtlich war man dann auch in der VVB Industrielle Tierproduktion nicht bereit, trotz der katastrophalen Ergebnisse bei der Produktion von Broilerkaninchen, die sich im Jahre 1970 fortsetzten und

4 Zentrale Aufbaugruppe – Protokoll der Dienstbesprechung am 14.7.1967, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

5 Fakten und Probleme zur Arbeit der VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion Paretz vom 14.11.1969, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/7, Nr. 172, o. Bl.

6 Bericht über die Durchführung der Prüfung des VEB Broika Storkow am 18.2. und 3.3.1969, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

7 Vom Komitee der ABI, Stellv. des Vorsitzenden Gen. Schwermer – Information – Inbetriebnahme der Beispielanlagen VEB Broika Storkow und SZMK Eberswalde –, 3.11.1969, BArch, DC 14, Nr. 164, o. Bl.

auf eine Tierverlustquote von ca. 50 % hinausließen, diese Produktion gänzlich einzustellen. Im verkleinerten Rahmen suchten die Broikazüchter weiterhin nach Lösungen, mit ihrer Kaninchenzucht das Ziel einer industriellen Produktion zu verwirklichen.⁸

Ähnliche Unentschlossenheit zeigte man auch beim Projekt Fasanenzucht. Diese wenig domestizierten und von den Geflügelspezialisten noch als „Wildgeflügel“ bezeichneten Tiere waren ganz offensichtlich nicht für Hallenhaltung geeignet. Von den insgesamt 6.000 gelieferten Tieren waren etwa 2.300 auf dem Transport verendet und ca. 200 Tiere so geschädigt, daß sie nicht mehr zur Aufzucht oder Mast verwendet werden konnten, sondern notgeschlachtet werden mußten. Insgesamt wurden im Sommer 1968 4.871 Fasane in der Versuchsanlage in Spreenhagen eingestellt. Davon lebten am 31. Dezember 1968 noch 4.091 Stück; aufgrund unzulänglicher Stallanlagen reduzierte sich der Tierbestand im Verlaufe des Jahres 1969 weiter, zu Beginn des Jahres 1970 waren nur noch etwa 70 % übrig. Ähnlich problematisch verlief der Versuch, eine Legehennenaufzuchlinie für Fasane aufzubauen. Der Anfangsbestand an legefähigen Fasanhennen belief sich auf 2.072, von denen im Juni 1969 nur noch 1.351 lebten. Insgesamt legten die Fasanhennen über 11.000 Eier, größtenteils unbefruchtet, da die Hennen von den Hähnen getrennt waren. Die Zucht blieb ohne nennenswerten Erfolg. Von den insgesamt 9.299 zur Brut gebrachten Eiern erwiesen sich 28,5 % als unbefruchtet, 3 % waren abgestorben, und lediglich bei 48,5 % gelang den Küken der volle Schlupf, die übrigen waren sogenannte „Steckenbleiber“, d. h. sie verendeten beim Schlupf. Trotz dieser letztlich katastrophalen Ergebnisse war man in der VVB nicht bereit, das Projekt industrielicher Fasanenzucht aufzugeben bzw. das Scheitern und die Undurchführbarkeit des betreffenden Ministerratsbeschlusses einzugehen.⁹

Weitere Forschungsprojekte sollten klären, unter welchen Aufzuchtbedingungen, mit welchem Futteraufwand und mit welcher Technik die intensive Haltung von Fasanen möglich werden konnte. Allerdings sprachen bereits die ersten Ergebnisse gegen das Vorantreiben eines solchen Projektes: Veterinärmediziner stellten fest, daß es bei Fasanen, die auf engem Raum gehalten wurden, zu Kannibalismus kam, der zwar durch beruhigende Lichtprogramme gedämpft werden, jedoch den Wildcharakter der Tiere keineswegs aufheben konnte. Die Tiere litten in den Ställen nach wie vor unter äußerster Erregbarkeit. Zwar hatte die geschlechtsgtrennte Haltung zu besseren Aufzuchtergebnissen geführt; im Vergleich zur Hühnerzucht bedeutete dies jedoch einen weiteren Nachteil, da das Sortieren der Küken zusätzlichen Arbeitsaufwand erforderte. In den ersten Wochen lagen die Aufzuchterluste bei über 15–20 %, und die Gewichtszunahme von durchschnittlich 900–950 Gramm entsprach nicht dem, was bei einer vernünftigen Aufzucht betriebswirtschaftlich nötig gewesen wäre. Das Ziel einer Legerichtung in Hallen und Käfigen blieb undurchführbar. Auch der Blick auf das Ausland zeigte den Veterinärmedizinern, daß die Intensivhaltung in Hallen nicht erfolgversprechend war. Angesichts dieser Ergebnisse entschloß man sich im Januar 1970, die Versuche mit der industrielichen Fasanenmast einzustellen und die erfolgten Investitionen zugunsten des Aufbaus einer als „Genreserve“ bezeichneten Leistungszucht

⁸ Vorlage für die Dienstbesprechung beim Generaldirektor der VVB Industrielle Tierproduktion am 8.3.1971, Analyse über den Stand der Broilerkaninchenzucht 1970 und Maßnahmen zur Stabilisierung der Produktion im VEB Broika Storkow, LAB Rep. 635, Nr. 5, o. Bl.

⁹ VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion – Vorlage für die Leitungssitzung beim Generaldirektor am 19.1.1970 – Stand und Schlußfolgerungen der Fasanenproduktion im VE KIM Spreenhagen, 14.1.1970, LAB Rep. 635, Bündel 12, o. Bl.

für Hühnergeflügel umzunutzen.¹⁰ Erst in den langfristigen Planungen, d. h. für die Jahre 1971 bis 1975, verzichtete man gänzlich auf so riskante Experimente wie industrielässige Fasanen- und Kaninchenmast. Kaninchenfleisch sollte im weiteren nur noch über private Kleintierhalter in den Handel kommen.¹¹ Über die langjährigen Kosten dieser Fehlschläge wurde bei dieser Entscheidung allerdings nicht diskutiert.

Solche Fehlschläge deuten darauf hin, daß die erhoffte Beispielwirkung der Broilerproduktion an natürliche Grenzen stieß. Nachkontrollen der ABI im Jahr 1969 ergaben, daß auf die KIM-Betriebe eine bisher weitgehend unberücksichtigte Problematik zukommen werde. In einem etwas dünnen und fragmentarischen Text über eine Nachkontrolle in der LPG „1. Mai“ Wartenberg wies die ABI-Kommission darauf hin, daß es in der DDR an einer ausreichenden technologischen Lösung für die Entsorgung von Hühnerkot mangelte. Die Versuche, die Hühnerexkremente für die Champignonzucht zu nutzen, führten ebenso wie andere Wiederaufarbeitungs- und Prüfungsverfahren zu diesem Zeitpunkt lediglich zu der Schlußfolgerung, daß es zusätzlicher erheblicher Forschungs- und Materialleistungen für weitere Untersuchungen bedurfte. Eine Lösung für dieses Problem stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Aussicht.¹²

Die in den ersten Jahren im KIM Königs Wusterhausen gewonnenen Erfahrungen erwiesen sich aber auch als ambivalent für die weitere Planung der DDR-Geflügelproduktion. Die Entscheidung für eine Trennung der verschiedenen Zuchtgruppen implizierte einen ungewöhnlich hohen Verbrauch von landwirtschaftlicher Nutzfläche und trieb die Erschließungskosten für die Produktionsanlagen zusätzlich in die Höhe. Auf der anderen Seite war aber nicht von der Hand zu weisen, daß diese Vorkehrungen zur Vorbeugung bzw. zur Bekämpfung von Seuchen aus veterinärmedizinischer Sicht ein notwendiges Erfordernis waren. Dieser Punkt war wiederholt bemängelt worden. Da man sich jedoch nicht in der Lage sah, durch Einsatz neuer Erkenntnisse der Veterinärmedizin dieses Problem zu lösen, mußte man weiterhin mit dieser aus Kostengesichtspunkten unbefriedigenden Lösung vorliebennehmen. Der intensivierte Produktionsbetrieb in Königs Wusterhausen ließ das Problem der Kotbeseitigung zunehmend virulenter werden. Nach Aussagen der Kontrolleure des KIM fielen in den sechs Meisterbereichen des VEB KIM täglich 60 t Geflügelkot an. Bei voller Produktion würden es sogar 100 t sein. Hier mußte weiterhin nach technischen Lösungen gesucht werden.¹³ Anfang des Jahres 1969 wurde der Hühnerkot lediglich in einen ehemaligen Steinbruch abgekippt.

In den folgenden Jahren entwickelte sich die Entsorgungsfrage zu einem generellen Problem. 1972 fielen in den KIM-Betrieben täglich 850 t Geflügelexkremente an und man

10 Ebd.

11 Vom Staatlichen Komitee für Aufkauf und Vorbereitung landwirtsch. Erzeugnisse – der Vorsitzende – Konzeption zur Entwicklung der Fleisch- und Eierproduktion im Bereich des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung, insbesondere der VVB Industrielle Tierproduktion im Zeitraum 1971 bis 1975, 27.7.1971, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 182, o. Bl.

12 Vom Komitee der ABI – Information – Aufbau der Beispielanlagen für industrielässige Produktion in der Landwirtschaft – Nachkontrolle in der LPG „1. Mai“ Wartenberg – Lindenberg –, 13.2.1969, BArch, DC 14, Nr. 162, o. Bl.

13 Bezirkslandwirtschaftsrat Frankfurt/Oder – Vorlage für die Produktionsleitungssitzung am 24.2.1969 Abrechnung des bisherigen Standes des Aufbaus der KIM-Objekte und Darlegung der Maßnahmen zur Gewährleistung der festgelegten Termine zu deren Inbetriebnahme, Sicherung für die kadermäßige Besetzung dieser Objekte bei ihrer Inbetriebnahme und Fragen der Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den KIM-Objekten –, 24.2.1969, LAB Rep. 635, Bündel 9, o. Bl.

rechnete damit, daß die Menge im Verlauf der kommenden Jahre bis auf 1.000 t ansteigen würde. Es gab Versuche, den Geflügelmist zu trennen bzw. zu trocknen, um ihn in getrockneter Form in der Rindermast verfüttern zu können. Erste Experimente brachten positive Ergebnisse – aus Sicht der VVB Industrielle Tierproduktion. Allerdings zeigte sich, daß weniger das Problem der Verfütterung von Hühnerkot die eigentliche Schwierigkeit darstellte, als vielmehr die technische Lösung für die Trocknung des Geflügelkots. Die Fäkalien führten während der Verarbeitung zu extremen Geruchsbelästigungen, und das für die Neutralisation der Abgase nötige Kaliumpermanganat stand in der DDR-Volkswirtschaft nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Davon unbeeindruckt, war man aber der Auffassung, daß das Problem weiter untersucht werden sollte, um den anfallenden Geflügelkot in der Tierhaltung weiterhin als Teilnahrung zu verwenden, um sich der Geflügelexkremente aus der intensiven Tierhaltung entledigen zu können.¹⁴ Abgesehen von diesen sehr unappetitlichen Plänen wurde hier die Lösung eines ökologischen Folgeproblems der Massentierhaltung auf die Zukunft vertagt, ohne auch nur den Ansatz einer Lösung für die täglichen Entsorgungsschwierigkeiten zu besitzen.

Aber nicht nur die zukünftige Gesunderhaltung von Umwelt und Verbrauchern, sondern schon die Gesundheit der Tiere in der Massentierhaltung stellte die Leitung der KIM-Betriebe vor größere Probleme, als die Erfolgsberichterstattung zeigt. In der Geflügelmast zeichnete sich seit 1970 ab, daß die intensive Haltung und Konzentration großer Tierbestände die Gefahr des Ausbruchs von Krankheiten ständig vergrößerte. In den ersten Monaten des Jahres 1970 hatte es im KIM-Betrieb Möckern, Bezirk Magdeburg, überdurchschnittliche Verluste bei Importieren aus Ungarn gegeben. Von den insgesamt 68.000 Elterntierküken mußten aufgrund von Leukose (Leukämie), einer schwerwiegenden Tiererkrankung, ca. 25.000 Tiere nach der zehnten Woche getötet werden. Bemerkenswert ist daran auch, daß dieses Problem die höchsten Ebenen der DDR beschäftigte. Walter Ulbricht sprach dieses Thema gegenüber dem Sekretär des ZK der SED Gerhard Grüneberg an; die mir vorliegenden Unterlagen zu diesem Thema stammen aus einem Bericht der Abteilung Landwirtschaft an Erich Honecker, dem für Sicherheitsfragen zuständigen Sekretär des ZK. Nach dem Ausbrechen von Leukose in Möckern sah Grüneberg die kontinuierliche Reproduktion der Mastbestände in diesem staatlichen Fleischproduktionsbetrieb gefährdet und befürchtete direkte Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung;¹⁵ letzteres erforderte in den Augen der höchsten SED-Kader außerordentliche Aufmerksamkeit.

Im April 1970 brach in einem der KIM-Betriebe im Umfeld Berlins die Geflügelpest aus. Dies war in 2½ Jahren das erste Mal, daß diese Krankheit sich in einer Geflügelzuchtanlage zur Epidemie auswuchs. Im ZK ging man zunächst davon aus, daß es sich bei diesem Fall um einen gezielten Anschlag auf eine sogenannte Schlüsselstellung der Zucht und Vermehrung von Geflügel im Reproduktionsprozeß der Geflügelwirtschaft der DDR handelte, um diesen Bereich der DDR-Landwirtschaft nachhaltig zu schädigen. Erst in zweiter Linie wurde angenommen, daß die Infektion auch durch verunreinigtes Futter bzw. durch die hohe Konzentration der Tierbestände verursacht worden sein könnte. Der Verdacht fiel sofort wieder auf die ungarischen Importeure des Zuchtmaterials; der DDR-Volkswirtschaft sei ein

14 Situationsbericht zur Aufbereitung von Geflügelkost aus der Käfighaltung, 20.11.1972, LAB Rep. 635, Nr. 68, o. Bl.

15 Brief von Genosse Kiesler an Genosse Honecker – betreffs der Tierverluste durch Importe aus der Volksrepublik Ungarn im KIM Möckern, 25.2.1970, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 52, o. Bl.

Schaden in Höhe von 330.000 Mark entstanden.¹⁶ So blieb das Mißtrauen gegenüber ausländischen Erzeugnissen bzw. ausländischen Handelspartnern nicht mehr nur auf die Herkunft aus dem „kapitalistischen Wirtschaftsgebiet“ bzw. ein neutrales Land wie Jugoslawien beschränkt, sondern erstreckte sich nun auch auf den Bündnispartner Ungarn. Mit gewissem Befremden registrierte die Abteilung Landwirtschaft des ZK die Weigerung der ungarischen Handelspartner, nach den Tierverlusten im KIM-Möckern die Regreßansprüche der DDR für den Ausfall der Tiere in Höhe von 2,6 Mio. „Transferrubel“ zu begleichen. Da es nicht möglich war, das eindeutige Verschulden des ungarischen Handelspartners an dieser Tierkrankheit nachzuweisen, bemühte sich die DDR in der Folge, die Importe aus Ungarn weiter zu reduzieren und die Geflügelzucht – als Basis für die Geflügelmast in der DDR – weitgehend auf eigene Füße zu stellen.¹⁷

Neben diesen vorausschauenden Planungen tauchte in der laufenden Arbeit der KIM-Betriebe ein neues Problem auf. Immer wieder kam es zu Ausfällen bei der Bereitstellung von Medikamenten zur Bekämpfung von Tierseuchen in den Lege- und Mastbetrieben, was dazu führte, daß es in den KIM-Betrieben 1970 zu akuten Epidemien bzw. großen Verlusten in der Produktion kam.¹⁸ Aber nicht allein die genannte lückenhafte Belieferung mit Medikamenten sorgte für neue Schwierigkeiten, vielmehr führte auch die rasante Steigerung der Tierkonzentration dazu, daß neue Krankheitsbilder bei den Tieren entstanden, für die zu diesem Zeitpunkt noch keine ausreichenden Schutzmaßnahmen getroffen werden konnten. Das gleiche galt für die vorhandenen Desinfektionsmittel zur Reinigung der Stallanlagen. Auch sie entsprachen nicht den gestiegenen Anforderungen, die sich aus der konzentrierten Intensivhaltung von Geflügel ergeben hatten.¹⁹

Um aber eine stabile Produktion und die Gesunderhaltung der Tierbestände sichern zu können, kam es zu einem weiteren Ausbau der veterinärmedizinischen Betreuung der KIM-Produktion. Wie ernst dieses Problem genommen wurde, läßt sich auch daran ablesen, daß die VVB Tierzucht vorschlug, der verantwortliche Leiter des Veterinärwesens solle innerhalb der neu zu bildenden VVB Industrielle Tierproduktion die Position eines Bezirkstierarztes einnehmen und gleichzeitig in das staatliche Veterinärwesen beim Rat für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR eingeordnet werden, was einer deutlichen Aufwertung gleichkam. Immerhin wurde die VVB somit indirekt einer Bezirksbehörde gleichgestellt. Zusätzlich wurden Überlegungen angestellt, das Hühnerfutter grundsätzlich nur noch im eigenen Land herzustellen, um einerseits größeren Einfluß auf die Qualität der Futtermittel nehmen zu können und andererseits zu verhindern, daß über die Futterproduktion Krankheitserreger in die Produktionsanlagen der KIM-Betriebe eingeschleppt werden.²⁰ Wie empfindlich die intensive Geflügelmast auf Störungen des künstlichen Stallklimas

16 Brief von Abt. Landwirtschaft an W. Ulbricht, 13.4.1970, 2 Blatt, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/7, Nr. 7, o. Bl.

17 Ebd.

18 Vom Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft Abt. Veterinärwesen an VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion – Industriemäßige Zuchtorientation und Produktion Gen. Direktor Dr. Brauns – Planungsrichtlinie für Medikamente- und Impfstoffbedarf für Geflügel-KIM-Betriebe –, LAB Rep. 635, Nr. 124, o. Bl.

19 Vermerk über Probleme der Prophylaxe und medikamentalen Absicherung der industriellen Geflügelanlagen, LAB Rep. 635, Nr. 124, o. Bl.

20 Von Dr. Helmut Koch an das Zentralkomitee der SED, Leiter der Abt. Landwirtschaft Genossen Kiesler – Vorschläge über die Veränderung der veterinär-hygienischen Arbeit im KIM Spreenhagen –, 25.11.1970, LAB Rep. 635, Nr. 124, o. Bl.

reagierte, zeigt ein Vorfall im August 1970. Im KIM Möckern, in der Nähe von Magdeburg, waren während eines Produktionstages von 16.00 bis 19.15 Uhr, also über mehr als drei Stunden, sämtliche Belüftungsanlagen einer Masthalle ausgefallen. Dies hatte zur Folge, daß 12.183 Broiler nicht mehr für die weitere Mast geeignet waren. 8.843 der Tiere waren bereits verendet und konnten nur noch der Tiervernichtung zugeführt werden, während die überlebenden 3.340 Broiler kurzfristig notgeschlachtet werden mußten.²¹

Auch in der 1971 gebildeten VVB Industrielle Tierproduktion kam es zu keiner Verbesserung, was die Versorgung mit Medikamenten anbelangte. Die immer wieder gerne benutzte Ausflucht, im zurückliegenden Jahr habe es sich um ein reines Verwaltungsproblem gehandelt, wich der Einsicht, daß die Import-Einsparungsbemühungen der DDR auch auf dem Gebiet der pharmazeutischen Industrie nur neue grundlegende Probleme erzeugten. Die entsprechenden Betriebe der DDR waren weder hinsichtlich Qualität noch Umfang in der Lage, die bisher aus dem westlichen Ausland stammenden Produkte zu ersetzen.²² In dieser Frage standen sich die Leitung des Veterinärwesens im Rat für Landwirtschaft und Forstwirtschaft und die staatlichen Planungsgremien diametral gegenüber. Die verantwortlichen Tierärzte waren nicht willens, ihre Arbeit am Mangel spezieller Medikamente scheitern zu lassen, nur weil die auftretenden Krankheiten mit einheimischen, aber unzureichenden Medikamenten bekämpft werden sollten.²³ Die für eine intensive Tierhaltung erforderlichen Medikamente waren in der DDR aber nicht vorhanden und sollten nach Ansicht der Praktiker importiert werden – im Interesse des Tierschutzes und der stabilen Produktion.²⁴ Dennoch war man unter dem allgemeinen Devisenmangel an übergeordneter Stelle der Meinung, daß es ausreiche, bei gründlicherer wissenschaftlicher Analyse solche Importanforderungen vermeiden zu können, und forderte die Veterinärmediziner nochmals auf, das Krankheitsgeschehen im KIM Spreenhagen (innerhalb der VVB fungierte Spreenhagen als Basiszuchtbetrieb) erneut zu untersuchen.²⁵ An diesem Einzelbeispiel ist deutlich zu sehen, wie die hierarchisch organisierte Wirtschaftslenkung im Interesse kurzfristiger Effekte sukzessive die eigenen Abläufe lähmte, indem Probleme schlichtweg geleugnet und „nach unten“ zurückverwiesen wurden.

Aufgrund der Seuchenvorfälle in den KIM-Betrieben legte die VVB-Leitung bzw. das ihm unterstellte Institut für Geflügelzucht Rottenau Medikamentenreserven für eventuell wieder auftretende Epidemien an, um schneller reagieren zu können. In den von mir vorgefundenen Papieren spielt die Kostenfrage für eine derartige Bevorratung auch hier keine

21 Direktion industriel. Zuchtorientation und Produktion Abt. Geflügel – Vermerk über eine Havarie der Lüftungsautomatik in einer Produktionshalle des VE KIM Möckern, 4.8.1970, LAB Rep. 635, Nr. 111, o. Bl.

22 Vom Staatl. Veterinärmedizinischen Prüfungsinst. an VVB Tierzucht und Industrielle Tierproduktion, industriel. Zuchtorientation und Produktion z. Hd. Gen. Anders, – Prophylaxepr.ogramm für die industriel. Geflügelzucht und -produktion, 5.1.1971, LAB Rep. 635, Nr. 124, o. Bl.

23 VE KIM Möckern Großelterntierbetrieb – Konzeption zur Haltung und Aufzucht von gesunden, leistungsfähigen Großelterntieren –, 21.1.1971, LAB Rep. 635, Nr. 125, o. Bl.

24 Von Abt. Veterinärwesen an OVR Prof. Dr. Heider, Direktor der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin, 3.2.1971, LAB Rep. 635, Nr. 124, o. Bl.

25 Abschrift – Protokoll über das Abschlußgespräch am 14.12.1970 zu dem Verlustgeschehen im KIM Spreenhagen vom Oktober/November 1970, 14.12.1970, LAB Rep. 635, Nr. 124, o. Bl.

Rolle; im Mittelpunkt steht vielmehr die Frage, wie Ausfälle in der Fleischproduktion durch vorausschauende Bevorratung verhindert werden können.²⁶

Die Medikamente schienen jedoch nicht der Kern des Seuchenproblems innerhalb der KIM-Betriebe zu sein. Fehlende tierzüchterische Erfahrung bei der konzentrierten Haltung von großen Tierbeständen führte ebenfalls zu größeren Verlusten. Eine „märkische Krankheit“ genannte Geflügelseuche breitete sich systematisch mit allen Folgeerkrankungen und Schäden aus, besonders in den Frischeierbetrieben der VVB. Besonders hart betroffen war der „Frischeierbetrieb Bestensee“ des KIM Königs Wusterhausen, denn dieser hatte als erster von allen KIM-Betrieben die Produktion aufgenommen. Nach Einschätzung der verantwortlichen Veterinärmediziner führte diese Krankheit seit 1969 Jahr für Jahr zu immer höheren Verlusten und zunehmenden ökonomischen Schäden: In der Aufzuchtpériode lagen die Verluste bei 20 %, in der Legeperiode sogar bei 35 %, die Fleischverluste lagen jährlich bei 150.000 Schlachthühnern. Die verantwortlichen Veterinäre beklagten einen wirtschaftlichen Schaden von jährlich 7,3 Mio. Mark, der die gesamte Rentabilität dieses Produktionszweiges gefährdete. Es kam zu umfangreichen Maßnahmen (Entseuchung und Prophylaxe) in den Ställen, den technischen Anlagen sowie im Stallumfeld. Diese Vorkehrungsmaßnahmen zur Stabilisierung der Umweltbedingungen für die Aufzucht und die Legehennen führten zu keinem entscheidenden Erfolg, konnten aber die weitere Ausbreitung des Krankheitsgeschehens über zusätzliche Erregerherde aufhalten. Die zuständigen Veterinärmediziner plädierten für permanente Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen sowie Sicherungsmaßnahmen während des gesamten Produktionsbetriebes; andernfalls könnte der Ausbruch verschiedener anderer Krankheiten nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus forderten sie eine Schutzimpfung für Aufzucht und Legehennen generell nach dem Schlüpfen, um das Infektionsrisiko deutlich um 90 % zu reduzieren. Angesichts der aufgetretenen Verluste in Höhe von 7,3 Mio. Mark schienen die zusätzlichen Kosten von ca. 1,1 Mio. Mark durchaus gerechtfertigt. Zudem erhöhte diese Schutzimpfung die Widerstandskraft der Tierbestände insgesamt und verhinderte das Ausbrechen von Folgekrankheiten. Somit wurde eine höhere Lege- und Mastleistung bei geimpften Tieren erreicht.²⁷ Zwar hatte die Veterinärmedizin aufgrund der Epidemien der Jahre 1970 und 1971 in der VVB an Bedeutung gewonnen, es sollte sich aber zeigen, daß dies nicht ausreichte, um die schwierigen Lieferbeziehungen innerhalb der DDR-Volkswirtschaft zu überwinden. So war es Ende 1971 nicht gelungen, den neuen Basiszuchtbetrieb für Putenmast in Neuglienick mit einer veterinärmedizinischen Station auszurüsten, obwohl die zurückliegenden Ereignisse bei Hühnergeflügel gezeigt hatten, wie sehr die Vernachlässigung dieses Bereiches zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen mußte. Nach Aussagen der Betriebsleitung in Neuglienick war es nicht gelungen, die notwendige Labor- und Apothekeneinrichtung für diesen Betrieb zu beschaffen. Aufgrund einer Kürzung der Investitionsleistungen in diesem Betrieb hatte die veterinärmedizinische Station kein eigenes Gebäude auf dem Betriebsgelände erhalten, sondern sollte in den Verwaltungstrakt der Produktionsanlage integriert werden. Allerdings war durch diese Reduzierung des Investitionsvolumens auch die Einrichtung für die veterinärmedizinische Station aus dem Plan genommen worden; bei der Nachbestellung für den

26 Institut für Geflügelzucht Rottenau – Verbesserung der Medikamentenversorgung – 21.9.1971, LAB Rep. 635, Nr. 126, o. Bl.

27 Von VE Kombinat Industrielle Mast Königs-Wusterhausen an VVB Tierzucht und industrielle Produktion z. Hd. des Direktors für Produktion und Absatz Gen. Anders – „Analyse über den Frischeierbetrieb Bestensee des VE KIM Königs-Wusterhausen“ –, 29.9.1971, LAB Rep. 635, Nr. 122.

weiterhin vorhandenen Bedarf solcher Ausrüstungen zeichneten sich Lieferverzögerungen von 2–3 Jahren ab, so daß man sich an dieser Stelle veranlaßt sah, gemeinsam mit den Beschaffungsabteilungen der VVB und an den verantwortlichen Planungsbehörden vorbei diese Ausrüstungen doch noch zu beschaffen.²⁸

Aus einem zusammenfassenden Bericht über die Versorgungslage bei Arzneimitteln innerhalb der VVB wird ersichtlich, daß der massive Einsatz von Medikamenten nicht nur eine Frage der direkten Seuchenbekämpfung, sondern aufgrund der konzentrierten Tierbestände ein dauerhafter Bestandteil der Zucht und Mast von Nutztieren innerhalb der VVB war,²⁹ ohne daß die Konsequenzen für die Gesundheit der Verbraucher zu diesem Zeitpunkt auch nur ansatzweise problematisiert wurden. Im Vordergrund stand die medikamentöse Gesunderhaltung der riesigen Tierbestände, um die Produktion von Fleisch für die Versorgung der Bevölkerung stabilisieren zu können. Obwohl nicht angenommen werden kann, daß die Bedenken zum massiven Medikamenteneinsatz bei Fleischerzeugern in anderen Ländern wesentlich größer waren, bleibt doch im übertragenen Sinn ein bitterer Nachgeschmack, und als ehemaliger DDR-Bürger könnte man beinahe froh sein, daß die Staatsplanwirtschaft damals nicht über so viel Chemikalien verfügte.

Die langfristige Wirkung des Aufbaus von Anlagen zur Massentierhaltung lag aber darin, daß die Pläne zur Ausweitung dieser Methoden auf die Rinder- und Schweinemast trotz der Rückschläge bei anderen Tierarten und des hohen Stellenwerts des Broilers für die schnelle Versorgung der Bevölkerung nie aufgegeben wurden. Beim Aufbau des VEB Schweinezucht und Mastkombinates Eberswalde war man ins Hintertreffen geraten; der jugoslawische Lieferant hatte durch den Ausbruch der Schweinepest in Jugoslawien keine Möglichkeit, die Liefertermine einzuhalten, mit der Folge einer um sechs Wochen verspäteten Einstellung. Die DDR machte Regreßansprüche gegenüber dem jugoslawischen Lieferanten geltend, deren Durchsetzung allerdings nicht sicher war, und die vor allen Dingen die Kostenverluste nicht wirklich ausgleichen konnten. Im Gegensatz zu den Geflügelbetrieben war in der Schweinemast schon die Produktionsaufnahme mit ernsten Schwierigkeiten beladen: die aufwendigen Nebenobjekte wie Wasserwerk, Trafostation, zentrale Pumpenstation für Gülle und andere Gewerke ließen sich anscheinend nicht so zügig in die Bauplanung eingliedern. Immer wieder mußten Bauverzögerungen durch Improvisation und das Einschalten von Kleinbetrieben aufgeholt werden. Letzteres geschah vor allen Dingen in Sonn- und Feiertagsarbeit, was zusätzliche Lohnmittel erforderte.³⁰

Den parallelen Aufbau des VEB Industrielle Kälbermast Herzfelde schätzte die Leitung der VVB Industrielle Tierproduktion als unrentable Investition ein. Aber anders als bei der Broika-Produktion wurden hier nicht die natürlichen biologischen Lebensbedingungen der Tiere als Problem angesehen, um eine effektive Produktion bzw. ein akzeptables Produktionsergebnis zu erreichen, sondern die fehlenden Erfahrungen der Mitarbeiter. Anders als im KIM Königs Wusterhausen entwickelte sich hier keine stabile Belegschaft. Andererseits

- 28 Von VE Kombinat Industrielle Mast, Basiszuchtbetrieb für Puten, Neuglienick an VVB Industrielle Tierproduktion, Direktionsbereich Zucht, Produktion, Absatz z. Hd. Frau Dr. Hahnewald – Laboreinrichtung, Apothekeneinrichtung –, 25.11.1971, LAB Rep. 635, Nr. 126, o. Bl.
- 29 VVB Industrielle Tierproduktion Veterinärwesen – Zusammenfassung der Berichterstattung aus den VEB KIM zur Versorgungssituation mit Arzneimitteln 1972 –, 8.6.1972, LAB Rep. 635, Nr. 126, o. Bl.
- 30 Vom Komitee der ABI Stellv. des Vorsitzenden Gen. Schwermer – Information – Inbetriebnahme der Beispielanlagen VEB Broika Storkow und SZMK Eberswalde –, 3.11.1969, BArch, DC 14, Nr. 164, o. Bl.

forderte die eingesetzte Technik einen hohen Wartungsaufwand, dem die entsprechenden technischen Wartungsbetriebe innerhalb der DDR nicht gewachsen waren. Schließlich sah man sich veranlaßt, dem Betrieb einen eigenen Instandsetzungs- und Wartungsbereich zuzuordnen. Darüber hinaus wurden für die Kälber Nachtdienste und Sonntagsbetreuungen durch Tierpfleger und Veterinärmediziner eingerichtet, um auch außerhalb der Regelarbeitszeit eine gewisse Sicherheit in der Aufzucht zu gewährleisten. Durch verbesserte Fütterung und kontinuierliche veterinärmedizinische und tierpflegerische Betreuung hoffte man in der VVB, das Ausmaß der Tierverluste in den kommenden Jahren allmählich zu senken und damit die Fleischausbeute bei Kalbfleisch im VEB KIM Herzfelde systematisch zu erhöhen.³¹ Die anhaltenden Schwierigkeiten dieses Betriebes offenbarten die Spätwirkungen des Verlusts von tierzüchterischem Fachwissen: Infolge der Kollektivierung der Landwirtschaft hatten viele auf Leistungsmast spezialisierte Bauern die DDR verlassen. Dieser Verlust ließ sich durch die bloße Konzentration von Tierbeständen und die angestrebte Technisierung der Haltungsbedingungen nicht beseitigen. Vielmehr mußte dieses Defizit nun Schritt für Schritt und mit hohem finanziellem und personellem Aufwand abgebaut werden.

Obwohl die zur VVB gehörenden Betriebe der Schweinezucht und -mast und der Kinder- und Kälbermast bis 1972 keine vergleichbaren Ergebnisse aufweisen konnten, war gerade der Erfolg der Broilermast der Ausgangspunkt für den weiteren Ausbau großer Rinder- und Schweinemastanlagen und von nun an vorrangiges Ziel für die Entwicklung der staatlichen Tierproduzenten in der DDR-Landwirtschaft. Dabei neigte man zusehends zu weiterer bis extremer Intensivierung der Tierhaltung im Schweinezucht- und Mastkombinat Eberswalde. Der Ausbau dieser Anlagen sollte zu insgesamt 56.000 Mastplätzen führen, ergänzt durch mehr als 1.000 sogenannte Abferkelplätze und 2.500 Eberaufzuchtplätze einschließlich Besamungsstationen. Zusätzlich sollte im Raum Leipzig ein Schweinemastkombinat mit einer Kapazität von 10.000 Mastplätzen gebaut werden. Diese Projekte wurden weiter verfolgt, obwohl die Unterlagen schon deutlich zeigten, daß die Entsorgung der Gülle das Hauptproblem sein würde. Aber in der Hoffnung, solche Fragen durch technologische Lösungen zufriedenstellend beseitigen zu können, schuf man erst das Problem, um anschließend nach seiner Lösung zu suchen.³² So war die VVB Industrielle Tierproduktion Vorreiter für jene Form von Landwirtschaft in der DDR, die eine bisher nicht bekannte Leistungssteigerung in der Fleischerzeugung ermöglichte, aber verantwortlich dafür war, daß sich die ökologische Situation auch in diesem Sektor der Volkswirtschaft zusehends verschlechterte und schwerwiegende Folgelasten verursachte.³³

-
- 31 Vorlage für die Dienstbesprechung beim Generaldirektor am 29.3.1971, – Konzeption zur Entwicklung der Produktion und Erreichung der Rentabilität des VEB KIM Herzfelde, 26.3.1971, LAB Rep. 635, Nr. 5, o. Bl.
- 32 VVB Industrielle Tierproduktion – Zuarbeit zum Referat des Genossen Minister Ewald, 17.1.1972, LAB Rep. 635, Nr. 3, o. Bl.
- 33 Vgl. Ulrich Petschow u. a., Umweltreport DDR: Bilanz der Zerstörung, Kosten der Sanierung, Strategien für den ökologischen Umbau, Frankfurt/M. 1990.

2. Das Personal der VVB: Umworben und umsorgt

Neben der permanenten Beschäftigung mit den Mängeln der Planwirtschaft gestaltete sich der Aufbau einer soliden Betriebsbelegschaft für die staatlichen Leitungen als unaufhörlicher Kampf. Die Belegschaft war das Potential, um die Produktion der Beispielbetriebe für industrielle Mast schnellstmöglich zu stabilen Erträgen zu führen. So wurde das KIM Königs Wusterhausen 1968 erneut zum Versuchsfeld. Diesmal ging es um die sogenannte „sozialistische Betriebswirtschaft“. In diesem Zusammenhang wurden zusätzliche produktionsfördernde und lohnsteuerfreie Zusatzvergütungen in diesem Betrieb eingeführt. Das Einkommen der in der Produktion beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sollte sich aus drei Teilen zusammensetzen: einer leistungsbezogenen Grundvergütung, einer lohnsteuerfreien und produktionsfördernden Zusatzvergütung und der Jahresendprämie. Der Anteil der Grundvergütung an der Gesamtvergütung sollte 70–80 % betragen. Die produktionsfördernde Zusatzvergütung wurde bei Überbietung der vorgegebenen technischen und ökonomischen Parameter gewährt. Zusätzlich sollte es aber – wenn der Betrieb Gewinn erwirtschaftete – möglich sein, individuelle Prämien auszuzahlen. Das Einkommen eines Arbeiters in der Produktion sollte nicht über diesen Weg versteuert werden, vielmehr sollte er nur noch die direkt für sein Einkommen wirksamen Leistungen erhalten, während der Betrieb aus dem Lohnfonds eine Abgabe an den Staatshaushalt zu leisten hatte. Die Lohnfondsabgabe sollte im prozentualen Verhältnis zum bisher gezahlten Lohnsteueranteil vom geplanten Lohnfonds ermittelt werden, und zu Beginn eines jeden Planjahres sollte der Betrieb den gesamten Betrag an den Staatshaushalt abführen.³⁴

In der Konsequenz bedeutete dies, daß der Betrieb eine konstante Summe aus dem Lohnfonds an den Staatshaushalt abführen sollte; im Fall der Erwirtschaftung eines höheren Gewinns sollte er diesen Gewinn an seine Mitarbeiter einerseits bar auszahlen und andererseits durch zusätzliche Sozialleistungen weitergeben. Die Sozialleistungen sollten im sogenannten Sozialfonds im Betriebskollektivvertrag (BKV) verankert werden. De facto bedeutete dies für die Mitarbeiter in der Produktion bei Erfüllung ihrer persönlichen Aufgaben eine Lohnsteigerung und bei Überbietung der Planziele des Betriebes eine Zusatzvergütung, wobei die Zuwendungen des Staates stabil blieben. Ziel dieser Regelung sollte es sein, über einen erheblichen Einkommenszuwachs für die Beschäftigten die Leistung des Betriebes insgesamt zu stimulieren.³⁵ Es erscheint fraglich, ob dies zu einer bedeutenden Leistungssteigerung und nicht wiederum nur zu einer Einkommensverbesserung der Beschäftigten geführt hätte, denn es fehlen Hinweise auf mögliche Sanktionen bei fehlender Arbeitsleistung oder auf eine vorgeschaltete individuelle Normenkontrolle.

Um 1969 das Personal innerhalb der KIM-Betriebe stabil zu halten, bemühte man sich also, die Beschäftigten durch zusätzliche Leistungen an den Betrieb zu binden. Es gab Zu- schüsse zum Lohnfonds, zum Essengeld und für die Ferienunterbringung der Kinder von

34 Ebd. Staatliches Komitee für Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse – Vorlage für die Dienstbesprechung am 9.10.1968 – Schlußfolgerungen zu Problemen des Aufbaues der industrieartigen Großanlagen –, 8.10.1968, BArch, DK 1, Nr. VA neu 846, o. Bl.

35 Staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse – Vorlage für die Dienstbesprechung am 5.11.1968 – Grundsätze zur Anwendung neuer lohnsteuerfreier Vergütungsformen im Beispielbetrieb VEB Kombinat Industrielle Mast Königs Wusterhausen –, 31.10.1968, BArch, DK 1, Nr. VA neu 846, o. Bl.

Betriebsmitarbeitern. Das KIM Königs Wusterhausen erhielt einen Kindergarten mit 54 Plätzen, ein Ledigenwohnheim und eine Werkskantine.³⁶ Der gesamte Arbeitskräftebedarf des VEB KIM Königs Wusterhausen wurde aus der nichtberufstätigen Bevölkerung sowie Schulabgängern, die als Lehrlinge in den Betrieb eintraten, gedeckt. Um aber die Fluktuation in der Belegschaft einzudämmen, wurde es nötig, die ungelernten Arbeitskräfte über Qualifizierungsmaßnahmen weiterzubilden, um ihnen so einen gesteigerten Verdienst innerhalb des Lohngefüges des KIM-Betriebes zu ermöglichen. Darüber hinaus war es möglich, sich innerhalb des Betriebes zum Meister oder zum Fachschulingenieur für Geflügelproduktion zu qualifizieren. Anfang 1969 arbeiteten in den Betrieben des VEB KIM 473 Frauen und 557 Männer. Der Großteil der Männer gehörte zu diesem Zeitpunkt der noch zum Betrieb gehörigen Bauabteilung an. Eine Überprüfung des Personalbestandes des Kombinats ergab, daß sich damals keine einzige Frau in der Kombinatsleitung befand. In den Leitungsabteilungen der einzelnen Betriebsteile waren neun Männer und drei Frauen und in den Bereichsleitungen sogar elf Männer und nur eine Frau. Insgesamt waren 27 Männer und vier Frauen innerhalb des Kombinates in leitenden Funktionen tätig, während sich das Verhältnis Männer zu Frauen, vom Baubetrieb abgesehen, im KIM Königs Wusterhausen eher die Waage hielt. In den Meisterbereichen überwogen allerdings die weiblichen Beschäftigten, jene wurden zu 62,5 % von Frauen geleitet. Dies war im Vergleich zu anderen KIM-Betrieben, etwa dem KIM Möckern, jedoch eher eine Ausnahme. In Möckern wurden von insgesamt 13 nur zwei Meisterbereiche von Frauen geleitet. Wiederholt wurde dies als Vernachlässigung der gesellschaftlichen Rolle der Frau getadelt, blieb jedoch ein weitverbreitetes Phänomen. Von den 121 Beschäftigten im Schlachthof Möckern waren 109 Frauen, aber die zwölf Leitungspositionen dieses Schlachthofes, vom Leiter des Schlachthofs bis zu den einzelnen Meisterbereichen, waren alle von Männern besetzt. Lediglich die Funktion der Tierärztin wurde von einer Frau ausgeübt.³⁷

Deshalb wurde die Berufsausbildung für die im Aufbau befindlichen und bereits produzierenden KIM-Betriebe innerhalb der VVB Paretz grundsätzlich neu gestaltet und zentralisiert. Neu geschaffen wurde der Beruf des Zootechnikers mit der Spezialisierung Broilmast, Eierproduktion, Aufzucht, Putenproduktion und Entenproduktion. Voraussetzung dafür war der Abschluß der 10. Klasse; Zielgruppe waren vorrangig Mädchen. Die Berufsausbildung umfaßte einen Zeitraum von 1½ Jahren, ein Jahr entfiel dabei auf die Grundlagenausbildung, an die sich eine 6monatige, auf den Arbeitsplatz bezogene Spezialisierung zum Zootechniker anschloß. In der nächsten Stufe erfolgte die Ausbildung zum Meister in einem 1½ jährigen, kombinierten Fachschulstudium an einer Meisterschule, das aber auch im Fernstudium absolviert werden konnte. Damit erreichte man die Qualifikation, einen Meisterbereich innerhalb der Geflügelproduktion leiten zu können, d. h. einer Gruppe von mehreren Zootechnikern vorzustehen. Für weitergehende Leitungsaufgaben gab es die Ausbildung zum Fachschul-Agrar-Ingenieur für den Produktionszweig Geflügelproduktion. Die Ausbildung erfolgte an der Agrar-Ingenieur-Schule Oranienburg-Luisenhof in einer Spe-

36 Betriebsplanung 1969 des VEB KIM Königs Wusterhausen, Plan 1969 K.-und S.-Fonds, 26.2.1969, BLHA Rep. 514, Nr. 932, o. Bl.

37 Bezirkslandwirtschaftsrat Frankfurt/Oder – Vorlage für die Produktionsleitungssitzung am 24.2.1969, Abrechnung des bisherigen Standes des Aufbaus der KIM-Objekte und Darlegung der Maßnahmen zur Gewährleistung der festgelegten Termine zu deren Inbetriebnahme, Sicherung für die kadermäßige Besetzung dieser Objekte bei ihrer Inbetriebnahme und Fragen der Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den KIM-Objekten –, 24.2.1969, LAB Rep. 635, Bündel 9, o. Bl.

zialklasse für Geflügelwirtschaft. Die dreijährige Ausbildung umfaßte Grundstudium, Fachstudium und ein Ingenieurpraktikum in einer industriell produzierenden Großanlage. Für den Bereich der Veterinärmedizin und für Leitungsfunktionen in der Kombinatsleitung wurde an der Berliner Humboldt-Universität, Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin, der Studiengang Diplom-Agrar-Ingenieur und Diplom-Veterinärmediziner eingerichtet. Beide Studiengänge liefen über vier Jahre und gliederten sich in Grund- und Fachstudium und Praktikum bzw. verschiedene Teilpraktika in der industriellen Produktion. Darüber hinaus wurde ein ausgedehnter Bereich der Erwachsenenqualifizierung geschaffen, der es den aus der nichtberufstätigen Bevölkerung stammenden Beschäftigten ermöglichte, mit einer sehr kurzen Ausbildung den Berufsabschluß des Eiersortierers, Geflügelschlächters und Desinfekters zu erreichen. Insgesamt ging man davon aus, daß in der industrieläßigen Produktion ca. 12.000 Fachkräfte gebraucht würden.³⁸

Tabelle 20: Aufschlüsselung des Arbeitskräftebedarfs in den KIM

Qualifikationsgrad	erwarteter Arbeitskräftebedarf
Facharbeiter	9600
Fachschulausbildung	1800
Hochschulausbildung	600

Quelle: Abteilung Kader Aus- und Weiterbildung – Vorlage zur Dienstbesprechung beim Generaldirektor am 14. April 1969. Konzeption für die gesamte Aus- und Weiterbildung im Produktionszweig Geflügel –, LAB Rep. 635, Bündel 9, o. Bl.

Die VVB ging davon aus, daß jedes Jahr etwa 500 Lehrlinge im Gesamtbereich des Produktionszweiges Geflügel eingestellt werden müßten, da es zu einem jährlichen Abgang von ca. 4–5 % der Beschäftigten kommen würde. Die Ausbildung der Lehrlinge sowie die Erwachsenenqualifizierung sollte an drei Standorten konzentriert werden: für die drei Nordbezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg auf dem volkseigenen Gut Groß-Ziethen, für die zentralen Bezirke Ostberlin, Magdeburg, Frankfurt/Oder und Potsdam im Ausbildungszentrum des KIM Königs Wusterhausen, für die Südbezirke Halle, Leipzig, Erfurt und Suhl im Ausbildungszentrum des KIM Gutenberg und im Ausbildungszentrum des Rates für Landwirtschaft Dresden für die Bezirke Cottbus, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Gera. Das KIM Königs Wusterhausen sollte die Rolle einer Leitausbildungseinrichtung übernehmen, sowohl für die Qualifikation der Ausbilder als auch für die weitere Entwicklung der Berufsbilder.³⁹

Anhand des Betriebskollektivvertrages des KIM Königs Wusterhausen, der für die KIM-Betriebe der VVB nach wie vor nicht nur in technologischer, sondern auch in organisatorischer Hinsicht als Beispielbetrieb galt, kann man ersehen, wie umfangreich die Bemühungen waren, welche die Kombinatsleitung unternahm, um einen stabilen Mitarbeiterstamm in den einzelnen Anlagen des Betriebes aufzubauen. Neben der Regelentlohnung wurde ein Prämienfonds für die Mitarbeiter zur Verfügung gestellt; im KIM Königs Wusterhausen belief er sich 1970 auf 1.228.000 Mark. Da dieser Betrieb im Jahr 1970 etwa 1.000 Mitarbeiter beschäftigte, kann man gut und gern davon sprechen, daß es sich bei diesem Prämien-

38 Abteilung Kader Aus- und Weiterbildung – Vorlage zur Dienstbesprechung beim Generaldirektor am 14.4.1969. Konzeption für die gesamte Aus- und Weiterbildung im Produktionszweig Geflügel –, LAB Rep. 635, Bündel 9, o. Bl.

39 Ebd.

fonds um das 13. Monatsgehalt der Beschäftigten des Kombinats Industrielle Mast Königs Wusterhausen handelte. Dies erscheint auch deswegen gerechtfertigt, weil die Vorschriften zur Vergabe des Prämienfonds vorsahen, daß ca. 80 % dieses Fonds in die Jahresendprämie fließen sollten. Abgesehen von diesem zusätzlichen Leistungsanreiz stellte der Betrieb KIM Königs Wusterhausen seinen Mitarbeitern eine Vielzahl von Leistungen zur Verfügung, um die Arbeiterschwierigkeiten innerhalb des Betriebes erträglicher zu machen. Zur kulturellen und sozialen Betreuung der Mitarbeiter stand dem Betrieb im Jahr 1970 ein sogenannter Kultur- und Sozialfonds in Höhe von 190.000 Mark zur Verfügung. Darüber hinaus wurden eine Reihe von Leistungen, die unter der Position „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ im Betriebskollektivvertrag festgelegt wurden, in diesem Dokument vertraglich festgelegt. Über die Verwendung der Gelder entschied der kaufmännische Bereich der Kombinatsleitung in Abstimmung mit der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL). Bei einer weiteren Leistung, die im Betriebskollektivvertrag festgelegt wurde, handelte es sich um die Bereitstellung von Wohnraum für die Werktätigen des Kombinats durch die Kommune. Zudem war die Betriebsleitung bemüht, Festtage in den Familien der Beschäftigten, wie Eheschließung, silberne und goldene Hochzeit, sozialistische Namensgebung und Jugendweihe durch Präsente der Betriebsleitung aus Mitteln des Kultur- und Sozialfonds zu berücksichtigen. Auch kleinere Präsente, die erkrankten Mitarbeitern des Betriebes überreicht werden sollten, konnten aus diesem Fonds finanziert werden.⁴⁰

Dem Ziel einer langfristigen Bindung der weiblichen Belegschaft an den Betrieb diente ebenso die Festschreibung von Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen im Betriebskollektivvertrag. Zu diesem Zeitpunkt besaß der Betriebskindergarten des VEB KIM Königs Wusterhausen 54 Plätze. Dieser sollte im Verlaufe des Vertragsjahres um weitere 60 Plätze erweitert werden. Gemeinsam mit den in der Nähe ansässigen Betrieben VEB Erdöl- und Erdgaserkundung Mittenwalde und dem Schwermaschinenkombinat Wildau sollte ein Ledigenwohnheim mit 70 Plätzen eingerichtet werden. Bis zur Fertigstellung beider Vorhaben sollte in Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommunalverwaltungen eine Vereinbarung getroffen werden, um sowohl Kindergarten- als auch Krippenplätze für die Mitarbeiter des Betriebes in kommunalen Einrichtungen zur Verfügung stellen zu können. Darüber hinaus sah der Betriebskollektivvertrag vor, das bisherige Schulungsheim Karo Ziegelei im Verlaufe des Jahres 1970 zu einem Ferien- und Austauschobjekt umzubauen, in dem die Kinder der Betriebsangehörigen ihre Ferien verbringen sollten. Zwischenbetriebliche Vereinbarungen boten die Möglichkeit, den eigenen Mitarbeitern im Austausch mit anderen Betrieben zusätzliche Ferienplätze zur Verfügung zu stellen. Das gleiche Ziel wurde mit dem ebenfalls geplanten Bau einer Feriensiedlung mit 70 Betten in Prerow an der Ostsee verfolgt. Innerbetrieblich war vorgesehen, das Betriebsessen zu stützen und deutlich zu verbessern. Am Sitz der Kombinatsleitung sollte in jenem Jahr der Bau eines Küchentrakts fertiggestellt werden. An die Kantine sollte eine Lebensmittelverkaufsstelle für Betriebsangehörige angegeschlossen werden. Hier sollte Frischgemüse und Obst aus der Region speziell für die Mitarbeiter zum Verkauf kommen. Im Betriebskollektivvertrag wurde weiterhin festgelegt, daß die Mitarbeiter in den weit verstreuten Produktionsbereichen des Kombinates in den Wintermonaten mit warmen und in den Sommermonaten mit kalten Getränken zu versorgen seien. Schichtarbeitern sollte ein Frühstücksangebot bzw. das Essen am Arbeitsplatz ermöglicht werden. Für diesen Zweck wurden zwei Verkaufswagen zur Verfügung gestellt. Mit

40 Betriebskollektivvertrag 1970, VE Kombinat Industrielle Mast Königs Wusterhausen, BLHA Rep. 514, Nr. 1472, o. Bl.

diesen sollten die Mitarbeiter nach festgelegten Tourenplänen beliefert und den Frauen letztlich auch der Wochenendeinkauf erspart werden, indem in diesen Wagen Waren des täglichen Bedarfs sowie eine Pausenversorgung angeboten wurden.⁴¹

Fester Bestandteil der „ganzheitlichen“ Betreuung der Mitarbeiter des KIM Königs Wusterhausen waren aber auch die zentral geplanten finanziellen Mittel für die offiziellen Feiern: zum Internationalen Frauentag, zum 1. Mai, zum Tag der Staatsgründung der DDR sowie für zusätzliche kulturelle Höhepunkte wie Kinderweihnachtsfeiern und ähnliches. Ergänzt wurde dieses System der innerbetrieblichen Sozialleistungen für die Mitarbeiter durch eine Betriebsambulanz, die mit einem Betriebsarzt, einer Krankenschwester und einer Sachbearbeiterin für sozial-medizinische Betreuung besetzt war. Diese ambulante Praxis innerhalb des Betriebs hatte an vier Tagen der Woche geöffnet; den verschiedenen Bereichen des Betriebes war in dieser Zeit jeweils eine Sprechzeit zugeordnet. Die Betriebsambulanz hatte aber nicht nur die Aufgabe, die Mitarbeiter des KIM Königs Wusterhausen und die akuten Fälle zu betreuen, sondern war mit der Durchführung von Einstellungs- und Reihenuntersuchungen des Personals beauftragt. Vorgeschrieben waren Reihenuntersuchungen für alle, die in der Tierproduktion und im Schlachthof arbeiteten, sowie darüber hinaus für jene Mitarbeiter, die körperlich schwere und gesundheitsgefährdende Arbeiten wie die Desinfektion der Stallbereiche ausführten. Für Schwangere und Jugendliche unter 18 Jahren waren solche Untersuchungen ebenfalls vorgeschrieben. Vorsorgeuntersuchungen und therapeutische Maßnahmen bei Mitarbeitern mit berufsbedingten Schädigungen gehörten auch zu den Aufgaben dieser ambulanten Praxis; außerdem galt es, allgemeine Vorsorgemaßnahmen, die in der DDR durchgehend geregelt waren, bei den Mitarbeitern durchzusetzen und Maßnahmen zur therapeutischen oder vorbeugenden Behandlung für einzelne Mitarbeiter festzulegen. Dazu gehörte die Verschreibung von Kuren oder ähnliches. Auch der Sport war innerhalb des Betriebskollektivvertrages geregelt. Es existierte eine Betriebs-sportgemeinschaft (BSG) mit den Sparten für Rudern, Tischtennis, Gymnastik, Volleyball, Wandern, Touristik, Fußball und Schwimmen. Die BSG wurde ebenfalls aus dem Kultur- und Sozialfonds finanziert.⁴²

Die Betreuung der Mitarbeiter ging jedoch weit über Sozialleistungen und Gesundheitsschutz hinaus. Der Betriebskollektivvertrag dokumentiert gleichfalls den Anspruch der SED, die Mitarbeiter zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen, ihnen aber auch ihrer Tätigkeit entsprechende berufliche Qualifikationen zu vermitteln. Organisierte Freizeitbeschäftigungen wie Chorsingen, Fotoarbeiten, Kunstgewerbearbeiten, Literaturvorträge, Mitgliedschaft im Fanfarenzug wurden von der Betriebsleitung aus diesem Fonds finanziell unterstützt. Doch galt die Förderung nicht nur derartigen unpolitisch anmutenden Beschäftigungen. Auch die Teilnahme bzw. der erfolgreiche Erwerb von Qualifikationen in den Partei- und Massenorganisationen der DDR wurde mit Leistungsprämien honoriert. Wer bereit war, sich in seinem Beruf zu qualifizieren, und seine Ausbildung mit gutem Notenabschluß beendete, konnte ebenfalls eine Prämierung erhalten. Für das Fernstudium mit Meister-, Fach- oder Hochschulabschluß sowie für die sogenannte gesellschaftliche Qualifikation an politischen Schulen wurde den Betreffenden ein Studientag pro Kalendermonat gewährt. Frauen im Frauensonderstudium, das sich vor allen Dingen dadurch auszeichnete, daß sich bereits Berufstätige weiterbilden konnten, wurde ein zusätzlicher Studientag eingeräumt.⁴³

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Ebd.

Dies hatte besondere Bedeutung, weil speziell in den produzierenden Bereichen wie Broilermast, Frischeierproduktion oder Geflügelschlachthof der Anteil der Frauen bis zu 98 % betrug; sie sollten besondere Unterstützung im Betrieb erfahren. Zudem waren bis zu diesem Zeitpunkt 45 % der weiblichen Beschäftigten im KIM Königs Wusterhausen noch ohne Berufsausbildung eingestellt worden, während eine abgeschlossene Berufsausbildung die Voraussetzung für den Facharbeitertariflohn darstellte. Andererseits standen die Qualifikationsbemühungen der Kombinatsleitung auch in einem unmittelbaren politischen Kontext. Das wird u. a. in der „Jugendförderung“ deutlich. Den jungen Mitarbeitern wurde ein klares politisches Bekenntnis abverlangt, wenn sie sich innerhalb des Betriebes eine berufliche Perspektive aufbauen wollten.⁴⁴ Jedoch kann die Frage, in welcher Form dies in den „Zirkeln der jungen Sozialisten“ letztendlich tatsächlich erfolgte, aus den vorliegenden Unterlagen nicht beantwortet werden. Sozialleistungen, politische Schulungen wie auch Berufsqualifikationen hatten einen einheitlichen Fokus: die stabile Produktion. Eine gefestigte, auch in politischen Fragen zuverlässige Belegschaft sollte dies gewährleisten.

Der VVB Industrielle Tierproduktion waren 1971 insgesamt 20 KIM-Betriebe unterstellt. Aus einer Kaderanalyse geht hervor, daß unter den 671 Leitungskadern der VVB am 15. April 1971 193 Frauen waren. Als Führungskräfte werden hier all jene Personen angesehen, die in der Leitungspyramide vom Meister eines Meisterbereiches an aufwärts tätig waren.

Tabelle 21: Politische und soziale Zusammensetzung der Führungskader der VVB ITP

Führungskader insgesamt	671	100,0 %
Mitglieder der SED	392	58,4 %
Mitglieder von Blockparteien	71	10,6 %
Parteilose	208	31,0 %
ehemalige NSDAP-Mitgl.	11	1,6 %
Frauen insgesamt	193	28,8 %
Arbeiter insgesamt	381	56,8 %
Werktätige Bauern insgesamt	127	18,9 %
Andere insgesamt (Angestellte, Intelligenz, Großbauern)	162	24,1 %

Quelle: Kaderanalyse der VE KIM – Betriebe vom 15. April 1971, LAB Rep. 635, Nr. 30, o. Bl.

Die Kaderanalyse zeigt deutlich die Prioritäten des Staatlichen Komitees für Erfassung und Verarbeitung. Aus dem vorgelegten Material suchte man Kriterien für die politische Zuverlässigkeit und Sicherheit in den KIM-Betrieben zu gewinnen. Daß zwei Drittel der Mitarbeiter in diesen als entscheidend angesehenen Funktionen ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter oder sogenannte werktätige Bauern waren, war für die Leitung des Komitees ausreichend, um für die KIM-Betriebe die führende Rolle der Arbeiterklasse zu sichern. Ergänzt wird diese Einschätzung durch den Hinweis, daß lediglich 94 dieser Personen, das entspricht 14 %, Verwandte im westlichen Ausland hatten und diese 94 Personen auf insgesamt 20 Betriebe verteilt waren. Allerdings wird einschränkend bemerkt, es sei darauf zu achten, daß es möglichst zu keiner Konzentration von Personen mit einem derartigen Ver-

44 Ebd.

wirtschaftsverhältnis in einem Betrieb komme. Kennzeichnend für die Verhältnisse in der DDR ist aber, daß das Führungspersonal in gewisser Weise für seine Aufgaben unterqualifiziert war, auf der anderen Seite aber der Frauenanteil in diesem Betrieb in dem Maß abnahm, wie sich die Qualifikationsanforderungen erhöhten. Waren unter den Meistern immerhin 41,4 % Frauen, waren es bei den Hochschulabsolventen nur noch 18,5 %. Bemerkenswerterweise lag der Anteil der Frauen bei der Teilnahme an sogenannten gesellschaftlichen, also politisch-ideologischen Schulungen ähnlich niedrig wie ihr Anteil an der Hoch- und Fachschulausbildung. Er lag exakt bei 20,3 %. Hier zeigt sich, daß die Bildungsanstrengungen in der DDR geschlechtsspezifische Präferenzen für bestimmte Berufsfelder keineswegs aufheben konnten.

Tabelle 22: Qualifikation der Führungskräfte der VVB ITP

	geforderte Qualifikation	vorhandene Qualifikation	davon Frauen
Hochschulabschluß	198	173	32 = 18,5 %
Fachschulabschluß	302	249	71 = 28,5 %
Meister	135	111	46 = 41,4 %
Facharbeiter	29	91	33 = 36,2 %
gesell. Schulen	188	158	32 = 20,3 %

Quelle: Kaderanalyse der VE KIM – Betriebe vom 15. April 1971, LAB Rep. 635, Nr. 30, o. Bl.

Die Qualifizierungsmaßnahmen der VVB konnten das zumeist geringe Bildungsniveau der für die KIM-Betriebe gewonnenen Frauen nicht vollständig ausgleichen. Der Anteil der in Leitungsfunktionen beschäftigten Frauen der VVB bzw. KIM-Betriebe sank nicht nur mit der Hochschulqualifikation, sondern auch mit zunehmendem Alter. Allerdings stiegen die Bildungschancen, je jünger die leitenden Mitarbeiter in den KIM-Betrieben waren. Um so geringer war dann der ohnehin geringere Anteil der Frauen in Leitungspositionen.⁴⁵

Einen weiteren Schritt zur Stabilisierung der Belegschaft und damit zur weiteren Sicherung einer stabilen Produktion sah die Leitung der VVB in der kontinuierlichen Qualifizierung des Personals. Dabei stellte man sich das Ziel, 83 % der Gesamtbeschäftigten im Laufe des Zeitraumes von 1971 bis 1975 so zu qualifizieren, daß sie zumindest eine abgeschlossene Ausbildung erreichten. Anteilig bedeutet das, daß 10–11 % von ihnen einen Hochschulabschluß, 9 % einen Meisterabschluß und 60–63 % einen Facharbeiterabschluß erreichen sollten. Gegenüber diesen Zielstellungen stellt sich die Situation per 31. Dezember 1970 wie folgt dar:

4,1 % der Mitarbeiter haben einen Hochschulabschluß,
6,7 % einen Fachschulabschluß,
3,0 % eine Meisterausbildung und
47,9 % eine Facharbeiterausbildung.

Ohne Beruf sind zu diesem Zeitpunkt noch 38,3 % der Beschäftigten. Durch das System der Aus- und Weiterbildung erhoffte sich die Leitung der VVB, das Ausbildungsniveau des

45 Kaderanalyse der VE KIM-Betriebe vom 15.4.1971, LAB Rep. 635, Nr. 30, o. Bl.

Nachwuchses im Verlauf des Jahres 1971 kurzfristig verbessern zu können. Anlaß zu dieser Hoffnung gab die Entwicklung insbesondere in der Berufsausbildung. Insgesamt hatte man 249 Lehrlinge in der VVB eingestellt, davon hatten 215 die 10. Klasse abgeschlossen, 23 einen Abschluß der 8. Klasse und lediglich 11 einen noch niedrigeren Schulabschluß. Für 1972 war sogar vorgesehen, insgesamt 251 Lehrlinge einzustellen, von denen 229 die 10. Klasse abgeschlossen haben sollten. Allerdings wurde auch an dieser Stelle wieder postuliert, daß es nicht allein darum gehe, die berufliche Qualifikation der VVB-Beschäftigten zu verbessern, sondern daß es sich bei Erlangung einer höheren Qualifikation auch darum handelte, die politisch-ideologische Grundüberzeugung insbesondere bei den Lehrlingen zu festigen. Deshalb wurde den Ausbildungseinrichtungen der VVB der Auftrag erteilt, die politische Arbeit der FDJ-Grundorganisation zu verbessern, d. h. insbesondere, die Mitarbeit im „Zirkel Junger Sozialisten“ und die Mitgliedschaft in der DSF zu erhöhen sowie eine bessere Kulturarbeit während der Berufsausbildung sicherzustellen. Dies sollte in eine kontinuierliche Werbung von Kandidaten der SED münden. Für die berufsspezifische Ausbildung erfolgte im Ausbildungsjahr 1971/72 eine einheitliche Umprofilierung zum Beruf des Zootechnikers, der alle Formen der industriellen Zucht- und Mastarbeit, von der Geflügel- bis zur Kälbermast, gestattete und auf dessen Grundlage es dann in einer zweiten Ausbildungsstufe zu einer Spezialisierung in den verschiedenen Tierrichtungen kommen sollte. Während sich also die Berufsausbildung in zwei Stufen, Grundausbildung und Berufspezialisierung, entwickeln sollte, setzte man in der Meisterausbildung den Akzent deutlich auf Spezialisierung.⁴⁶

Meister waren die untersten Leiter der staatlichen Leitungspyramide innerhalb der VVB. In aller Regel unterstand ihnen ein Mast- oder Zuchtbereich mit den dazugehörigen Fachbeamten. Die dafür erforderliche Leistungsausbildung erfolgte über die Kreislandschulen und wurde in Zusammenarbeit mit der VVB zusätzlich spezialisiert. Die Ausbildung von Fach- und Hochschulkadern oblag der VVB nur in einem geringen Maß, indem an Fach- und Hochschulen ausgebildete Studierende innerhalb der Produktionsbetriebe ihr Praktikum durchführten und als Absolventen nach dem Direktstudium unmittelbar in die Betriebe kamen. Das Hauptaugenmerk der VVB lag darauf, den eigenen Bedarf an Fach- und Hochschulkadern dadurch zu sichern, daß die betreffenden Studierenden vom Betrieb zum Studium geschickt, d. h. delegiert wurden und nach Abschluß des Studiums mit zugesicherter Leistungs- und Führungsarbeit im Betrieb eingestellt werden konnten. Angesichts der nach wie vor hohen Anzahl von Ungelernten in der VVB war im Interesse einer möglichst umfassenden Qualifikation der Beschäftigten der VVB vorgesehen, diese Mitarbeiter in Bildungszentren, die sich in der Geflügel- und Schweinefleischproduktion in Königs Wusterhausen und Eberswalde befanden, einschlägig zu qualifizieren. Zugleich sollte in diesen Bildungszentren die Qualifikation des Leitungspersonals der VVB verbessert werden, da ein Teil dieser sogenannten Führungskader nicht direkt aus der Landwirtschaft kam und nur aufgrund ihrer Zuverlässigkeit in Leitungsfunktionen an der Spitze der VVB eingesetzt worden war.⁴⁷

Per 31. Dezember 1971 hatte die VVB 6.383 Beschäftigte, darunter 3.486 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 54,6 %. In einzelnen Betrieben war der Anteil der beschäftigten Frauen noch höher und lag bei 70 % und darüber. Allerdings zeigt sich das Bild nach wie

46 Zum Tagesordnungspunkt „Plan der Aus- und Weiterbildung“ auf der Direktorentagung in Eberswalde am 28.10.1971, 27.10.1971, LAB Rep. 635, Nr. 38, o. Bl.

47 Ebd.

vor anders, fragt man nach der Qualifikation. Unter den Hochschulabsolventen waren lediglich 22 % Frauen, unter den Fachschulabsolventen 37 % und unter den Meistern 46 % Frauen. Um dem entgegenzuwirken, entwickelte die VVB spezielle Kaderprogramme für Frauen, da diese Entwicklung auch in den Augen der verantwortlichen Wirtschaftsfunktionäre nicht zufriedenstellend war. Allerdings stellte sich heraus, daß es nicht ausreichte, Programme zu entwickeln, um Frauen innerhalb der VVB stärker zu qualifizieren. Unter den männlichen Leiterkollegen gab es z. B. Vorbehalte gegenüber weiblichen Führungskräften. Auch fehlten Kindergärten, Krippenplätze und ausreichende Einkaufsmöglichkeiten, um Frauen die Möglichkeit zu geben, sich neben Beruf und Familie weiterzuqualifizieren. Auch unter den Frauen selbst gab es Vorbehalte, was wohl seinen Grund auch in der mangelnden Unterstützung durch die Ehepartner hatte. Allerdings war man innerhalb der VVB zu der Erkenntnis gekommen, daß es unter den Frauen ein großes Bedürfnis nach Qualifikation gab, vor allem wohl auch deshalb, weil dies mit besseren Verdienstmöglichkeiten in Zusammenhang gebracht wurde. Im zurückliegenden Jahr hatte das durchschnittliche monatliche Einkommen eines männlichen Mitarbeiters in der VVB 677 Mark betragen, während das einer Frau nur 559 Mark ausmachte. Aus dem Bericht über die Entwicklung der Frauenbeschäftigung innerhalb der VVB läßt sich aber auch klar ersehen, daß der Begriff industrielle Tierproduktion den eigentlichen Ertrag der Arbeit in diesen Stallanlagen in gewisser Weise verschleiert. Unter den für die starke Fluktuation innerhalb des Betriebes genannten Gründen werden eine Reihe von Arbeitserschwerissen bzw. Härten genannt, die deutlich machen, daß es sich in den Mastanlagen von Broilern und in der Legehennenrichtung nach wie vor um körperliche Arbeit handelte. Eine Härte in der Stallarbeit lag in der hohen Staubentwicklung bei der Bodenintensivhaltung. Die Geflügelzüchterinnen im Legehennenbereich mußten täglich bis zu 23 Eierkisten zu je 32 bis 35 kg transportieren und stapeln. Die Reinigungsarbeiten wurden fast vollständig noch von Hand ausgeführt. Das Einstallen und Impfen der Tiere erfolgte ebenfalls manuell, und das Raumklima in den Mastställen war von hoher Innentemperatur und stickiger Luft bestimmt. Innentemperaturen von weit über 30°C waren während der Sommermonate keine Seltenheit in den Stallanlagen. Auch das ständige Arbeiten unter künstlichem Licht und die Zugluft in den Produktionshallen stellten eine beträchtliche körperliche Belastung dar.⁴⁸ Für die Kombinatsleitungen der KIM-Betriebe und die Leitungen der VVB lag hier das Haupthindernis für die Bildung eines stabilen und gut qualifizierten weiblichen Personalbestandes. Eine deshalb eingeleitete erneute Untersuchung bestätigte die beschriebenen Erschwernisse und verdeutlichte zugleich, daß diese ohne Produktionsausfälle kurzfristig nicht veränderbar waren.⁴⁹

In der Berufsausbildung wurde das ehrgeizige Ziel, die gesamte Belegschaft mit einem Berufsabschluß ausstatten zu können, ebenfalls nicht so leicht erreicht; nach Angaben der Kaderabteilung der VVB bedurfte ein Teil der anfallenden Arbeiten wie Eiersortieren, Desinfektion der Gebäude und die Mitarbeit in den Schlachthöfen keiner eigenständigen Qualifikation bzw. nur einer Teilqualifikation. Allerdings schlug die VVB-Leitung vor, zusätzliche Berufsbilder für diese Tätigkeiten zu entwickeln, um dem Ausbildungsideal der DDR

48 Maßnahmenplan zur termingerechten Fertigstellung und Inbetriebnahme der Großanlagen industrieartiger Tierproduktion auf der Grundlage des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 21.2.1968, 7.4.1969, LAB Rep. 635, Nr. 94, o. Bl.

49 Kaderabteilung – Information für Genosse Faust, 12.4.1972, LAB Rep. 635, Nr. 9, o. Bl.

besser entsprechen zu können.⁵⁰ Die Arbeits- und Lebensbedingungen in den KIM-Betrieben schienen ein zentrales Moment bei der Frage der Leistungssteigerung gewesen zu sein. Immerhin verließen im Jahr 1972 288 Mitarbeiter die VVB, und es verstärkte sich der Eindruck, daß viele Produktionsarbeiterinnen wegen zu monotoner und zu schwerer körperlicher Arbeit gingen. Darüber hinaus wurde wiederholt festgestellt, daß Wohnungswechsel und der Mangel an Krippenplätzen besonders verheiratete Mitarbeiterinnen dazu bewegten, den Betrieb zu verlassen, obwohl sie eine spezialisierte Facharbeiterausbildung für ihre Tätigkeit besaßen. Deshalb sah die Führung der VVB es als wesentlich an, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben zu verbessern, und zwar einheitlich nach dem Vorbild des KIM Königs Wusterhausen.⁵¹

Das überlieferte Quellenmaterial des KIM Königs Wusterhausen und der VVB Industrielle Tierproduktion läßt innerhalb des Untersuchungszeitraums dieser Studie weder eine abschließende noch eine repräsentative Aussage über Erfolg oder Mißerfolg dieser umfangreichen Anstrengungen zur Belegschaftsbildung zu. Das Bild von der modernen Produktion, deren Arbeitsmethoden denen der Industrie gleichkamen, muß aber revidiert werden. Für Menschen, die an modernen technischen Abläufen interessiert waren und die nach den Annehmlichkeiten des Stadtlebens suchten, waren die KIM-Betriebe kein attraktiver Ort. Die Interviews, die ich mit ehemaligen Mitarbeiterinnen des KIM Königs Wusterhausen führte, verweisen eher in eine andere Richtung:

Insbesondere für Frauen aus der Landwirtschaft, die keine Land- oder Viehanteile in die LPG einbringen konnten, ihr bodenständiges Leben aber auch nicht vollständig aufgeben wollten, war dieser Betrieb mehr als nur eine Notlösung, denn im Vergleich zu den Arbeitsbedingungen bäuerlicher Kleinbetriebe war die Beschäftigung im KIM ein echter Modernisierungsschritt. Diese Frauen waren an schwere körperliche Arbeit und den Umgang mit Tieren gewöhnt, so daß die Arbeit im KIM für sie keine große Umstellung bedeutete und ihre bisherigen Erfahrungen sogar von beträchtlichem Wert blieben. In diesem Sinne stellten die KIM-Betriebe sogar einen Hort der Kontinuität von traditioneller ländlicher Lebensweise dar. Dazu gehört aber auch, daß die Männer mehrheitlich die Leiter im KIM waren und die Frauen das Vieh betreuten. Die sich mit der Zeit ausweitenden Leistungen der betrieblichen Sozialpolitik und die Chancen zur Berufsqualifikation im Betrieb boten ihnen zugleich eine überschaubare Perspektive auf sicheren Wohlstand und bisher ungekannte Anerkennung in der Arbeit – bei Wahrung des ländlichen Lebensgefühls. Hierfür nahmen die KIM-Frauen die politischen Zumutungen des SED-Staates im Alltag im Betrieb hin, ohne aber die Distanz zu den Vertretern der Herrschaft in der DDR aufzugeben. Obwohl sie dies immer betonten, blieben sie dem Betrieb bis in die Privatisierung nach der Wende und Vereinigung 1989/90 treu.⁵² So erscheinen die KIM-Betriebe nicht nur als die bedeutendsten Geflügelproduzenten in der Landwirtschaft der DDR, sondern auch als ein bedeutender Ort der sozialen Absicherung für Frauen und des Fortbestehens ländlicher Lebensweise, was als stabilisierender Faktor für die DDR-Gesellschaft nach dem Mauerbau nicht außer acht gelassen werden darf.

50 Information für Genosse Faust, Berichterstattung Aus- und Weiterbildung anlässlich der Generaldirektoratetagung am 30.6.1972, LAB Rep. 635, Nr. 2, o. Bl.

51 Bemerkungen zu den eingereichten Fluktuationsanalysen, LAB Rep. 635, Nr. 29, o. Bl.

52 Vgl. Patrice G. Poutrus, „... mit Politik kann ich keine Hühner aufziehn.“, Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn, S. 235–265.

3. Das Restaurant: Goldbroiler satt bis zum Ende

Der Erfolg der „Goldbroiler-Gaststätten“ von Anfang November 1967 blieb in den nachfolgenden Jahren weitgehend erhalten. Die „Berliner Zeitung“ wußte allerdings schon wenige Tage nach der Eröffnung der drei ersten Restaurants in Ostberlin zu berichten, daß der starke Andrang in den neueröffneten Restaurants nicht nur zu einem Rekord der Besucherzahlen, sondern auch zu langen Wartezeiten führte. Als Mangel erwies sich auch, daß die drei neuen Restaurants nicht ausreichend mit Grillgeräten ausgestattet waren, um die stürmische Nachfrage der Gäste befriedigen zu können. Der Tagesumsatz der drei Restaurants hatte sich im Vergleich zu früher verdreifacht, und der starke Andrang führte zu einer erheblichen Belastung des Bedienungspersonals. Der Bericht erstattende Redakteur merkte jedoch an, daß zumindest der Nachschub an Hähnchen und Hähnchen für die Goldbroilerrestaurants gesichert sei, so daß sich alles auf die Frage der fehlenden Grillgeräte zuspitze; der Lösung dieses Problems stelle sich die zuständige HO-Direktion aber, so der genannte Zeitungsbeitrag. Allerdings handle es sich bei diesen drei Restaurants lediglich um Probeobjekte, hier würden Erfahrungen für den Aufbau weiterer Restaurants dieses Spezialtyps gesammelt.⁵³

Ein Kommentar der „Berliner Zeitung“ vom 27. November des gleichen Jahres weist ebenfalls auf den unerwartet großen Erfolg der drei neuen Goldbroilergaststätten hin. Dabei wird allerdings der Begriff des „Backhendl“ für diese Gaststätten benutzt, ein sicher ungewollter Hinweis auf das eigentliche Vorbild „Wienerwald“. In diesem Beitrag wird der Erfolg der Goldbroilerrestaurants damit begründet, daß die Berliner Bevölkerung mehr Wert auf ihre schlanke Linie lege und das gesunde Geflügelfleisch diesem Bedürfnis entspreche. Auch dieser Kommentar weiß über den besonderen Zusammenhang von moderner Produktionstechnik und dem neuen Restaurantangebot zu berichten: Die Lieferbeziehungen zwischen dem Gaststättenbetrieb „Zentrum Berlin“ und dem KIM Königs Wusterhausen seien eine ganz besonders beispielhafte Kooperation zwischen Produktion und Handel, was natürlich Schule machen sollte.⁵⁴ Im Dezember folgten erste, öffentlich bekanntgegebene Beschwerden aus der Bevölkerung über Unzulänglichkeiten in den hochgelobten Goldbroilergaststätten. So wird ein gewisser Herr Pauli als Guest der HO Gaststätte „Zum Goldbroiler“ am Strausberger Platz zitiert. Er habe feststellen müssen, daß es in diesem Restaurant nur möglich war, Platz zu nehmen, wenn man auch etwas essen würde. „Nur trinken“, wurde ihm vom Personal mitgeteilt, „ist nicht“. Wenn er nur etwas trinken wolle, solle er sich doch in ein Wein- oder Bierrestaurant begeben.⁵⁵

Die rasante Entwicklung in den Berliner Goldbroilergaststätten stellte das KIM Königs Wusterhausen ebenfalls vor erhebliche Probleme. Ursprünglich ging es um die Lieferung von 600 Broilern pro Tag. Sie sollten an den Werktagen Montag, Mittwoch und Freitag angeliefert werden. Der große Zuspruch in den Berliner Goldbroilergaststätten machte aber eine tägliche Lieferung erforderlich, die jedoch äußerst unregelmäßig erfolgte. Neben der unregelmäßigen Belieferung litten die Gaststätten besonders unter der uneinheitlichen Größe der angelieferten Broiler aus dem KIM Königs Wusterhausen. Der Produzent sah sich nicht in der Lage, Broiler kontinuierlich auf der Basis eines Schlachtgewichts von 1,3 kg zu lie-

⁵³ Goldbroiler haben Gästerekord. Begrenzte Grillkapazitäten. Ab Montag schnellere Bedienung, in: „Berliner Zeitung“ vom 18.11.1967.

⁵⁴ Eisbein ade?, BZ-Kommentar, in: „Berliner Zeitung“ vom 27.11.1967.

⁵⁵ Nur trinken is nich!, in: „BZ am Abend“ vom 11.12.1967.

fern, da das Geflügel noch nicht das entsprechende Schlachtgewicht hatte. Deshalb zog man zur Belieferung der Berliner Gaststätten zusätzlich das im Aufbau befindliche KIM Mökkern heran. Parallel dazu wurden die Lieferverträge zugunsten des Berliner Handels geändert, und die Leitung des KIM Königs Wusterhausen sicherte zu, im Monat Dezember etwa 40.000 Broiler für die Versorgung der Geflügelgaststätten in Berlin zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich sollte der Berliner Weihnachtsmarkt mit Broilern beliefert werden. Dabei handelte es sich um täglich 2.000 Stück. Das eigentliche Nadelöhr auf der Erzeugerseite war aber nicht die Aufzucht und Mast selbst, sondern der Schlachthof, der den schnell gestiegenen Anforderungen des Handels nicht in gleicher Weise nachkommen konnte. Deshalb war es für die zentrale Aufbaugruppe erforderlich, außerhalb des eigenen Objektes in verschiedenen anderen Geflügelschlachthöfen Broiler schlachten zu lassen. Längere Fahrtwege und ungleiche technische Voraussetzungen führten allerdings zu einer gewissen Qualitätsminde-⁵⁶ rung.

Die Schwierigkeiten mit der Geflügelschlachtung beim VEB KIM ergaben sich daraus, daß die englische Lieferfirma nicht sofort in der Lage war, die gesamte Schlachtanlage produktionsreif, d. h. in stabiler Arbeitsfähigkeit, zu übergeben. Insgesamt pendelte sich Ende November die tägliche Verkaufskapazität der drei Gaststätten bei ca. 2.000 Stück Broiler ein, wobei das Verhältnis vom Gaststättenverkauf zum Außer-Haus-Verkauf 7:3 betrug. Allerdings wiesen die Betreiber der Gaststätten darauf hin, daß es möglich wäre, dieses Verhältnis umzukehren, wenn KIM Königs Wusterhausen nur in der Lage sei, ausreichend Broiler zur Verfügung zu stellen. In den folgenden Tagen beschäftigte man sich in Königs Wusterhausen hauptsächlich damit, den englischen Vertragspartner im Rahmen der vertraglich vereinbarten Garantieleistungen zur Beseitigung der Anlagenmängel im Schlachthaus zu verpflichten, um die für die Belieferung des Berliner Handels notwendige Arbeitsfähigkeit des Schlachthofes sicherzustellen. Parallel dazu wurde der gesamte Produktionsbereich Broiler des Kombinats Königs Wusterhausen vorzeitig in die ursprünglich erst für später geplante maximale Auslastung überführt. So gelang es, die Anforderungen des Berliner Handels durch kontinuierlichere Produktion und Belieferung zu erfüllen. Gleichzeitig stellte sich nun aber im Handel heraus, daß infolge der starken Arbeitsbelastung der ersten zwei Wochen nach Eröffnung der Gaststätten eine Fluktuation des Küchenpersonals einsetzte. Am 20. November schloß das Restaurant in der Milastraße wegen Erkrankung von vier Arbeitskräften aus der Küche vorzeitig. Die Kapazität der Grillgeräte war für den starken Zuspruch nicht nur völlig unzureichend, sondern es kam sogar zum Ausfall einiger Geräte. Die HO-Bezirksdirektion Berlin bemühte sich deshalb darum, noch im Laufe der letzten Novemberwoche zusätzliche Geräte für die vorhandenen Restaurants zu besorgen.⁵⁷

Im März des Jahres 1968 stellte die „Berliner Zeitung“ in der Rubrik „Bärchen ärgert sich“ fest, daß der große Zuspruch, den die drei Goldbroilerrestaurants in der Ostberliner Bevölkerung erfuhren, nun für diese offensichtlich zum Problem wurde. Während der Außer-Haus-Verkauf anfänglich als eine zusätzliche Bereicherung des gastronomischen Angebots gesehen wurde, beschwerten sich in der Redaktion der „Berliner Zeitung“ nun zunehmend öfter Leser, der Außer-Haus-Verkauf werde immer wieder eingeschränkt und man

56 Konzeption zur Belieferung der Spezial-Gaststätten und des Berliner Weihnachtsmarktes mit Broilern vom VEB KIM, Königs Wusterhausen, 17.11.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 36, Bl. 123–125.

57 Information über Fragen der Technik, Produktion und des Absatzes im VEB Kombinat Industrielle Mast, Königs Wusterhausen, 20.11.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2023, Nr. 36, Bl. 127–130.

werde mit Formulierungen wie „geht nicht“, „kommen Sie später wieder“ oder „wir verkaufen nicht außer Haus“ abgespeist. Die „Berliner Zeitung“ mahnte die verantwortlichen Funktionäre des Handels, den Mund nicht so voll zu nehmen, sondern sich lieber darum zu kümmern, daß das angepriesene Angebot in voller Breite tatsächlich zur Verfügung stünde und deshalb aus Goldbroilern nicht länger Pechbroiler würden.⁵⁸ Im Mai des Jahres 1968 sah sich die Redaktion der „Berliner Zeitung“ nochmals veranlaßt, dieses Problem aufzugehen: Die Restaurants stellten zwar weiterhin ein Angebot dar, das von der Bevölkerung als lobenswert angesehen werde, doch zeigten sich zunehmende Abnutzungerscheinungen. In den drei Betrieben arbeiteten insgesamt 77 Köche, „Griller“ und Serviererinnen sowie Küchenhilfen und Büffetmitarbeiterinnen, benötigt würden aber 93 Mitarbeiter. Es fehlte nicht nur an Grillgeräten, sondern auch an Arbeitskräften, um eine größere Bedienungsgeschwindigkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus zeigte sich, daß zu diesem Zeitpunkt die Nachfrage nach Goldbroilern in den Restaurants weit größer war als erwartet. Nach den ursprünglichen Plänen hätten täglich ca. 1.000 Portionen, also 500 Hähnchen und Hühner, gegrillt werden sollen. Nach etwas mehr als einem halben Jahr lag der Tagesbedarf bei ca. 1.600 Broilern, und das VEB KIM Königs Wusterhausen war kaum in der Lage, kurzfristig das Dreifache der ursprünglich eingeplanten Menge zu liefern. Das Problem, daß selbst die gelieferten Broiler nur dann zügig verarbeitet und verkauft werden konnten, wenn den Restaurants die versprochenen Grillgeräte zur Verfügung gestellt würden, blieb daneben bestehen. In der verantwortlichen Filialgruppe beim HO-Gaststättenbetrieb kannte man diese Schwierigkeiten und wies darauf hin, daß in nächster Zeit zwei weitere Goldbroilerrestaurants eröffnet werden sollten. Ein weiterhin ungelöstes Problem blieben die Größenunterschiede der Broiler. Das Gewicht der gelieferten Schlachtkörper lag zwischen 800 und 1000 g. Im besten Fall führte dies nur zu unterschiedlichen Grillzeiten. Auch widersprachen solche Abweichungen dem gesetzlich festgelegten Preis, der drei Mark fünfzig für einen halben Goldbroiler betrug. Zu diesem Zeitpunkt war eine Verkürzung der Mastzeiten offenkundig noch nicht im Bereich des Möglichen und wurde zudem als unwirtschaftlich abgelehnt. Da die großen Portionen jedoch eher unbeliebt waren, gewannen Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der schweren Portionen an Bedeutung.⁵⁹

Im Mai 1968 griff das Ministerium für Handel und Versorgung das Problem der Preisgestaltung für Broiler in Geflügelgrillrestaurants auf. Dabei wurde festgestellt, daß die ursprünglich festgelegte und auf den Zeitraum bis zum 30. Juni 1968 beschränkte Stützung des Preises von 152.000 Mark aufgrund der großen Nachfrage bereits zum 19. April 1968 um 36.000 Mark überzogen war. Zugleich stellte sich heraus, daß das Staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf nicht mehr bereit war, auf den ihm zustehenden Anteil an der Großhandelsspanne zur Selbstfinanzierung der eigenen Investition zu verzichten. Parallel dazu zeigte sich jedoch, daß die Nachfrage der Bevölkerung einen weiteren Ausbau erforderte, denn es war bis zu diesem Zeitpunkt nicht immer möglich gewesen, den Außer-Haus-Verkauf aufrechtzuerhalten. Neue Berechnungen ergaben, daß der kostendeckende Preis für eine Portion Goldbroiler sechs Mark betragen müßte – im Gegensatz zum Verkaufspreis von drei Mark fünfzig. Wenn man diesen Preis tatsächlich an den Endverbraucher weitergab, so stellte man im Ministerium für Handel und Versorgung fest, würde dies auf der einen Seite

58 Bärchen ärgert sich: Pech-Broiler, „Berliner Zeitung“ vom 9.3.1968.

59 Werden „Pechbroiler“ wieder „Goldbroiler“?, „Berliner Zeitung“ vom 16.5.1968.

dazu führen, daß die Erzeugerpreisstützung für Geflügel wegfiel; so wäre es möglich, die Amortisation der Investitionen in den KIM-Betrieben auf ca. sieben Jahre festzuschreiben.⁶⁰

Auf der anderen Seite war klar, daß eine derartige Maßnahme zu erheblichem Unmut in der Berliner Bevölkerung führen würde, da der Preis von drei Mark fünfzig als eingeführt galt und der die Selbstkosten deckende Preis von sechs Mark erheblich über dem Preisniveau für gebratenes Geflügel im Einzelhandel und in den übrigen Gaststätten läge. Das Ministerium für Handel und Versorgung befürchtete sogar, daß die Entscheidung für den Selbstkostenpreis nicht nur zu allgemeinem Unmut führen, sondern sogar den Eindruck erwecken könnte, das ökonomische System des Sozialismus, dessen Gestaltung gerade in den Medien propagiert wurde, führe allein dazu, daß die Endverbraucherpreise steigen. Dies schien nicht im Interesse der Gesamtpolitik der SED zu sein. Gleichzeitig mußte darauf hingewiesen werden, daß bei einer weiteren Beibehaltung des bis dahin geltenden Endverbraucherpreises und der Absatzentwicklung von Goldbroilern damit zu rechnen war, daß eine jährliche Subvention von 800.000 Mark allein für die drei vorhandenen Restaurants notwendig würde. Vorgeschlagen wurde deshalb eine lineare Veränderung des Einzelhandelsverkaufspreises (EVP) für Goldbroiler nach Gewicht: Eine 400-Gramm-Fleischportion sollte vier Mark kosten; je 50 Gramm zusätzliches Gewicht verteuerte sich die Portion um 50 Pfennig. Damit würde der Preis in den Goldbroilergaststätten den übrigen Geflügelangeboten in der Gastronomie angeglichen; dies käme einem gewissen Kompromiß zwischen Selbstkostenpreis und ursprünglichem Preis gleich und wurde durch das Ministerium für Handel und Versorgung so auch bestätigt.⁶¹

Aufgrund der Preisfestlegung in den Goldbroilergaststätten entsprechend Gewicht und entlang des geltenden EVP für Geflügel, entschloß man sich im KIM Königs Wusterhausen, entgegen der bisherigen Vereinbarung über 800-Gramm-Broiler, nun 1.000-Gramm-Broiler an die Restaurants zu liefern. In der Konsequenz kam dies einer Preissteigerung gleich, da die bisher zusätzlich gestützten Portionen drei Mark fünfzig kosteten und die halben Broiler à 500 g nun zum Preis von fünf Mark angeboten würden. In dieser Vereinbarung zwischen dem KIM Königs Wusterhausen und dem HO-Gaststättenbetrieb „Zentrum“ spielte die Frage nach einem kostendeckenden Preis für den Goldbroiler allerdings keine Rolle.⁶² Im Juni berichtete die „Berliner Zeitung“, in Zukunft werde der Broiler nicht mehr nach Stückpreis, sondern nach Gewicht verkauft werden; ein größerer Broiler könne noch in Viertelbroiler unterteilt werden. So werde es wieder zu einem für die Bevölkerung akzeptablen Preis bei verkleinerter Portion kommen.⁶³

Von all dem unbeeindruckt hielt der Andrang in den Geflügelrestaurants an. Im September 1968 bezeichnete die „BZ am Abend“ (BZA) es denn auch als Fortschritt in der Qualitätssteigerung der gastronomischen Betreuung in den Goldbroilerrestaurants, daß es nun einen kontrollierten Einlaß im Restaurant „Zum Goldbroiler“ am Strausberger Platz gebe; dies führe zu mehr Ruhe und Sauberkeit im Gaststättenbetrieb. In diesem Restaurant wurden

60 Vorlage für die Dienstbesprechung beim Minister für Handel und Versorgung – Probleme der Preisgestaltung für „Goldbroiler“ im Geflügelgrillrestaurant –, 17.5.1969, BArch, DL 1, Nr. VA 18667, o. Bl.

61 Ebd. Vorlage für die Dienstbesprechung beim Minister für Handel und Versorgung – Probleme der Preisgestaltung für „Goldbroiler“ im Geflügelgrillrestaurant –, 17.5.1969, BArch, DL 1, Nr. VA 18667, o. Bl.

62 Zentrale Aufbaugruppe – Vermerk für Gen. Dr. Koch, Beratung über den Übergang der Belieferung der Broilergaststätten mit 1.000-Gramm-Rümpfen –, 4.6.1968, LAB Rep. 635, Bündel 2, o. Bl.

63 Jetzt mehr Goldbroiler, „Berliner Zeitung“ vom 8.6.1968.

zu diesem Zeitpunkt täglich 800 bis 1.000 Gästen insgesamt 1.500 Broilerportionen und fünf Hektoliter Bier serviert. Auch wenn es dem Gaststättenpersonal gelungen war, durch das „Plazieren“ der Besucher im Restaurant Ruhe in den Betriebsablauf zu bringen, so zeigten sich Einrichtung und Entlüftungsanlagen dem weiterhin regen Andrang nicht gewachsen. Ein Jahr nach der Eröffnung des Goldbroilerrestaurants am Strausberger Platz stellte die „BZ am Abend“ fest, daß das Mobiliar inzwischen deutliche Schäden aufweise und die Luft im Restaurant „nicht ideal“ sei.⁶⁴ Diesem Mangel wurde in der nächsten Zeit vor allen Dingen mit der Eröffnung verschiedener Goldbroilerrestaurants in den einzelnen Bezirken Berlins entgegengewirkt: Im Bezirk Pankow wurden „Das Mühleneck“ in der Mühlenstraße „Zum Goldbroiler“ und in der Breiten Straße der „Kleine Ratskeller“ zu Geflügelgaststätten erweitert.⁶⁵ Weitere „Goldbroiler“ folgten an der Kanzowstraße/Ecke Prenzlauer Allee⁶⁶ und am 3. Oktober 1969 im Lichtenberger Stadtteil Karlshorst in der Hermann-Duncker-Straße 99.⁶⁷ Am Antonplatz in Weißensee entstand aus dem ehemaligen „Zum Umsteiger“ ein Goldbroilerrestaurant⁶⁸ und in Mitte im ehemaligen „Presse-Café, am Bahnhof Friedrichstraße.“⁶⁹

Um die Frage zu beantworten, warum die Goldbroilergaststätten in den Jahren 1967 und 1968 einen so großen Anklang bei der Ostberliner und später auch bei der gesamten DDR-Bevölkerung fanden, muß man sich die Entwicklung der Gastronomie in der DDR und insbesondere in Ostberlin noch einmal vor Augen führen. Der Erfolg der Goldbroilergaststätten ist nicht wirklich überraschend. Bereits 1961 hatte in der Chausseestraße eine Grillbar mit dem Namen „Gockelbar“ eröffnet und sich ebenfalls eines beträchtlichen Publikumszuspruchs erfreuen können. Das Grillhähnchen trug zu diesem Zeitpunkt noch keinen eigenen Namen und war sogar für nur zwei Mark zu haben gewesen. Diese „gastronomische Neuheit“ hatte mit täglich 650 bis 700 Konsumenten bereits einen beachtlichen Zuspruch in der Berliner Bevölkerung gefunden.⁷⁰

Vor dem Umbau trug dieser Ort der Einkehr den charakteristischen Namen „Der Hammer“ und war eine der üblichen einfachen Berliner Bierkneipen. Innerhalb des vom Ostberliner Magistrat veranlaßten Rekonstruktionsprogramms für innerstädtische Gaststätten wurde dieses Lokal dann zur „Gockelbar“ umgebaut. Trotz dieses vielversprechenden Beispiels für die von den Ostberliner Stadtverwaltungen verfolgte Linie der Förderung von Spezial- und Nationalitätenrestaurants mußten bis zur Eröffnung der „Goldbroiler-Gaststätten“ noch einige Jahre vergehen. In der DDR-Hauptstadt ging der Anteil der privat betriebenen Gaststätten kontinuierlich zurück, ohne daß diese Tendenz durch die Anzahl der HO-Gaststätten ausgeglichen werden konnte. Die überwiegende Zahl der staatlichen wie auch der privat betriebenen Gaststätten wurden vom Ostberliner Magistrat als Bierstuben klassifiziert; im Berliner Jargon hieß die Bierstube immer Kneipe. Nur wenige hatten ein Imbißangebot, und

64 Mit besserem Appetit, „BZ am Abend“ vom 5.9.1968.

65 Zu Goldbroiler-Gaststätten umgestaltet, „BZ am Abend“ vom 5.2.1969.

66 Eine Goldbroiler Gaststätte, „BZ am Abend“ vom 19.8.1969.

67 Eine Goldbroiler-Gaststätte in Karlshorst, „BZ am Abend“ vom 3.10.1969.

68 Broilergaststätten, „BZ am Abend“ vom 9.10.1969.

69 Ein Spezialrestaurant, „BZ am Abend“ vom 13.6.1970.

70 Paradies für Max und Moritz, in: „NBI“ (Neue Berliner Illustrierte) Nr. 36/1961, S. 28f.

nur der geringste Teil der gastronomischen Betriebe hatte ganzjährig als Speiserestaurant geöffnet.⁷¹

Tabelle 23: Entwicklung des Gaststätten- und Hotelnetzes von Ostberlin (1958–1960)

	Anzahl der Gaststätten	Umsatz insgesamt in TDM	Anzahl der HO-Gaststätten	deren Umsatz in TDM	Anzahl der privaten Gaststätten	deren Umsatz in TDM
1958	1.591	231.965	365	125.558	1.226	106.407
1959	1.421	246.908	409	136.785	1.012	110.123
1960	1.304	247.450	435	146.096	0.869	104.000

Quelle: Magistrat von Groß-Berlin Abt. Handel und Versorgung, Magistratsvorlage Nr. 114/61 – Plan zur weiteren Entwicklung der Gastronomie in Berlin –, 10. März 1961, LAB Rep 113, Nr. 337, Bl. 14.

Ein Vergleich zwischen der Gastronomie Ostberlins und der übrigen DDR ergibt ähnliche Tendenzen, auch wenn Berlin mit mehr ausländischen Touristen und inländischen Besuchern immer eine gewisse Vorreiterrolle in der Gastronomie spielte. Bemerkenswert ist, daß die Gastronomie sich einerseits eines immer stärkeren Zuspruchs erfreute und es im System des sogenannten sozialistischen Handels andererseits nicht möglich war, dem durch ständige Kapazitätserweiterung zu entsprechen. Im Gegenteil: Seit dem Jahr 1960 ging die Anzahl der vorhandenen Gaststätten in der DDR kontinuierlich zurück. In Berlin existierten 1968 nurmehr 70,3 % der gastronomischen Betriebe des Jahres 1960. Dieser Trend ist vor allen Dingen auf das massive Sterben privater Wirtschaften zurückzuführen (zwischen 1960 und 1968 um 32 %), was durch sogenannte Kommissionsbetriebe und den sozialistischen Handel nicht in diesem Umfang aufgefangen werden konnte. In der übrigen DDR war diese Entwicklung weniger dramatisch, folgte aber einem ähnlichen Muster.⁷²

71 Vom Magistrat von Groß-Berlin Abt. Handel und Versorgung, Magistratsvorlage Nr. 114/61 – Plan zur weiteren Entwicklung der Gastronomie in Berlin –, 10.3.1961, LAB Rep 113, Nr. 337, Bl. 13–18.

72 Die Entwicklung des Bedarfs in ausgewählten Bereichen der Gemeinschaftsverpflegung und in öffentlichen Gaststätten der Hauptstadt der DDR, Berlin bis 1980 mit einem Ausblick zum Jahr 1990 – Institut für Marktforschung 1971 –, BArch, DL 102, Nr. 595, o. Bl.

Tabelle 24: Vergleich der Entwicklung der Anzahl der Gaststätten nach Eigentumsformen zwischen Ostberlin und der DDR gesamt in den Jahren 1960–1968

	Anzahl der Gaststätten insgesamt		Anzahl der staatlichen Gaststätten		Anzahl der Kommissionsgaststätten		Anzahl der privaten Gaststätten	
	Jahr	Berlin	DDR	Berlin	DDR	Berlin	DDR	Berlin
1960	1.768	34.423	875	16.090	235	8.281	657	10.052
1962	1.595	33.461	875	17.003	256	8.897	464	7.561
1964	1.545	33.155	907	17.111	274	9.353	364	6.691
1966 ¹	1.565	37.160	984	21.760	279	9.599	302	5.801
1968	1.243	34.243	753	20.490	278	9.458	212	4.287

¹Ab 1966 wurden Betriebskantinen und ähnliche nichtöffentliche Einrichtungen in die Statistik aufgenommen.

Quelle: *Die Entwicklung des Bedarfs in ausgewählten Bereichen der Gemeinschaftsverpflegung und in öffentlichen Gaststätten der Hauptstadt der DDR, Berlin bis 1980 mit einem Ausblick zum Jahr 1990 – Institut für Marktforschung 1971 –, BArch, DL 102, Nr. 595, o. Bl.*

Demgegenüber stand der Trend einer permanenten Umsatzsteigerung in den Gaststätten: In Berlin schnellte der Umsatz zwischen 1960 und 1970 auf 145 %, in der gesamten DDR auf 143,5 %.

Tabelle 25: Vergleich der Entwicklung des Gaststättenumsatzes zwischen Ostberlin und der DDR gesamt in den Jahren 1960, 1965–1970:

	Umsatz in Mio. Mark		Index 1960 = 100 %		Index Vorjahr = 100 %	
	Jahr	Berlin	DDR	Berlin	DDR	Berlin
1960	350,0	4.401	100,0	100,0	-	-
1965	374,0	4.844	106,9	110,1	100,0	100,0
1966	403,0	5.161	115,1	117,3	107,8	106,5
1967	425,8	5.438	121,7	123,6	105,7	105,4
1968	448,6	5.721	128,2	130,0	105,4	105,2
1969	487,6	6.150	139,3	139,7	108,7	107,5
1970	509,9	6.315	145,5	143,5	104,6	102,7

Quelle: *Die Entwicklung des Bedarfs in ausgewählten Bereichen der Gemeinschaftsverpflegung und in öffentlichen Gaststätten der Hauptstadt der DDR, Berlin bis 1980 mit einem Ausblick zum Jahr 1990 – Institut für Marktforschung 1971 –, BArch, DL 102, Nr. 595, o. Bl.*

Hinzu kam, daß in den Jahren um den Mauerbau die Entwicklung der Gastronomie in der DDR von der beschriebenen Lebensmittelknappheit geprägt war und es in dem ohnehin vernachlässigten Zweig des Handels zu keiner deutlichen Veränderung des Angebots kommen konnte. Neben Aufrufen zur besseren Arbeit und zu „Verbesserungsvorschlägen“ wurden in dieser Zeit vor allem Methoden der Einsparung von knappen Lebensmitteln und besonders von importierten Waren in der Öffentlichkeit propagiert. Einzige Innovation blieb

die Einrichtung von sogenannten Nationalitätenrestaurants im Zentrum von Ostberlin. Diese im Angebot an der nationalen Küche der „sozialistischen Bruderstaaten“ Osteuropas orientierten Restaurants waren aber vergleichsweise teuer und konnten auch durch ihre Ausrichtung auf „gehobene Ansprüche“ ein breites Publikum kaum erreichen. Wie sehr aber das „Gaststättenwesen“ mit seinen individuellen Ansprüchen der Verteilungswirtschaft in der DDR widersprach, zeigte sich im Verlauf der Wirtschafts- und Versorgungskrise des Jahres 1962. Neben weiteren Versuchen, das Angebot in den Gaststätten einzuschränken, wurde seit diesem Jahr schließlich die einzige Fachzeitschrift der Branche nicht mehr herausgegeben, nach dem Motto: „Wenn wir das Problem nicht mehr beschreiben, dann hört es auch auf zu existieren.“ Erst im Jahr 1970 wurde dann eine neue Fachzeitschrift unter dem Titel „Gastronomie“ aufgelegt, in der sich im ersten Erscheinungsjahr auch zahlreiche Berichte über die Neuheit „Goldbroiler-Gaststätte“ finden lassen.⁷³

Daß die neuen Goldbroillergaststätten bei der DDR-Bevölkerung in den Jahren 1967 und 1968 so positiv ankamen, ist also vornehmlich mit dem Mangel an vergleichbarer Gastronomie in der DDR zu erklären. Diese Situation wiederum war nicht allein durch ökonomische Schwierigkeiten bedingt, vielmehr fand hier auch der geringe Stellenwert seinen Ausdruck, welcher der öffentlichen Gastronomie im allgemeinen System des Handels der DDR eingeräumt wurde. Geprägt durch die Erfahrung der zurückliegenden Jahre, in denen es immer wieder zu Versorgungsgängen im Lebensmittelangebot für die Bevölkerung der DDR gekommen war, richteten die Planungsbehörden der DDR ihre Anstrengungen zunächst darauf, eine stabile Zuteilung von Waren des Lebensmittelsortiments sowie eine stabile Versorgung mit warmem Essen in Großbetrieben und Behörden durchzusetzen. Innerhalb dieses Systems konnte die öffentliche Gastronomie nur eine untergeordnete Rolle spielen, wie aus den Planungen der Abteilung Handel und Versorgung des Magistrats von Ostberlin deutlich hervorgeht.⁷⁴

Da es die Hauptaufgabe des Bereichs Gaststättenwesen innerhalb der Handels- und Versorgungsbetriebe der DDR-Hauptstadt war, die Versorgung mit warmen und kalten Hauptgerichten sicherzustellen, wurde dieser Bereich nochmals in verschiedene Einzelpositionen untergliedert, wobei an erster Stelle Werkküchen, Schulspeisung, Kinderspeisen und Patientenverpflegung standen. Erst dann kamen die HO-Gaststätten, Interhotels, Konsumgaststätten und Mitropa-Einrichtungen. Aus diesen Unterlagen geht hervor, daß die Gastronomie in der DDR-Hauptstadt nicht etwa das Ziel verfolgen sollte, durch ein attraktives Angebot den individuellen Verbrauch anzuregen und zu steigern; es ging vielmehr darum, das Angebot von warmen und kalten Speisen, insbesondere in der Kantinenversorgung der Großbetriebe und staatlichen Behörden Ostberlins, durch eine kontinuierliche Planung von saisonalen und anderen Schwankungen zu befreien. Über eine Vereinheitlichung der Speisenproduktion erhoffte man sich Rationalisierungseffekte und damit eine Kostensenkung. Die darüber hinaus vorhandenen gastronomischen Einrichtungen – Restaurants und Lokale der verschiedenen genannten Betriebsformen – hatten in diesem System der Versorgung der Bevölkerung eher einen ergänzenden und flankierenden Auftrag: Sie sollten für die Bevöl-

73 Patrice G. Poutrus, Mut zur Lücke in Zeiten des Mangels oder: Die neuzeitliche Gaststätte, in: Simone Barck u. a. (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999, S. 502–507.

74 Magistrat von Groß-Berlin, Abt. Handel und Versorgung – Konzeption für die Entwicklung des Absatzes von warmen und kalten Hauptgerichten in den Einrichtungen des Zweiges Gaststättenwesen in der Hauptstadt der DDR Berlin in den Jahren 1967–1980 –, LAB Rep 113, Nr. 527, Bl. 7–39.

kerungsgruppen, die nicht in den Großeinrichtungen versorgt wurden, ein Angebot an warmen Speisen bereitstellen. Ziel war es, den Anteil der Bevölkerung, der durch dieses Versorgungssystem erfaßt wurde, zu erhöhen, um Angebot wie Absatz warmer und kalter Speisen in nichtöffentlicher und öffentlicher Gastronomie besser in den Planungsablauf im Bereich Handel und Versorgung integrieren zu können.⁷⁵

Mit der gemeinschaftlichen bzw. betrieblichen Kantinenversorgung sollte erreicht werden, daß sich der private Bedarf der DDR-Bevölkerung wesentlich reduzierte, um so den ambulanten Handel entscheidend zu entlasten. Zugleich sollte über eine zentral gesteuerte Schulspeisung und betriebliche Kantinenversorgung in politisch sensiblen Bereichen und Regionen der DDR eine stabile Ernährung der Bevölkerung gesichert werden.⁷⁶ In gleicher Absicht war bereits in den fünfziger Jahren der Aufbau von HO-Werksläden betrieben worden, um so bevorzugt die „werkstädtige Bevölkerung“ mit Mangelwaren versorgen zu können. Auch in anderer Weise entsprach diese Form der Verwaltung des Mangels speziellen Aspekten der Entwicklung des Konsums in der DDR. So war man bemüht, mit der Errichtung kommunaler Waschstützpunkte und Dienstleistungszentren den Mangel an modernen Haushaltsgeräten zu relativieren: Sie sollten ihre Funktion im privaten Haushalt verlieren.⁷⁷

Abgesehen von der illusionistischen Vorstellung, mit solchen Methoden die westdeutschen Konsumvorbilder abschütteln zu können, veranschaulichen diese Konzepte das erstaunliche Hoffen, mit wissenschaftlicher Rationalisierung und allgemeiner Standardisierung die alltäglichen Probleme der DDR-Bevölkerung lösen zu können. Der technologische Schlüsselschritt zum Ausbau der gesellschaftlichen Speisenversorgung sollte dabei die umfassende Verlagerung der Vor- und Zubereitung von Speisen aus den Kantinen und Gaststätten in die Lebensmittelindustrie dienen.⁷⁸ Solchen Trends zum Fertigessen entsprach die Broilerproduktion in der DDR. Die industrielle Geflügelmast hatte Ende der sechziger Jahre einen Stand erreicht, der diesen Anforderungen der Versorgungspolitik entsprach. Die „Geflügelproduktion“ lag ja von der Aufzucht über die Schlachtung bis zum Versand der ausgenommenen und tiefgekühlten Broiler in der Hand der beschriebenen staatlichen Mastbetriebe.⁷⁹

Die nachrangige Bedeutung der individuellen Gastronomie im System der Versorgung der Bevölkerung spiegelt sich auch in der Situation der Gastronomie von Ostberlin selbst wider. Bis zum Jahre 1968 war es zu keiner wesentlichen Verbesserung des Gaststättenwesens der DDR-Hauptstadt gekommen. Lediglich 10–15 % der vorhandenen HO-Gaststätten (insgesamt 400) galten zu diesem Zeitpunkt als Neubauobjekte, während 85–90 % der Gaststätten in Altbauten lagen. Der kostengünstige und offensichtlich schnell mögliche Umbau von ehemaligen Bierlokalen zu Goldbroilergaststätten erfüllte in den Augen der Verant-

75 Ebd.

76 Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Handel und Versorgung: Arbeitsauftrag für die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer Speisenproduktionsbilanz der 12 Systeme des Zweiges Gaststättenwesen der Hauptstadt der DDR Berlin, unter Berücksichtigung der prognostischen Einschätzung der etappenmäßigen Entwicklung der gesellschaftlichen Speisenwirtschaft im Zeitraum 1970–1980, LAB, Rep. 113, Nr. 527, o. Bl.

77 Jörg Roesler, Privater Konsum in Ostdeutschland 1950–1960, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau, Bonn 1993, S. 302.

78 Zum Beispiel Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Handel und Versorgung: Arbeitsauftrag, LAB, Rep. 113, Nr. 527.

79 Karl-Heinz Zöphel, Technologie und Organisation des Schlachtbetriebes im VE Kombinat Industrielle Mast, in: Fleisch 23 (1969) 2, S. 2–44.

wortlichen in der HO-Direktion mehrere Anforderungen an die Ostberliner Gastronomie: Das Ziel einer gastronomischen Vielfalt für Touristen und Besucher der Hauptstadt rückte näher, und zwar ohne die Zuteilung von knappen Gütern im Gefolge, wie sonst immer bei der Eröffnung von Hotelrestaurants. Darüber hinaus trugen die neuen Gaststätten dazu bei, den Anteil von Bierlokalen in der Ostberliner Gastronomie weiter zu senken; anders als bei den sonst eröffneten Hotelrestaurants bewegten sich die Goldbroilerrestaurants nicht im oberen Preissegment der Preisstufe „S“, sondern im mittleren (Preisstufe „3“) und konnten deshalb von der Bevölkerung in stärkerem Maße angenommen werden. So waren die Goldbroilergaststätten in den Augen der HO-Direktion Berlin ein Beispiel für „eine Einheit von Sortiment, Ausstattung und kultureller Leistung sowie Dienstleistung“, ohne gleichzeitig den geforderten Versorgungsauftrag zu unterlaufen.⁸⁰

Der aus dem Mangel geborene Erfolg der neuen Geflügelrestaurants blieb, von solchen Erwägungen unbeschadet, erhalten. Der achte „Goldbroiler“ öffnete Ende August 1970 im Arbeiterviertel Oberschöneweide im Industriebezirk Köpenick in der Wilhelminenhofstraße 42, dem ehemaligen Ratskeller.⁸¹ Die DDR-Zeitschrift „Gastronomie“ brachte in ihrer achten Ausgabe des Jahres 1970 einen Bericht. Dieses achte Geflügelrestaurant hatte täglich (!) von 16 bis 24 Uhr geöffnet und machte bei einem Preis von vier Mark für ein halbes Grillhähnchen einen monatlichen Umsatz von 200.000 Mark. Wesentlichen Anteil an dieser Summe hatten die etwa 500 halben oder viertel Broiler, die, in Aluminiumfolie verpackt, täglich außer Haus verkauft wurden.⁸² Als präsentierte sie eine weitere Medaille bei den Olympischen Spielen, verkündete die „BZ am Abend“, der Goldbroiler Nr. 9 öffne am S-Bahnhof Frankfurter Allee mit 87 Plätzen. In der Beschreibung sehen diese Lokale immer gleich aus: rustikale Einrichtung, bei Eröffnung ansprechende und freundliche Bedienung und etwa 1.700 verkaufte Portionen Broiler täglich.⁸³ Die langfristige Planung des Magistrats von Ostberlin sah sogar vor, bis 1975 zehn und bis 1980 weitere sieben Goldbroilerrestaurants zu eröffnen. Die Goldbroilergaststätten erfuhren von Seiten der Berliner Bevölkerung einen regen bis stürmischen Zuspruch. Allein 1968 verdoppelten die bereits existierenden „besonderen gastronomischen Einrichtungen“ dieser Art ihren Quartalsumsatz.⁸⁴

Eine andere Ausgabe der Zeitschrift „Gastronomie“ berichtet 1970 über eine bereits zur Ostseewoche in Rostock 1969 eröffnete Goldbroilergaststätte. Hier wurden sogar bis zu 1.000 Stück Broiler am Tag verkauft. Diese imposante Zahl machte den Autoren der „Gastronomie“ deutlich, daß dieses Angebot auf eine unvergleichlich größere Nachfrage in der DDR-Bevölkerung traf und sich die neuen Gaststätten infolgedessen sehr schnell abnutzten.⁸⁵ Das erste Broilerrestaurant im Bezirk Erfurt – der Weimarer „Goldbroiler am Theater-

-
- 80 Von der Bezirksdirektion der HO Direktionsbereich Gaststätten – Programm der Berliner HO-Gaststätten zur Herstellung eines Hauptstadt würdigen Niveaus in den Magistralen und Schwerpunkten bis zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR –, 11.3.1968, SAPMO-Barch, DY 42, Nr. 2281, o. Bl.
- 81 Zum 8. Goldbroiler, „BZ am Abend“ vom 24.8.1970. Ebenfalls: Eine neue Goldbroiler-Gaststätte, „Berliner Zeitung“ vom 25.8.1970. Achte Goldbroiler-Gaststätte, „Neues Deutschland“ vom 26.8.1970.
- 82 Elf bis Jahresende, in: „Gastronomie“ 8/1970, S. 3.
- 83 „Zum Goldbroiler“ Nummer 9, „BZ am Abend“ vom 13.10.1970.
- 84 Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Handel und Versorgung: Maßnahmen zur Gestaltung der Versorgungssysteme auf der Grundlage des „Modells zur Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft für eine moderne Versorgung der Hauptstadt der DDR Berlin für den Zeitraum 1970 – 1975/80“, LAB, Rep. 113, Nr. 526, o. Bl.
- 85 Goldbroiler mit eigener Note, in: „Gastronomie“ 6/1970, S. 21/22.

platz“ – machte ein Dauerproblem der DDR-Wirtschaft deutlich: Qualität. Der Grund für die mangelnde Qualität lag aber nicht etwa in der Schlamperei der Hähnchenzüchter, sondern in der Tonnenideologie der DDR-Planwirtschaft. Die Geflügelzüchter erfüllten ihre Planauflagen nach Gewicht pro Tier. Den Restaurantgrills fiel es schwer, die großen Tiere zu garen, und noch schwieriger war es, die Riesenportionen von bis zu einem Kilogramm Fleisch unter die Leute zu bringen. Auch war die Fleischqualität dieser Groß-Broiler erheblich schlechter als bei etwas kleineren und jüngeren Schlachttieren. Eine Klärung dieses Problems war nicht so schnell in Sicht, weil eine Vielzahl von Institutionen und Betrieben einzbezogen werden mußten. Die Verhandlungen zwischen allen Verantwortlichen – Erfurter Fleischkombinat, Erfurter HO-Bezirksdirektion, Abteilung Handel und Versorgung des Rates der Stadt Weimar, Tierzuchtinspektion des VEB Geflügelmast und betroffene Gastronomen – waren offensichtlich sehr zeitaufwendig. Erst ein Jahr später gelang es den Betreibern des „Goldbroiler am Theaterplatz“, mit dem VEB Geflügelmast Weimar, dem Erzeugerbetrieb, einen verbindlichen Liefervertrag abzuschließen, in dem Qualität und konstante Belieferung des „Endversorgers“ festgeschrieben waren.⁸⁶ Nach der Überwindung solcher Anlaufschwierigkeiten wurde die Speisekarte in den Goldbroilergaststätten erheblich erweitert: Von Hühnerbrühe über gebratene Geflügelleber bis hin zum gefüllten Hähnchenbraten wurde alles angeboten, was sich aus einem Masthuhn machen ließ.⁸⁷

Doch mußte die „BZ am Abend“ schon im Januar 1971 feststellen, daß das Äußere und auch die gastronomische Qualität dieser Restaurants mit rustikaler Ausstattung und fleißiger Bedienung sehr schnell unter dem weiterhin großen Ansturm der Gäste zu leiden hatte. Die BZA beschreibt das Geschirr als „angeknallt“ bzw. als „Teller mit Säge“, das heißt, etwa 80 % des Geschirrs waren bereits angeschlagen und hätten ausgewechselt werden müssen.⁸⁸ Mit dem Lokal in der Frankfurter Allee war die Welle der Eröffnung von Goldbroilergaststätten in den verschiedenen Bezirken der Hauptstadt der DDR noch nicht verebbt. In den Rathauspassagen in der Nähe des Alexanderplatzes eröffnete im Januar 1972 das zwölftes Ostberliner Goldbroilerrestaurant.⁸⁹ Im selben Jahr machte im Treptower Stadtteil Baumschulenweg ein weiteres Goldbroilerrestaurant auf: in der Baumschulenstraße, Ecke Kieffholzstraße. Die Nachfrage war derartig groß, daß sich der Treptower Stadtrat für Handel und Versorgung gezwungen sah, Verzögerungen in der „BZ am Abend“ zu begründen und zu versprechen, daß dieses Restaurant – ebenfalls im rustikalen Stil – sobald wie möglich eröffnet werde.⁹⁰ Dieselbe Zeitung meldet im November, Berlin verzehrte jeden Tag etwa 12.000 Broiler, allesamt aus den „hoch-mechanisierten“ Großställen des Kombinats Industrielle Mast Königs Wusterhausen.⁹¹

Die neuen Restaurants in Mitte wie auch das in Baumschulenweg zeichneten sich – wie gesagt – durch rustikale Ausstattung aus: Holzstühle, lackierte Holztische, braune Wandkacheln, in Baumschulenweg gab es zusätzlich karierte Tischdecken, Gardinen vor den Fenstern und tief über den Tischen hängende Lampen.⁹² Alles erinnerte eher an Bauernstuben – ein nicht unerheblicher Gegensatz zu den Abbildungen der KIM-Betriebe: Helle Produkti-

⁸⁶ Broilergaststätte ohne Broiler, in: „Gastronomie“ 3/1970, S. 7.

⁸⁷ „Gastronomie“ 6/1970.

⁸⁸ Teller mit Säge, „BZ am Abend“ vom 27.1.1971.

⁸⁹ Kurz vor der Eröffnung, „BZ am Abend“ vom 13.1.1972.

⁹⁰ Wann gibt es die Goldbroiler?, „BZ am Abend“ vom 23.10.1972.

⁹¹ Berlin ißt täglich 12.000 Broiler, „BZ am Abend“ vom 21.11.1972.

⁹² Broilergaststätte, „BZ am Abend“ vom 24.10.1972.

onsanlagen sollten hier einen Eindruck von hoher Mechanisierung und Automatisierung vermitteln und so das Bild der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Landwirtschaft unterstützen. Die Präsentation der Goldbroilerrestaurants – gemütlich und gastlich – scheint im Gegensatz dazu noch sehr konventionell an der klassischen Bauernschenke orientiert zu sein. Das Anfang der sechziger Jahre stark favorisierte Modell Selbstbedienungsgaststätte bzw. Barbetrieb spielt in der Präsentation der Goldbroilergaststätte zu diesem Zeitpunkt keinerlei Rolle mehr.

Anfang 1973 berichtet die „Berliner Zeitung“, wie sehr sich in den zurückliegenden fünf Jahren das Angebot an Goldbroilergaststätten innerhalb der Stadt verändert habe. Deutlichster Beleg sei, daß der Jahresumsatz von 420 t Geflügelfleisch im Jahr 1967 auf nunmehr 1.649 t hochgeschnellt sei, sich also vervierfacht habe. Die Goldbroilerrestaurants mit ihrer ländlich-rustikalen Einrichtung und ihrem Geflügelangebot seien nicht mehr von der Speisekarte der Berliner wegzudenken. Die Nachfrage nach Broilern bzw. Goldbroilern schien ungebrochen. Nach einem Besuch verschiedener Goldbroilerrestaurants kam die Redakteurin jedoch nicht umhin festzustellen, daß der Glanz der Eröffnungszeit in vielen dieser Restaurants schon verblichen sei. Inzwischen wurde sogar der verhältnismäßig hohe Außen-Haus-Verkauf als Beweis dafür angesehen, daß die Goldbroilerrestaurants an Attraktivität verloren hatten; dafür sprach auch, daß die Speisekarte mit ihrer anfänglich breiten Palette an Geflügelgerichten nun auf ein Minimalangebot von Broilern mit oder ohne Pommes Frites geschrumpft war. Lokale wie die ehemalige „Stumpfe Ecke“ im Prenzlauer Berg oder der ehemalige „Ratskeller“ in Oberschöneweide waren inzwischen wieder klar in ihren alten Kneipencharakter zurückgefallen. „Rekonstruktionsmaßnahmen“, d. h. Renovierungen, waren ganz offensichtlich nötig. Auch hatte sich gezeigt, daß nicht jede Eröffnung eines Goldbroilerrestaurants automatisch mit einem Umsatzrekord verbunden war. Während die ersten Lokale an der Frankfurter Allee, in der Friedrichstraße und an der Schönhauser Allee weiterhin stark frequentiert waren, hatte sich gezeigt, daß das Pankower „Mühleneck“ wohl ungünstig zu erreichen war und deshalb den erwarteten Umsatzrekord nicht erreichte. Ähnliche Schwierigkeiten gab es auch bei der Broiler-Grillstube in Baumschulenweg. Sie lag in mittelbarer Nähe von mehreren anderen Lokalen und schaffte es nicht, die Erwartungen an Umsatz und Angebot zu erfüllen. In den Gaststätten, die sich über mangelnden Besucherzustrom nicht beschweren konnten, zeigte sich aber, daß Küchen- wie Inneneinrichtung hohen Belastungen ausgesetzt waren; innerhalb des Systems der Planung im sozialistischen Handel war es schwerlich möglich, zügig Abhilfe zu schaffen. Allerdings fehlte auch in diesem Beitrag nicht der Hinweis, daß Geflügel besonders bekömmlich sei und es deshalb schon wegen der Gesundheit wichtig sei, hier eine deutliche Verbesserung herbeizuführen.⁹³

Die beschriebenen Schwierigkeiten scheinen sich aber in den Jahren darauf fortgesetzt zu haben und waren wohl typisch für die gastronomische Landschaft in der DDR. Am Goldbroiler – anfänglich eine deutliche Bereicherung des gastronomischen Angebots – bildeten sich letztendlich nur die gesamten Schwierigkeiten im Bereich Handel und Dienstleistung innerhalb der DDR selbst ab. Zugleich mußte der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Erfassung und Verarbeitung 1971 feststellen, daß die DDR-Konsumgüterindustrie die Grillgeräte für einen flächendeckenden Ausbau von Goldbroilerrestaurants nicht in ausreichender Menge bereitstellen konnte.⁹⁴ Da es sich bei den Goldbroilerrestaurants in der Mehrzahl

93 Nicht alles Gold, was Broiler heißt, „Berliner Zeitung“ vom 18.3.1973.

94 Schreiben von Dr. Koch an das Mitglied des Politbüros, Grüneberg, vom 10.6.1971, SAPMO-BArch DY 30, IV A 2.023, Nr. 37.

nicht um neue, sondern umgebaute Einrichtungen handelte, konnten auch diese Geflügelgaststätten nicht verhindern, daß in den sechziger und siebziger Jahren die Zahl der gastronomischen Betriebe kontinuierlich zurückging.⁹⁵ Da aber die Gastronomie nicht zu den eigentlichen Schwerpunktbereichen der Versorgung der DDR zählte, führte dies zu einer dauerhaften Belastung bzw. Überlastung dieser Einrichtungen, und der Goldbroiler bzw. das Aufkommen der Goldbroilergaststätten konnte diese Entwicklung nur für einen kurzen Moment auffangen. Der Goldbroiler war letztendlich keine Alternative zu den übrigen Bereichen der Konsumentwicklung in der DDR; nur für einen kurzen Moment gab er einen Hoffnungsschimmer in Richtung einer deutlichen Verbesserung der Lebenssituation. Schlußendlich ordnete sich auch dieses typisch ostdeutsche Phänomen in die Entwicklung von steigender Nachfrage und deren unzureichender Befriedigung in der DDR ein. Abgesehen von diesen Schwierigkeiten ist natürlich zu sagen, daß die Geflügelrestaurants für die Konsumkultur der DDR zumindest zeitweise eine Bereicherung darstellten. Über den beschriebenen weiten Umweg erhielt die DDR-Bevölkerung mit den Goldbroilergaststätten zumindest ein erschwingliches Restaurantangebot. Damit wurde aber nicht nur ein zusätzliches Nahrungsangebot über die Direktabnehmer HO-Kaufhallen und Goldbroilergaststätten für die privaten Haushalte in der DDR bereitgestellt,⁹⁶ sondern auch ein begrenztes Maß an bürgerlicher Lebensweise – Essen in „öffentlichen Räumen“, also im Restaurant – für die DDR-Bevölkerung zur Normalität.⁹⁷

Dieser Aspekt spielte allerdings in der öffentlichen Werbung für das neue Produkt keine Rolle. Vielmehr wurde bei der Vorstellung des Goldbroilers immer wieder betont, daß Mastgeflügel im Vergleich zu Schweinefleisch einen wesentlich geringeren Fettanteil besitzt und deshalb von „hoher Bedeutung“ für eine gesunde Ernährung in der „sozialistischen Gemeinschaft“ sei.⁹⁸ Der Zusammenhang zwischen verändertem Fleischangebot und propagierter Notwendigkeit, gesundheitsbewußter zu essen, läßt eine erstaunliche Parallele zur westdeutschen Entwicklung erkennen.⁹⁹ Doch trotz des erheblichen Geflügelverbrauchs bevorzugten die Verbraucher in der DDR – ähnlich wie in der alten Bundesrepublik – als Hauptnahrungsmittel weiterhin Schweinefleisch und Kartoffeln.¹⁰⁰

95 1960: 34.423; 1964: 33.155; 1966: 37.160 (ab diesem Jahr wurden Werkküchen mitgezählt); 1968: 34.235; 1973: 33.360; 1976: 32.816, Statistisches Jahrbuch der DDR 1979, Ostberlin 1979, S. 225.

96 So Christiane Büttner in: „Neue Geflügeltips“, Leipzig 1967.

97 Vgl. Gert v. Paczensky/Anna Dünnebier in: Leere Töpfe, volle Töpfe. Die Kulturgeschichte des Essens und Trinkens, München 1994, S. 134ff.

98 AGRA-Landwirtschaftsausstellung der DDR Markleeberg (Hg.), Goldbroiler und Ei, Karl-Marx-Stadt 1970, S. 2f.

99 Vgl. Michael Wildt, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“. Mangelerfahrungen, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994, S. 240ff.

100 Irmgard Schön, Wandlungen in den Verzehrgewohnheiten bei Fleisch von 1945 bis zur Gegenwart, in: Wolfgang Protzner (Hg.), Vom Hungerwinter zum kulinarischen Schlaraffenland. Aspekte einer Kulturgeschichte des Essens in der Bundesrepublik, Wiesbaden 1987, S. 107.

Tabelle 26: Entwicklung des Lebensmittelverbrauchs in der DDR 1960–1989

ausgewählte Erzeugnisse	1960	1970	1975	1980	1985	1989
Rind- und Kalbfleisch in kg	18,0	22,3	22,2	22,5	24,2	25,1
Schweinefleisch in kg	33,3	38,7	48,0	57,8	61,9	63,8
Geflügel in kg	3,7	5,1	7,6	8,9	10,2	10,4
Fisch und Fischerzeugnisse in kg	7,0	7,9	8,5	7,4	7,7	7,6
Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse in kg	173,9	153,5	142,1	148,1	150,3	158,0

Quelle: Zur Ernährungssituation in der DDR zwischen 1980 und 1990. Eine Materialsammlung. In: Ernährungsforschung, Band 41/1996, S. 153, Pro-Kopf-Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genussmittel (1960 bis 1989).

Das gesundheitspolitische Argument hatte einen konkreten Hintergrund. In der Zeit des Lebensmittelmangels Anfang der sechziger Jahre hatte sich der Verbrauch von tierischen Fetten und weniger hochwertigen Fleischprodukten erheblich gesteigert; Experten des Instituts für Ernährung der Akademie der Wissenschaften der DDR machten auf das steigende Gesundheitsrisiko durch Übergewicht bei großen Bevölkerungsteilen schon frühzeitig aufmerksam.¹⁰¹ Angesichts des dauerhaften Mangels an Obst und Gemüse bestand bei den Wissenschaftlern die Hoffnung, daß das fettarme Geflügelfleisch dieser Entwicklung positiv entgegenwirken könnte. Die DDR-Verbraucher entzogen sich aber dieser gesundheitspolitischen Logik. Trotz umfangreicher Aufklärungskampagnen empfanden sie das gesündere Broilerfleisch zwar als Bereicherung des unbefriedigenden Fleischangebots, nahmen es aber nicht als Ersatz für das fetthaltige Schweinefleisch. Gutes, d. h. reichhaltiges Essen erfreute sich, unabhängig von gesundheitlichen Risiken und vor allem in Ermangelung anderer Konsummöglichkeiten, bei der DDR-Bevölkerung einer unverändert hohen Wertschätzung. Rückblickend sprechen Ernährungswissenschaftler heute von einer stabilen Traditionsbinding beim Ernährungsverhalten in der DDR.¹⁰²

101 Verbrauchsprognose für Nahrungsmittel bis 1970, Teil 2: Ernährungssituation in ernährungsphysiologischer und -soziologischer Sicht, Material der Abteilung Ernährungssoziologie des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung, Ordnungszeichen 63/2, S. 10ff.

102 Zur Ernährungssituation in der DDR zwischen 1980 und 1990. Eine Materialsammlung, in: Ernährungsforschung, Band 41/1996, S. 193ff.

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie hat die Entwicklung der DDR-Landwirtschaft und speziell die Veränderungen in der Geflügelerzeugung über einen Zeitraum von vierzehn Jahren verfolgt, um die Entwicklungsgeschichte des Agrarproduktes Goldbroiler aus seinem historischen Kontext zu erklären. Trotz der Sonderstellung des Aufbauprojektes Broilerproduktion in der DDR-Agrarerzeugung lassen sich daraus allgemeine Aussagen über den Zusammenhang von Konsumentenentwicklung und Herrschaftssicherung in der DDR ableiten, die im Folgenden zusammengefaßt und kommentiert werden.

I.

Der Aufbau der Kombinate für Industrielle Mast als Haupterzeugerbetriebe des Goldbroilers in der DDR ist ganz wesentlich mit der Agrarpolitik der SED in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren verbunden. Allerdings folgte die Errichtung einer modernen Geflügelerzeugung in der DDR nicht der vereinfachten Vorstellung von Befehl und Ausführung eines Parteibeschlusses, der sich direkt aus der utopischen Gesellschaftspolitik der SED ableiten ließe. Diese Perspektive entspricht vielmehr der nachträglichen Integration der historischen Abläufe in die von der SED-Geschichtsschreibung gezeichnete Schablone vom systematischen Erfolg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR-Landwirtschaft.

Die Planungen zur Entwicklung einer modernen Geflügelerzeugung in der Landwirtschaft basierten auf Vorstellungen, welche die gesamte Agrarpolitik der SED nach ihrem V. Parteitag 1958 bestimmten. Unter offensichtlicher Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse in der DDR wurde in der SED-Führung davon ausgegangen, daß die endgültige Beseitigung der bäuerlichen Privatwirtschaft und die vollständige Eingliederung der Landwirtschaft in die zentralisierte Staatsplanwirtschaft die entscheidenden Vorbedingungen für eine Expansion der einheimischen Agrarproduktion liefern würden. Damit war auch die Hoffnung verbunden, die DDR-Wirtschaft von den bestehenden Lebensmittelimporten unabhängig machen zu können. Vor diesem Erwartungshorizont war die geplante Versiebenfachung der Erzeugung im Sektor Geflügelwirtschaft zwar konsequent, blieb aber in ihrer Vernachlässigung von vorhandenem Expertenwissen und unter Verzicht auf notwendige Investitionsmittel bis auf weiteres utopisch. Damit einhergehende agrarwirtschaftliche Experimente wie die Rinder-Offenstall- und die Mais-Kampagne zeigten den voluntaristischen

Charakter dieser SED-Politik in der DDR-Landwirtschaft. Unter solchen Bedingungen war für international eingeführte und unter Fachleuten in der DDR bekannte Zuchtmethoden, wie die der Broilermast in großen Stallanlagen, kein Raum zur breiten Einführung. Zu dieser Zeit wurden in der Landwirtschaft große Sprünge in die lichte Zukunft erwartet, und für weniger anspruchsvolle Schritte zur technischen Modernisierung der Geflügelproduktion fehlten die Investitionsmittel. Den Geflügelexperten in der DDR blieb unter diesen Umständen nichts weiter übrig, als ihre Arbeit im eng abgesteckten Rahmen weiterzuführen und auf einen Moment des Umschwungs zu hoffen.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR wurde von der SED-Führung aber nicht in erster Linie als Kampf um höhere Erträge geführt. Bis zur Verschärfung der politischen Kampagne gegen die bäuerlichen Privatwirtschaften waren diese trotz offener Benachteiligung gegenüber den zum Teil hochsubventionierten LPG die Hauptagrarproduzenten. So war es nicht nur kommunistische Propaganda, daß die Beseitigung von Privat-eigentum in der DDR-Landwirtschaft eine Machtfrage für die Staatspartei war. Vor diesem machtpolitischen Ziel waren Fragen der wirtschaftlichen Rationalität als nachrangig behandelt worden bzw. wurde die Hoffnung auf Verbesserung der Ertragslage in den LPG damit im Zusammenhang gesehen. Die bis zum Frühjahr 1960 weitgehend abgeschlossene Kollektivierung in der DDR konnte jedoch die realitätsferne Vorstellung von gesteigerter Lebensmittelproduktion bei Durchsetzung „sozialistischer Produktionsverhältnisse“ nicht erfüllen. Die unmittelbaren Folgen der in hohem Maße auf Willkür beruhenden Entwicklung in der DDR-Landwirtschaft waren Resignation, Auswanderung oder in besonders tragischen Fällen der Freitod der betroffenen Bauern. In jedem Fall war aber ein massiver Rückgang der einheimischen Agrarerzeugung durch Verlust von Expertenwissen und Leistungsmotivation die Folge. Besonders in der Mastwirtschaft führte dies zu einem regelrechten Einbruch der Erträge.

Die sich 1960/61 abzeichnende Erzeugungskrise in der Landwirtschaft verschärfte die ohnehin in der DDR vorhandene Mangelsituation bei der Lebensmittelversorgung. Im Jahr 1958 waren im Vorgriff auf die Ankündigungen des V. Parteitages der SED und mit einem Rückstand von zehn Jahren zur Bundesrepublik die Reste der Lebensmittelrationierung in der DDR aufgehoben worden. Dies führte dazu, daß es zu ungeplanten, d. h. ungewollten Umsatzsteigerungen im Lebensmittelhandel kam. Gleichzeitig stiegen – verursacht durch verschiedene Preisregulierungen und Veränderungen im Tarifsystem der DDR – die Geld-einnahmen der DDR-Bevölkerung an. Der höheren Kaufkraft stand jedoch nur ein unzureichendes Angebot an technischen Konsumgütern gegenüber. So verstärkte sich der Druck auf das verbleibende und nun vollständig freigegebene Lebensmittelangebot. Trotz zusätzlicher Lebensmittelimporte und des Versuches, Teile des Lebensmittelverbrauchs zu substituieren, verschlechterte sich die Versorgungslage in der DDR 1960 zusehends. Besonders Butter, Milch, Fleisch und Kartoffeln wurden in der Folge zu knappen Gütern. Sie konnten in verschiedenen Verwaltungsbezirken des SED-Staates nur noch über sogenannte Kundenlisten in den Einzelhandelsgeschäften von den Verbrauchern erstanden werden. Damit wurde trotz offizieller Aufhebung der zentralisierten Rationierung eine Art dezentrale Form der Zuteilung wieder eingeführt. Dennoch war es in der DDR zu keinem wirklichen Notstand in der Lebensmittelversorgung gekommen, wie etwa in der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Von Hunger war weder unter der Bevölkerung noch in den Partei- oder Staatsinstanzen die Rede. Aber die Lebensverhältnisse in der DDR blieben entgegen den Ankündigungen der SED und im Vergleich zur Wohlstandsregion Westdeutschland beschwerlich

und instabil. Die in der Kollektivierungszeit demonstrierte Härte und Kompromißlosigkeit in der SED-Politik ließ für viele DDR-Bürger zu dieser Zeit kaum eine Hoffnung auf Lockerungen im gesellschaftlichen Leben entstehen. So war die Flucht aus den Mangelverhältnissen in der DDR für viele Menschen eine plausible Lebensalternative.

Für die SED-Herrschaft bedeutete die 1961 rasant anschwellende Auswanderungsbewegung aus der DDR eine ernste Gefährdung, die sie mit drakonischen Mitteln gegen einzelne Personen nicht überwinden konnte. So war der Mauerbau im Interesse des Systemerhalts gleichfalls zwingend. Zugleich offenbarte dieser Gewaltakt gegen die DDR-Bevölkerung, daß die DDR-Staatspartei zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage war, die selbst verursachten Konflikte anders als mit militärischen Mitteln einzuzgrenzen. In der eingemauerten DDR kam es in Reaktion auf die weiter angespannte weltpolitische Lage im Herbst 1961 zu Hortungskäufen von Lebensmitteln. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage ging weiter auseinander, und im Laufe des Jahres 1962 entwickelte sich daraus eine ernste Versorgungskrise. Versuche, die weiter steigenden Geldeinnahmen und damit die Verbrauchernachfrage durch Preiserhöhungen und stärker leistungsbezogene Entlohnung zu begrenzen, scheiterten am anschwellenden Murren in der DDR-Bevölkerung. Entsprechend der von der SED selbst propagierten Wohlstandserwartungen wurde von der Staatspartei nun endlich eine Verbesserung des Angebotes und keine Reduzierung des Einkommens erwartet. So beobachtete man im Haus des ZK mit wachsender Besorgnis, wie sich in Teilen der DDR aufgrund des unzureichenden Lebensmittelangebots demonstrative Unzufriedenheit in der Bevölkerung ausbreitete und es vereinzelt sogar zur Androhung von Arbeitsniederlegungen kam. Um solchen für die SED-Herrschaft gefährlichen Entwicklungen entgegenzuwirken, wurden weitere Lebensmittelimporte getätigt und die für den Krisenfall angelegte Staatsreserve eingesetzt.

Den Hauptgrund für die anhaltenden Versorgungsmängel bei Lebensmitteln sahen die verantwortlichen SED-Kader im absoluten Rückgang der Agrarproduktion in der DDR. Die ohnehin geschwächte Landwirtschaft war 1961 zusätzlich von einer schweren Mißernte heimgesucht worden, was zu einem weiteren Rückgang der Pflanzenerträge führte. Im folgenden Jahr setzte sich diese krisenhafte Entwicklung auch in der Fleischerzeugung fort, da durch Futterknappheit und Vernachlässigung der Nachzucht von Mastvieh erneut die geplanten Steigerungsraten nicht erreicht wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die „Lösung der Eigentumsfrage in der Landwirtschaft“ keine Entwicklungsimpulse für eine verbesserte Agrarerzeugung geliefert. Einzig die Subventionen für die Landwirtschaft waren im DDR-Staatshaushalt kontinuierlich gewachsen. Spätestens jetzt wurden auch den verantwortlichen Funktionären der SED die Defizite in der landwirtschaftlichen Erzeugung unter den Bedingungen der zentralisierten Planwirtschaft klar benannt. Ohne zusätzliche Investitionen für Agrartechnik, Lagerhaltung und Transportmittel würden weder die Abläufe in der nun zentralisierten Landwirtschaft sachgerecht gesteuert, noch konnten so höhere Erträge erzielt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint die im Januar 1963 auf dem VI. Parteitag der SED herausgegebene Orientierung auf industrielle Produktionsmethoden in der DDR-Landwirtschaft nicht als nächste Stufe zur Verwirklichung eines utopischen Gesellschaftsplans, sondern als pragmatische Reaktion auf die selbst verursachte Krise in der DDR zu reagieren. Diese mittelfristige Orientierung in der Landwirtschaftspolitik der SED wurde im Alltag auf dem Lande durch einen sich abzeichnenden Kompromiß zwischen Staatspartei und Landbevölkerung kurzfristig unterstützt. Die Kollektivierung als Durchsetzung der SED-Herrschaft auf dem Lande wurde nicht rückgängig gemacht. Doch wurde nun, durch

neue Preis- und Entlohnungssysteme und eine Ausweitung der staatlichen Sozialleistungen, den Interessen der „Genossenschaftsmitglieder“ stärker Rechnung getragen. Dieses Vorgehen führte wie in der Industrie nicht zu Höchstleistungen und verursachte neue Kosten im Staatshaushalt. Dennoch war es aber geeignet, die politischen Verhältnisse wie auch die Erträge in der DDR-Landwirtschaft allmählich zu stabilisieren.

Trotz der öffentlich formulierten Orientierung auf industriemäßige Produktionsmethoden in der DDR-Landwirtschaft kann auch der VI. SED-Parteitag nicht als eigentliches Startsignal für den Aufbau der Broilerproduktion in der DDR angesehen werden. In der Periode der Wirtschaftsreformen in der DDR standen Veränderungen in der Industriestruktur im Vordergrund. In der Landwirtschaftspolitik der SED wurde auf die Bildung von Groß-LPG gesetzt. Davon wurde eine allmähliche Produktionssteigerung erwartet, die dann auch das Lebensmittelangebot verbessern sollte. Zugleich wurde die Zielstellung, die eigene Bevölkerung weitgehend aus einheimischer Agrarproduktion versorgen zu können, über den beschriebenen Zeitraum hinaus nicht aufgegeben. Gleichwohl wurde weiterhin ein nicht unerheblicher Bestandteil des Nahrungsgüterangebotes in der DDR durch Importe aus dem westlichen und dem östlichen Ausland gedeckt. Insbesondere die Importe aus der Sowjetunion stellten für die DDR eine dauerhafte Notreserve für die Lebensmittelversorgung dar. Diese Situation drohte sich Anfang 1964 zu ändern, als von sowjetischer Seite angekündigt wurde, die massive Unterstützung der DDR, wenn nicht vollständig, so doch teilweise zu reduzieren. Die Ankündigung der KPdSU-Führung löste im SED-Politbüro und in den ihm unterstellten Behörden erhebliche Unruhe aus. Die Versorgungskrisen der zurückliegenden Jahre hatten die Führung der SED und ihre Kader an diesem Punkt offensichtlich sensibilisiert. So sah die SED-Führung die kurzfristigen Vertragsänderungen als eine Gefahr für die weitere Stabilisierung der Situation in der DDR an. Für einen Moment war das „Störfreimachen“ nicht allein auf das westliche Ausland bezogen. In der folgenden Zeit wurde deshalb verstärkt nach Lösungen gesucht, die es ermöglichten, die entstandene „Fleischlücke“ in der DDR aus eigenem Aufkommen zu schließen, auch wenn dafür der Import von westlicher Technik nötig sein würde.

Mit dieser Maßgabe war für die Geflügeexperten die wesentliche Voraussetzung für das Aufbauprojekt Broilerproduktion in der DDR gegeben. Vergleichende Untersuchungen über Futtermittel-, Arbeits- und Investitionsaufwand sowie über Selbstkosten und notwendige Mastzeit bis zur Schlachtreife ließen den Aufbau von Anlagen zur Intensivhaltung von Geflügel als erfolgversprechend erscheinen. Zuvor angelaufene Experimente zur Entenmast in der Binnenfischerei und zur Geflügelintensivhaltung in Bergwerksanlagen wurden bald zugunsten der industriemäßigen Hühnermast reduziert bzw. ganz aufgegeben. In der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften der DDR besaßen die Geflügeexperten langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der Broilerzucht. Inländische Forschergruppen hatten an umfangreichen wissenschaftlichen Projekten gearbeitet, und es bestanden entwickelte Kooperationen mit vergleichbaren Forschungseinrichtungen aus anderen RGW-Staaten. Aus dieser Zusammenarbeit waren bemerkenswerte wissenschaftliche Kenntnisse auf dem Gebiet der Geflügelhaltung gewonnen worden. Dennoch sah sich in der DDR kein Ausrüstungsbetrieb in der Lage, kurzfristig eine produktionsreife Technologie zur intensiven Geflügelmast vorzulegen. Auch deshalb setzte man nun auf den Import von produktionsreifer Technik aus dem westlichen Ausland. Im Büro für Landwirtschaft des SED-Politbüros wurde dazu Ende 1964 beschlossen, ab 1965 und unter Leitung des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf, eine „Zentrale Aufbaugruppe“ aus Landwirtschaftsexperten und

erfahrenen Organisatoren zu bilden. In einer Art Sonderregime wurde dieser ZAG die Aufgabe übertragen, von den Vertragsverhandlungen bis zur laufenden Produktion die Leitung des Projektes zu übernehmen.

II.

Der Aufbau einer modernen Geflügelproduktion sollte nach Maßgabe der SED-Führung aber nicht nur ein akutes Problem lösen, sondern auch ein Beispiel für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR geben. Es handelte sich aber um eine Adaption einer westlichen Entwicklung, die nicht ohne weiteres in das planwirtschaftliche Strukturgefüge der DDR passen sollte, und damit spielte die Geflügelwirtschaft im Vergleich zu anderen Bereichen der DDR-Wirtschaft eine gewollte Sonderrolle. Die Chance für den Aufbau der Anlagen zur industriellen Produktion von Geflügel ergab sich aus der oben beschriebenen besonderen historischen Situation; sie ermöglichte den Spezialisten in der Zentralen Aufbaugruppe, sich über die engen Grenzen der Staatsplanwirtschaft in der DDR hinwegzusetzen. Diese Gelegenheit bestand aber nur für einen historisch kurzen Zeitraum. Der langwierige, aber letztlich erfolgreiche Integrationsprozeß des Aufbauprojekts industrielles Geflügelproduktion verdeutlicht Möglichkeiten und Grenzen von Neuentwicklungen in der Staatsplanwirtschaft der DDR-Landwirtschaft.

Der Zentralen Aufbaugruppe war die Aufgabe gestellt worden, auf dem schnellsten Wege dafür zu sorgen, daß die DDR durch den Aufbau von Pilotanlagen für industrielle Tierproduktion Anschluß an den internationalen Stand in der Fleischwirtschaft findet, um unabhängig von kostspieligen Lebensmittelimporten zu werden. Den Schwerpunkt dabei bildeten die industrielles Anlagen für Geflügelproduktion. Allerdings waren auch Zucht- und Mastprojekte für Schweine und Rinder geplant. Ergebnis der Bemühungen der ZAG-Mitarbeiter war eine über Jugoslawien ermöglichte Lizenznahme von holländischen, westdeutschen und britischen Technologien zur industriellen Zucht und Mast von Geflügel in rein staatlichen Agrarbetrieben in der DDR. Schon in der unmittelbaren Planungsphase offenbarten sich die Tücken der zentralen Planungsbürokratie. Ein weites Netz von Genehmigungsinstanzen war zu konsultieren und das Projekt in vielfältige Planungsabläufe zu integrieren. Trotz Sondervollmacht aus dem SED-Politbüro erwies sich der Status der ZAG im Gefüge der DDR-Wirtschaftslenkungsinstanzen als fragil. Die bestehenden Arbeitsbeziehungen in das westliche Ausland waren nicht geeignet, Vertrauen in der verantwortlichen Abteilung für Landwirtschaft im ZK der SED aufzubauen. So mußten dem Apparat der Staatspartei deutliche Unterwerfungs- bzw. Gehorsamkeitsgesten entgegengebracht werden. Dies stellte für die ZAG-Leitung anfänglich keine größere Schwierigkeit dar. Weit schwieriger war es, gegenüber den staatlichen Planungsbehörden bürokratische Rationalitätsargumente vorzubringen. Kaum hatte sich die Versorgungssituation in der DDR entspannt und waren die weit wichtigeren Beziehungen zur Sowjetunion wieder ins Lot geraten, hatte die ZAG-Leitung größte Schwierigkeiten, ihr Projekt weiterhin im ursprünglichen Umfang durchzusetzen. Die geplanten Investitionsvorhaben standen unter fortwährendem Kürzungsvorbehalt, da in der DDR-Volkswirtschaft ständig neue Finanzierungslücken für Neubauvorhaben jeder Art und Bedeutung aufraten. So mußte die ZAG-Leitung in ihren Begründungen für das eigene Projekt ständig zwischen außerordentlicher Notstandsmaßnahme und notwendigem Modernisierungsvorhaben lavieren.

Der Umstand, daß das Projekt der ZAG von höchster Stelle, also dem SED-Politbüro, angeordnet worden war, half auch nicht, wenn es um die Beschaffung von Baumaterial, Arbeitskräften, Maschinen und technischen Anlagen ging. Hier waren Improvisation, Organisationstalent und eine gewisse Kaltblütigkeit gegenüber den Regeln der Planungsbürokratie gefordert, wollte man deren Anforderungen auch erfüllen. In der Umgebung der im Bezirk Potsdam gelegenen Kreisstadt Königs Wusterhausen wurden ab 1966 die ersten angekauften Großstallanlagen von einer jugoslawischen Firma errichtet. Diese Pilotanlagen bildeten später den Kern für das am 1. Januar 1967 gegründete volkseigene KIM Königs Wusterhausen. Dieser neue Betrieb wiederum fungierte als Pilotprojekt für die nachfolgenden Anlagen in anderen Bezirken der DDR. Die örtliche Verwaltung des Kreises Königs Wusterhausen sah den Aufbau des Geflügelkombinates in ihrem Zuständigkeitsbereich als Gewinn für die Strukturentwicklung an und gewährte deshalb die nötige Unterstützung. Dem gegenüber sah sich die ZAG-Leitung beständig mit dem Desinteresse der verantwortlichen staatlichen Stellen des übergeordneten Rates des Bezirkes Potsdam konfrontiert. Offenbar war man hier nicht sonderlich an der Förderung eines Projektes interessiert, das zwar umfangreiche Kapazitäten des regionalen Bauwesens beanspruchte, aber letztlich nicht der Versorgung der Bevölkerung des Bezirkes Potsdam dienen sollte. Die so offenbar gewordenen Interessengegensätze waren für die ZAG nicht durch politisch-ideologische Ansprüche zu überwinden. Einzig Absprachen über zusätzliche Fleischlieferungen oder vergleichbare Tauschgeschäfte halfen der ZAG, derartige Widerstände zu überwinden. Die sich dabei notwendig auftuende Grauzone zwischen wirtschaftlich Notwendigem und persönlich Gewünschtem war für die Akteure ein unverzichtbarer Handlungsspielraum und ein persönliches Risiko zugleich.

Diese paradoxen Verhältnisse entsprachen aber offenbar dem Organisationstalent des ZAG-Leiters Neubert und seiner Mitarbeiter. Da in der Mangelgesellschaft DDR Geld als Medium zur Verfolgung wirtschaftlicher Interessen weitgehend ausschied, verlagerte sich die Aufbauarbeit der ZAG zusehends darauf, die notwendigen Leistungen selbst zu übernehmen oder zu importieren. Letzterem war durch die chronische Devisenknappeit in der DDR-Volkswirtschaft eine klare Grenze gesetzt. So wandelte sich der Auftraggeber ZAG allmählich zum komplexen Bau- und Anlagenproduzenten im eigenen Auftrag. Dieser frühen Tendenz zur vertikalen Expansion, im Interesse der gestellten Aufbau- und Produktionsziele, entsprach auch die Idee, den Vertrieb der Geflügelprodukte möglichst in der Hand der Erzeugerbetriebe zu belassen. Für die Ambitioniertheit des gesamten Projektes steht der Plan, ein Qualitätsprodukt mit dem Markenzeichen „Goldbroiler“ an die zukünftigen Kunden zu bringen. Daneben wurden von der ZAG Experimente unternommen, die erprobten Zuchtmethoden der intensiven Geflügelhaltung auch auf andere Nutztierrassen zu übertragen. Die Mehrzahl der Versuche – z. B. Kaninchen und Fasane – scheiterten an den natürlichen Eigenschaften der Tiere und der mangelnden Erfahrung des Personals. Daß diese Fehlschläge für die ZAG-Leitung und ihre Nachfolger keine Konsequenzen hatten, erklärt sich aus dem gestellten Versorgungsauftrag für die neuen KIM-Betriebe. Es war der ZAG zwar 1967 in einem Ministerratsbeschuß gelungen, den Aufbau einer modernen Geflügelproduktion als beispielgebend für die Entwicklung der Tierproduktion in der DDR offiziell vorstellen zu lassen. Der versorgungspolitische Hintergrund wurde damit aber keinesfalls aufgegeben, wie auch die Unübersichtlichkeit der Kompetenzen in der Mangelwirtschaft der DDR damit nicht aufgehoben werden konnte.

Daß die ZAG angesichts dieser Lage mit ihrer Arbeit nicht ins Stocken geriet, verdankte sie nicht allein dem Geschick ihrer leitenden Mitarbeiter. Auf Dauer war ebenso wichtig,

daß die Versorgungsprobleme in der DDR weiterhin politische Brisanz besaßen. In der zurückliegenden Zeit hatte sich das Problem des sogenannten „Bargeldüberhangs“ nicht klären lassen, und so besaß die DDR-Bevölkerung im Durchschnitt ein deutlich höheres Einkommen als insbesondere technische Konsumgüter im staatlichen Handel bereitgestellt werden konnten. Und obwohl der Kaufdruck auf das vorhandene Lebensmittelangebot deshalb bestehenblieb, war es in den vergangenen Jahren wiederholt vorgekommen, daß trotz Fleischknappheit erhebliche Mengen an Schlachtvieh oder Frischfleisch aus Mangel an Transport- bzw. Kühlmöglichkeiten einfach verdarben. Bei einer erwarteten Steigerung der Fleischerzeugung hätte dieses Problem alle bisherigen Bemühungen zu einem unvertretbaren Desaster geführt. Deshalb war der Plan, unter Ausschluß der zentralen Kühl- und Lagerwirtschaft und des Großhandels ein System der Direktbelieferung zu schaffen, auch für das Ministerium für Handel und Versorgung mehr als eine Entlastung im Kampf um eine ausreichende Lebensmittelversorgung. Unter diesen Umständen konnte dann vor verantwortlichen Funktionären sogar eingestanden werden, daß die im Entstehen begriffenen Goldbroiler-Gaststätten eine Anleihe von der in der Bundesrepublik verbreiteten Restaurantkette „Wienerwald“ waren. Auch war es unter den Bedingungen der Mangelwirtschaft nur hilfreich, daß für die Ausstattung der Geflügel-Grillrestaurants erheblich geringere Investitionen als für übliche Speiselokale erforderlich waren. So war es letztlich ohne Belang, daß zur Ausstattung der ersten Goldbroiler-Gaststätten selbst die Grillgeräte aus dem „kapitalistischen Ausland“ eingeführt wurden.

Die Eröffnung der ersten Goldbroiler-Gaststätten brachte für die bisher im System der Bevölkerungsversorgung weitgehend vernachlässigte Gastronomie einen durchschlagenden Erfolg. Die anlässlich der ersten Restauranteröffnung ungewöhnlich zahlreich erschienenen Funktionäre aus den SED- und Staatsapparaten verdeutlichen in erster Linie die hohe Bedeutung, die dieser Innovation in der gastronomischen Landschaft Ostberlins von offizieller Seite zugemessen wurde. Der eigentliche Erfolg für den staatlichen Handel und die staatlichen Geflügelproduzenten aus Königs Wusterhausen ergab sich aber aus der stürmischen Nachfrage. In den ersten Tagen nach der Eröffnung der ersten drei Goldbroilergaststätten wurden Umsatzzahlen erreicht, die alle Erwartungen übertrafen und die Erzeugerseite sofort unter Druck brachte. Angesichts der zurückliegenden Jahre des knappen Lebensmittelangebotes und der teilweise mangelhaften Fleischqualität kann diese Bevölkerungsreaktion jedoch kaum überraschen. Zugleich verdeutlicht die rasante Umsatzentwicklung im Restaurant oder „Außer-Haus“, daß in der DDR-Bevölkerung ein Heißhunger auf jedes kleine Moment Wohlstand vorhanden war. In den ersten Tagen und Wochen nach der Eröffnung der drei Goldbroiler-Gaststätten wurden tägliche Reports über Umsatzentwicklung und Anlieferung in die Zentrale der Staatspartei geliefert. Im ZK der SED hatte man sich vergegenwärtigt, welche Brisanz hinter dem gesamten Phänomen stand.

Der Erfolg mit den neuen Restaurants und die erfolgversprechende Entwicklung der ersten KIM-Betriebe konnten die Sonderstellung der ZAG jedoch nicht auf Dauer sichern helfen. Das selbstbewußte und ambitionierte Auftreten des Leiters der ZAG steigerte in der Parteibürokratie das vorhandene Mißtrauen gegenüber seinen unorthodoxen Arbeitsmethoden weiter. In den Augen der verantwortlichen SED-Kader galt die permanente Zusammenarbeit der Zentralen Arbeitsgruppe mit westlichen Unternehmen als ein Zeichen ideologischer Abweichung und war deshalb auf Dauer nicht hinnehmbar. Auch wenn der eigentliche Anstoß für die Mitte 1968 einsetzenden und sich ausweitenden Kontrollen der Arbeiter- und Bauerninspektion im Verantwortungsbereich der ZAG unklar bleibt, so erscheint ein Zu-

sammenhang mit den weitgehenden Autonomiebestrebungen der Wirtschaftsfachleute der ZAG doch plausibel. Der zeitliche Zusammenhang mit den Ereignissen des Prager Frühlings 1968 kann hier als zufällig angenommen werden. Der gesamte Vorgang wirft aber ein bezeichnendes Licht auf das damalige politische Klima in der Mißtrauensgesellschaft DDR. Unzweifelhaft ist die ABI-Kampagne gegen die Arbeitsmethoden in den KIM-Betrieben und der ZAG als erfolgreicher Versuch zu werten, das Sonderregime in der Landwirtschaft zu beenden. Der Leiter wurde gefeuert, und im Ergebnis wurden die Wirtschaftsfachleute der ZAG samt ihres Projektes endgültig wieder in den kontrollierten Rahmen der Planwirtschaft eingebunden. Hier besteht der eigentliche Zusammenhang zur Entwicklung des NÖS in dieser Zeit.¹ Ansonsten spielten ökonomische Reformbestrebungen in der Landwirtschaft der DDR eine erstaunlich geringe Rolle

Die übergeordneten Partefunktionäre und die „Macher“ der ZAG teilten aber den Glauben, daß technische Verbesserungen auf der Basis des Staatssozialismus die Lösung für die anhaltenden Spannungen in der Gesellschaft liefern würden. Wie wenig der angeprangerte Arbeitsstil des abgestraften ZAG-Leiters mit einer Verbrüderung mit dem „Klassenfeind“ zu tun hatte, belegte die weitere Entwicklung hin zur selbständigen VVB. Der unter ZAG firmierende Arbeitsstab beim Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf wurde zum Ende des Jahres 1968 aufgelöst. Die unmittelbare Leitung der KIM-Betriebe und der anderen ZAG-Strukturen wurde für eine zweijährige Übergangsphase der VVB Tierzucht Paretz übertragen. Gleichzeitig wurden die ABI-Kontrollen in diesem Bereich fortgesetzt. Die der ZAG nachfolgenden verantwortlichen staatlichen Leitungsgremien konnten die Probleme der Mangelwirtschaft aber auf keinem anderen Wege bewältigen, als dies bisher geschehen war. Innerhalb der regulären Abläufe der Planwirtschaft waren Maschinen, Bauleistungen und Arbeitskräfte nur unzureichend oder unregelmäßig zu erhalten. So wurde auch unter neuer Leitung weiterhin versucht, diese Mängel durch zusätzliche Importe oder auf Lagerhaltung beruhendem Kompensationshandel auszugleichen. Ersteres wurde aber zunehmend schwieriger und ließ sich nur deshalb durchsetzen, weil die Versorgung mit Fleisch auch weiterhin ein ernstes Problem für die Verantwortlichen und die Verbraucher in der DDR blieb. Das Risiko einer plötzlichen Abstrafung durch übergeordnete Instanzen war damit aber kaum gemindert, denn neue Probleme wie Tierkrankheiten und hohe Verluste durch technische Defekte zeigten, wie sensibel diese Form der modernen Agrarproduktion war. So zeigt das Beispiel „industriemäßige Geflügelproduktion“, daß normales wirtschaftliches Handeln unter den Bedingungen der zentralisierten Planwirtschaft hauptsächlich Handeln im Ausnahmezustand war.

Dennoch war die geleistete Arbeit kein Fiasko, sondern im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten ein Erfolg. Im Jahre 1971 wurde die juristisch selbständige VVB Industrielle Tierproduktion Berlin gebildet, die allen KIM-Betrieben als zentrales Leitungsorgan vorstand. Ein Jahr später unterstanden der VVB ITP Berlin insgesamt 24 Betriebe. Neben Kombinaten zur reinen Broilermast oder Eierproduktion und solchen gemischten Großbetrieben wie den KIM Königs Wusterhausen und Möckern wurde unter dem organisatorischen Dach der VVB noch je ein Beispielbetrieb zur Puten-, Kälber-, Rinder- und Schweinemast sowie -zucht errichtet. In den beiden das Berliner Umland bildenden DDR-Verwaltungsbezirken konzentrierten sich nach dem Aufbau des Kombinats Industrielle Mast Königs Wusterhausen derartige Betriebe, um vor allem die Versorgung der DDR-Hauptstadt

1 Vgl. André Steiner, *Die DDR-Wirtschaft der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Macht-kalkül*, Berlin 1999, bes. d. Abs. III u. IV.

Ostberlin zu sichern. Weiterhin wurden ein ehemaliger privater Verpackungsbetrieb als einziger Hersteller von Eierverpackungen, ein eigener Anlagenbaubetrieb sowie ein Industrieubaubetrieb der VVB unterstellt. Überdies erhielt die VVB ITP Berlin das Merbitzer Institut für Geflügelwirtschaft der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften der DDR sowie ein Technologie- und Ingenieurbüro für industrielle Zucht- und Mastmethoden zugeordnet. Mit dem Aufbau der horizontalen und vertikalen Führungsstruktur im Bereich der VVB ITP war der Höhepunkt der Entwicklung erreicht, und die staatlichen Fleischerzeuger verloren bald ihre Sonderstellung in der DDR-Landwirtschaft. Nach dem Aufbau der KIM-Betriebe wurde die industrielle Mast von Geflügel in den siebziger Jahren zunehmend wieder in den inzwischen stabilisierten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) eingerichtet. Projekte wie die Weiterverarbeitung bzw. „Veredelung“ von Geflügelprodukten scheiterten an den dafür nötigen Investitionen aus dem westlichen Ausland. Die bereits laufenden Investitionsvorhaben fanden ihren geplanten Abschluß, während alle weiteren technologischen Veränderungen nur noch durch beständige Verbesserung, d. h. Ablösung der importierten Technik erreicht werden sollten, um so die Produktion „störfrei zu machen“. Nach fünfzehn Jahren Entwicklung war die chronische Devisen- und Investitionsknappheit in der DDR wieder zum Angel- bzw. Endpunkt der Geschichte des Goldbroilers geworden.

III.

Angesichts der beschriebenen Anstrengungen scheinen die in der DDR-Gesellschaft hinterlassenen Wirkungen eher minimal. Die Entwicklung von Versorgungspolitik und Versorgungssituation nach dem V. Parteitag der SED als Ausgangslage für die Entscheidung zur Errichtung von Produktionsanlagen für Broiler und die Schilderung des Werdegangs von Goldbroiler-Produktion und Goldbroiler-Konsum liefert keine Indizien für die These von einer Gegenmoderne auf der Ebene des Konsums in der DDR.²

Generell war das planwirtschaftliche Verteilungs- oder Zuteilungssystem in Industrie, Landwirtschaft und Handel nicht in der Lage, dem dynamischen Entwicklungsprozeß von Angebot und Nachfrage der Marktwirtschaft etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Letztlich zielte die Versorgung in der DDR immer nur auf eine ausreichende Warenbereitstellung, die mit den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung nur unzureichend synchronisiert werden konnte. Der sich zusehends öffnenden Schere zwischen Bedürfnissen und Versorgung versuchte die SED-Führung unter anderem im Rahmen der Selbstversorgung entgegenzuwirken. Doch es zeigte sich dabei deutlich, daß diese Strategie nicht durchzuhalten war. In der Praxis wurde der Selbstversorgungsanspruch unterlaufen, und es entwickelte sich daraus ein Paradoxon: Von staatlicher Seite wurde immer wieder erklärt, wie notwendig es sei, sich von westlichen Importen und Einflüssen unabhängig zu machen, andererseits kaufte, tauschte oder „besorgte“ sich die DDR Know-how aus dem Westen.³ Im

2 Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis, *Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Köln u.a. 1999. Ähnlich argumentiert Wolfgang Engler, *Die ungewollte Moderne. Individualisierung im Vergleich*, in: ders., *Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen*, Frankfurt/M. 1995, S. 31–84.

3 Vgl. Burghard Ciesla, Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR, in: Thomas Lindenberger (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 205–234.

Interesse der Systemstabilität bestand aber der Handlungzwang, den Forderungen nach besserer Versorgung nachzukommen, unabhängig von der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungskraft oder den zu erwartenden Folgelasten.

So wie die innere Stabilisierung der KIM-Betriebe einen weiteren Beleg für die Gültigkeit der These liefert, daß der staatliche Betrieb in der DDR aufgrund seiner innerbetrieblichen Sozialpolitik das eigentliche systemstabilisierende Zentrum der Gesellschaft war,⁴ so bestätigt sich mit der Geschichte des Goldbroilers exemplarisch die klassische ökonomische Theorie vom sozialistischen System, die davon ausgeht, daß die DDR eine Mangelwirtschaft war, also ein System, das wenig Spielraum für eine Konsumdynamik bot.⁵ Mangelerscheinungen dominierten den Alltag in der DDR, sie waren allgemein, häufig, intensiv oder chronisch präsent. Die Bevölkerung erlebte „zahllose Frustrationen durch vereiterte Einkaufsabsichten, Schlangestehen, erzwungene Substitution, Suchen nach Gütern und Aufschub von Einkäufen in ihrem täglichen Leben als Verbraucher und Produzenten.“⁶ Über eine „Konsumentensouveränität“ wie in einem marktwirtschaftlich organisierten System verfügte die Masse der DDR-Konsumenten nicht. Eher galt die Grundregel: Je unsicherer die Aussicht war, die gewünschten Produkte oder Waren zu bekommen, desto mehr und intensiver mußte gehortet werden, was wiederum zur Verstärkung der Mangelerscheinungen führte. Die Ausschaltung der Marktmechanismen sorgte dafür, daß die beiden wichtigsten Instrumente im Wettbewerb um die Konsumenten – verbesserte Qualität und Produktentwicklung – kaum eine Rolle spielten. Konsumfragen waren in der DDR deshalb immer abgeleitete Fragen. Sie rückten erst dann in den Mittelpunkt staatlichen Handelns, wenn es in den Augen der SED-Führung notwendig wurde, Versorgungsschwierigkeiten, Engpässe oder Krisensituationen im Hinblick auf ein „noch beherrschbares Maß“ zu reduzieren.⁷

Diese Entwicklungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das zusätzliche Angebot an Geflügel von den Verbrauchern in der DDR am Ende der sechziger Jahre als hoffnungsvolle Bereicherung des Lebensmittelsortimentes betrachtet wurde. Besonders der zugleich stattfindende Aufbau von Spezialgaststätten wie der Restaurant-Kette „Zum Goldbroiler“ oder später der Fischgaststätten-Kette „Gastmahl des Meeres“⁸ entsprachen durchaus dem in der Bevölkerung bestehenden Wunsch nach gehobener Eßkultur. Dazu zählte in dieser Zeit der Trend zum Schnellrestaurant mit Barbetrieb, d. h. nach Gaststätten, die sich nach Prinzipien aufbauten, die zuerst durch amerikanische Fast-food- und Family-Restaurants eingeführt worden waren. Die Beeinflussung der Ernährungsgewohnheiten durch Industrie, Handel und Gastronomie hatte letztlich kaum Erfolgsaussichten, da die hier vorgestellten Probleme und Schwierigkeiten bei der Ausweitung des Lebensmittelkonsums und der Verbesserung des Gaststättenwesens unter den Bedingungen des Vorranges eines herrschaftssichernden Versorgungsauftrages nicht beseitigt werden konnten. So stellt die Geschichte des Goldbroilers kein Modell für eine grundsätzliche Andersartigkeit der Gesellschaft in der DDR dar. Das Leben in der DDR blieb besonders im Vergleich zur alten Bun-

4 Vgl. Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995.

5 János Kornai, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Band 29), Baden-Baden 1995, S. 257ff.

6 Kornai, S. 263f.

7 Kornai, S. 257ff., S. 295ff. und S. 341ff.

8 Vgl. hierzu weiterführend Ciesla, Konsumgesellschaft.

desrepublik beschwerlich, und gerade deshalb hatte gutes und reichliches Essen weiter einen so hohen Stellenwert bei den Einwohnern dieses Staates.

Die Erfindung des Goldbroilers kann unter dieser Perspektive als exemplarisch für den Übergang von Gewalt zum Arrangement im SED-Staat angesehen werden.⁹ Hier liegt der Zusammenhang zwischen Konsumentwicklung und Herrschaftsentwicklung in der DDR. Es handelte sich aber nicht um einen Prozeß der Ablösung der einen Herrschaftstechnik durch die andere, wie sehr wohlmeinend angenommen werden könnte. Vielmehr war das Arrangement zwischen Bevölkerung und Staatspartei mit den Instrumenten der diktatorischen Herrschaft symbiotisch verbunden. Jeglicher Handlungsspielraum war letztlich nur über den Herrschaftsanspruch begründet oder von ihm begrenzt. Zugleich war dieser Rahmen aber nicht systematisch von der marxistisch-leninistischen Ideologie bestimmt, sondern ist aus dem voluntaristischen Sicherheitsempfinden der SED-Führung zu begründen. Die amorphe Verbindung von partieller, technischer Modernisierungssubstitution und mentaler Traditionsbewahrung ist also nicht aus einer kulturellen Andersartigkeit, sondern aus der diktatorischen Herrschaftspraxis im SED-Staat zu begründen. Das macht es auch so schwer, diesen Staat auf einen begrifflichen Nenner zu bringen, und tut ihm letztlich mehr Ehre an, als ihm von den historischen Tatbeständen her zukommt. Der DDR-Bevölkerung wie auch der herrschenden Staatspartei war letztlich klar, daß die eigentliche Alternative für diese eingeschränkten Lebensverhältnisse im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ jenseits der Mauer lag. Die Geschichte des Goldbroilers ist gerade kein Gegengewicht zur Geschichte von politischer Willkür. Das eine war ohne das andere in der DDR nicht zu haben. Das ist für Menschen, die ihre überwiegende Lebenszeit dort verbracht haben, sicher unbefriedigend und auch nicht leicht hinzunehmen. Letztlich läßt diese historische Tatsache für die Zukunft Ostdeutschlands alles offen.

⁹ Vgl. Arnold Sywotek, Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: Schildt u.a. (Hg.): *Dynamische Zeiten*, S. 54–76.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Hektarerträge der DDR-Landwirtschaft 1956 und 1957	S. 30
Tabelle 2	Planerfüllung bei Schlachtvieh per 18. April 1960 in der DDR	S. 35
Tabelle 3	Migration aus der DDR 1957–1959	S. 48
Tabelle 4	1961 in die DDR importierte Lebensmittel	S. 69
Tabelle 5	Staatliche Förderung für die LPG 1956–1961	S. 70
Tabelle 6	Von der KPdSU angekündigte Veränderungen bei der Lieferung von Lebensmitteln aus der Sowjetunion in die DDR	S. 79
Tabelle 7	Liste der für die ZAG zuständigen Genehmigungsbehörden	S. 100
Tabelle 8	Schwankungen bei der Ablieferung von Schlachtgeflügel in den Jahren 1963 und 1964	S. 102
Tabelle 9	Probleme des Fleischexports aus der DDR	S. 115
Tabelle 10	Angebot und zu erwartende Nachfrage bei Lebensmitteln (1966)	S. 119
Tabelle 11	Entwicklung der Nettogeldeinnahmen und des Fleischverbrauchs in der DDR 1963–1967	S. 125
Tabelle 12	Umsatzentwicklung unmittelbar nach der Eröffnung der ersten Restaurants	S. 128
Tabelle 13	Produktionsergebnisse des KIM Königs Wusterhausen 1968	S. 149
Tabelle 14	Investitionsplan 1968 für industrielle Großanlagen	S. 151
Tabelle 15	Übersicht zum Importbedarf der VVB für das Jahr 1970	S. 162
Tabelle 16	Planerfüllung der VVB 1970	S. 166
Tabelle 17	Plan der Produktionsentwicklung in der VVB bis 1975	S. 168
Tabelle 18	Anfangsbedarf und reduzierter Bedarf an Ersatz- und Verschleißteilen der VVB ITP	S. 173
Tabelle 19	Geplantes staatliches Aufkommen der VVB ITP für 1972	S. 175
Tabelle 20	Aufschlüsselung des Arbeitskräftebedarfs in den KIM	S. 193
Tabelle 21	Politische und soziale Zusammensetzung der Führungskader der VVB ITP	S. 196
Tabelle 22	Qualifikation der Führungskräfte der VVB ITP	S. 197
Tabelle 23	Entwicklung des Gaststätten- und Hotelnetzes von Ostberlin (1958–1960)	S. 206
Tabelle 24	Vergleich der Entwicklung der Anzahl der Gaststätten nach Eigentumsformen zwischen Ostberlin und der DDR gesamt in den Jahren 1960–1968	S. 206
Tabelle 25	Vergleich der Entwicklung des Gaststättenumsatzes zwischen Ostberlin und der DDR gesamt in den Jahren 1960, 1965–1970	S. 207
Tabelle 26	Entwicklung des Lebensmittelverbrauchs in der DDR 1960–1989	S. 214

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Volker, Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995.
- Alltagsstruktur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und PZ“, hg. vom Dokumentationszentrum Alltagsstruktur, Eisenhüttenstadt 1996.
- Ammer, Thomas, Die Machthierarchie der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission (12. Wahlperiode), Bd. II, S. 803–867.
- Aufbau der Broilerproduktion, Teil 1 (Probleme der intensiven Geflügelwirtschaft, H. 1), hg. v. Institut für Geflügelwirtschaft Merbitz, Berlin (O) 1963.
- Autorenkollektiv, Industriemäßige Geflügelproduktion – Lehrbuch für die berufliche Spezialisierung, Berlin (O) 1975.
- Barck, Simone/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999.
- Baumgart, Gabriele/Dieter Hebig, Biografisches Handbuch der SBZ/DDR: 1945–1990, München/London/New Providence/Paris 1995, Bd. 1 u. 2.
- Bauerkämper, Arnd, Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme der kategorialen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: ders. u. a. (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte, S. 294–311.
- Ders./Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998.
- Ders., Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus, S. 37–65.
- Ders., Legitimation durch Abgrenzung. Interpretationen der Bodenreform und der Kollektivierung im Kontext der deutschen Teilung und Vereinigung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 38 (1996), H. 4, S. 36–38.
- Ders., Loyale „Kader“? Neue Eliten und die SED-Gesellschaftspolitik auf dem Lande von 1945 bis zu den frühen 1960er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39. Band (1999), Bonn 1999, S. 265–298.
- Bauermann, Bärbel u. a., Geflügelhaltung, Geflügelzucht, Berlin (O) 1962.
- Bell, Wolfgang, Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. Analysen und Dokumentation, Münster 1992.

- Bennewitz, Inge/Rainer Potratz, Zwangsumsiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 1994.
- Berghoff, Hartmut (Hg.), Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
- Bessel, Richard/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.
- Hans Bichler/Clemens Szamatolski, Landwirtschaft in einem sozialistischen Industriestaat, Berlin (O) 1973.
- Böröcz, József, Dual Dependency and Property Vacuum. Social Change on the State Socialist Semiphery, in: *Theory and Society* 21 (1992), S. 77–104.
- Boyer, Christoph/Peter Skiba (Hg.), Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und ČSSR, Dresden 1999.
- Ders., Sozial- und Konsumpolitik der DDR in den sechziger Jahren in theoretischer Perspektive, in: ders./Peter Skiba (Hg.), Repression und Wohlstandsversprechen, S. 37–48.
- Brändli, Sibylle, Der Supermarkt im Kopf. Konsumkultur und Wohlstand in der Schweiz nach 1945, Wien 2000.
- Brandsch, Heinz u. a., Wirtschaftsgeflügel. Zucht, Haltung und Fütterung, Berlin (O) 1967.
- Brie, Michael, Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergierende Typen, in: Helmut Wiesenthal (Hg.), Einheit als Privileg, S. 39–104.
- Buck, Hannsjörg F., Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90, in: Eberhardt Kuhrt u. a. (Hg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996, S. 223–266.
- Büttner, Christiane, in: Neue Geflügeltips, Leipzig 1967.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), DDR-Handbuch, Köln 1985.
- Ciesla, Burghard Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, S. 205–234.
- Ders./Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958, Berlin 2000.
- Ders./Patrice G. Poutrus, Food Supply in a Planned Economy: SED Nutrition Policy Between Crisis Response and Popular Needs, in: Jarausch (Hg.), Dictatorship as Experience, New York/Oxford 1999, S. 143–162.
- Ders., Hinter den Zahlen. Zur Wirtschaftsstatistik und Wirtschaftsberichterstattung in der DDR, in: Lüdtke/Becker (Hg.), Akten, S. 39–56.
- Diemer, Susanne, Patriarchalismus in der DDR. Strukturelle, kulturelle und subjektive Dimensionen der Geschlechterpolarisierung, Opladen 1994.
- Drummer, Christian, Das sich ausbreitende Restaurant in deutschen Großstädten als Ausdruck bürgerlichen Repräsentationsstrebens 1870–1930, in: Essen und kulturelle Identität. Europäische Perspektiven, Berlin 1996, S. 303–321.
- Der Duden in 10 Bänden, hg. vom Wissenschaftlichen Rat der Dudenredaktion: Günther Drosdowski u. a., Mannheim/Wien/Zürich, 20. bearb. u. erw. Auflage 1991, Bd. 1.
- Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bonn 1998.

- Engler, Wolfgang, Die Ostdeutschen. Kunde von einem untergegangenen Land, Berlin 1999.
- Eppelmann, Rainer u. a. (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn/München/Wien/Zürich 1996.
- Erker, Paul, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990.
- Faulenbach, Bernd, Überwindung des „deutschen Sonderweges“? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51 (1998), S. 11–23.
- Fritze, Lothar, Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse, Organisationsstrukturen, Funktionsmechanismen, München 1993.
- Friedrich, Carl Joachim/Zbigniew Brzezinski, Merkmale der totalitären Diktaturen, in: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, S. 225–236.
- „15 Milliarden Stunden im Jahr“. Ein Blick auf Hausarbeit und Haushaltstechnik in der DDR, hg. von der Phönix-GmbH, Chemnitz 1997.
- Fulbrook, Mary, Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR 1949–1989, Oxford 1995.
- Gabler, Diethelm, Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR, Gießen 1995.
- Gabler, Rolf, u. a. (Hg.), Lexikon für das Hotel- und Gaststättenwesen der DDR, Berlin (O) 1984.
- Geschichtsforum 1949–1989–1999 mit seiner Podiumsveranstaltung „Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte?“, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 15, Potsdam 1999.
- Gieseke, Jens, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000.
- Grüneberg, Gerhard u. a., Von der Bauernbefreiung zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (O) 1965.
- Haustein, Sabine, Westeuropäische Annäherung durch Konsum seit 1945, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), Europäische Konsumgeschichte, S. 353–390.
- Heldmann, Philipp, Konsumpolitik in der DDR. Jugendmode in den sechziger Jahren, in: Hartmut Berghoff (Hg.), Konsumpolitik, S. 135–158.
- Herbst, Andreas/Winfried Ranke/Jürgen Winkler (Hg.), So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen, Reinbek 1994.
- Ders./Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.
- Heidemeyer, Helge, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961, Düsseldorf 1994.
- Howard, Marc Alan, Die Ostdeutschen als ethnische Gruppe? Zum Verständnis der neuen Teilung im geeinten Deutschland, in: Berliner Debatte INITIAL 6 (1995), H. 4/5, S. 119–131.
- Hübner, Peter /Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999.
- Ders. (Hg.), Eliten im Sozialismus. Studien zur Sozialgeschichte des SED-Regimes, Köln 1999.
- Ders., Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995.

- Ders. „Sozialistischer Fordismus“? Oder: Unerwartete Ergebnisse eines Kopiervorganges. Zur Geschichte der Produktionsbrigaden in der DDR, in: Alf Lüdtke u. a. (Hg.), Amerikanisierung, S. 96–115.
- Humm, Maria Antonia, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969, Göttingen 1999.
- Imbusch, Peter (Hg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen 1998.
- Jarausch, Konrad H. (Hg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York/Oxford 1999.
- Ders., Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/1998, S. 33–46.
- Jesse, Eckhard (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1999.
- Ders., War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/1994, S. 12–23.
- Jessen, Ralph, DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie, in: Berliner Debatte INITIAL 6 (1995), H. 4/5, S. 17–24.
- Ders., Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie“ und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), Akten, S. 57–78.
- Ders., Die Gesellschaft im Staatssozialismus, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), H. 1, S. 96–110.
- Kaelble, Hartmut/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.
- Kaelble, Hartmut/Jürgen Schriewer (Hg.), Europäische Konsumgeschichte. Gesellschaften im Vergleich (Forschungen aus Sozial- und Geschichtswissenschaften, Komparatistische Bibliothek, Bd. 9), Frankfurt/M. 1998.
- Kaiser, Monika, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismus der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1998.
- Kaminsky, Annette, „Adrett auf große Fahrt“. Die Erziehung des neuen Verbrauchers in der DDR, in: Deutschland Archiv, H. 2/97, S. 231–241.
- Dies., Kaufrausch. Die Geschichte der ostdeutschen Versandhäuser, Berlin 1998.
- Keller, Dietmar u. a. (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I, Berlin 1993.
- Kempke, Günter u. a. (Hg.), Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache in zwei Bänden, Berlin (O) 1984.
- Manfred Kirchhof, Goldbroiler vom Fließband. Eine Million Hühner am Rande der Hauptstadt, „Bauern-Echo“ vom 8.1.1972.
- Kleßmann, Christoph, Zeitgeschichte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Essen 1998.
- Ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988.
- Kopstein, Jeffrey, The Politics of Economic Decline in East Germany, 1945–1989, Chapel Hill 1997.
- Kornai, János, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Band 29), Baden-Baden 1995.
- Krönig, Waldemar/Klaus-Dieter Müller, Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961, Köln 1994.

- Kuhn, Gerd/Andreas Ludwig (Hg.), Alltag und soziales Gedächtnis. Die DDR-Objektstruktur und ihre Musealisierung, Hamburg 1997.
- Kuntsche, Siegfried, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller u. a. (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, S. 191–210.
- Kurjo, Andreas, Organisation und Bedeutung der Geflügelhaltung in der Landwirtschaft der DDR, in: FS-Analysen 1989, H. 4, S. 3–56.
- Langenhan, Dagmar, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten.“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn, S. 119–138.
- Langewiesche, Dieter, Fortschritt als sozialistische Hoffnung, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel, S. 39–55.
- Lemke, Michael, Die Berliner Krise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.
- Lepsius, M. Rainer, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble u. a. (Hg.), Sozialgeschichte, S. 17–30.
- Leeson, Steven/John C. Summers, Broiler – Breeder – Pruduction, Ontario 2000.
- Lindenberger, Thomas, Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur, S. 298–325.
- Ders., Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, S. 167–204.
- Ders., Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, S. 13–44.
- Ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999.
- Lüdtke, Alf/Peter Becker, Akten – Eingaben – Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997.
- Ders./Inge Marssolek/Adelheid von Saldern (Hg.), Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996.
- Ders., Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B36/1998, S. 3–16.
- Ders., „.....den Menschen vergessen?“ – oder: Das Maß an Sicherheit. Arbeiterverhalten der 1950er Jahre im Blick von MfS, SED, FDGB und staatlichen Leitungen, in: ders./Peter Becker, Akten – Eingaben – Schaufenster, S. 189–222.
- Ders., Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63.
- Major, Patrick, „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein“. Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, S. 208–223.
- Ders., Vor und nach dem 13. August 1961. Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39. Band (1999), Bonn 1999, S. 325–354.

- Ders., Torschlußpanik und Mauerbau. „Republikflucht“ als Symptom der zweiten Berlinkrise, in: Burghard Ciesla u. a. (Hg.), *Sterben für Berlin?*, S. 221–243.
- Karl Marx/Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, Berlin (O) 1985, S. 69.
- Materialien der Enquête-Kommision „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995.
- Merkel, Ina, *Arbeiter und Konsum im real existierenden Sozialismus*, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter in der SBZ-DDR*, S. 527–554.
- Dies., Der aufhaltsame Aufbruch in die Konsumgesellschaft, in: *Wunderwirtschaft DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, hg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln 1996, S. 8–20.
- Dies., „... in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleinen viereckigen Menschen“. Brief an das Fernsehen der DDR, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), *Akten – Eingaben – Schaufenster*, S. 279–310.
- Dies./Felix Mühlberg, Eingaben und Öffentlichkeit, in: Ina Merkel (Hg.), „Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation“. Briefe an das DDR-Fernsehen (Alltag & Kultur, Bd. 4), Köln 1998.
- Dies., Konsumkultur in der DDR. Über das Scheitern der Gegenmoderne auf dem Schlachtfeld des Konsums, in: *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung* Jg. 19/Heft 37 (1996), S. 314–331.
- Dies., Utopie und Bedürfnis: Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln u. a. 1999.
- Meuschel, Sigrid, *Legitimation und Parteiherrenschaft in der DDR*, Frankfurt/M. 1992.
- Mintz, Sidney W., Zur Beziehung zwischen Ernährung und Macht, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 35 (1994), H. 1, S. 61–72.
- Mittelbach, Hans/Jörg Roesler, Entwicklung von Einkommen und Verbrauch der Bevölkerung der DDR in den vergangenen 40 Jahren, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik*, Jg. 5/ 1989, S. 172–201.
- Mitter, Armin/Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993.
- Montanari, Massimo, *Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa*, München 1993.
- Mühlberg, Dietrich, Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen, in: *INITIAL* 10 (1999) H. 2, S. 4–17.
- Müller-Enbergs, Helmut u. a. (Hg.), *Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Handbuch*, Berlin 2000.
- Nehrig, Christel, Zur sozialen Entwicklung der Bauern in der DDR 1945–1960, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 41 (1993), S. 66–76.
- Dies., Landwirtschaftspolitik, in: Andreas Herbst u. a. (Hg.), *Die SED. Ein Handbuch*, S. 294–304.
- Niethammer, Lutz, Die SED und „ihre“ Menschen. Versuch über das Verhältnis zwischen Partei und Bevölkerung als bestimmendes Moment innerer Staatssicherheit, in: Siegfried Suckut/ Walter Süß (Hg.), *Staatspartei und Staatssicherheit*, S. 307–340.
- Ders. u. a., *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz in der DDR*, Berlin 1991.
- Neubert, Ehrhart, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997.

- Neutsch, Erik, Spur der Steine, Berlin (O) 1964.
- Nonn, Christopher, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996.
- Oberweite entscheidet. Broiler kontra Blaue Ritter, in: Neue Berliner Illustrierte (NBI) 21 (1965), H. 20, S. 20f.
- Osmond, Jonathan, Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenosenschaftlichung 1945–1961, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen, S. 137–169.
- Otto, Wilfriede, 13. August 1961. Eine Zäsur in der Europäischen Nachkriegsgeschichte, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 39, 1997, S. 40–47.
- Paczensky, Gert v./Anna Dünnebier, Leere Töpfe, volle Töpfe. Die Kulturgeschichte des Essens und Trinkens, München 1994.
- Petschow, Ulrich u. a., Umweltreport DDR. Bilanz der Zerstörung, Kosten der Sanierung, Strategien für den ökologischen Umbau, Frankfurt/M. 1990.
- Pirker, Theo/Rainer M. Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle (Hg.), Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.
- Piskol, Joachim, Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 39 (1991).
- Pollack, Detlev, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, in: Geschichte und Gesellschaft 24, 1998, H. 1, S. 110–131.
- Poutrus, Patrice, Kurzer Abriss der Geschichte des Goldbroilers, in: NGBK (Hg.), Wunderwirtschaft, S. 138–143.
- Ders., „.... mit Politik kann ich keine Hühner aufziehn.“, Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, S. 235–265.
- Ders., Culture alimentaire en RDA. Le cas „Goldbroiler“, in: Documents 54 (1999) 1, S. 79–84.
- Ders., Lebensmittelversorgung, Versorgungskrise und die Entscheidung für den „Goldbroiler“. Problemlagen und Problemlösungen der Agrar- und Konsumpolitik in der DDR 1958–1965, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39. Band (1999), Bonn 1999, S. 391–421.
- Ders., Mut zur Lücke in Zeiten des Mangels oder: Die neuzeitliche Gaststätte, in: Simone Barck u. a. (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“, S. 502–507.
- Ders., Vor der Spaltung kam der Klassenkampf, Burghard Ciesla u. a. (Hg.), Sterben für Berlin?, S. 101–131.
- Ders., Industrieproduktion auf dem Lande? Das Model KIM, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.), Der Schein der Stabilität – DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 275–293.
- Prieß, Lutz/Vaclav Kural/Manfred Wilke, Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, Berlin 1996.
- Protokoll der Podiumsveranstaltung „Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte?“, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 15, Potsdam 1999, S. 13–46.
- Wolfgang Protzner (Hg.), Vom Hungerwinter zum kulinarischen Schlaraffenland. Aspekte einer Kulturgeschichte des Essens in der Bundesrepublik, Wiesbaden 1987.
- Prokop, Siegfried, Übergang zum Sozialismus in der DDR. Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode vom Kapitalismus

- zum Sozialismus und beim umfassenden sozialistischen Aufbau (1958–1963), Berlin (O) 1986.
- Ders., Unternehmen „Chinese Wall“. Die DDR im Zwielicht der Mauer, Frankfurt/M. 1992.
- Röhl, Ernst, Vom Broiler zum Spoiler. Sprachblüten aus vier Jahrzehnten DDR, Berlin 1995.
- Roesler, Jörg, Butter, Margarine und Wirtschaftspolitik. Zu den Bemühungen um die planmäßige Lenkung des Butter- und Margarineverbrauchs in der DDR zwischen 1950–1965, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Jg. 29 (1988), S. 33–48.
- Ders., Die Brigaden – Produktionseinheit und sozialistische Gemeinschaft, in: Ludwig Elm u. a. (Hg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. VII, Bonn/Berlin, S. 185–224.
- Ders., Das NÖS als Wirtschaftskonzept. Sichten, Tatsachen, Interpretationen, in: *Deutschlandarchiv* 31 (1998), S. 383–398.
- Ders., Privater Konsum in Ostdeutschland 1950–1960, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau*, Bonn 1993, S. 290–303.
- Schier, Barbara, Alltagsleben und Agrarpolitik im „sozialistischen Dorf“. Eine Regionalstudie zum Wandel eines thüringischen Dorfes während der Jahre 1945–1990, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 38/1997, S. 38–47.
- Schildt, Axel/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre (Politik- und Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 32), Bonn 1993.
- Ders./Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Darstellungen*, 37), Hamburg 2000.
- Schneider, Rolf, Der Broiler fährt in die Grube. Grilletta, Plaste, Schlußfolgerungen: Was ist linguistisch von der DDR im vereinten Deutschland geblieben, in: *Berliner Morgenpost* vom 29. Juni 1997.
- Schön, Irmgard, Wandlungen in den Verzehrgewohnheiten bei Fleisch von 1945 bis zur Gegenwart, in: Wolfgang Protzner (Hg.), *Vom Hungerwinter zum kulinarischen Schlaraffenland*, S. 93–122.
- Schönhoven, Klaus/Dietrich Staritz (Hg.), *Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Festschrift für Hermann Weber zum 65. Geburtstag*, Köln 1993.
- Scholz, Michael F., *Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste*, Berlin 1997.
- Schroeder, Klaus (Hg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*, Berlin 1994.
- Ders., unter Mitarbeit von Steffen Alisch, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990*, München 1998.
- Schulz, Dieter, „Kapitalistische Länder überflügeln“. Die Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der BRD 1956–1961, Berlin 1994.
- Schwarzer, Oskar, *Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945–1989)* (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, 143), Stuttgart 1999.
- Solga, Heike, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1995.
- Staadt, Jochen, *Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin* Nr. 24, Berlin 1996.
- Staritz, Dietrich, *Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe*, Frankfurt/M. 1996.

- Steiner, André, Beständigkeit oder Wandel? Zur Entwicklung der Industriestruktur der DDR in den sechziger Jahren, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 36 (1995), H. 2, S. 101–118.
- Ders., Die DDR-Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül, Berlin 1999.
- Ders., DDR-Wirtschaftsreform als „aufgeklärte Planwirtschaft“? Anmerkungen zu Jörg Roesler, in: *Deutschland Archiv* 31 (1998), S. 796–800.
- Ders., Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: Burghard Ciesla u. a. (Hg.), *Sterben für Berlin?*, S. 245–262.
- Ders., Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR, in: Axel Schildt u. a. (Hg.), *Dynamische Zeiten*, S. 218–247.
- Ders., Zwischen Frustration und Verschwendug. Zu den wirtschaftlichen Determinanten der DDR-Konsumkultur, in: NGBK (Hg.), *Wunderwirtschaft*, S. 21–36.
- Stengel, Tobias/Fabian Tweder, Deutsche kulinarische Republik. Szenen, Berichte und Rezepte aus dem Osten, Frankfurt/M. 1998.
- Suckut, Siegfried/Walter Süß (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997.
- Sywottek, Arnold, Gewalt-Reform-Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: Axel Schildt u. a. (Hg.), *Dynamische Zeiten*, S. 54–76.
- Ders., „Stalinismus“ und „Totalitarismus“ in der DDR-Geschichte, in: *Deutsche Studien* 117/118 (1993), S. 25–38.
- Teuteberg, Hans Jürgen, Durchbruch zum modernen Massenkonsum, Münster 1987.
- Ders., Homo edens. Reflexionen zu einer neuen Kulturgeschichte des Essens, in: *Historische Zeitschrift* Bd. 265 (1997), S. 1–28.
- Ders./Günter Wiegemann, Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung, Göttingen 1972.
- Dies., Unsere tägliche Kost. Geschichte und regionale Prägung, 2. Aufl., Münster 1986.
- Ulbrich, Reinhard, Spur der Broiler. Wir und unser goldener Osten, Berlin 1998.
- Weber, Adolf, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Enquete-Kommission (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/4, S. 2811–2888.
- Weber, Hermann, Zum Stand der Forschung über die DDR-Geschichte, in: *Deutschland Archiv*, H. 2/98, S. 249–257.
- Werkentin, Falco, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995.
- Wildt, Michael, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“. Mangelerfahrungen, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994.
- Ders., Vom kleinen Wohlstand. Eine Konsumgeschichte der fünfziger Jahre, Frankfurt/M. 1996.
- Windhorst, Hans-Wilhelm, Die Ausbreitung der Käfighaltung von Hühnern in Süddorf Oldenburg, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 27 (1979), H. 2, S. 244–266.
- Wiesenthal, Helmut (Hg.), Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt/M. 1996.
- Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin, 1998.

- Ders., Die versäumte Revolution. Die DDR und das Jahr 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22–23/2001, S. 37–46.
- Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den sechziger Jahren, hg. v. der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, 3. Aufl., Köln 1996.
- Zatlin, Jonathan R., Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 10/1997, S. 902–917.
- Zinke, Olaf, Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungspolitisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik, Berlin 1999.
- Karl-Heinz Zöphel, Technologie und Organisation des Schlachtbetriebes im VE Kombinat Industrielle Mast, in: Fleisch 23 (1969) 2, S. 2–44.
- Zur Ernährungssituation in der DDR zwischen 1980 und 1990. Eine Materialsammlung, in: Ernährungsforschung 41 (1996), H. 2/3, S. 124–125.

Abkürzungsverzeichnis

ABI	Arbeiter- und Bauern-Inspektion
Abt.	Abteilung
AdL	Akademie der Landwirtschaftswissenschaften
Agit.Prop.	Agitation und Propaganda
BArch	Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BKV	Betriebskollektivvertrag
BL	Betriebsleitung
BSG	Betriebssportgemeinschaft
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
d. A.	der Autor
DAL	Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EVP	Einzelhandelsverkaufspreis
Gen.	Genosse
PGP	Gärtnerische Produktionsgenossenschaft
H.	Heft
Hg.	Herausgeber
HO	Handelsorganisation
Jg.	Jahrgang
KIM	Kombinat(e) Industrielle Mast
KPTsch.	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
Krs.	Kreis
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft(en)
NBI	Neue Berliner Illustrierte
NÖS	Neues Ökonomisches System
Nr.	Nummer
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
o. Bl.	ohne Blatt
o. D.	ohne Datum
o. g.	oben genannte(r/s)
PB	Politbüro

RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RLN	Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft
S.	Seite
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
t	Tonne
TGL	Technische Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen
TLG	Treuhand-Liegenschaften-Gesellschaft
TÖZ	Technisch-Ökonomische Zielstellung
TVM	tausend Valutamark
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UVR	Ungarische Volksrepublik
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
vgl.	vergleiche
VVEAB	Volkseigene Vereinigung der Erfassungs- und Aufkaufbetriebe des Bezirkes
VVV	Vertrauensleutevollversammlung
ZAG	Zentrale Aufbaugruppe
ZK	Zentralkomitee

